



Chambre des Députés

L U X E M B O U R G

COMpte RENDU DES SéANCES PUBLIQUES N°11
SESSION ORDINAIRE 2007-2008

33^e séance, mardi 22 avril 2008
34^e séance, mercredi 23 avril 2008

► „Kein Wachstum ohne sozialen Zusammenhalt“



Zweite öffentliche Anhörung über die Lissabon-Strategie im Plenarsaal des Parlamentes.

Dies betonten gleich mehrere Teilnehmer der zweiten öffentlichen Anhörung über die Lissabon-Strategie im Plenarsaal des Parlamentes. Gleich zu Beginn der Sitzung hob Wirtschaftsminister Jeannot Krecké die Armut als ein Hauptproblem unserer Gesellschaft hervor. Robert Urbé von der Caritas vertrat die Meinung, dass die Indexmodulierung die Lage der sozial Schwachen verschärfe, worauf Jeannot Krecké erwiderte, zur Armutsbekämpfung müssten andere Instrumente als der Index eingesetzt werden.

Zu wenig höhere Schulabschlüsse seien Ursache weiterer Probleme

und besonders die Kinder der ausländischen Mitbürger blieben im Bildungssystem auf der Strecke, mahnte Beschäftigungsminister François Biltgen. Pol Wagner vom Institut Universitaire International wies, wie auch Herr Biltgen, auf Besonderheiten des Luxemburger Arbeitsmarktes hin: Von 1985 bis heute habe die Zahl der Arbeitsstellen im Land von 150.000 auf 340.000 zugenommen. Viele Personalchefs seien Ausländer und stellten verständlicherweise manchmal eher Leute der gleichen nationalen Herkunft ein.

Die Herausforderungen sind groß: Claude Wehenkel vom CRP Henri

Tudor sieht Chancen im Ausbau der Biotechnologien und anderer Umweltindustrien.

Die EU-Strategie von Lissabon für Beschäftigung und Wachstum empfiehlt eine Senkung des Verwaltungsaufwandes: Die gleiche Forderung wurde am 10. April nochmals von Michel Brachmond von der Handwerkerkammer und Robert Urbé von der Caritas vorgebracht.

Die Frauenbeschäftigungsquote liegt in Luxemburg mit 55% unter den von der Lissabon-Strategie empfohlenen 60%, wobei ein großer Teil der Stellen Teilzeitel-

len sind. Karin Manderscheid vom Nationalen Frauenrat setzte sich für Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen ein, was dann auch den Arbeitsmarkt für Frauen attraktiver machen würde. Der Ausbau der Auffangstrukturen sei eine wichtige Voraussetzung, um Berufs- und Familienleben vereinbaren zu können.

Mehrmals wurde das Renten- und Pensionswesen Luxemburgs als nicht nachhaltig kritisiert und der Vertreter der Vereinigung der Luxemburger Unternehmen (UEL) Pierre Bley plädierte für selektiveren Sozialausgleich.

Abschließend dankte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses

DANS CE NUMÉRO

Heure d'actualité sur le don d'organes	p. 411
Débat d'orientation sur le rapport d'activité du Médiateur	p. 413
Déclaration sur la politique de coopération et d'action humanitaire	p. 422
Sommaire des séances publiques Nos 33 et 34	p. 407
Sommaire des questions parlementaires	p. Q117

Alex Bodry allen Teilnehmern der Anhörung: Ihre Beiträge seien der Regierung eine bedeutsame Orientierungshilfe beim Aufstellen des nationalen Aktionsplanes für die Jahre 2008 bis 2010.

Die Lissabon-Strategie

Beim Frühjahrsgipfel der Europäischen Union in Lissabon im Jahre 2000 wurde eine wirtschafts- und sozialpolitische Agenda beschlossen, die sogenannte Lissabon-Strategie. Erklärtes Ziel ist es, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde die Lissabon-Strategie im Jahr 2005 vereinfacht und neu auf den Weg gebracht. Es gibt zwei Hauptziele: Die Beschäftigungsquote (der Anteil der Beschäftigten an der europäischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) soll bis 2010 auf 70% steigen und bis 2010 sollen 3% des europäischen Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Der erste Dreijahreszyklus des reformierten Lissabon-Prozesses lief von 2005 bis 2008, der zweite begreift die Jahre 2008 bis 2010.

► Binnenmarkt der Konsumenten

Die EU-Kommissarin für Verbraucherschutz Meglena Kunewa möchte dem Binnenmarkt auch in ihrem Zuständigkeitsbereich zum Durchbruch verhelfen. „Es gibt noch viel zu tun“, sagte die Bulgarin anlässlich einer Unterredung mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuss der Abgeordnetenkammer am 21. April in Luxemburg. Mit der Umsetzung der sogenannten UCP-Direktive über unfaire Handelspraktiken sei ein wichtiger erster Schritt getan worden. Im Herbst soll mit der Vorlage einer Rahmenrichtlinie über Vertragsrechte ein weiterer folgen.

Kunewa sprach sich mit Nachdruck für ein einheitliches europäisches Vertragsrecht aus. Dieses müsse besser, konsistenter und kohärenter werden. Zudem hob sie hervor, dass eine Harmonisierung des Vertragsrechts den Verbrauchern sehr zugutekäme, da das Verbraucherschutzrecht weitgehend auf Vertragsrecht basiere. Derzeit gebe es in der EU 27 Minimärkte mit 28 unterschiedlichen Zivilrechtssystemen. Sie

beurteilte dies als Hindernis für die Unternehmen.

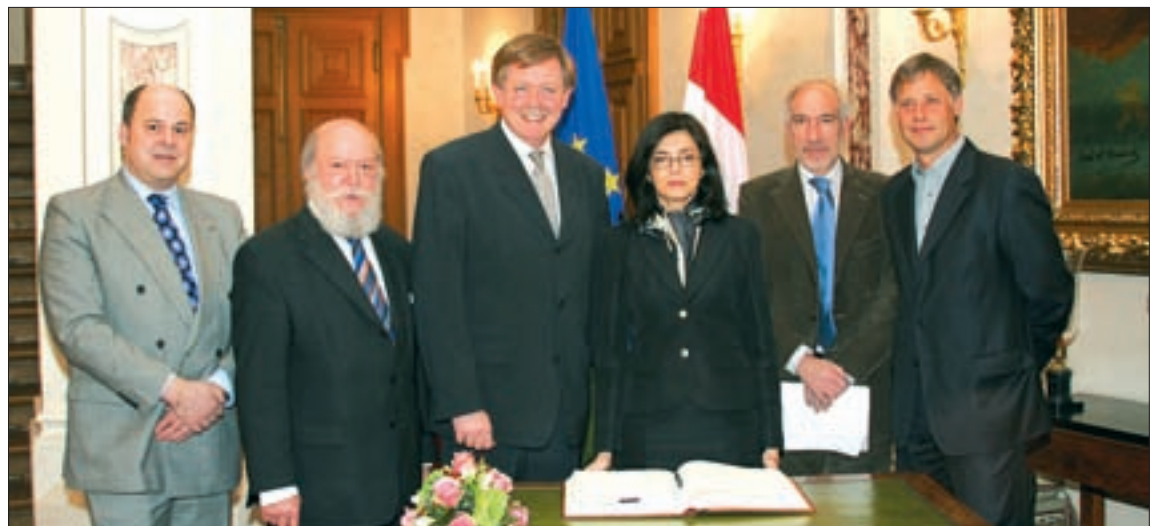
Ein weiteres Thema war das Warnsystem RAPEX, mit dem die EU-Kommission sich darum bemüht, Verbraucher auf Mängel und Risiken von Produkten aufmerksam zu machen, indem sie eine schwarze Liste dieser Produkte im Internet führt. Wichtigste Zuträger von Informationen über giftige Substanzen und brüchige Einzelteile sind neben den nationalen Behörden die Konsumenten selbst. Denn mancher, der sich selbst nach dem Einkauf mächtig geärgert hat, meldet seine kritischen Beobachtungen an das Gewerbeaufsichtsamt, das die Warnung nach Brüssel weiterreicht.

Die Zahl der in der EU vom Markt genommenen gefährlichen Produkte sei 2007 (gegenüber 2006) um 53% gestiegen, sagte Kunewa. Diese Zunahme verdeutliche, dass die Marktüberwachungsmechanismen der Mitgliedsstaaten von Jahr zu Jahr besser würden und zeige gleichzeitig, dass die Verbraucher

in Europa heute besser geschützt seien als je zuvor. Die mit Abstand häufigsten Warnmeldungen betrafen im Jahr 2007 Spielzeug. Erneut war China das Land, aus dem der

größte Teil der für gefährlich befundenen Produkte stammte (700 von 1.605 Meldungen). Dies lässt sich zum Teil durch die hohe Zahl von aus China in die EU importierten

Produkten erklären, aber auch durch die stärkere Überwachung durch die chinesischen Kontrollbehörden nach den massiven Rückrufaktionen im letzten Sommer.



EU-Kommissarin für Verbraucherschutz Meglena Kunewa mit den Vertretern des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Abgeordnetenkammer Marc Spautz, Marcel Sauber, Alex Bodry, Marcel Oberweis und Henri Kox (von links nach rechts).

► Europa braucht Zusammenhalt



Mitglieder des außenpolitischen Ausschusses empfangen die ungarische Außenministerin Kinga Göncz und ihre Delegation.

„Die Integration neuer Länder in die Europäische Union war ein wichtiger Schritt!“ Dies hob die ungarische Außenministerin Kinga Göncz anlässlich ihres Besuches im außenpolitischen Ausschuss des Parlamentes hervor. Die Anpassungen müssten unbedingt weitergetrieben werden und deshalb müsse die europäische Kohäsionspolitik erhalten bleiben. Die Regeln sollten die gleichen bleiben und auch beim Aufstellen eines nächsten Haushaltes dürfe es keine Kürzungen geben. Die ungarische Außenministerin unter-

strich die Notwendigkeit guter nachbarschaftlicher Beziehungen zu den Staaten, die direkt an die EU grenzen: Gute Kontakte könnten eine wirtschaftliche und ideologische Annäherung nach sich ziehen und seien direkt im Interesse der EU.

Ungarn investiert sich, als neuer EU-Mitgliedsstaat, voll und ganz in eine Weiterentwicklung der Union: So war Ungarn gleich im Dezember das erste Land, das den Reformvertrag von Lissabon unterschrieben hat.

Im Gespräch mit den luxemburgischen Abgeordneten wurden auch die Beziehungen zu China angesprochen. Ein Boykott der Eröffnungszereemonie der Olympischen Spiele ist in den Augen von Frau Göncz kein geeignetes Mittel, um China positiv zu beeinflussen. Ungarn wählt einen anderen Weg: Es bietet China an, die demokratischen Institutionen Ungarns vor Ort zu studieren. China hätte schon ins Auge gefasst, einige der Modelle selbst zu übernehmen.

► Altengerechtes Wohnen

Der familienpolitische Ausschuss der Abgeordnetenkammer informierte sich am 15. April in Ufflingen über ein neuartiges Konzept für Wohnen im Alter: „Dieser Wohnkomplex ist der erste, der das Prädikat ‚altengerecht‘ auch wirklich verdient!“, sagte François Thoma, Generaldirektor von SERVIOR, den Parlamentariern bei der Vorstellung des Konzeptes. Bis dato beschränkte sich die Tätigkeit seiner öffentlichen Einrichtung auf

das Betreiben klassischer Alten- und Pflegeheime (zwölf CIPA und vier Maisons de soins in Luxemburg). Mit der Résidence Senior im hohen Norden des Landes betrat sie vor Jahresfrist Neuland.

Das im Juni 2007 eröffnete Haus umfasst insgesamt 30 Wohnungen verschiedener Größen, die an ältere Menschen - Paare oder Alleinstehende - über 60 Jahre vermietet werden. 24 Appartements

sind bereits bewohnt. Das Haus wurde barrierefrei gebaut, so dass die dort lebenden Menschen selbst im Falle einer plötzlich eingeschränkten Mobilität problemlos im Haus bleiben können. Die Bewohner treffen sich mittags zum gemeinsamen Essen im Restaurant mit Bistro, um sich anschließend wieder in ihre eigenen vier Wände zurückziehen zu können. Zur Innenausstattung jeder Wohnung gehören eine kleine Einbauküche, ein behindertengerechtes Badezimmer sowie ein abgetrenntes Schlafzimmer.

Tagsüber sorgt eine Gouvernante für das Wohl der Bewohner. Über das Tele-Alarm-System in jedem Zimmer kann nachts schnelle Hilfe herbeigerufen werden. In einem angrenzenden Pavillon ist eine Tagesstätte untergebracht: Dort können zum Beispiel Demenzkranke tagsüber beaufsichtigt werden - eine große Entlastung für den womöglich gesunden und rüstigen Partner.

In Bascharage wird eine ähnliche Residenz gebaut werden. Dort sollen auch Wohnungen zum Verkauf angeboten werden. „Der Luxemburger mag traditionell das Wohneigentum“, erklärte François Thoma. „Sein Eigenheim zu verlassen, um woanders zur Miete einzuziehen, fällt ihm doppelt schwer.“ Nur müsse gewährleistet bleiben, dass die Wohnung auch nach dem Tod des Besitzers als Altenwohnung benutzt werde.



Die Mitglieder des familienpolitischen Ausschusses mit den SERVIOR-Verantwortlichen vor der Ufflinger Residenz.

► Parlamentarische Versammlung des Europarates Immigration aus Afrika und Abtreibung

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates fordert die Mitgliedsstaaten auf, einen Zugang „zur legalen und risikolosen Abtreibung“ zu gewährleisten. „Die Entscheidungsfreiheit der Frau muss gewährleistet sein“, heißt es in einer Mitte April verabschiedeten Entschließung. Es gehe nicht darum, den Schwangerschaftsabbruch zu fördern, sondern Bedingungen zu schaffen, die den Frauen eine freie und durchdachte Wahl ließen.

Lydie Err, die Vorsitzende der luxemburgischen Delegation bei der parlamentarischen Versammlung des Europarates, warf in ihrer Rede die Frage auf, „weshalb nur Frauen (bei einer Abtreibung) gerichtlich belangt werden, wenn keine Schwangerschaft ohne männliche Mitwirkung entstehen kann?“. Politik und religiöse Anschauung dürften in diesem Punkt nicht vermischt werden, meinte Lydie Err. „In den Niederlanden werden regelmäßig Abtreibungen an in Luxemburg wohnhaften Frauen vorgenommen. Weshalb? Weil die Niederlande eine gute Gesetzgebung haben - und: die niedrigste Abtreibungsrate!“ Die luxemburgische Vertreterin bemängelte zudem „eine unzulängliche Erziehung zu Partnerschaft

und Sexualität sowie eine unangemessene Verhütungspolitik und eine ungeeignete Rückerstattung der Verhütungsmittel“ in ihrem Land.

Im Rahmen ihrer Frühjahrssitzung vom 14. bis zum 18. April befasste sich die Parlamentarische Versammlung auch mit dem Thema „Immigration aus Afrika“. Charles Goerens wies in seiner Rede darauf hin, dass der weitaus größte Teil (nämlich 90%) der jungen afrikanischen Auswanderer innerhalb der Grenzen des afrikanischen Kontinents emigrierten, und nur 10% nach Amerika und Europa auswanderten. Ein weiterer Irrtum sei es anzunehmen, nur Mittellose würden Afrika verlassen. In Wahrheit habe der Durchschnittsauswanderer Abitur, sei Familienoberhaupt, aber ohne Perspektive im eigenen Land. Charles Goerens rief dazu auf, Afrika durch eine gezielte Entwicklungspolitik zu helfen, seine Möglichkeiten besser auszuschöpfen.

Weitere Höhepunkte der Sitzungswoche waren Reden der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, der ukrainischen Premierministerin Julia Timochenko und des französischen Aussen- und Europaministers Bernard Kouchner.



Die luxemburgische Delegation bei der parlamentarischen Versammlung des Europarates: (von links nach rechts) Anne Basseur, Jean Huss, Lydie Err, Marcel Glesener und Charles Goerens.

► Op Besuch an der Chamber

Viru kuerzem huet de Chamberspresident Lucien Weiler de President vun der Lëtzebuurger Landjugend empfaang.

Bei dëser Entrevue hunn déi zwee Presidenten iwwert déi aktuell Projeten diskutéiert, fir déi d'Lëtzebuurger Landjugend sech engagéiert. D'Lëtzebuurger Landjugend ass 1970 aus dem Mouvement vun de Lëtzebuurger

Jongbaueren a Jongwënzer ervirgaangen. Si regroupéiert Jonker aus dem ländleche Milieu, déi keng landwirtschaftlech Aktivitéit ausüben, a bitt hinnen e Kader, an deem si Fräizäitaktivitéiten organisieren a sech fir Projeten engagéiere kënnen, déi mat der Verbesserung vun der Liewensqualität um Duerf ze dinn hunn.



De Chamberspresident huet dem Här Remy Harpes a senger ganzer Equipe félicitéiert a Merci gesot fir hiert Engagement am Dénsgsch vun der Landjugend.

► Konferenz über Menschenhandel in Riga



Marcel Oberweis mit dem Vorsitzenden der Baltischen Versammlung Trimis Velliste.

Anlässlich einer Konferenz in Riga am 25. April 2008 beschäftigten sich Mitglieder der Baltischen Versammlung, des Nordischen Rates und des Benelux-Parlaments, zusammen mit Sachverständigen aus verschiedenen Ländern, mit den Fortschritten im Kampf gegen den Menschenhandel und den Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit der betroffenen Länder auf diesem Gebiet.

Die Teilnehmer bemühten sich in ihren tiefgründigen Beiträgen, eine allgemein anerkannte Bezeichnung des Menschenhandels als kriminellen Akt zu erreichen und ihn in allen Ländern des Schengenraumes als solchen zu bestrafen, die Hintermänner zu verfolgen und die Opfer, größtenteils Frauen und Kinder, zu betreuen.

teils Frauen und Kinder, zu betreuen.

Der Kampf gegen den Menschenhandel ist national und international ein sehr ernst zu nehmendes Thema, besonders was die öffentliche Wahrnehmung betrifft. Menschenhandel ist ein tiefer Eingriff in die Würde des Menschen und in die ihm zustehenden Rechte und Freiheiten.

Die Bekämpfung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung ist nicht Sache eines einzelnen Landes, sondern kann nur erfolgreich sein, wenn alle betroffenen Nationen sich zusammenschließen und gemeinsam versuchen, ihre Gesetzgebung den Umständen anzupassen und durch eine verstärkte Zusammenarbeit

alle Hindernisse aus dem Weg zu schaffen.

Hierbei müssen besonders die gesellschaftlich schwachen Schichten in Schutz genommen werden und alles getan werden, damit der sexuellen Erniedrigung von Frauen und Kindern ein Riegel vorgeschoben wird.

Marcel Oberweis (CSV), der bei dieser äußerst interessanten Konferenz im Namen des Präsidiums des Benelux-Parlaments das Wort ergriff, betonte in seiner Ansprache, dass dieser Themenkomplex sehr vielschichtig sei. Vor allem müsse anerkannt werden, dass die Menschenrechte für alle gelten und versucht werden, den gesetzlichen Rahmen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen aufzuspannen.

Damit die Menschen ihre angestammte Heimat nicht verlassen müssen und in ihrer Armut den Verlockungen der skrupellosen Menschenhändler erliegen, sollen die reichen Länder alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, den Wohlstand in den Drittländern zu verbessern.

Als besonders verabscheuungswürdig bezeichnete der Redner den Sexhandel mit Kindern. Tausende Kinder würden aus Afrika, Asien und Lateinamerika verschleppt und im Sexgeschäft eingesetzt. Die Riga-Konferenz sollte des Weiteren einen Appell an die Weltgemeinschaft richten, damit anlässlich der 60. Wiederkehr der Verkündung der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 insbesondere dem traurigen Schicksal der ausgebeuteten Frauen und Kinder besondere Bedeutung geschenkt werde.

► Girls' Day an der Chamber



Och 2008 huet d'Chamber sech nees um „Girls' Day - Boys' Day“ bedeelegt. Et war déi 5. Participatioun vum Parlament un där Initiativ vum Cid-femmes, där hiert Uleies et ass, Meedercher sougenannt Männerberuffer virzustellen, a Jonge fir Aarbechten ze sensibiliséieren, déi gemengerhand éischer vu Frae gemaach ginn.

D'Chamber huet sech deen Dag just u Meedercher adresséiert. Zu hirer eef hu si de Moie vum 22. Abrëll um Krautmaart verbruecht. No enger Aféierung an de Fonctionnement vun der par-

lamentarescher Institutioun, hate si während enger Stonn Geleeënheet, sech mat Politikerinnen iwwert d'Participatioun vu Fraen an der Politik, iwwert de Beruff vun der Deputéierter an iwwer aktuell Sujeten - nët nëmmen, mä och am Zesammenhang mat der Chancéglichheet tëschent Mann a Fra - auszetauschen. Mat enger Visite vum Chambersgebai - besonnesch der Plénière an den techneschen Installatiounen vu Chamber TV - ass de „Girls' Day - Boys' Day“, deen an der Chamber e rengen „Girls' Day“ war, op en Enn gaang.

► Bayrische Landtagsabgeordnete im Parlament



Am 7. April 2008 empfing Parlamentspräsident Lucien Weiler eine Reihe Abgeordneter des Bayrischen Landtages. Sie diskutierten gemeinsam über ganz verschiedenartige Themen, so zum Beispiel über die Perspektiven und

Bedingungen einer einheitlichen europäischen Ausländer- und Asylpolitik sowie die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise und die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen. Anschließend fanden Gespräche mit

dem Vorsitzenden des Ausschusses für Inneres und Landesplanung Marco Schank und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Justiz Patrick Santer statt.

Chamber TV

weist all öffentlech Sëtzung live an integral

An der Gemeng Bartreng um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Walfer um Kanal S29 / 367.25 Mhz

Zu Biwer an zu Wecker um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Bous um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Bërmereng um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Konter um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Dippech um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Dikrech um Kanal S19 / 287.25 Mhz

Zu Iermsdref um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Esch-Sauer um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Nidder- an Uewerfeelen um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Gréiwemaacher um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Hiefenech um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Hesper um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Zu Kielen (& Brameschaff), Keespelt, Meespelt, Ollem an Nouspelt um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Mamer um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Manternach um Kanal S40 / 455.25 Mhz

An der Gemeng Medernach um Kanal S40 / 455.25 Mhz

Institut de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et de la qualité des produits et services

5516 - Projet de loi

- relatif à la création d'un Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services et à la création d'un cadre général pour la surveillance du marché dans le contexte de la commercialisation des produits,

- modifiant

* la loi modifiée du 17 mai 1882 sur les poids et mesures,

* la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes et accises,

* la loi modifiée du 14 août 2000 relative au commerce électronique, et

* la loi du 31 juillet 2006 relative à la sécurité générale des produits, et

- abrogeant la loi du 22 mars 2000 relative à la création d'un Registre national d'accréditation, d'un Conseil national d'accréditation, de certification, de normalisation et de promotion de la qualité et d'un organisme luxembourgeois de normalisation, modifiant la loi du 14 décembre 1967 portant institution d'un poste de Commissaire du Gouvernement, portant création d'un Service de l'énergie de l'État, et concernant l'exploitation des centrales hydro-électriques d'Esch-sur-Sûre et de Rosport

Le projet de loi sous examen vise à regrouper pour des raisons de complémentarité, d'efficacité et de simplification administrative, dans une seule administration, des missions qui sont jusqu'à présent dans les attributions de plusieurs structures publiques:

- la normalisation, la surveillance du marché dans le domaine des équipements électriques et de télécommunication, la gestion des concessions pour électriciens (autorisation dans le nouveau projet) ainsi que l'exécution de la procédure d'information dans le domaine des normes et règles techniques et des règles relatives aux services de la société de l'information sont actuellement dans les attributions du Service de l'Énergie de l'État;

- la surveillance du marché des jouets est réalisée par l'Inspection du Travail et des Mines;

- l'accréditation et la sécurité générale des produits sont dans les attributions du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur;

- la métrologie légale est un service de l'Administration des Contributions directes;

- la notification d'organismes au sens de la législation luxembourgeoise transposant les directives communautaires élaborées selon la technique législative dite «de la nouvelle approche» est répartie entre le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur, le Ministère de la Santé, le Ministère du Travail et de l'Emploi et le Ministère des Transports.

Le projet de loi réorganise également la surveillance du marché au sens de la législation luxembourgeoise transposant les directives communautaires élaborées selon la technique législative dite «de la nouvelle approche» en attribuant à l'Institut un rôle de coordination au niveau national et en créant un cadre général de la surveillance du marché des produits commercialisés au Luxembourg.

Dans la même optique l'Institut va coordonner la vérification des bonnes pratiques de laboratoire attribuée à l'Administration de l'Environnement, au Laboratoire national de santé, à l'Inspection du Travail et des Mines et à l'Administration des Services techniques de l'agriculture.

Le projet vise également à adapter le droit national au règlement du Parlement européen et du Conseil fixant les prescriptions relatives à l'accréditation et à la surveillance du marché dans le contexte de la commercialisation des produits.

Dépôt par M. Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 09.03.2006

Rapporteur: M. Fred Sunnen

Travaux de la Commission de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de la Culture

(Président: M. Fred Sunnen):

06.12.2006 Désignation d'un rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

16.01.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 24.04.2008

Contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement

5585 - Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement

Le projet de loi a pour but, d'une part, de doter notre pays d'un système efficace, adapté aux nouvelles technologies, pour le contrôle de sécurité des voyageurs, et, d'autre part, d'introduire les moyens d'une statistique valable des arrivées et des nuitées dans les établissements d'hébergement touristique, tels que les hôtels, campings, auberges de jeunesse, gîtes ruraux et autres. Par ces nouvelles dispositions, la loi du 16 août 1975 sur le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement est abrogée.

Dans l'optique d'une simplification administrative pour les tenanciers d'établissements d'hébergement, ainsi que d'un renforcement du contrôle de sécurité, le projet de loi innove en introduisant l'obligation pour les établissements d'une certaine envergure,

respectivement la possibilité pour les établissements de taille modeste, d'une saisie et d'une transmission électronique des données à la fois vers la Police grand-ducale et vers le STATEC.

Une autre innovation introduite par la loi sous avis consiste en la réintroduction de l'inscription des membres d'un groupe sur une fiche commune, disposition qui avait été introduite en 1968 et révoquée en 1975 (voir lois des 28 mai 1968 et 16 août 1975 sur le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement). Les auteurs du projet de loi estiment que les effets négatifs de cette formule qui avaient été constatés entre 1968 et 1975 devraient pouvoir être enrayerés aujourd'hui grâce aux nouvelles technologies.

En outre, le projet de loi sous avis s'inscrit dans la lignée de la directive 95/57/CE concernant la collecte de données statistiques dans le domaine du tourisme dont l'article 13 obligeait les États membres à prendre «les dispositions législatives, réglementaires et administratives nécessaires pour (s'y conformer) avant le 23 novembre 1996».

Dépôt par M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, le 16.11.2005

Rapporteur: M. John Castegnaro

Travaux de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports (Président: M. Alex Bodry):

26.01.2007 Désignation d'un rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

15.03.2007 Examen des propositions d'amendements

22.03.2007 idem

19.04.2007 Adoption des propositions d'amendements

08.11.2007 Examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État

15.11.2007 Continuation de l'examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État

29.11.2007 Élaboration d'une série d'amendements

28.02.2008 Examen du deuxième avis complémentaire du Conseil d'État

20.03.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport

Vote en séance publique: 24.04.2008

Protection des biens culturels en cas de conflit armé

5550 - Projet de loi portant adaptation du droit interne aux dispositions du Deuxième Protocole relatif à la Convention de La Haye de 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé, signé à La Haye, le 26 mars 1999

Le projet de loi sous rubrique a comme objet l'adaptation du droit pénal luxembourgeois aux dispositions du Deuxième Protocole re-

latif à la Convention de La Haye de 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé, signé à La Haye le 26 mars 1999.

Le droit pénal luxembourgeois sanctionnera désormais le fait de s'attaquer dans le cadre d'un conflit armé à un bien culturel sous protection renforcée au sens de la Convention ou encore de l'utiliser à l'appui d'une action militaire, de détruire sur une grande échelle des biens culturels protégés par la Convention, de commettre un vol, un pillage ou un détournement de biens culturels protégés par la Convention, de commettre des actes de vandalisme dirigés contre les biens en question, etc.

Dépôt par M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement, le 12.06.2006

Rapporteur: Mme Françoise Hetto-Gaasch

Travaux de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement

(Président: M. Norbert Hauptert):

18.10.2007 Désignation d'un rapporteur

Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État

17.01.2008 Examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État

30.01.2008 Examen et adoption du projet de rapport

20.03.2008 Examen du deuxième avis complémentaire du Conseil d'État

09.04.2008 Examen et adoption du projet de rapport

Vote en séance publique: 24.04.2008

Garantie internationale portant sur les biens aéronautiques, le matériel roulant ferroviaire et le matériel d'équipement spatial

5698A - Projet de loi portant approbation de la Convention du Cap et du Protocole aéronautique, le matériel roulant ferroviaire et le matériel d'équipement spatial

Le projet de loi 5698 comporte deux volets. Le premier volet a pour objet d'autoriser l'adhésion du Luxembourg à la Convention du Cap relative aux garanties internationales portant sur des matériels d'équipement mobiles ainsi qu'à son Protocole portant sur les questions spécifiques aux biens d'équipements aéronautiques. Le deuxième volet modifie la loi du 29 mars 1978 concernant la reconnaissance des droits sur aéronef pour

certaines catégories de biens aéronautiques.

Il a été décidé de donner suite à l'avis du Conseil d'État du 19 février 2008 qui propose de scinder le projet de loi en deux parties.

Le projet de loi 5698A vise l'approbation de la Convention du Cap et du Protocole aéronautique. Le principal objectif de la Convention est de poser des règles efficaces pour faciliter le financement des matériels d'équipements mobiles. Le Protocole applique ces dispositions aux biens aéronautiques (cellules d'aéronefs, moteurs d'avion et hélicoptères). La Convention et le Protocole créent une «garantie internationale» pour assurer l'exercice de mesures d'exécution adaptées et propres à ne pas rompre la continuité d'exploitation du bien, son immobilisation dans le cadre des procédures d'exécution habituellement employées étant en dernière analyse préjudiciable pour l'ensemble des parties impliquées.

L'adhésion à la Convention et au Protocole permet une modernisation de la législation et l'établissement d'un meilleur équilibre entre les intérêts des établissements de crédit qui financent les aéronefs et les intérêts des compagnies aériennes nationales, qui

peuvent faire des économies substantielles dans leurs programmes d'acquisition d'aéronefs, notamment par la possibilité d'assurer

un financement en de bonnes conditions auprès d'organismes spécialisés.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 13.03.2008 Rapporteur: M. Marc Angel
Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration (Président: M. Ben Fayot): 25.02.2008 Désignation d'un rapporteur 10.03.2008 Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État 14.04.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport
Vote en séance publique: 24.04.2008

Benelux: Protocole dans le domaine de la coopération administrative et judiciaire et concernant les impôts

5751 - Projet de loi portant approbation du Protocole, modifiant le Protocole additionnel relatif aux impôts annexé à la Convention concernant la coopération administrative et judiciaire dans le domaine des réglementations se rapportant à la réalisation des objectifs de l'Union économique Benelux, signé à La Haye, le 29 avril 1969 et de la Déclaration des trois Gouvernements, signés à Bruxelles, le 17 avril 2007

Le projet de loi a pour objet l'approbation d'un Protocole modifiant le Protocole additionnel relatif aux impôts signé à La Haye, le 29 avril 1969. Ledit Protocole est annexé à la

Convention concernant la coopération administrative et judiciaire dans le domaine des réglementations se rapportant à la réalisation des objectifs de l'Union économique Benelux.

Le but est de mettre à la disposition des administrations fiscales des pays du Benelux un instrument commun supplémentaire de lutte contre la fraude fiscale transfrontalière. La modification étend le champ d'application du régime de responsabilité solidaire du pays où la TVA est due aux deux autres pays. Cette extension permettra au pays où la TVA est due d'invoquer la responsabilité solidaire d'une personne physique ou morale partie à la transaction et domiciliée ou établie dans un autre pays partenaire selon les règles en vigueur dans le premier pays. Ceci implique la reconnaissance des dispositions relatives à la responsabilité solidaire en vigueur dans le pays où la TVA est due par les deux autres pays ainsi que la possibilité pour la personne incriminée de contester dans le pays où la TVA est due la redevabilité de la taxe et l'application de la responsabilité solidaire.

Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 10.08.2007 Rapporteur: M. Marc Angel
Travaux de la Commission des Affaires étrangères et européennes, de la Défense, de la Coopération et de l'Immigration (Président: M. Ben Fayot): 25.02.2008 Désignation d'un rapporteur Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État 07.04.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport
Vote en séance publique: 24.04.2008

Information et consultation des travailleurs dans la Communauté européenne

5788 - Projet de loi portant: 1. modification du chapitre IV du titre premier du livre IV du code du travail; 2. transposition de la directive 2002/14/CE du Parlement Européen et du Conseil établissant un cadre général relatif à l'information et la consultation des travailleurs dans la Communauté européenne

Le projet de loi transpose en droit luxembourgeois la Directive 2002/14/CE établissant un cadre général relatif à l'information et la consultation des travailleurs dans la Communauté européenne. Il se limite à cette finalité, alors que les discussions sur une réforme globale du dialogue social à l'intérieur des entreprises sont reportées. En effet, dans le paquet global retenu par la tripartite dans ses conclusions du 28 avril

2006, la priorité a été mise sur l'introduction d'un statut unique du salarié de droit privé. Cette introduction comprendra une harmonisation en matière de délégations et de comités mixtes. Dès lors il est logique que la réforme fondamentale qualitative du dialogue social interne aux entreprises ne puisse être entamée que par la suite.

La Directive fixe un cadre commun relatif à l'information et à la consultation des travailleurs. Elle vise plus particulièrement l'information et la consultation sur des situations et des décisions d'ordre économique ayant des incidences sur la vie et le fonctionnement de l'entreprise. En effet, le texte de la proposition de Directive était élaboré sous l'impression de l'affaire dite Vilvoorde, concernant la restructuration d'une grande usine automobile ayant eu lieu sans véritable information et consultation - en temps utile - des représentants du personnel. Il s'agit donc de fixer des standards européens minima de dialogue social en matière économique. Ceux-ci doivent notamment s'appliquer, et c'était un des objectifs principaux de la Directive, en cas de restructuration. Cette Directive doit par ailleurs être vue

ensemble avec les dispositions concernant l'information et la consultation dans le cadre des comités d'entreprise européens et du Statut de la Société européenne. Il y a donc désormais en droit communautaire du travail un système cohérent.

La démarche du projet de loi 5788 est la suivante:

- les compétences prévues par la directive en matière d'information et certaines compétences prévues en matière de consultation sont ajoutées aux attributions des délégations existantes dans les entreprises de 15 salariés au moins à 150 salariés au plus;
- les compétences spécifiques des directives prévues en matière de consultation des salariés seront instituées auprès des comités mixtes fonctionnant dans les entreprises occupant 150 salariés au moins.

Le projet prévoit également les conditions aux termes desquelles l'obligation de confidentialité peut être attachée aux informations que le chef d'entreprise doit en prin-

cipe divulguer et une procédure en cas de désaccord. De la même manière, une procédure est prévue au cas où le chef d'entreprise estime que la divulgation d'informations ou la durée de la procédure sont préjudiciables à l'entreprise ou compromettent une opération projetée. Le texte prévoit encore qu'en cas de litige sur ce point, le directeur de l'Inspection du travail et des mines est saisi et que sa décision est susceptible d'un recours devant le Tribunal administratif.

Le projet met fin à une situation discriminatoire - déclarée par ailleurs inconstitutionnelle par un arrêt de la Cour constitutionnelle du 18 juin 2004 - consistant dans le fait que les employés privés au service d'un employeur du secteur public ne sont actuellement pas autorisés à participer, ni activement, ni passivement aux élections des délégations du personnel. Pour les explications très techniques y relatives, il est renvoyé aux développements détaillés figurant dans l'exposé des motifs.

Dépôt par M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi, le 04.10.2007 Rapporteur: M. Marc Spautz
Travaux de la Commission du Travail et de l'Emploi (Président: M. Marcel Glesener): 13.11.2007 Désignation d'un rapporteur Présentation du projet de loi par M. le Ministre du Travail et de l'Emploi François Biltgen Échange de vues général 12.02.2008 Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État 08.04.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport
Vote en séance publique: 29.04.2008

5820 - Projet de loi relative à la transformation et à la rénovation du Centre Marienthal

Les origines du monastère de Marienthal remontent à 1232 dont la dernière destination avant de devenir la propriété de l'État en 1974 était de servir de centre de formation pour jeunes missionnaires.

En 1999, l'État a également acquis la ferme adjacente.

En 2002, le site de Marienthal a été classé monument national.

Depuis l'acquisition du site par l'État, il a été réservé aux activités du Service national de la jeunesse, qui a dû le libérer en 1999 en vue de pouvoir y accueillir les réfugiés ayant fui le Kosovo, à l'époque théâtre d'un conflit militaire. Depuis que les besoins de logement d'immigrés ont diminué, le Service national de la jeunesse a récupéré les lieux, et les travaux prévus sont destinés à adapter le site aux besoins d'un centre de logement,

de formation et de loisirs pour jeunes, géré par ledit Service national de la jeunesse.

En cela, le projet fait suite à une motion de la Chambre des députés de fin 1995 dans laquelle celle-ci avait invité le Gouvernement «à accélérer les travaux de transformation, de modernisation et d'extension des trois centres d'Eisenborn, de Marienthal et de Hollenfels».

Il permet l'organisation de stages pour des classes de l'enseignement secondaire, de l'enseignement secondaire technique et de l'enseignement primaire, l'accueil de groupes entendant utiliser le Centre comme base pour des activités de loisirs, l'offre de stages de formation pour animateurs et éducateurs, la réalisation de travaux d'intégration sociale et d'insertion professionnelle.

À cet effet, il est prévu de rénover et de moderniser les infrastructures du site en vue de mieux les adapter aux exigences de la palette des activités offertes par le site.

Dépôt par M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics, le 12.12.2007 Rapporteuse: Mme Sylvie Andrich-Duval
Travaux de la Commission des Travaux publics (Président: M. Lucien Clement): 15.01.2008 Désignation du rapporteur 28.02.2008 Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État 18.03.2008 Examen et adoption d'un projet de rapport
Vote en séance publique: 24.04.2008

Chamber TV
weist all öffentlech Sëtzung
live an integral
mat enger Rediffusioun
all Sëtzungsdag
vun 19:00 Auer un

Présidence: **M. Lucien Weiler, Président**
M. Jos Scheuer, Vice-Président

Sommaire

1. Communications

- *M. le Président, M. Marc Spautz (au sujet de la question parlementaire N°2302), M. le Président, Mme Colette Flesch (invoque l'article 80 (5) du Règlement de la Chambre pour sa question parlementaire N°2371 et demande par conséquent une modification de l'ordre du jour), M. le Président*

2. Retraits du rôle des affaires

3. 5857 - Proposition de loi sur la prostitution

- *Déclaration de recevabilité*

4. 5595 - Proposition de révision de l'article 10 de la Constitution

5672 - Proposition de révision de l'article 9, alinéa 1^{er} de la Constitution, Article 63 du Règlement

- *Prise en considération*

5. Composition des commissions parlementaires

- *Proposition de changement adoptée*

6. Ordre du jour

- *M. le Président, Mme Colette Flesch, M. le Ministre Lucien Lux, M. Marc Spautz, M. le Président, M. Xavier Bettel, M. le Président*

7. Dépôt d'un projet de loi

- *Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration dépose le projet de loi 5874*

8. Dépôt d'une proposition de loi

- *M. Gast Gibéryen dépose la proposition de loi 5875*

9. Heure de questions au Gouvernement

Question N°264 du 22 avril 2008 de M. Gilles Roth relative au cadre réglementaire applicable à l'implantation d'éoliennes, adressée à M. le Ministre de l'Environnement

- *M. Gilles Roth - M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement*

Question N°265 du 22 avril 2008 de M. Eugène Berger relative à l'état d'avancement des plans sectoriels, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire

- *M. Eugène Berger - M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*

Question N°266 du 21 avril 2008 de M. Roland Schreiner relative à l'introduction d'une pension complémentaire dans la fonction publique, adressée à M. le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative

- *M. Roland Schreiner - M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative*

Question N°267 du 22 avril 2008 de M. Camille Gira relative à l'organisation des services de secours et notamment des règlements grand-ducaux à prendre en exécution de la loi du 12 juin 2004, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire

- *M. Camille Gira - M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*

Question N°268 du 22 avril 2008 de M. Ali Kaes relative au remboursement du vaccin contre les infections à HPV (Human Papilloma Virus), adressée à M. le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale

- *M. Ali Kaes - M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*

Question N°269 du 21 avril 2008 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux récents jets de pierre de ponts autoroutiers, adressée à M. le Ministre de la Justice

- *M. Jacques-Yves Henckes - M. Luc Frieden, Ministre de la Justice*

Question N°270 du 21 avril 2008 de M. Roger Negri relative à une proposition de directive de la Commission européenne augmentant le taux du biofuel à 10% en tant qu'additif dans l'essence et le diesel jusqu'à l'an 2020, adressée à M. le Ministre de l'Environnement

- *M. Roger Negri - M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement*

10. Heure d'actualité demandée par le groupe CSV au sujet du don d'organes

- *Exposé: Mme Martine Stein-Mergen*

- *Débat: M. Alexandre Krieps, M. Marc Angel, M. Jean Huss, M. Jacques-Yves Henckes et M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*

11. 5804 - Débat d'orientation sur le rapport d'activité du Médiateur (2006-2007)

- *Rapport de la Commission du Règlement: M. Camille Gira (dépôt d'une motion et d'une résolution)*

- *Débat: M. Patrick Santer, M. Xavier Bettel (à qui répond M. le Ministre François Biltgen), Mme Lydie Err, M. Robert Mehlen, M. Romain Schneider et M. Luc Frieden, Ministre de la Justice*

- *Motion 1 et résolution 1 adoptées*

Au banc du Gouvernement se trouvent: Mmes Marie-Josée Jacobs et Mady Delvaux-Stehres, MM. Luc Frieden, François Biltgen, Mars Di Bartolomeo, Lucien Lux, Jean-Marie Halsdorf et Claude Wiseler, Ministres; Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État.

(Début de la séance publique à 15.00 heures)

))) **M. le Président.** - Dir Dammen an Dir Hären, d'Sitzung ass op.

Ech wëll d'Regierung, déi vertrueden ass duerch den Här Innenminister Jean-Marie Halsdorf, froen, ob si eis eng Matdeelung ze maachen huet?

))) **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire.**

Neen, Här President.

1. Communications

))) **M. le Président.** - Ech hunn der Chamber folgend Kommunikatiounen ze maachen:

1. La liste des questions au Gouvernement ainsi que des réponses à des questions est déposée sur le bureau.

Les questions et les réponses sont publiées au compte rendu.

Här Spautz?

))) **M. Marc Spautz (CSV).** - Här President, ech wollt froen: Do si Question-parlamentairen derbäi u Regierungsmemberen, déi schonn iwwer 30 respektiv 60 Deeg erausginn, déi nach ëmmer net dorop geäntwert hunn. Déi Regierungsmembere sinn awer och elo net hei. Dofir ass meng Fro, wéini mer dann déi Äntwerten awer géife kréien.

))) **M. le Président.** - Ech kann Iech just versécheren, Här Spautz, dass vun der Verwaltung vun der Chamber d'Regierung permanent opgefuert gëtt a rappeliert gëtt, déi parlamentaresch Ufroen, déi nach net beäntwert sinn, endlech ze beäntwerten. D'Madame Flesch huet d'Wuert.

))) **Mme Colette Flesch (DP).** - Här President, vu dass den Här Spautz déi Fro gestallt huet, wollt ech wann ech gelift zum Ordre du jour froen, geméiss dem Artikel 80, Paragraph 5 vun onsem Reglement, dass ech meng Fro 2371, déi op Ärer Lëscht vum 17. Abrëll steet, wou den Délai schonn iwwerschritt ass, kéint elo en session publique un de Minister, un den Här Lux, stellen. Ech froen also domat eng Modifikatioun vum Ordre du jour.

))) **Une voix.** - Déi gëtt accordéiert.

))) **M. le Président.** - Madame Flesch, wa mer bis beim Ordre du jour ukomm sinn, dann decidéiere mer och iwwer Är Demande, fir den Ordre du jour ze modifizéieren. Elo kucke mir emol fir d'éischt wéi eng Kommunikatiounen nach ze maache sinn:

2. Les projets de loi suivants ont été déposés au Greffe de la Chambre des Députés:

1) **5856** - Projet de loi relatif à l'hospitalisation sans leur consentement de personnes atteintes de troubles mentaux et modifiant la loi modifiée du 31 mai 1999 sur la Police et l'Inspection générale de la Police

Dépôt: Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé, Monsieur Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Sécurité sociale, le 07.03.2008

2) **5858** - Projet de loi portant modification de la loi communale modifiée du 13 décembre 1988

Dépôt: Monsieur Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, le 25.03.2008

3) **5859** - Projet de loi portant modification de la loi électorale modifiée du 18 février 2003

Dépôt: Monsieur Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, le 25.03.2008

4) **5860** - Projet de loi relatif à la traite des êtres humains, (1) portant approbation: (a) du Protocole additionnel à la Convention des Nations Unies contre la criminalité transnationale organisée visant à prévenir, réprimer et punir la traite des personnes, en particulier des femmes et des enfants, ouvert à la signature du 12 au 15 décembre 2000 à Palerme, et (b) de la Convention du Conseil de l'Europe sur la lutte contre la traite des êtres humains, signée à Varsovie le 16 mai 2005; (2) modifiant le Code pénal; et (3) modifiant le Code d'instruction criminelle

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 26.03.2008

5) **5861** - Projet de loi portant approbation de l'Amendement de la Convention portant création d'un Conseil de coopération douanière, adopté lors des 109^e et 110^e sessions du Conseil de coopération douanière le 30 juin 2007

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 04.04.2008

6) **5862** - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Région administrative spéciale de Hong Kong de la République Populaire de Chine tendant à éviter les doubles impositions et à prévenir la fraude fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, signée à Hong Kong, le 2 novembre 2007

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 04.04.2008

7) **5863** - Proposition de modification du Règlement de la Chambre des Députés relative au débat suite à une déclaration gouvernementale selon l'article 80 de la Constitution

Dépôt: Monsieur Gast Gibéryen, le 08.04.2008

8) **5864** - Proposition de modification du Règlement de la Chambre des Députés relative aux propositions de loi

Dépôt: Monsieur Gast Gibéryen, le 08.04.2008

9) **5865** - Projet de loi portant approbation de l'Accord de coopération entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République démocratique populaire Lao dans les domaines de la culture, de l'enseignement supérieur et de la recherche, signé à Vientiane, le 16 octobre 2007

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 09.04.2008

10) **5866** - Projet de loi portant approbation de la Convention de l'Institut forestier européen, faite à Joensuu, le 28 août 2003

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 09.04.2008

11) **5867** - Projet de loi relatif à la responsabilité parentale

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 11.04.2008

12) **5868** - Projet de règlement grand-ducal relatif à la participation du Luxembourg à la mission «État de droit» menée par l'Union européenne au Kosovo (EULEX KOSOVO)

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 11.04.2008

13) **5869** - Projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 9 mai 2003 concernant la participation du Luxembourg à la Force Internationale d'Assistance à la Sécurité en Afghanistan (ISAF) sous l'égide des Nations Unies

Dépôt: Monsieur Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Défense, le 16.04.2008

14) **5870** - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public

Dépôt: Monsieur Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative, le 17.04.2008

15) **5871** - Projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 13 septembre 2006 concernant la participation du Luxembourg au renforcement de la Force Intérimaire des Nations Unies au Liban (FINUL)

Dépôt: Monsieur Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Défense, le 18.04.2008

16) **5872** - Projet de loi relative à la profession de l'audit et: - portant transposition de la directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 mai 2006 concernant les contrôles légaux des comptes annuels et des comptes consolidés et modifiant les directives 78/660/CEE

et 83/349/CEE du Conseil, et abrogeant la directive 84/253/CEE du Conseil, - portant organisation de la profession de l'audit; - modifiant certaines autres dispositions légales, et - portant abrogation de la loi modifiée du 28 juin 1984 portant organisation de la profession de réviseur d'entreprises

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 21.04.2008

17) **5873** - Projet de loi portant sur le renforcement des effectifs de la Police et modifiant la loi modifiée du 31 mai 1999 sur la Police et l'Inspection générale de la Police

Dépôt: Monsieur Luc Frieden, Ministre de la Justice, le 21.04.2008

3. Par lettre du 21 avril 2008 Monsieur le Député Ben Fayot a informé le Président de la Chambre qu'il désire interpeller le Gouvernement au sujet de la Bibliothèque nationale.

4. En date du 24 au 27 mars 2008 se sont tenues des réunions de la Commission sur la dimension civile de la sécurité de l'Assemblée parlementaire de l'OTAN (APO) à Istanbul et à Ankara (Turquie). La Chambre des Députés y était représentée par M. Marc Angel, Vice-Président de la délégation luxembourgeoise auprès de l'Assemblée parlementaire de l'OTAN, et par Mme Lydia Mutsch, Membre de la délégation luxembourgeoise.

À l'ordre du jour figuraient notamment le processus d'adhésion de la Turquie à l'UE, l'ambition de la Turquie de devenir une plate-forme énergétique et son rôle dans la sécurité énergétique de l'Europe, la controverse suscitée par une décision de lever l'interdit sur le port du voile à l'université, le recours juridique visant à interdire l'AKP, la situation de la population kurde, la récente intervention militaire de la Turquie contre le PKK dans le nord de l'Irak ainsi que la lutte contre le terrorisme.

5. En date du 27 au 28 mars 2008 s'est tenue la 4^e session annuelle de l'Assemblée parlementaire euro-méditerranéenne (APEM) à Athènes.

La Chambre des Députés y était représentée par Mme Lydie Err, Présidente de la délégation luxembourgeoise auprès de l'APEM, Mme Martine Stein-Mergen, Vice-Présidente et M. Xavier Bettel, Membre de la délégation luxembourgeoise.

À l'ordre du jour figuraient notamment des discours de M. Kostas Karamanlis, Premier Ministre de la République hellénique, M. José Manuel Barroso, Président de la Commission européenne, M. Stavros Dimas, Commissaire européen pour l'Environnement et M. Hans-Gert Pöttering, Président du Parlement européen.

Mme Err a participé aux travaux de la commission politique, de sécurité et des droits de l'Homme ainsi qu'aux travaux de la commission ad hoc sur les droits de la femme dans les pays euro-méditerranéens.

Mme Martine Stein-Mergen a assisté aux travaux de la commission pour la promotion de la qualité de la vie, les échanges humains et de la culture ainsi qu'à une réunion informelle du groupe de travail des experts sur les questions d'énergie et d'environnement.

M. Xavier Bettel a représenté la Chambre des Députés à la commission des affaires économiques, financières, des affaires sociales et de l'éducation.

Lors de l'élection des bureaux des commissions parlementaires, Mme Lydie Err a été élue Vice-Présidente de la nouvelle commission des droits de la femme dans les pays euro-méditerranéens et M. Xavier Bettel Vice-Président de la commission des affaires économiques, financières, des affaires sociales et de l'éducation.

6. En date du 28 au 30 mars 2008 s'est tenue une réunion de la Commission Permanente de l'Assemblée parlementaire de l'OTAN (APO) à La Haye (Pays-Bas). La Chambre des Députés y était représentée par M. Marc Spautz, Président de la délégation luxembourgeoise auprès de l'Assemblée parlementaire de l'OTAN.

À l'ordre du jour figuraient notamment les relations avec la Fédération de Russie, le statut des délégations non membres et l'intégration de nouveaux pays.

2. Retraits du rôle des affaires

Zwee Projekte goufe vum Rôle vun den Affäre gestrach: de Projet de loi 5778, eng Ofännerung vum Postgesetz, an de Projet de règlement grand-ducal 5688, eng Direktiv iwwert d'Gemengewahlen.

3. 5857 - Proposition de loi sur la prostitution

Déclaration de recevabilité

An hirer Réunion vum 17 Abrëll huet d'Präsidentekonferenz virgeschloen, dass d'Proposition de loi 5857 iwwert d'Prostitution fir recevabel erkläert wär.

» **Une voix**.- Oh, neen!

» **M. le Président**.- Dës Proposition de loi gouf den 19. Mäerz vun der Madame Err, dem Här Angel, dem Här Castegnaro an der Madame Dall'Agnol déposéiert.

Ass d'Chamber domat averstanen?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

4. 5595 - Proposition de révision de l'article 10 de la Constitution

5672 - Proposition de révision de l'article 9, alinéa 1^{er} de la Constitution, Article 63 du Règlement

Ech wéilt d'Chamber froen, ob si sech fir d'Prise en considération ausschwätzt vun zwee Virschléi iwwer eng Verfassungsännerung: d'Proposition 5595 iwwert den Artikel 10 an d'Proposition 5672 iwwert den Artikel 9, 1. Alinea. Et handelt sech heibäi ëm eng Décisioun, déi noutwendeg ass opgrond vun enger Disposition aus dem Chamberreglement.

Ass d'Chamber d'accord domat?

(Assentiment)

Dann ass et och do esou décidéiert.

5. Composition des commissions parlementaires

Wat d'Zesummesetzung vun der Commission de la Santé an der Sécurité sociale ubelaangt, huet d'CSV-Fraktioun virgeschloen, dass bei der Instruktioun vum Projet de loi iwwert d'Palliativmedezin an der Proposition de loi iwwert d'Recht an Dignitéit ze stierwen déi Damme Marie-Josée Frank an Nancy Arendt ersat ginn duerch déi Häre Jean-Paul Schaaf a Patrick Santer.

Ass d'Chamber och domat averstanen?

(Assentiment)

» **Une voix**.- Neen!

» **M. le Président**.- Dann ass et esou décidéiert.

(Hilarité)

6. Ordre du jour

Wat déi parlamentaresch Aarbechte fir dës Woch ubelaangt - Madame Flesch, mir kommen elo zum Ordre du jour, deen Dir virdu schonn ugesprach hat -, gouf folgenden Ordre du jour virgeschloen: haut de Mëtteg eng Froestonn an d'Regierung, eng Aktualitéitsstonn op Ufro vun der CSV-Fraktioun iwwert d'Organspenden an eng Orientéierungsdebatt iwwert de Rapport d'activité vum Médiateur. Den Ordre du jour gëtt evakuéiert, och wann d'Sitzung iwwer hallwer siwen erausgeet.

Muer um hallwer dräi steet op eisem Ordre du jour: d'Deklaratioun vum Här Kooperatiounsminister Jean-Louis Schiltz iwwert d'Entwécklungshëllef mat uschléissender Debatt, de Projet de loi 5516 iwwert d'Schaffung vun engem Institut luxembourgeois de normalisation an de Projet de loi 5585 iwwert d'Gestioun vun den Donnéeën am Beräich vum Tourismus.

En Donneschdeg um dräi Auer - net um hallwer dräi, mä um dräi - hu mer de Projet

de loi iwwert de Centre Mariendall, dann d'Question avec débat vum Här Bettel iwwert d'Presenz vun Observateuren am Fall vun Ausweisungen an de Projet de loi 5698, eng Konventioun iwwer international Garantië fir Matériels d'équipement mobiles. Dann nach de Projet de loi, wat eng Konventioun ass, géint d'Fraude fiscale, a schlussendlech eng Konventioun iwwert de Schutz vu Kulturgidder. Um Enn vun där Sitzung hu mer nach d'Naturalisatiounen.

Ass d'Chamber mat deem Ordre du jour averstanen?

(Assentiment)

Sous réserve, dass d'Madame Flesch eppes gefrot huet. Wann Der mir nach eng Kéier wéilt rappeliéieren, wouréms et geet.

» **Mme Colette Flesch (DP)**.- Här Président, et geet ëm meng Fro 2371 iwwert den „General Aviation Terminal“ um Findel, deen an Ärer Lëscht vum 17. Abrëll figuréiert, bei deene Froen, wou den Délai fir d'Beantwortung dervun dépasséiert ass. Ech beruffe mech op den Artikel 80, Paragraph 5 vun onsem Reglement, dat virgesäit, dass den Här Lux elo virdu bei mech gelaf komm ass a gesot huet, hien hätt d'Antwort gëschter ënnerschriwwen. Nach ass se anscheinend net hei agelaf, duerfir géif ech gär meng Fro stellen.

Ech hunn de Moien an elo nach de Mëtteg bei der Chamber vérifiéiert, ob d'Antwort ukomm wär. Dat, ass mer gesot ginn, ass net de Fall. Ech sinn der Wuerecht awer schëlleg, dass den Här Lux elo virdu bei mech gelaf komm ass a gesot huet, hien hätt d'Antwort gëschter ënnerschriwwen. Nach ass se anscheinend net hei agelaf, duerfir géif ech gär meng Fro stellen.

» **M. Ben Fayot (LSAP)**.- Dat ass déi modern Technik.

» **M. le Président**.- Dir hutt elo esou laang gewaart, Madame Flesch,...

(Hilarité)

...elo géif et vläicht och net méi op een Dag ugoen. Mä wann Dir se awer wéilt stellen, dann ass et laut dem Reglement Äert gutt Recht. Wat seet den Här Minister Lux? Hie ka vläicht seng schrëftlech Antwort virlesen.

» **Mme Colette Flesch (DP)**.- Hien huet se och net!

» **M. Lucien Lux, Ministre des Transports**.- Ech hu se och net hei. Ech wäert der Madame Colette Flesch nach bis zum Enn vun der Heure de questions d'Antwort schrëftlech iwwerreechen.

» **Une voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Très bien. Wann dat gekläert ass, dann denken ech, wäert d'Madame Flesch och zefridde gestallt sinn.

» **Mme Colette Flesch (DP)**.- Ech verzichten, Här Président, op dat Recht, wat d'Reglement mir zouerkennt.

» **M. le Président**.- Très bien. Dann ass déi Fro vum Ordre du jour geléist.

Den Här Spautz freet d'Wuert. Här Spautz, wann ech gelift.

» **M. Marc Spautz (CSV)**.- Här Président, bei där Fro, déi mäi Kolleg Ali Kaes an ech de 14. Februar gestallt hunn un de Minister vun der Gesondheet betreffend de Bilan vun enger Motioun, déi mer den 21. Dezember 2004 an der Chamber geholl hunn iwwert de Reclassement externe a Reclassement interne, do waarde mer och elo zënter dem 14. Februar op eng Antwort. Dat ass elo schonn e bëssche méi laang hier.

De Minister ass awer elo net do. Do gëtt et jo dann zwou Méiglechkeeten: Entweder ass et en anere Regierungsmember, deen drop äntwert, respektiv mir leeën et dann e bësse méi spéit, während der Heure de question. Ech weess et net, mä et wier och wichteg, dass mer eng Antwort kréien.

(Interruption)

» **M. le Président**.- Loosse mer elo hei schéin der Rei no fueren. Här Spautz, Är Fro war och vläicht e wéineg komplizéiert. Duerfir soll een der Regierung och déi noutwendeg Zäit ginn.

» **M. Xavier Bettel (DP)**.- Ech hunn nach eng vum leschte Joer vum Här Frieden net beäntwert kritt, Här Président!

(Brouhaha)

» **M. le Président**.- Här Bettel, hutt Dir d'Wuert gefrot?

(Hilarité)

Et ass Äert Recht, fir d'Wuert ze froen, mä da maacht dat a geuerdnetter Form!

» **M. Xavier Bettel (DP)**.- Här Président, just fir ze soen, et stëmmt, dass verschidde Froen net beäntwert gi sinn. Et sinn der ganz, ganz vill an deem leschte Relevé, dee mer kritt hunn. Iwwer 30 Froe sinn net beäntwert ginn an do och nach zwou vum leschte Joer an do ass eng vu mir derbäi. Ech wier awer frou, wann d'Regierung mer iergendeng Kéier kéint eng Antwort ginn. Dat wier awer interessant an ech mengen dat wier och héiflech vun der Regierung vis-à-vis vun der Chamber.

» **M. le Président**.- Gutt. Also de Wunsch nach eng Kéier un d'Regierung, am nächste Regierungsrat driwwer ze beroden, wéi een et kéint maachen, fir och déi komplizéiert Froe vun den Deputéierten an tant soit peu raisonnablen Délaië beäntwert ze kréien.

Här Spautz, ech denken, dass mer Är Demande elo emol zrëckstellen a bei deem bleiwen, wat mer hei hunn. Ech wéilt d'Chamber elo emol froen, ob se d'accord ass mat deem Ordre du jour, deen ech virdu virgedroen hunn?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen dann zu der Heure de questions un d'Regierung. Dir wësst, wéi ëmmer, d'Deputéierten hunn zwou Minutten Zäit, d'Regierung véier Minutten Zäit, fir ze äntwerten. Ier mer dozou kommen, ginn ech der Madame Marie-Josée Jacobs, Familljeministesch, d'Wuert fir den Dépôt vun engem Projet de loi.

7. Dépôt d'un projet de loi

» **Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration**.- Merci, Här Président. De Grand-Duc huet mer erlaabt, de Projet de loi ze déposieren iwwert d'Assistenz an d'Hëllef vun Affer, déi aus dem Mënschenhandel kommen.

5874 - Projet de loi portant sur l'assistance et la protection des victimes de la traite des êtres humains modifiant le code de procédure civile

» **M. le Président**.- Ech ginn lech Akt vum Dépôt vun dësem Projet de loi, deen un déi zoustänneg Chamberskommissioun verwise gëtt. Den Här Gibéryen signaléiert mer, dass hien och geschriwwen huet. Här Gibéryen, Dir hutt d'Wuert.

8. Dépôt d'une proposition de loi

» **M. Gast Gibéryen (ADR)**.- Merci, Här Président. Et wier och fir den Dépôt vun enger Proposition de loi ze maachen iwwert d'Erëmfafiere vum integralen Indexsystem hei zu Lëtzebuerg. Ech wier frou, wann déi Proposition de loi géif ganz séier traitéiert ginn, well d'Land, dat waart dorop.

5875 - Proposition de loi

a) réinstallant l'automatisme d'indexation des salaires, traitements, pensions et rentes

b) réinstallant l'indexation des prestations familiales et du forfait éducation et

c) instaurant l'indexation automatique du boni pour enfant, et de ce fait

1) abrogeant les articles 1^{er} et 3 de la loi du 27 juin 2006 adaptant certaines modalités d'application de l'échelle mobile des salaires et des traitements

2) modifiant

a) l'article 11 de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État, la loi modifiée du 27 mai 1975 portant généralisation de l'échelle mobile des salaires et des traitements

b) l'article 10 de la loi modifiée du 20 juin 1977 ayant pour objet: 1) d'instituer le contrôle médical systématique des femmes enceintes et des enfants en bas âge

c) de modifier la législation existante en matière d'allocations de naissance

d) l'article 4 de la loi modifiée du 30 avril 1980 portant création d'une allocation de maternité

e) l'article 4 de la loi modifiée du 19 juin 1985 concernant les allocations familiales et portant création de la caisse nationale des prestations familiales

f) l'article 3 de la loi modifiée du 14 juillet 1986 concernant la création d'une allocation de rentrée scolaire

g) l'article 6 de la loi modifiée du 1^{er} août 1988 portant création d'une allocation d'éducation

h) l'article 8 de la loi du 12 février 1999 portant création d'un congé parental et d'un congé pour raisons familiales

i) l'article 3 de la loi du 28 juin 2002 portant création d'un forfait éducation

j) la loi du 21 décembre 2007 relative à la bonification d'impôts pour enfants

►►► **M. le Président.** - Ech si frou, Här Gibéryen, dass Dir drop renoncéiert hutt, d'Proposition de loi elo hei ze presentéieren, well dat eisem Reglement net entsprach hätt.

9. Heure de questions au Gouvernement

Mir kommen dann un déi éischt Fro haut de Mëtteg un d'Regierung. Et ass déi vum honorabelen Här Roth un den Här Émweltminister, eng Fro betreffend d'Wandmillen. Här Roth, Dir hutt d'Wuert.

- Question N°264 du 22 avril 2008 de M. Gilles Roth relative au cadre réglementaire applicable à l'implantation d'éoliennes, adressée à M. le Ministre de l'Environnement

►►► **M. Gilles Roth (CSV).** - Här President, laut dem Rapport d'activité vum Émweltministère ass am Joer 2007 een neie Wandpark autoriséiert ginn. Am Ganze si bis haut eelef Wandparken am Land genehmegt ginn, woubäi der zwee net an d'Exploitation gaang sinn, well den Délai vun der Autorisation ofgelaf war.

Zu Lëtzebuerg gëtt et menges Wëssens keng spezifesch Reglementation wat d'Opstellung vu Wandmille betrëfft. Et ass d'Kommodos-Gesetz aus dem Joer 1999, wat och d'Fro vun de Wandparke regelt. Dozou kënnst jee nodeem d'Gesetz iwwert den Naturschutz.

Um Niveau vun de Verwaltungsgerichter gëtt et eng Rei vu Jurisprudenzen, déi de Caractère d'utilité publique vun de Wandmillen als Quell vun erneierbar Energien zréckbehalen hunn. D'Fro vun der Legalitéit vun engem graphesche Plang, dee verschidde Zones de réserve fir Wandmille feststellt, war do schonns méi ëmstridden. An der Belsch, nottamment an der Wallonie, gëtt et fir d'Opriichte vu Wandmillen ee sougenannte Cadre de référence.

An dësem Kontext wollt ech den Émweltminister froen: Gedenkt d'Regierung och eng spezifesch Reglementation fir d'Opstelle vu Wandmillen hei zu Lëtzebuerg auszeschaffen? Wat fir ee Stellerwäert miesst d'Regierung der Wandenergie an Zukunft bäi, besonnesch fir déi europäesch Virgab a Saachen erneierbar Energie ze erfüllen, déi seet, dass bis d'Joer 2020 11% vum nationalen Energieverbrauch duerch erneierbar Energien ofgedeckt mussen ginn?

Ech soen Iech Merci.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Roth. Den zoustännige Minister huet d'Wuert.

►►► **M. Lucien Lux, Ministre de l'Environnement.** - Här President, dem honorabele Kollege Gilles Roth seng Fro betrëfft virun allem de schwierige reglementaresche Kader an deem mer eis befannen. Den Innen- a Landesplanungsminister hat sech virun enger Zäit proposéiert gehat, e Plan sectoriel extra ze maache fir de Beräich vun de Wandparken. Hien huet déi Iddi, well et och eng schwierigfällg Prozedur ass, fale gelooss a gesäit am Moment éischer de Wee fir am Rumm vun der Diskussioun iwwerhaupt iwwert d'Kompetenz vun de Gemengen am Beräich vun der Energie- an der Klimaschutzpolitik op e Règlement-type erauszugehen, am Zesummenhang mat de Bautrenglementer vun deenen eenzelne Gemengen, fir also esou e Kader an Zesummenaarbecht mam Syvicol auszeschaffen an domadder de Gemengen eng Méiglechkeet ze ginn, op deem Kader ze schaffen.

Bleift, dass an deem reglementare Beräich eng ganz Rei vun Autorisationen, och nach ëmmer, wann dat do geléist ass, nach wäerte spillen. Dat ass wouer natierlech fir de Kommodos-Beräich, fir all déi Aspekter, déi mat Kaméidi ze dinn hunn, och mat de Schied ze dinn hunn, déi hei spillen, an och Distanzen, déi ze respektéieren sinn. Dat ass wouer och fir de Beräich vun der Aviation civile, wou mer eng Rei vu Problemer haten am Zesummenhang mat Trajectoiren, déi ze respektéieren si fir de Beräich vun der

Aviation. An dat ass natierlech wouer fir den Naturschutzberäich an all Dispositiounen aus deem Gesetz.

Esou dass ech also géif mengen, an enger éischer Phas soll een op déi do Fro d'Antwort ginn, dass mer zesummen dee Règlement-type ausschaffen, fir wéinstens déi Fro um Niveau vun deem, wat d'Gemenge betrëfft, geléist ze kréien.

Wat déi zweet Fro, de Stellerwäert vun der Wandenergie, ubelaangt, esou mécht se am Moment an där Produktioun vum Strom, déi gemaach gëtt iwwer erneierbar Energien, ongeféier 10% aus. Largement un der Spétt läit natierlech ëmmer d'Biomass, déi eppes Klenges méi wéi d'Halschent ausmécht aus der Produktioun vun erneierbaren Energien. Mä an deem, wat d'Effektivitéit ubelaangt, par rapport zu deem, wat d'Förderung ubelaangt, spillt d'Wandenergie och fir déi nächst Joren eng grouss Roll, wann ee weess, dass d'Capacités zum Beispill um Niveau vum Waasser praktesch ausgenutzt sinn, ausser vläicht nach kleng Projeten, an um Niveau vun der Fotovoltaik ëmmer dee Problem bleibt, dass dat eis an eiser Klimaschutzbilanz direkt net vun Notzen ass, mä trotzdem awer nach ëmmer gefördert gëtt, ech mengen Dir wësst dat, souwuel iwwert de Beräich vun enger Infrastruktursubvention wéi och iwwert déi Produktioun, déi gelescht gëtt.

Wat mer am Moment hunn, si 55,9 Megawatt, déi hiergestallt ginn. Wann ech d'Potentialstudie kucken, da sinn eng Rei vu Projeten - Réiden, Käl, Suessem a Garnech mat kalkuliert - nach realiséiert ze ginn. Dat wär nach eng zousätzlech Capacitéit vun 28 Megawatt, déi géifen derbäikommen. A wann ech kucken, dass an deem Zäitraum duerno, vun 2010 bis 2020, haaptsächlech dat gemaach gëtt, wat genannt gëtt e Repowering vun deene bestehenden Anlagen, dass also do d'Capacités erneiert ginn an och an d'Luucht gesat ginn, wat nach eng Kéier 35 Megawatt ausmécht, an zousätzlech Anlagen an där Period vun 31 Megawatt gerechent gi sinn, wa mer déi bis 2020 fäerdeg bréngen, da komme mer insgesamt op 150 Megawatt, wat also eng Verdräifachung wär vun deem, wat mer haut hunn.

Dat heescht also, dass een de Cadre réglementaire sécherlech muss besser gestalten, harmoniséieren, och kucken, op déi eenzel Opérateuren, déi Projete wëlles hunn, wierklech zouzuegoen, fir hei vläicht Guichet unique ze maachen an derfir ze suergen, dass dat aus engem Goss zesumme geet. Wa mer dat fäerdeg bréngen, da sinn dat doten déi Capacités, déi mer an deenen nächste Jore kéinte fäerdeg bréngen.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Punkt op d'Sekonn hutt Der d'Zäit agehalen, dat freet mech an och all déi aner heibanen. Den Här Berger stellt dem Här Innenminister eng Fro iwwert d'Plans sectoriels. Här Berger, Dir hutt d'Wuert.

- Question N°265 du 22 avril 2008 de M. Eugène Berger relative à l'état d'avancement des plans sectoriels, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire

►►► **M. Eugène Berger (DP).** - Merci, Här President. Am Juli 2005, méi prezis de 26. Juli 2005 huet den Innenminister de Plan sectoriel «Lycées» virgestallt. An deem Kontext huet dunn den Innenminister och gesot, datt e géif de Plan sectoriel «Transports» an d'Plans sectoriels «Logement» an «Grands ensembles paysagers» preparéieren. Ech zitieren do och vun der Internetsäit vun der Regierung vum 26. Juli 2005, wou steet: «Aux dires de Jean-Marie Halsdorf, le projet de loi sur le plan sectoriel „Transports“ sera présenté avant la fin de l'année 2006, alors que les projets de loi Logement et Grands ensembles paysagers seront prêts pour 2007.»

Här President, méttlerweil si mer Abrëll 2008. Duerfir wollt ech froen, well déi Pläng nach net virleien, wou déi Aarbechten dru wieren, respektiv ob eis den Innenminister ka méi prezis soen, wéini dann déi dräi verschidde Plans sectoriels prett sinn, fir datt se kënnen an d'Prozedur goen.

Merci.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Berger. Den Här Jean-Marie Halsdorf, Innenminister, huet d'Wuert.

►►► **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et ass richtig, dass ech am Juli vum Joer 2005 déi Ausso do gemaach hunn, mä ech muss feststellen, dass mer

déi Zäit ze vill optimisteschen waren. Mir hu wierklech gemengt, déi Plan-sectoriel kéinten aus engem Goss ëmgesat ginn. Et muss een awer feststellen, dass et déi éischte Kéier ass, dass mer Plan-sectoriel-primair maachen.

Weill dat ass dee ganz groussen Énnerscheid par rapport zu engem Plan sectoriel «Lycées», wat e Plan sectoriel secondaire ass. Do ass d'Matière vill méi komplex. D'Envergere ass vill méi grouss. Et muss méi am Detail gekuckt ginn. Déi Diskussiounen téschent de Ministere mussen méi am Fong gemaach ginn.

Wa mer net esou gutt weiderkomm sinn, dann ass et net, well déi eenzel Ministeren net wollte matschaffen, mä dann ass et éischer, well einfach den Däiwel och am Detail ass: Wéi sinn déi verschidden Optione festzeleeën? Wéi sollte mer plangen? Dat ass ee vun de Grënn, firwat dass mer nach net méi wäit sinn, wéi mer elo sinn.

Deen zweete wichtege Grond ass dee vun de juristesche Froen, déi sech opwerfen am Kader vun engem Plan sectoriel. Net méi spët wéi virun e puer Méint hu mer am Kader vum POS Findel gesinn, wéi wichteg déi juristesche Aspekter sinn. Déi sinn och ganz komplex. Hei muss och wierklech bis an de leschten Detail gekuckt ginn, fir d'Risiken, fir dass eng Annulation ka stattfannen, ze minimiséieren.

Drëtens, datt ass och en Aspekt, deem mer eis am Ausaarbechte bewosst si ginn. Mir hu jo véier sougenannte Plan-sectoriel-primaires: dee vum Logement, dee vun de Zone-d'activité-économique, vun de Grands ensembles paysagers a vum Transport. Et geet drëm, déi véier mateneen ze vernetzen. Juristesche géif ech bal soen, an och wat déi technesch Aspekter ugeet: Et ass eng integrativ Approche. Déi ass och immens, immens komplex. Duerfir komme mer och - loosse mer soen - nëmme „step by step“ weider. Mir versichen elo déi véier an engem gewëssene Parallelismus fäerdeg ze kréien.

Doriwwer eraus hu mer nach en aneren Aspekt, deen och opgetrueden ass, deen awer gewosst ass. Dat ass déi sougenannte Direktiv 2001/42/CE vum 27. Juni 2001. Déi gesäit vir, dass mer müssen eng strategesch Émweltprüfung maachen, eng sougenannte SUP. Déi muss och nach fir allegueren déi Projete gemaach ginn.

Esou gesitt Der, datt ass net esou einfach, well do hu mer och keng Valeur-de-références. Aus deem Grond eraus wäert et elo esou sinn, dass mer nach virum Summer de Plan sectoriel «Transports» an de Plan sectoriel «Grands ensembles paysagers» wäerte presentéieren. Da gëtt duerno déi sougenannte SUP op deene Projete gemaach. An duerno wäerte mer dann déi zwee aner Plan-sectorielen, dee vum Logement a vun de Zones d'activités économiques, virleeeën.

Merci.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Den honorabelen Här Schreiner huet eng Fro un de Minister vun der Fonction publique an der Réforme administrative iwwert d'Introduction d'une pension complémentaire dans la Fonction publique. Här Schreiner, wann ech gelift.

- Question N°266 du 21 avril 2008 de M. Roland Schreiner relative à l'introduction d'une pension complémentaire dans la fonction publique, adressée à M. le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative

►►► **M. Roland Schreiner (LSAP).** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt dem Minister vun der öffentlecher Fonctioun eng Fro stellen am Zesummenhang mat der eventueller Aféierung vun enger Zousazpension an der Fonction publique, esou wéi et se am Privatsecteur och scho gëtt.

An engem Communiqué huet d'CGFP - d'Statsbeamtengewerkschaft - eis d'lescht Woch wësse gelooss, dass eng Entrevue beim Minister erginn hätt, dass d'Regierung - ech zitieren - „eng oflehnd Haltung“ an dëser Fro ageholl hätt. Dat, obscho se sech am Accord salarial vum 5. Juli 2007 engagiert hätt an och huet, d'Faisabilitéit vun der Schafung vun engem Zousazpensionsregime - wéi et en am Privatsecteur gëtt, ech hunn et gesot - ze studéieren fir déi Leit, déi nom 31. Dezember 1998 beim Stat agestellt goufen oder nach ginn. Entsprechend Konklusiounen sollten da virum Juli 2008 virleien. Dat ass de Wortlaut vum Accord salarial.

Unni elo d'Opportunitéit vun esou enger Mesure hei bewäerten ze wëllen, wollt ech de Minister froen, ob hien déi Aschätzung

vun der CGFP esou confirméiere kann. A wa jo, wat respektiv wéi eng Elementer d'Regierung dozou verleet hunn, dës oflehnd Haltung, wéi d'CGFP et formuléiert huet, anzehuelen. Ech erënnere och drun, dass schon am Joer 2000 an der Folleg vum deemolege Gehälteraccord eng Kommissioun an d'Liewe geruff gouf, déi esou eng Zousazpensionsuerdnung fir den öffentlechen Déngscht sollt ausschaffen.

Merci.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Schreiner. Den Här Minister Claude Wiseler huet d'Wuert.

►►► **M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative.** - Merci, Här President. Ech muss mat der Explikation vun deem, wat elo gefrot ginn ass, zréckgoen op den Text genau esou wéi en am Accord salarial d'lescht Joer ofgemaach ginn ass. Den Accord salarial seet, datt d'Regierung bereet ass, d'Faisabilitéit ze studéieren op Basis vu Propositionen, déi vun der CGFP erabruucht gi si vun der Kreatioun vun engem Régime de pension complémentaire an datt déi Konklusiounen vun där Etüd solle fir Juli 2008 disponibel sinn.

Déi Proposition, déi vun der CGFP erakomm ass, wëll ech elo net an all Detail resuméieren. Mä déi huet grosso modo doranner bestane fir ze soen, datt an esou engem Régime de pension complémentaire kéinten déi Statsbeamten, déi no '98 an de Statsdéngscht komm sinn, sur base volontaire eppes erabezuelen. Da géif de Stat e Complément ginn op deenen, déi sur base volontaire erabezuelen.

Déi Etüd, déi mer iwwert déi Proposition gemaach hunn, esou wéi se par ailleurs am Accord salarial steet, ass eng Etüd gewiescht, déi haaptsächlech d'juristesche Basis dovunner gekuckt huet. Or, wann een d'juristesche Basis kuckt, esou wéi se am Gesetzestext vum Juni 1999 festgehalten ass, ginn déi Pensionsystemer an dräi Piliere agegliedert.

Dovun ass den zweete Piliere dee vun der sougenannte Betrëbsrentversicherung, déi sech awer haaptsächlech doduerch charakteriséiert, datt se op der Volonté patronale baséiert an datt, wann eng Volonté vum Patron do ass, fir eng privat oder fir eng Pension complémentaire ze bezuelen, dann och d'Obligation légale do ass, fir déi equivalent Kontributiounen fir sief dat dat sämtlecht Personal ze maachen, sief dat spezifesch Kategorië vum Personal, mä dann an der Globalitéit. D'Initiative patronale ass also, wann ee sech am zweete Piliere befënn, eng Obligation.

Dee System, deen hei vun der CGFP proposéiert ginn ass, huet a sech dat ëmgedréint gemaach an huet eng Volonté vun deem Eenzelne viragegestallt, fir datt de Patron soll nobezuelen. Dat ass also, esou wéi et hei an där Proposition definiert ass, mam Gesetz, dat mer iwwert d'Complémentairepensionen hunn, net méiglech, fir dat am Cadre légal actuel ze maachen. Dat ass dat, wat d'Regierung hei gesot huet.

Mir hunn och gekuckt: Wéi ass et am drëtten Piliere? Jo, do ass et evident. Den drëtten Piliere ass dee vun der Privatvorsorge, dat heescht, wou just privat abezuel gëtt, wat jo natierlech jiddferen - inklusiv d'Statsbeamte selbstverständlech - ka maachen. De Fait fir ze froen, datt dann de Patron en Zousaz hannendru gëtt, dat ass am Fong vun der Definitioun hier net konform mam drëtten Piliere.

Dat géif eis automatesch schonn an den zweete Piliere reklasséieren. A wa mer am zweete Piliere sinn, dann ass d'gesetzlech Logik eng ëmgedréint. Mir hunn also der CGFP matgedeelet, esou wéi mer et gesot hätten am Accord salarial, datt op Basis vun där juristescher Faisabilitéit dee System, esou wéi en elo virgeschloen ass, net méiglech war. Méi war och net an deem Accord salarial ofgemaach ginn.

Merci.

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Déi nächst Fro ass déi vum honorabelen Här Gira un den Här Innenminister iwwert d'Noutdéngschter. Här Gira, Dir hutt d'Wuert.

- Question N°267 du 22 avril 2008 de M. Camille Gira relative à l'organisation des services de secours et notamment des règlements grand-ducaux à prendre en exécution de la loi du 12 juin 2004, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire

» M. Camille Gira (DÉI GRÉNG).- Merci, Här President. Ganz kuerz: Ech wollt den Innenminister froen, wou mer dru si mat de Règlements grand-ducaux als Exekutioun vum Gesetz vum 12. Juni 2004 iwwert d'Services-de-secours-s-Ausféierungsbestimmungen, ob déi dobausse mat Schmäerzen, souwuel bei de Pompjeeé wéi bei der Protection civile, gemaach ginn.

» M. le Président.- Merci, Här Gira. Kuerz Fro. Kuerz Äntwert vum Här Innenminister.

» M. Jean-Marie Halsdorf, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ganz esou kuerz kréien ech et vläicht net hin. Mä d'Situatioun ass folgend: Un deene Gesetzer si mer scho méintelaang amgaang ze dokteren an ze schaffen an ze finaliséieren. Si wäeren och elo schon - dat géif ech lech garantéieren - an der Prozedur. Mir hate leider e Stierfall am Ministère an deem Service. Doduerch hu mer nach eng Kéier missen eng Ronn dréinen. Ech wollt se am Fong geholl dëst Joer am Januar déposéieren.

Mir hunn eng lescht Ronn gedréint mat deene Concernéierten, dat heescht mam Comité des Sages, mat den Inspekteren zesummen, natierlech mat eiser Verwaltung an och mat der Federatioun. Ech ginn also dovun aus, dass et eminent ass, dass se déposéiert ginn.

Wat gétt déposéiert? Et gi sechs Règlements grand-ducaux déposéiert: een iwwert d'Formation; een iwwert d'Protection civile; een iwwert de Service d'incendie, wéi déi sollen organiséiert sinn; een iwwert de sougenannte Congé sapeur; een iwwert de Contrôle médical, an nach een iwwert de Conseil supérieur des services de secours. Déi sechs sinn déi, déi wäerten deemnächst déposéiert ginn.

Da bleiwen nach zwee anerer, déi mer och mussen duerno déposéieren. Een iwwert déi sougenannte privat Ambulanz. Do hat ech och scho Gespréicher mat deene Leit vum Terrain. Ech ginn dovunner aus, dass mer dat Enn des Joers hikréien. An nach e Leschten iwwert déi sougenannte Kleedungen an Rettungswiesen, iwwert d'Insignien an esou weider. Also deemnächst gétt dat eppes, Här Gira.

» M. le Président.- Merci, Här Minister Halsdorf. Déi nächst Fro ass déi vum honorabelen Här Kaes un den Här Gesondheitsminister. Et geet hei ëm d'Impfung géint d'HPV-Infektiounen.

- Question N°268 du 22 avril 2008 de M. Ali Kaes relative au remboursement du vaccin contre les infections à HPV (Human Papilloma Virus), adressée à M. le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale

» M. Ali Kaes (CSV).- Här President, léif Kolleegeinnen a Kolleegeen, erlaabt mer eng Fro un de Minister vum der Gesondheet ze stellen am Kontext vun der Impf-Campagne géint de Gebärmutterhalskriibs bei de jonke Meedercher. Den 1. März 2008 ass d'Campagne ugelaft, fir d'Meedercher am Alter vun 11 bis 12 an dann och nach vun 13 bis 18 Joer dozou opzeruffen, sech géint d'HPV-Viren impfen ze loossen, déi a sech allgemeng als Ursach vu ville Gebärmutterhalskriibse gëllen. Déi Meedercher, déi a Fro kommen, kënnen sech elo zënter dem leschten 1. März gratis impfe loossen, wa se e Rezept vun engem Dokter hunn. Dës Campagne ass ganz kloer eng Preventivmoossnam, déi ganz sécher ze begrëssen ass.

Et gétt awer eng Rei Leit, Här Minister, déi net gewaart hunn, bis d'Sensibiliséierung ugelaft ass, an déi hir Kanner schon am Laf vum leschte Joer impfe gelooss hunn. Dat och, well soss d'Kanner den entsprechenenden Alter dépasséiert hätten.

Vu dass dëst jo am Sënn vun der preventiver Medezin ass, misst et jo och méiglech

sinn, dass déi Leit an de Genoss vun engem Remboursement vun de Fraisen an Héicht vun zirka 130 Euro kommen.

Meng Fro ass also, Här Minister: Gëtt et eng Méiglechkeet, fir dass och dës Leit vun engem Remboursement kënnen profitéieren?

Dës Leit hu jo u sech näischt aneschters gemaach wéi dat, wat elo vum Gesondheitsministère propagéiert gétt. Dowéinst solle se also net dorënner leiden, dass si a sech méi schnell gehandelt hunn.

Ech soen lech Merci.

» M. le Président.- Merci, Här Kaes. Den Här Mars Di Bartolomeo, Gesondheitsminister, huet d'Wuert.

» M. Mars Di Bartolomeo, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, selbstverständlech kléngt déi Proposition vum Deputéierten Ali Kaes op den éischte Bléck ganz attraktiv. Et ass allerdéngs esou, dass bei där Impfung, déi den Ali Kaes uschwätzt, Lëtzebuerg souwisou zu deene Länner gehéiert, déi de Remboursement am schnellsten agefouert hunn, an am Géigesaz zu villen anere Länner de Remboursement zu 100%.

Ech dierf just drun erënneren, dass d'Commercialiséierung vun deem Vaccin, deen extrem deier ass an deen d'Industrie mat extreme Pressiounen versicht huet, vis-à-vis vun alle Länner duerchzesetzen, extrem zent ass. Dat ass e gutt Joer hier, an Dir wäert och verstoen, dass, ier mer esou eng Impfung op eise Programm setzen an e Programm mat de Keese maachen - e Programm, deen de Statsbudget ganz staark belaauscht -, mer eis Assurancë wëllen huelen.

Mir hunn duerfir ofgewart, bis dass mer den Avis vum Conseil Supérieur d'Hygiène haten. Mir hunn ofgewart, bis dass mer d'Recommandatiounen hate vun dem europäeschen Zentrum fir ustiechend Krankheeten. Mir hunn ofgewart, wéi vergläichbar organiséiert Nopeschlänner sech dozou positionéiert hunn.

Éréscht wéi all déi dote Parameteren op gréng stoungen, hu mer d'Négoziatiounen, d'Diskussiounen mat de Krankekesen opgeholl, selbstverständlech och um Regierungsniveau, a mir hunn dunn och ugekënnegt, am Laf vun deenen Diskussiounen, dass eng Prise en charge vum Vaccin virun der Dier géif stoen.

Elo ass et esou, dass eng Rei vu Familjen, well se och sensibiliséiert gi si vun den Doktere respektiv vun där Diskussioun, déi dobausse war, dat gemaach hunn, ier de Programm effektiv war, an net nëmme 130, mä bal 400 Euro ausginn hunn am Intérêt vun hire Kanner. Dat ass ganz verständlech.

Ech muss lech awer soen, dass mer dee Programm hei agefouert hunn, bei deem Käschtpunkt vum Vaccin, fir dass jiddferee sech dat hei zu Lëtzebuerg ka leeschten, deen dat wëllt, ouni Ennerscheed vu sengem Revenu, well wa mer et gemaach hätte wéi an Nopeschlänner, mat enger relativ héijer Participatioun, da wär dat zimlech exklusiv gewiescht vis-à-vis vun deene Familjen, déi keen anstännege Revenu hunn.

Duerfir als Konklusioun zu der Fro vum Ali Kaes: Mir hu misse beim Remboursement vun deem Vaccin eng Rei vu Limiten asetzen, zum Beispill wéini dass et uleeft a bis wat fir een Alter dass et geet. Well wa mer et esou géife maachen, wéi den Ali Kaes proposéiert, da géife mer net nëmme retroaktiv déi rembourséieren, déi et virdu gemaach hunn, mä mir missten och soen, wann d'Virbedéngungen erfëllt sinn - an hei gétt jo kloer gesot, dass dee Vaccin am wirksaamsten ass, wann nach kee Geschlechtesverkéier war -, majo déi, déi iwwert deen Alter, dee mer elo festgeluecht hunn, eraus sinn an déi dote Konditiounen erfëllen, déi kréien dat och rembourséiert.

Duerfir komme mer op dee Punkt, dee mer ëmmer mussen setze bei enger Campagne: Mir mussen Limité setzen. Déi hu mer gesat, an ech wëll soen, dass éischters mer keng Budgetskredditer am Moment hunn, fir dat retroaktiv kënnen ze finanzéieren, well et iwwert de Statsbudget finanzéiert gétt, an och d'UCM net virgesäit,...

(Coups de cloche de la Présidence)

...fir dat dote retroaktiv ze rembourséieren, esou dass et mer leed deet, mä mir mussen déi Deadliné respektéieren, déi mer eis an deem heite grousszúege Programm ginn hunn.

Merci, Här President.

» M. le Président.- Merci, Här Minister, fir Är Äntwert. Den honorabelen Här

Henckes huet eng Fro un den Här Justizminister iwwert déi Tëscheffäll, bei deene mat Steng op d'Autobunne geworf gouf. Här Henckes, Dir hutt d'Wuert.

- Question N°269 du 21 avril 2008 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux récents jets de pierre de ponts autoroutiers, adressée à M. le Ministre de la Justice

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR).- Här President, an de leschte Woche sinn e puermol vu Brécke Steng op Autoe geworf ginn. Et sinn e puer Persounen do blesséiert ginn. Am Ausland huet ee gesinn, dass dat schonn eng Zäitchen och floréiert, dass e puer esou Incidenté komm sinn, an et ass mer op jidde Fall ee Fall an Däitschland bekannt, wou eng jonk Fra op Basis vun esou engem Steeworf gestuerwen ass.

Duerfir sinn och d'Bierger hei ängschtlech a froe sech: Wat ass do lass? Wat kann een dergéint maachen?

Meng zwou Froen: Wat huet d'Regierung wëlles, fir um Gebitt vun den Enquëten ze maachen? Wat kann do gemaach ginn?

Zweetens, wat ass d'Méiglechkeet fir preventiv ze schaffen? Wat gesäit d'Regierung do vir, fir eventuell verschidde Preventiounsmoossnamen oder -installatiounen virzehuelen?

» M. le Président.- Merci, Här Henckes. Den Här Minister Luc Frieden huet d'Wuert.

» M. Luc Frieden, *Ministre de la Justice*.- Här President, d'Regierung veruertelt schäerfsten dat absolut inakzeptabelt Verhale vun deenen, déi vun Autobunnsbrécken erof Steng op Autoe geheien!

Dat ass net eppes, wat een als Spaass ka verstoen. Dat si schlëmm kriminell Doten, well, esou wéi den Här Henckes zu Recht gesot huet, et si scho Leit blesséiert ginn. Et riskéiere Leit Accidenter ze hunn, et riskéiere Leit leien ze bleiwen, an duerfir ass dat schäerfsten ze veruerteelen.

D'Police huet opgrond vun deenen Incidenten - et si fir de Moment eng zéng esou Incidenté bekannt - verstärkt Patrouillé gemaach. Mir hu gefrot, dass dat soll mat alle Mëtelen an op verschidde Façone verstärkt ginn, verschidden Observatiounen vun esou Brécke solle gemaach ginn, fir dass mat alle Mëttele versicht gétt, am preventive Beräich Leit, déi déi do Saache wëlle maachen, ze empëchéieren, se kënnen ze maachen.

Et muss een allerdéngs wëssen, dass mer zu Lëtzebuerg eng ronn 100 Stroossen an Eisebunnsbrécken iwwer Autobunnen hunn. Dat ass also net näischt. Dat heescht, et kann een net permanent op all Bréck Leit stoen hunn, déi do oppassen. Mä et ass eis Intentioun, fir déi Patrouillen do verstärkt virunzeféieren, a selbstverständlech si mer och zesumme mam Bauteminister amgaang ze kucken, ob et méiglech ass, op där enger oder anerer Plaz vläicht och aner Moossname baulecher Natur bäizemaachen. Mä dat geet selbstverständlech net bei alle Brécken am Land.

Derbäi kënn, dass et noutwendeg ass, dass een och nach eng Kéier deen Appel un d'Leit rappeliert, dass, wa se Leit, déi sech komesch behuelen, op Brécke gesinn, se der Police dat mellen, dass déi kann, wa se schonn an der Géigend ass, och schnell agräifen. Mir hoffen, dass et der Police géllt, deen een oder deen aneren Täter ze kréien an dat dee vun engem Gericht zu enger strenger Strof veruerteelt gétt. Och dat géif dozou bäidroen, dass anerer, sollten et der e puer sinn, net op déi nämlech schrecklech Iddië kommen.

Ech hoffen, dass d'Leit, déi och am Erzéiungsberäich aktiv sinn, och ëmmer erëm déi, déi vläicht méi op esou Dommheeten an Iddië kommen, warne virun de schreckleche Konsequenzen, déi esou Saache kënnen no sech zéien. Ech weess net, wat fir eng Alterskategorie déi dote sinn. Heiansdo am Ausland waren et Jugendlecher, déi wollten e Spaass maachen. Et sinn awer och heiansdo Eelerer gewiescht. Et weess een also net, mat wem een et hei ze dinn huet. Mä jiddferee soll och hei sän éducativ Rôle mat gebrauchen, fir drop hinzeweisen, dass dat hei net e Kavaliersdelikt ass, mä eng schlëmm kriminell Dot.

Merci.

» M. le Président.- Merci, Här Minister Frieden. Déi lescht Fro ass déi vum honorabelen Här Negri un den Här Ëmweltminister iwwert de Biodiesel.

- Question N°270 du 21 avril 2008 de M. Roger Negri relative à une proposition de directive de la Commission européenne augmentant le taux du biofuel à 10% en tant qu'additif dans l'essence et le diesel jusqu'à l'an 2020, adressée à M. le Ministre de l'Environnement

» M. Roger Negri (LSAP).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Proposition vum der EU-Kommissioun vum 23. Januar 2008, fir den Undeel vum Biosprit bis zum Joer 2020 op 10% ze erhéijen, stéisst op ëmmer méi Widerstand an Onverständnis. Mat dëser Virgab gétt d'Ernährungssécherheet, déi en international unerkannt fundamentaalt Mënscherecht ass, dramatesch a Fro gestallt an ass kontradiktoresch zu dem Millenniumszil, fir d'Aarmut weltwäit bis 2015 ëm d'Halschent erfzesetzen.

Mat dem verstärkten Ubau vun Agro-kraftstoff wéi Raps a Mais an aner Sorten, fir doraus Biosprit ze fabrizéieren, gétt Raubbau un der Natur gemaach. Wann op de Felder Agrofuelplantagen entstinn, fir dass een Deel vun der Mënschheet weider esou mam Auto fuere kann an doduerch deen aneren Deel vun der Mënschheet aarm gétt oder aarm bleibt an an Hongersnout geréit, da schafe mer sozial Ongerechtegkeeten, déi d'Mënschheet a katastrophen Konflikter féiere wäerten.

Déi éischt Revolte si schonn a Mexiko an an Haiti ausgebrach. Duerch déi elo scho weltwäit Verdeierung vun den Ernährungsmittelen hu sech 16 Lëtzeburger ONG-Organisatiounen zesummegeedoen an den 11. Abrëll Bréiwer u verschidde Ministeren a Kommissionspresidenten verschéckt, fir dës Problematik verstärkt ze thematiséieren.

An deem Sënn organiséiere mir als Ëmweltkommissioun zesumme mat der Agrarkommissioun den 20. Mee en Échange de vues mat de Verrieder vun den ONGen. Heifir wollt ech den Ëmweltminister froen, wéi d'Regierung gedenkt mat der Proposition vum der EU-Kommissioun vun 10% Biospritundeel bis 2020 ëmzuegoen.

Ech soen lech Merci fir Är Äntwert.

» M. le Président.- Merci, Här Negri. D'Wuert huet elo den Här Ëmweltminister Lucien Lux.

» M. Lucien Lux, *Ministre de l'Environnement*.- Här President, ech hunn net méi spéit wéi haut de Moien eng Stellungnahme zu dem Pabeier vun deenen Organisatiounen aus dem kierchleche Beräich, awer och vun den Ëmwelt- an Entwécklungsorganisatiounen erausginn, déi ech och den Deputéierten zoukomme gelooss hunn, well ech mengen, dass dat och e Bestanddeel wäert si vun där Debatt, déi muer de Mëtteg hei wäert stattfannen zu der Kooperatioun. Ech hunn och haut de Moie gesinn, dass déi liberal Fraktioun eng Aktualitéitsstonn ugefrot huet zu darselwechter Problematik, déi da wuel d'nächst Woch, wann den Ordre du jour dat zouléisst, och hei an der Chamber kéint diskutéiert ginn.

Ech mengen, dass dat eng wesentlech Fro ass, fir och keng Verméschung ze kréie vun de Responsabilitéiten, wéi se am Moment kéint stattfannen. Duerfir muss een en éischer Stell soen, dass an alle Fäll géllt, dass d'Lutte géint de Klimawandel ee Stéck vum Mosaik ass vun enger wirksamer a konsequenter Bekämpfung vun der Aarmut an der Ënnerentwécklung op der Welt. Dass hei Antagonismen amgaange sinn ze Entstoen, dat mussen mer relativ schnell kucken aus dem Débat public erauszekréien, awer och natierlech um sachleche Plang diskutéieren.

Datselwecht géllt, wat Der och hei gesot hutt, dass et jo scho bal eng moraleschethesch Fro ass, dass an der Fro vum Klimawandel wéi der Ënnerentwécklung virun allem déi Länner an déi Populatiounen un alleréischer Stell betraff sinn, haut scho betraff sinn, déi am mannsten, fir net ze soen am allermannste responsabel si fir dee Klimawandel, dee stattfënn, deen duerch déi Dreifhausgasen entsteet, déi virun allem mir an eisen industriellen éischer Wueltstandsdeeler vun dëser Welt an deene leschte Jore produzéiert hunn. Duerfir ass déi Solidaritéit vis-à-vis vun deene Populatiounen an där enger wéi an där anerer Lutte vun enger grousser Bedeitung.

Ech komme vläicht drop zrëck fir ze soen, wat d'Positioun vun der Regierung ass. Ech selwer hunn déi drëtt Woch Januar, wéi de Paquet vun der Kommissioun virgestallt

ginn ass, an enger éischer Kommentierung kloergemaach, dass mir eng éischer skeptesch Attitüd hätte vis-à-vis vun där 10%teger Baimeschung vum Biosprit.

An den 11. März, wéi mer hei an der Chamber driwwer diskutéiert hunn, hunn ech mer dat nach eng kéier ugekuckt an nach eng kéier ganz kloer gesot, dass d'Lëtzebuurger Regierung „ganz skeptesch ass“, ech zitieren, „fir net ze soen negativ par rapport zu deem Zil vun deenen 10%“ a weider och drop higewisen, dass een déi - ech zitieren nach eng kéier - „néfaste Effeten, déi dat op nei Monokulturen, op d'Nahrungsketten an op d'Entwécklung vun de Präisser op deem Gebitt huet“, muss kucken an och vläicht gezwonge gëtt, fir ganz kräfteg op d'Brems ze drécken.

Dat heescht also, déi Position, déi haut vu villen ageholl gëtt, war eng Position, déi d'Regierung vun Ufank u gesinn huet. Mir hunn net méi spéit wéi e Freideg am Reglerungsrot nach eng kéier iwwert déi Fro diskutéiert a sinn eis och ënner alle betroffenen - ech betounen: alle betroffenen - Ministeren eens ginn. An dat hunn ech e Sonndeg och gemaach, fir eis Repräsentanten an der Repräsentation permanente zu Bréssel unzesstellen, vun dëser Woch un nach méi wéi virduen eis Skepsis, fir net ze soen eis negativ Haltung duerzeleeën, souwuel wat d'Fro vun de Kritären ugeet - well et gëtt jo vun der Kommissioun elo ofgeschoben un d'Fro fir déi 10% ze hänken un ökologesch respektiv u sozial Kritären, wat enorm schwierig ass, besonnesch déi sozial Kritären.

Mir mengen awer virun allem, dass et och eng Fro iwwert déi 10% selwer soll ginn, en sachant bien, dass dat och kéint bedeiten, dass mer eis Zilsetzung am Zesummenhang mat den erneierbaren Energien, déi mer operleucht kritt hunn zu Bréssel, och mussen a Fro stellen.

Well wa mer aus reng egoistescher Siicht dat Ganzt géife kucken, da géife mer net nëmmen 10% Baimeschung froen, mä da géife mer der 20 froen, well dat fir Lëtzebuerg heescht, dass dat, duerch de Fait, dass 50% vun eisen Emissionen aus dem Dreifstoff kommen, automatesch d'Haltschent all kéier fir eis um Undeel vun erneierbaren Energien duerstelt. Dat heescht, 10% Baimeschung heescht 5% Undeel vu Lëtzebuerg un erneierbaren Energien.

(Coups de cloche de la Présidence)

Obwuel dat esou ass, si mer der Meenung, dass déi skeptesch Froen, déi mer ze stellen hunn, wann net souguer d'Afrostellung vun deenen 10% d'Positionen vun der Regierung an deenen nächste Wochen zu Bréssel wäert sinn.

» M. le Président. - Merci, Här Minister Lux. Domat ass d'Froestonn un d'Regierung ofgeschloss.

Mir kommen zum nächste Punkt vun eiselem Ordre du jour, dat ass d'Aktualitéitsstonn, déi ugefrot ginn ass vun der CSV-Fraktioun iwwert d'Organspenden. Laut eiselem Règlement huet déi Fraktioun, déi d'Aktualitéitsstonn ugefrot huet, zéng Minutten Zäit, déi aner Fraktiounen jeeweils fënnf Minutten, d'Sensibilité politique zwou Minutten an d'Regierung eng Véirelstonn. Et si bis elo ageschriwwen: déi Häre Krieps, Angel, Huss an Henckes. D'Wuert huet elo d'Madame Martine Stein-Mergen vun der CSV-Fraktioun.

10. Heure d'actualité demandée par le groupe CSV au sujet du don d'organes

» Mme Martine Stein-Mergen (CSV). - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, wa jidderee sech géif als potenzielle Receveur d'organes betruuechten, am plaz als potenziellen Donneur, da wier dësen Débat d'actualité zwar nach ëmmer néideg, well et an dësem Thema och iwwer Ännerung vun engem Gesetz an deenen entsprechende Règlement-grand-ducal geet, mä d'Diskussioun wier wesentlech manner dramatesch.

Et ass elo e Joer hier, dass mer hei op Ufro vu mengem Confrère Krieps iwwert d'Transplantatioun zu Lëtzebuerg diskutéiert hunn. Mir waren ons eens an enger ganzer Rei vu Punkten, dass et eng Pénurie de greffons gëtt, dass mer eng negativ Entwécklung vun der Disponibilitéit vun dësen Greffonen de Moment matmaachen, dass et dréngend noutwendeg wier, ons Situatioun ze änneren, well mer mussen e vollwäertige Partner vun Eurotransplant kënne bleiwen, engem formidabelen Instrument wat d'Dis-

ponibilitéit vun Organen an Europa ugeet en vue vun hirer Kompatibilitéit mat de Receveuren.

D'Regierung war dee Moment en attente vun engem Avis vun nationalen Ethiksrout. Dësen Avis ass entre-temps gelant. En ass op den 30. Januar 2008 datéiert an en handelt iwwert d'Diagnosstellung vum Doud am Zesummenhang mat der Organspend. Si hu bal zwee Joer dru geschafft an erauskomm ass en exzellent Dokument, an Zesummenaarbecht iwwerregens mat deene betrouene Servicer an Organer - also Organer am abstrakte Sënn gemengt.

Et geet ënner anerem ëm dee méi technesch Deel, deen iwwer medezinesch Kritäre vun der Feststellung vum Doud natierlech, an awer och den Zoustand vun dem Transplantatiounsdomän hei zu Lëtzebuerg.

D'Definitioun vum Doud ass also duerch déi technesch a medezinesch Fortschréttler évolutiv.

Allgemeng war an ass gültig, dass den Doud dann agetraff ass, wann d'Gehir opgehale huet ze funktionnéieren, woubäi an dësem Fall Häerzaktioun an Ootmung mat Maschinne kënne oprechterhale ginn. Mir schwätze vun engem Coma dépassé.

Et ass net méi üblech, wat ëmmer nach fälschlecherweis gebraucht gëtt, hei vun Häerzdoud oder Gehirdoud ze schwätzen, well dës Begrëffer Netfachleit kënne duerenanermaachen. De Patient kann nach d'Impressioun ginn, net dout ze sinn, well d'Maschinen nach weider funktionnéieren.

Dëse Coma-dépassé-s-Begrëff ass dann an ons Gesetzgebung an haaptsächlech och an e Règlement grand-ducal vun 1983 iwwerholl ginn - mä dozou nach eng kéier spéider.

Wann den Doud festgestallt ass, da kënnt et zum Don d'organes. Selbstverständlech ass dat gratis an dat muss et och bleiwen.

Een oder e puer Organer gi prélevéiert an engem gëeegnete Kranken transplantéiert. Dës Technique sinn och selbstverständlech amgaenge verbessert ze ginn. D'Zuel vun den Organer an Zellen, déi sënnavoll kënne transplantéiert ginn, hält dauernd zou. Domadder hält awer och d'Öffnung zou vu ville Kranken, dass si kënnen mat engem friemen Organ weiderliewen.

Et gëtt also engersäits doduerjer eng Steigerung vun der Demande, mä leider och eng ëmmer méi kleng Zuel vun Donneuren, déi net nëmme bei ons am Land, mä an engem besonnesch dramateschen Ausmooss an onsem Land zu enger Diskrepanz féiert tëschent der Zuel vun den Organer, déi disponibel si fir d'Transplantatioun, an dem Besoin.

Domat kënne mer also nëmme méi op eng méi limitéiert Indikatioun zréckgräife bei potenzielle Receveuren, méi laang Listes d'attente an domadder och méi Doudesfäll op dës Listes d'attente.

Den nationalen Ethikscomitée huet d'Ursaach vun dëser spezieller lëtzebuergescher Situatioun probéiert ze cernéieren. Si stelle fest, dass bei onser Populatioun dës Prozeduren op weineg Akzeptanz stoussen, dass bei ons am Land keng Transplantatiounskultur besteet.

Si hunn och erausfonnt, dass et, well entspriechend Protokollen an de Spideeler vum Land feelen, an domat dréngend néideg Kommunikatioun, ebe just dozou féiert, dass déi néideg Zesummenaarbecht an der Praxis net kann esou duerchgezu ginn, wéi dat misst sinn, wéi wann ee géif effektiv wëlle schaffen.

Et sinn och déi Equipen, déi sech ëm d'Koordinatioun vun den Transplantatiounen bekëmmere, dramatesch ënnerbesat. Dës Feststellung wäert dës Leit, déi hir Aarbecht mat engem immensen Engagement maachen, awer ënner zimlech prekären Émstänn, natierlech an Hoffnung versetzen, dass déi Equipen opgestockt ginn an dass hir Situatioun verbessert gëtt.

Ech mengen och, dass mer hei misste mentionnéieren - an dat hat ech schon d'lescht Joer gesot -, dass ee sech muss op e Generatiounswiessel vun dësen Equipé préparéieren an dass dat, wann een déi Perséinlechkeete kennt, déi déi Aarbecht de Moment maachen, net esou einfach wäert sinn.

Ech wëllt elo zu deem kommen, wou mer schonns d'lescht Joer diskutéiert hunn, an dat ass d'Inklusioun vun den „non heart beating donors“ an de Krees vun den Donneuren. Dëst misst iwwer eng Ännerung vum Gesetz geschéien.

Ech wëll net an all Detail op d'Klassifikatioun vu Maastricht agoen, mä am Prinzip geet et hei ëm déi Persounen, déi opgrond vun enger Krankheet oder engem

Accident am Arrêt cardiaque sinn, entweder ouni Reanimatioun virduen oder no Reanimatioun ouni Erfolleg.

Dës Leit haut ze prélevéieren ass net no onsem Gesetz méiglech, well mer am Paragraph 11, Absatz 2 stoen hunn: «La mort ayant eu lieu, le prélèvement peut être effectué même si les fonctions de certains organes autres que le cerveau sont maintenues artificiellement»; wat an dëse Fall eben net de Fall ass an duerfir misst dëst Gesetz, onser Meenung no, dréngend geännert ginn.

Parallell dozou missten eng Rei aner Mesurë getraff ginn, seet den nationalen Ethiksrout, déi dozou géife féieren, dass d'Méfiance, déi ëmmerhin 20 bis 30% vun de Famillje vun de Verscheeten dozou bréngt, op e Prélèvement net anzewëllgen, aus dem Wee geraumt gëtt.

Dozou gehéiere rigouréis Protokollen, eng besser Zesummenaarbecht an e Réseau tëschent de Spideeler an - ganz wichteg - eben d'Sensibiliséierung vun onse Bierger.

Et ass lech sécher all opgefoll, dass schonns eier den Avis vun nationalen Ethiksrout eraus war eng Publicitéitscampagne ugelaft ass vun der Regierung, fir dës Sensibiliséierung ze errechen. Déi Campagne u sech fannen ech net falsch, au contraire fannen ech se relativ originell. Ech fanne just den Zäitpunkt relativ onglécklech, well bis elo deen eigentlechen Débat, nämlech ob a wéini dëst Gesetz soll geännert ginn a wéi wäit dass d'Dier opgemaach gëtt fir „non heart beating donors“, net gefouert ginn ass.

D'Campagne proposéiert, d'Leit dozou ze bewegen, Donneur ze ginn, an ignoréiert eigentlech de Fait, dass jidderee vun ons potenziell Donneur ass, wann e sech net géigendeleg ausgedréckt huet.

Et ass richtig, dass mer haut eng soft Interpretatioun vum Consentement présumé an der Praxis uwenden, an et ass och gradesou richtig, dass iwwert dës Campagne eng ganz Rei vu Leit an onsem Land déi Organspenderkäertchen erëm bei sech droen; ech hat nach déi al Versioun an der Täsche.

Si mer bereet, d'Prélèvement opgrond vun de Käertercher, och wann d'Famill dergéint ass, ze maachen? A wéi wäit wëlle mer esou d'Selbstbestëmmung vum Donneur respektéieren, esou wéi dat am Protocole additionnel vun der Konventioun vun Oviedo virgesinn ass?

Ech wëll dann zum Schluss nach e Wuert soen iwwert déi dréngend noutwendeg Ännerung vum Règlement grand-ducal vun 1983 iwwert d'Feststellung vum Doud.

D'Fachleit sinn der Meenung, dass déi fënnf Konditiounen an dësem Règlement grand-ducal, nämlech déi vun enger negativer Artériographie cérébrale oder en negativ-kontrast-IRM vum Gehir, kéint zu enger Erhéijung vun den Donneuren ëm 30% féieren; et ass och esou, wéi et an onsen Nopeschlänner duerchgefëiert gëtt.

Wier et net denkbar, Kolleegen a Kolleeginnen, Här Minister, an enger éischer Phase de Règlement grand-ducal an deem Sënn ze änneren an dann awer och esou schnell wéi méiglech iwwer eng Neierung vum Prélèvementsgesetz ze diskutéieren, an zwar am Sënn vun Avis vun nationalen Ethikscomitée, dee verlaangt, dass hei och iwwert d'Konditiounen, déi un Intervenante gestallt ginn, iwwert de Constat vum Assentiment vum Patient oder senger Famill an iwwer e Procès-verbal diskutéiert gëtt an dës Punkten am Gesetz sollte verankert ginn?

Ech huelen un, dass Der Är Käertchen alleguerter bei lech hutt - ech hu se bei mer. Ech wëll zum Schluss just nach d'Bemierkung maachen, dass et menger Meenung no méi wichteg wier, dass, wa mer dann déi Carte à puces kriéieren, déi all Patient soll an der Täsche droen, dat och eppes wier, wat misst dorobber vermierkt sinn an dass dat an der Praxis vill méi wäert wier wéi d'Käertercher, déi ee jo awer da vläicht am Noutfall net do an da fënn, wann ee se brauch.

Ech soen lech Merci.

» Plusieurs voix. - Très bien!

» M. le Président. - Merci, Madame Stein. Den éische Riedner ass den honorabelen Här Alexandre Krieps. Här Krieps, Dir hutt d'Wuert.

Débat

» M. Alexandre Krieps (DP). - Merci, Här President. Ech soen der Madame Stein-Mergen Merci, dass se dee Sujet do hei an der Chamber nach eng kéier relancéiert huet. Et ass e Sujet, deen och an der Literatur vun der Medezin permanent weltwäit, speziell säit zwee Joer opgegraff gëtt.

Hei si mer elo, wat d'Donneuren ubelaangt, bei meeschens Leit, déi an de Reanimatiounen leien, gewéinlech niewent deene Leit, déi Receveure vun deenen Organer sinn, an dat stellt schonns heiansdo e Problem duer. Duerfir wär et schonns aganks wëschenswäert, dass net déi nämlech Leit sech drëm bekëmmere géifen an doudsécher net déi Leit, déi an der Transplantatiounsmedezin aktiv sinn. Dat géif scho verschidde Bedenken ausraumen.

Et geet also hei drëm: Behandelt een d'Organer, déi ee wëllt prélevéieren, oder behandelt een de Patient, deen amgaang ass ze stierwen, bis zum Schluss?

Dat ass oft eng ganz schwierig Décisioun. D'lescht Joer war a Kalifornien e schwéiere Skandal, wou zwee Transplantatiounschirurge versicht hunn, den Doud vun engem Patient ze accélérieren, fir kënne Organer ze prélevéieren, an trotz Morphine a Berouegungsméttel ass dat hinnen net gelongen an huet ebe mat sech bruecht, dass den FBI hinnen e Bonjour matbruecht huet.

Esou Dérivé muss een op alle Fall vermeiden!

D'Madame Stein huet zu Recht gesot, mir brauchen national Protokoller, mir brauchen national Standarden. D'Gesetz steet nach ëmmer iwwert den Ausféierungsbestëmmungen. Duerfir muss en Deel vum Gesetz vun 1982 och verbessert ginn. Et geet net duer fir nëmmen e Règlement grand-ducal, dee vun 1983 staamt, ze face-liften. Dat geet net duer!

Op der Donneurskaart muss de Patient och kënne seng Prioritéit ausspreechen, ob en Donneur ass oder ob en „end-of-life care“ wëllt hunn, ob e wëllt Soins palliatifs hunn.

Nodrëglech elo, wou ech dat do nach eng kéier gekuckt hunn, war ech verwonnert, dass mer an der Santéskommissioun, wéi mer d'Soins palliatifs diskutéiert hunn, iwwert deen do Aspect guer net geschwat hunn. Esou dass et ganz wichteg ass, well a verschiddenen nordamerikanesche Staaten oder an nördleche Länner an Europa, wann de Patient säin Donneurswëllen ausgedréckt huet, gëtt en an där Optik behandelt. An dat ass eppes, wat ganz wichteg ass ze séparéieren.

Wat och sécher ass a wou ech ganz d'Meenung vum Conseil national d'éthique deelen, dat ass, dass déi „dead donor rule“ agehale muss ginn. Ech kommen herno kuerz dorobber zréck.

De Patient, deen nach leeft, muss also geschützt ginn. Mir sollen och net vergiessen, dass, wéi d'Madame Stein et gesot huet, de Grand public e grousst Mësstrauen huet.

D'Position vun de Familljen ass schwierig, well Dir wësst jo, dass no dem Moment, wou décidéiert gëtt, de Patient net méi mat der Assistance cardiorespiratoire iwwer Waasser ze halen, et ganz séier geet, bis den Doud erkläert gëtt a bis d'Organer prélevéiert ginn. Oft fänkt dat no zwou bis fënnf Minutten un. Dat muss ee sech also virstellen. Da muss een och nach un d'Famill komme kënne. Et ass also ganz wichteg, dass een déi Délaïé respektéiert.

Gewéinlech an Nordamerika, wann een eng Donneurskaart huet, kann d'Famill och de Wëlle vum Donneur net réckgängig maachen. Dat sinn och Considératiounen, déi ee muss am A behalen.

Déi Organspenderkaart geséich ech gären ersat duerch e Vermierk am Führerschäin oder an der Carte d'identité. D'Leit lafe scho mat 36 Kreditkaarten duerch d'Géigend. Duerfir géif ech net wëllen, dass nach eng Kaart derbäikéim. Mä an der Carte d'identité oder am Führerschäin misst dat markéiert ginn.

D'Santé wier gutt beroden, fir en offizielle Web ze maachen iwwert d'Organspenden, fir d'Leit iwwert d'Konditiounen ze informéieren, ënnert déi se fale géifen. An der Schoul misst dat an der Education sanitaire integréiert ginn. Mat iwwer 40% auslännesche Résidenté misst dat och a verschiddene Sproche verfaasst sinn. Déi amerikanesche Regierung huet och en Donor-Site, do kënnt Der liesen, wéi vill Leit deen Dag transplantéiert gi sinn.

Déi technesch Saache wëll ech lech net elo hei virlesen.

D'Famillje ginn och ënner Drock gesat, fir dass d'Leit hir Organer ginn. Dat muss een och iergendwéi kënnen reduzéieren - deen Drock op d'Familljen.

Wat sécher ass: Jiddfereen ënnerstëtzt d'Anonymat, ass géint den Trafic an ass dofir, dass den Don gratis ass.

Et ass scho virkomm, dass Leit, déi Organer kritt hunn, d'Prélèvementter hu misse bezuelen. D'Formatioun vum Personnel an den héije Standard professionnel si wichteg.

Ech muss leider an dësem wichtige Débat - et wieren nach esou vill Saachen ze soen - no fënnf Minuten elo ophalen. Här President, déi heite Fro wär eng Kéier eng laang Debatt wäert.

(Interruption)

Ech mengen, ier de Progrès médical an déi sozial a gesetzlech Wiesselen, déi elo nach kommen, Fait-nouveaux bréngen, muss mer refuséieren, dass mer d'Definitiou vum der Mort cérébrale méi breet maachen. Dat muss mer fir de Moment refuséieren, a mir muss refuséieren, dass manifestement Netdoudeger hir Organer geholl kréien...

(Coups de cloche de la Présidence)

...am Syndrome chronique apallique, an engem vegetativen Zoustand oder bei minimaler Conscience.

» M. le Président. - Här Krieps!

» M. Alexandre Krieps (DP). - Jo, Här President.

Als leschte Saz wollt ech lech da soen, dass ech den CNE-Rapport gutt gelies hunn, an déi en Intérêt hu fir d'Cellule-souchen - an ech froen lech domadder eng Interpellatioun iwwert d'Stammzellen un, well dat ass och vu Virdeel fir d'Transplantatiounsmedezin.

Mä loosse mer d'Konklusioun hei net vergiessen: Och de Mënsch, dee stierft, bleift e Mënsch.

» M. le Président. - Merci, Här Krieps. Nächste Riedner ass den honorabelen Här Angel. Här Angel, Dir hutt d'Wuert.

» M. Marc Angel (LSAP). - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, och wann ech absolut der Meenung sinn, dass deen étofféierten Avis vun der nationaler Ethikkommissioun et verdéngt huet, ënnert d'Lupp geholl ze ginn, bedauern ech, dass esou e wichtegt Thema wéi d'Organspenden an all déi medezinesch, mënschlech an ethesch Facetten, déi domadder zesammenhängen, an esou engem isoléierten an zäitlech begrenzte Kader wéi deem vun enger Aktualitéitsstonn zur Sprooch kënn.

Ech erënnere drun, dass deen Avis am Abrëll 2006 vum Gesondheitsminister op konkrete Punkten, nämlech d'Upassung vum de Kritären zu der Mort cérébrale an d'Upassung vum 83er Règlement, ugefrot ginn ass, an dass mer entre-temps awer am Juli - meng Virriedner hunn dat jo ugeschwat - d'lescht Joer eng ganz ausféierlech Interpellatioun hei am Haus haten, wou och eng Rei vun deene Konklusioun festgehale goufen, déi mer elo am Avis erëmfannen.

Niewent eenzelne Propositionen, déi déi eenzel Sprächer d'lescht Joer am Kader vun där Debatt gemaach hunn, huet och meng Kollegin Lydia Mutsch sech an hirer Qualitéit als Presidentin vun der Santékommissioun engagéiert, spéitstens wa mer d'Oviedo-Konventioun an hir Zousatzprotokoller ëmsetzen, d'Thematik vun den Organspenden an den Transplantatiounen nach eng Kéier intensiv op de Leescht ze huelen, an zwar och am Dialog mat deene betroffene Milieuen an Organisatiounen.

Zum Fong e klenge Rappel vun deene wichtegste Constaten, déi mer am Juli scho gemaach hunn: Lëtzebuerg bilt an der Europäescher Unioun d'Schlusslicht, wat d'Organspenden uegt. No Aussoe vum Transplantatiounskoordinator vu Luxembourg-Transplant stinn ongeféier 20 Leit vu Lëtzebuerg op der Waardelëscht vun der Eurotransplant-Datebank. Am Ganze sinn et an där Eurotransplant-Datebank ongeféier 16.000 Leit, woubäi dat net déi eenzeg Datebank ass, déi et gëtt. An der Europäescher Unioun waarde souguer 60.000 Leit op e liewensrettend Organ. Dat si vill

eenzel Schicksaler, mä dat weist op Handlungsbedarf hin, och hei zu Lëtzebuerg.

D'Enquête Eurobarometer vum Mee 2007 huet gewisen, dass vu 500 gefrotene Leit hei zu Lëtzebuerg zwar ronn 73% fir d'Ausstellung vun engem Spender-Pass sinn, dass awer just knapps 14% och tatsächlech een hunn. Doniewent hu mer awer e Gesetz vun 1982, dat allgemeng als gutt an oppen emfonnt gëtt, well de Législateur vun deemools de Choix gemaach huet, keng Awëllelegung fir e Prélèvement virauszesetzen. Dat heescht, dass een hei am Land net viru sengem Doud den Accord muss ginn hunn, dass därer prélevéiert ginn, mä et muss een en Désaccord manifestéieren, wann een net wëllt, dass Organer entholl ginn.

D'Ursaache vun där Kluft si vill an intensiv hei an der Chamber diskutéiert ginn an eng Rei Riedner hunn dat ugedeit, wat mer och an de Konklusiounen vun der nationaler Ethikkommissioun erëmfannen: Mir mussen d'Definitiou vum der sougenannter Mort cérébrale un d'medezinesch Erkenntnisser vun deene leschten 20 Joer upassen. Mir mussen also kucken, wat mer net nëmmen am Gesetz, mä och un de Règlements d'exécution a méi prezis um Règlement grand-ducal vum 10. August 1983 mussen änneren a beschtefalls um europäesche Plang mussen harmoniséieren. Ech si sécher, de Gesondheitsminister kann d'Chamber doriwwer opklären, awéiwäit hien amgang ass un engem Projet de loi an deem Sënn ze schaffen.

Den Eurobarometer huet ënner anerem awer och gewisen, dass eleng déi Tatsaach, dass ee mat senger Famill a senger Prochen iwwert d'Organspende schwätzt, sech positiv op déi individuell Entscheedung auswirkt. Dorausser kann ee schléissen, dass bei eis am Land net genuch iwwert de Sujet geschwat gëtt oder geschwat ginn ass.

De Gesondheitsminister huet - wéi mer et vun him kennen - schnell reagéiert an net méi spéit wéi de 25. Februar dëst Joer eng breet gefächert Sensibiliséierungs-campagne duerchféiere gelooss ënnert dem Motto: «Il y a une vie après la mort - Don d'organes, don de vie».

Ech erënnere drun, dass dat och eng Fuerderung war vun den Debatten am Juli d'lescht Joer an och eng Fuerderung vun der nationaler Ethikkommissioun. Vlächicht kënnen mer beim Ëmsetze vun der Oviedo-Konventioun och schonn en éischte Bilan vun dese Moosnamen zéien.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Organspend kann d'Liewensqualität vu schwéier kranke Patienten verbessern, si ka Liewe verlängeren a si ka Liewe retten. Natierlech kann d'LSAP-Fraktioun d'Ambitioun, eng „Culture du don d'organes“ ze schaffen - wéi déi national Ethikkommissioun dat schreift -, voll ënnerstëtzen.

Mir halen och un der Gratuitéit vun den Organspenden an um Anonymat vun de Spender fest, a mir wäerten all eis Efforten dorop konzentréieren, fir jeeglechen Organhandel ze ënnerbannen. Ech si sécher, dass mer ënnert deene Viraussetzungen an en vue vun engem weideren Débat iwwert dee Sujet hei an der Chamber et kënnen fäerdeg bréngen, esou eng Organspendekultur hei a Lëtzebuerg ze errechen.

Ech soen lech Merci fir Är Opmierksamkeet.

» M. le Président. - Merci, Här Angel. Dann huet d'Wuert den honorabelen Här Huss.

» M. Jean Huss (DÉI GRÉNG). - Merci, Här President. Mir haten d'lescht Joer jo schonn eng Debatt iwwert déi Problematik. Et ass d'äitlech ginn aus deene bisherege Bäitrag, dat et am Fong téschent eis hei keng gréisser Kontrovers an dëser Fro schéngt ze ginn. Ech ka praktesch allem, wat d'Madame Stein gesot huet, zoustëmmen.

Den Avis vun der Commission nationale d'éthique ass kloer. E weist op eng Rei vu Problemen hin.

Wann et esou ass, wéi den Här Angel elo gesot huet, dat no enger Statistik just nëmme 14% vun de Leit géifen iwwer e Spender-Pass verfügen, dann ass dat awer scho relativ bedenkenswäert.

Hei ass esou e Spender-Pass. Ech hu mäin eegene derbäi. Do steet dann och drop, wann ech géif stierwen, dat meng Organer allegueren, wa se nach gutt wieren, selbstverständlech verwennt ginn, déi nach sënnavoll wieren. Et ass nach deen alen, mä ech mengen deen zielt - meng Ënnerschréft ass drop - nach ëmmer.

Dat Eenzege, wat een am Fong am problemateschte ka gesinn am Kontext vun Transplantatiounen a vu Spenden, ass jo a sech net dat, wat hei am Land passéiert.

Do wou een eventuell e puer kritesch Bemierkunge ka maachen, dat ass dat wat an enger Rétsch vun äermere Länner, besonnesch och Tiers-Monde-s-Länner, wat a Brasilien oder Rumänien geschitt, wou carrément e kriminellen Handel gemaach gëtt, wou Leit praktesch gewaltsam Nieren oder aner Organer erausgeholl kréien, fir a räich Länner transportéiert ze ginn.

Dat ass zum Deel och dorop zréckzeféieren, well an deene räiche Länner net genuch Organspenden do sinn, well soss brächten esou Saachen iwwerhaupt net ze sinn an da bräicht och keen esou en Handel doriwwer ze sinn. Kloer ass op jiddfer Fall, dass mir als Gréng och déi Campagne vum Ministère vun der Santé ënnerstëtzen, fir eng besser Organspendekultur och hei am Land ze schaffen.

Eent vun deene wichtegsten Elementer an esou enger Campagne, déi mer a mengen Ae gemeinsam virun der Chamber misste féieren, ass, fir d'Leit wierklech drop opmierksam ze maachen, dat jiddfereen dobaussen an all Moment kann ugewise ginn op eng Organspend, sief dat duerch eng Krankheit, déi een op eng Kéier kritt, sief et duerch en Autosaccident oder en aneren Accident. Et ka jiddfereen eng Kéier an der verzweifelter Situatioun sinn, dat e géif biedelen drëm fir wann ech gelift en net Organ ze kréien, wat em hëlleft ze iwwerliewen.

Et soll ee beispillsweis op esou Fäll opmierksam maachen, wou Leit op de Waardelëscht sinn, fir op en Organ ze waarden, a finalement keen Organ kritt hunn, well der net genuch do waren, an da selwer stierwen, well se keen Organ zur Zäit spendéiert kritt hunn. Et sinn esou méi emotional Messages, déi mer och an d'Bevölkerung solle lancéieren, fir datt méi eng grouss Spendekultur kann entsto.

Ech gesi perséinlech - ech schwätzen awer elo just fir mech selwer - kee Problem doranner; wann ech dout sinn, da sinn ech dout, a wa meng Organer dann nach iergendengem kënnen néizen, ech mengen, tant mieux. Dann hunn ech wierklech nach eppes gemaach, wann ech gestuerwe sinn, dann hunn ech dach wierklech eppes gemaach fir engem anere säi Liewen ze erliichteren.

Et sinn am Fong déi méi einfach, simpel an emotional Messages, déi mer an der Bevökerung solle verankeren, fir datt deen Taux vu méigleche Spenden an d'Luucht geet.

Merci.

» Une voix. - Très bien!

» M. le Président. - Merci, Här Huss. Als leschte Riedner ass den honorabelen Här Henckes agedroen.

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR). - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, an der EU gëtt et eng 50.000 Leit, déi op Organspende waarden. 15 bis 30% vun deene Leit stierwen, well keen Organ disponibel war.

An Europa hunn 80% vun de Leit en Organspenderpass, zu Lëtzebuerg nure 14%. Mä bei därsewlechter Enquête, déi europawäit gemaach ginn ass, ass awer och erauskomm, dat zu Lëtzebuerg 73% vun de Lëtzebuerg déi Iddi vun engem Organspenderpass gutt fannen. An 62% si bereet, selwer Organspender ze ginn.

Duerfir ass et wichteg, Här Minister, dat d'Regierung higeet a si mécht eng Informationscampagne, déi et wierklech derwäert ass a bei d'Bevölkerung geet.

Ech weess, dat Der heiansdo esou Saache macht, mä dat kënn net wäit. Ech hu selwer hei nach esou en Ziedel vum Organspenderpass, mä deen datéiert vun Anno Tubak, an anscheinend gëtt et nei Saachen, mä et ass just keen, deen et weess. An et ass dat, wat muss besser an der Bevökerung erauskommen.

Dat anert, wat och geschitt ass gëschter, dat ass, dat d'Europaparlament sech ausgeschwat huet, datt soll eng nei Direktiv, datt soll eng Direktiv iwwerhaupt op deem Gebitt do kommen.

Duerfir wollt ech froen, wéi d'Regierung sech prinzipiell zu esou enger Initiative stellt. Well ech mengen et wier net schlecht, wann déi eenzel Léislatiounen um europäesche Gebitt sech géife méi no kommen, datt se méi eens wieren an datt och deen Ablack déi Organspenden europawäit méi llicht kéinte goen.

Fir de Rescht ass d'ADR der Meenung, dat d'Regierung mat deene Recommendationen, déi vun der nationaler Ethikkommissioun gemaach gi sinn an hirem Avis vom Januar dëses Joers, déi néideg Reforme soll iwwert d'Gesetz ausschaffen an dem Parlament virleeen.

» Une voix. - Très bien!

» M. le Président. - Merci, Här Henckes. D'Wuert huet elo d'Regierung, den Här Gesondheitsminister Mars Di Bartolomeo.

» M. Mars Di Bartolomeo, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.* - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Wichtigkeet vum Thema Organspende gëtt doduerch ënnerstrach, dass mer innerhalb vun e puer Méint eng ganz Rei vu gudder Geleeënheeten haten, fir ze thematiséieren an ze diskutéieren.

Et ass ugaang mat der Interpellatioun vum Alexandre Krieps am Juli vum leschte Joer, et ass weidergang mat der Campagne, déi mir initiéiert hunn, et ass weidergang mat dem Avis vum CNE, an haut fir d'veierte Kéier e grouse Rendez-vous zu deem Thema, dat eis interesséiert.

Ech sinn all deenen dankbar, déi dozou bäidroen, fir den Intérêt vun der Transplantatioun a vum Don d'organes ervirzehiewen, well et an der Zwëschenzäit eng exzellente, sécher Therapie ass, déi fir vill Liewensqualität bei deene garantéiert, déi se kréien, an dozou bäidréit, dass, wann ee stierft, een doduerch Liewe ka retten. Bon, ech mengen et ass e moeren Troust, mä et ass heiansdo en Troust fir d'Famill, wann nom Doud nach eppes weidergeet.

Ech sinn e bëssen erstaunt, dass déi Diskussiounen net sollte bei de Leit ukomm sinn wéi ee Virriedner gemengt huet. Ech si ganz frou doriwwer, dass eng Rei vun Organismen, dass eng ganz Rei vu Gemenge sech zu Multiplicateur gemaach hu vun där Aktioun, déi mer am Rumm vun der Campagne gemaach hunn, fir d'Leit ze encouragéieren fir e Spenderpass ze huelen, dass se matgemaach hunn. Dee Mouvement geet och weider. Ech kann och all déi berouegen, déi en ale Spenderpass hunn; deen ass nach wie vor gültig an et kommen eben neier derbäi.

Mir hu selwer am Ministère dem CNE den Optrag ginn, fir deen Avis hei ze maachen, well mer an deene leschte Jore festgestallt hunn, dass mer ëmmer méi zu der Lanterne rouge am europäeschen Zuch gi sinn, an dass mer zwar gutt placéiert ware bei den Transplantatiounen, mä lues awer sécher ofgehaange gi si bei den Dons d'organes.

Dat heescht also, mir hu relativ fréi reagéiert, wéi mer d'Problemer gesinn hunn, och bei Geleeënheete wéi d'40-Joer-Feier vun Eurotransplant, wou mer derbäi sinn, fir dat Ganz ze relancéieren, well mer fest dovun iwwerzeegt sinn, dass dat hei eng gutt Therapie ass.

Selbstverständlech kann een driwwer diskutéieren, ob een net dat eent oder dat anert hätt vir misse maachen. Mä ech hunn lech gesot, mir hunn den Avis virun zwee Joer gefrot a mir wossten net genee, wéini dass e géif kommen.

Eng Campagne preparéiert een och net vun enger Woch op déi aner. Déi Campagne ass preparéiert gi mam Terrain, a wéi se prett war, hu mer se lancéiert. Well mer der Meenung sinn, dass Diskussiounen iwwer Reglementer, iwwer Gesetzer eis net drun hënneren, fir d'Leit dobaussen ze sensibiliséieren fir d'Thematik, well wann eis Gesetzer respektiv eis Reglementännerunge prett sinn, da sinn d'Leit och prett.

Et ass jo net esou, dass dat eng Evoluitioun vun haut op muer kënn. Wann ee sech haut déclaréiert, dass een Organspender ass, am gënschtegste Fall trëtt de Fall jo ni an. A wann en antrëtt, da kann dat an e puer Joer antrieden, esou dass déi Sensibiliséierungsaktioun op jiddfer Fall e Sënn ergëtt.

Ech wëll och soen, dass den Avis vum CNE eng ganz Rei vu gudder Pisten enthält, vun deenen der eng Rei am Laf vun deene leschten zwee Joer schonn zum Deel realiséiert sinn, well mer eben och gesinn hunn, wou en Handlungsbedarf géif bestoen.

Fir d'éischt zu där Informationscampagne, wouzu ech nëmmen dat ka widerhuelen, wat meng Virriedner gesot hunn. Och wa mer e Gesetz hunn, dat op enger Widerspruchsregelung baséiert - dat heescht, dass am Prinzip jiddfereen, deen net Nee gesot huet, e potenziellen Donateur ass -, ass et wichteg, dass ee sech als solchen ausweist, well d'Praxis an eise Spideeler an och vun de Koordinatoren ass, dass een zwar vun der Widerspruchsregelung ausgeet, mä dass ee sech awer réckverséiert a Gesprécher mat der Famill, an do ass en Donateur-Pass extrem wichteg, well een dann net laangwiereg Recherche muss maachen.

Maacht et also esou wéi ëmmer méi vun eis: Gitt lech dee Pass sichen oder schreift d'Santé un, da kritt Dir een. Et sinn der genuch do.

Dann ass richteg gesot ginn, dass dee Réseau vun de Koordinatoren hei zu Lëtzebuerg bis dato relativ kleng gesponne war a mer net déi Norme méi erfëllt hunn, déi um europäesche Plang virgesi sinn, dat heescht, zwee Koordinatoren op d'Millioum Awunner. Mir haten en hallwen, deen a Véierel opgedeelt war. Mam Budget 2008 huet d'Chamber och de Feu vert ginn, fir déi Zuel ze verduebelen. Dat heescht, an Zukunft wäerte mer fir all déi grouss Zentren, wou och Organentnahme gemaach kënnen ginn, am Prinzip ee Koordinator zur Verfügung stoen hunn, wou d'Relatioun da mat den Haiser, mat den Equipen och verbessert ka ginn, wat extrem wichteg ass.

An deenen Diskussiounen, déi mer haten, an och am Avis vum CNE, ass ëmmer drop higewise ginn, dass déi Relatiounen tëschent deene verschiddeenen Equipé misste verbessert ginn. Och do hu mer gehandelt. De 5. Mee komme mer mat de Koordinatoren, mat de Spideeler, mat den Dokteschverbänn zesummen, fir ze kucken, wou et dann heiansdo nach klemmt a wat mer kënnen maachen, fir dass, wann eng potenziell Organentnahm ka gemaach ginn, déi och ka realiséiert ginn. Also, och do si mer amgang ze reagieren.

Da geet aus dem Avis vum der Commission nationale d'éthique ervir, dass entweder Gesetz- oder Reglements- oder awer Gesetz- a Reglementsännerungen noutwendeg wäeren.

Et ass esou, dass eng verschidde Liesweis besteet vun dem Artikel 11, deen och d'Madame Stein ugeschwat huet. Déi eng liesen en, dass dat net esou restriktiv ass. D'Commission nationale d'éthique liest en e bësse méi restriktiv. Et ass u sech net gutt bei engem Gesetz, dass et verschidde Liesweisen zouléisst. Ech sinn och der Meinung, dass, wann een eng Prezisioun dozou ka bréngen, een dat bei passender Geleeënheet op jidde Fall soll maachen. Där Geleeënheet wäerte mer an nächster Zäit bei aneren Diskussiounen kréien.

Wat awer och richteg ass, dat ass, dass mer net onbedéngt solle waarden, bis dass mer d'Gesetzännerung hunn, fir eng Upassung vun der Reglementatioun unzegoen, de Reglement unzegoen, mä dat soll een esou schnell wéi méiglech maachen. Mä et soll een dat awer mat Bedacht maachen, well sech do net nëmmen eng Rei vu juristesche Froe stellen, mä medezinesch Froen, a wann ee mat zwee esou komplexe Gebidder ze dinn huet wéi der Juristerei an der Medezin, dann huet een Intérêt, dass ee mat deene Richtege schwätzt.

Ech wëll awer soen, dass do och schon eng ganz Rei vu gudde Propositionen an der Zwëschenzäit um Dësch leien. D'Commission nationale d'éthique, zesumme mat deene Responsabele vun Eurotransplant, zesummen och mat der Société de neurologie, huet konkret Propositionen op den Dësch geluecht. Mir wäerten eis Méi ginn, déi zesumme mat de Responsabele vun der Justiz a mat de Leit vum Terrain esou schnell wéi méiglech an d'Praxis ëmzesetzen.

Ech mengen, op där Sich no engem nationale Konsens si mer an deene leschte Méint erëm e gutt Stéck virukomm, well wann ee sech während enger gewëssener Zuel vu Joren net esou intensiv ëm eppes bekëmmert, vun deem een ausgeet, dass et jo misst rullen, well mer e Gesetz hunn, dat ëmmer zu deenen oppensten iwwerhaapt gehéiert huet, da geet et ebe just net domat duer, dass een der Meinung ass, dass d'Viraussetzung geschaf sinn, mä et muss ee sech dorëm bekëmmere, a just dat si mer am Moment amgang ze maachen.

Mir sinn och amgang eis ëmzekucken, wat d'Sensibiliséierung vun de Leit dobaussen ugeet, wat eigentlech déi „best practices“ sinn. Well do gëtt et eenzel Regionen, eenzel Länner an Europa, déi an darselwechter Situatioun ware wéi mir, an déi duerch eng massiv Sensibiliséierungsinstitutiv et fäerdeg bruecht hunn, fir elo am Spëtzepeloton erëm ze sinn.

Do geet et net dorëm, fir elo d'Konditiounen onverantwortlecherweis esou labber ze maachen, dass eigentlech jiddferee géif drënner falen. Dat wär irresponsabel an dat wëlle mer mat Sécherheet net maachen, mä kloer Konditiounen schafen an dann déi Étapes-clés kucken, wou een un d'Leit erukënn. An do gëtt et där Étapes-clés eng Rei, a mir sinn amgang a Partnerschaft mat anere Kolleegen ze kucken, wou déi Étapes-clés sinn. Zum Beispill bei der Sécurité sociale, wou een net onbedéngt muss op d'Kaart markéieren, dass een Donneur ass, mä wou een awer, wann ee sech umellt, ka vun der Geleeënheet profitieren, fir d'Leit mat där doter Problematik ze konfrontieren.

Et gëtt aner Geleeënheeten, wou een en administrative Gang mécht oder muss maachen, wou een dat heite kann thematisieren. Ouni dass et op eng Carte d'identité oder op e Pass soll kommen, sinn dat awer Geleeënheeten, wou, wann d'Leit Informatiounen virfannen iwwert d'Dons d'organes, iwwert d'Transplantatiounen, se sech domat auserneeetzen.

Ech wollt zum Ofschluss der Chamber e ganz häerzleche Merci dofir soen, dass se déi Bestriewungen ënnerstëtzt, fir an deem heite Beräich weiderzokommen, op eng ganz nuanciert Aart a Weis an - mengen ech - mat deem noutwendige Gespier dofir, ëm wat dass et hei geet.

Mir wäerten op där doter Lancée weiderfueren an hoffentlech schnell a mat der Zesummenaarbecht vun der Chamber kënnen déi reglementaresch an, wann noutwendig, och legislativ Ännerunge maachen. Ech si ganz frou, dass an der Chamber och d'Meenung breet gedeelt gëtt, dass mer dat, wat am einfachsten ass, fir d'ëischt solle maachen.

Ech soen lech Merci.

» Plusieus voix. - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Domat ass och dëse Punkt vun eisem Ordre du jour ofgeschloss a mir kommen zum nächste Punkt. Dat ass d'Orientéierungsdebatt iwwert de Rapport d'activité vum Médiateur. Et si bis elo ageschriwwen: déi Häre Santer, Bettel, Schneider, Mehlen an d'Madame Err. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Camille Gira als Rapporteur.

11. 5804 - Débat d'orientation sur le rapport d'activité du Médiateur (2006-2007)

Rapport de la Commission du Règlement

» **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et kënnt net all Dag vir, dass e Land sech eng nei Institutioun gëtt. Wann dat dann de Fall ass, dann ass et wichteg, dass ee no enger gewësser Zäit déi Institutioun evaluéiert, kuckt, ob déi Ziler, déi ee mat dëser Institutioun wollt errechen, och erreecht si ginn, an analyséiert, ob dës Institutioun déi Hoffnungen, déi a si gesat si ginn, erfëllt.

D'Chamber huet de 16. Juli 2003 déi nei Institutioun Médiateur agesat, an duerfir ass et gutt, dass d'Chamber haut eng ëischt Evaluatioun vun der Institutioun Médiateur mécht.

Déi Debatt vun haut ass an der Petitiounskommissioun preparéiert ginn, an ech dierf lech als Rapporteur d'Resultat vun deenen Aarbechten elo hei virdroen.

Ech wëll et direkt am Ufank e ganz häerzleche Merci soen, un ëschter Stell de Memberen aus der Petitiounskommissioun fir hir konstruktiv Mataarbecht an hir pertinent Bätträg zu dësem Rapport, lech all fir déi jeeweileg Kontributiounen an deenen anere Kommissiounen, Avisen, déi och agefloss sinn an dësen Débat d'orientation, dem Här Fischbach a senge Servicer fir déi gutt Kollaboratioun a schlussendlech der Madame Moris vum Greffe fir hir effikass Mataarbecht beim Ausschaffe vun dësem Pabeier.

Ech wëll vläicht, fir unzefänken, e bëssen no hannen den allgemengen Historique vun der Institutioun Médiateur kucken. Si geet zréck op eng Schafung vum Justitiombudsmann a Schweden 1809. Duerno huet et iwwer 100 Joer gedauert bis en anert Land - nämlech Finnland - eng ähnlech Institutioun an d'Welt gesat huet. Mä et ass eigentlech erëischt an der zweeter Halschent vum 20. Jorhonnert, wou se lues a lues an anere Länner opkomm ass: Dänemark 1955; Norwegen '62; England '67; Frankräich '73; Holland '81; Belsch '95.

Zu Lëtzebuerg ass eigentlech d'Institutioun vun engem Médiateur mat enger allgemenger Kompetenz précédéiert gi vun der Kreatioun vun enger Mediatioun mat méi Partikularcharakter, nämlech duerch d'Gesetz vum 25. Juli 2002 iwwert den Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand. Virdu war awer schon eng Kéier zu Lëtzebuerg eng Initiativ geholl ginn, fir eng Institutioun ze schafen, nämlech 1976 mat dem Dépôt vun engem Projet de loi iwwert d'Institutioun vun engem Commissaire général au contrôle de la gestion administrative de l'État et des communes. Dee Projet ass awer ni iergendwou bei engem Zil ukomm.

Eng zweet Initiativ ass du komm duerch eng Proposition de loi vun der Kollegin Madame Lydie Err iwwert d'Instauratioun

vun enger Ombudsperson, déposiert hei den 9. Mee 2001, e puer Méint virum Dépôt vum Projet de loi 4832, dee schlussendlech de Médiateur agesat huet.

Ab dësem Moment ass et vläicht gutt op den Ënnerschied opmierksam ze maachen tëschent den Notiounen vum „Médiateur“ an „Ombudsperson“. Währenddeem de Médiateur eigentlech nëmme Reklamatiounen unhëlt vu Bierger a Biergerinnen, wat de Fonctionnement vu staatlechen a kommunale Verwaltungen ubelaangt an den Affären, wou Bierger sech ongerecht behandelt fillen, geet d'Aktioun vun der Ombudsperson e gudder Krack méi wäit, well se sech dernieft och asetzt fir d'allgemeng Verdeedege vun de Grondrechter a Fräiheete vun de Leit, wéi se duerch eis Verfassung, mä och duerch international Traitéen assuréiert sinn.

Esou dass eigentlech, och wann deen Term sech ëmmer méi abiergert dobaussen, am Public besonnesch, de korrekten Term fir déi Lëtzebuurger Institutioun ëischer déi vun „Médiateur“ ass. Well d'Regierung hat Positioun bezunn opgrond vun der Proposition de loi vun der Madame Err de 24. Oktober 2002 an huet gesot, dass se léiwer zu Lëtzebuerg e Médiateur hätt, wéi eng Ombudsperson.

Am Kontext vum Projet de loi ass zu Lëtzebuerg natierlech iwwert déi generell Opportunitéit vun esou enger Institutioun diskutéiert ginn. Den Exposé des motifs vum Document parlementaire seet: An engem Rechtsstat misst een - ech zitieren - «créer les conditions permettant à chacun de jouir des droits universels et des libertés fondamentales». Et misst een deemno op neutral Mediationsinstanzen zréckgräifen.

Sécherlech hat Lëtzebuerg schon '78 d'Procédure administrative non contentieuse agefouert, a virun allem '95 déi administrativ Juridictione mat engem Double degré de juridiction, mä d'allgemeng Meinung war awer, dass dës Prozeduren a Gerichtsinstanzen net géifen duergeen, fir de Leit an alle Fäll Satisfaktioun ze ginn.

Mir wëssen allegeren, dass vun enger Sait deemools ganz grouss Skepsis ugemellt gi war, nämlech d'Chambre des Fonctionnaires et Employés publics huet fonnt, dass et net néideg wier, zu Lëtzebuerg esou eng Institutioun anzeféieren, well mer esou e klengt Land wieren a well jo hei jiddferee jiddferee géif kennen an deementsprechend och onkomplizéiert zu sengem Recht géif kommen.

De Conseil d'État huet dat awer och ganz anescht gesinn a war der Meinung, dass esou eng Institutioun absolut justifiéiert wier, well, och wa mer e klengt Land wieren, d'Prozeduren dofir awer net manner komplizéiert wieren, wéi a grouse Länner, an dass och enger klenger Verwaltung kéinten lertëmmer virkommen.

Als Zweet wëilt ech dann e bëssen de Médiateur a Relatioun mat deenen aneren Institutiounen kuerz beliichten. Wat de Médiateur prägt, dat ass, dass hien eng onofhängeg Autoritéit ass, neutral ass, deem seng Missioun dra besteet, individuell Reklamatiounen opzehuelen, wat de Fonctionnement vun öffentleche Verwaltungen ubelaangt, a Solutiounen ze proposéieren, unni dass se obligatoresch sinn, am Respekt natierlech vun de Gesetzer an de Reglementer.

Och wann de Médiateur vum Grand-Duc op Proposition vun der Chamber nominéiert gëtt, esou steet hien ënner enger anerer Autoritéit. Dat ass wierklech dat, wat hien auszeechent an och Ënnerscheed vun aneren Administratiounen a Servicer. Seng Onofhängegkeet ass dat, wat hien auszeechent. Hien huet vu kenger anerer Autoritéit iergendwellech Uerderer ze empfänken.

De Médiateur huet natierlech ganz speziell Relatiounen mat der Chamber. Op déi wäert ech méi spéit nach eng Kéier zréckkommen.

Eigentlech huet hie keng direkt Relatioun mat der Regierung oder mat de Verwaltungen. Natierlech kann hie se awer zu all Moment abordéieren, fir Léisungen ze sichen, wann hie Reklamatiounen iwwert déi jeeweileg Ministären oder Verwaltungen kritt huet.

De Médiateur ass och kee Riichter, dee Konflikter léist, andeem hie Recht walte léisst. Hie ka seng Missioun ausüben an Affären, wou eng gerichtlech Léisung méiglech ass, awer och an Affären, wou esou eng Léisung net oder net méi méiglech ass. Am Géigesaz zum Riichter proposéiert de Médiateur eng Léisung. An deem Sënn ginn d'Pouvoir vum Médiateur eigentlech méi wäit wéi déi vum Riichter, well hien och Reklamatiounen kann opgräifen, déi sech net op juristesche Argumenter basieren.

Natierlech kann de Médiateur net a lafend Prozesser agräifen. An och e Gerichtsuerdeel kann hie selbstverständlech net a Fro stellen. Hie kann trotz allem awer nach saiséiert ginn, souguer wann all Rechtsweeër virum Riichter épuiséiert sinn.

Hie kann awer och - an och dat ass interessant - am Fall vun Netausféiere vun engem Gerichtsuerdeel déi betreffen Instanz opfuerderen, dat Uerteel an engem Délai auszuféieren, deen de Médiateur selwer ka festleeën. Wann dann nach ëmmer keng Reaktioun kënnt, da kann hien e Rapport spécial un d'Chamber riichten an am Mémorial publizéieren. Allgemeng ënnerbrécht d'Saisine vum Médiateur net d'Délai virun de Gerichter, och dëst natierlech e fundamentalen Ënnerscheed mat engem Recours juridictionnel.

All déi elo grad zitéiert Dispositiounen sinn natierlech vun der Suerg gedroen, fir eng kloer Trennung ze maachen tëschent de Pouvoir vum Médiateur an deene vum Riichter. De Médiateur kann an d'äerf sech net an d'Kompetenze vun de Riichter améschen.

Mir hunn zu engem gewësse Moment an der Petitiounskommissioun och driwwer geschwat an diskutéiert, ob mer dann elo sollten de Médiateur an d'Lëtzebuurger Verfassung aféieren. Do waren ënnerschiedlech Meinungen. Mir sinn awer insgesamt zur Konklusioun komm, dass, well de Médiateur en Organ vun der Chamber ass, et awer net néideg wier, hie spezifesch an der Verfassung ze erwähnen.

Ech kéim dann zu deene méi spezielle Relatiounen an intensive Relatiounen tëschent dem Médiateur an eiser Chamber. Déi Relatiounen si relativ kloer am Gesetz vum 22. August 2003 festgeluecht, wat d'Nominatioun an d'Révocation ubelaangt, och d'Saisine vun de Reklamatiounen, d'Publikatioun vum Rapport an de Recommandatiounen en relation mat Modifikatiounen am gesetzleche Beräich.

An deem Zesammenhang ass et och vläicht interessant ze erwähnen, dass am Projet de loi eng eigentlech enk Relatioun tëschent dem Médiateur an der Petitiounskommissioun virgesi war. Mä do huet de Statsrot sech formell opposéiert, well hie gesot huet: Dat geet net, well d'Kompetenze vun der Petitiounskommissioun an d'Aart a Weis wéi se Petitiounen entgëintzuehelen huet an och nach wéi eng Petitiounen entgëintzuehuele si sinn am Artikel 67 vun der Verfassung festgeluecht. An dat, wat Dir hei wëllt maachen, dat ass net konform zu deem, wat an deem Artikel steet.

Dat ass du gestrach ginn. A vläicht - dat ass e bëssen eng perséinlech Interpretatioun - ass dat, well dunn net kloer gesot gi war, wéi dann, wann de Médiateur bis seng Aarbecht ugefaangen hätt, elo déi konkret Zesummenaarbecht tëschent him an der Chamber ze sinn hätt. Duerfir huet et och e bëssen Zäit gebraucht, ier mer e Modus vivendi fonnt haten tëschent deenen zwou Institutiounen. Gehollef huet no engem gewëssen Hin an Hier e positiven Austausch tëschent dem Médiateur an der Conférence des Présidents de 16. Abrëll 2007.

No där Entrevue sinn eng Rei Lignes directrices festgehale ginn, wou mer gesot hunn: Kommt, mir probéieren déi emol e Joer, annerhalleft Joer. A wann déi sech da confirméieren, wann ee gesäit, dass dat Sënn mécht wéi mer virginn, dann ass d'Iwwerleeung do, fir déi Fonctionnementsaart a -weisen och an engem Reglement vun der Chamber definitiv festzehalen.

Dat geet u mat der Presentatioun vum Rapport vum Médiateur. Do hu mer deiselwecht Prozedur gewielt wéi déi wann de Budget déposiert gëtt. Dat heescht, et ass wuel eng öffentlech Veranstaltung, mä et ass keng öffentlech Sitzung. D'Press gëtt invitéiert an de Médiateur presentéiert säi Rapport an dësem Raum.

De Suivi vum Rapport huet d'Conférence des Présidents un d'Petitiounskommissioun delegéiert, déi soll en Débat d'orientation iwwert de Rapport veranstalten. Dat ass dat wat mer haut maachen.

Mä et ass natierlech kloer, dass déi Aarbecht nëmme ka gemaach ginn an enger Zesummenaarbecht mat deenen anere

Kommissionen. Datselwecht geschitt mat deenen eenzelne Reclamatiounen, déi de Médiateur esou séier wéi méiglech soll der Chamber zoukomme loossen. De President gétt se weider un d'Petitionskommission. Mir analyséiere se. Wa mir der Meenung sinn, dass mir selwer eppes kéinten domat maachen oder derfir suergen, dass se émgemat ginn, da bekëmmere mir eis selwer drëm. Wann net, an dat ass ganz oft de Fall, gi mer se weider un eng sektoriell Kommission.

(M. Jos Scheuer prend la Présidence)

De Budget vum Médiateur ass am Statsbudget festgesat. D'Interpretatioun vun der Chamber ass awer folgend, dass eigentlech dee Volet vum Statsbudget virdu misst vum Büro vun der Chamber approuvéiert ginn, an och d'Konte vum Médiateur gi vun der Chamber kontrolléiert an apuréiert.

Mir hu mat Freed festgestallt, dass de Médiateur sech souwuel qualitativ wéi quantitativ zefridde stellt mat sengem Personal. Wann een och d'Vitesse kuckt mat där e Reklamatiounen traitéiert, mengen ech, muss ee feststellen, dass déi Aarbecht ganz schnell erledegt gétt, esou dass et de Moment op jidde Fall net ausgesäit wéi wann do Personalmangel wier.

Och wa mir eis als Petitionskommission geife virdrun hidden, an d'Rekrutementspolitik vun dem Médiateur anzegräifen, esou war awer d'Meenung okkomm, a mir wollte vläicht dem Médiateur de Message ginn, ob nieft deene ville Juristen, déi en huet, déi en natierlech brauch, et net awer utile wier, an Zukunft vläicht driwwer nozedenken, ob net och aner Berufsbiller, wéi zum Beispill Soziologen, Psychologen, a senger Equipe kéinte vertrauede sinn. Dat géif där ganzer Aarbecht sécherlech och nach kënnen dénglech sinn.

Mir hunn do gemengt als Petitionskommission, et wier gutt eng Évaluation quantitative vun de Reklamatiounen an de Reklamanten ze maachen. Ech ginn net an den Detail vun deene Chifferen an. Dir fannt déi am schrëftleche Rapport. Et kann ee mengen ech no e puer Joer soen, dass d'Zuel vun de Reklamatiounen sech méi oder wéineger bei 900 apendelt.

Wat awer interessant ass, wann een emol de Bilan vun engem Joer kuckt, da wëll ech eppes ervirhiewen, wat vläicht net dacks an der Diskussioun zum Virschäi kennt: Wann een d'Zuele vun de Réclamations non fondées, Désistement du réclamant, Demandes irrecevables a Refus d'examiner zesummenzielt, dann ass ee bal op 50% vun de Reklamatiounen. Fir awer och ze soen, dass ganz vill Leit, déi bei de Médiateur ginn, eigentlech onberechtigt Kritiken un der Verwaltung hunn. Vläch ass den Effet, dass déi Leit dat Gefill hunn, vun enger neutraler Stell gesot ze kréien, dass se Onrecht hunn, gradesou wichteg, wéi de Fait, dass de Médiateur a Fäll, wou d'Leit wierklech Recht hunn, eng Léisung ze fannen huet. Et soll een deen hei Aspekt vun deene ganzen Démarchen net ënnerschätzen.

Mir wieren als Petitionskommissionen frou gewiescht, wa mer e bëssen eng Analyse hätte kënnen maachen iwwert d'Kategorie vun de Leit, déi Reklamatiounen maachen: d'Nationalitéit, d'Geschlecht, den Alter an d'Qualitéit. Mir hunn awer du misse feststellen, dass bis op Weideres op jiddfer Fall de Médiateur net systematesch all déi Qualitéiten enregistriert.

Mir hunn em proposéiert, dat an Zukunft vläch ze maachen; natierlech ënner vollem Respekt vum Dateschutz an dem Anonymat.

Wat een awer ka soen, ass, dass vu ronn 3.700 Reklamatiounen der 3.200 ronn vu Résidents aus dem Land gemaach si ginn an ëmmerhin awer praktesch 500 vu Leit, déi net hei wunnen. Et kann een dovun ausgoen, dass dat virun allem Grenzgänger sinn.

Wat awer interessant och nach ass, dat ass d'Klassifikatioun vun der Qualitéit vum Reklamant. Et ass nämlech esou, dass vu ronn 3.700 Reklamatiounen der 3.500 ronn vu Particulieren déposiert si ginn, véier eigentlech nëmme vun Deputéierten an 158 si vu Personnes morales déposiert ginn. E bëssen erstaunlech ass dat schon, dass

net méi Deputéierten des Institutioun ewell notze fir hir Roll als Médiateur, déi se dach awer oft dobausse maachen, dass déi Roll net méi oft geholl gétt, well si ass ausdrécklech am Gesetz virgesinn.

Ech kann de Kollegeinnen a Kollege wierklech dee Paragraph vun deem Gesetz nëmme recommandéieren an aus eegener Erfahrung soen, dass domadder ganz schnell eng Rei Saache kënnen evakuéiert ginn.

Natierlech hu mer och eng qualitativ Evaluatioun vun de Reklamatiounen gemaach a mir waren der Meenung, dass een déi vill Reklamatiounen, déi iwwert déi Jore komm sinn, a siwe gross Kategorie kann aklasséieren.

Déi éischt ass de schlechte Fonctionnement vun de Verwaltungen. Hei reechen d'Reklamatiounen vun Neterrechebarkeit um Tëlefon bis zu kenger Äntwert an dem Verléiere vun Dossieren.

Déi zweet Kategorie ass de Mangel u Kollaboratioun tëschent eenzelne Ministère a Verwaltungen. Hei kennt dat klassescht Ping-pong-Spillen tëschent de Verwaltungen zum Virschäin.

Drëtte Punkt: Mangel u Personal bei eenzelne Verwaltungen. Als Beispill kann een hei erwähnen: d'Caisse nationale des Prestations familiales, den Enregistrement beim Erëmbezuule vun der TVA um Logement. Hei kennt eppes zum Virschäin, dass mir hei - et muss ee fairerweis soen, op Instigatioun vun der Regierung - ganz oft Gesetzer stëmmen, déi dobausse bei de Wieler a Wielerinne ganz oft ganz gutt ukommen, mä mer eis net oft genuch Froe stellen, ob dann déi jeeweileg Verwaltung, déi mam Ausféiere vun deem Gesetz a ganz oft besonnesch vum Ausbezuule vu Primé concernéiert ass, och deemspriechend déi néideg Leit kritt huet.

Also wann do Verwaltungen heiansdo an e schlecht Liicht kommen, ech mengen, da misste mir an d'Regierung als Alleréischte sech ganz oft selwer mat der Nues huelen.

Véiert Kategorie, dat sinn déi spezifesch Problemer, déi spezifesch Kategorien aus eiser Populatioun begéinen. Esou hunn ech scho gesot, dass eng ganz Rei Reklamatiounen awer vu Grenzgänger a Grenzgängerinne kommen. Natierlech hunn déi an eenzelnen Dossiere ganz spezifesch Problemer. Et konnt een awer och feststellen, dass eng net negligéabel Proportioun vu Reklamatiounen vun Demandeurs d'asile erakomm sinn.

Déi fënneft Kategorie wéilt mer nennen: „d'Evolution mat der Gesellschaft“. Bannent där Kategorie gesi mer zwou Zorte vu Problemer, déi optauchen. Engersäits huet een d'Gefill, dass eis Législatioun net ëmmer mat der gesellschaftlecher Realitéit an der Mentalitéit dobausse Schratt hält. An dat Zweet ass, dass Reklamatiounen kommen, déi mat Schwieregkeeten ze dinn hunn, wéi eng Rei Gesetzer a Reglementer op nei Situatiounen an der Gesellschaft applicabel sinn. Ech denken hei u Scheedungsfäll an och u Ménages recomposés wou ee feststellt, dass e groussen Deel vun eiser Législatioun nach relativ ausgerichtet ass op déi klassesch Famill an nach net onbedéngt alle Situatiounen, vu Familles recomposées zum Beispill, Rechnung dréit.

Sechst Kategorie: Hei stelle mer fest, dass, och wann dat nëmme punktuell ass, dat eent oder anert Lëtzebuurger Gesetz net oder nach net konform ass zu internationale Konventiounen. Mir denken hei un den Droit de vote vu Veruerteelter oder den anonymen Accouchement.

A schlussendlech, lescht Kategorie: Problemer, déi mam Fonctionnement vun de Geriichter ze dinn hunn, haaptsächlech wat d'Lenteur procédurale ubelaangt.

Mir hunn dunn och am Detail déi eenzel Reclamatiounen natierlech analyséiert, an zesummenaarbecht mat deenen anere Kommissionen. Ech wëll drun erënneren, dass de Médiateur bis op den Dag vun haut 31 Reclamatiounen veröffentlecht huet. An eise Rapport hu mir der 28 behandelt. Déi aner dräi sinn duerno komm. Mir hunn natierlech déi Reclamatiounen an déi eenzel sektoriell Kommissionen geschéckt an déi Avisen ageholl. Déi eenzel an detailléiert Avisé kennt Der an der Annex zum schrëftleche Rapport fannen.

Ech muss lech awer gestoen, dass mer absolut positiv iwwerrascht waren a mat grousser Zefriddenheet festgestallt hunn, wéi séier an och wéi pertinent d'Avisé vun deenen eenzelne Kommissionen erakomm sinn. Ech hu schonn ähnlech Prozeduren hei erlieft, déi net esou séier ofgeschloss waren a wou ee sechs Rappellen huet misse schreiwen, bis dann déi féierend Kommission sämtlech Avisen zesummen hat.

Ech mengen net, dass dat do en Zoufall ass. Fir eis war dat do de Bewäis derfir, dass an Tëschenzäit mir alleguerten hei als Deputéierten de Sënn vun dëser Institutioun agesinn hunn an all Kommission sech am Detail mat deene Reclamatiounen auserneegesat huet.

Och déi Reclamatiounen hu mer a Kategorien aklasséiert an et ass natierlech kee Wonner, dass een e gewëssene Parallellismus tëschent de Reclamatiounen an de Reklamante fënnt. Et ass jo och kloer, dass de Médiateur probéiert d'Reklamatiounen ze sammelen an dann, wann en der genuch an enger Kategorie zesummen huet, eng Reclamatioun erauszeginn. Mir hunn awer hei eng Kategorie weider. Mir hunn hei acht Kategorie gemaach.

Fënnef Reclamatiounen géife mer an déi éischt Kategorie astufen, wat d'Verbesserungsvirschléi vun eenzelnen Administratiounen ubelaangt.

Zwu Reclamatiounen an déi zweet Kategorie: Dat betrëfft éischter d'Koordinatioun vun eenzelne Ministère respektiv Verwaltungen.

Fënnef Reclamatiounen an déi drëtt Kategorie: Dat ass eng Opstockung vum Personal an enger Rei spezifesch Verwaltungen.

Sechs Reclamatiounen an déi véiert Kategorie: Dat si Verbesserungen an Ännerunge vun eenzelne Gesetzestexten, fir se un d'Realiteit vum 21. Jorhonnert an och un d'Mentalitéit an d'Gebräich vun dobaussen unzupassen.

Dräi Reclamatiounen an déi fënneft Kategorie. Do geet et e bëssen ëm d'Flexibilitéit an d'Empathie vun de Verwaltungen am Sënn vun enger Besserung vum Verständnis vun de Bierger a Biergerinnen, fir dass d'Bierger an d'Biergerinnen e bësse méi verstinn, firwat dann eenzel administrativ Décisiounen an eng gewësse Richtung geholl ginn.

Dräi Reclamatiounen an déi sechst Kategorie. Do geet et wierklech ëm d'Adaptatioun vun eenzelne Gesetzer un internationale Konventiounen. Dat sinn der net schrecklech vill, mä gutt, dat muss een awer och eng Kéier maachen.

Fënnef Reclamatiounen an déi siwent Kategorie. Do geet et ëm d'Verbesserung vum Fonctionnement vun de Geriichter.

Sechs Reclamatiounen an déi aacht Kategorie: e bessere Respekt vun de Rechter vun de Biergerinnen a Bierger.

Am nächste Kapitel hu mir da probéiert, den Impakt vun de Reclamatiounen bei hirer Transpositioun ze analyséieren. Et muss een ëmmerhi feststellen, dass vun deenen 28 Reclamatiounen, déi mir analyséiert hunn, der zéng schonn total bis haut émgemat sinn. Et muss ee ganz kloer soen, dass d'Regierung insgesamt ganz séier a ganz positiv op déi Reclamatiounen reagiert huet.

Mir hunn eis jo och duerfir net laang opgehale an Rapport mat deene Reclamatiounen, déi schonn émgemat sinn. Mir wëllen natierlech als Petitionskommission virun allem hannert deene bleiwen, déi nach net émgemat sinn, respektiv wou nach Divergenzen tëschent de Vuë vum Médiateur a vun der Regierung sinn.

Ech kommen dann zu deene Reclamatiounen, déi bis haut nach net oder net ganz émgemat sinn. Mir wäerten eis och hidden, iwwerall als Petitionskommission iwwert de Fong vun deene Reclamatiounen Remarquen ze maachen, mä ech mengen, dass mir awer konnte feststellen an der och e puer konnten erausschielen, wou mir der Meenung sinn, dass awer en nationalen Débat néideg ass.

Mir denken do certes virun allem un eenzel Blocagé par rapport zu Reclamatiounen vum Médiateur am Kontext vum Fonctionnement vun de Geriichter. Mir sinn hei ganz virsiichteg, mir wëssen, dass mer eis hei op dënnem Äis bewegen, well mir natierlech déi Lescht wëlle sinn, déi d'Séparation des pouvoirs net wéilt respektéieren; mä näischt verhënnert awer, dass do ganz kloer Defiziter sinn. Duerfir muss een awer och doriwwer diskutéieren kënnen.

Mir stellen awer och fest, dass, wann am Ufank de Médiateur a senger Aarbecht ganz vill Schwieregkeeten hat, fir do ee Feedback vun de Geriichter ze kréien, hien a sengem leschte Rapport schreift, dass d'Situatioun sech awer schonn e bësse verbessert huet.

D'Membere vun de Kommissionen hunn d'Vuë vum Médiateur akzeptéiert, mat Ausnahm vun eenzelnen Avisé vläch - ech denken do un d'Commission du Travail et de l'Emploi, déi vläch am skepteschste war

vis-à-vis vun där enger oder anerer Reclamatioun vum Médiateur.

Et kann een awer feststellen, dass duerch d'Bank déi parlamentaresch Kommissionen d'Meenungen an d'Kritik vum Médiateur gedeelt hunn. An - wat ganz flott ass - eenzel Kommissionen si souguer bei der Analys vun de Reclamatiounen méi wäit gaangen an hu selwer eigentlech nach zousätzlech Virschléi op dat geluecht, wat de Médiateur eigentlech scho gemaach huet. Sou kann ech als Beispill d'Commission juridique zitéieren, déi selwer och eng Rei Virschléi gemaach huet, fir d'Gerichtsprozeduren, besonnesch d'Instruktatiounen, méi séier ze maachen.

Mir zéien doraus d'Konklusioun, dass de Médiateur wierklech de Fanger an d'Wonn geluecht huet vun enger Rei wichtige Problemer a mer feststelle kënnen, dass hien duerch d'Bank vun der Chamber suivéiert gétt, an dass déi eenzel Chamberskommissionen sech ganz kloer engagéiert hunn, fir an deenen nächste Méint a Joren do, wou mir gefuerdert sinn, fir eventuell eng Rei legislativ Upassungen ze maachen, och eng Hand mat unzepaken.

Da kommen ech zu deene Reclamatiounen, déi nach net ganz émgemat sinn, mä bei deenen awer eigentlech e Consensus politique besteet. Dat sinn der 14. Et géif wierklech ze wäit féieren, fir hei an den Detail ze goen. Natierlech wäerte mir als Petitionskommission grad déi Reclamatiounen am A behalen a bei de jeeweilege Regierungsmembere respektiv Chamberskommissionen nohaken, fir dass se net am Sand verlafen.

Da schlussendlech déi Reclamatiounen, wou zumindst bis haut nach kee Konsens fonnt ginn ass. Dat sinn der bis elo nëmme véier. A wann ech soe kee Konsens, dann heescht dat och net, dass d'Regierung oder d'Chamber d'Pertinenz net agesinn hätt, mä éischter, dass nach Differenzen iwwert de Wee bestinn, wéi een dann dem Médiateur sengen Empfehlunge ka Rechnung droen.

Bei zwou Reclamatiounen geet et ëm deen ëmmer erëm optauchende Problem vun der Dauer vun de Gerichtsprozesser an ëm d'Roll vun den Untersuchungsrichter. Eng aner handelt vun de Moyenen, déi d'Police gebraucht, bei Ausweisungen, an deene Mineur concernéiert sinn. An déi lescht huet mat de Gerichtssexperten ze dinn, woubäi ee fairerweis muss soen, dass déi Reclamatioun relativ rezent ass, sou dass de Justizminister nach wéineg Zäit hat, ze reagieren.

Fir dass och all déi Reclamatiounen, besonnesch déi, déi nach net ganz émgemat sinn, net a Vergiessenheet geroden, géif ech mir erlaben, am Numm vun der Petitionskommission an och ënnerschriwwen vun alle Fraktiounen a Gruppierungen, eng Motioun eranzerechen, fir dass d'Regierung och net vergësst, dass do eng Rei Reclamatiounen ëmzesetze sinn.

Motion

La Chambre des Députés,

- considérant la loi du 22 août 2003 instituant un Médiateur, adoptée à l'unanimité en date du 16 juillet 2003;

- considérant que le Médiateur a débuté ses travaux au printemps 2004 et qu'il a, depuis lors, transmis chaque année un rapport d'activité à la Chambre des Députés;

- considérant que le Médiateur a par ailleurs publié vingt-neuf recommandations;

- considérant que les problèmes mis en exergue par le Médiateur dans ses rapports et dans ses recommandations sont des problèmes réels et font, pour la plupart, ressortir que certains groupes sociaux minoritaires au sein de la société luxembourgeoise ont plus de difficultés que d'autres à faire valoir leurs intérêts;

- considérant qu'un nombre important de recommandations ont d'ores et déjà été transposées dans la pratique par voie réglementaire ou législative;

- considérant qu'un consensus politique a été trouvé en vue de la transposition de la plupart des autres recommandations, mais qu'elles n'ont à ce jour pas encore été entièrement transposées;

- considérant qu'aucun consensus n'a encore pu être trouvé pour d'autres recommandations;

invite le Gouvernement

- à prendre les mesures nécessaires afin de transposer, dans les meilleurs délais, les recommandations N°6, N°7, N°8, N°11, N°14, N°17, N°18, N°20, N°21, N°22, N°23, N°24, N°25 et N°26;

- à se concentrer plus particulièrement sur les problèmes manifestes dans le fonction-

nement de l'administration judiciaire et, par tant, à reconsidérer les recommandations N°9, N°16, N°27 et N°28 dans le but d'une mise en œuvre concrète des solutions préconisées par le Médiateur.

(s.) Camille Gira, Xavier Bettel, Lydie Err, Robert Mehlen, Patrick Santer.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen zu menge Konklusionen. D'Petitionskommission war der Meinung, et sollt ee vun der Geleeënheet vun dësem Débat iwwert de Rapport vum Médiateur profitéieren, fir en éischte Bilan iwwert den Notze vun dëser neier Institution ze zéien. Mir waren iwwerzeugt, dass véier Joer nom Start vun den Aarbechte vum Médiateur deen néidege Recul do wier, fir dat ze maachen.

E Bilan mécht een am einfachsten, hu mir eis geduecht, andeem ee kuckt, wéi eng Ziler sech da gesat gi waren. Am Exposé des motifs vum Projet de loi vun deemools fënnt een der haaptsächlech dräi.

Éischtens, d'Asetze vun enger neutraler Instanz téschent der Verwaltung an de Biergerinnen a Bierger.

Hei stellt d'Petitionskommission mat Satisfaktioun fest, dass de Médiateur ville Leit konnt hëllef, déi eng Décisioun vun der Verwaltung contestéiert hunn. Et ass een Dialog entstan téschent de Verwaltungen an de Leit, an domat ass de Stat an eisen Aen erëm méi no bei d'Biergerinnen an d'Bierger bruecht ginn.

Et kann een och ganz kloer feststellen, dass de Médiateur d'Ulafstell, jo deelweis souguer d'Sproochrouer ginn ass vun enger Rei spezifesche Gruppen, déi éischter zu de Minoritéiten am Land gehéieren, déi vläicht kee kennen, deen ee kennt. Ech denken do zum Beispill un d'Demandeurs d'asile, un d'Prisonnier, un d'Frontalieren a nach aner Kategorien an eiser Gesellschaft.

Zweeten Objektiv, dee sech deemools gesat gi war: d'Realisatioun vun engem méi effikasse Petitionsrecht. Och wann de Médiateur aner Missiounen a Kompetenzen huet wéi mir als Petitionskommission, sou hu mir dach festgestallt, dass seng Aarbecht eis eegen Aktiounen ka verstärken.

Ech ginn lech e ganz gutt Beispill: Dat ass d'Reform vum Règlement grand-ducal vum 16. November 1998 iwwert d'Berechnunge vum Loyer an de Sozialwunnengen.

Hei ware mir als Petitionskommission befaasst mat enger Petitioun an de Médiateur mat enger Reklamatioun iwwert dees selwechte Sujet. Ech mengen kënnen ze soen, dass mir duerch eng concertéiert Virgehensweis vun der Petitionskommission, vun der Commission des Classes moyennes a vum Médiateur schlussendlech et fäerdeg bruecht hunn, dass dee responsable Minister, deen - ouni elo hei meng neutral Roll als Rapporteur ze verloossen - mengen ech net esou ganz begehrt war, un dee Règlement änneren ze goen, dach awer agesinn huet, dass eng Rei Verbesserungen an Ännerungen néideg wieren. A mir hu mat Satisfaktioun festgestallt, dass viru kuerzem am Memorial en neie Règlement grand-ducal publizéiert ginn ass.

Ech mengen och kënnen ze soen, dass et keen Zoufall ass, dass zënter dass de Médiateur do ass d'Zuel vun de Petitiounen, déi bei eis an der Petitionskommission agereecht ginn, sensibel zréckgaangen ass.

Ech mengen kënnen ze soen, dass viru Leit, déi eigentlech eng eenzel Doléance mat eenzelne Verwaltungen haten, sech zu e puer zesummedoen hunn, fir dass si iwwerhaapt d'Méiglechkeet haten, eng Petitioun un d'Chamber ze richten. Et ka keen Zoufall sinn no véier, fennef Joer, dass mer där Petitiounen, déi an d'Chamber erageerecht ginn an déi awer och besonnesch mat Problemer an de Verwaltungen ze dinn hunn, bal keng méi hunn. Dass déi Zuel vun deene Petitiounen esou zréckgaangen ass, ass keen Zoufall. Och dat ass e positivt Resultat.

A schlussendlech dréit Zil: d'Stärkung vun der Demokratie an d'Entwécklung vun enger partizipativer Gesellschaft. Den Exposé des motifs ass vum Prinzip ausgang, dass an enger Demokratie déi öffentlech Verwaltungen de Rechtsregelen ënnerwerf sinn, an dass e moderne Stat seng Biergerinnen a Bierger misst u sengen Décisiounen deelhuele loossen.

Well awer festgestallt ginn ass, dass dat üblecht Zréckgräifen op de Contrôle judiciaire et net erlaabt, séier an effikass op all Aspekter vum Fonctionnement vun den öffentleche Verwaltungen ze reagéieren, wollten d'Auteurs vum Gesetz eng neutral Mediation asetzen, fir téschent den heiansdo ënnerschiddlechen Interesse vun

de Verwaltungen an de Verwalteten ze schlichten.

Hei stelle mir als Petitionskommission fest, dass d'Institution vum Médiateur et de Leit erlaabt huet, vill méi einfach, méi séier, méi bëlleg a méi flexibel Mechanismen ze benotzen, wéi wa si hiert Recht op de Geriichter missten akloe goen.

Ausserdeem ass de Médiateur, ech hunn et scho gesot, e Sproochrouer gi vun de Leit an e Moyen, méi aktiv un den Décisiounen, déi si betreffen, deelzehuelen, also novollzéien ze kënnen.

Doriwwer eraus stellt d'Petitionskommission mat grousser Zefriddenheet fest, dass de Médiateur dobaussen eng grouss Glafwierdegkeet genéisst, well d'Bevölkerung verstanen huet an apprécieert, dass hien iwwer alle politesche Clivagë steet an de Fonctionnement vum Stat an aller Objektivitéit beuerteelt.

Och stelle mer fest, dass déi Kritiken an déi Ängschten, déi viru allem vun der Chambre des Fonctionnaires publics geäussert gi sinn, onberechtigt waren. Am Géigendeel, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, kann ee feststellen, dass dem Médiateur seng Aarbecht éischter derzou bädréit, vun enger allgemenger „Staatsbeamtenschelte“ ewechzekommen. Amplaz weist hien op déi punktuell Problemer hin, déi an eenzelne Verwaltungen existéieren.

A wann hien dat mécht, da gëtt ganz oft kloer, dass déi Mësstänn net un eenzelne Beamten oder Beamtinnen hänken, mä éischer un enger schlechter Organisation vun der Verwaltung oder dem Service respektiv dass kloer Instruktiounen vun uewe feelen. Jo, de Médiateur huet sech an enger ganzer Rei Fäll kloer op d'Säit vun der Verwaltung gestallt, andeem hien drop higewisen huet, dass en akute Personalangel herrscht.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Petitionskommission wëllt awer trotzdem drop hiweisen, dass trotz enger Rei Fortschreitter, déi de Médiateur an där kuerzer Zäit bruecht huet, säi Wierke schlussendlech un de Suitë gemooss wäert ginn, déi seng Recommendationen no sech zéien. Well eleng kann de Médiateur näischt bewierken. Hien ass op d'Asiicht an de gudde Wëlle vun der Regierung an op d'Ënnerstützung vun der Chamber ugewisen.

Et ass un eis, léif Kolleeginnen a Kolleegen, an eiser Kontrollfunktioon vun der Regierung, déi verschidde Recommendationen vum Médiateur ze ënnerstëtzen. Och wann eng ganz Rei Recommendationen schonn ëmgeseit sinn oder nach amgang sinn ze ginn, wëlle mir als Petitionskommission ofschléissend op e puer Punkten hiweisen, déi eis ganz besonnesch um Härer leien an déi esou séier wéi méiglech solle Suitë kréien.

Dat Éischt ass d'Asetze vun engem Conseil supérieur de la Justice. Mir maachen en Appel un d'Regierung, esou séier wéi méiglech e Projet de loi an deem Kontext auszeschaffen. Mir maachen awer och en Appel un eis als Chamber selwer, fir sech eege Gedanken an deem Kontext ze maachen an déi Gedanke vläicht der Regierung zoukommen ze loossen. Duerfir hu mer eng Resolutioun ausgeschafft, déi an deem Sënn soll wierken.

Résolution

La Chambre des Députés,

- considérant que le Médiateur a publié la recommandation N°21, dans laquelle il recommande à la Chambre des Députés et au Gouvernement l'institution d'un Conseil supérieur de la Justice;

- constatant que la Commission juridique s'est d'ores et déjà exprimée en faveur de l'institution d'un Conseil supérieur de la Justice dans le rapport qu'elle a établi dans le cadre du débat d'orientation sur la sécurité intérieure au Luxembourg;

- constatant que la Commission des Institutions et de la Révision constitutionnelle marque un grand intérêt pour la proposition du Médiateur et se rallie aux développements contenus dans le rapport de la Commission juridique sur la sécurité intérieure au Luxembourg;

- prenant acte du fait qu'un consensus politique a été trouvé en vue de la transposition de cette recommandation. En effet, par courrier du 30 avril 2007, le Ministre de la Justice a informé le Médiateur que le Gouvernement continue sa réflexion sur l'institution d'un Conseil supérieur de la Justice. Par ailleurs, dans la déclaration du Gouvernement sur la situation économique, sociale et financière du pays du 9 mai 2007, le Premier Ministre a confirmé que le Ministre de la Justice veut, dans le dialogue avec

tous les acteurs de la justice, promouvoir l'idée d'un Conseil supérieur de la Magistrature;

- constatant cependant qu'à ce jour ladite recommandation n'a pas encore été transposée;

invite la/les commission(s) parlementaire(s) compétente(s):

- à mener une réflexion approfondie sur l'introduction au Luxembourg d'un Conseil supérieur de la Justice, afin d'assurer un contrôle externe de l'administration judiciaire, un contrôle de la sélection des candidats à la magistrature et des promotions des magistrats ainsi que l'exercice du pouvoir disciplinaire au sein de l'administration judiciaire, tout en veillant à éviter d'instaurer un contrôle politique sur celle-ci et de remettre en question les principes constitutionnels de l'indépendance des juges et de la séparation des pouvoirs;

- à se pencher sur les grandes lignes à fixer en vue de l'institution éventuelle d'un Conseil supérieur de la Justice, et ceci dans le but de guider le Gouvernement dans l'élaboration d'un projet de loi fixant notamment la composition, les compétences et les modalités de fonctionnement de ce conseil.

(s.) Camille Gira, Xavier Bettel, Lydie Err, Robert Mehlen, Patrick Santer.

Den zweete Punkt ass wierklech d'Opstocke vum Personal vun der Caisse nationale des Prestations familiales, dat eigentlech ëmmer proportional zu den Zuele vun de Bénéficiairë misst an d'Luucht goen.

An dréttens a spéitstens wa mer erëm héieren, wat eis zu Stroosbuerg eventuell bevirsteet am Kontext mam Luxairs-Accident, da gëtt et wierklech héich, héich Zäit, dass mer eis Gedanke maachen iwwer lafend Affäre viru Geriicht; haaptsächlech iwwert d'Beschleunegung vun den Instruktiounen vun esou Prozesser.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ofschléissend wëll ech soen, dass d'Commission des Pétitions déi positiv Dynamik, déi d'Institution vum Médiateur zënter hierer Mise en place bewierkt huet, begréisst. Dës Dynamik kënn schlussendlech souwuel de Bierger a Biergerinne wéi och dem Stat selwer zegutt. Well eng vun den Hauptkonklusionen, déi mir wëllen ervirhiewen, ass d'Tatsaach, dass déi eenzel Institutionen am Land méi a besser zesummeschaffen, fir zesumme Konflikter ze léisen.

Ofschléissend, an dat ass net dat Mannst, stelle mer fest, dass de Médiateur sech a kuerzer Zäit eng grouss Kredibilitéit erschafft huet a seng Plaz am institutionelle Gefüge vu Lëtzebuerg fonnt huet. Diernevent dréit hien, wa mir, léif Kolleeginnen a Kolleegen, wëllen, zur Emanzipatioun vun der Chamber vis-à-vis vun der Regierung bäi.

An engem Saz, wéi an allem: Wann et de Médiateur net géif ginn, da misste mer en erfannen!

Merci villmools.

» Plusieus voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Gira. Den éischten ageschriwwene Riedner ass den Här Patrick Santer. Här Santer, Dir hutt d'Wuert.

Débat

» M. Patrick Santer (CSV).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fir d'éischt wëllt ech dem Rapporteur, dem Här Gira, fir seng ausféierlech schrëftlech a mëndlech Rapporten félicitéieren. Déi Berichter gi kloer d'Diskussionen, déi an der Petitionskommission stattfonnt hunn, an d'Aarbechte vun darselwechter a vun de Fachkommissionen erëm. Erlaabt mer an deem Kontext e puer Ausféierungen zu der Ausaarbechtung vun dëser Debatt.

Well et fir d'éischt ass, wou mer esou eng Debatt virzebereeden haten, hu mer eis an der Petitionskommission och zur Prozedur Gedanke gemaach, wéi mer de Rapport vum Médiateur an dës Debatt sollte preparéieren. Mir hunn do eng éischer pragmatesch Léisung fonnt. Mir hunn déi parlamentaresch Kommissionen zu Rot gezunn an deenen déi Recommendationen vum Médiateur geschéckt, déi an hir respektiv Kompetenze falen.

Aus den Äntwerte vun de Fachkommissionen - a si hu sech all un déi Délaië gehalen, déi mer hinne ginn haten - hu mer an der Petitionskommission d'Schlussfolgerunge gezunn, wéi et da mat enger eventueller Ëmsetzung vun deene verschidde Recommendationen wier. Et ass, wéi gesot, eng pragmatesch Léisung, déi och bei deenen nächsten Debatten iwwert

d'Rapporte vum Médiateur soll weidergefuert ginn.

Duerch e Gesetz vum 22. August 2003 hu mer d'Institution vum Médiateur geschaf. Et ass also eng zimlech rezent Institution, déi, och wann dat Gesetz unanime an dësem Plenum ugeholl ginn ass, net ouni Retizenze vu verschidde Säiten ugesi war.

Besonnesch huet deemools d'Chambre des Fonctionnaires et Employés publics d'Noutwendegkeet vun dëser Institution net agesinn. Esou huet déi Chambre an hirem Avis geschriwwen: «La Chambre n'est toujours pas convaincue de la nécessité de la mise en place d'un Médiateur dans notre pays, dont les structures ne sont pas du tout comparables à celles de nos voisins du fait que l'exiguïté du territoire et l'envergure relativement peu importante de sa fonction publique sont à la base de circuits administratifs extrêmement réduits.»

De Médiateur war ni - an d'Praxis huet dat och bestätegt - geduecht, fir der Verwaltung eng Scholdzouweisung ze maachen oder Mësstraue géigeniwwer der Verwaltung auszedrücken. Am Contraire. Et gongt dréms, fir de Bierger der Verwaltung méi nozebréngen an ëmgedréint; fir déi Relatiounen ze vereinfachen an ze verbessern. D'Prozedur sinn heiansdo extrem komplex, d'Gesetzgebung och, an et ka virkommen, dass d'Bierger sech net einfach esou doran erëmfinden.

Dobäi kann een d'Gefill hunn, dass d'Verwaltung mat de Kenntniser, déi se gesammelt huet, an der Praxis, déi se opgebaut huet, als déi méi staark Partei - well ebe méi Erfahrung - opréit an dass eng neutral Instanz muss geschaf ginn, fir als Vermëttler téschent Verwaltung a Bierger ze fungéieren; zemoos well d'Affären, déi un de Médiateur eruedroe ginn, net noutwendegerweis zu enger Gerichtsprozedur Ulass ginn.

Et muss een net all Affär, wou ee mat der Verwaltung net eens ass oder wou een d'Position vun der Verwaltung net als richtig ugesäit oder nach wou ee sech vun der Verwaltung benodelegt fillt, direkt op d'Gericht huelen. De Médiateur bilt déi neutral alternativ Ulafstell, wou déi zwou Säiten - de Bierger an d'Verwaltung - kënnen hir Position duerleeën a wou se ugehéiert ginn, fir eng Léisung erbäizeféieren.

Datt d'Délaiën, fir eng administrativ Décisioun um administrative Gerichtswee ze huelen, net duerch d'Saisine vum Médiateur ënnerbrach ginn, hätt kënnen d'Gefor mat sech bréngen, dass d'Bierger dës Délaië kéinte vergiessen an net méi anhale kéinten, wa se de Médiateur bis saiséiert hunn. Dës Gefor schéngt sech awer net realiséiert ze hunn.

Mä net nëmmen hat d'Institution vum Médiateur am Ufank mat enger gewëssener Skepsis ze rechnen. Och de Médiateur, den Här Fischbach, hat am Ufank mat op d'mannst dräi Zorte vu Problemer eens ze ginn.

Éischtens, deen Term „Organisation“. Wéi den Här Fischbach genannt ginn ass, huet hie missen eng Organisation opbauen, intern Prozeduren opstellen an dat néidegt Personal sichen. Och wann hien hei op Erfahrung vum anere Médiateuren oder similären Institutionen am In- oder Ausland konnt zréckgräifen, war et bestëmmt net einfach, dës éischt Schrëtt ze huelen, fir souzesoen d'Institution mat Liewen ze féllen.

Dat huet hien och gutt gemaach. Ech sinn erfreut, dass de Médiateur souwuel qualitativ wéi quantitativ mat senger Equipe zefridden ass. Et soll een et dem Médiateur an him eleng iwwerloossen, wéi hie sech ze organiséieren huet. Dat huet hien och mat enger gewëssener Retenue gemaach.

Den zweete Problem - vläicht een, déi méi wéidoe kann - war de Choix, den Här Fischbach als Médiateur ze nennen. Dee Choix war vu verschidde Säite kritiséiert an den Här Fischbach attackéiert ginn. Et ass gesot ginn, hien hätt keng spezifesche Ausbildung, hien hätt keng Kompetenz an dëser Matière, seng Nominatioun wär skandaléis an et wär e schlechten Ufank fir d'Institution vum Médiateur an dësem Land.

Esou Attacke sinn och net ëmmer perséinlech gutt ze verkaaften. Si loosse engem emol net Zäit, fir op seng Aktioun jugéiert ze ginn. Hei huet och den Här Fischbach mat senger Aarbecht an deene leschte fënnf Joer déi Lige gestrooft, déi hie perséinlech net fir déi Fonctioun adaptéiert gesinn hunn. Et soll een am Fong geholl d'Leit beuerteelen op dat, wat se schaffen, an net esou en Délit de sale gueule oder de sale apparence politique schafen.

Kann ee behaupten, dass den Här Fischbach mat senger Aarbecht der Institution vum Médiateur e schlechten Déngscht erweisen hätt? Kann ee behaupten, dass den Här Fischbach an deene leschte fënnf Joer senger Missioun net gerecht gi wier oder dass hien des Institutioun an e schlecht Liicht gefouert hätt? Op all des Froen ass d'Äntwert ganz kloer: Neen! De Médiateur huet seng Aarbecht esou verricht, wéi d'Chamber sech 2003 déi Institution virgestallt huet.

Dee leschte Problem - an net där mannster - ass deen, wéi de Médiateur sech géigeniwwer der Verwaltung a besonnesch de Justizautoritéiten ze positionéieren huet.

De Rapport vum Médiateur a seng Recommendationen, op déi ech nach wäert zrëckkommen, beweisen, dass de Médiateur eng realistesch a pragmatisch Approche mat der Verwaltung hat. Et ass him wierklech net drëms gaangen, d'Verwaltung ze attackéieren, mä am Contraire eng Léisung ze sichen, déi am Klang mat de Gesetzer ass an och eng équitabel Léisung fir all Parteien duerstellt.

Am Ufank hat de Médiateur och méi Problemer mat de Justizautoritéiten, an dat, mengen ech, aus guddem Grund. D'Justiz ass net eng Verwaltung wéi eng aner. D'Justiz ass onofhängeg an et gëtt de Prinzip vum der Gewaltentrennung. Dese Prinzip applizéiert sech och un de Médiateur.

Dem Gesetz no kann en net a Prozesser agräifen a kann nëmme bei der Ausféierung vun Uerteeler géigeniwwer der Verwaltung e Rapport spécial schreiwen, wat en awer bis elo nach net gemaach huet. Mä d'Justizautoritéit sinn net am Gesetz vun 2003 ausgeschloss ginn. Esou hunn d'Justizautoritéiten an de Médiateur missen eng Léisung fannen, fir op där enger Säit dem Prinzip vum der Gewaltentrennung Rechnung an op där anerer Säit zur selwechter Zäit d'Aarbecht vum Médiateur mat anzubannen.

Aller Anfang ist schwer. An esou huet de Médiateur sech des Öftere missen iwwert de Mangel u Kollaboratioun vu Säite vun de Justizautoritéite bekloen, an d'Justizautoritéiten hunn och beklot, dass de Médiateur sech ze vill an hir Affäre géif améschen.

A sengem leschte Rapport huet awer de Médiateur ennerstrach, dass d'Relatioun sech verbessert hunn. An ech hoffen, wa mer bis endlech eng Gesetzgebung iwwert den Afferschutz hunn - déi sougenannt Arlésienne vun der Commission juridique, déi nach ëmmer op en Avis vum Statsrot waart -, dass d'Aarbecht vum Médiateur sech da wäert wesentlich vereinfachen, well do Plainten, déi bei der Justiz déposéiert ginn, och anescht wäerten traitéiert ginn an d'Aarbecht vun der Justiz sech och verbessere wäert.

(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Wa mer iwwert d'Justizautoritéite schwätzen, wéilt ech awer e kleng Bémol bei der Aarbecht vum Rapporteur an deser Debatt afléisse loosse. De Médiateur huet zwo Recommendationen gemaach iwwer lafend Gerichtsaffäre strafrechtlicher Natur. Déi géifen, sot de Médiateur, ze laang daueren. Et kann een dat eventuell verstoen, mä et ass weder un der Chamber nach un der Regierung, sech mat Recommendationen auserneezen setzen, déi mat lafende Gerichtsaffären ze dinn hunn. Eng generell Recommendation, déi u keng spezifesch Gerichtsaffäre geknëpft wier an déi net géif Elementer vun esou Affären opgräifen, wier hei méi ubruecht gewiesch.

Fir de Rescht ass et um Riichter, d'Längt vun der Prozedur mat a Kaf ze huelen, an et gëtt nach ëmmer de Wee op Stroosbuerg. Duerfir hu mer och an der Commission juridique generell Remarqué gemaach a wollten eis net mat desen zwo Gerichts-

affäre beschäftegen. Dat wäert an dat muss och esou bleiwen. Duerfir ginn ech vun hei aus dem Médiateur mat op de Wee, dass e keng Recommendation méi soll maachen iwwer lafend Gerichtsprozeduren.

Här President, wat d'Reklamatiounen ugeet, esou muss ee feststellen, dass an der Period vum 1. Oktober 2006 bis den 30. September 2007 790 Dossiere vum Médiateur ofgeschloss goufen, dovunner méi wéi d'Halbschent entweder vum Médiateur verworf goufen, als irrecevabel agestuft goufen oder wou de Plaignant sech désistéiert huet.

An 180 Fäll huet de Médiateur eng Léisung fonnt, a 45 Fäll huet en eng Deelléisung fonnt an an nëmme 64 Dossiere kout et zu kenger Eenegung mat der Verwaltung.

Dat ass vun deene Fäll, déi de Médiateur als recevabel ugesinn huet a wou de Plaignant seng Reklamatioun bäibehalen huet, nëmme e kleng Prozentsaz, wat d'Effikasitéit vun der Aarbecht vum Médiateur a gläichzäiteg och seng Noutwendegkeet ennersträicht.

Ech wëll elo net zu alle Recommendationen, déi de Médiateur agereecht huet, Stellung huelen. Déi eenzel Fachkommissionen hu sech schon dozou ausgeschat. Feststellen ass, dass och eng ganz Rëtsch vun de Recommendationen vu Säite vun der Regierung ennersicht an ëmgesat goufe respektiv amgaange sinn ëmgesat ze ginn.

Ech wëll mech nëmme mat zwo Recommendationen befaassen: déi eng, déi vun der Commission de la Fonction publique an déi aner, déi vun der Institutionskommission an da béid vun der juristescher Kommission analyséiert goufen.

Déi éischt ass eng, a mengen Aen, fundamental: Wéi sinn d'Relatiounen tëschent de Bierger an hire Verwaltungen ze verbessern? Dat ass jo eng vun den Haaptaufgaben, wann net iwwerhaupt déi wesentlech Missioun vum Médiateur.

D'Recommandatioun N°18 ass hei besonnesch wichteg. D'Membere vun der Chamber, déi méi dacks mat der Verwaltung ze dinn hunn, sollte sech déi Recommendation an och op d'Long huelen an duerno d'Stellungnahm vun der Commission de la Fonction publique liesen: extern iwwerpréifte Verwaltungsprozeduren; uginn, wien um Dossier schafft, mat den Telefonsnummern; besseren telefonischen Accès bei verschidde Verwaltungen; Ariichtung bei verschidde Verwaltungen - der Sécurité sociale oder der Immigration - vun engem zentraliséierte Bureau d'accueil, och wann de Guichet unique net ëmmer einfach anzesetzen ass wéinst der Komplexitéit vum Dossier; sech Délaïé ginn, an deenen den Dossier soll verschafft ginn; e bessere mënschleche Kontakt, an dat och mat an d'Formation abannen; e Guide des meilleures pratiques administratives an och e Code de déontologie ausschaffen.

Dat sinn all d'Iwwerleeungen, déi de Médiateur proposéiert huet an déi och vun der Commission de la Fonction publique iwwerholl gi sinn.

D'Verwaltung solle sech och selwer evaluéieren, fir erauszefanne wou et hapert, wat ka verbessert ginn. Wou kann dem Bierger besser gehollef ginn? Wat brauch eng Verwaltung? Wéi kann d'Verwaltung sech un d'Besoiné vun de Bierger upassen? Wat kann ee vereinfachen oder duerch e méi groussen Zougrëff op d'Informatik, am lergste Sënn vum Wuert, verbessern?

Dat si Pisten, déi sollen, déi mussen iwwerduecht ginn an déi och vun der Regierung an Ugrëff geholl gi sinn. E Service public muss sech senger Zäit upassen. D'Bierger och. Mä an enger Zäit vun der Evolutioun a ganz ville Beräicher ka weder de Bierger nach d'Verwaltung sech op Prozedure behaupten, déi vläicht virun 20 Joer gültig waren. Eng modern Verwaltung fir e moderne Stat, dorëms geet et.

Ech wollt och nach op eng aner Recommendation zrëckkommen.

D'Recommandatioun N°21 iwwert de Conseil supérieur de la Justice ass eng extrem wichteg Recommendation, well et geet ëm d'Verwaltung vun der Justiz. Dass d'Justiz onofhängeg ass a mat där Onofhängegkeet muss weder hir Aarbecht verrichten, ass evident a soll a kann net a Fro gestallt ginn. Et ass ee vun deene wichtigste Prinzipien an engem Rechtsstat.

D'Fro ass awer, wéi d'Justiz sech soll intern organiséieren. Soll dat de Justizministère maachen? Soll dat de Procureur général d'État maachen? All des Léisungen hunn hir Nodeeler. Duerfir huet de Médiateur de Conseil supérieur de la Justice virgeschloen, deen zum Deel aus Riichteren, zum Deel aus Netriichtere bestoe soll. De

Conseil supérieur de la Justice wier zoustänneg enner anerem fir d'Nominatiounen, d'Ästellung, d'Promotiounen vu Riichteren ze iwwerpréieren a fir d'Plainté vum Bierger zum Fonctionnement vun der Justiz entgéintzehuelen.

Hei huet de Médiateur sech beim belsche Modell, deen an der Folleg vun der Dutroux-Affär opgesat gouf, inspiréiert. Natierlech gëtt et och aner Modeller. De Conseil supérieur de la Magistrature zum Beispill a Frankräich: Wann do nëmme ee Wuert ännert, Magistratur amplaz Justiz, ass a Frankräich dee Gremium nëmme mat Riichtere besat an un der Spëtzt, wéi wier et och anescht, de President vun der Republik.

Et gëtt och nach aner Modeller. A Schweden, an Holland an an England gëtt et eng eege Verwaltung mat engem eegene Budget fir d'Justiz. Also d'Justiz administréiert sech selwer, sief dat finanziell, materiell, personaltechnesch, an huet och derfir riichtzestoen.

Et gëtt also en déif gräifenden Ennerscheid tëschent dem belsche Conseil supérieur de la Justice an dem französische Conseil supérieur de la Magistrature.

An der Debatt iwwert d'Sécurité intérieure, déi mer am Juli 2007 haten, huet sech déi juristesche Kommission fir de belsche Modell, also dem Médiateur seng Propos ausgeschat. Natierlech misst een do nach e puer kleng Korrekture maachen. Wéi zum Beispill de Pouvoir de nomination, deen de Médiateur der Chamber an dem Statsrot gëtt. Dat wier menger Meinung no net ganz mat der Onofhängegkeet vun der Justiz kompatibel. Mä dat sinn nëmme Detailer, déi näischt mam Prinzip ze dinn hunn.

Et kann ee sech och d'Fro stellen, an déi muss natierlech gekläert sinn: wéi vill Netriichteren? Wéi ass d'Proportiouen tëschent den Netriichteren an de Riichteren an deem Conseil supérieur de la Justice? Oder ob déi Membere vun deem Conseil, déi net an der Magistratur sinn, op alle Froe wierklech e Stëmrecht hunn, oder ob een d'Stëmrecht ka jee no Fäll adaptéieren.

Dat sinn awer nëmme Detailer, wéi ech sot. An d'Commission juridique souwéi d'Commission des Institutions souwéi elo zum Schluss d'Commission des Pétitions hu sech fir de Prinzip vum Conseil supérieur de la Justice ausgeschat.

Den Här Justizminister, deen amgaangen ass, des Problematik an der Conférence nationale de la Justice mat Riichteren an anere Justizberuffer ze diskutéieren, kennt d'Position vun der Chamber, well mer och dee Conseil supérieur de la Justice an enger Motioun am Juli 2007 stoen haten.

Duerch dese Conseil soll d'Onofhängegkeet vun der Justiz gestärkt ginn. Et geet bestëmmt net dorëms, d'Justiz ennerdréckt ze kréien. D'Gerichter bleiwen onofhängeg. Eng Mise au pas ass duerch dese Conseil supérieur de la Justice net ersehnt an d'Alternativ vun engem Conseil supérieur de la Magistrature bréngt d'Zilsetzung hei zu Lëtzebuerg net weider. Et sief dann, dass dese Conseil supérieur de la Magistrature och déi intern Verwaltung personal-, finanziell- an immobilientechnesch iwwerhëlt, wat eise Gepflogenheete vun öffentleche Finanzen an och soss net entsprécht, entgéint deene vun anere Länner, zum Beispill vun den angelsächseschen oder nordesche Staten.

Duerfir soll an der Chamber a besonnesch och an de Fachkommissionen, sief dat déi vun den Institutionen oder d'Commission juridique, eng méi déif gräifend Reflexioun gefouert ginn, wéi esou e Conseil supérieur de la Justice - oder mir kënnen en och anescht nennen - soll ausgesinn.

Duerfir hunn ech och déi Resolutioun, déi den Här Gira elo grad deponéiert huet, ennerschriwwen.

Här President, d'Recommandatioun vum Médiateur sinn an där Hisiicht wichteg, well de Médiateur virschléit, wéi een d'Verwaltung ka besser gestalten, fir hiren Déngscht um Bierger méi effizient kënnen ze verrichten. Et ginn och Fuerderunge gemaach, fir eis Gesetzgebung unzupassen, do wou et néideg ass, fir den internationale Verflechtung besonnesch hisiichtlech de Mënscherechter Rechnung ze droen.

Et muss een net op allem Punkt mam Médiateur eens sinn - ob dat Detailer sinn oder ob et sech ëm méi fundamental Saachen handelt. Mä wichteg ass awer, dass vu Säite vun der Regierung a vu Säite vun deser Chamber dem Médiateur seng Recommendationen analyséiert ginn. Dat maache mir hei an der Chamber am Kader vun deser Debatt. Dat soll och d'Regierung weiderhi maachen an eng öffentlech Position huelen, wat d'Recommandatiounen

ugeet, déi bis elo net ëmgesat goufen. Dass och Zil an Zweck vun der Motioun, déi mer hei déposéiert hunn an och wäerten ofstëmmen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, no bal fënnf Joer, zënter deenen et des Institutionen zu Lëtzebuerg gëtt, kann ee vun engem Succès schwätzen. De Médiateur gehéiert net nëmme zu eiser Verwaltungsan Institutionslandschaft, hien ass e wesentleche Bestanddeel vun eiser Demokratie. Duerfir begréissen ech schlussendlech, dass de Médiateur weider Kompetenze kritt.

Säit engem gudden Joer ass hie schon an Zesummenaarbecht mam Här Justizminister an dem Direkter vum Prisong vu Schraasseg och am Prisong present, well et muss een och wëssen, dass am Prisong Bierger sinn an dass een net, well een agepaart ass, seng Qualitéit vu Bierger verléiert.

Am Projet de loi 5849, deen den 13. Mäerz 2008 deponéiert gouf an deen de Protocole facultatif zur UNO-Konventioun géint d'Torture ëmsetzt, gëtt de Médiateur als Kontrollinstanz vum Strofvolzuch agesat.

Dat kann een nëmme begréissen an dat steet och, Här President, an der Motioun an deem Rapport iwwert d'Sécurité intérieure, dee mer am Juli gestëmmt hunn a wou och nach ganz aner flott Saachen dra stinn.

Schlussendlech Merci villmoos fir Är Gedold, Merci villmoos dem Médiateur fir seng Aarbecht an dass hien esou weiderfiert - et ass et wäert.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Här Santer. D'Wuert huet elo déi honorabel Madame Lydie Err. Entschëllegt, den honorablen Här Bettel ass nach Riedner virun der Madame Err. Här Bettel, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Xavier Bettel (DP)** - Merci, Här President. Ech wëll och fir d'éischt hei dem Rapporteur Merci soe fir säi schrëftlechen a säi mëndleche Rapport.

Wat ass den Zweck an de Sënn vun deem Exercice vun haut? Et geet jo dorëms, den Aktivitätsbericht 2006/07 ënnert d'Lupp ze huelen, dat heescht och dem Médiateur seng Recommendationen, déi hien an där Period formuléiert huet, ze analyséieren a le cas échéant Konklusiounen doräuser ze zéien.

D'Recommandatiounen si jo schon an deene meeschte Kommissionen diskutéiert, debattéiert ginn, a jee no Beräich si jo och Konklusiounen gezu ginn.

Dese Débat ass d'Resultat vun der Diskussioun iwwert d'Relatioun tëschent der Chamber an dem Médiateur, enger Relatioun, déi ufanks net ganz kloer war. D'Conférence des Présidents hat schliesslech zrëckbehalen, spéitstens sechs Méint no der Veröffentlichung vum Rapport esou en Débat an der öffentlecher Sitzung ofzehalen.

D'Chamber, un déi de Médiateur jo dem Gesetz no rattachéiert ass an op déi de Médiateur...

» **M. le Président** - Ech bieden ëm e bëssen Opmierksamkeet fir de Riedner!

» **M. Xavier Bettel (DP)** - Merci, Här President.

...ugewisen ass, fir eppes beweegt ze kréien, notzt des Geleeënheet awer och, fir eng Synthèse ze maachen an och eng Aart Bilan no véier Joer Institution Médiateur ze zéien.

Et gëtt gekuckt, ob d'Ziler, déi mat der Aféierung vum Médiateur ugestriift goufen, erreecht sinn, ob d'Kritiken, déi am Virfeld geäussert goufen, nach relevant sinn oder sech als iwwerdrifwen erweisen hunn, an ob sech entre-temps och schon eppes beweegt huet um Niveau vun enger verbesserter Relatioun tëschent de Bierger an der Verwaltung, a wat op dem Terrain nach ze maache bleift. Et soll och gekuckt ginn, wéi d'Fonctioun vum Médiateur eventuell an der Zukunft misst evoluéieren.

ler een op déi verschidde Recommendationen ageet, kann een en Tëschebilan zéien, ouni am Detail op de ganzen Historique vum Schafe vum Médiateur wëllen anzeegen. Et kann een dorun erënneren, dass de Médiateur ennert där leschter CSV/DP-Majoritéit agefouert gouf an an der Chamber hei och eestëmme den Accord kritt huet.

D'Zil war et dozou bäizedroen, d'Relatiounen tëschent dem Bierger - dem Administré - an der Verwaltung ze verbessern.

Ouni ze ënnerstellen, dass dës fundamental schlecht waren, ass awer gewosst, dass op deem Gebitt Verbesserungspotenzial besteet, och nach haut.

Et soll e Moya geschafte ginn, fir et dem Bierger ze erlaben, op méi eng einfach Manéier zu sengem Recht ze kommen, ouni dass hie muss op d'Gerichter goen. Duerch d'Analys vun deene verschiddenste Plainten, déi beim Médiateur agereecht ginn, sollt och gekuckt ginn, wou allgemeng de Schong dréckt a wéi een deem kéint entgéintwierken.

Finalemment soll och eng nei Philosophie entstoën, déi ënnert dem Drock vum Médiateur, och wann dat begrenzt ass, soll dozou féieren, dass d'Verwaltungen, awer och d'Gemenge méi en oppent Ouer fir d'Bierger kréien.

D'Aféierung vum Médiateur kann een deemno och als e Baustee vun der Réforme administrative considéieren.

Ech mengen, haut kann ee feststellen, dass an där kuerzer Zäit de Médiateur villes bewierkt huet, zum Positiven, versteet sech, an dass d'Skepsis notamment vun der Beamtungskummer sech als iwwerdrifwen erweisen huet.

Et ass net doréms gaangen, fir de Verwaltungen an de Beamte stänneg de Prozess ze maachen, si géifen iergendeppes falsch maachen, mä et soll och dozou bäidroen, hir Aarbecht kënnen ze verbesseren an och vläicht ze erliichteren. Esou stellt de Médiateur fest, dass eng ganz Rëtsch vu Retarden oder soss Schwierigkeiten an der Kommunikatioun mat de Bierger op ze mann Personal an deene verschiddene Servicer hindeiten, sief dat an der Steuerverwaltung oder bei der ADEM zum Beispill, wat d'DP jo schon zënter ganz laang uprangert. Andeems d'Politik op esou Problemer hiweist, ka si dozou bäidroen, d'Aarbeitskonditiounen vun deene Beamten an Employéen ze améioréieren.

E Médiateur kann een also als eng Aart Arbitter gesinn, deen heiansdo eng Giel Kaart weist, ouni awer kënnen ee vum Terrain ze geheien. Hien ass op de politesche Wëlle vun deene Responsabelen ugewisen. Leider huelen dann awer och duerno déi politesch Responsabel sech dem Médiateur seng Remarquen net deementsprechend zu Häerz.

Ech schwätzen zum Beispill vun der ADEM, wou den Här Minister Biltgen nach weess, dass ganz vill Aarbecht ass. A wann een d'Recommandatiounen vum Médiateur liest, dann huet den Här Biltgen nach op jidde Fall genuch Aarbecht an deem Beräich.

De Médiateur weist och op eng mangelnd Kooperatioun tëschent deene verschiddene Servicer, Verwaltungen a Ministère hin.

» **M. le Président.** - Här Bettel, den Här Minister wëllt lech eng Fro stellen.

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Hie wollt keng Fro stellen.

» **M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi.** - Ech wollt just eppes feststellen. Ech hunn de Rapport vun der Chamber gelies, an dass do festgestallt ginn ass, dass mer zu all deene Recommendationatiounen vum Médiateur eng Äntwert ginn hunn, andeem mer entweder tel quel dat gemaach hunn, wat de Médiateur gesot huet, oder op där anerer Säit eng Äntwert ginn hunn, vun där d'Chamber gesot huet, dat dote wär eng adequat Äntwert.

Dat wëllt net soen, dass mer net nach an Zukunft Aarbecht hunn, an ech sinn och iwwerzeugt, dass de Médiateur eis nach an Zukunft Recommendationatiounen gëtt. Mä op déi Recommendationatiounen, déi de Médiateur ginn huet iwwer d'ADEM, hu mer reagiert, an esou huet de Bericht vun der Chamber dat och festgehalten.

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Ech wollt lech soen, Dir hutt herno Zäit, fir d'Wuert ze ergäifen.

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Mir gesi just, Här President, dass, wann ee bei der ADEM eppes wëllt froen, déi dann ëmmer ze vill Aarbecht hu fir déi wéineg Leit, déi do schaffen, an et nach ëmmer net duergeet. Ech mengen, dat war eng vun den Demanden, eng vun den Hauptdemanden vun de Recommendationatiounen.

Den Här Minister Biltgen kann net beim Här Budgetminister Frieden vläicht ze vill zéien, fir méi Moyaen ze kréien, mä et wier flott, wa se an der Regierung kéinten eens ginn, well d'ADEM awer eng Institution ass, an déi d'Leit ginn, déi net ëmmer agréabel ass, vun där déi Leit awer wierklech Hëllef brauchen. Wann déi iwwerlaascht sinn, dann ass dat net am Sënn, fir kënnen de Chômage hei zu Lëtzebuerg op déi eng

oder op déi aner Manéier ze bekämpfen, op jidde Fall de Leit ze hëllef, déi am Chômage sinn, fir eng nei Aarbecht ze fannen.

De Médiateur weist och op eng mangelnd Kooperatioun tëschent deene verschiddene Servicer, Verwaltungen a Ministère hin, eng Kritik, déi d'Demokratesch Partei och schon an hirem 33-Punkte-Programm formuliert hat. Ech zitieren:

„Verwaltungsreform sorgt für mehr Effizienz. Die DP ist der Meinung, dass eine Straffung der Organisation und prozeduralen Abläufe innerhalb der Regierung und Verwaltungen geboten ist. Besonders die Verwaltungsbereiche, die zwar unterschiedlichen Ministerien unterstehen, in Wirklichkeit aber einen Bereich gemeinsam abdecken, müssen besser zusammenarbeiten, sich gegenseitig zuarbeiten indem bestehende Prozeduren und die Organisation überdacht werden. Hier ist beispielsweise an die Zusammenarbeit bei Betriebsgenehmigungen zu denken. Daneben drängen sich weitere Fragen in diesem Zusammenhang auf: Warum brauchen wir ein Wirtschaftsministerium und ein Mittelstandsministerium? Warum brauchen wir mehrere Steuerverwaltungen? Ein Ministerium für Soziale Sicherheit und eins für die Nationale Solidarität? Warum haben wir keine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen Staat, Gemeinden und dem konventionierten Sektor, wo oft mehrere Anbieter mittels verschiedener Finanzierungswege sich gegenseitig konkurrenzieren?“

Den Här Angel wollt eppes soen, Här President.

» **M. Marc Angel (LSAP).** - Vu wat schwätzt Der?

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Ech hunn eisen 33-Punkte-Programm, deen d'Demokratesch Partei presentéiert huet, zitiiert. Do hutt Der elo matkritt, dass, wa mer deen hätte duerchkréien, op jidde Fall d'Situatioun haut scho besser wär.

(Interruption)

Net nëmme an senger Fonctioun als Knoutermann, mä och als Berodungsservice: informer, conseiller, réorienter; dat ass dem Médiateur a sengem Service seng Devise. Hei féint de Bierger, dee sech am Reglementenschungel verluer fillt, en oppent Ouer fir seng Problemer. Schon eleng dowéinst ass d'Existenz vun Médiateur a sengem Service méi wéi berechtigt.

Et wär allerdéngs begréissenswäert, wann déi eenzel Verwaltunge kéinten hiren eegene Berodungsservice aféieren an d'Bierger, déi e Problem oder soss Froen hunn, an hirem Service empfänken an hinne Ried an Äntwert stoen. D'Gemeng Lëtzebuerg geet mat hire wöchentliche Sprichstonnen dënschdes moies vun acht bis néng fir d'Bierger hei mam gudde Beispill vir.

(Interruption)

Neen, neen. Här President, den Här Fayot huet vum City Breakfast geschwat. Mir hunn dat all dënschdes vun acht bis néng. Da steet de ganze Schäfferot mam Buergermeeschter de Bierger zur Verfügung wa se iergendeng Fro hunn. Dat ass och wat een nennt: Dialog mam Bierger an direkt Kommunikatioun.

(Interruption)

Leider, Här President, sinn eis Verwaltungen nach ze vill hermetesch zou. Et kéint ee sech wënschen hei verschidden Diere méi grouss opzemaachen.

Wat de Choix vun der Persoun, déi d'Fonctioun vum Médiateur verkierpert, betrëfft, esou sinn déi Leit, déi un der néideger politescher Impartialitéit vun deser Persoun gezweifelt hunn, berouegt. Anerer, déi gehofft haten, si hätten et hei mat engem relativ bequeme Partner ze dinn, si mëttlerweil vläicht manner roueg ginn.

Et ass e Fait, dass hien, och wann déi Persoun aus de Reie vun där stäerkster Partei kënt a selwer laang an der Regierung war, also an deem Camp, deen hien elo soll ënnert d'Lupp huelen, net zéckt, haart an däitlech ze soen, wou d'Kromm an der Heck läit. Fir verschidde Leit ze kloer a souguer ze däitlech. D'Fro bleift op, ob eventuell e politesch méi onbefangene Médiateur nach méi onbequem wär.

Ouni elo dem Médiateur eng Zensur wëllen ausstellen, kann een awer soen, dass seng Aarbecht bis elo positiv ze bewäerten ass, woubäi een awer och muss eng Rei Remarqué formuléieren.

De Médiateur huet dem Gesetz no d'Flicht, doduerch, dass hien un d'Chamber rattachéiert ass, dës prioritäremment ze informéieren an hir - méi genau der Petitiounskommissioun - seng Recommendationatiounen

zoukommen ze loossen. Ouni wëllen dem Médiateur seng Liberté d'expression a Fro ze stellen, mengen ech awer, dass een als Médiateur en enke Lien mat der Chamber net soll a Fro stellen an een net soll fir d'éischt emol an d'Press an an d'Medié goen an dann eréischt d'Chamber informéieren. De Médiateur soll nëmme net zu engem Nol-op-de-Kapp-bis ginn.

Dem Médiateur seng Prærogative si per Gesetz kloer festgeluecht, wou et notament heescht, dass de Médiateur sech weder kann an e lafende Prozess améschen nach eng Décision juridictionnelle a Fro stellen. Hien ass kee Richter. An dowéinst, wann een haut d'„Luxemburger Wort“ liest, kann ee liesen, dass an där Affär vun deem Ongléck mat der Luxairs-Maschine de Médiateur jo reagiert hat. Ech verstinn, dass een op där enger Säit, wann ee saisiert gëtt vun Demandé vu Leit, do och wëllt reagéieren, mä et ass wierklech net dem Médiateur seng Roll, fir an oppene Prozesser Commentairen ze maachen iwwer Aarbechte vu Riichteren. Ech wäert nach zum Schluss dorobber zrëckkommen.

Wann een de Rapport 2006/07 kuckt, wéi eng Verwaltunge vu Reklamatiounen betraff waren, gesäit een, dass d'Sécurité sociale mat 130 Affären op „Number one“ war; virun der Fiskaliteit op der Nummer zwee mat 122; der Immigration - mam Permis de travail, Visaen, Pass - mat 105 Affären; d'Gemengen insgesamt mat 75 Affären; d'Caisse nationale des Prestations familiales mat 67 Affären, an d'ADEM mat 50 Affären.

Ech weess net, wat ee vun enger detailléierter Kategorisatioun vun de Réclamanten no Geschlecht, Nationalitéit, Alter a Qualitéit soll halen. Ech war net begeeschtert; ech hat dat och schon an der Kommissioun gesot.

Wann een d'Reklamatiounen kuckt, esou kann een och feststellen, dass oft eng gewëssen Inadaptatioun vun eiser Gesetzgebung par rapport zur Evolution vun eiser Gesellschaft besteet, notament wat d'gläich Rechter fir aner Formen vun Zesummeliewe betrëfft, wat nei Familjereforme betrëfft an esou weider. Hei mécht sech e Besoin no enger neier Gesellschaftspolitik däitlech. En Terrain, wou d'Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei sech bekanntlech schwéierdeet.

(Interruption)

Concernant le Conseil supérieur de la Justice an de la Magistrature, schléissen ech mech de Wiederer vum Här Santer un: Et wier wichteg, dass een an der Magistratur kéint en Organ hunn, fir kënnen Sanktiounen ze huelen, wann iergendeppes net geet oder fir en Uerder ze ginn. Mä wéi gesot, dat ass net d'Roll vum Médiateur.

Här President, d'Regierung huet 2001 an hirem Gesetzesprojet fir de Médiateur e bewosste Choix gemaach. De Médiateur soll ebe keen Ombudsmann, wéi e virun allem an de skandinavesche Länner besteet, ginn. D'Madame Err hat eng Proposition de loi gemaach, déi an déi Richtung vum Ombudsmann gaangen ass. D'Chamber huet déi deemools jo net ugeholl. An der Prise de position vun der Regierung zur Position vun der honorabler Madame Err huet d'Regierung deemools argumentéiert, dass dës Fonctioun scho vun der Commission consultative des droits de l'Homme garantéiert géif.

Mä net nème wat de Champ d'action vum Médiateur betrëfft, ënnerscheet dëse sech vum Ombudsmann, mä och vu senger Rechter. Am Géigesaz zum skandinaveschen Ombudsmann kann de lëtzebueresche Médiateur sech net selwer saisiéieren an hie ka keng contraignant Mesuren ergäifen. An trotzdeem gi béid Begrëffer permanent matenee verwiesselt, wouzou eise momentane Médiateur net onwesentlech bäidréit. Geet een zum Beispill op den Internet www.Mediateur.lu kucken, kritt een eng Feelermeldung. Dës Säit gëtt et net. De richtigen URL ass nämlech www.Ombudsmann.lu. Wann Der et dréckt, hutt Der och Ombudsmann als Titel: Le médiateur au service des citoyens.

Dëst wier jo nach alles net der Ried wäert, wann een net den Androck géif kréien, dass och inhaltlech béid Konzepte no an no géife matenee verméscht ginn. Mam Gesetzesprojet 5849 soll nämlech d'Aufgabebitt vum Médiateur ausgedehnt ginn. Mat der Ratifikatioun vum Protocole facultatif à la Convention contre la torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants soll de Médiateur elo alleguerten d'Lieux de détention iwwerpräiwen. Dat heescht, d'Prisongen, de Centre de rétention, d'Établissements psychiatriques, d'Cellule d'arrêt an de Centre socio-éducatif. D'Zil vu senger Missioun wier «d'assurer le respect des droits fondamentaux

dont les personnes privées de liberté demeurent titulaires».

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir mussen eis fir allemol eens ginn, wat mer wëllen. Wëlle mer den Ombudsmann oder e Médiateur? Wëlle mer e Vermëttler bei administrative Reklamatiounen oder wëlle mer eng Institution, déi d'Anhale vun eise grondleeënde Mënscherechter iwwerwaacht? Déi schlechteste Léisung wier, wann deen een d'Aufgabe vun deem anere misst assuréieren.

Här President, et entbehrt net enger gewësser Komik, dass am Team vum Médiateur haut och keen eenzeg diploméierte Médiateur ass; wou et déi Formation jo awer och gëtt. Et handelt sech ausschlieslech ëm Juristen. Wann et bei der Aarbecht vum Médiateur prioritär ëm administrativ Virgänger geet, ass dat jo och kee Problem. Soll de Médiateur awer an Zukunft och fir d'Anhale vun de Mënscherechter an de Centres de détention zustänneg ginn, bräicht een dann net och e Psycholog, e Médiateur oder en Dokter an deem Team?

Här President, wann een de Gesetzesprojet 5849 vun der Regierung duerchliest, kritt een den Androck, dass se net genau wëssen, wat do op de Médiateur wäert zoukommen an Aarbecht. Dëst wäert net ouni weider finanziell a personell Opstockung goen.

Mä net nëmme um Niveau vum Médiateur deet sech eppes. Den Ombudscomité fir d'Rechter vum Kand weist säit Méint zu Recht op seng prekär finanziell Situatioun hin. Si hunn hire Wonsch zum Ausdrock bruecht, fir eng ähnlech Struktur ze kréie wéi de Médiateur. Mir haten eng Diskussioun an der Commission de la Famille, wou den Här Adam och eng Proposition gemaach huet, wou mer awer och nees eng Kéier gespuert hunn, dass déi gréisste Partei hei an deem Parlament e bësse frileux wär vis-à-vis vun enger Locatioun direkt elo. Fir dass den ORK kéint selbststänneg fonctionnéieren, wier et nämlech opportun, esou e Comité an engem Familjeministère ze integréieren, fir eng Indépendance kënnen ze garantéieren. Ech zweifelen drun.

D'Commission consultative des droits de l'Homme huet och hire Wonsch zum Ausdrock bruecht, fir eng legal Basis ze kréien an domadder endlech dem Principe de Paris entsprieche ze kënnen, deen d'UN '93 festgeluecht huet fir déi national Mënscherechtesgremien.

Här President, dëst weist, wéi néideg mer eng kohärent Approche am Beräich vum Schutz vun den individuelle Rechter vun de Bierger bräichten. Dëst weist och, wéi wichteg eng enk Kollaboratioun vun desen Instanze wier. Dëst weist och, wéi wichteg et wier, e gemeinsame Pool vu Kompetenzen opzebauen. Engem Kand, dat zu Schraasseg sëtzt, ass et egal, ob seng Rechter vum Médiateur oder vum Ombudscomité vertrauede ginn. Mir mussen just garantéieren, dass esou gutt wéi méiglech seng Rechter garantéiert ginn. Et ass him egal, wie sech doréms këmmert.

D'DP huet den allerdéngs Respekt virun den Aarbechten, déi bis elo an dese Gremie geleescht goufen. Ech wëll just erënneren un déi exzellente Avisé vun der Commission consultative zum Centre de rétention oder vum Ombudscomité zum Office national de l'enfant. Grad duerfir ënnerstëtze mir d'Fuerderung no enger klorer legislativer Basis, no enger absoluter Onafhängegkeet an enger approvierter finanzieller a personeller Ausstattung fir des Gremien.

Mir sinn awer och der Meenung, dass am Intérêt vun de Bierger eng effizient Kollaboratioun tëschent deenen Institutionen muss stattfannen an e gemeinsame Pool u Kompetenz muss opgebaut ginn.

Här President, ech wëll ofschléisse mat enger Remarque zur Position vum Médiateur an der politescher Diskussioun. An der Prise de position vun der Regierung am Joer 2002 gëtt de Médiateur als Conciliateur neutre bezeechent. Bei senger Fonctioun ass et och wichteg, dass déi neutral soll bliwen.

No all deem Luef, dat ech awer elo vis-à-vis vum Médiateur hat, muss ech eng Kritik

äusseren. Déi Kritik baséiert sech op d'Affär Bommeleeër. Um Datum vum 31. Januar 2008 war nämlech ze liesen um „wort.lu“: „Fischbach kritisiert Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Ombudsmann Marc Fischbach hat in der ‚Bommeleeër-Affäre‘ für mehr Sorgfalt und Augenmaß bei den Ermittlungen plädiert.“

Ech zitieren den Här Fischbach: „Es beängstigt mich, dass Politiker wie Henckes, Bettel und Co. die Ermittlung führen“, sagte der ehemalige Justizminister am Donnerstag im Wort-Gespräch.“

(Interruptions diverses)

Déi eng kënnen hei soen: Wou hie Recht huet, huet hie Recht.

(Interruptions diverses et hilarité)

» **Une voix.** - Den Här Colling, dee sot dat.

(Interruptions, hilarité et coups de cloche de la Présidence)

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Ech soen elo net, wat den Här Colling gesot huet, mä an den CSV-Reien ass vill Onrou oder op jidde Fall vill Diskussioun an deem Dossier.

Ech fanne just, Här President, wann ee selwer Justizminister war au moment des faits, wann ee selwer haut Ombudsmann ass a sech net soll an d'Justiz amäschchen, wann ee selwer jo awer net soll d'Aarbecht vun den Deputéierten an d'parlamentaresch Aarbecht kritisieren, well dat och net seng Roll ass, firwat huet en Ombudsmann an enger Zeitung, am „Wort“, also um „wort.lu“, um Datum vum 31. Januar 2008 esou en Interview ginn?

Ech muss lech soen, et war en Interview rapide oder éclair. Net rapide, well et séier geschriwwen ginn ass, mä et war net laang do. Et war nämlech mëttes ze liesen um Internet, a wéi ech dat gesinn hunn, sot ech: Ma dat dote geet jo awer net, dat doten ass jo awer net d'Roll vum Médiateur, dat ka jo net sinn! Dunn hunn ech eisem Chambers-president e Bréif geschriwwen, an deem ech gesot hunn: Här President, dat dote geet net! Wat ass do lass? Den Här Fischbach huet sech do net anzemäschchen. Den Här Fischbach huet do net de Procureur ze kritisieren.

Den Här Fischbach huet och net ze soen: „Unmöglich“, findet es Fischbach, wenn Staatsanwalt Biever bereits am Samstagabend eine Pressekonferenz für den folgenden Sonntag einberuft, als die Verhöre der zwei Verdächtigen noch liefen.“

Jiddferree kann eng Meenung hunn. Mä als Médiateur maachen ech keen Interview, wou ech selwer net an de Prozess soll agräifen iwwert deen dote Fall, wou ech selwer jo awer Justizminister war. Dat geet net!

Duerfir hunn ech dunn dem Här Chambers-president e Bréif geschriwwen.

(Hilarité)

Dunn huet missen iergendeppes geschéie bei „wort.lu“. Well nämlech um Site - ech hat et Gott sei Dank geprint - war den Artikel fort.

An dunn hunn ech mer geduecht: Wat ass dann elo lass? Dat dote ka jo awer net sinn. An en plus hunn déi aner Presseorganer wéi RTL dunn och gesot: Wat ass bei „wort.lu“ lass?

(Hilarité)

Den Artikel war drop an op eng Kéier war en net méi drop. Dunn owes, um hallwer néng, war en neien Artikel iwwert den Artikel do.

(Hilarité)

Deen Artikel iwwert den Artikel huet gesot, dass den Här Fischbach dat „record off“ gesot hat. Dat war esou e Smalltalk-Gespräch, awer net geduecht, fir gedréckt ze ginn.

Smalltalk hier, Smalltalk her, et ass mir egal, Här President, ech hu fonnt, dass dat doten op jidde Fall e Faux pas war. A bei all deem Luef, dat ech fir den Här Fischbach awer elo während bal 17 Minutten hat, war ech elo zwou Minutte vläicht manner fein mat him an hunn dat dote missen zitieren.

Ech si frou, dass d'Conférence des Présidents, de Chambersbüro sech där Affär och ugeholl huet a gesot huet, dass de

Médiateur an Zukunft vläicht eng gewësse Retenue bei Entretien-publicé misst hunn, fir dass op jidde Fall net méi esou Fäll kënnen geschéien. Ech soen lech Merci, well dat confortéiert mech awer a menger Positioun, dass en Ombudsmann sech net soll an esou Fäll amäschchen.

» **M. le Président.** - Här Bettel, ech wëll lech allerdéngs soen, dass d'Positioun vun der Conférence des Présidents respektiv vum Büro e wéineg méi nuancéiert war wéi dat, wat Dir elo gesot hutt.

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Dir hat e Kompromëss. Bon, ech wëll do net insistieren,...

» **M. le Président.** - Dat ass och besser esou.

» **M. Xavier Bettel (DP).** - ...mä de Rapport seet kloer: «Monsieur le Président suggère aux membres du Bureau d'aborder la question des déclarations susmentionnées lors d'une prochaine entrevue avec le Médiateur et de le prier entre-temps de faire preuve d'une certaine retenue lors d'entretiens publics.»

Dat kënn ongeféier awer och eraus op dat, wat ech gesot hunn.

Ech soen lech Merci.

(Hilarité)

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Bettel. Dann ass d'Wuert elo un der Madame Err, fir zum Rapport Stellung ze huelen.

» **Mme Lydie Err (LSAP).** - Här President, Här Médiateur, Dir Dammen an Dir Hären, et gëtt schwéier nom Xavier hei ungetrieden an ze probieren, erëm op de Buedem vun den Texter a vun de Realitéiten zrëckekommen. Déi si bedeutend manner amüsant wéi déi Geschichten, déi hien eis hei erzielt huet.

Ech wëll am Fong ufänken, andeem ech géif e puer Grondgedanken zur Médiatioun an deene leschte véier Joer maachen a probieren, Saachen ze soen, déi - an dat kënn mer net oft vir - een als fénnefte Riedner ka soen, ouni dass se schonn dräimol virdru gesot gi sinn.

Duerfir probieren ech dann elo déi Saachen erauszehuelen, a wann dat dann net méi esou ganz beienee klappt, wéi dat geplangt war, dann huet dat den Avantage, dass et duerfir och méi kuerz ass.

De Médiateur ass ouni Zweifel en Instrument oder eng Institutioun, déi et nëmmer en enger Demokratie gëtt a si berout natierlech op der Gewaltentrennung an dem Respekt vun de Grondrechter vun de Bierger.

D'Gerichter sinn zoustänneg, fir Gesetzer ze interpretieren an Intérêt vun de Rechter an de Flichten, déi d'Bierger vun dese Gesetzer kréien. Mä wat passéiert, wann ee vun de Pouvoiren aus dem Stat selwer ze kritisieren ass? U wie wéint ee sech, wann ee Problemer huet mam Fonctionnement vun aneren Institutiounen, mat Verwaltungen, mat soss Organisatiounen, déi dem Stat bei der Exekutioun vu senger Missionen hëllefen?

Dass et do net ëmmer op de Gerichter läit an dass dat net ëmmer dee beschtmögliche Wee ass, ass eng vun den Ur-saachen, firwat d'Iddi vum Médiateur gebueren ass.

Et ass an deem Fall, dass haut de Bierger also en matière administrative net nëmmer de Choix huet, op e speziellen Tribunal ze goen, fir sech ze beschwéieren iwwer Prozeduren, déi net a sengem Sënn gehandelt gi sinn, mä hien huet en anere Wee, méi en einfachen, méi en onkomplizierten, méi e bëllegen - op jidde Fall fir dee Betreffenden - a vläicht och heiansdo méi en effikassen, wéi dat um Geriicht de Fall ass.

Duerfir ass et och logesch, dass an enger Demokratie, an enger moderner Demokratie op jidde Fall, de Médiateur en onëmgängelechen Acteur am Zesummespill vun den Institutiounen ginn ass. Well et muss ee wëssen, an de President oder de Rapporteur vun haut, dee weess dat: Och wann et an der Chamber eng Petitiounskommission gëtt, dann ass et kloer, dass déi nëmme ka kollektiv Demanden traitieren an dass d'Pouvoir vun der Petitiounskommission zwar um Pabeier relativ extensiv sinn, an der Praxis et awer bal net erlaben, sech wierklech an zur Zefriddenheet vun de Leit, déi eng Petitioun ofginn, domadder kënnen ausernezesetzen.

Schonn eleng duerfir, well d'Chambers-reglement seet, dass ëmmer dann, wann eng aner Chamberskommission, eng Spezialkommission sech mat engem Thema befaasst oder e Gesetz ënnerwee ass, d'Commission des Pétitions muss déi Petitioun an déi Spezialkommission weiderginn.

Et ass duerfir kloer, dass net nëmmer duerch d'Existenz vum Médiateur, mä och duerch d'Gesetzgebung an d'Reglement iwwert d'Petitioun, d'Aarbecht vun der Petitiounskommission erofgaangen ass.

Aneschters wéi de Riichter, dee kuckt, wie Recht huet par rapport zu engem Gesetz an engem Konfliktfall, huet de Médiateur als Schlichtungsperson eng Léisung net nëmmer en droit, mä en équité ze fannen. Ech mengen, dass dat den Hauptavantage ass an der Virgehensweis vum Médiateur par rapport zu de Geriichter, ausserhalb dem Fait natierlech, dass et eng Prozedur ass, déi méi einfach ass.

Gesetzer, dat wësse mer allegueren, sinn net ëmmer ideal, mä e Riichter ass dru gehalen, Recht ze applizéieren, méi oder manner extensiv ze interpretéieren, mä hie ka seelen eppes an e Gesetz eraninterpretéieren, wat net dran ass. De Médiateur kann dat och net, mä hie kann interpretéieren, dass e Gesetz en équité misst zu engem anere Resultat féieren, wéi dat an der Justiz de Fall wier, an dat ass, denken ech, e groussen Avantage fir d'Leit.

Et gëtt - an déi Fro ass am Fong hei opgeworf ginn engersäits vun eisem Rapporteur an anerersäits vu mengem Virriedner - en Ennerscheid zwëschen engem Médiateur an engem Ombudsmann. Ech wëll hei net op déi Polemik vun der Dénominatioun agoen. D'Ennerscheeder sinn hei scho vum Rapporteur gemaach ginn.

Et ass awer interessant, wéi ee par rapport zum Gesetz a vun der Praxis gesäit, wat dann d'Roll an d'Aarbecht vum Här Fischbach zu Lëtzebuerg sinn a wéi ee se soll korrekt betitelen.

Den Term „Ombudsmann“, dat ass gesot ginn, kënn aus dem Schwedeschen. Et ass de Verrieder vum Vollek, deen agefuert ginn ass, fir dem Kinnek seng Pouvoiren zwëschen de Parlamentssitzungen ze beschneiden an derfir ze suergen, dass d'Rechter vun de Bierger net kënnen vum Kinnek, deen dee Moment allmächtig war, violéiert ginn.

Haut gi mer vun enger anerer Praxis, enger constitutioneller Monarchie aus. Et bleift, dass an der Tradition vun den Ombudspersonen a Skandinavien déi Leit, déi déi Chargen hunn, méi Pouvoiren hu wéi déi, déi bei eis am Gesetz iwwert dem Médiateur stinn. Dat kënn ganz einfach aus der Tatsaach, dass déi historesch gewuess sinn an engem Kader vun enger Demokratie, déi net där gläicht, déi mir haut hunn.

De Médiateur - contrairement zum Ombudsmann - ass do, fir Reklamatiounen vun de Bierger entgéintzehuelen, déi de gudden Fonctionnement vun de Statsadministratiounen, Gemengen an och vun den Établissements publics ubelaangen oder déi déi a Fro stellen. De Médiateur ass en neutrale Mëttelsmann a Saachen - kéint ee soen - „mal-administration“.

Ech mengen, dass no deem, wat mer elo no véier Joer feststellen, kee kann ofstreiden, dass hien déi Fonction assumiert, an dat generell zur Zefriddenheet vun de Leit, déi sech un hie wenden.

Eng Ombudsperson awer ass net nëmmer do, fir d'Rechter vun de Bierger par rapport zu den Administratiounen ze kontrolléieren, mä e verdeedegt doriwwer eraus de Respekt vun de Grondrechter an de Mënsherechter. Eng Ombudsperson hält Partei fir d'Leit souzesoen als Affekot vun de Bierger oder als Volksanwalt, wéi en a Spuenien an an Eisträich heescht.

E Médiateur ass net kompetent, fir a Sträitfäll zwëschen Fonctionnaires an Administratiounen ze intervenéieren. Dat ass beim Ombudsmann de Fall. De Médiateur intervenéiert op speziell a perséinlech Ufro vun engem Bierger. Hie ka sech also net selwer befaasse mat enger Administratioun, déi net richtig fonctionnéiert. Eise Médiateur huet keen Droit d'autosaisine, och wa mer wëssen, dass hien iwwer eist Gesetz, par personne interposée, iwwer en Deputéierten dese Manktum kompenséiere kann.

Eng Ombudsperson an de skandinavesche Länner kann - an ech mengen, dat ass e groussen Ennerscheid par rapport zu eisem Gesetz - en Avis ginn iwwer eng Gerichtsentscheidung a kann an enger Affär enquétieren, déi gläich-

zäiteg och vun engem Tribunal traitéiert gëtt, wat bei eisem Médiateur onvirstellbar ass.

Wat ass dann elo genee déi Aarbecht, déi den Här Fischbach ënnert dem Numm vum Médiateur respektiv vum Ombudsmann mécht? Ass hien dat eent oder ass hien dat anert? Den Numm ass a sech relativ irrelevant, méi wéi eng Spillerei. Mä et muss ee wëssen, dass deen Numm, deen am Gesetz stoung, e Médiateur heescht, dass dat en Titel ass, deen handelt vun der Médiatioun.

Wat ass d'Médiatioun? Dat ass e Moyaen alternatif de résolution des conflits (MARC), an ech géif lech bieden lech dee Begrëff ze mierken, well mir bräichten deen no deenen Erfahrungen, déi mer elo mam Médiateur respektiv mam Ombudsmann hunn, sécherlech och nach op anere Plazen.

E Moyaen alternatif de résolution des conflits, dat ass engersäits d'Médiatioun, mä net nëmmer. Dat ass och Conciliatioun, Transactioun, Négociatioun, Arbitrage, an et kéint een och nach soe Verhandlung a Strof-saachen an Ähnlechens.

Mat Médiatioun kann een op eng Léisung vun engem Konflikt hischaffen. Mä net nëmmer. Eng Médiatioun am Sens strict du terme hëlleft och, an dat ass dat Interessant derbäi, Konflikter ze prévenéieren.

D'Kritäre vun der Médiatioun si ganz spezieller. Et muss een ëmmer, wann zwou Parteien e Problem hunn, wéinstens zu dräi si mat engem neutralen Drëtten. Deen neutralen Drëtten, dee Médiateur ass, muss komplett onofhängech an neutral sinn. Déi Kritären si bei eisem Médiateur erfüllt. Ee Médiateur därerf och kee Pouvoir de décision hunn. Och dat stëmmt bei eisem Médiateur, esou wéi och d'Confidentialité vun der Aktioun. Mä da kënn, dass eng Médiatioun e Processus propre soll hunn, deen an der Médiatioun soll ugewannt ginn. Bei eis ass dat Element an der Praxis net erëmfannen.

De Médiateur bei eis fonctionnéiert also no véier Kritäre vun der Médiatioun vun deene fénnef, déi an der Médiatioun existéieren, mä dee Kritär vum Processus propre ass sécherlech net erfüllt. Dat ergëtt sech engersäits aus senger Aarbechtsweis an anerersäits och aus der Kompositioun vu senger Equipe.

Et ass kloer - an de Xavier Bettel huet et ugeschwat an aneren Termen, déi net onbedéngt mam Begrëff eppes ze dinn hunn -, dass eng pluridisziplinär Approche zu de Problemer, déi him ënnerbreit ginn, sécherlech géif dozou bäidroen, dass seng Aktiounen a seng Resultater net onbedéngt méi wäit géife goen, mä besser verstane géife ginn.

Ech hu gëschter déi Artikelen nogelies, déi an der Press iwwert d'Fall vum Médiateur publizéiert gi sinn. A wéi bei de Recommandatiounen muss ee sech heiansdo ganz staark konzentréieren, well ganz vill Juristerei an deene Schrëften ass.

De Médiateur schafft haaptsächlech schrëftlech, während bei enger richteger Médiatioun normalerweis probéiert gëtt d'Leit un een Dësch ze setzen an als neutralen Drëtten ze probieren, déi Leit an där Problematik, déi se hunn, selwer dozou ze bréngen, Léisunge fir hir Problemer ze fannen. Dat ass eng passiv Haltung vun deem Drëtten.

De Médiateur an deem Fall kritt vun eisem Gesetz a vun de Kommentare vum Gesetz souzesoen d'Mission, fir méi aktiv Propositionen ze maachen, fir zu engem Resultat ze kommen. Dat féiert natierlech zu engem Prozess, dee vill méi effikass gëtt wéi wann d'Leit selwer sech müssen de Kapp zerbriechen, wéi se kéinte mat hirem Problem eens ginn. Dat géif méi laang daueren, wéi wann de Médiateur Propositionen bei Hand huet, déi d'Leit kënnen unhuele wéi hir egen.

Et bleift awer, dass am Fong bei där Manéier fir ze schaffen eppes verluer geet, an zwar déi Fonction vum Lien social, deen ouni Zweifel duerch d'Resultater erreicht gëtt, mä duerch déi Manéier, wéi déi Resultater zustane kommen, sécherlech net.

Zum Beispill iergeren ech mech heiansdo iwwer Klenggekeiten. Wéi zum Beispill d'Tatsaach, dass ech heiansdo mol vergiessen, während enger Woch meng Steueravancen op den Dag genee ze bezuelen, well ech fort war, a se da bezuele mat där nächster Avance zesammen. Dat empëchéiert net, dass ech dann eng Woch duerno vun der Steierverwaltung geschriwwen kréien, ech misst elo Zënse bezuelen op deem Montant, deen ech eng Woch ze spéit bezuelt hunn, ouni awer drun ze denken, déi ze kompenséiere mat deenen Zënse, déi ech normalerweis

zegutt hätt, wann ech meng Avancen am Virus bezuelen. Esou e Fall wéi vill anerer sinn eng Saach vu Versteesdemech oder Kommunikation. Da géif ee kënne probéieren, direkt ze communicéieren.

Ech sinn iwwerzeugt, dass wann een de Médiateur géif befaassen, géif hien och op seng Manéier eng Léisung kënnen do fannen. Mä eigentlech geet et net nëmme dorëm, dass d'Resultat geännert gëtt. Eigentlech geet et dorëm, dass deejéinegen, dee mat an deem Konflikt oder an där Schwierigkeet dran ass, agesäit, dass een esou net soll mat Leit ëmgoen, dass een am Gespréich zesumme mat Mëttelsmann probéiert drunzuegoen, dass een d'Leit net anescht an der Administratioun behandelt, wéi een an engem Privatbetrieb ee Client géif behandelen.

Ech mengen, da si mer och schonn um Kärstéck vun de Resultater, déi aus de Richter ervirkommen. Ganz oft ass et den Accueil oder de Versteesdemech, den Umgang an eise Verwaltungen, deen ze wënschen iwwreg léisst. Et ass d'Haltung, déi wichteg ass, an et ass eben déi Haltung, déi sech - fäerten ech - an den Administratiounen net ännert, wann de Médiateur net probéiert dee Versteesdemech oder dat Emfanne vun de Bierger oder vun den Administréeren eriwuerzereien.

Et wier eng ganz aner Saach, wann een als Betroffene selwer kéint mat de Leit aus de Verwaltungen a mat engem neutralen Drëtten zesumme kommen, fir ze probéieren e Problem aus der Siicht vum Betroffenen ze gesinn.

Vläicht ass dat ee vun de Punkten, déi beim Médiateur, wéi en an eise Gesetz steet, net zefridde stellend behandelt ginn, well dee Lien social, dat heescht d'Versteesdemech net onbedéngt eriwuerzereien.

Dat ännert fir d'Leit net d'Welt. Dat ännert awer an der Konzeption vun de Beamten, mat deenen e verhandelt, sécherlech eppes. Duerfir géif ech et perséinlech begréissen, dass Dir, Här Médiateur, bei Saachen, déi récurrent erëmkommen, géift probéieren, geleeëntlech mat de Leit un engem Dësch zesumme ze schwätzen, fir dat Versteesdemech vum Administrateur par rapport zum Administré eribäueren.

Da komme mer zu de Kompetenzen. D'Kompetenzen am Projet de loi vum 3. September 2003 ware relativ knappes bemoss par rapport zu deenen, déi ech a menger Proposition de loi zur Ombudsperson kritt hunn. Mä seht und schreift, déi Kompetenz sinn net am Kader vun dësem Gesetz, mä am Kader vun engem anere Gesetz ausgeweit ginn - dat ass schonn hei uegklongen -: de Projet 5849, d'Convention contre la torture et autres peines ou traitements inhumains ou cruels vun der UNO, déi 2002 ënnerzeechent ginn ass.

Bref, de Médiateur, gëtt dësem Gesetz no mat der externer Kontroll vun de Prisonge souwéi vum Centre de rétention chargéiert - dat ass bis elo nach net uegklongen -, a vum Centre neuropsychiatrique.

Dat si Mënscherechter, Dir Dammen an Dir Hären. An dat si Kompetenze vun engem Ombudsmann respektiv vun enger Ombudsperson. Duerfir gëtt déi Diskussioun, déi elo hei uegefouert ginn ass vu mengem Virriedner an och vum Rapporteur, am Fong duerch d'Praxis net méi einfach. Sou dass, wann ech mir oder him d'Fro stellen, wat mer dann elo hu mat der Roll vum Här Fischbach, e Médiateur oder eng Ombudsperson, ee soe kann: Mir hunn e bësse vun deem engen an e bësse vun deem aneren.

Vläicht kéint de Kompromëss dra bestoen andeem ee géif vun haut un déi Aarbecht an déi Roll, déi do gespillt gëtt, Ombudsmédiateur nennen. Well ganz oft ginn op institutionelle Plazen déi zwee Begrëffer matenee kombinéiert, well se ganz oft eppes vun deem engen a vun deem aneren hunn.

Eise Médiateur huet ouni Zweifel d'Pouvoir vun engem Ombudsmann iwwert de Wee vun de Mënscherechter. Ech begréissen dat formell. Well besonnesch déi Randgruppe vun der Gesellschaft - wéi d'Asylanten, wéi d'Prisonnéier, wéi déi Leit, déi internéiert sinn aus gesondheetleche Grënn - Leit sinn, bei deenen d'Mënscherechter riskéieren am meeschten ze leiden.

Wa mer wëssen, dass de Médiateur elo schonns 46 Reklamatiounen vu Prisonnéier entgéintgehoill huet, dass hien eng komplett Reorganisatioun vun eise System pénéntiaire a ganz punktuell Reforme freet, wéi zum Beispill déi iwwert den Droit de vote vun de Prisonnéier, déi eng Verfassungsännerung virusetzt an eng Ofännerung vum Wahlgesez, da wësse mer, dass do eng Lawin lassgetrueden ass, wou d'Enn nach net ofzugesinn ass.

De Statut vum Juge d'instruction ass och indirekt ugeschwat duerch déi Tatsaach, dass eis Procédures d'instruction ze vill laang daueren. Och d'Introduction vum Juge de l'application des peines ass e waarmt Eisen, wat zu Lëtzebuerg bis elo nach keen opgeworf huet, wat ouni Zweifel derwäert ass diskutéiert ze ginn, well et géif erlaben och d'Exekutioun vun de Peinë kontradiktorech ze diskutéieren, Recoursen anzerechen an och ze kucken, dass deejéinegen, dee bestrooft gëtt, wierklech gehéiert gëtt, wann et ëm d'Exekutioun vun hirer Strof geet. Well dat ass jo am Fong dat Frustrantst. Net nëmme muss hien eng Strof ofsätzen, mä ëmmer dann, wann iergendee Problem an der Exekutioun virkënn, gëtt zwar iwwer säi Problem diskutéiert, mä net a senger Presenz. Eigentlech ass dat net annehmbar.

Ech géif am Fong deene Suggestioun vum Médiateur nach wëllen eppes dropsetzen, an zwar eng Charte des droits des détenus. Eppes, wat mer zu Lëtzebuerg nach net hunn a wat absolut noutwendeg wier. Ech hoffen, dass och dee Punkt mat kann op de Wee geholl ginn.

Wou si mer dru mat der Zäit?

» M. le Président. - Dir hutt nach Zäit.

» Mme Lydie Err (LSAP). - Jo, mä et kéint nach en Zweeten.

» M. le Président. - Jo, mä Dir hutt nach 30 Minuten.

» Mme Lydie Err (LSAP). - D'accord. Dann e bësse manner kuerz.

Zum éischte Rapport; während véier Joer Praxissinn. Dee beweist eis och d'Zifferen. Dee beweist och, wat fir eng Administratiounen, wat fir eng Institutionen am Stat am meeschte betraff sinn. Et ass ganz kloer, dass, wat de Stat ubelaangt, d'Fiskaliteit, d'Immigratioun, d'Justiz an de Logement un der Spëtz sinn. Wat d'Gemengen ueget: Urbanismus, dat wonnert och keen. A wat d'Établissements publics ubelaangt: d'Sécurité sociale, d'ADEM, d'Kannergeld, d'Krankeess an de Fonds national de Solidarité. Déi stinn un der Spëtz.

Ech wëll lech direkt soen, dass ech et ganz wichteg fannen, wat zu deene leschte Recommandatiounen ze soen ass. Mä doriwwer wäert mä Fraktiounskolleeg, de Romain Schneider, schwätzen.

D'Problèmes généralisés ou récurrents sinn ugeschriwwen ginn a sinn och schonn hei ugeschwat ginn.

D'Formation à l'accueil. Dat ass e récurrent Problem, dee mer an eise Verwaltungen hunn. Eng Administratioun um Téléphone ze errechen ass heiansdo eng Performance. Et wier eigentlech normal, dass awer do wéi an engem normale Betrib Stonne géife festgesat ginn, wou ee wierklech kann un e responsabele Gestionnaire komme respektiv eng Mailadress oder eng Faxnummer, wou ee ka kommunizéieren ouni musse stonnelaang um Téléphone ze hänken. Dat ass eng Zoomuddung an ass an engem demokratesche Stat eigentlech net méi akzeptabel.

Et kéint een natierlech och iwwer e Bureau d'accueil, wéi et elo vill an de Gemenge fonctionnéiert, beim Stat nodenken, och wa mer wëssen, dass d'Äntwerten op déi Froen do schwierig sinn. Mä Délaien, déi contraignant wieren, dat wier de Minimum, deen ee misst maachen, fir d'Leit e bësse méi zefridden ze stellen.

Och ee Guide des bonnes pratiques, deen et an anere Länner an an aneren Administratiounen gëtt, wier eng gutt Saach. Den Haaptproblem ass deen, dass mer zu Lëtzebuerg, an zwar net nëmme an den Administratiounen, mä en général, keng Culture d'évaluation externe hunn. Heiansdo gëtt et eng Administratioun, déi sech fräiwëlleg enger Evaluatioun ënnerzeit, mä ee vu mengem Fraktiounskolleegen, dee laang an der Regierung war, sot ëmmer: So mir, wien den Expert chargéiert huet, an da soen ech Dir, wat herno erauskënn.

Esou kann et natierlech net sinn. Duerfir denken ech, dass mer misste kucken an eise Stat eng Evaluatiounscellule ze kréien,...

(Interruption)

Du waars et net, Alex.

...fir generell déi Administratiounen, wou Problemer sinn, ze expertiséieren, d'Saache virzeschloe fir eng Verbesserung an dann eben och regelméisseg ze kucken, ob déi Verbesserungen, déi virgeschloe gi sinn, och ëmgesat ginn. Well mir hunn zu Lëtze-

buerg och keng Evaluatioun iwwer eis Gesetzer. Ausnahmsweis gëtt et eng Evaluation externe, déi natierlech en Heede Geld kascht huet, iwwert d'Gesetz iwwert d'Violence domestique. Do stoungen herno Konklusiounen dran, wat ee misst an eise Gesetz änneren. Mä déi Evaluatioun läit schonn dräi Joer um Dësch an et huet nach ëmmer näischt geännert.

Duerfir bréngt et näischt, nëmme ze evaluéieren. Mir mussen evaluéieren enger-säits. Mir mussen en Échéancier opstelle vun deene Saachen, déi an de Konklusiounen vun der Evaluatioun drastinn. A mir mussen eis selwer an d'Flicht huelen, och déi Saachen herno ëmzesetzen.

Munches, wat ech elo wollt soen, ass scho vu mengem Virriedner gesot ginn, esou dass ech nach ganz kuerz zu e puer Recommandatiounen wëll iwwergoen.

Éischstens, d'Procédure de déclaration de naissance misst geännert ginn, well do Saachen eragedicht gi sinn, déi eigentlech net am Text stinn an déi souwisou inapplicabel wieren, wann eng Naissance net doheem an net mat engem Gynäkolog oder mat enger Hiewann kënn. Et ass also kloer, dass mer mussen deen Artikel do änneren.

Den Droit de vote vun deene Leit, déi am Prisong sätzen, hunn ech schonn ernimmt. Ech mengen, dass et ganz wichteg ass, och déi Rechter ze wahre vun deene Leit, déi schonn dem Haaptrecht, dat heescht dem Recht op eng - wéi soll ech soen - Bewegungsfreiheet, enthuwe sinn, dass een déi weinstens hirer Dignité humaine an hirem Wahlrecht net muttwëlleg enthieft.

D'Lenteure vun der Instructioun sinn ugeschwat ginn. Ech perséinlech muss soen, dass ech kee Problem domadder hat, dass d'Affär vum Fokker 50 mentionnéiert ginn ass. Well dat ass keng Amëschung an d'Justiz, dat ass am Fong just d'Zitatioun vun engem Beispill, wat illustréiere soll, dass eis Instructiounen ze lues sinn. Vum Prinzip hier ka sécherlech kee Mënsch heibannen oder dobaussen dat contestéieren. Wann een dat einfach an d'Welt setzt ouni e Beispill ze soen, dann ass et vläicht net esou kloer, wéi dat hei de Fall ass. Esou muss een oppassen, dass een net Saachen um Fong mat formellen Aspekter vermëscht.

Wat vill méi wichteg ass, dat ass, dass de Médiateur Saache festgestallt huet, wou mir mat eiser Législatioun net konform sinn zu der Europäescher Konventioun vun de Mënscherechter, eng Ursaach, fir sech ze schumen. De Fait, dass mir esou laang Prozeduren hunn, dass mir esou laang Énnersuchungshaft hu fir Leit, déi hir Fräiheet scho provisoersch net méi hunn, do muss ee wierklech kucken, dass een dem Usproch vun enger moderner Demokratie gerecht gëtt, mä och dass een déi Institutionen, déi ee sech selwer ginn huet, an déi Aarbecht, déi déi dozou bäidroen, wierklech dann och respektéiert.

Well et geet net duer, dass mir hei soen: Jo, et sinn elo hei gutt Saache proposéiert ginn, et ass genial, dass mir dat gemaach hunn. Et déngt nëmme eppes, wann all dat, wat gesot ginn ass a wou mir all hannedru stinn, och ëmgesat gëtt. Dat ass de Moment nach net de Fall, och wann ee muss soen, dass viles schonn an d'Rei gaangen ass an dass een dat och nëmme ka begréissen.

E Punkt, wou mir net an Aklang si mat der Europäescher Konventioun vun de Mënscherechter, dat ass den Accouchement anonyme. Do ass eng Situatioun, wou am Fong de Wonsch vun der Mamm, déi hiert Kand net wëllt halen, wat se op d'Welt setzt, an de Wonsch vun der Kand, wat der Kannerkonventioun no d'Recht huet ze wëssen, wou et hierkënn, openeestoussen. Wa mir an esou enger Situatioun sinn, da musse mer kucken, dass mer mat där europäescher Jurisprudenz, déi mir elo hunn, an Aklang sinn, an da musse mer déi zwee Rechter, déi openeestoussen, op eng Wo leeën a kucken, wat fir eent méi wichteg ass.

Ech hu keng Hésitatioun fir ze soen, dass an deem Fall den Intérêt supérieur vum Kand misst iwwert den och logeschen Intérêt vun der Mamm, fir anonym ze bleiwen, iwwerweien, well wéi Kanner sollen eens ginn, wa si sech hiert Liewe laang mussen d'Fro stellen, wou si hierkommen, ouni dass si dorop kënnen eng Äntwert kréien, ass sécherlech méi schwierig, wéi déi Situatioun mat där eng Mamm, déi accouchéiert huet, obscho se d'Kand net selwer wollt grousszillen, ka konfrontéiert ginn.

D'Indépendance vun den Experts judiciaires ass ugeschwat ginn an enger Recommandatioun 28. Vläicht misst ee sech do effektiv Prozeduren afale loosse, déi net nëmme - loosse mer soen - méi schaarf ginn, wat d'Presenz vun engem

Expert op enger Lëscht ueget, awer och Prozeduren, wéi een esou en Expert, deen net zefridde stellend schafft, erëm vun esou enger Lëscht erofkritt.

Ech mengen och, dass eng Assermentatioun an e Cours de déontologie fir Experte gutt Déngschter kéinte leeschten, an an där Hisiicht ass och déi Recommandatioun ouni Zweifel eng wichteg.

Ech kommen awer dann zu där wichtigster Recommandatioun, déi iwwert de Conseil supérieur de la Justice, an dozou wollt ech e puer Saache soen, obschonn der hei schonn uegklonge sinn, iwwert wéi en ëmmer hei genannt gëtt. Ech géif fannen, dass „Conseil national de la Justice“ besser géif klängen. Well mir bis elo kee Conseil tout court hunn, gesinn ech net an, firwat et elo soll „supérieur“ sinn.

Wa mer wëssen, dass immens vill Plainten iwwert d'Justiz beim Médiateur ukomm sinn. Wa mer wëssen, dass mer hei zu Lëtzebuerg keen Organ hunn, wat sech an aller Onofhängegkeet mat Problemer iwwert d'Justice auserneesetzt. Wa mer wëssen, dass dem Médiateur seng Rotschléi net ëmmer duergi fir Mësständ ze änneren, well seng Rotschléi net ëmgesat ginn, da mengen ech musse mer eis dozou oppappen, e Conseil national de la Justice ze schafen.

Éischstens ass et net normal, dass 2004 120 Affäre vu Wirtschafts- a Finanzkriminalitéit verjähre gelooss gi sinn. Et ass och net normal, dass ëmmer méi Affären op d'Gericht kommen, well ëmmer méi Assurancen eng Assurance recours virgesinn, ouni dass d'Gerichter proportionnel verstärkt ginn. Et ass och net normal, dass et d'Assistance gratuite fir d'Affekte gëtt, mä dass op Alternativen zu enger Fräiheitsstrof oder zu enger Geldstrof, wéi zum Beispill Travaux dans l'intérêt général, net genuch zréckgegraff gëtt.

Dat ass och de Fall fir d'Médiation pénale, déi onbedéngt misst reforméiert ginn. Mir gesi wéi vill Affären iwwer Médiatioun traitéiert ginn, déi net op d'Gerichter ginn an doduerch eis Riichter entlaaschten. Et ass evident, wann eist Gesetz iwwert d'Médiation pénale besser wier, dass dee Stau, dee mer op eise Stroferichter hunn, och kéint erofgedréckt ginn. Dat ass am Intérêt net nëmme vun der Justiz, mä och am Intérêt vun de Justiciablen. Duerfir denken ech misste mer onbedingt eist Gesetz iwwer Médiation pénale ëmänneren.

D'Proximitéit an d'Rapidité, de Fait, dass Médiation manner kascht wéi e Prozess, alles dat sinn Ursaachen déi erklären, dass d'Médiatioun, iwwregens net nëmme am Stroferäich verbessert an ausgebaut misst ginn.

Wéi soll dee Conseil national de la Justice ausgesinn? - Ech schwätzen elo am Numm vu menger Fraktioun, well d'Chamberskommissioun sech net esou wäit an Detailler ausgedréckt huet.

Et muss vu vir era kloer sinn, dass net kann un der Onofhängegkeet vum Drëtte Pouvoir geréckelt ginn. Et ass och kloer, dass dee Conseil national de la Justice sech misst kënnen autosaiséiere vun alle Froen, déi mat dem Fonctionnement vun eiser Justiz ze dinn hunn, well eng onofhängeg Justiz ass net nëmme eng Saach vum Prinzip an enger Demokratie, mä och eng Fro, déi mat der Gläichheet vun de Bierger virum Gesetz a virum de Gerichter ze dinn huet. Et ass also äusserst wichteg, dass dat respektéiert gëtt.

Et ass och esou, dass den CNJ muss kënnen Avisé ginn iwwert alles, wat de Rekrutement, d'Promotiounen, d'Formatioun, d'Discipline an d'Déontologie an esou weider ubelaangt.

Da komme mer zu der Kompositioun, an do gëtt et manner evident. Ech hunn d'Propositionen vum Médiateur mat engem Grupp vu Juristen diskutéiert, an zwar engem Grupp, wou Juristen aus der Fonction publique, vum Barreau, vum Parquet a vun de Gericher derbäi waren. Eppes, wat do kloer ze si schéngt, dat ass, dass den CNJ vun de Riichter selwer nëmme dann akzeptéiert gëtt, wann an deem Conseil eng Majoritéit vu Riichter dran ass.

Et ass och ganz wichteg fir d'Magistraten - well déi musse finalement deen CNJ fonc-

tionnéieren doen -, dass déi Leit, déi Memberen an den CNJ nenne kënnen, keng Politique politicienne domat maachen.

Et wier schwierig, wann d'Chamber den CNJ géif ernennen. Et kéint ee sech awer virstellen, dass de Barreau seng Leit géif nennen, wat déi parteipolitesch Onofhängegkeet géif garantéieren - och wann net eng Konditioun ka sinn, dass een net därerf an enger Partei sinn, fir an dee Conseil eranzekommen.

D'Commission consultative des droits de l'Homme kéint och als Propositionsorgan a Fro kommen. Ech bieden elo den Här Paul-Henri Meyers em seng geschätzten Opmierksamkeet: D'Membere vum CNJ kéinten och vum Grand-Duc genannt ginn - wéi de Médiateur selwer -, op Proposition vum enger Lëscht, déi an der Chamber just enregistriert ginn. Esou wier kee Problem wat d'Gewaltentrennung ugeet.

Et ass evident, dass et wichteg ass, wien den CNJ géif presidéieren. A verschiddene Länner ass dat de Chef d'État, woubäi mir da wëssen, dass et éischter eng Position honorifique ass. Eng aner wichteg Fro ass déi, ob de Justizminister am CNJ soll sinn oder net.

Perséinlech mengen ech, dass et fir d'Akzeptanz besser wier, wann de Justizminister net dra wier.

Wat ass d'Roll vum Parlament bei der Nomination à la majorité, eventuell oder och net? Dat bleift ze fixéieren. Ech wëll - well jo kee mir offhëlt, dass ech ganz onbefaangen an där Fro wier - mech do zréckhalen an eben déi Froen oplossen.

Et bleiwen och nach Froen ze kläre wéi: Wéi laang soll de Mandat vum de Memberen vum CNJ sinn? Solle pensionéiert Riichter an Affekoten derbäi si kënnen? Menger Meenung no ass een eenzege Mandat ëmmer besser als Garant vum der Indépendance, oder wéinstens vum der Apparence vum der Indépendance. Menger Meenung no wiere pensionéiert Juriste gutt an deem Gremium, well si eng grouss Erfahrung a vill Zäit hunn.

Inkompatibilitéite bleiwe festzeleeën. Wa mir keng politesch Nominatiounen wëllen, kann och kee Politiker an den CNJ erakommen. Ech mengen also keng Leit aus der Chamber, keng aus dem Conseil d'État an och net aus der Regierung.

Suppléantéiere wiere gutt, fir dass de Gremium och ka funktionnéieren, wann deen een oder deen aneren empéchéiert ass.

Dat wichtegst vum CNJ si seng Kompetenzen: Gestion budgétaire et administrative a Personalverwaltung.

Et wier sécherlech och gutt, wann den CNJ eng gewëssen Autonomie financière hätt, fir net vum Bon vouloir vum engem Minister ofzehänken. Et kann awer net sinn, dass de Conseil sech géif em d'Gestion journalière, zum Beispill de Park vum den Ordinateuren oder den Ennerhalt vum Gebäi, këmmen.

Wat evident ass, betreffend de Pouvoir disciplinaire vum CNJ - ech sinn an zwou Minutte fäerdeg -, ass, dass déi Plainten, déi beim CNJ erakommen, misste vum engem Conseil de discipline vum exclusiv Magistraten traitéiert ginn, an zwar an éischter Instanz vum dräi an am Appel vu fënnf Riichter. Déi Disziplinorgane wieren och kompetent fir de Greffe an d'Fonctionnaire vum Parquet.

De Rekrutement leeft de Moment anscheinend gutt. D'Promotiounen lafen eenegermoossen, mä komplett ontransparent. Et ass net normal, dass een net weess, no wat fir enge Kritären d'Riichter genannt ginn, well ebe kee Reglement besteet a well eben déi Formatioun an déi Formation continue net dat sinn, wat se solle sinn.

Et ass evident, dass mer e Règlement interne transparent bräichten, an ech mengen och, dass d'Magistratur an d'Justiz drun ze gewannen hätten, wann déi jonk Magistraten e Mentor géife kréien, wann de Mentoring géif agefouert ginn, wat iwwerengs och op anere Plaze vu Virdeel kéint sinn. Dee wier responsabel zesumme mam Ministère fir d'Formation continue an d'Formation initiale. Dann hätte mer e Gremium, dat voll ausbeschäftegt wier.

Ech kommen zum Schluss, dass ass meng Konklusioun, Dir Dammen an Dir Härren: Och d'Menscherechter vum den Erwuesenen - well en Ombudscomité fir d'Rechter vum de Kanner hu mer schonn -, also och d'Gläichheet an d'Netdiskriminatioun misste vum Stat eigentlech gläich behandelt gi wéi d'Mal-administratioun, fir déi mer e Médiateur agesat hunn.

Duerfir ass meng Recommandatioun zum Schluss, lech ze soen, mir sollen den ORK oder besser seng Presidentin an de Centre de l'égalité de traitement, de l'égalité et de la non-discrimination dem Ombudsmédiateur ugliedderen, fir dass si zesumme jiddferree sech kéinten em verschidde Sparte këmmen, wou Diskriminatiounen an Inégalitéte kënnen virkommen. Dat wier éischter eng rationell Démarche, well mer eng Plaz hätten, ee Staff hätten an ee Spezialist jee no Domän, déi kéinten zesummeschaffen an déi natierlech missten dee groussen Avantage hunn, deen eise Médiateur huet, an zwar deen, dass hie keng Instruktioun vu kengem ka kréien iwwert déi Aart a Weis, wéi hie seng Aarbecht ausféiert.

Dat ass eng kapital Dispositioun, déi wahrscheinlich net zoufällig vergiess ginn ass beim ORK an och beim Centre de l'égalité de traitement, déi soumadder am Fong natierlech ni kënnen dee Prestige an déi Effikasitéit vum der Aktioun vum Médiateur kréien. Eigentlech ass dat schued, well d'Menscherechter si menger Meenung no nach méi wichteg wéi d'Rechter vum den Administréierten.

Merci.

» **Plusieurs voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Madame Err. D'Wuert huet elo den honorablen Här Mehlen.

» **M. Robert Mehlen (ADR)** - Merci, Här President. Ech wëll och ufänke mat engem Merci un de Rapporteur, dee sech vill Aarbecht gemaach huet, fir déi ganz vast Problematik an engem dach awer gutt liesbaren Dokument zesummenzefaassen.

Här President, d'Relatioun tëschent Administratioun an Administréiert ass scho problematesch, soulaang et Administratioun gëtt. Ech hunn emol eng Kéier gelies, dass schonn am Altertum ënnert dem Kinnek Hammurabi, dat war am 17. Jorhonnert viru Christus, Revolten ënnert de Leit waren, well d'Administratioun se ze vill gepéngelt huet oder sech net esou vis-à-vis vum hinne beholl huet, wéi d'Leit sech dat gewünscht hätten.

Selbstverständlech ass och dat haut an hei zu Lëtzebuerg e Problem. Vill Leit sinn opbruecht iwwert d'Aart a Weis, wéi si a verschiddenen Affäre vum Stat behandelt ginn, an erwaarde sech zu Recht vum eis, dass mer, esou wäit wéi et méiglech ass, do Remedur schafen.

Dat hei war historesch meeschtens d'Aufgab, eng dankbar Aufgab, vum den Deputéierten, fir sech esou Dossieren unzehuelen, fir ze kucken: Ech këmmere mech em deng Affären a kucken, dass se an d'Rei ginn. Dat war eng dankbar Saach, dat erkläert och vläicht, woufir dat et hei zu Lëtzebuerg e bësse méi laang gedauert huet, bis den Ombudsmann hei eng gesetzlech Basis kriit huet.

Elo war awer virun allem dee System ongerecht an ondemokratesch. Ongerecht, well am Prinzip nëmmen déi, déi déi richteg Relatiounen haten, hir Problemer och geléist kriit hunn. Et war och nach ondemokratesch derbäi, well jo déi, déi an der Majoritéit waren, aner Hiewelen haten, fir Problemer ze léisen, wéi déijéineg, déi an der Opposition waren.

Wichtig ass fir eis, dass jiddferreen, egal wat säin ethnischen, juristeschen oder soziale Status ass, dee gläichen Zougang zu Hëllef huet, wann e Problemer mat der Verwaltung huet. Dat muss och total onofhängeg vum enger Parteikaart sinn, well de Contraire wär Gëft fir eisen demokratesche System.

Här President, mir maachen haut en éischte Bilan a mir formuléieren och Recommandatiounen an deem ganze Kontext vum Rapport vum Ombudsmann.

D'ADR deelt grosso modo d'Meenung, dass d'Schafung vum der Institutioun vum Médiateur hei am Land eng noutwendeg a gutt Saach war. Dat geet aus deene ville Fäll ervir, déi konnten iwwert de Wee vum der Mediatioun geléist ginn. Mir gesinn am Rapport, dass der 180 am ofgelafene Joer konnte ganz a 45 deelweis geléist ginn.

Dat ass an eisen Ae ganz positiv, wann ee bedenkt, wann déi Leit, wann et da méiglech gewiescht wier, iwwert d'Gericht gefuer wären, wéi vill Gerichtsaffären do évitéiert gi sinn a wéi vill Entlaaschtung vum

de Gerichter do geschitt ass; wann een och bedenkt, dass net jiddferree sech en deiere Prozess ka leeschten, och net all Affär vläicht esou eng Envergure huet, dass se en deiere Prozess géif rechtfertegen, da wären déi Leit iergendwéi op hirem Problem sätze bliwwen. Och dat ass en Aspekt vu Gläichbehandlung, a virun allem ass dobäi dee ganz wichtigen Aspekt vum engem enormen Zäitgewinn, wann ee gesäit, wéi laang d'Prozesser kënnen daueren, besonnesch wa se dann och nach an déi zweet oder drëtt Instanz ginn.

Wa mer déi Fäll vum 2006/07 examinéieren, da gesi mer, dass dat, wat de Stat als solch, d'Justiz an d'Steierverwaltungen ubelaangt, 277 Fäll waren. Bei de Gemengen eigentlech nëmmen - ech betounen dat: nëmmen - 114. A bei den Établissements publics - do geet et em d'Arbeitsamt, Emploi, Sécurité sociale, Fonds national de Solidarité a Caisse nationale des Prestations familiales -, do sinn et der 264. Mir gesinn also, dass de Gros vum de Fäll beim Stat oder bei staatlechen Administratiounen läit.

Ech wollt e puer vum deenen Aktiounsfelder, déi hei belicht si ginn am Rapport, e bëssen och aus eiser Siicht belichten. Fir d'alleréischte - an ech mengen, dass ass dat, wat de Leit mat am meeschten uewe läit - de villfach schlechte Fonctionnement vum den Administratiounen. Et geet em d'Errechebarkeit um Téléfon, d'Frëndlechkeet an d'Entgéintkommen, wann een e Problem huet, Äntwerten iwwerhaapt an Äntwerten am Délai op Ufroen. An da kann ee sech jo nëmmen wonneren, wann een héiert, dass et souguer em de Verloscht vum Dossier geet, déi eragereecht si ginn, wat méi wéi déplorabel ass, wann ee weess, wéi vill Aarbecht dodra stécht heiansdo, fir esou Dossieren zesummenzestellen. Dat weist e Manktum u Respekt vum der Verwaltung vis-à-vis vum Bierger.

Do stellt sech natierlech prioritär d'Fro: Wéi kënt een deem bäi?

Et ginn eng Partie Recommandatiounen formuléiert, déi ee kann a muss ënnestätzen. Ech zielen der e puer op, e puer nätzlech Ureegungen:

- Datt an all Dossier den Numm an den direkten Telefonsnummer vum deem Beamten, dee fir den Dossier zoustänneg ass, soll mat kommunizéiert ginn;

- dass an all Verwaltung fest Plagë vu Stonne sollen agefouert ginn, wéini déi Leit errechebar sinn; dass se dann och wierklech errechebar sinn, soit um Téléfon, soit direkt, wann een dohinner geet;

- e Bureau d'accueil centralisé, wou de Bierger, deen eng Demande oder eng Démarche wëllt maachen, eng Berodung kriit, fir dass hie sech korrekt uelet, kee Feeler mécht a senger Démarche a fir dass hien och weess, u wien hie sech do ze wenden huet;

- en Audit externe, fir déi Verwaltungen a Services ze detektéieren, déi einfach ze laang Délaien hunn, wou mat deenen Audite selbstverständlech Ursachefuerschung bedriwwen gëtt a wou sech aus där Ursachefuerschung dann och déi néideg Mesuren dégageieren, déi ee muss aféieren, fir kënnen Remedur ze schafen;

- Ausaarbechtung vum engem Guide des meilleures pratiques, déi dann natierlech och iwwerall applizéiert musse ginn.

Mä den Akzent soll leien op dem Sens des relations humaines. Dat heescht, de Bierger muss wéi am Privatsecteur gesi ginn als Client an net als lästige Bittsteller. Et kënt ee sech net virstellen, dass een am Privatsecteur bei enger Firma urift an eng Commande wëllt opginn an dass een do onfrëndlech géif behandelt ginn oder dass iwwerhaapt kee géif ophiewen. Dat kënnen mer eis iwwerhaapt net virstellen.

(**Interruption**)

An esou misst och d'öffentlech Verwaltung fonctionnéieren. Dat ass en allgemenge Problem vum Service public, net iwwerall - Gott sei dank -, awer op ville Plazen.

D'Fro, déi sech stellt, ass: Huet d'Regierung, huet den eenzelne Minister en Afloss dorop?

Mir hu viru Joren Debatten hei gehat. Deemools huet de Minister vum der Fonction publique, den Här Fischbach, mer geäntwert, dass wär alles en eise Gesetzer an eise Reglementer enthalen. D'Regierung misst just de Courage hunn, fir déi ze applizéieren. Net laang duerno hate mer e ganz passionéierten an interessanten Débat hei, den 2.4.1998. Do huet eisen Här Statsminister sech wierklech ganz batter heiriwwer beklot, dass hie keng Emprise op Leit hätt a sengen eegene Ministèren, déi einfach net esou wëlte schaffen, wéi hien et gären hätt. Dat heescht, do hu mer vum zwee Re-

gierungsmemberen aus där Epoch zwou diamétral géintiwergesate Meenunge gehat.

Et war dat eng ganz passionéiert Debatt iwwer e Statut vum Fonctionnaire oder Beamten. E Statut, deen hie soll virun Abusen an Iwwergrëff vum der Politik schützen op där enger Säit. E Statut, deen awer och net därerf derzou méssbraucht ginn, fir egal wat därerf oder net därerf ze maachen.

Den Här Statsminister Juncker - an et ass net fir d'éischt, wou ech et hei soen - huet deemools als Regierungschef ganz kloer e Ministergesetz gefuerdert, wou ganz kloer d'Kompetenze vum Minister vis-à-vis vum senger Beamte vu sengem Ministère, vu senger Verwaltung geife festgeschriwwen ginn, fir dass de Minister net ëmmer dosteet als deen, dee muss d'Strech astiechen an dee leschtenen awer näischt ka maachen.

Här President, mir stellen alt erëm eng Kéier fest, an och mat deem groussen Usaz an der leschter Regierung fir eng Réforme administrative anzeféieren, wou besser Organisationsstrukturen an der Fonction publique an an de Verwaltungen sollten agefouert ginn, dass bis haut praktesch näischt geschitt ass an dass jiddefalls dat Ministergesetz ëmmer nach op sech waarde léisst.

Och an deem Beräich ass d'Politik gefuerdert, well déi schéinste Gesetzer a schéinste Reglementer kënnen näischt hëllefen, wa mer et net fäerdeg bréngen, un d'Spëtze vum de Verwaltungen a vum de Ministère Leit ze setzen, déi virun allem duerch hir Kompetenz an duerch hiren Engagement ervirstiechen, an net wou en Automatismus vläicht en Avancement generéiert, deen ënner Ëmstänn net ganz glécklech ass. Oder wat nach vill méi schlëmm ass, wann d'Faarf vum der Nues fir d'Nominatioun ausschlaggebend ass. Da brauch ee sech net ze wonneren, wann déi falsch Leit un der Spëtze vum de Verwaltungen sinn a wann et dann och net esou fonctionnéiert, wéi et soll sinn.

En anere Punkt, deen ugeschnidde ginn ass, ass de Manktum u Personal, nottamment bei der Kannergeldkeess, also den Allocations familiales, der TVA, dem Logement, beim Arbeitsamt. Mir kennen alleguer déi Problemer. Mir wëssen, dass sech dobausse vill doriwwer beklot gëtt. Et ass fir eis kloer, och wann d'ADR net onbedéngt déijéineg ass, déi eng Opleeung vum Statsapparat verlaangt, dass, wa Verwaltungen esou vill Aarbecht hunn - an hei gëtt effektiv vum enger chronischer Iwwerlaaschtung vum deene verschiddene Services geschwat -, se dann och mussen dat Personal kréien, wat se brauchen, fir kënnen uerdentlech ze fonctionnéieren. Dat anert ass der Populatioun dobaussen net zoumutbar.

Och mussen déi modern Kommunikatiounsmëttel - d'Informatik - optimal genotzt ginn, fir d'Charge vum der Aarbecht a vum de Paperassen esou wäit wéi méiglech ze reduzéieren. Mä - an do si mir als Législateur gefuerdert, an d'Regierung och - mir mussen d'Gesetzer an d'Reglementer méiglechst kloer an einfach an der Handhabung gestalten, dass mer effektiv mat esou wéineg wéi méiglech Personal auskommen.

En anere Punkt, deen ugeschnidde ginn ass, ass deen vum der Zesummenaarbecht tëschent eenzelne Ministèren a Verwaltungen. Mir stelle mat Satisfaktioun fest, dass d'Regierung dorop reagiert huet, dass emol op d'mannst am Finanzberäich e Projet virläit, deen hoffentlech zum gudden Ofschluss kënt, wou effektiv dann déi Verwaltungen an Zukunft méi enk zesummeschaffen.

Dann - an dat ass jo haut e bëssen de Schwéierpunkt vum der Debatt gewiescht -: d'Justiz, de Justizapparat. Dat ass delikat. Dat wësse mer allguer, well mer alleguer bestréift sinn de Prinzip vum der Séparation des pouvoirs ze respektéieren. D'Politik soll sech net an d'Justiz améschen dann, wann et em d'Affäre geet.

Mä d'Politik ass awer zoustänneg derfir, fir dass d'Justiz fonctionnéiert. An do kann een net aus falscher Zurückhaltung, Bescheidenheet - oder wéi soll ech et nennen? -, aus Angscht déi Demarkatiounslinn do iwwerschneiden, dann et u Courage an un Determinatioun feele loossen, fir déi Défaillancen, déi mer awer alleguer feststellen a bedauern, ofzeschaffen.

Et ass ganz kloer eng Noutwendegkeet, fir am administrative Fonctionnement an och am Behuele vum der Justiz viles ze verbesseren. Et gëtt sech beklot iwwert d'Lenteur procédurale, ënner anerem ass jo deen ee wierklech déplorabele Fall vum Luxair-Accident och elo erëm an der Aktualitéit. Dat ass eigentlech net ze be-

gräifen, wann ee weess, dass de Rapport technique praktesch no sechs Méint vir-louch.

Et gëtt sech scho laang, soulaang wéi ech mech kann zréckerënnere, driwwer geiergert, dass d'Fonction vum Untersuchungsriichter net déi Bedeitung hei hätt, déi se misst hunn. Mir gesinn dat elo emol vum Personellen hier. Duerch virun allem jonk Leit, déi nach keng oder net vill Erfahrung hunn an als Untersuchungsriichter débutéieren, schleefe ganz dacks Dossieren, komme se net richteg vun der Plaz oder et ginn och nach Prozedurfeeler gemaach. Et wär sech wierklech ze iwwerleeën, dass d'Fonction vum Untersuchungsriichter méi géif opgewäert ginn an dass dat wierklech eng Filière wär, wou dann och virun allem Leit mat laangjähreger Erfahrung hiren Déngscht géife maachen.

►►► **M. le Président.** - Här Mehlen, erlaabt Der eng Zwëschefro vum Här Minister Frieden?

►►► **M. Robert Mehlen (ADR).** - Selbstverständlich.

►►► **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Ech wollt just der Chamber rapelieren, dass mer dat virun e puer Wochen heibanne gemaach hunn. Well ech déi Meenung do deelen, hu mer d'Fonction vum Untersuchungsriichter a senger Carrière gehéicht, esou dass och e Vizepräsident vum Tribunal kann Untersuchungsriichter ginn. Ebe just, well dat Leit si mat méi Erfahrung. Nach mussen déi Leit wëllen déi Fonctioun iwwerhuelen, well et eng ganz schwierig Aufgab ass.

Mä vun der Analys hier deelen ech dat. Duerfir hu mer dat och direkt gemaach.

►►► **M. Robert Mehlen (ADR).** - Très bien. Dann hoffe mer, dass et och gräift, wéi Dir sot. Mä de Problem läit jo do, dass mer bis elo d'Méiglechkeet haben, dass ee vun där enger Säit op déi aner a vun där anerer Säit op déi eng Säit konnt wiesselen. Wann dat net de Fall wär, da géif dee Problem sech wahrscheinlech net stellen.

Dann e Wuert iwwert d'Informations-freedegekeet. Do kann ee sech eigentlech nëmme wonneren. Wann een d'däitsch Televisioun kuckt, da gesäit een, dass an Däitschland d'Justiz e ganz aneren Émgang mat der Informatioun u Bierger an un déi concernéiert Leit huet, wéi dat hei zu Lëtzebuerg ass. Do ass op jidde Fall nach ganz viles ze verbesseren.

D'Exécution des peines. Elo grad ass geschwat gi vum Juge d'application des peines. Dat ass eng Fuerderung, déi eis Partei och scho ganz laang opgestallt huet a wou ze hoffen ass, dass dat méiglechst séier ëmgemat gëtt.

De Moment fokusséiere mer eis jo op d'Schafung vun deem Conseil supérieur de la Justice; wat sécher eng gutt Saach ass. Dat gëtt och vun eis mat ënnerstëtzt. Nach bleift ganz viles am Detail ze diskutieren. Et ass op jidde Fall ze hoffen, dass dat relativ séier virugeet.

Aus der Approche eraus, dass et fir d'Politik jo schrecklech delikat ass, fir sech a verschidde Saachen anzemëschen, d'Politik awer leschtenenns als Sënnebock dosteet, wann et net fonctionnéiert. Duerfir ass et absolut noutwendeg, dass eng Instanz dohinner kënnt, déi awer an absoluter Neutralitéit an Impartialitéit do ass, fir déi Saachen ze riichten, déi net richteg fonctionnéieren.

E Wuert zu de Problemer, déi et am Environnement gëtt. Ganz besonnesch mat den Autorisations de construire en zones vertes. Dat ass e Problem, dee mer elo kierzlech nach diskutéiert hunn, wou den Här Goerens eis rappeléiert huet, dass hien déi lescht Zäit als Environmentsminister vill Zäit domat verbruecht huet, fir just déi Dossieren do ze traitéieren.

Ech liesen am Rapport vum Ombudsmann - et ass jo net nëmme dës Kéier, wou dat zur Sprooch koum -, dass de Minister geäntwert huet, dass et extrem schwéier ass, fir novoll-zéibar Kritäre fir déi Autorisatiounen opzustellen. Mir sinn a bleiwen awer der Meenung, dass een do e maximalen Effort muss maachen, well d'Leit dobausse wierklech d'Gefill hunn, dass se dem absoluten Arbitraire vun enger Partie Leit do ausgeliwert sinn.

Ech verstinn och de Minister, wann dee sech da schwéierdeet, sech heiansdo iwwer Décisiounen oder Recommandatiounen vum senger Beamten ewechzusetzen, mä eng gutt Statsféierung zeechent sech doduerch aus, dass d'Kritären esou prezis wéi méiglech formuléiert sinn, och wann et hei net einfach ass. Mä et kann net sinn, dass an engem Fall een eppes refuséiert kritt, an da gesäit een op eng Kéier,

dass eppes aneschters autoriséiert gëtt, wou jiddere seet: Wéi ass dat doten da méiglech?, well dat stéiert eventuell méi an der Landschaft, wéi dat, wat refuséiert ginn ass.

Här President, ech kéim domat esou lues zur Konkusioun. Mir deelen d'Meenung, dass de Bilan vun der Aktioun Ombudsmann absolut als positiv unzegesinn ass. Hien huet a ganz ville Fäll kënne Hëllef leeschten a ganz vill Fäll hëllef léisen iwwert d'Médiatioun.

E ganz positiven Aspekt ass och, dass mir eng Partie Ureegung regelméisseg kréien a sengem Joresbericht, fir legislativ an administrativ Verbesserungen duerchzuführen. Dat huet de Virdeel, dass déi Recommandatiounen vun enger dach neutraler a pragmatischer Approche hier kommen.

E weideren Avantage ass de béise Fanger, den a ville Fäll gemaach gëtt, dee sech dann och bis leschtenenns bei d'Acteuren an de Verwaltungen néierschleit. Well et huet ee jo och net gär, wann een ëmmer erëm eng Kéier bei den Ouere gezu gëtt.

Mir wëllen duerfir vun der ADR aus dem Ombudsmann a senger Equipe ee Luef fir seng Aarbecht aussprechen. Mir wëssen, dass hien als fréiere Regierungsmember an enger net ganz einfacher Startpositioun war - den Här Bettel hat dat kuerz ugeschidden; e bësse manner diplomatesch, wéi ech dat elo hei maachen -....

►►► **Une voix.** - Oohhhh!

►►► **M. Robert Mehlen (ADR).** - ...ganz besonnesch vis-à-vis vun der Justiz an der Fonctioun publique; wat Ressorte waren, déi hie virun als Minister hat.

Mä hien huet seng Aarbecht a voller Onofhängegkeet gemaach. Och do kann een d'Feststellung maachen, dass eng laang Mandatsdauer an esou engem Fall och vu Virdeel ass, well een effektiv déi lebeoufräiheet huet, déi ee brauch, wann ee wëllt laangfristeg eppes bewegen. Mir droen duerfir d'Motioun an d'Resolutioun mat. Mir ginn eiser Hoffnung hei Ausdrock, dass virun allem d'Asetze vum Conseil supérieur de la Justice ka kuerzzäiteg op de Wee bruecht ginn.

Mir als ADR wëllen an der Reform vun der Justiz nach ee Schrack méi wäit goen. Mir sinn aktuell amgang dorun ze schaffen. Dat betrëfft och d'Organisatioun an de Fonctionnement vum Parquet. Ech hunn elo schon e bësse drop higewisen, wou zum Beispill d'Nominatioun vum Procureur d'État 1991 héich Welle geschloen huet, déi bis hei an d'Parlament eriwergeschwappt sinn.

Här President, mir hoffen ofschléissend, dass d'Regierung och bereet ass, hir Verantwortung ze iwwerhuelen, well wann de Rechtsstat - a virun allem d'Justiz - net richteg fonctionnéiert, dann huet de Bierger kee Vertraue méi an de Stat. Domat gëtt d'Füllelement vum demokratesche Staatswesen ënnergriewen.

Ech soen lech Merci.

►►► **Plusieurs voix.** - Très bien!

►►► **M. le Président.** - Merci, Här Mehlen. Als leschte Riedner ass den honorabelen Här Schneider agedroen. Här Schneider, wann ech gelift.

►►► **M. Romain Schneider (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer och nach e puer Gedanken eriwierzeginn zum Rapport vum Médiateur. Zweek Gedanken, déi virun allem eiser Fraktioun och nach méi no louchen. An et war dat, wat d'Madame Err gesot huet. Et sinn all déi Beräicher, déi d'Sécurité sociale an den Emploi betreffen. Do ass aus deem ganze Rapport d'Linn erausgangen, dass d'Leit virun allem un de Médiateur ginn - et huet een et un den Zuelen, déi hei genannt goufen, och säitens vum Här Bettel, gesinn - an deem Moment, wou et un d'eegent Flesch - elo emol op Lëtzebuergesch gesot - geet, wou et ëm d'Revenuë geet, wou et ëm d'Indemnité geet, déi net oder ze spéit ausbezuel ginn, wou och ganz einfach déi Berodung net klappt.

Hei wëll ech virun allem zwee Beräicher erauspicken. Deen éischten ass dee vun den Invalidepensiounen an deem zweeten ass dee vum Fonctionnement vun der ADEM, wou och nach eng Kéier kuerz wëll drop agoen. Do si selbstverständlich eng ganz Rei vu Froen an der Commission du Travail et de l'Emploi an derniewent och an der Commission de la Santé et de la Sécurité sociale beäntwert ginn. Et sinn och an der Tëschenzäit eng Rei Léisunge fonnt ginn. Do bleiwen awer nach ëmmer eng Rei Punkten op, wou och hautédsdags Leit onzefridde sinn.

Et ass ganz kloer, dass, wann de Moment zum Beispill d'ADEM iwwer 12.000 Leit age-

schriwwen huet, et selbstverständlich déi méi grouss sinn, déi reklaméiere géint Saachen, déi net klappen, wéi déi, deene ka gehollef ginn. Dat ass evident. Dat läit op der Hand. Dat wësse mir och zënter Laangem.

Ech géif also kuerz op déi zwou Recommandatiounen agoen. Déi éischt ass iwwert d'Invalidepensiounen, wou éischters emol de Médiateur zu Recht d'Problematik opgehäit huet, dass deene Leit, déi d'Invalidepensioun entzu kruten, d'Recht geholl gouf, dass se vun der Commission mixte begutacht ginn. Si waren also net méi affiliéiert. Si goufen eben net méi traitéiert, well se keng Affiliatioun méi hate bei de Pensionsversécherungen.

Hei goufen zwou Léisunge fonnt. An enger éischer Phas ass et esou, dass an der Tëschenzäit d'Commission mixte erëm all d'Demanden unhëlt vun dese Persounen, och wa si net an der Sécurité sociale am Lëtzebuerg System gemellt waren. An enger zweeter Phas ass an der Tëschenzäit och d'Gesetz vum 1. Juli 2005 komm, wat esou wäit geännert gouf, dass effektiv och déi Persounen, déi eng Invalidepensioun ofgeholl kruten, kënne vun engem Reclassement externe profitéieren; och wann dat hei selbstverständlich derzou gefouert huet, dass dee sougenannten „strukturelle Chômage“ domat an d'Luucht gaangen ass par rapport zu virun.

Et muss ee sech politesch d'Fro stellen, awéiwäit een dese Gedanken net muss erëmhuelen, well an der Tëschenzäit eng ganz Rei vun deene Leit awer nach net fäeg sinn, um éischten Aarbechtsmaart respektiv um zweeten Aarbechtsmaart ze schaffen. Eigentlech gouf déi Invalidepensioun nëmme erausgelagert an eng aner Verwaltung, esou dass och nach eng Kéier eng Méibelaaschtung op d'Servicer vun der ADEM koum. Hei ass et wichteg nach eng Kéier grondleeënd iwwert déi dote méi restriktiv Approche vun der Unerkennung vun deenen eenzelnen Invalidepensiounen nozedenken.

Dat huet och en anere Problem, dee weider besteet. Et ass dee vun enger Persoun, déi e Reclassement externe huet, där hire Chômage souzesoen dann ofgelaf ass an déi awer nach keng Aarbechtsplaz konnt vermëttelt kréien iwwert de Reclassement externe. Dee Moment kritt se jo déi sougenannten «indemnité d'attente», déi awer net pensionsverséichert ass. Do besteet de Problem, dass déi Pensionsjoren net virulafen, fir spéider och eng flott, eng richteg Pensioun kënne ze kréien.

Hei ass e Problem, deen och vum Médiateur zwar net opgehäit gouf, mä dee mir awer ganz wichteg schéngt an deem Kontext. Deen ass genau sou gutt, wéi dee Problem, deen de Médiateur opgehäit hat an deem mir elo probéieren am Statut unique - deen hoffentlech d'nächst Woch mat breeder Zoustëmmung wäert hei gestëmmt ginn - Rechnung ze droen.

Dat och bei Härtefäll, déi ganz einfach bei der Krankmeldung an enger Referenzperiod vun 104 Wochen 52 Woche Krankmeldungen hunn. Hei wäert de Statut unique virgesinn, dass an extreme Fäll dës Referenzperiod kann adaptéiert ginn. Ech denken hei u Krankmeldungen, duerno Krankheeten, duerno eventuell een Aarbechtsunfall. Dat heiten ass eng gutt Léisung fir Leit, déi effektiv an deenen dote Fäll ënner déi dote Bestëmmunge géife falen. Et wär relativ einfach, wann een d'Referenzperiod vun 104 Woche géif verlängeren an esou extreme Fäll.

Zum Schluss géif ech da virun allem och nach eng Kéier op d'Problematik vun der Recommandatioun agoen, déi de Médiateur gemaach huet am Kader vum Fonctionnement vun der ADEM. Do sinn eng ganz Rei vu Saachen - an ech komme kuerz drop zréck - an der Tëschenzäit geschitt. Et sinn awer och nach eng Rei Saachen an der Schwief a mussen an der Praxis ëmgemat ginn.

Hei hate mir am Virfeld als Kommissioun ee ganz flotten Débat zesumme mat der Verwaltung an dem Médiateur, fir déi eenzel Problemer, déi eenzel Recommandatiounen a virun allem och déi eenzel Kritikpunkten opzegräifen a probéieren ze behandelen.

D'Kritikpunkte vum Médiateur ware ganz einfach op eng Rei Punkten ausgerichtet. Deen éische war dee bei der Luesheet vum Ausbezuele vun deenen eenzelnen Indemnitéiten. Ech denken hei un d'Indemnité de chômage, d'Indemnité de réemploi, och déi vum Apprentissage an déi - wéi schon zitéiert - vun der Indemnité compensatoire beim sougenannten «Reclassement externe». Do ass mat Sécherheet eng Lentere, mä et ass all Kéiers deeselewechte Fléau hannendrun. Et ass deen, dass net genuch Leit do sinn, fir déi Dossieren do ze trai-

téieren; dat fir och deene Leit, déi op hir Sue waarden an déi kee finanziell Lach kënne kréien, esou séier wéi méiglech kënne aus de Bredouillen ze hëlfehen.

Derniewent gouf ëmmer erëm dee personaliséierten Encadrement vun den Demandereuren ugeschwat. Hei huet de Projet 5611 eng gutt Geleeënheet gebueden, fir deem entgéintzewierken. Dat gouf och gemaach. Dee sougenannten «Suivi individualisé» ass um Pabeier an an der Theorie ee ganz flott Evénement, dat och op eenzelne Plaze scho leeft, dat awer muss flächendeckend ausgebaut ginn. Hei ass et wichteg, dass virun allem och Gebailechkeete mussen hierkommen, fir déi Servicer kënne ze leeschten. Derniewent muss och dat néidegt qualifizéiert Personal bei der ADEM agestallt ginn, fir dat doten ze maachen.

Ee vun de Punkten ass jo d'Recommandatioun, fir méi séier an de Prozedure virunzekommen. Et geet drëm en zweeten Aarbechtsdokter anzustellen. Dat ass jo och scho realiséiert ginn. Och d'Recommandatioun vum Médiateur goungen an d'Richtung vun der Qualifikatioun vum Personal. Dat mat enger ganzer Rei vun och wichtege soziale Komponenten, déi déi nei Mat-aarbechter vun der ADEM misste kréien.

Et geet net einfach nëmme duer, dass iwwer Schoulniveau ze maachen, mä et soll een och virun allem d'sozial Komponente beim Accompagnement vun den Demandeuren matspille loosene.

Déi Recommandatioun, op déi ech net esou richteg aginn, ass déi, wou de Médiateur sot, dass hien éischer e Rotatiounssystem geséich ënner deenen eenzelne Mataarbechter. Ech gesinn eigentlech schwéier, wéi dat kéint goen. Eigentlech ass dat nëmme méiglech an engem Service, deem vum Placement, wou een effektiv mat engem Front- a mat engem Backoffice kënnt spillen, wou eng Wiesseluerdung kéint geschéien, fir effektiv deem Burn-out-Phenomeen vun deenen eenzelne Leit entgéintzewierken, déi all Dag konfrontéiert si mat deene sëlliche Problemer a sëlliche Léisunge musse fannen.

Och bei de Patronen ass et wichteg, dass mer gutt Léisunge fonnt hunn, andeem och si mat an d'Boot konnt kommen, fir dee sougenannte Partenariat tëschent Demandeur d'emploi, tëschent Verwaltung a Patronat ze fannen. Och hei ass an der Tëschenzäit eng ganz gutt Kollaboratioun entstanen.

De Problem, deen nach ëmmer net geléist ass, och wann een ëmmer erëm opgehäit gouf, och vum Médiateur an och säitens enger ganzer Rei Lieserbréiwer, déi een ëmmer erëm gesäit, ass dee vun deene sougenannte Bréiwer, déi net ukommen. Et gëtt souguer Reclaméierbréiwer, déi net géifen ukommen. Hei muss ee sech effektiv d'Fro stellen, awéiwäit een ënnerstëtze kann, dass dat richteg leeft.

Ech géif zum Schluss vu menger Ried, Här President - ech mengen, ech hunn nach zwou Minuten - probéieren, dräi Saachen zréckzebehalen.

Déi éischt ass déi, dass een den Aarbechtsminister misst ënnerstëtze bei sengen Démarché beim Finanzminister, fir him dat néidegt Personal zur Verfügung ze stellen, wat jo de Fall ass, mä et mussen elo am Rekrutement och nach déi richteg Leit fonnt ginn. Deen dote Prozess muss virulafen.

Zweetens, et muss schnell weidergoen am Bau vun neie Gebaier. Virun allem hei am Süden zu Esch ass geplangt, op de Frichen en zentraalt, neit Gebai ze maachen. Esou wéi ech héieren hunn, wäerten ab November Container dohinner stoe kommen, mat deenen éischt Besoinë kënne erfëllt ginn. Och dat si Saachen, déi mer musse schnellstens ënnerstëtzen.

Drëtens soll een da wierklech nach eng Kéier nodenken iwwert de Sënn an Onsënn vun deene regelméisseg Suivien all 14 Deeg, déi mat engem gemaach ginn, vun deenen ech mengen, dass ee ganz vill Zäit an Energie kéint an aner Saachen investéieren.

An deem Sënn soen ech lech Merci. Merci och, Här President, fir déi kleng Zäit, déi ech méi geschwat hunn.

Ah, ech hat nach Zäit, gesitt Der!

(Interruption)

Elo hunn ech also nach eng Minutt vu menger Zäit, Här President.

» **M. le Président.** - Dir kënt nach roueg eng Minutt schwätzen.

» **M. Romain Schneider (LSAP).** - Ech kucken, ob ech elo näischt vergiess hunn.

Als Konklusioun mengen ech, ass et ganz evident: Wa méi Leit do sinn, déi musse betreit ginn, brauch een och méi Leit, fir dat ze maachen.

Ech soe Merci fir d'Nolauschteren.

» **M. le Président.** - Merci, Här Schneider. Wëllt d'Regierung der Debatt nach eppes bäifügen?

(Assentiment)

Den Här Minister Frieden freet d'Wuert.

» **M. Luc Frieden, Ministre de la Justice.** - Här President, ech géif gären am Numm vun der Regierung, vun all de Kollegen aus der Regierung soen, dass mer och opgrond vun deem Rapport vum Médiateur an opgrond vun där Debatt vun haut gesinn, dass déi Décisioun richteg war,

datt mer am Joer 2001 e Projet de loi an d'Chamber bruecht hunn, fir esou eng Institutioun vun engem Médiateur anzeféieren.

Mir gesinn och haut, an ech mengen, dat geet och aus der Debatt ervir, dass iwwert déi eenzel Parteien eraus d'Meenung vertruede gëtt, dass d'Aarbecht vum Médiateur a senger Equipe eng gutt Aarbecht ass, an dass eng ganz Rei vu Recommendatioune komm sinn, déi sécherlech derwäert sinn, dass ee sech mat hinnen auserneesetzt.

Dat heescht net, dass ee mat all Recommendatioun onbedéngt d'accord ass. Heiansdo kënt et mer vir, wann een déi Recommendatioune liest an all regroupéiert, dass dat eng Zort neutrale Wahlprogramm ass, deen ee ka während fénnef Joer ëmsetzen.

Ech mengen, dass eng ganz Rei vun deene Remarquen, déi jo d'Resultat si vun Observatioun, déi de Médiateur mécht, wann hie Problemer virgeluecht kritt vu Bierger aus eisem Land, déi se hu mat der Verwaltung, dass hien dann zu enger Konklusioun kënt, déi soll diskutéiert ginn. D'Regierung mengt net, dass déi eenzeg Solutioun ka sinn an deene Recommendatioune, dass einfach proposéiert gëtt, bei alles méi Leit anzestellen.

Et ass esou heiansdo eis Impressioun, dass, wann ee méi Leit brauch, dann ass et gutt, dass een eng Recommendatioun vum Médiateur huet. Ech mengen, et muss een ëmmer fir d'éischt kucken, Betriber ze reorganisieren, fir och op eng spuersam Aart a Weis virzegoen - well et geet jo drëm, dass mer och eise Stat am Grëff behalen, och wat d'öffentlech Finanzen ubelaangt, dat hu mer

déi lescht Jore gemaach -, dass mer also fir d'éischt kucken, wat déi Recommendatioune sinn, déi ee kann ëmsetzen, ouni dass se zu méi Personal an zu méi Käschte féieren.

Grondsätzlech, wéi gesot, menge mer, dass vun deene Recommendatioune, déi komm sinn, der eng ganz Rei derwäert sinn, dass ee se ganz oder zum Deel ëmsetzt. Duerfir mengen ech och, dass déi Diskussiounen, déi déi eenzel parlamentaresch Kommissiounen geféiert hunn, ganz gutt Diskussiounen waren. Dat si jo och Diskussiounen, déi zum Deel net ofgeschloss sinn.

Mir sinn alleguerten an der Regierung der Meenung, dass et gutt ass, dass mer déi Institutioun hunn, dass mer eis solle kontrovers domat auserneesetzen, dass et och net esou soll sinn, dass all Recommendatioun vum Médiateur als eng Kritik un deem engen oder deem anere soll ugesi ginn, mä dass et einfach eng Empfehlung ass, déi et derwäert ass, an engem konstruktive Geescht kënnen diskutéiert ze ginn. Ech muss soen, de Mëtteg huet een dat gespuert hei an der Chamber. Dat ass d'Basis fir eng gutt Aarbecht an der Ëmsetzung vun enger Rei vun deene Recommendatioune.

Duerfir huet d'Regierung och keng weider Observatiounen, weder zu där Motioun nach zu där Resolutioun, déi Dir hei diskutéiert hutt an zur Ofstëmmung haut wëllt bréngen.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann zum Vote iwwert d'Motioun an d'Reso-

lutioun, déi déposéiert gi sinn am Kader vun der Debatt vum Rapporteur.

Motion

Fir d'éischt d'Motioun. Si ass ënnerschriwwen vun alle Fraktiounen, och vun der Sensibilitéit vun der ADR. Da kënnen mer, mengen ech, par main levée ofstëmmen.

(Assentiment)**Vote**

Wien d'accord ass mat där Motioun, ass gebieden, d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Wien ass dergéint?

Ech gesinn, d'Motioun ass à l'unanimité ugeholl ginn.

Résolution

Dann d'Resolutioun. Do ass et datselwecht, si ass ënnerstëtzt vun allen, déi heibanne vertruede sinn. Mir stëmmen of par main levée.

Vote

Wie fir déi Resolutioun ass, ass gebieden, d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Wien ass dergéint?

Och do gesinn ech, dass déi Resolutioun à l'unanimité ugeholl ass.

Dir Dammen an Dir Hären, domat si mer um Enn vun eisen Aarbechte vun haut. Déi nächst Sitzung ass muer de Mëtteg um hallwer dräi.

D'Sitzung ass opgehewen.

(Fin de la séance publique à 18.58 heures)

SÉANCE 34

Mercredi, 23 avril 2008

Présidence: **M. Lucien Weiler, Président**
M. Jos Scheuer, Vice-Président, M. Laurent Mosar, Vice-Président

Sommaire

1. Déclaration sur la politique de coopération et d'action humanitaire présentée par M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire, suivie d'un débat

- *Déclaration: M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire*

- *Débat: Mme Nancy Arendt (dépose une motion), M. Charles Goerens, M. Marc Angel, M. Félix Braz (dépose une motion) M. le Ministre Jean-Louis Schiltz, M. Félix Braz, M. Jacques-Yves Henckes, Mme Lydie Err (à qui répondent M. le Ministre Jean-Louis Schiltz et M. Michel Wolter), M. Jos Scheuer (répondant à M. Charles Goerens), M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire*

- *Motions 1 et 2 modifiée adoptées*

2. Ordre du jour

3. 5516 - Projet de loi

- relatif à la création d'un Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services et à la création d'un cadre général pour la surveillance du marché dans le contexte de la commercialisation des produits,

- modifiant * la loi modifiée du 17 mai 1882 sur les poids et mesures, * la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes et accises, * la loi modifiée du 14 août 2000 relative au commerce électronique, et * la loi du 31 juillet 2006 relative à la sécurité générale des produits, et

- abrogeant la loi du 22 mars 2000 relative à la création d'un Registre national d'accréditation, d'un Conseil national d'accréditation, de certification, de normalisation et de promotion de la qualité et d'un organisme luxembourgeois de normalisation, modifiant la loi du 14 décembre 1967 portant institution d'un poste de Commissaire du Gouvernement, portant création d'un Service de l'énergie de l'État, et concernant l'exploitation des centrales hydro-électriques d'Esch-sur-Sûre et de Rosport

- *Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports: M. John Castegnaro*

- *Discussion générale: M. Marcel Sauber, Mme Colette Flesch, M. Henri Kox, M. Jacques-Yves Henckes, M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, Mme Colette Flesch, M. le Ministre Jeannot Krecké.*

4. 5585 - Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement

- *Rapport de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement: Mme Françoise Hetto-Gaasch*

- *Discussion générale: M. Fernand Etgen (à qui répond M. le Ministre Fernand Boden), Mme Claudia Dall'Agnol, M. Henri Kox, M. Jacques-Yves Henckes, M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Fernand Boden, Mme Marie-Josée Jacobs, MM. Jeannot Krecké et Jean-Louis Schiltz, Ministres.

(Début de la séance publique à 14.34 heures)

» **M. le Président.** - D'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung der Chamber eppes matzedeelen?

(Négation)

Mir kommen dann, Dir Dammen an Dir Hären, direkt zum éischte Punkt vun eisem Ordre du jour vun haut de Mëtteg. Dat ass d'Deklaratioun vum Här Kooperationsminister Jean-Louis Schiltz iwwert d'Entwécklungshëllef. Uschlëssend féiere mer d'Debatt iwwert dës Deklaratioun. Ech ginn elo dem Här Minister Schiltz d'Wuert, fir seng Deklaratioun virzedoen.

1. Déclaration sur la politique de coopération et d'action humanitaire présentée par M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire, suivie d'un débat

» **M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll dës Joer mat engem Zitat ufänken.

«Le puisatier hochait la tête (et disait): si j'avais les financements, je multiplierais les forages et puit, fini les problèmes... Mais le Grand-Duché ne peut tout faire tout seul.

Pour lui faire plaisir et détendre l'atmosphère, je lui donnais raison autant de fois qu'il était nécessaire:

- Vous avez raison, Gilles, le Grand-Duché ne peut pas tout faire.»

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, «le Grand-Duché ne peut pas tout faire»,

dat seet de franséischen Auteur Erik Orsenna a sengem Buch «Madame Bâ», wou hien am Mali an der Géigend vu Kidal gesäit, wat d'Lëtzebuurger Kooperatioun do fäerdeg bruecht huet. Op enger anerer Plaz am Buch gëtt d'Aktioun vu Lëtzebuerg am Mali ausdrécklech ervirgehewen, andeems Lëtzebuerg zu deene gezielt gëtt, «qui peuvent marcher le front haut». Zur gläicher Zäit bemängelt den Auteur, dass déi grouss europäesch Länner net genuch maache fir d'Länner aus dem Süden. Si - déi grouss Länner aus dem Norden - misste sech eigentlech schummen, seet hien.

«Le Grand-Duché ne peut pas tout faire.» Jo, Här President, dat ass richteg. Mir kënnen net alles maachen. Richteg ass awer och, dass mer villes kënnen maachen, an en fait och maachen. Mir maachen dat mat Engagement an Tenacitéit. An och duerchaus mat Resultater, déi sech weise loosse. Positiv Resultater. Mir bewierken esou munches, dat souwuel am Kader vun eiser bilateraler Kooperatioun wéi doriwwer eraus beispillsweis an der Europäescher Unioun an an der UNO. Mir hunn dobäi d'Zil vun der Aarmutsbekämpfung ëmmer fest virun den Aen.

Selbstverständlech gëtt et ëmmer erëm Réckschléi. Selbstverständlech gëtt et och negativ Erfahrungen. Dat ass an der Kooperatioun alt net anescht, wéi an anere Liewensberäicher. Mä et gëtt och Erfolleger - vill Erfolleger - ze verzechnen; där klenger an där grousser, där visibeler an där manner visibeler. Si weisen - dës Erfolleger -, dass et der Méi wäert ass. Duerfir wëll ech och haut zu engem groussen Deel dovunner schwätzen.

Mä fir d'éischt, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, e puer Wuert zum Kontext. Et war am Joer 2000, wou iwwer 180 Stats- a Regierungschefen d'Millenniumsentswécklungsziler definéiert hunn. Vereinfacht gesot

geet et dorëms, bis 2015 d'Aarmut op der Welt ëm d'Halschent no ënnen ze drécken. Anstatt datt bei ronn sechs Milliarde Mënschen, déi haut op eisem Planéit liewen, et der méi wéi eng Milliard ginn, déi mat manner wéi engem Dollar den Dag mussen iwwerliewen, wärend et der dann - wa mer déi Ziler da sollten errechen - nach 500 Milliounen am Joer 2015; an dat nach nëmme bei gläichbleiwender Demographie, wat jo net de Fall ass.

Wëssend, datt et weder moralesch verrietbar nach ekonomesch néideg ass, datt iwwerhaapt nach een eenzege Mënsch op der Welt muss mat manner wéi engem Dollar den Dag iwwerliewen, ass eleng de Fait, datt et hei nëmme drëms geet, fir d'Aarmut ze halbieren, u sech schonn ee Skandal, well et misst eigentlech drëm goen, d'Aarmut ganz an definitiv auszermerzen, esou datt näischt méi géif dovunner iwwreg bleiwen. Näischt hätt verhénnert, datt sech am Joer 2000 dozou engagiert gi wär. Näischt verhénnert am Iwwregen, datt sech haut géif dozou engagiert ginn.

An dach, wann ee kuckt wou mer haut dru sinn, 2008, um hallwee Wee tëschent 2000 an 2015, da gesäit een, datt, wann d'Saachen esou weiderginn an deenen nächste Joren, wéi se bis elo gelaf sinn, mer souguer op ville Plazen dat méi bescheidet Zil vun der Halbierung vun der Aarmut net wäerten errechen.

Dat, Dir Dammen an Dir Hären, ass dat Bild, wat ee gesäit, wann ee sech iwwerflächlech, flüchtig, séier a vu Wäitem un d'Saachen eruntaascht. Wann ee sech awer am Detail, seriö a genau mat de Saachen ausenansetzt, da gëtt dat Bild vill méi en differenziert Bild. E Bild, wat zwar vill net esou positiv Elementer beinhalt, mä awer och e Bild, wou ee kloer Erfolger kann drop ausmaachen, där éischter relativer - sougenannt «victoires d'étape» -, mä awer och där méi zolitter, jo souguer Erfolger aus där definitiv nohalteger Kategorie.

Par rapport zu den Ziler, déi 2000 gesat gi sinn, ginn haut 40 Milliounen Kanner méi an d'Schoul. D'Disparitéit tëschent Jongen a Meedercher an de Schoulen ass ëm 60% zréckgaang. Viru 15 Joer si weltwäit 40.000 Kanner den Dag u Krankheeten, déi heelbar sinn, gestuerwen. Haut sinn et der nach 24.000. Dat sinn der 24.000 ze vill, mä dat ass awer schonn en nettë Progrès.

Wann am Mali 1994 nach iwwer 74% vun de Leit mat manner wéi engem Dollar hu missen iwwerliewen, an et der ewell nëmme nach 36% sinn, da sinn dat der sécher nach 36% ze vill, mä dann ass déi Reduktioun - vu 74 op 36% iwwer zéng Joer eraus - sécherlech och en Erfolger. Eng Victoire d'étape, zu där d'Lëtzebuurger Kooperatioun als Partner vun Mali Hiert dozou bägedroen huet.

Wann am Niger 1995 nëmme 40% vun de Kanner géint d'Riedele geimpft waren, an et der am Joer 2005 83% sinn, da geet dat sécher nach net duer, mä dann ass déi Verbesserung - vu 40 op 83% iwwer zéng Joer eraus - sécherlech och en Erfolger. Eng Victoire d'étape, zu där d'Lëtzebuurger Kooperatioun als Partner vun Niger Hiert dozou bägedroen huet.

Wann am Senegal d'Zuel vun den Doudesfäll vu Mamma bei der Gebuert vun engem Kand ëm bal d'Halschent zréckgoung a wann an deemselwechte Senegal d'sanitäre Bedéngunge sech zolidd verbessert hunn, dann ass sécher haut nach net all Problem an deene Beräicher geléist, mä da sinn déi Progrèsen awer dach indéniable Victoire-d'étapen, an dann ass et och gradesou indéniable, datt d'Lëtzebuurger Kooperatioun, als Partner vun Senegal, Hiert dozou bägedroen huet.

Kënne mer eis mat dese relative Succèsen zefridde ginn? D'Antwort op déi Fro ass e kloeren „Neen“. An da froen ech: Ass déi richteg Fro an deem Zesammenhang net déi, wéi ongedëlleg mer eigentlech dierfe sinn, wa mer zesammen un enger nohalteger Verbesserung vun der Situatioun an der Entwécklungswelt schaffen?

Wa mer dann, Här President, emol een Ament laang d'Saachen net Secteur pro Secteur an engem bestëmmte Land kucken, mä wa mer se global - Land fir Land - kucken, jo och da gesi mer Erfolger; an dacks souguer där definitiv nohalteger.

D'Afrikanesch Entwécklungsbank ass am Summer d'lescht Joer zur Konkursioun komm, datt elo scho kloer ofzegesi wär, datt fënnef afrikanesch Länner géifen d'Zil vun der Halbierung vun der Aarmut errechen. Et sinn dat: de Botswana, Tunesien, d'Île Maurice, de Burkina Faso an de Cap-Vert.

De Botswana erbréngt de kloere Bewäis, datt grouss Naturschätz - an deem Fall hei Diamanten - net onbedéngt e Fluch sinn an

Afrika, mä datt, wann d'Saachen uerdentlech ugepaakt ginn, Buedemschätz kënnen de Schlëssel fir eng positiv Entwécklung sinn. De Botswana ass esou dat flagrant Géigebeispill zu Länner wéi dem Sudan an dem Kongo, wou d'Sauereie monter weiderginn. Am Iwwereg sief drop higewisen, datt allgemeng unerkannt gëtt, datt de Botswana uerdentlech regéiert ass; esou vill hei an deem Zesammenhang zur Fro vun der Gouvernance an de Mënscherechter.

Tunesien an d'Île Maurice bréngen et och fäerdeg, d'Aarmut massiv no ënnen ze drécken. Dat sinn zwee Länner, mat deene Lëtzebuerg jorelaang zesummegeeschafft huet. Hiren Erfolger ass also och e bëssen eisen Erfolger. Tunesien an d'Île Maurice stellen ënner Bewäis, datt d'Kooperatioun eppes bréngt. Si weisen, datt d'Kooperatioun et bréngt.

Och de Cap-Vert an de Burkina Faso bréngen et fäerdeg, d'Aarmut massiv no ënnen ze drécken. Dat si säit Joren zwee vun de Partnerlänner vun der Lëtzebuurger Kooperatioun. Hiren Erfolger ass also och e bëssen eisen Erfolger. De Cap-Vert an de Burkina Faso stellen ënner Bewäis, datt d'Kooperatioun eppes bréngt. Si weisen, datt d'Kooperatioun et bréngt.

Véier vun deene fënnef Länner, déi vun der Afrikanesch Entwécklungsbank als exemplaresch duergestallt ginn, sinn deemno Länner, déi mat der Lëtzebuurger Kooperatioun zesummeschaffen oder zesummegeeschafft hunn. Dat léisst sech dach weisen. Dat weist dach, datt d'Kooperatioun et bréngt.

De Cap-Vert zum Beispill mécht noweislech Progrèsen op alle Fronten, net zulescht duerch säi Verhandlungsgeschéck mat der Europäescher Unioun, mä och iwwert de Wee vun den Investissementer vun enger ëmmer méi staark implizierter Diaspora. Viru kuerzem huet dat Land de Sprong aus dem Grupp vun deenen ärmste Länner eraus gepackt. Sécherlech Grond genuch, fir sech mat eise kapverdianesche Frënn ze freeën, mä sécher awer kee Grond fir d'Lëtzebuurger Kooperatioun, sech elo aus dem Cap-Vert zréckzeziehen an ze soen: „Dat war et. Addi a Merci.“ Géife mer dat maachen, wär dat e grouse Feeler. Et wär wéi wa mer géifen engem Fliger, dee grad amgaang ass ze starten, de Kerosin ofschneiden oder de Krunn zoudréien. Duerfir wäert d'Lëtzebuurger Kooperatioun wuel och déi Lescht sinn, déi sech aus dem Cap-Vert wäert zréckziehen.

D'Beispill vun Cap-Vert soll och en Encouragement sinn, fir an anere Länner - trotz verhältnisméisseg méi klengen Erfolger - d'Bengelen net bei d'Tromm ze geheien, mä villméi op dës méi kleng Erfolger opzebauen a mat neier Energie a vill Ausdauer d'Saachen unzegoen.

De Burkina Faso, en anert Partnerland vun der Lëtzebuurger Kooperatioun, gehéiert och zu deene Länner, déi hir Ziler wäerten errechen. Den Detailtableau vun Burkina Faso weist zum Beispill, datt et a) grad ee laangjährege Programm vun der Lëtzebuurger Kooperatioun ass, deen et deem Land wäert erméiglechen, Bluttransfusiounen och an deene verschiddene Regiounen, iwwert d'Haaptstad eraus, ze realisieren, datt et b) interessanterweis grad dat Land ass, wat am wäitste fortgeschritt ass, wann et ëm den Appui budgétaire geet - à méditer -, mä awer och c) de Burkina Faso leider eent vun deene Länner ass, wou säit Wochen d'Präsideierecht am stärksten ze spieren ass.

Wann een dann den afrikanesche Kontinent als e Ganzt kuckt, da gëtt et och nieft deene méi schlechten Noriichten där global positiver. Esou ass beispillsweis Afrika den Ament a senger zoliddster Wuesstumsphas säit 30 Joer; iwwer 6,5% dëst Joer. Wann een da weess, datt déi international Fauschtregel beseet, datt ee 7% Croissance brauch, fir d'Aarmut laangfristeg massiv no ënnen ze drécken, da si mer net esou wäit dovunner ewech, wéi dacks gemengt gëtt. Et ginn der souguer, déi dovunner ausginn, datt d'Rahmebedéngungen haut esou gutt si wéi nach ni virdrun. Dat setzt selbstverständlech voraus, datt d'Zuel an d'Intensitéit vun de Konflikter um afrikanesche Kontinent erofgeet, datt d'Gouvernance-Facteurë sech weider verbessern, datt mer den Aids besser an de Griff kréien, datt mer et fäerdeg bréngen, déi international Handelsbedéngungen nei ze gewiichten, datt mer Progrèsë maachen, wat d'Waasserversuergung ubelaangt, datt mer d'Liewensmittelpreisser kuerzfristeg an de Griff kréien, datt d'Landwirtschaft reorganiséiert gëtt a villes méi. D'Lëscht vun den Eerausforderungen ass nach vill méi laang, mä ech kann hei net alles opzielen an op alles agoen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, schwierig ass et sécherlech, onméiglech ass et awer mat Sécherheet net.

An och wann et kloer ass, datt haut de Bilan, global a graff gesinn, een duerchwuesenen ass, an och wann trotz allen Erfolger op ville Plazen d'Ziler, déi am Joer 2000 definéiert gi sinn, net wäerte kënnen errecht gi bis 2015 - esou datt d'Saachen inévitablement op der Zäitschinn no hanne rutschen -, dann ass et awer gradesou kloer, datt et a terme ze packen ass, datt et duerchaus machbar ass. Dat maachen ech insbesondere dorunner fest, datt Progrèsen net vun der Hand ze weisen sinn an datt op ville Plazen evident Succèsen um Rendez-vous sinn.

Et ass mat der Kooperatioun e bësse wéi beim Marathon. Déi eng packen et an zwou Stonnen, déi aner a fënnf. Déi eng ginn topfit un den Départ, déi aner kämpfe scho virum Départ mat méi oder manner grouse Boboen. Déi eng hunn op all Eck vum Parcours e Kolleg stoen, dee se encouragéiert, déi aner net. Déi eng treffen ënnerwee op eng gutt Séil, déi hinnen eppes ze drénke reecht, déi aner kommen op de Verfleegungsstänn un, wa schonn näischt méi do ass, fir sech ze stäerken. Wichtig ass awer, datt se am Endeffekt all - oder bal all - ukommen. Déi eng ebe just méi spéit an déi aner ebe méi fréi.

Natierlech bréngt ee beim Marathon - wéi an der Kooperatioun - näischt fäerdeg ouni Energie, ouni Engagement an ouni Determinatioun. D'Resultat vun der Kooperatioun, vun deenen ech haut schwätzen, weisen awer kloer de Wee. Si weisen, datt eis Partner an der Kooperatioun et mat eiser Hëllef fäerdeg bréngen kënnen, an et ass dat, wat zielt.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Konsequenz, mat där iwwert déi lescht Joren zu Lëtzebuerg d'Entwécklungszusammenaarbecht prioritiséiert, konzipéiert, ausgefouert, suivéiert a kontrolléiert gëtt, schléit daitlech mat méi grousser Präsenz, Visibilitéit a Glafwierdegkeet zu Buch. Dat soen net ech; dat geet aus de préliminären Observatiounen vun der OCDE ervir, déi zënter November 2007 d'„peer review“ vun der Lëtzebuurger Kooperatioun duerchféiert.

«Depuis la dernière revue - menée en 2003 - le Luxembourg présente à son actif de sérieuses avancées», heescht et am préliminairë Rapport, dee fir de Juni wäert finaliséiert ginn. Weider heescht et an deem préliminairë Rapport: «La coopération luxembourgeoise est la démonstration qu'en quelques années, avec des moyens relativement économiques et bien ciblés, un dispositif d'intervention adapté et efficace, elle a su capter l'appréciation des pays partenaires du Sud, trouver une place reconnue au sein des bailleurs de fonds, rencontrer l'estime des citoyens. De ce point de vue, la coopération luxembourgeoise est une référence sur plusieurs aspects: concentration, coordination multi-bi, priorité aux Pays les moins avancés. Le Luxembourg est aussi un exemple dont de nouveaux bailleurs de fonds pourraient s'inspirer.»

Alles dat huet selbstverständlech och vill mat der Suergfalt, der Kompetenz an der Begeescherung ze dinn, mat där meng Leit all Dag hir Aarbecht maachen an un déi eruginn. Och dat sief emol eng Kéier vun deser Plaz aus gesot.

» Plusieus voix - Très bien!

» **M. Jean-Louis Schiltz**, *Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire*. - Déiselwecht determinéiert Astellung ass och déi, mat där d'Lëtzebuurger Kooperatioun déi zweet Generatioun vun de Programmes indicatifs de coopération mat hire Partnerlänner ugaangen ass. D'Ausmerzunge vun der Aarmut an déi nohaltege Entwécklung stinn am Zentrum vun der Programmatioun iwwert déi nächst véier bis fënnf Joer. Dës Programmer vun der zweeter Generatioun bauen op eng resolut partnerschaftlech Approche op. Si orientéiere sech kloer un de Prioritéite vun jeeweilege Partnerland an huelen esou de Partner vun Ufank u mat an d'Verantwortung. Ech géif mer wënschen, datt mer fir déi Programmer vun der drëtter Generatioun géifen e Mechanismus fannen, fir d'Chamber nach méi staark mat anzubannen, wéi dat bei de Programmer vun der zweeter Generatioun de Fall war.

Nieft der Method, bauen déi Programmer vun der zweeter Generatioun, déi elo en place sinn, awer virun allem op déi konkret Erfolger vun deene leschte Joren op. Ech hu vun deenen Erfolger am Grouse geschwat. Déi Erfolger am méi Grouse setze sech zesammen aus villen Erfolger,

déi all Dag am Klengen zum Droe kommen. Ech ka se och net all hei opzielen, mä fir d'Saachen ze veranschaulichen, hu mer dëst Joer eng ganz konkret a praktesch Approche gewielt. D'Resultat hutt Der virleien. Et ass dat déi kleng Broschür, déi Der ausgedeeelt kritt huet.

An där Broschür fannt Der 15 kleng Deelbiografië vu Mënschen aus eise Partnerlänner, mat deene mer zesummegeeschafft hunn oder weider zesummeschaffen. Si sti stellvertriedend fir all déi aner. Si sti stellvertriedend fir dat, wat mer als Lëtzebuurger Kooperatioun an deene leschte Joren zesumme mat eise Partner konnten errechen. Si weisen, wéi d'Liewe vun deene Männer a Frae sech mat an duerch d'Kooperatioun zum Positiven hi verännert huet. Si weisen, datt d'Kooperatioun eppes ass, wat et eben einfach bréngt. Si weisen, datt eng kleng Hëllef, ee klengen Impuls villes bewege kann.

D'Madame Sissoko Safiatou Sy vu Bamako huet sech esou zum Beispill säit Jore fir hire Wunnquartier agesat. Hiert Zil war et, dee Quartier méi propper, méi sécher a méi gesond ze maachen. Iwwert de Projet «Appui aux initiatives locales de gestion de l'environnement urbain à Bamako» goufe Mëttel zur Verfügung gestallt, fir d'Aarbecht vun der Madame Sy ze festegen an hiren Engagement an dee vun hirer Associatioun op aner Deeler vun der Haaptstad vun Mali auszebreen. Et goufen Aarbechtsplaze fir déi Jonk geschaf, an d'Mënsche goufe fir hiren eegene Quartier responsabiliséiert.

Här President, méi propper Stroossen, dat heescht manner knaschteg Waasserpill. Manner knaschteg Waasserpill, dat heescht manner malariainfizéiert Mustiken. Manner malariainfizéiert Mustiken, dat heescht manner krank Mënschen. Manner krank Mënschen, dat heescht méi Energie, fir enger Aarbecht nozegoen a sech ëm d'Famill ze këmmen. An dat alles duerch d'Ënnerstëtzung - den „empowerment“, géifen d'Spezialiste soen -, déi enger Fra zoukomm ass, déi virdemonstréiert huet, wat muss geschéien, fir eppes konkret ze änneren. D'Gemeng vu Bamako huet dat am Iwwregen och verstanen an e Comité agesat, fir de Suivi vun der Projet ze garantieren.

Um asiatesche Kontinent, am Laos, huet de Phommason, e Mann vun 39 Joer, net méi misse souzoesou vun der Hand an de Mond liewen, wéi en d'Chance kritt huet, sech an en integrierte ländlechen Entwécklungsprogramm vun der Lëtzebuurger Kooperatioun aktiv mat anzubringen. Elementar Ausbildung an der Landwirtschaft, dat néidegt Geschir an e Kredit, fir seng eege Produktioun unzuekuelen, hunn deem Mann et erlaabt, e fest Haus fir sech a seng Famill ze bauen, seng Kanner an d'Primärschoul ze schécken an d'Bioprodukter aus senger eegener Produktioun ze vermaarten. Des Weideren huet hie sech um Niveau vu senger Communautéit engagiert an ass haut Vize-Chef vun Duerf.

Wat am Laos am Klengen geschitt, ass am Vietnam amgaang am Groussen ze geschéien. Wa mer nämlech am Vietnam haut d'Zil-Linn vun der classescher Kooperatioun um Horizont 2015/2020 gesinn an deemspriechend iwwer e Réckzuch schwätzen, dann ass dat un éischter Stell de Verdéngscht vun de Vietnamesen selwer, mä dann hunn awer och déi international Partner vun Vietnam, an dorënner och Lëtzebuerg, eppes domadder ze dinn. Och hei ass hiren Erfolger e bëssen eisen Erfolger. Wa mir de Vietnamesen haut soen „Développement“ an „Kooperatioun“, an d'Vietnamesen äntwerten eis „Secteur financier“ a „Satelliten“, dann ass dat dach eigentlech e schéint Kompliment fir d'Kooperatioun; da weist dat, datt et e Liewen no der Kooperatioun gëtt. Ech kann am Iwwregen d'Lëtzebuurger Entreprises nëmme nach eng Kéier encouragéieren, d'Opportunitéiten, déi sech am Vietnam opdinn, och ze notzen.

Et ass op all dës positiv Resultater wou mer kënnen, zesumme mat aneren, an deenen nächste Joren drop opbauen.

Zesumme mat anere wäerte mer och dëst Joer déi international Rendez-vousen ugoen. 2008 huet nämlech de Potenzial fir e grousst Joer fir den Développement ze ginn. Et kann awer och, deemno wéi d'Saache ginn, e ganz klengt Joer ginn. Déi

grouss Rendez-vousen heeschen Accra an Doha. Accra fir d'Qualitéit vun der Entwécklungszesummenaarbecht, Doha fir d'Finanzéierung vun d'arselwechter.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir wëssen net eréischt säit gëschter, datt mer méi Entwécklungsgelder brauchen, datt méi Fonge fir d'Entwécklungszesummenaarbecht gebraucht ginn.

An do sinn d'Saachen an Europa den Ament net esou, wéi se sollte sinn. Déi Zuele vun 2007, déi virun zwou Woche publizéiert gi sinn, sinn net gutt. Och wa mir an anerer - Beispill Schweden a Spuenien - eis un dat halen, wat ofgemaach ass, oder souguer méi maachen, dann ass dat nach laang net fir jiddfereen de Fall. 2007 ass an deem Sënn e schlecht Joer gewiescht. Wa mer wëllen déi Ziler, déi mer eis gesat hunn, erreechen, wa mer zu eisem Wuert stinn, fir kollektiv 0,7% am Joer 2015 ze erreechen, da muss Europa sech um Rimm rappen.

Et ass déi Fro, déi den internationalen Entwécklungsagenda wäert dëst Joer dominéieren, fir d'éischt am Mee an engem éischter europäesche Kader, dann am Hierscht an engem méi grouse Kader, bis an den Dezember eran, wa mer zu Doha de Point maachen, zesumme mat eise Partner aus den Entwécklungslänner.

Et ass net ze spéit, mä eppes ass kloer: D'Entwécklungslänner verfolgen zu Recht mat grousser Erwaardung, ob d'EU um Horizont 2010/2015 Wuert hält. Et geet hei schlechthin ëm d'Glafwierdegkeet vun der europäescher Aussepolitik géintiwuer vun enger ganzer Rei Länner, géintiwuer vun der Majoritéit vun den net europäesche Länner. Mir sinn hinnen et schëlleg, datt mer eis Engagementer halen. Mä mir sinn eis selwer et och schëlleg, wa mer net wëllen herno als déi dostoen, déi grouss Versprieche gemaach a se dann net agehalen hunn, wa mer net wëllen als déi dostoen, deenen hir Versprieche net de Pabeier wäert sinn, wou se drop stinn.

An deem Sënn hunn ech mech och op massiv Aart a Manéier, als ee vun de Pappé vum Accord vun 2005, um Ufank vum Mount mam Louis Michel zu Wuert gemellt. Ech wäert an deemselwechte Sënn - oder och vläicht nach op e bësse méi eng kräfteg Aart a Manéier - net midd ginn, an deenen nächste Méint ëmmer erëm meng europäesch Kolleegen do virun hir Verantwortung ze stellen, au risqué d'ailleurs fir mer nei Frënn ze maachen, mä dat ass dann eben esou.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Entwécklung gëtt net nëmme vun de Regierungen aus dem Norde finanzéiert. Och d'Regierungen aus dem Süde mussen Hiert dozou bäidroen. Och dat huet éminemment eppes mat Gouvernance ze dinn. Ech hunn dat Thema vun der Gouvernance d'lescht Joer am Detail beliicht, ginn also dëst Joer net weider drop an.

De Finanzement vun der Entwécklung limitéiert sech awer net op Finanzementer vu Regierungssäit aus. Och den ONGe kënn hei eng zentral Roll zou; zentral Roll, déi sech selbstverständlech net op deen Aspekt beschränkt, well d'ONGen och eng Roll als politeschen Impulsgeber spillen, an ech ziele ganz staark op si dëst Joer am Kader vun den Assisè vun der Kooperatioun, déi am September stattfannen.

Méi Gelder fir d'Entwécklung kann awer och heeschen, en neie Kader ze setze fir alles wat mat Philanthropie ze dinn huet. D'Regierung ass determinéiert, dee Kader ze vereinfachen, andeems hemmend Formalitéiten a Limitatiounen ofgeschafft ginn. Si ass och determinéiert, de Kader ze verbesseren, andeems beispillsweis d'Era-bréng vu Gelder a Fondatiounen zu philanthropeschen Zwecker steierlech net méi, oder op d'mannst net méi esou staark wéi bis elo, belaaucht gëtt.

Och déi eenzel Initiativen am Beräich vun der Mikrofinanz féieren dozou, datt der Entwécklung méi Gelder zoukommen. Eis Politik an deem Domän dréit haut hir Friichten. Et muss ee wëssen an och wëssen doen, datt haut eleng 25 zu Lëtzebuerg domiciliéiert Investmentfonge ronn 1,2 Milliarden Euro a Mikrofinanzaktivitéiten an der Entwécklungswelt investéieren, Tendenz steigend. D'Lëtzebuenger Kooperatioun versteet hir Roll an deem Kontext als

déi vun engem Facilitateur an ënnerstëtzt esou zum Beispill Efforten am Süden, déi drop ausgerichtet sinn, fir souwuel Mikrofinanzinstitutiounen wéi och national Autoritéiten an hirem Opbau ze stäerken an dat adequat legaalt a reglementäert Ëmfeld ze schafen.

Här President, ufanks September gëtt zu Accra am Ghana iwwerpréift, a wéi engem Mooss d'Signatairen den Engagementer vun der Déclaration de Paris sur l'efficacité de l'aide au développement nokomm sinn. Méi Appropriatioun vun der Säit vun de Partner war do gefuerdert ginn, méi Alignment op hir Prioritéiten, mä och méi harmoniséiert Prozeduren an eng téschent Partner béidsäiteg gedeelte Responsabilitéit.

D'Lëtzebuenger Kooperatioun huet sech dësen Erausforderung gestallt. Si huet och an dësem Beräich, vläicht éischter wéi anerer, ugefaang hir Hausaufgaben ze maachen an och schonn e gudden Deel dovunner gemaach.

Den Ausbau vum Réseau vun de Kooperatiounsbüroen an Afrika an an Zentralamerika huet sech an deem Zusammenhang besonnesch bezuelt gemaach. Déi zweet Generatioun vu Programmer mat eise Partnerlänner huet heiderjer u Gewicht a Gradlinegkeet gewonnen.

Fir d'Koordinatiounsmechanismen ze verbesseren, hu mer an deene leschten zwielef Méint, ënner anerem, méi intensiv Kontakt mat enger Rei vun europäesche Kooperatiounen gehat, dorënner d'Belsch, Finnland, Spuenien, d'Slowakei an d'Europäesch Kommissioun, mol op eis Ufro hin, mol op hir Ufro hin. Mat eise multilaterale Partner, datt heescht d'UNOs-Agencien an d'Internationaalt Rout Kräiz, fuere mer weiderhin d'Schinn vun der Programmatioun iwwer e puer Joer eraus, an och déi Schinn vun de jährleche Consultatiounen, déi et erlaben, op eis gemeinsam Programmer anzegoen, d'Saachen ze ajustéieren an d'Synergien, déi herno um Terrain ëmgemat ginn, ze konzepéieren.

En anert zentraalt Thema vun der Paräiser Deklaratioun, nämlech dat vun der Cohérence des politiques, hu mer net eréischt gëschter hei zu Lëtzebuerg entdeckt. An all mengen Deklaratiounen virun dëser Chamber hunn ech an deene leschte Joren dës Thematik vun där enger oder anerer Säit aus beliicht.

A menger éischer Deklaratioun - 2004 - hunn ech déi Fro analyséiert am Beräich vun der Landwirtschaft. A menger zweeter Deklaratioun - 2006 - sinn ech méi op d'Aspekter vun de Migratiounen an och déi vun der Interaktioun téschent dem Militär an dem Humanitär agaangen. D'lescht Joer hunn ech mech mam Thema „internationalen Handel“ ausenanergesat.

Och op den Assisè vun der Kooperatioun am Joer 2006 koom déi Thematik zur Sprooch an datselwecht wäert dëst Joer am Hierscht geschéien. Des Weidere stinn déi Froen um Ordre du jour vun den Diskussiounen, net nëmme an Europa an an der UNO, mä och heiheim, ënner anerem am Groupe de travail mat den ONGen, am Comité interministériel an och an eise Relatiounen mat anerem.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären,

d'Kohärenz vun de Politiken ass eng vun de Moosslate vun eiser Politik a kënn och an där hirer Ëmsetzung zum Droen.

Aus deem Grond setze mer eis och, méi wéi iergenden anert EU-Land d'ailleurs, derfir an, datt d'Accord téschent der EU an den AKP-Staten Développements-Accordé ginn, an net blank Liberalisatiounsaccordé.

Aus deem Grond hu mer eis och - op d'mannst säit 2004 - als Kooperatioun méi no un d'Agrikultur erubeweegt, a wann ech soen, datt all Kontinent muss d'Recht hunn, seng Agrikultur esou ze organiséieren, wéi en dat fir gutt fënnt, dann ass dat eng Ausso, déi eent vun de Fëllementer vun eiser Kooperatiounspolitik duerstellt, mä dann ass dat virun allem och eng Ausso, déi mäi Kolleeg Fernand Boden mat zwou Hänne mat ënnerschreift.

Wa säit 2005-2006 Kooperatioun a Migration sech méi no openeen zoubeweegt hunn, dann ass dat net zulescht de Benelux-Kooperatiounsministere hire Verdéngscht, well si derfir gesuergt hunn, datt d'Fro op EU-Niveau och op den Ordre du jour vun den Développementsministere koom ass, an net wéi bis dohin exklusiv vun den Immigratiounsministere ofgehandelt gëtt - och wa sécherlech am Spannungsfeld vu Migration an Développement nach Progrésen ze maache sinn.

Wann d'Lëtzebuenger Aussepolitik wéi kaum eng aner déi „3 D“e vun Diplomatie, Défense an Développement verinnerlecht

huet an och no bausse praktikéiert, dann ass dat dee flagrantesten Ausdrock no bausse vun deem, wat een eng kohärent Politik nennt. Beispill Afghanistan. Beispill Kosovo.

A wann ech vu Kohärenz hei schwätzen, da wollt ech de Lëtzebuenger ONGen éischtens Merci soe fir hir positiv Appréciatioun iwwer d'Kooperatiounspolitik als sollech, an zweetens d'Merci soe fir déi encourageant Wieder u meng Attentioun, datt ech mech - a menger Eegeschaft als Kooperatiounsminister - nach méi massiv wéi bis elo an aner Politikfelder soll amëschen a mech an deeneselwechte soll breetmaachen. Beispill Klimapolitik. Ech hunn zwar net op dës Encouragementer vu Säite vun den ONGe gewaart a mer se och net erwaart, mä ech kann lech awer soen, datt se net op en daaft Ouer gestouss sinn.

À propos Kohärenz, Här President, Dir Dammen an Dir Hären,

d'Liewensmëttelkris, déi säit e puer Wochen am Mëttelpunkt vun der Aktualitéit steet, ass eigentlech net méi an net manner wéi d'Resultat vu jorelaangen Inkohärenzen.

D'Fro vun der Liewensmëttelsécherheet an déi vun der Landwirtschaft an den Entwécklungslänner si keng Froen, mat deene mer eis eréischt säit gëschter beschäftegen. Ech erënneren an deem Zusammenhang u meng Ried vum leschte Joer, wou ech eng Lanz gebrach hu fir méi Kohärenz vun den Agrarpolitiken téschend de Kontinenter.

D'Präisser fir Liewensmëttel si generell ëm 83% gestiegen an deene leschten dräi Joer, de Weess souguer ëm 181%. Säit Juni 2007 sinn d'Präisser fir Basisliewensmëttel weltwäit ëm 55% eropgaangen. An Ägypten streide se sech fir e Stéck Brout, op Haiti friesse se littéralement de Bulli, well et soss näischt méi gëtt.

D'Grënn si bekannt: D'Offer ass erofgaang duerch schlecht Récolten - hei ass een evidente Lien mam Klimawissel -, d'Demande ass eropgaang, Stéchwuert China, Indien an anerer, d'Landwirtschaft ass vernoléisst ginn, et ass op Rohstoff spekuléiert ginn, d'Exportsubventiounen besti weider, d'Stocke sinn niddreg gehale ginn, d'Pétrolspräisser si geklommen, d'Demande no Agrarsprit ass eropgaang: Den Tank vu Luxmaschinne gëtt gefëllt, anstatt datt d'Landwirtschaft géif derfir suergen, datt d'Mënschen eppes an den Bauch kréien.

Eis Partnerlänner, besonnesch eis fënnf westafrikanesch Partnerlänner, gehéieren zu deenen, wou d'Saache riskéiere mat am schlëmmsten ze ginn. Ech hunn duerfir och decidéiert, an deene fënnf Länner eis Kontributiounen, déi op Liewensmëttelhëllef ausgerichtet sinn, dëst Joer iwwerall ëm minimum 50% an d'Luucht ze setzen. 2007 waren dat global gesi ronn véier Milliounen; dat wäerten 2008 méi wéi sechs Milliounen sinn, mat engem speziellen Akzent op Programmer, déi derfir suergen, datt d'Kanner an de Schoulen eppes z'iesse kréien.

Dir wësst och, datt mer dem Programme alimentaire mondial am Mäerz schonn eng éischt Kontributioun vu 500.000 Euro zokomme gelooss hunn - wann all europäesch Land datselwecht géif maachen, nämlech een Euro pro Awunner vu sengem eegene Land deem Programm zokomme loossen, da wär deen éischten Urgence-Appel ganz couvréiert. En Appel, deen iwwerengs virgëschter schonns vu 500 Milliounen op 750 Milliounen Dollar eropgesat ginn ass; an deen Appel wäert mat Sécherheet net dee leschte sinn. D'Kris ass nämlech amgaang sech wéi een Tsunami weider auszebreden an d'Générositéit vun der Äntwert därer där vum Tsunami aus dem Joer 2004 net bedeiend nostoen.

Och wa kuerzfristeg massiv Hëllef absolut néideg ass, esou ass et domadder net gedoen. Doriwuer eraus mussen eng ganz Rei Saache geschéien.

Éischtens: D'Doha-Ronn muss zum Ofschloss kommen, am Sënn vun der Entwécklung. Et sief an deem Zesummenhang drun erënnert, datt zu Hong Kong am Dezember 2005 decidéiert gi war, d'Exportsubventiounen bis 2013 ze eliminéieren. Doderch datt déi ganz Doha-Ronn awer duerno zum Stëllstand koom ass, sinn déi Engagementer ni zum Droen koom. Dat muss elo schnellstens geschéien. De Prinzip, datt all Kontinent d'Recht huet, seng Landwirtschaft esou ze organiséieren, wéi en dat fir gutt fënnt, muss virrangeg d'Resultat vun deene Verhandlungen prägen.

Zweetens: Alles wat mat Agrarspritproduktioun ze dinn huet muss iwwerpréift, nei gewicht, nei organiséiert an no ënne gefuer ginn. Dat huet d'Regierung leschte Freideg op mäi Bedreiwen hin decidéiert. D'Ziler, déi vun der Europäescher Kommissioun virgi sinn, sinn ze héich. Si gehéieren no ënne

gedréckt, an am Zweifelsfall muss ëmmer d'Fro vun der Ernährung Virrang hu par rapport zu där vum Agrarsprit. Et kann definitiv net méi sinn, datt déi eng Raps oder Mais an den Tank geheien an déi aner erhéieren.

Drëtens: Virun allem muss awer konkret an d'Landwirtschaft an den Entwécklungslänner investéiert ginn, an dat op eng multifunktionell an nohalteg Aart a Weis, wou och der Biodiversitéit eng zentral Roll zoukënn. Mir brauchen, an a ronderëm déi internationale Architektur, grondleeënd Reformen.

Et geet hei net ëm de sougenannten Agrobusiness. Et geet drëms sécherzestellen, datt ka produzéiert gi fir ze iessen an datt dat ka giess gi wat produzéiert ginn ass. Am Sënn vum Prinzip vun der „Souveraineté alimentaire“. Et geet ëm eng Landwirtschaft, déi et de Mënschen erlaabt, fir d'éischt fir sech selwer ze suergen an doriwuer eraus dann eng ekonomesch Aktivitéit opzebauen. Do wou d'Landwirtschaft verschwonne ass, muss se nees opgebaut ginn. Do wou se ni bestanen huet, muss se entwéckelt ginn.

Wann ech dann an deem Zesummenhang kucken, wat d'Lëtzebuenger Kooperatioun mécht, da sinn och do an deene leschte Jore richteg Akzente gesat ginn. Wann een zum Beispill weess, datt am Mali eng vun den Haaptkomponente vun eisem Programm déi vum „développement local intégré“ ass, gëschter an der Regioun vu Ségou, haut an där vu Yorosso, a wann ee weess, datt an deem Zesummenhang d'Landwirtschaft eng essenziell Roll spillt, da si mer do sécherlech zesumme mat eise Partner aus dem Mali um gudden Wee - déi Programmer maachen e groussen Deel vun eiser Programmatioun am Mali aus.

Am Niger ass och eng vun den Haaptkomponente vun eiser Programmatioun déi vum „développement local intégré“, dat an der Regioun vun Dosso.

Wat de Burkina Faso ubelaangt, esou ass eng vun zwou Haaptkomponente vun eisem Programm déi vun der Gestiou vun den natierleche Ressourcen, an insbesondere d'Verwaltung, d'Verwärtung an d'Erhale vun de Bëscher an engem nohaltege Kader.

Véiertens mussen d'Enjeuë vum Klimawissel an déi vum Développement méi no beienner bruecht ginn.

Ech kommen dorop zrëck, mä virun nach e leschte Punkt zur Liewensmëttelkris.

Och wa mer haut schnellstens méi niddreg Präisser brauchen, esou kënnen méi héich Präisser muer an iwwermuer dach eng Chance fir d'Entwécklungslänner duerstellen. Wann nämlech dat geschitt, wat misst geschéien - dat heescht eng nohalteg Entwécklung vun der Landwirtschaft an deene Länner -, da kënnen déi Saachen, déi produzéiert ginn - wann d'Präisser méi héich sinn -, op de Maart bruecht ginn an esou ëmgewandelt ginn a finanziell Ressourcen, déi dem Liewensënnerhalt vun de Mënschen an den Entwécklungslänner déngen. Dat ass am lwwregen och eng vun de Konklusiounen vum rezente Buch vum Oxford-Professor Paul Collier „The Bottom Billion“.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären,

ech hunn et gesot, virum Hannergrond vun där aktueller Liewensmëttelkris ass et onëmgängelech, datt Klimapolitik an Développement méi no beienner réckelen. Dat ass déi lescht Fro, op déi ech haut wëll agoen.

Och wann et kloer ass, datt d'Entwécklungslänner an d'Mënschen, déi an den Entwécklungslänner wunnen, kaum eng Verantwortung droen, wat d'Ursachen ubelaangt, esou ass et gradesou kloer, datt si déi Haaptaffer vun Klimawissel sinn. D'Konsequenze vum Klimawissel sinn haut schonn iwwerall ze spieren.

Et muss ee wëssen, datt an Afrika d'Liewensmëttelproduktioun zënter 1981 ëm 12% eropgaangen ass. Et kënn derbäi, datt d'Entwécklungslänner bis 2030 120 Milliounen méi Hektare brauchen, fir sech ze ernieren. Et ass evident, datt, wann näischt geschitt bis 2030, bis dohinner de Klimawandel zu massiv méi Honger an Afrika an Asien wäert féieren.

D'Entwécklungslänner hunn en plus haut schonn op ville Plazen net genuch proppert Waasser. A si brauchen es bis 2025 50% méi wéi haut. Och do spillt nieft der Demographie de Klimawissel eng nefaste Roll. D'Jore vun de klengen Inselstate si gezielt, 75 Joer ass hiren lwwerliewenshorizont nëmme méi, vun haut aus gekuckt. Et ass och kee Geheimnis, datt d'Biodiversitéit weltwäit massiv erofgeet an datt ganz Bëscher verschwonne. D'Wüste maache sech breet, an dach ass d'Désertificatioun en Thema, wat kaum Erwähnung fënnt an den internationale Foren.

D'Folge vum Klimawissel bedroen d'Sécherheet an den Entwécklungslänner, mä awer och an Europa an op anere Plazen. 60% vun de Mënsche wunnen haut scho manner wéi 100 km vum Mier ewech. Déi Tatsaach eleng, kombinéiert mam Klimawissel, ass en explosiivt Gemësch. Dem Rapport Stern no brauche mer 1% vum PIB weltwäit iwwer zéng Joer fir d'Aerderwiermung an de Grëff ze kréien. Maache mer dat net, esou wäert et fënnf- bis zwanzegmol méi kaschten. Seriö UNO-Etüde soen, dass d'Entwécklungshëllef misst op d'mannst 50% eropgoen, fir dem Klimawissel ze begéinen.

Humanitär Krise ginn ëmmer méi dacks duerch klimabedéngte Facteuren ervirgeruff. Humanitär reimt haut leider ëmmer méi oft mat Klimawissel.

Am Januar 2005 gouf den Aktionsplang vu Hyogo fir d'Joren 2005 bis 2015 ënnerschriwwen, an d'Signataire, dorënner och Lëtzebuerg, hu sech engagéiert dozou bäizuedoen, d'Mënsche besser virun zukünftege Katastrophen ze schützen an d'Risikofacteuren, zumools an den Entwécklungslänner, ze analyséieren an ze reduzéieren. An deem Sënn investéiert d'Lëtzebuurger Kooperatioun zënter 2006 e Minimum vu 5% vum humanitäre Budget an d'Preventioun vu Katastrophen. All Katastroph ass a bleift e Réckschlag, deen e Land kann ëm Joren oder souguer Jorzéngten zrëckgeheien. A well all Katastroph d'Nohaltegkeet vu jorelaangen Entwécklungsefforten op d'Spill setzt, geet et dorëms, ze probéieren d'Katastrophen ze verhënneren. Et geet awer och dorëms sécherzestellen, dass déi Länner, déi am verletzlechste sinn, besser op zukünftege Katastrophen, déi net ze évitéiere sinn, preparéiert sinn, esou dass déi negativ Konsequenze vun deene Katastrophen am Endeffekt manner grouss ginn.

Doriwwer eraus huet d'Lëtzebuurger Kooperatioun um Ufank vun deemem Joer decidéiert, d'Fro vun der Upassung un de Klimawandel systematesch mat an hir Développementsprogrammer eranzehuelen. Dat heescht elo net, dass mer nieft eisen traditionelle Secteuren - Waasser, Gesondheet, Educatioun an Entwécklung vum ländleche Raum - elo géifen e ganz neie Secteur dobäi erkennen. Dat heescht vill méi, dass an Zukunft all Projet, dee realiséiert gëtt, virdu mat System op säi Klimaimpakt a seng Verträglechkeet par rapport zur Klimaproblematik iwwerpréift wäert ginn.

Dat kann elo sécher net vun engem Dag op deen anere geschéien. Fir dat ze maachen, kënne mer awer drop opbauen, dass déi Froen, déi mat der Ëmwelt ze dinn hunn, scho säit Joren zu de sougenannten transversale Matière vum der Kooperatioun gehéieren, dass heescht, dass mer eis gemengerhand och an der Vergaangenheet schonn d'Ëmweltkomponent an deene verschiddene Projekte mat ugekuckt hunn. Mir fänken also net bei null un. Mir systematiséieren dat Ganzt elo a verbreederen et och spezifesch hin zu den Themafelder Klima an Naturkatastrophen.

Alles dat maache mer selbstverständlech net eleng. Mir maachen dat zesumme mat den internationalen Acteuren, alle virop d'UNO an och mat dem fréieren UNO-Generalsekretär Kofi Annan senger Fondatioun.

A vu dass ech vun der UNO hei schwätzen, kommen ech net derlaanscht, ausdrécklech ze bedauern, dass et anscheinend net méiglech ass, den UNO-Programm fir Ëmwelt endlech an eng richteg UNO-Agence ëmzewandelen. Esou wichteg global Allianzen an aner Mechanisme fir de Klima sinn: Soulaang et keen Duerchbroch op der UNO - Stéchwuert och Post-Kyoto a Bali - gëtt, wäert et schwéier bliewen, d'Enner uerdentlech zesummenzebréngen.

D'UNO brauch nei Impulser an deem Beräich, an duerfir ass et gutt, dass Initiative wéi déi vum Kofi Annan d'Fro vum Klimaschutz a vum Développement thematiséieren, an hire Wuerzelen an Ausmoossen analyséieren an ugin. Duerfir ënnerstëtze mer des, wéi ech mengen, eenzegaarteg Initiativ och finanziell a bréngen eis konzeptuell mat an, sief dat am Conseil vun der Fondatioun oder op hire Foren.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären,

d'Zesummespill vu Klimapolitik an Entwécklungspolitik muss méi en enk ginn. Mir brauche Klimagerechtegkeet. Och dat gehéiert zur internationaler Solidaritéit an dat geet net vum selwen. Zesumme mat anere wäert ech mech deemno derfir asetzen, dass international Léisunge fonnt ginn a Partneriariatioun op d'Bee gestallt ginn, déi den Entwécklungslänner zeguttkommen, dat am Hibleck op d'Konferenz vu Kopenhagen am Joer 2009.

Ech halen des Weideren drop, dass d'Ëmweltkomponent an eise Projekte besser zum

Droe kënn an eis Projeten an Zukunft méi systematesch a puncto Klima iwwerpréift ginn. Gradesou halen ech awer drop, dass mer eis Kooperatioun weiderhin an de Secteure Waasser, Développement local, Educatioun a Gesondheet konzentrieren.

Finalement halen ech drop, dass d'Kooperatiounsfongen, gemäss de Prinzipië vu Marrakesch, net fir Kyoto-relevant Mechanismen zweckentfremt ginn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären,

de Klimawandel féiert genau wéi bluddeg Konflikter dozou, dass mer e Match spillen, wou alt periodesch d'Poteau vum Goal geréckelt ginn. Dat mécht et selbstverständlech net méi einfach.

Et bleift, an dat ass, wou et drop ukënn, dass, wann et een eenzege Kampf gëtt, deen et derwäert ass, geféiert ze ginn - een eenzege -, dann ass et mat Sécherheet de Kampf géint d'Aarmut. Et ass dat e Kampf vun all Dag. E Kampf, dee keng Paus verdréit. E Kampf, dee sous garantie verluer geet, wann ee mengt, et kéint ee sech regelméisseg op vermeintleche Lorbeeren ausrouen oder et kéint ee sech dräimol den Dag relax an d'Fotell leeën an da géifen d'Saache sech scho vum selwe regelen.

Esou geet dat net. Esou maache mer dat net. An esou wäerte mer dat och an Zukunft net maachen.

Merci.

» Plusieus voix. - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Da komme mer zur Debat iwwert dës Deklaratioun. Als éischt Riednerin ass geschriwwen déi honorabel Madame Nancy Arendt. Madame Arendt, Dir hutt d'Wuert.

Débat

» **Mme Nancy Arendt (CSV).** - Merci, Här President. Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wann een eppes erreeche wëllt, egal a wat fir engem Beräich, da muss een héich Ziler hunn. Et muss ee fest dru gleewen. Et muss een e Wee, eng Roadmap hunn, fir dohin ze kommen, an et muss ee virun allem aus dem ganzen Häerze wëllen des Ziler erreechen.

D'lescht Joer hat ech meng Ried ugefaange mat de Wierder vum Xavier Naidoo, „Was wir alleine nicht schaffen, das schaffen wir dann zusammen“, fir all deene verschiddene Mënschen op allen Niveaue Merci ze soe fir hiren aldeeglechen Asaz am Déngscht vun der Entwécklungshëllef. Allerdéngs ginn oft all des Aarbechten nëmmen ausféierbar, wann un der Base vun hinne sech den honnertprozenteg Wëlle vun de Politiker weist, fir eppes ëmzesetzen, a wa mer dese Wëlle gradesou gutt op der Säit vun deenen, déi kréien, ermëffnen, wéi op der Säit vun deenen, déi ginn. An de Minister huet ganz Recht: Et geet net nëmmen duer, wa mir als Lëtzebuurger Land wëllen, mä mir mussen och aner Länner dofir motivéieren.

Am Mee 2005 huet sech d'Europäesch Unioun ënnert der lëtzebuergescher Presidentschaft d'Zil gesat, hiren Undeel fir d'Entwécklungshëllef bis 2015 op 0,7% vum Bruttoinlandsprodukt unzehiewen.

Als Zwëschenzil ass 2010 festgehale ginn, wou d'Quot vun 0,56% vum PIB sollt erreecht ginn. Mir si leider eent vun deene wéinege Länner, zesumme mat eise skandinavesche Frënn an den Hollänner, déi iwwert dës Zil erausschësse mat engem Prozentsaz, op dee mer all Grond hunn, stolz an zefridden ze sinn a bei deem mer héchstwahrscheinlech souguer dës Joer op 0,91% vum BIP wäerte kommen, also ëmmer méi un erun un eis Dram-Marque vun 1%.

Et geet awer nach laang net duer, fir roueg ze ginn. Et muss weidergeschafft ginn, wa mer déi Ziler, déi mer eis gesat hunn, ëmsetze wëllen. Wéi prekär d'Lag dann ass, geet aus engem Artikel ervir, deen eise Kooperatiounsminister zesumme mam Louis Michel geschriwwen huet an deen am «Figaro» veröffentlecht gouf.

Ech zitieren ee Saz, dee viles résumiert: «Nous avons l'argent, nous avons les médicaments et nous avons le savoir-faire. Le véritable défi est notre capacité à mobiliser la volonté politique pour tenir nos promesses.»

Et geet an deemem Artikel Rieds vum Netrespekt vun den Engagementer vu villen Natioune wéi Amerika, Kanada a Japan, an et ass och enttäuschend, wéi virun allem d'Europäesch Unioun, déi esou e Vorbild an der Entwécklungshëllef ass, et net fäerdeg bréngt, hir Engagementer anzehalen.

Ech erënnere mech allze gutt u meng eege Wierder aus der Ried vun 2006, mä awer och un déi vun eise Kooperatiouns-

minister, wéi mer esou stolz waren iwwert dese klore Engagement vun der Europäescher Unioun a wéi mer och esou sécher waren, dass keen esou liicht aus deemem Engagement erauskéim.

De 4. Abrëll vun deemem Joer ass keen erfollegräichen Dag fir d'Entwécklungshëllef op der Welt, well deen Dag huet d'OCDE de Verdikt an d'Zuele vum échouéierte finanziellen Engagement presentéiert, fir géint d'Aarmut an der Welt virzegoen, an esou Milliounen vu Männer a Fraen a Kanner eng Chance op e verbessert Liewen ewechgeholl, heescht et weider an deemem Artikel.

No der Presentatioun vun deenen net grad motivanteste Biller vun der internationaler Entwécklungshëllef ass dunn och nach dee weltwäite Liewensmüttelschock agetratt, dee sech zënter Längerem ugekënnegt huet an deen och vill Leit gesinn hu kommen, ouni awer richtig drun ze gleewen.

E richtegen „humanitären a wirtschaftlechen Tsunami“, wéi de Louis Michel des Liewensmüttelkris beschriwwen huet, bréngt zënter enger gudder Woch d'Leit op allen Enn vun der Welt op d'Barrikaden. Iwwerall op der Welt, vun de Philippinen bis Bangladesch, Mexiko, Ägypten iwwert de Burkina Faso, de Senegal an Indien, huelen d'Protester duerch dat staarkt Zouhuele vun de Liewensmüttelpräisser an de Stroossen zou.

Dës Situatioun schéngt sech an de kommende Wochen nach weider ze dramatiséieren, an dës a méi wéi 30 Länner, warnt déi sougenannte FAO, d'Organisatioun vun der UNO fir Liewensmüttel a Landwirtschaft, déi vun der uergster Liewensmüttelkris zënter 15 Joer schwätzt an déi eng Steigerung vu 56% vun der Weessrechnung fir déi aarm Länner fir dat nächst Joer virausgesäit.

De Weess, de Räis, den Uelech, d'Mëllech - de Präis vun alle Basisliewensmüttel huet zënter kuerzem an drastesche Proportionen zougeholl. D'Situatioun ass zum Deel esou schlëmm, dass an deene Länner, wou ee souwisou schonn nëmmen iwwer ee bis zwee Dollar den Dag verfügt, fir ze iwwerliewen, et elo just nach eemol duergeet, fir iwwerhaapt ze iessen.

D'Kanner, déi sech elo schonn ze vill eesäitig ernähren, wäerten an Zukunft nach méi ënner Mangelernährung leiden, mat schroe physeschen a psychesche Konsequenzen op hir Entwécklung.

Dobäi kënn, dass des Revolten de Friden an d'Sécherheet an deene scho souwisou oft fragil Länner menacéieren. De Jean Ziegler, spezielle Rapporteur vun der UNO fir d'Recht op Ernährung, warnt, dass mir eis op eng ganz laang Period vun Opstänn, vu Konflikter, vun onkontrolléierbare regionalen Destabilisatiounswellen astelle mussen, déi vun der Verzweiflung vun deene verwondbarste Bevölkersschichte markéiert ass.

De President vun der Weltbank Robert Zoellick huet den 11. Abrëll deklaréiert, dass d'Kris duerch déi iwwerdeiert Liewensmüttel riskéiert, de Verloscht vu siwe Joer Kampf géint d'Aarmut an der Welt mat sech ze bréngen. Et handelt sech a sengen Aen net nëmmen ëm eng akut humanitär Kris, op déi een direkt reagéiere muss, mä och ëm e mëttelfristegen Entwécklungsproblem.

D'Ursaache fir des negativ Entwécklung sinn op ville verschiddenen Niveaue ermëzefannen. Bei deser Kris hu mer et net nëmmen domat ze dinn, dass manner Liewensmüttel produzéiert ginn, mä dass och einfach méi eng grouss Demande do ass. Mir hunn et mat enger regelrechter Explosioun vun der Nofro no Fleesch a Mëllechprodukter a Länner wéi China an Indien ze dinn, virun allem awer och, well sech hir lessgewunnechte géinnert hunn. Dës gëtt dann och nach weider verschlëmmert duerch déi vill Naturkatastrophen, déi sech an deene leschten zéng Joer méi wéi verduebelt hunn, zum Deel duerch de Klimawissel bedéngt, an déi entweder duerch extrem dréche Perioden oder lwwerschwemmungen d'Produktioun vu ville Liewensmüttel onméiglech oder d'Liewensmüttel net méi brauchbar gemaach hunn.

Déi niddreg Lagerstänn an den Entwécklungslänner grenzen hir Méiglechkeete weider an, gradesou wéi déi fir si onverdeelt haft europäesch Liewensmüttelsubventionen, déi et mat sech bréngen, dass zum Beispill de Poulet aus Europa méi bëlleg um Maart an den Entwécklungslänner ugebuede gëtt, wéi hiren eegenen.

Zu engem ëmmer méi groussen an aktuelle Problem gëtt dann och nach d'Roll vun de Biokraftstoff. Fir der Steigerung vum Pëtrolspräis entgéintzewierken souwéi och dem progressiven Erschöpfen vun den Uelechquellen, setzen ëmmer méi Entwécklungslänner op d'Produktioun vu Biotreibstoff. De wuessenden Undeel vu Biosprit

bréngt leider mat sech, dass déi genotzten Akerbauflächen net fir Liewensmüttel genotzt ginn, mä als Biosprit bei eis edegen, amplatz fir eppes an de Bauch an den Entwécklungslänner.

Wat wunne mer dach an enger verréckter Welt, wann do, wou et elo schonn net vill ze iesse gëtt, och nach de Weess gebraucht gëtt, fir an den industrialiséierte Länner d'Tanken ze fëllen!

Net manner wéi 100 Milliounen Tonne Weess ginn all Joer gebraucht, fir Ethanol a Biodiesel ze fabrizéieren. Et ass ze verstoen, dass des Entwécklung elo iwwerall a Fro gestallt gëtt, an ech si frou, dass de Minister dat och elo grad hei bei eis gemaach huet.

Liewensmüttel, Här President, sinn, wéi d'Wuert et seet, Müttel fir ze liewen an dierfen eigentlech zu soss näischt genotzt ginn. De Problem, dee sech bei deser humanitärer Kris stellt, ass net nëmmen dee vum Liewensmüttelentzuch oder dee vun der Verschäerfung vu sozialen Onrouen. Hei geet et och konkret dorëms, dass den Honger direkt Konsequenzen op d'Millenniumsobjektiver huet, wéi zum Beispill d'Kannerstierflechkeet oder d'Schoulréussite.

Et ass luewenswäert, dass Lëtzebuerg als éischt Land op den Appel vun der Weltbank reagiert huet a mat deene 500.000 Euro erëm esou e klore Engagement gewisen huet, fir an humanitär Krisen anzegräifen an ze versichen ze hëllefen.

Eis Fraktioun begréisst och d'Iddi, dass eise Minister en Opruff un déi aner europäesch Natioune gericht huet, fir dat och si een Euro pro Persoun zugonschte vun der Kris spenden. An et wär wierklech e schéine Geste vu Solidaritéit, wann déi europäesch Regierungen deemem Opruff géifen nokommen.

Dir Dammen an Dir Hären, wéi ech et virdu schonn erwähnt hat, kënn dann och nach dobäi, dass d'Efforten um internationale Plang zugonschte vun der Entwécklung am Joer 2007 ofgeholl hunn. Wann am Joer 2005 nach e Rekordmontant vun 106,7 Milliarden Euro an d'Entwécklungshëllef gefloss ass, dann ass dese Betrag am Joer 2006 op 104,4 Milliarde gefall, fir am Joer 2007 e Betrag vu just nach 103,6 Milliarden Euro ze erreechen.

Besonesch traureg ass, dass et sech beim Joer 2007 och ëm eng Première an der Geschicht vun der Europäescher Unioun handelt. D'Entwécklungshëllef, déi vu 27 Memberstate gelescht gouf, gong am Joer 2007 ëm 3% zrëck an ass innerhalb vun der Europäescher Unioun an der Moyenne vun 0,41 op 0,38% gefall.

Konkret heescht dat, dass fir d'Joer 2006 1,7 Milliarden Euro manner wéi dat Joer virdrun nach an d'Entwécklungshëllef gefloss sinn. Dës ass besonesch schued, elo wou mer op hallwer Streck am Kalenner vun der Realisatioun vun de Millenniumsobjektiver sinn. Dës negativ Entwécklung muss eis ganz kloer waakreg maachen, a spéitstens elo muss mer d'Handbrems zéien.

De Fakt, dass d'Europäesch Unioun weiderhin den Haaptspender an der Welt bleift, därerf zu kenger Verschëinerung vun deenen trauregen Tatsaachen déngen. Et ass nëmmen ze begrëissen, dass d'Europäesch Kommissioun nei Moosnamen iwwert den Empfang vun der Hëllef an hir Effikasitéit proposéiert, fir sécher ze ginn, dass déi néideg a versprochen Zommen awer nach wäerten zesummekommen. Dës ass an eisen Aen eng ganz wichteg Propositioun, déi d'Aussichten op eng méhrjäreg Basis vun der Zounahm vun der Hëllef festhale soll an de Memberstaten dann erlabe géif ze weisen, wéi si hir Engagementer respekéieren, fir hir Hëllef ëm 20 Milliarden Euro zousätzlech am dem Joer 2010 eropschrauwen ze kënnen.

Mir dierfen eis awer och kee Sand an d'Ae streeë loossen, well den Haaptgrond, dass d'Entwécklungshëllef erofgaangen ass, huet manner domat ze dinn, dass manner Geld u sech gespent ginn ass, wéi déi Jore virdrun, mä dass deenen aarme Länner am Joer 2007 manner Scholden erlooss gi sinn, wéi am Joer 2006. D'Regierung rechnen ëmmer nees des Schuldenerlass bei d'Entwécklungshëllef bäi a verfälschen

eigentlich esou d'Situatioun, well se d'Kreditor vun deene betraffene Länner verbessern, hinnen awer keng frësch Suen erabréngen.

Dir Dammen an Dir Hären, all dës Entwécklungen hunn direkt Konsequenzen op déi sougenannte Millenniumsobjektiver. Dës Objektiver sinn allegueren esou matene verstréckt, datt mer dës just erfëlle kënnen, wa mer gläichzäiteg op aacht Fronte kohärent a qualitativ handelen. Leider gouf am Joer 2007 - also op hallwer Streck zënter hirer Adoptioun - festgestallt, datt virun allem de subsahareschen Deel vum afrikanesche Kontinent momentan wäit vum Schoss ass, fir de Millenniumsobjektiver gerecht ze ginn.

Dir Dammen an Dir Hären, obwuel de Prozentsaz vun deene Leit, déi mat engem Dollar oder manner den Dag liewe mussen, um afrikanesche Kontinent vu 45,9 op 41,1 zënter 1999 gefall ass, misst sech den Tempo vun dëser Steigerung, fir kënnen de Millenniumgoals gerecht ze ginn, méi wéi verduebelen. Besonnesch d'Fortschrëtt zugunsten vun de Kanner ginn op verzweifelt Aart a Weis nëmme ganz lues weider. Dëst betrëfft virun allem d'Objektiv, fir den Hunger op d'Halschent ze reduzéieren.

De Prozentsaz vun de Kanner ënner fënnf Joer, déi staarkt Ënnergewicht hunn, ass ëm just kaum en Zéngtel an deene leschte 15 Joer zréckgaangen. Weltwäit ass d'Kannerstierflechkeet säit 1990 ëm 23% zréckgaangen. Domat läit de Millenniumgoal, deen d'Reduzierung vun der Kannerstierflechkeet ëm zwee Drëttel virgesäit, wäit ewech.

Vun deene 60 Länner mat der héchster Kannerstierflechkeet sinn der leider praktesch nëmme siwen um Zil, fir dëst ze erreechen. An dach ass d'Situatioun net verluer. Am Joer 2006 war et fir d'alleréischte an der rezenter Geschicht méiglech, déi Gesamtzuel vun den Doudesfäll vun de Kanner ënner fënnf Joer ënner de Stab vun zéng Milliounen ze drécken, an zwar op 9,7 Milliounen. Dat sinn der nach ëmmer 9,7 Milliounen ze vill.

Fir dem véierte Millenniumsobjektiv gerecht ze ginn, mussen mer versichen, d'Zuel vun den Doudesfäll vun de Kanner op ongeféier véier Milliounen bis d'Joer 2015 ze reduzéieren. An och dat wäerten der nach ëmmer véier Milliounen ze vill sinn.

D'Kannerstierflechkeet an engem Land, Här President, stellt en zentrale Moosstab duer, fir d'Entwécklung vum betreffende Land ze moossen, an ass virun allem och en opschlussträichen Indice, fir d'Prioritéiten an d'Wäerter vun de Regierunge vun deene betreffende Länner festzustellen.

Här President, et bleift onverständlech, datt mer et nach ëmmer net fäerdig bréngen, fir fir méi e responsabelt Sexualverhalten an den Entwécklungslänner ze plädéieren. Ech mengen domadder näischt anescht wéi d'Benotze vu Preservativen. Well eleng dat richtegt Benotze vun engem Preservativ géif eis hëllef, enger ganzer Rei Problemer entgéintzewierken, och an der Hënsicht vun der Realisatioun vun de Millenniumgoals. Et si virun allem d'Feele vun enger sexueller Erziehung, gradesou wéi dat patriarchalesch Verhalten a villen Entwécklungslänner, déi um Ursprung vum velle Misär sinn.

Esou bleiwe weltwäit en Drëttel vun de Schwangerschaften, déi net gewünscht sinn an net geplangt sinn. D'Halschent vun de Fraen, déi entbannen, kréien net vu qualifiziertem Personal gehollet, esou datt all Joer méi wéi dräi Milliounen Kanner duerch Komplikatiounen bei oder direkt no der Gebuert stierwen. Anerer mussen hiert ganz Liewen ënner de Folge vun Krankheeten, déi hir Mamma während de Schwangerschaften haten, leiden, esou wéi och ënner de Konsequenze vun de riskierten Entbannungen. All Joer kommen 300.000 Bëbeën op d'Welt, déi HIV-positiv sinn.

Wat dann d'Gesondheet vun de Mamma betrëfft, kann ee scho bal vun engem Skandal schwätzen. Fir eng Fra aus dem subsahareschen Afrika sinn d'Risiken, fir duerch Komplikatiounen duerch eng Schwangerschaft oder eng Entbannung ze stierwen, enorm. An d'Chancë stinn 1 zu 16, wougéint dës 1 zu 3.800 an den industrialiséierte Länner ass.

D'Zuele vun de Leit, déi un Aids stierwen, si weider geklommen an hunn en traurege Peak vun zwou Milliounen am Joer 2006 erreicht. Och wann d'Prevalenz sech stabiliséiert huet, halen déi nei Fäll, besonnesch bei de Fraen, souwéi och d'Zuel vun de Leit, déi un enger avancéierter Infektioun vun HIV leiden, net op mat klammen, an zwar mat esou enger Vitesse, datt d'Traitementservicer net méi nokommen.

An d'Gesondheet vun de Kanner an hire Mamma ze investéieren, ass a bleift e weise Schrëtt. Et ass nëmme dréngend erfuenderlech, fir dem Respekt vun de Rechter vun all Mënsch gerecht ze ginn. Hei handelt et sech ëm eng beduechten Décisioun wirtschaftlecher Natur, an zwar an eent vun deene sécherste Mëttel, fir eng besser Zukunft fir d'Land ze garantéieren.

Am Beräich vun der Bildung oder besser gesot enger universeller Grondausbildung fir all Mënsch sinn d'Aschreiwunge fir d'Schoul vu 57% am Joer '99 op 70% am Joer 2005 eropgaangen, wat en enorme Succès bedeit. Et ass ebe just net einfach hei grad ewéi an anere Gebidder Erfolger ze realiséieren, well d'Zuel vun deene jonken Afrikaner, déi manner wéi 14 Joer hunn, onheemlech klëmmt a vun 348 Milliounen am Joer 2007 bis d'Joer 2015 weider op 403 Milliounen wäert eropgoen.

Besonnesch flott fënnt eis Partei déi sougenannt IDAY-Deklaratioun, wat esou vill heescht wéi „International Day of the African Child and Youth“. Dës Deklaratioun, déi vun eise Kooperationsministère ënnerstëtzt gétt, gouf den 18. Mäerz vun aacht Lëtzebuurger ONGen an Associatiounen ënnerschriwwen. Hei gétt elo geziilt bis de 16. Juni versicht, déi lëtzebuergesch Populatioun, virun allem déi Jonk ënner hinnen, fir dese Sujet ze sensibiliséieren.

Bei dëser Campagne geet et virun allem drëm, dat zweet Millenniumsobjektiv ze fördern an ze versichen d'Zugangschancë vun de Kanner a Jugendleche fir eng Grondausbildung am subsahareschen Afrika drastesch ze verbessern. Et gétt versicht, d'Regierunge vun deenen eenzelne Länner zum Handeln ze verleeden. Esou plädéiert IDAY derfir, datt déi eenzel Länner vum subsaharesche Kontinent fir d'Bildung op d'mannst esou e grouse Budget aräumen, wéi fir dee vun de militäreschen Ausgaben.

An der Period 2000 bis 2004 huet sech de militäreschen ongeféier op 9% vum PIB verchiffriert, géint nëmme dee vu 4%...

» M. le Président - Ech bieden ëm Opmierksamkeet fir d'Madame Arendt!

» Mme Nancy Arendt (CSV) - Ech hunn awer virdru ganz gutt opgepasst, Här President.

(Hilarité et interruption)

Ech géif awer och nach gäre méi am Detail op d'Kanner an déi Jugendlech am Zesammenhang mat de Millenniumsobjektiver kommen. D'Kanner an déi Jugendlech representéieren een Drëttel vun der weltwäiter Bevëlkerung a stellen an den Entwécklungslänner souguer méi wéi d'Halschent vun der Bevëlkerung duer.

Am Joresbericht vun der Unicef steet: „Fortschritte im Kampf gegen die Kindersterblichkeit sind nicht alleine von der Wirtschaftskraft eines Landes abhängig, sondern auch von der Entschlossenheit, mit der Politiker dieses Ziel verfolgen.“

An dësem Kontext géif ech gären eng Kommunikatioun vun der Europäescher Kommissioun kuerz ervirhiewen, bei där ech d'Éier hat, an der Auslandskommissioun Rapporteur ze sinn. An dëser Kommunikatioun mam Titel «Une place à part pour les enfants dans l'action extérieure de l'Union européenne» huet d'Kommissioun sech e ferm Engagement ginn, fir d'Rechter vun de Kanner ze fördern an opzepasst, datt déi fundamental Bedürfnisse vun de Kanner zum feste Bestanddeel vun hirer interner an externer Politik ginn.

Et gétt des Weidere proposéiert, e weltwäite Réseau vun der Verriedung vun de Kanner opzebauen, wou da statistesch muss festgehale ginn, wou d'Rechter vun de Kanner net respektéiert ginn. Déi schloen och e verstärkte Suivi vun den Aktiounen vir. Den Iwwerleeungen no vun der Kommissioun mussen d'Kanner net nëmme d'Häerz vun der Entwécklungspolitik ginn, wa mer d'Millenniumgoals erfëlle wëllen, mä d'Situatioun vun de Kanner muss onbedéngt verbessert ginn, wa mer d'Fragilitéit vun de Länner, d'nohalteg Entwécklung, d'sozial Kohäsion, d'Stabilitéit an d'Sécherheet op nationalem, regionalem an och op weltwäitem Niveau verbessere wëllen.

Fir d'Thema vun de Kanner ofzeschleissen, wollt ech da just nach kuerz op d'Wichtig-

keet vum Bestoe vum Friden an der sougenannter «bonne gouvernance» an alles dat, wat drunhänkt, ze schwätze kommen. Dëst sinn d'Grondvoraussetzungen, déi mussen do sinn oder déi mussen versicht ginn op d'Bee gesat ze ginn, fir iwwerhaapt kënnen richteg Hëllef ze leeschten.

Situatiounen, wéi mer se am Sudan fannen, maachen et méi wéi schwier, fir iwwerhaapt kënnen um Terrain Hëllef ze leeschten. Leider ass et esou, datt a Situatiounen vu Krisen, Konflikter, Kricher et och ëmmer hei d'Kanner erëm sinn, déi am meeschte betrafft sinn. Migrant-, Flüchtling- oder déplacéiert Kanner ginn zur Zilscheif vum Mënschenhandel an all méigleche Mëssbräich. Oft gétt bei laangjährege Krisen an dësem Kontext dann och vun enger verluerener Generatioun geschwat.

En neie Rapport, deen de 24. Oktober 2007 vun der UNO publizéiert gouf, weist drop hin, datt d'Natur vun de Konflikter an deene leschten zéng Joer geännert huet, mat ganz schlimme Konsequenze fir d'Kanner. Den neie Bilan deit drop hin, datt d'Konflikter vun haut meeschtens intern, manner visibel a méi schwéier zougängelech si fir déi humanitär Organisatiounen.

Den Ënnerscheid tëschent den Zivilen an de Kämpfer gétt ëmmer méi flou, wou de Krich a senger neier Form déi kriminell Aktivitéiten an den Terrorismus fördert. D'Kanner ginn zum Opfer vun Attacken op hir Schoulen a vun Entféierungen, déi als Zil hunn, fir se ze zwéngen, als Zaldoten oder als sexuell oder häuslech Sklaven ze déngen.

Am Joer 2006 ware wéinst Kricher oder bewaffnete Konflikter méi wéi 18 Milliounen Kanner déplacéiert ginn an doduerch konnten och méi wéi 43 Milliounen Kanner net ageschoult ginn.

An dach sinn och hei an deene leschten zéng Joer Fortschrëtt gemaach ginn, virun allem an der Preventioun vun der Rekrutierung vun de Kanner an hirer Demobilisierung souwéi och an der Beméiung, fir se nees an d'Gesellschaft anzeféieren.

Déi éischt Strofverfolgung vun internationalen Tribunalen hunn endlech stattfont an d'lescht Joer am Februar goufen déi sougenannte Prinzipien vu Paräis géint déi illegal Rekrutierung vu Kanner oder hiren illegale Gebrauch vun den Armée vun de politesche Verrieder vu méi wéi 60 Länner ugeholl.

Här President, de Réckgank vum internationale Beméien zugunsten vun der Entwécklung an den Drëttweltlänner op där enger Säit souwéi och déi akut international Liewensmëttelkris an hir Konsequenzen op där anerer Säit bréngen een dach zum Nodenken.

Iwwert d'Tatsaach eraus, datt méi qualitativ oder kohärent Hëllef geleescht muss ginn, kann ee sech froen, ob et net un der Zäit ass, d'Entwécklungshëllef nach besser un déi aktuell Zäiten unzepassen.

An dësem Kontext kommen ech einfach net ëmhin, dee ganz gudder Rapport, dee vu verschidde ONGen hei zu Lëtzebuerg ausgeschafft an eis an der Kommissioun vun der Aussepolitik presentéiert gouf, ze ernimmen.

Dës Initiativ ass an eiser Kommissioun fir absolut begrëssenswäert a léierräich emfonnt ginn a mir hoffen och nach weider op esou interessant Zesummentreff mat Leit, déi duerch hir Experienz an hirt Wëssen, duerch hiert laangjäregt Schaffen um Terrain mat gudden Iddien bei eis kommen, fir eis Entwécklungshëllef nach besser ze gestalten.

An hirem Rapport fanne mer eng ganz Partie vun interessanten Denkestëss, déi ee motivéieren, fir eis Hëllef nach méi nohalte, kohärent an héichwäerteg ze maachen.

Här President, d'CSV ass fest dovun iwwerzeegt, datt, fir aus der Aarmut erauszukommen, déi am mannsten entwéckelte Länner virun allem un der Mondialisatioun vun den Austäisch mussen deelhuele kënnen. Ouni d'Schafe vun engem gerechten a méi oppenen Handelssystem op där enger Säit an ouni déi néideg Investissementen an der Landwirtschaft vun den Entwécklungslänner op där anerer Säit ass et einfach onméiglech, datt déi Aarm an iergendenger Form vun der Globalisatioun profitéieren kënnen.

Mir mussen versichen, d'Doha-Négociatiounen, déi e weltwäite méi gerechten Handelsregime schafen, aus der Sakgaass ze zéien, an dëst esou séier wéi méiglech.

E weltwäite Handelssystem, dee méi gerecht ass a méi op ass, géif de Baueren an den Entwécklungslänner erlaben, hir Produktionskraaft an d'Luucht ze schrauwen.

Besonnesch elo am Kontext vun der internationaler Kris mussen déi Aarm d'Méiglechkeet nees kréien, e gutt Stéck méi bëlleg u Liewensmëttel erunzekommen. Elo ass de Moment do fir déi landwirtschaftlech Subventiounen ze eliminéieren an d'Mäert fir d'Liewensmëttelimporter opzemaachen. En Accord géif den Entwécklungslänner méi grousse Opportunitéiten ginn, fir méi produktiv ze ginn an d'Präisser duerch den Handel erofzedrécken.

D'Industrielänner mussen den Entwécklungslänner hëllef, dat ongenotzte Potenzial an der Landwirtschaft an de regionalen Handel weiderzuerweien, fir laangfristeg sech selwer mat Liewensmëttel andecken ze kënnen, an den Ofschloss iwwer en neit Welthandelsokkomme wier einfach eng terribel wichteg Viraussetzung.

Här President, fir d'CSV leeft dann och nach kee Wee laanscht d'Investissementen am Beräich vun der Agrikultur.

Déi aktuell Entwécklung maachen, datt d'Problematik vun der Landwirtschaft an de Vierdergrond vun der Aktualitéit katapultiert gétt an zu enger vun deene gréisste Suerge weltwäit ginn ass. Besonnesch haut, wou mer erwaarden, datt d'Landwirtschaft d'Ernährung op der Welt verbessert, datt se eng Äntwert op deen demographesche Wuesstum vu muer bréngt, mä awer och datt se d'Energie produziéieren kann an an engem spuersam mat den natierleche Ressourcen ëmgeet.

Et muss an den Drëttweltlänner intensiv an d'Entwécklung vun de ländlechen Infrastrukturen investéiert ginn, souwéi och an d'Formatioun an den Know-how vun de Baueren an den aarme Länner.

An dësem Kontext muss den Zougank zu besseren Düngemittel a besserer Saat souwéi och zu moderne Bewässerungssystemer, wéi mir se proposéieren, favoriséiert ginn, déi et dann erlaben sollen, d'Ertrag vun den Ernten ze verbessern.

Et mussen nei Stroossen, nei Lagerméiglechkeete souwéi och Plaze geschafe ginn, wou déi landwirtschaftlech an Ernährungsproduktiver kënnen transforméiert an ugeleecht ginn. Et muss an déi agronomesch Recherche investéiert ginn an et muss versicht ginn, de betraffene Länner ze hëllef, sech géint d'Risiko vun der Klimavariatioun ze wieren oder ze schützen.

Fir eis Partei gétt den Zougank zum Finanzement gradesou zu engem decisiven Element. Duerfir ass et wichteg ze versichen, esou vill Leit wéi méiglech an den Entwécklungslänner vun der Mikrofinanz profitéieren ze loosse.

Deen enorme Succès, deen d'Mikrofinanzementer an den Entwécklungslänner hunn, beweist, datt kleng Kreditorer schonns duer ginn, fir deenen ënneschte Bevëlkerungsschichten de Liewensstandard daitlech ze verbessern, an et spiert een eng onheemlech Dynamik an dësem Dossier.

D'Mikrofinanz huet e Succès, deen net méi ze bremsen ass an dee mat Sécherheet nach weider Potenzial huet.

Traureg awer och hei, wéi verschidde Länner, zum Beispill Südafrika, extrem héich Taux d'intérêts verlaangen, an d'Fro muss einfach erlaabt sinn, ob esou iwwerdriwwe Profitter op der Säit vun deem, deen d'Sue léint, iwwerhaapt de Label vun der Mikrofinanz verdéngt hunn.

Dir Dammen an Dir Hären, da wollt ech nach just kuerz en aneren Aspekt uschwätzen, dee fir mech am Kontext vun der Entwécklungshëllef extrem wichteg ass, an dat ass dee vum „fairen Handel“.

D'Aussoe vum President vun TransFair-Minka, Jean-Louis Zeien, si bei mir op e grousst Erstaune gestouss: Wéi ass et méiglech, datt 80% vum europäeschen Orangejus aus Brasilien kënnt, wou d'Kanner op de Felder d'Orange plécke mussen?

Fairen Handel heescht jo u sech, datt d'Produzenten an den Entwécklungslänner e faire Präis fir hir Produkter kréien, deen net nëmme déi real Käscht vun hirer Aarbecht an hirer Produktioun erméiglecht, mä deen dozou eng sozial gerecht an ëmweltverträglech Produktiounsweis erméiglecht.

Iwwer eng Millioun vu Produzenten a 50 Länner ginn op dës Aart a Weis an hire lokale Strukture gestärkt, fir esou zu enger méi grousser wirtschaftlecher Autonomie ze kommen.

D'EU stellt de gréisste Maart fir dës fair gehandelt Produkter duer mat 60-70% vum weltwäite Verkaf. Lëtzebuerg läit beim Pro-Kapp-Verbrauch mat fair gehandelte Produkte weltwäit mat un der Spëtzt.

Obwuel eng ganz Partie Ministèren a Verwaltungen och elo schonns op dës Produkter zréckgräifen, wär et schéin, wann eis

Regierung eng nach méi konsequent Haltung zu dësem Sujet géif anhuelen, besonnesch bei öffentlechen Ausschreibungen.

Ech wollt an dësem Kontext kuerz op eng Question parlementaire ze schwätze kommen, déi mäi Kollege Marcel Oberweis zesumme mat mir gestallt huet. Ënner anerem hate mer eis op en Uerteel vun der Cour de district vu Groningen an Holland referéiert, dat festgehalen huet, datt dës hollännesch Provënz d'Recht huet, fir an hiren öffentlechen Ausschreibungen d'Basiskritäre vum fairen Handel, wat d'Akafé vum Kaffi ubelaangt, mat anzuschléissen. Doriwwer eraus hate mer och ugefrot, ob d'Regierung sech kéint virstellen, eng Akafspolitik ze féieren, déi de fairen Handel privilegéiert.

Déi concernéiert Ministeren hunn an hirer Äntwert op eis Fro präziséiert, datt et elo schonns legal festgehalen ass, datt esou Kritäre bei öffentlechen Ausschreibungen prinzipiell festgehal kéinte ginn.

Ech wollt de Minister duerfir haut froen, ob et net méiglech wär, datt d'Regierung an hirer Akafspolitik nieft de Produits du terroir Fairtrade-Produkte géif bevirdelegen.

Här President, wann Der erlaabt, géif ech gären eng Motioun am Numm vun der CSV zu dësem Sujet déposéieren, déi dës Iddi erëmgëtt, a wollt meng Kollegen heibanne froen, ob si och bereet wäeren, dës Initiativ matzedoen.

Motion 1

La Chambre des Députés,

- *considérant que dans le monde, une personne sur sept ne mange pas à sa faim;*

- *considérant qu'il y a 1,3 milliard de paysans dans le monde, dont 1 milliard travaillent la terre à la main;*

- *considérant que les petits producteurs de produits agricoles tropicaux sont presque toujours en position de faiblesse au moment de la vente de leurs récoltes à l'intermédiaire local qui, le plus souvent, les revendra à profit aux grandes entreprises;*

- *considérant que les prix qui leur sont payés fluctuent en fonction des grands marchés mondiaux ce qui fait que parfois les paysans sont contraints de vendre à perte;*

- *considérant que les producteurs en question n'ont pas toujours accès à l'information sur l'évolution des prix, ni aux outils pour transformer leurs produits ou aux moyens de transport pour les exporter;*

- *considérant que les cultures de masse sont souvent destructrices pour l'environnement;*

- *considérant que le commerce équitable est un mouvement social et un partenariat commercial qui obéit à différentes normes sociales, économiques et environnementales ayant pour but d'améliorer la situation des producteurs qui y adhèrent;*

- *considérant que la démarche du commerce équitable a ainsi pour but de modifier en profondeur les pratiques commerciales et de consommation en proposant un modèle de production et d'organisation alternatif préservant les droits des producteurs et travailleurs marginalisés;*

- *considérant qu'il s'agit avant tout de produits tropicaux (café, fruits exotiques, cacao, chocolat...) qui ne sont pas de nature à remettre en cause la politique d'approvisionnement en produits du terroir du Gouvernement;*

invite le Gouvernement

- *à promouvoir le commerce équitable, soumis à des contrôles indépendants, en tant qu'outil efficace pour réaliser les Objectifs du Millénaire pour le Développement (OMD);*

- *à considérer l'inclusion dans ses appels d'offre publics des critères de base de commerce équitable, au titre de sa liberté à exercer une influence en matière de développement durable;*

- *à privilégier au sein des services gouvernementaux les produits issus du commerce équitable.*

(s.) Nancy Arendt, Marc Angel, Félix Braz, Lydie Err, Charles Goerens, Jacques-Yves Henckes, Marcel Oberweis.

Här President, ech iwwerreechen lech d'Motioun.

» **M. le Président.** - Merci, Madame Arendt.

» **Mme Nancy Arendt (CSV).** - Här President, wann Der erlaabt, Dir Dammen an Dir Hären, et ass praktesch net méiglech, dës Debatt ofzeschléissen, ouni e puer Wierder iwwert de Klimawissel ze soen.

Bis elo goufen de Kampf géint d'Aarmut an dee géint d'Erwärmung vum Planéit nach oft separat behandelt. Wat net richtig ass. Well och erëm an dëser Hisicht wäerten et déi Aarm - esou wéi de Minister et och virdru scho gesot huet - an den Entwécklungslänner sinn, déi am meeschten ënnert dem Klimawissel ze leiden hunn.

Hei ass e Gebitt, wou mir och als Lëtzebuerger nach verbesserungsfäeg sinn a wou een éierlecherweis muss zouginn, datt eis Klimapolitik net ëmmer an Aklang mat eiser Kooperatiounspolitik läit.

De Kyoto-Protokoll, dee jo de Réckkaf vun CO₂-Emissionen erlaabt, dréit net ëmmer zur nohalteger Entwécklung bäi.

Dréit d'Aart a Weis, wéi mir CO₂-Emissionen zréckkafen, hannen um Ënn net souguer zu enger méi grousser Aarmut an den Entwécklungslänner bäi?

Wéi richtig ass d'Uplanze vun CO₂-bannender Flora oder Planzen an den Entwécklungslänner, déi de Kohlendioxidvolumen méi kleng maache sollen, wa mer genau wëssen, datt se zu enger Reduzéierung vun der Biodiversitéit um Terrain féieren?

Wéi schlëmm ass dat massiiv Ofholze vun de Bëscher an der Drëtter Welt, fir Energie aus Biomass ze produzéieren, wou Milliounen vu Mënschen - jo - an och Déieren hir Liewensbase ewechgeholl kréien? D'Fro dierf erlaabt sinn, firwat mer net dës Rechter ausschliesselech aus Projete kafen, déi den ëmwelt- a sozialverträgleche „Gold Standard Label“ hunn.

Mir musse besser kontrolléieren an et muss och méi transparent ginn, wou mer eis Rechter akafen. Mir mussen eis hannerfroen, ob dës Projete dann och wierklech zur nohalteger Entwécklung bäidroen. Et muss eis dach ze bedenke ginn, datt déi aarm Länner ëmmer erëm d'Rechnung musse bezuelen, fir datt déi industrialiséiert Länner sech hiert Gewësse berouege kënnen a mat Biosprit-Autoe fueren ënnert dem Deckmantel vum Ëmweltschutz.

E Schimmer vun Hoffnung féinnt een an den Aussoe vum Dominique Strauss-Kahn, dem Direkter vum FMI, deen um Radio den Duerchbroch an der Entwécklung vun den Hydrogenmotoren ugekënnegt huet, déi anscheinend méi effikass si wéi déi, déi mat Biotreibstoff fueren. D'Weiderentwécklung vun der Fuerschung op dësem Gebitt ass an den zukünftigen Diskussiounen net ze vernoléisegen, allerdéngs weess keen, wéi wäit se wierklech nach sinn.

Léif Frënn, et mierkt ee ganz däitlech, wéi vill verschidde Gebidder hei matenee spillen a vernetzt musse ginn, fir datt e Gesamtpuzzle am Intérêt vun deenen Aarme kann als en eenheetlecht Bild zesummekommen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir hunn dës Welt nëmme vun eise Kanner an deenen hire Kanner ausgeléint. Loosse mer op eis Äerd oppassen, well et gëtt nëmme eng, an et wär schéin, wann op hir méi fair a méi gerecht kéint verdeelt ginn.

Mir kënnen d'Mentalitéit aus villen Entwécklungslänner net einfach esou hinuelen, wou „Barça oder Barsakh“ an de Käpp verankert ass. Dëst Spréchwuert, wat esou vill heescht wéi „Huel d'Boot, oder stierf!“, dréckt aus, woufir déi jonk Afrikaner, ouni emol schwammen ze kënnen, net zécken, a kleng Nosseschuelen ze sprangen an um Mier honnerte Geforen ausgesat ze sinn, déi trotzdeem sech léiwer deem Risiko aussetzen, wéi der Hoffnungslosegkeet an hirem eegene Land ze verfallen.

An der Zukunft dierf d'Flucht aus der Heemecht zu kengem Moment déi eenzeg Optioun fir déi jonk Leit aus den Entwécklungslänner sinn. Si mussen Hoffnung schöpfe kënnen a Chancë kréien, fir datt sech d'Situatioun vun hirem eegene Land esou verbessere kéint, datt si och do eng Zukunft fir sech an hir Famill kënnen gesinn.

Mir selwer dierfen net ofstumpfe vis-à-vis vun de Booten, déi all Dag un de Küste vun Europa ugeschwemmt ginn. Mir selwer dierfen net zouloossen, datt dat trauregt Schicksal vun de Kanner, déi un Honger stierwen, eis net méi beréiert. Mir dierfen et net als normal emfannen, wa Fraen a Kanner a Konfliktsituatiounen richter weider vergewallegt ginn, a mussen opjäizen, wa Kanner als Kannerzaldoten, béleg Aarbechskraaft oder Sexsklave mëssbraucht ginn.

Här President, et geet net duer mat gudde Wierder. Mir mussen eis Engagementer a Versprieche anhalen. A mir musse grouss Natiounen, déi vill méi e groussen Impakt hu wéi mir, motivéieren, datt dës Länner op eng fair an éierlech Aart a Weis och an dës Länner investéieren, fir datt déi iwwerhaapt emol eng Chance kréien, eppes selwer op d'Been ze setzen. Hei geet et net duer mat

lëtzebuergeschen Drépsen op e waarme Steen. Hei muss richteg politesche Wëllen op Weltniveau vun allen industrialiséierte Länner bestoen, fir eppes ze veränneren.

Ech kommen zréck op mäin éischte Saz, dee mat Sécherheet aner Natiounen sech méi zu Häerz mussen huele wéi mir selwer:

«Nous avons l'argent, nous avons les médicaments et nous avons le savoir-faire. Le véritable défi est notre capacité à mobiliser la volonté politique pour tenir nos promesses.»

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Arendt. Nächste Riedner ass den honorablen Här Goerens.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt dem Minister Merci soe fir seng Deklaratioun. An an deem Merci wollt ech selbstverständlech seng Equipe, déi hien am Ministère huet, mat aschléissen, déi eng formidable Aarbecht mécht an déi och dozou bäidréit, datt dee Bilan, deen haut virgedroe ginn ass, konnt esou ausfalen, wéi dat de Fall war de Mëtteg. Merci dofir, an och Encouragement vu menger Fraktioun, fir esou weiderzefueren.

De Minister huet ugefaange mat engem Zitat, a wat fir de Minister gutt ass, kann eis Recht sinn. Ech wollt och mat engem Zitat ufänken. Dat héiert sech folgendermoossen un: «Dans tous les cas de figures, l'argent est préférable à la pauvreté.» D'Zitat ass vum Woody Allen an trifft e bëssen op eis zou. Mir sinn an där glécklecher Lag, datt mer Geld hunn, datt mer räich sinn, datt mer net deem aneren Zeenario ausgeliiwert sinn.

D'Fro ass dann: Wat mécht ee mat deem Geld? Mat deem Geld, wat eise Räichtum ausmécht, gi mer 0,85% ronn vun Räichtum, dee mer all Joer produzéieren hei am Land, aus fir Solidaritéit ausserhalb vu Lëtzebuerg. Da bleiwen nach 99,1 oder 99,15%, jee nodeem wéi de PIB à la fin du compte gerechent gëtt. Ech mengen, dat steet eis gutt zu Gesicht.

Ech wollt dann och en zweet Zitat beméien. Dat kënn vu mir - ech weess, et gëtt besser Referenzen, mä ëmmerhin. Dat Zitat héiert sech folgendermoossen un: „D'Lëtzebuerger Kooperatiounspolitik, wéi se vun den 80er Joren u gemaach ginn ass bis haut, ass awer wierklech déi Kooperatiounspolitik an der Europäescher Unioun, déi mat deenen allermannsten Hannergedanken auskënn.“ An ech mengen, well mer se mat deenen allermannsten Hannergedanken maachen, kënnen mer eis och op dat Essenziell konzentréieren. Dat ass d'Bekämpfung vun der Aarmut.

Wann een dat Zil awer och nëmme ee Moment aus den Ae verléiert, dann huet ee jo aner Mobiler, aner Beweggrënn, déi d'Entwécklungspolitik solle stimuléieren an dynamiséieren, wann ee sech eng Enveloppe financière donnée reservéiert huet.

Ech fannen, et steet eis gutt zu Gesicht, datt mer ouni Hannergedanken un déi Saach do erugin. Dat ass awer net iwwerall de Fall. An ech weess och, datt een als Kooperatiounsminister der Tentatioun oft ausgesat ass oder Tentatiounen vun aneren zougedroe kritt, fir vun deem Prinzip e bëssen ofzewäichen, fir da Problemer ze léisen, déi net méi déi si vun eisen Zillänner oder vun der Bekämpfung vun der Aarmut an eisen Zillänner, mä déi sech dann iwwerschnede mat enger Moosnam, déi eis eventuell och kann um nationale Plang guttdinn.

Ech wëll net ausschléissen, datt déi eng oder déi aner Iwwerleeunge sech emol kënnen iwwerschneden. Mä am Prinzip läit ee richtig, wann ee sech op dat Essenziell konzentréiert, nämlech d'Bekämpfung vun der Aarmut.

Elo kuerz zur Bewäertung, déi de Minister senger eegener Politik ginn huet. Dat ass kee Selbstlob, mä hien huet sech do baséiert op eng ganz Partie Evaluatiounen, notamment déi vun der OCDE, déi vu reellen Avancéee schwätzt, an dat ass och gutt esou. Ech fannen, mir sollen op deem Wee bleiwen.

D'OCDE an deene Berichter, déi se mécht, kann och eng Source vun Inspiratioun si fir eng Partie aner Länner, Partenaire, déi nach dat viru sech hunn, wat mir schonn zum Deel duerch d'Experienz vun de leschte Joren hannerun eis hunn.

D'Evaluatioun ass e schwieregt Gebitt. Well et gëtt jo e puer Lecturë vun där Situatioun. Et gëtt eng Lecture misérabiliste, déi seet, egal wat mer maachen, d'Aarmut héllt nach ëmmer zou. Wann een dat allerdéngs nuancéiert, ass dat net méi gradesou evident,

well et gëtt eng Partie Plagen, wou reell Succësen ze verzeechne sinn.

Eenzel Zillänner wéi de Cap-Vert a Mali - fir nëmme just déi zwee ze nennen - sinn eng Histoire à succès. Dat muss een unerkennen. D'politesch Alternance fonctionnéiert do. Et ass eng Demokratie am Opbau, déi och vun Afrikaner gedroe gëtt.

Et gesäit een och, datt e bëssen Nohaltegkeet eng reell Chance kritt, fir sech duerchzesetzen an eenzelne Programmer. Et mierkt een och, datt eng Participatioun vun de Leit op der Plaz selwer dozou bäidréit, datt déi Erfolger ëmmer erëm nei Initiativen an Investissementer erviruffen. Bref, dat ass ganz flott.

Och dat, wat iwwert de Vietnam gesot ginn ass. Mir kënnen och nach aner Länner nennen, déi Fortschréttler gemaach hunn. Ech deelen och d'Appréciatioun, datt een net soll au motif engem Land, dat elo schonn e puer Joer an enger „Erfolgssträhne“ ass, de Krunn zoudréinen an deem Land de Réck dréinen. Wann een dat mécht, dann iwwersäit een, datt een erëm ganz séier an een aneren Zeenario kéint zréckfalen.

Den Drama vum Cap-Vert ass jo deen, well se aus dem Statut vum Pays le moins avancé an deen anere Statut erakomm sinn, datt d'Baileurs de fonds hinnen de Réck dréinen. Duerfir fannen ech et gutt, datt Lëtzebuerg bereet ass, och do d'Plaz vun anere Partenaire mat ze iwwerhuelen, déi dann och bereet sinn, Lëtzebuerg Suen unzevertrauen, déi Lëtzebuerg da kann iwwer seng Acteuren ofwéckelen.

Ech wëll dat hei net verdéiwen, well ech deelen déi Appréciatioun, déi iwwert d'Zillänner gemaach ginn ass. Ech wëll awer och an der Bewäertung een Acteur mat erwähnen, deen enorm wichteg ass. Deen ass vill méi schwéier ze evaluéieren, well et ass net een Acteur, et sinn der ronn 80. Dat sinn eis Netregierungsorganisatiounen - d'ONGen, wéi mer jo fleegen ze soen.

D'ONGe sinn ee wichtegen Acteur, well si stellen eng Bréck duer tëschent eise Land an deem Land, an deem si schaffen. Eng Bréck, iwwert déi eng Partie Informatioun fléissen, iwwert déi eng Partie Aidé fléissen, iwwert déi Technolietransfert gemaach gëtt. A virun allem ass déi Bréck aus zwee Pilieren zesummegeesat, wou ee Pilier hei steet, an ee Pilier an den Entwécklungslänner entsteet; besonnesch an Afrika.

Ech ka mech erënnere, am Joer 2000, wéi d'Konventioun vu Lomé ofgeännert ginn ass, fir zu där heiteger Konventioun vu Cotonou ze féieren, huet sech d'Fro gestallt: Wéi traitéiere mer déi nei Generatioun vun Acteuren de Privatsecteur engersäits, an d'ONGen anerersäits? Et ass haaptsächlech géint de Widerstand vun eise Partenaire aus Afrika, wou mer mam Acteur - ONG - d'Promotioun vun der Société civile duerchgesat hunn, datt mer déi duerch d'Tenacitéit an d'Beharrlechkeet, mat där dat négociéiert ginn ass, à la fin du compte erakritt hunn.

Firwat ass dat esou wichteg? Vill Länner, iwwert déi mer schwätzen, kenne grouss Aarmut; soss wiere mer net do. An déi Aarmut huet eng Haaptursach. Dat ass Insécurité. An d'Insécurité huet eng Haaptursach. Dat ass Aarmut. An do, wou Insécuritéit an Aarmut ass, hu mer ee Problem vu Gouvernance. A wou mer e Problem vu Gouvernance hunn, hu mer ee Problem vu Maîtrise vum Stat a vu sengen Administratiounen, fir déi Haaptaufgaben, déi principales fonctions régaliennes ze assuméieren.

Do, wou dat net ka gemaach ginn, kann een natierlech net bis an de leschten Eck fir Sécherheet suergen. Do, wou de Stat net strukturéiert ass, ass et awer gutt, wann zumindest dann d'Sociétéit ufänkt sech ze strukturéieren. Do ass ee vun den essenzielle Rôle vun den ONGen, nämlech deen, fir an den Entwécklungslänner deene Sociétéiten e bësse Struktur ze ginn duerch déi Pilieren, déi si opriichten. Duerno kann „am Ende des Tages“ eng Gouvernance iwwert dat Ganzt gesat ginn, déi dann en nationale Charakter huet. Dat ass enorm wichteg. Duerfir: Schonns eleng dat, wat si aus deem Grond maachen, ass essenziell am Mérite relevéiert ze ginn.

Dat Zweet ass, datt d'ONGen och hei am Land ee ganz wichtege Rôle spillen a puncto Sensibilisatioun. Déi Sensibilisatioun ass och wichteg, well se d'ONGen net de Kontakt verléiere léisst engersäits mat den Afrikaner oder mat deene Länner, wou se op anere Kontinenter zesummeschaffen, awer och mat eiser Gesellschaft. Eis Gesellschaft muss wëssen, wéi et konkret um Terrain ausgesäit. Och do gëtt et nâischt Besseres wéi déi Courroie de transmission, déi all ONG individuell duerstellt.

Ech géif si och wëllen encouragéieren op deem Wee weiderzefueren. Och déi Instrumenter, déi agesat goufen am Laf vun de leschte Joren, notament d'Promotioun vum Accord-cadre, ass e richteg Wee, fir och méi strukturéiert a méi strategesch un d'Aarbechten erunzegoen. Dat gëtt den ONGe méi Berechebarkeit an och manner finanziell Ofhängegkeet vun de Bailleuren hei am Land, well de Stat jo awer an deem doten Accord an där Formule trotzdeem méi investéiert, wéi dat an anere Formulen de Fall ass.

Ech wollt am Kader vu menger Interventioun awer op eng Thematik besonnesch hiweisen. Dat ass déi vun der Kohärenz vun de Politiken. Wat ass eng kohärent Politik? Eng kohärent Politik ass, wann een an engem Domaine donné eppes opriicht an et passt een op, datt een net an engem aneren Domän eppes mécht, wat dat, wat een an deem engen Domän operéiert huet, erëm muttwëlleg zu Fall bréngt.

D'Handelspolitik ass een Domän, wou ee kann testen, wéi kohärent datt een ass. D'Energiepolitik ass een Domän, wou ee kann testen, wéi kohärent datt een ass. Eis Konsumgewunnechte sinn een Domän, wou mir kënnen testen, wéi kohärent datt mir sinn.

(M. Laurent Mosar prend la Présidence)

Wéi kohärent datt mir sinn, gesi mer och, wa mer d'Zesummepill vun deenen eenzelnen Acteure gesinn. A bei all Guddem, wat ech iwwert d'Lëtzebuerger Kooperatioun gesot hunn, hu mer awer nach ee rise Chantier virum eis, wa mer wëllen eng kohärent Démarche maachen um Niveau vun deene 27 Acteuren - plus d'Kommissioun; um Niveau vun deenen 28 Acteuren - an der Europäescher Unioun.

Ech fannen et scho bal skandaléis, datt, nodeem mat grousem Pomp ugekënnegt ginn ass, datt mer 0,7% géifen errechen am Joer 2015, der do ganz vill d'Been noziéien. Ech fannen et net an der Rei, datt nëmme just da reell Fortschrétt bei eenzelnen Acteuren um europäesche Plang erziilt ginn, wann et drëm geet, fir Scholden nozeloossen, déi éligibel ze maachen au titre vun der Aide publique au développement, wëssend, datt déi Scholde souwiso ni zrëckbezuelt gi wieren. Dat doten ass am Fong geholl einfach eng Écriture, déi de façon fictive d'Gesamtzuele vun der Aide publique au développement vun engem Land gonfléiert.

Dat fannen ech wierklech net gutt. Ech fannen, wann een op d'Zil vun deenen 0,7% fir 2015 wëllt kommen, da gëtt et keen anere Wee, fir par paliers ze procedéieren, fir den Niveau linear an deem Land, wou een ass, deen am Regelfall ënnert deenen 0,7 ass, un déi 0,7 ze kréien.

Wann een elo op 0,3 ass, an et huet een nach acht oder siwe Joer Zäit, fir dat doten Zil ze errechen, da misst een deen Effort am Fong duerch acht dividéieren an dann all Joer dee Share droptesselen.

Aus budgetäre Grënn, well et kann een net vun engem Joer op dat anert einfach 0,5% oder 0,4% an de Budget bäisetzen, wëssend, datt och um europäesche Plang déi eenzel Haushalter Schwieeregkeeten hunn, fir boucléiert ze ginn.

Een zweete Grond ass awer och essenziell. Dat ass nämlech, et muss ee sech den Know-how ginn, fir kënnen déi gréisser Mass vu Moyenë richteg ze géréieren. Dat mécht een och net mat Spréng, déi éischer u russesch Bierger op engem Graphique erënneren, wéi wann ee linear virgeet.

Wann een iwwer Kohärenz schwätzt, da muss een awer och ee Wuert verléieren iwwert déi Krokodilstréinen, déi de Moment den FMI an d'Banque Mondiale amgaange sinn ze verschëdden. Ausgerechent vun

deenen zwee Acteuren, déi sech awer enorm vill verzeien ze loossen hunn an deem, wat si an de leschte Joren a Jorzéngte gemaach hunn - fir net ze soe verbrach hunn -, vun deene kéint ee vlâicht e bësse méi Demut a Bescheidenheet erwaarden, wa se un d'Analys vun eenzelne Saachen eruginn.

Den FMI ass mat responsabel fir déi Päerdskuren, déi den Entwécklungslänner octroyéiert goufen a vun deenen déi allermeescht sech bis haut nach net erkritt hunn. En ass mat responsabel, datt d'Korruptioun an deene Länner Bléie gedroen huet. Wann den FMI haut seet, dat mer virum enger Hongersnout stinn, da kann den Dominique Strauss-Kahn, deen de Moment Directeur général vum FMI ass, bestëmmt perséinlech net derfir. Mä déi Institutioun, déi hie vertritt, ass awer zu engem ganz groussen Deel mat responsabel.

Wie gradesou vill mat responsabel ass, dat ass d'Banque Mondiale, déi am Regelfall ëmmer fir ganz niddreg Agrarpräisser, och an den Entwécklungslänner, plädéiert huet, wat manifestement d'Connaisseuré vun der Zeen derzou gefouert huet, datt sech ni eng Agrikultur richteg an deene Länner konnt dévelopéieren.

Wann een also seet, héich Agrarpräisser si schlecht fir d'Entwécklung an engem Entwécklungsland, da muss een dat awer terribel staark nuancéieren. Wa si extrem héich sinn, datt deen, deen an der Stad leeft, sech nâischt méi ka leeschten, hie keng Aarbecht a keng Revenuen huet, da mag dat wuel richteg sinn. Mä wa se esou niddreg sinn, datt deen, deen d'Liewensmëttelen hierstellt, emol selwer net kann dovunner liewen, da muss ee soen: Dat ass awer och net richteg.

Dat, wat do am Fong gefeelt huet, war eng spezifesch, op d'Besoin vum den Entwécklungslänner an hire Populatiounen zougeschnitten Agrarpolitik. Et deet mer leed: Déi d'ärf een net anere Considératiounen, a sief et handelspolitesche Considératiounen, ënnerwerfen.

Domat wiere mer bei den Accords de partenariat économique ukomm. Wa mer vu Kohärenz vun de Politike schwätzen a mir gesinn, datt um Niveau vun der Europäescher Kommissioun ganz laang Zäit de Commissaire, deen zoustänneg ass fir d'Handelsbeziungen, d'Heft an der Hand huet, an herno eréischt gëtt de Commissaire, deen zoustänneg ass fir d'Kooperatiounspolitik, erugezunn, dann ass dat keng kohärent Démarche. Wann een nämlech do och d'Politik ausgerichtet hätt op d'Besoin vun de Leit, dann hätt ee missen de Commissaire, deen zoustänneg ass fir d'Kooperatioun um Niveau vun der Europäescher Kommissioun, vun Ufank u mat deem Dossier chargéieren, an den Handelscommissaire hätt kënnen komplementar dozou seng Awänn abréngen.

Et ass just de Contraire geschitt. Wann ee wëllt kohärent sinn, da muss een och kucken, datt een um Niveau vun der Implementatioun vun enger Politik déi richteg Approche huet. An dobäi fäerten ech och, datt mer et mat ze vill Acteuren um Terrain ze dinn hunn an datt mer eenzel nei Entwécklungen ze spéit erkennen.

Ech kommen op eng Region, déi ech e bësse besser kennen, dat ass déi a Westafrika.

De Problem a Westafrika ass dee vun enger Region, déi elo 290 Milliounen Awunner huet. Wann d'Demographie déi Pointen erreicht, déi nach ni am Raum an an der Zäit bis haut erreicht goufen, an et esou weidergeet, da si mer do an 20 Joer op 410, 420 Milliounen an an 30 Joer op enger hallwer Milliard. Eleng an deene 17 Staten, déi et tëschent der Mauritanie an dem Tschad gëtt.

An där Region hu mer e groussen Espace, e quasi Espace de libre circulation, an déi Region u sech misst als Region unerkannt ginn. Si misst e Statut kréien. Wa mer vu Kohärenz vu Politike schwätzen, da misste mer och kucken, datt mer iwwert d'Deklaratioun vu Paräis eraus och déi als Entitéit géifen unerkennen. Ech soen och firwat.

Wann Dir op der Rive vum Niger op deem lénken Ufer e Spidol hutt, wat eng Spécialisation donnée huet, an op deem rietsen Ufer hutt Der en anert Spidol, am Nigeria dann an dësem Fall, dee genau datselwech huet, da maache mer zweemol datselwech. Et wier vlâicht besser, déi zwee kéinte matene schwätzen a si géifen encouragéiert ginn, datt deen ee Servicer géif ubidden, déi deen aneren net géif ubidden, an d'Patiente kéinten iwwert d'Grenz goen, jeeweils sech déi Servicer ubidde loossen, déi se bei sech am Land net kennen.

Mir brauchen onbedéngt vill méi Dynamik an der Coopération transfrontalière, aus ganz evidente Grënn, wat och mat Kohärenz vun der Politik ze dinn huet. Sâit Frontex do ass, gi jo d'Immigranten net méi op den europäesche Grenze blockéiert, wa se wëlle wandern, mä da gi se à la sortie de leur pays d'origine blockéiert.

Wa se also net méi kënnen auswanderen, da misste se awer och d'Méiglechkeet kréien - esou wéi et am Regelfall och ass, wat 90% maachen, dat ass eng Migratioun innerhalb vun deem Espace vun der Communauté des États de l'Afrique de l'Ouest -, datt se, wa se hiert Land verloossen, an deem anere Perspektive fannen. Éischtens d'ärf se net blockéiert ginn an zweetens misse se an der Complémentaritéit vun deem, wat deen aneren ze bidden huet, kënnen och e Grond fannen, fir weider ze migréieren.

Mir brauchen do onbedéngt eng nei Dynamik, an et wier och gutt, wann d'Europäesch Unioun ass 28. Partner vun der Kooperatioun sech deem do nach vill méi géif unhuelen an iwwert d'Accords de partenariat économique eraus déi Koordinatioun, dee Besoin vu Koordinatioun sech an de Fändel schreiwën.

Datselwech gëllt och fir d'Agrarpolitik an deene Regionen. Wa mer déi Region do nach eng Kéier kucken, hu mer eng Zone extrêmement fragile. Dat ass déi, déi mer am Norde vum Niger hunn. Am Norde vum Sahel wunne siwe bis acht Milliounen Leit, déi am meeschte menacéiert sinn, wann et zu enger Liewensmëttelknappheet kënnt.

Mä wann een awer kuckt, wéi et war, ier déi éischt Puissancen déi Länner kolonialiséiert hunn, da mierke mer, datt se déi Zäit eng Politique de stockage hate vu Liewensmëttel, déi sech op dräi Joer bezunn huet. Si hate Cycléi vun dräi Joer. Si hunn d'Liewensmëttel esou stockéiert, datt se ëmmer Reserven haten, déi dat Dräifacht vun enger Joresrécolte duergestallt hunn. Du koum et praktesch ni zu Hongersnéit.

Wann een elo kuckt, wat ëmmer recommandéiert ginn ass vun internationalen Organisations a wat och an der Europäescher Unioun selwer praktizéiert gëtt, da brauche mer eis net ze wonneren, firwat datt praktesch nâischt an de Stocken ass. Weltwäit ass et esou, datt an Zäit vun dräi Joer Stocken, déi virum dräi Joer, also am Joer 2005 ongeféier, 35% vum Weltkonsum ausgemach hunn, elo mëttlerweil op 17,9 erfogaange sinn.

Dat Réckféieren an dat Verschwanne vu Reserve vergréissert natierlech d'Précaritéit a mécht aus dem Hunger eng wierklech Menace fir besonnesch déi Bevëlkerungen, déi menacéiert sinn.

Jo, wann een dat weess an et kennt een d'Mëttelen, déi ee muss asetzen, fir Hongersnéit ze prévenéieren, an et weess een, datt déi mussen iwwert de Stockage goen, da muss een och wëssen, datt déi Agrarpolitik, a besonnesch déi Politique alimentaire vun deene Länner muss gehollef kréien, esou Reserven unzeleeën. A wa se dat aus eegener Kraaft net packen, da misse se gehollef kréien, dat ze maachen.

A wann een dat weess, dann d'ärf ee se och net encouragéieren, fir Produktiounen ze maachen, déi net hirer Bevëlkerung zeguttkommen, also op Production vivrière ze verzichten, mä da muss een deene Länner och d'Méiglechkeet ginn, datt se kënnen haaptsächlech fir hiren eegene Bedarf produzéieren.

An da muss ee sech och emol d'Fro stellen, am Kader vun der Kohärenz vun de Politiken: Wat ass dann déi eigentlech Vocation économique vun deene Regionen?

An de leschten zwee Joer ass eppes geschitt, wat irréversibel ass a mengen Aen a wat vun enger relativ grousser Bedeutung ass och fir d'Zukunft a wat een onbedéngt muss gesinn hunn, wann ee wëllt eng komplett Lecture maache vun der Situatioun.

Méi wéi 50% - och do - lieue mëttlerweil a Stied. Net well se an de Stied eng gréisser Perspektiv hunn, mä well se um Land keng Perspektiv méi haten.

Wat maachen alleguer déi Leit? An d'Fro misse mer eis och stellen am Kader vun der Kohärenz vun de Politiken: Kann ee sech ee Land op der Welt virstellen, wat et fäerdeg bréngt, zu Wuelfstand ze kommen oder zu engem relative Wuelfstand ze kommen, oni eng zolidd Phas vun Industrialisatioun?

Bis elo gëtt et just ee Land, wat dat fäerdeg bruecht huet, dat ass Neiseeland. An et gëtt ee Land, wat probéiert an der Autarcie ze liewen, dat ass Nordkorea. A mir gesi jo, wat d'Ursaache sinn, firwat datt dat eent et fäerdeg bréngt a firwat datt dat anert an der Autarcie net wäit virukënnt. Mir sollen dat

einfach emol als Faire-valoir huelen, fir déi Politiken, déi mer wëlle promovéieren, weider ze kréien.

Wat kënnen mer dann elo do maachen?

Mir sollen och do d'Potenzial, wat et an där Géigend gëtt, notament erëm eng Kéier Westafrika, a senger voller Ampleur erkennen. Et ass eng Géigend, déi Pétról huet, et ass eng Géigend, déi Matière premières huet. Mir fänken un ze mierken, datt awer mat deene Pointen, déi d'Pétrolspräisser kréien, déi d'Energiepräisser kréien, den Transport ëmmer méi problematesch gëtt an datt mer eng nette Prédispositioun hunn, wéinst deenen deieren Transportkäschten, Matière premières net méi vill ze vill wäit ze transportéieren, mä datt elo awer schon d'Iwwerleeung kënnt, fir déi op der Plaz selwer ze transforméieren. Et ass eng reell Chance vun den Entwécklungslänner, fir op deen Zuch ze sprangen.

Fir dat ze errechen, misst een natierlech voraussetzen, datt eng gutt Gouvernance do wier.

D'Kohärenz vun de Politiken: Déi, déi relativ no bei enger gudder Gouvernance waren, kennen awer och gréisser Rechten, wéi zum Beispill d'Côte d'Ivoire. Wann een d'Côte d'Ivoire als Ganzt hält, da mierkt een, datt an deem Land den Undeel vun der Entwécklungshëllef an gesamte Revenu national brut awer relativ kleng ass. Bei deenen enge Länner geet et bis un 10%, bei deenen aneren ass et 5%. Ech menge bei der Côte d'Ivoire wier et méi no bei 5% wéi bei 10%, oni elo d'Exactitude vun de Chifferen hei wëllen ze betounen oder ze beanspruchen.

Wat ass do geschitt? Wéi de Gbagbo Krich géint d'Rebelle gefouert huet am Norden, ass e bei d'Entreprisé Sue siche gaangen. En huet och Sue kritt fir de Krich ze bezuelen. En huet awer virum Krich keng Sue vun deenen Entreprisé kritt ënner Form vu Steieren. Wann ee wierklech awer wëllt hunn, datt eng Valeur ajoutée op der Plaz realiséiert gëtt, da muss dat do och klappen. Da muss d'Gouvernance an der Rei sinn. Da muss och kënnen eng Ëmverdeelung am Land selwer iwwert de Wee vun der Steuerperception a vun der Redistribution vun de Revenuen iwwert den nationale Budget geschéien.

Dat kann net nëmme am Ende des Tages kommen, wann alleguer déi aner Saache virun erfüllt sinn. Dat muss ee praktesch vun Ufank u probéieren, soss geet dat Ganz net. Well wann ee gesäit, wéi kleng trotzdeem den Undeel ass vun den Entwécklungsgelder am Gesamtétat vun engem Land, da mussen déi aner 95% Revenuen awer besser agesat ginn. Ech fannen, do ass et och un eis, fir dorop anzewierken, dass déi Gouvernance besser gëtt.

Ech wollt awer och nach zum Schluss eppes soen iwwert déi ganz Problematik Klima, Energie an Hunger an der Welt, oder fir et op een einfachen Nenner ze bréngen: Produzéiere mer fir den Teller, oder produzéiere mer fir den Tank?

Och do wier eng nuancéiert Lecture ubruecht. Ech hu kee schlecht Gewëssen, wann an der Europäescher Unioun een Deel vun der Biomass verwäert gëtt a Biogasanlagen, wann en ëmgewandelt gëtt a Strom an an alternativ Energie.

Ech hunn e Problem, an ech mengen, mir alleguer hunn e Problem, wann, fir dat Zil ze errechen, mir d'Entwécklungslänner misse plëmme goen. Dann hu mer e reelle Problem.

Mä mir kënnen awer net an där Onkohärenz an an der kollektiver Lige weider rasonnéieren a soen, dat, wat mir hei produzéieren, an dat, wat hei an den Tank geet, geet op d'Käschte vun den Entwécklungslänner. Esou einfach ass et nun awer wierklech net.

Ech mengen, dat, wat d'Europäesch Unioun muss maachen, dat ass drop verzichten, datt mat öffentleche Gelder iwwerschësseg Produktiounen exportéiert ginn, fir domat net d'Marché an den Entwécklungslänner bradéieren ze goen. A wann een d'Marché an den Entwécklungslänner net wëllt bradéiere goen, da mussen déi Produiten hei an der Europäescher Unioun bliwen. A wann déi Produiten an der Europäescher Unioun net kënnen konsuméiert ginn, da muss een awer zumindest de Courage hunn, och dozou ze stoen, datt een déi dann an Energie ëmwandelt. Dat ass a mengen Aen nâischt Répréhensibles.

Da stellt sech nach d'Fro, wéi nohalteg mir dat kënnen maachen. Déi Fro huet absolut hir Berechtigung. Do brauche mer Indicateuren, Kritären, Berechnungen, fir ze kucken, datt een dat och kann op eng nohalteg Manéier hierstellen. Dann ergëtt

sech e Prozentsaz, deen ee mat rouegem Gewësse kann ustriewen, wann een dat och no de Kritären an den Indicateure vun der Nohaltegkeet mécht.

Duerfir muss mer ganz gutt oppassen, wat d'Ursaach ass vun der Famine oder vun der Menace de famine am Rescht vun der Welt. Ech menge bis zum Bewäis vum Géigendeele, datt et ganz wéineg Länner gëtt, souguer bei den Entwicklungslänner, déi net d'Potenzial hätten, fir sur le plan alimentaire autosuffisant ze ginn. Déi allermeescht hunn déi Méiglechkeet.

Ech wëll nach eng kéier un d'Beispill vu Westafrika erënneren. Wann een elo en termes de rendement oder de production agricole par tête d'habitant kuckt, da stelle mer do eng Stagnatioun an de leschten 30 Joer fest. Dat heescht, 2008 produzéieren déi Länner pro Kapp vun der Bevëlkerung a puncto Agrarproduktioun genau datselwecht wéi virun 30 Joer. Et muss een awer net vergiessen, datt d'Bevëlkerung sech do an de leschten 30 Joer mat dräi multiplizéiert huet. An absoluten Zuele gesäit dat Resultat also wesentlech besser aus. An Zuele ramené par tête de pipe gesäit dat anescht aus. Wann een déi do Nuance emol mécht, da weess een, datt et e Potenzial gëtt an den Entwicklungslänner, fir dorop ze kommen.

Dat do ass elo déi Géigend, déi déi gréissten a verrécktesten Demographie huet. A fortiori missten aner Länner, déi och nach e bessert Potenzial hunn, fir Landwirtschaft ze maachen, och kënnen autosuffisant gi sur le plan alimentaire.

Dat do ass och kee Plädoyer, fir den Handel komplett ofzeschaffen, mä d'Prioritéit muss bei der Ernährung vun der eegener Bevëlkerung leien. An dat bedéngt och am Kader vun der Kohärenz vun de Politiken, datt déi Länner och esou eng Politik akzeptéieren, an dat setzt och viraus, datt sur le plan global déi grousse Acteuren - d'OMC, d'Weltbank, de Fonds monétaire international - déiselwecht Lecture maachen an och déiselwecht Konklusiounen deelen. Well wann deen ee seet - normalerweis ass dat dee Généréisten, deen een an der Kooperatioun erëmfënt -, dat muss esou geschéien, da seet d'Weltbank genau de Contraire.

Ouni datt dat berechent ass, seet si, d'Liewensméttel mussen onbedéngt bëleg sinn, a si iwwersäit, datt si domat am Fong d'Agrarproduktioun futti mécht. Dat kann esou net goen!

Wann een do wëllt kohärent operéieren, da mussen déi Acteuren alleguer um selwechte Strang zéien. Ech froe mech, wéi laang dat nach muss daueren, bis déi puer Haaptacteuren, déi och ganz schwéier weien an der Entscheidungsfindung, sech zesummesetzen an emol zu enger hallwer Dose decidéieren, datt si emol déi gemeinsam Lecture maachen a kucken, wat d'Besoiné sinn.

Wa si och do géife vum Prinzip inspiréiert ginn, wat dat Besch ass, fir kënnen d'Aarmut ze bekämpfen, ech mengen, da kéinte si bal net zu anere Schlussfolgerunge kommen, wéi dat, wat ech elo versicht hunn hei ze erklären.

Dem ist aber nicht so. Ech hunn eng ganz Partie Acteuren a mengem Liewe begéint, déi emol keng Berechnung gemaach haten, déi vill iwwert d'europäesch Agrarpolitik geschwat hunn a vill iwwert de Misär an der Welt geschwat hunn - ënner anerem de Generaldirekter vun der FAO -, déi emol net foutéiert waren, fir eng Evaluatioun ze maache vun der Reform vun der leschter Agrarpolitik op d'Situatioun an den Entwicklungslänner.

Wann ee sech awer wëllt eng Capacité de prospective ginn, da gehéiert och dozou, datt een déi Saachen analyséiert. Da gehéiert et och dozou, datt een dat, wat ee mécht, respektiv dat, wat een net mécht, evaluéiere léisst, an da muss een iergendwann zu Konklusiounen kommen.

De G8 ass jo méttlerweil en Ersatz ginn oder en Embryo gi fir esou eng Aart Welt-Gouvernance. Si gi Schold noloossen an da gi si déi aner froen, fir dat kënnen ze bezuelen, wat si da virdu beschloss hunn. Zum Beispill hu se Scholden nogelooss, déi d'Banque mondiale accordéiert huet. 50 Milliarden Dollar - e kleng Fësch! Mir hunn ni Sue geléint, well mir alles sous forme de don ginn. Mir mussen awer mat zrëckbezuelen - aus Solidaritéit.

Ech mengen, et wier awer och un eis, fir eis an deem doten Débat mat anzuschalten an ze soen, wann nach eng kéier esou eppes passéiert, géife mir där virdu gefrot. Oder mir soen elo: Wann Dir nach eng kéier esou eppes macht, unni eis ze froen, kommt net duerno bei eis de Grapp ophalen, fir dat do erëm hëllefen zrëckbezuelen!

Ech mengen, mir bräichten een anere G8, wou d'UNO mat all hiren Ableger dra wier, wou déi grousse Acteuren, déi sur le plan agricole eppes ze bestëmmen hunn, dra wieren, wou d'Welthandelsorganisatioun mat dra wier. Wann déi sech emol eng kéier eens wieren a si géife sech emol eng kéier aspären, bis wäissen Damp erauskënnt, da kéint een och vläicht zu méi enger kohärenter Politik kommen.

Op deem schwierigen Ëmfeld beweegt sech d'Lëtzebuurger Kooperatiounspolitik, déi, wéi gesot, mat hire beschten Intentionen, awer somme toute mat deene Moyenen, déi se engagéiert, e bescheidenen Undeel un der Weltentwicklungs-hëllef duerstellt. Et kann een hir nëmme gutt Chance wënschen, datt si aner Partenaire iwwerzeegt kritt.

Ech mengen, dat gehéiert och dozou, an dat gëtt jo och gemaach. Et gehéiert zur Aarbecht vun der Entwicklungspolitik, et gehéiert zur Aarbecht vum Minister a senge Leit, fir deen Discours och an d'international Enceinte ze droen.

Ënnert deem Liicht ass och déi nächst Konferenz iwwert d'Efficacité de l'aide au développement ze gesinn. Ënnert deem Liicht ass och déi nächst Konferenz iwwert de Financement vun der Aide publique au développement ze gesinn.

Vu datt jo um Plang vun de Gespréicher iwwert d'Reorganisatioun vum Welthandel oder vun den OMC-Verhandlungen wahrcheinlech näischt wäert geschéien, bis d'Amerikaner en neie President hunn, fällt et am Fong gutt, datt déi zwou Konferenzen nach dëst Joer sinn, déi eng zu Accra an déi aner zu Doha, fir dann och do ze versichen, Afloss op d'Geschéien ze kréien, an der Hoffnung och, datt een amerikanesche President kënnt, dee vläicht méi rezeptiv ass fir esou Argumenter.

Wann déi, déi keng Entwicklungspolitik maachen, wéissen, wat hiert Handele fir e groussem Impakt huet op d'Situatioun vun deenen Aarmen an den Entwicklungslänner, da géife si sech wahrscheinlech direkt bewosst ginn, datt si sech an deem doten Débat missten aschalten.

Ech fannen et richtig, datt de Minister de Klima mat Ernährung verschafft huet. An deenen dote Saache misst de Kooperationsminister am Fong eng Aart horizontal Kompetenz hunn. Den Ëmweltminister misst an aneren Domänen eng Aart horizontal Kompetenz hunn. A wa mir dat emol méi an eist Gebaren erakréien - et ass éischer gesot wéi gemaach, well ech hu jo och eng Zäit laang d'Responsabilitéit gehat an deem Département, unni esou wäit ze kommen, wéi ech mir dat virgestalt hat -, da kéint ee vläicht eng Kohärenz an dat Ganzt kréien.

Well mir mussen hei bei eis doheem och kohärent bleiwen. Dat ass gutt fir d'Entwicklungslänner, dat ass virun allem och gutt fir eis selwer, well an Zukunft, mengen ech, gëtt et nëmme just nach ee Modell, an deem e bësschen Zukunft dran ass, dat ass dee vun der Approche cohérente vu sämtleche Politiken. An et ass keen Domän, deen deen aneren onberéiert léisst.

Ech géif zum Ofschloss nach eng kéier soen, datt mir eng enorm Chance hunn, datt déi Politik hei sech kann ofwéckelen am generelle politesche Konsens. Et ass keen hei an Haus, deen déi Haaptfinalitéiten an och de Financement vun deene Moyenen, déi gebraucht ginn, fir déi Finalitéiten ze realiséieren, a Fro stellt. Meng Fraktioun mécht do keng Ausnahm.

Ech soen Iech Merci fir Är Opmierksamkeet.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Goerens Merci. Als nächste Riedner ass den Här Marc Angel agedroen. Här Angel, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Marc Angel (LSAP).** - Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt direkt am Ufank dem Minister Schiltz Merci soe fir seng Deklaratioun an och fir säin Asaz um europäeschen an internationalen Plang. Ech wëilt och dem Ministère an un der Spëtz dem Här Bichler Merci soen, all den Acteuren hei zu Lëtzebuerg an um Terrain vun den ONGen, vu Lux-Development, déi joran, joraus gutt Aarbecht leeschten. Hinnen all e grouesse Merci!

Den Här Goerens huet mat deem Wuert „Konsens“ opgehale. Ech wollt dat widderhuelen. Mir hunn hei zu Lëtzebuerg e Konsens. Entwicklungszusammenarbeit ass e wichtige Piller vun eiser Aussepolitik. Mir bewegen eis lues awer sécher op d'Zil vun 1% vum RNB fir dës Politik hin.

Dës Bereitschaft gëtt och net a Fro gestallt. Entwicklungszusammenarbeit an Aide

humanitaire si ganz komplex Themen, an et ass eng grousse Erausforderung, Entwicklungszusammenarbeit esou ze organiséieren, dass sech an de Partnerlänner och tatsächlech eppes am positive Sënn verännert. Duerfir ass et wichtig, dass mir eis ëmmer erëm mat deeneselwechte Froe beschäftegen: Wat ass Aarmut? Wat sinn d'Ursaache vun der Aarmut? A wéi kënne mir mat eisen dach awer bescheidene Mëttelen dozou bäidroen, dës Aarmut ze bekämpfen?

Pro Kapp gerechent, gehéiert Lëtzebuerg, wéi mer jo wëssen, weltwäit zu deene Länner, déi dee gréissten Effort maachen. Während déi meescht Industriestater wäit dovun ewech sinn, 0,7% vum hirem Revenu national brut fir Entwicklungszusammenarbeit auszeginn, obwuel si sech dozou verflucht hunn - dat hu jo och scho vill Virriedner gesot -, ass Lëtzebuerg scho laang iwwert dee Seuil eraus. A well eisen RNB opgrond vun engem gudden Wirtschaftswuesstum klëmmt, gëtt och déi Zomm, déi mir fir Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung hunn, konstant méi grous.

Trotzdem, wa grousse Länner wéi Frankräich oder Däitschland am Verhältnis zu hirem RNB manner ausginn, wéi Lëtzebuerg, da sinn dat awer an absoluten Zuelen ëmmer nach Zommen, déi an der Grëssenuerdnung un eise gesamte Budget erukommen. Dogéint wierkt eise Bäitrag bescheiden. Wann een dat dann a Relation setzt mat der Zuel vun den Entwicklungslänner a mat de Besoinen, déi all eenzelt Land hätt, fir wirklech eng grousse Strukturreform mat Succès kënnen duerchzuführen, ass dat eng Drëps op de waarme Steen.

Ech soen dat net, fir d'Leeschtung vun eiser Kooperatiounspolitik klengzerieden. Ech soen dat just, fir nach eemol daitlech virun Aen ze féieren, dass Entwicklungshëllef unni eng kohärent Handels- an Aussepolitik wéineg Impakt huet a mir als Lëtzebuerg eleng näischt kënnen erreechen, wa mir net enk mat eise Partner an der EU zesummeschaffen.

Dat heescht, dass mer eis kritesch mat der EU-Politik respektiv mat der Kooperatiounspolitik vun aneren EU-Memberstaaten auseerneeetze mussen. Mir mussen eis do uschléissen, wou mer mengen, dass mer e sënnevolle Bäitrag kënne leeschten a probéieren, ob mer an deem engen oder anere Beräich net eng Plus-value mat era kënne bréngen. Obwuel mer kleng sinn, solle mer eis um europapolitische Plang fir eis Iddië staarkmaachen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, eng vun deenen Diskussiounen, un deene mer eis ganz sécher mussen bedeelegen, well se enormen Afloss op d'Ziler vun eiser Entwicklungshëllef huet, ass déi iwwert déi sougenannten APEen, déi Accords de partenariat économique. Mir wësse jo all, dass am Joer 2000 zu Cotonou en neit Partnerschaftsofkommen tëschent deene 77 AKP-Staten an der EU ënnerschriwwen ginn ass.

Fir am Aklang mat de Regele vun der OMC ze sinn, hätte mer jo misse bis Enn 2007 déi sougenannten APEe mat den AKP-Länner, déi sech a sechs Regionalgruppen andeelen, ofgeschlossen hunn. Trotz deem enormen Drock vun der EU-Kommissioun, a besonnesch vum Handelscommissaire Mandelson, konnt awer nëmme mat enger Regioun - an zwar der Karibik - esou en APE ofgeschlossen ginn.

Déi meescht afrikanesch Länner waren awer net bereet, APEen ofzeschléissen, well si genau wëssen, dass eng géigesäiteg Handelsliberaliséierung si net aus hirem wirtschaftlecher Randstellung erausbréngt. Si selwer soen, dass zum Beispill ee Grond duerfir de Manque un Infrastrukturen ass, wouduerch et fir si net méiglech ass, den Accès zum europäesche Maart auszunutzen.

Eng einfach Ouverture vum Maart geet net duer, well afrikanesch Produiten u bestëmmten EU-Regelen, wéi zum Beispill phytosanitär Moosnamen oder Héchstwäerter fir chemesch Substanzen, scheidere. Vill vun de Produiten aus Afrika sinn awer qualitativ exzellent an hätten nawell keng Chance um EU-Marché. En oft zitéiert Beispill ass dee qualitativ héichwäertege Kotteng aus Westafrika.

Ech fannen, dass während deene jorelange Verhandlungen iwwert d'APEn, a besonnesch d'lescht Joer, wéi den Drock ëmmer méi grous ginn ass, well d'Deadline vun der OMC den 31. Dezember 2007 war, den Aspekt vun der Ouverture vun de Mäert nëmme nach am Vierdergrond gestanen huet. Dat op d'Käschte vun deenen aneren zwee Ziler, déi d'APEn beinhalten, an zwar éischters déi regional Integratioun vun de Länner innerhalb vun deene sechs Re-

giounen, an zweetens den Aspekt vun der Aarmutsbekämpfung.

Elo, 2008, hu mer d'Situatioun, dass zum Beispill an deene verschiddene Regionalgruppen an Afrika Länner sinn, déi schon e Fräihandelsafkomme mat der EU ënnerschriwwen hunn, a Länner, déi sech et erlabe konnten, hir Signature ze refuséieren. Dëst huet iwwerens och zu diplomatesche Spannungen innerhalb vun deene verschiddene Länner geféiert. Heiduerch ass déi regional Integratioun besonnesch an Afrika total ofhängeg vun den Négociatiounen mat der EU-Kommissioun.

Och de Fait, dass et zum Beispill schwéier ass fir Länner an enger Regionalgrupp, sech op eng Lëscht vu sougenannten «Produits sensibles» ze eenegen, dréit net zur regionaler Integratioun bäi. Dës Produits sensibles dierfe jo maximal 20% vum Handel ausmaachen a bénéficiéiere jo vun engem Régime d'exception. Et ass och fir d'AKP-Länner schwéier, sech iwwer esou eng Lëscht eens ze ginn, well déi meescht Länner sech op verschidde Produktéi spezialiséiert hunn.

Net zu Onrecht hunn eis Verrieder vum Cercle des ONG virun zwou Wochen an där zoustänneger Chamberskommissioun rappéléiert, dass Lëtzebuerg en Intérêt un där regionaler Integratioun vun den afrikaneschen Länner huet, a besonnesch wat d'Grupp vu Westafrika ugeet, well sech jo do fënnel vun eisen zéng Zillänner be-fannen.

Si hunn eis och gesot, dass an deem Zusammenhang d'Lëtzebuurger Kooperatioun - mat lech un der Spëtz, Här Minister - sech derfir asetze soll, dass d'Zil vun der regionaler Integratioun bei den APE-Négociatiounen soll prioritär behandelt ginn. Si proposéiere souguer, dass et sënnevoll wär, eng Aart Monitoring op Lëtzebuurger Säit ze organiséieren, a ginn d'Beispill vun engem Gremium, dat déi verschiddenen Acteure vun eiser Kooperatioun regruppéiert an dorop oppasst, dass d'APE-Négociatiounen mat den Ziler vun eiser Kooperatioun vereinbar sinn. Ech perséinlech - an d'Madame Arendt sot mer, si géif dat och eng gutt Iddi fannen -, mir begréissen dese Virschlag a wäere frou, Här Minister, Är Meinung zu deser Propos ze héieren.

Dir, Här Minister, waart a sidd och nach ëmmer e Verfechter, dass d'APEn en Entwicklungsinstrument bleiwe sollen. Ech sinn och iwwerzeegt, dass vill aner vun Ären europäesche Ministerkollegen där Meinung sinn. Duerfir wann ech gelift, setzt lech weider duerfir an a suert derfir, dass d'EU-Kommissioun an deem Dossier erëm méi eng Attitüd vu Partenaire kritt an dës Négociatiounen net méi esou aggressiv féiert!

Ech wär och frou, wann Dir, Här Minister, eis nach e puer Detailler kéint ginn iwwert déi geplangte Mesures d'accompagnement, fir de Schock ze milderen, deen d'AKP-Staten erliewe wäerten, wann hir Avantagen an der Handelsbeziung mat der EU, déi si haten, net méi bestinn. D'EU an d'Memberlänner mussen also elo kredibel Arrangementer huelen, wat déi geplangte Begleitmoosnamen ugeet.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, och wann ech deelweis e kritesche Bléck op d'APEn geworf hunn, weess ech awer, dass virun allem Wirtschaft an Handel nei finanziell Mëttele schafen. Mir hunn dat an Asien um Beispill vun den Tigerstate gesinn. Och Afrika soll enges Daags vun deene positiven Tugende vun der Mondialisatioun kënne profitéieren an ekonomesch integréiert Mäert opbauen.

Duerfir nach eng lescht Remarque am Kader vun den APEen. D'EU offréiert jo och eng Transitionperiod vun 20 Joer. An deem Kontext ass jo och virgesinn, dass fir all Regioun e Regionalfong kreéiert muss ginn. Dës Gelder solle jo hëllefen, déi Nettosteierperten, déi déi AKP-Länner erleiden, duerch d'Suppressioun vun den Droits de douane opzefänken, oder vläicht besser gesot ze kompenséieren. Hoffentlech kann d'EU dës Gelder elo och schnell débourséieren! Duerfir wëll ech och ervirsträchen, dass ech et gutt fannen, dass deen zéngte FED ëm 35% méi héich ass, wéi deen néngte FED; Fonds Européen de Développement.

Wa mer iwwer Handelskonditiounen tëschent aarmen a räiche Länner schwätzen, gëtt et awer eng Kategorie vu Produkter, fir déi ganz speziell Regele musse gëllen. Ech schwätzen hei vun de Liewensmëttel, ouni déi kee Mënsch kann iwwerliewen, an déi duerfir net nëmmen ënner reng kommerzielle Gesiichtspunkten därefer gekuckt ginn.

Wéi Der all wësst, ass an deene leschte Méint d'Liewensmëttelknappheet e groussen Thema. Mir spieren et bei eis a mir liesen all Dag an der Zeitung, dass weltwäit d'Präisser fir Liewensmëttel an d'Luucht ginn. Dat treëft natierlech déi äermste Leit an äermste Länner am härtesten, a besonnesch déi, déi virdu schonn um Existenzminimum geliefert hunn.

D'Äntwert um internationalen Niveau op dës Problemer ass scho prett. Ech hu viru kuerzem en Artikel um Site vum World Food Programme gelies, wou den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon d'Situatioun analyséiert. Hie kënnt zur Konkusioun, dass déi international Gemeinschaft kuerzfristeg verstärkt mat Liewensmëttelhëllef muss asprangen. De World Food Programme wëllt an dësem Joer 73 Milliounen Mënschen ernieren a brauch, eleng fir d'Präisdeierecht auszegläichen, 500 Milliounen Dollar méi.

Mëttel- a laangfristeg soll déi sougenannten „gréng Revolutioun“ d'Ernährungssécherheet garantéieren. Aarm Länner solle modern Technologien asetzen, fir hiren Ertrag ze steigere an sech géint ongeschéitg Wiederbedéngunge besser ze schützen. Kleng Bauere sollen e besseren Zougang zu de Mäert kréien an esou vun de Benefisser vum Welthandel kënne mat profitéieren.

D'Haaptausso vun deem Artikel war: „Wir wissen, was getan werden muss, um den Hunger zu bekämpfen. Was wir benötigen, ist der politische Wille.“ Ganz esou einfach ass et menger Meenung no awer net, ganz dovunner ofgesinn, dass de politesche Wëllen tatsächlech oft feelt.

Well firwat treëft eng Präishausse um Weltmarkt bei de Liewensmëttel bestëmmte Länner besonnesch haart? Et betrëft virun allem déi, déi an engem héije Mooss ofhängeg si vun de Liewensmëttelimporter.

Stark ofhängeg vu Liewensmëttelimporter sinn net nëmmen Länner, an deenen et zum Beispill ongewéinlech Drécheperiode gëtt oder schlecht Ernten, mä vill Länner, deenen hir Ressourcen duerch e Krich zerstéiert goufen oder wou et am Moment schwierig ass eppes unzebauen, well andauernd Konflikter der Zivilbevölkerung d'Liewe schwéier maachen.

Héich Präisser fir Basisnahrungsmëttel maachen och deene Länner Problemer, déi hir Landwirtschaft op e puer Produkter konzentréiert hunn, déi besonnesch interessant fir den Export sinn.

Mir mussen also eng genau Analys maachen, wéi een Impakt d'Politik vun der Europäescher Unioun an deene verschiddene Beräicher op d'Ernährungssécherheet vun den Entwécklungslänner huet. An do ass et leider net esou einfach, eng adequat Léisung ze fannen, wéi den UN-Generalsekretär dat geschriwwen huet.

Wa vun haut op muer honnerttausende Mënsche riskéieren un de Suite vun der Mangelernährung ze stierwen, déi bis viru kuerzem nach ouni Hëllef auskomm sinn, gëtt et kuerzfristeg net vill Alternativen zu de Liewensmëttelhëllef vum World Food Programme. An dach wësse mer, dass et net sielen dës Form vun Hëllef ass, déi déi eege Liewensmëttelproduktioun vun deene Länner nach reduzéiert an d'Ofhängegkeet verstärkt an och oft pérenniséiert.

Aus der kuerzfristeger Nouthëllef muss méiglechst schnell eng Entwécklungshëllef ginn, déi d'Liewensmëttelproduktioun vun deem betraffene Land ënnerstëtzt, an et muss séchergestallt ginn, dass déi Äermst dovunner kënne profitéieren.

A ville Regione kéint d'Ernährungssécherheet verbessert ginn, wa besonnesch och déi kleng Bauere mat Hëllef vu modernen Ubautechniken e bessere Rendement vun hiren Agrarfläche kéinten erreechen. Mä och hei besteet e grouse Risiko, e kuerzfristige Succès mat méi enger héijer Ofhängegkeet an Aarmut ze bezuelen.

Wa méi eng intensiv Landwirtschaft d'Bauern dozou zwéngt, deiert Saatgut ze kafen, wa se dëst wéinst de Patentrechter net méi kënne weider vermehren, wa se musse vill Geld fir Kunstdünger a Pestiziden ausginn, wa se op eemol op deier Maschinnen ugewise sinn, déi an hiren Regione net produzéiert ginn, relativéiert dat d'Virdeeler vu méi héijen Ertrag.

Wann et ëm d'Versuergung mat Liewensmëttel geet, wär et wichtig, d'Autonomie vu lokale Gemeinschaften respektiv vu Regione an Länner ze ënnerstëtzen. D'Subsistenzwirtschaft mécht kee räich, mä si kann awer oft dat Schlëmmst verhënnere. E Land verstärkt an de Welthandel mat anzubannen, mécht zwar nei Chancen op, am Liewensmëttelberäich ass dat awer een zweeschneidegt Schwäert, wann een d'Produktioun ze staark op den Export ausricht.

Groussgrundbesëtzer hunn d'Moyenen, fir sech un international Standarden unzepassen an e gudden Rendement ze erzielen. Déi Kleng bleiwen dobäi awer oft op der Streck.

Et wier an deem Kontext interessant ze kucken, wéi wäit eis Kooperatiounsprojete kéinten eng Dezentraliséierung vu liewensnoutwendige Servicer ënnerstëtzen an domat der Landflucht e bëssen entgéintwierken.

D'Zil vun eiser Entwécklungshëllef, mä virun allem vun eiser Handels- an Agrarpolitik misst et sinn, d'Ofhängegkeet vun den Entwécklungslänner vu Liewensmëttelimporter an och d'Ofhängegkeet vun den äermste Bevölkerungsschicht vu Liewensmëttelhëllef ze reduzéieren. Dat heescht, dass eenzel Länner och musse fräi sinn, protektionistesch Mesuren ze ergräifen, wann dat hinnen hëllef, dëst Zil ze erreechen.

Wann een d'Positioun gesäit, déi d'EU am Moment a Froe wéi d'APEn, déi ech virun ugeschwat hunn, anhëlt, oder beim Patentrecht oder bei den OGMen oder bei der Agro-Energie, geet dat net, mengen ech, an déi richteg Richtung. Oft gëtt dann d'WTO no vir geschoben, där hir Regele keng Handelsbeschränkungen zouloossen.

D'WTO-Regele sinn awer keng Naturgesetz, mä e politeschen Accord. An et sief drun erënnert, dass d'WTO mam Zil gegrenzt gouf, de Welthandel méi transparent a méi fair ze maachen. Wann d'Regele vun dëser Institutioun éischter een Deel vum Problem, wéi een Deel vun der Léisung ginn, da muss een och kënne iwwer hir Ännerungen diskutéieren. Datselwecht gëllt och fir d'Regelen, déi d'EU sech selwer gëtt.

E Paradebeispill duerfir ass déi aktuell Diskussioun ëm de Klimaschutz an de Biodiesel oder, wéi et entre-temps politesch méi korrekt heescht, d'Agroenergie.

Mir sinn eis all bewosst, wéi wichtig de Klimaschutz fir eis Zukunft ass a mir ënnerstëtzen och duerfir d'Iddi, dass d'Europäescher Unioun an deem Dossier eng Virreiderroll spillt. Als eng vun deene räichste Regione op der Welt hu mer d'moralesch Verflüchtung, méi grouss Efforten ze maachen, wéi aner.

De moraleschen Drock gëtt nach méi grouss, wann een drun denkt, dass eise Räichtum op der Industrialiséierung berout, déi net onwesentlech zum Klimawandel bäigedroen huet. A virun allem wäert de Klimawandel besonnesch erëm déi äermste Länner treffen, wat an deem Fall duebel ongerecht ass.

Et ass also am Prinzip liewenswäert, wann d'EU sech ambitiéis Ziler setzt, fir d'Emissionen vun Zäregasen ze reduzéieren an de Verbrauch vu fossilen Energieträger no an no wëllt duerch erneierbar Energien ersetzen. Dobäi ass et net vu virera schlecht, aus Planzen Energie ze gewinnen. Schliesslech hate mer jo hei an der EU an deene leschte Jorzénge eng grouss Iwwercapaciteit an der Liewensmëttelproduktioun.

Ziler, wéi eng Baimeschung vun 10% Agrosprit bei den normalen Diesel, sinn awer kee Selbstzweck. Wann ee feststellt, dass déi negativ Konsequenzen d'Virdeeler iwwerweien, muss een esou Décisionen och erëm kënne revidéieren. Mir begréissen et duerfir, dass eis Regierung sech an dësem Sënn um EU-Niveau engagéiert.

Et ass wierklech net nohalteg geschafft, an och net am Sënn vun der Entwécklungshëllef, wann an Entwécklungslänner net méi genuch Liewensmëttel ugebaut ginn, fir déi lokal Bevökerung ze ernähren, an am plaz Biodiesel fir den Export produzéiert gëtt.

Dat wär an deem Fall just eng weider Form vun Ausbeutung, wou déi räich Länner hire Liewensstil op d'Käschte vun deenen äermsten erhalen. Et déngt och dem Klima-

schutz näischt, wann zum Beispill a Brasilien den Urwald zerstéiert gëtt, fir schnell wuessend Energieplanzen unzebauen.

D'Produktioun vun Agroenergie verstärkt an deem Fall den Däiwelskrees, an deem sech Entwécklungs- a Schwelleglänner befannen. Den Export vu Biodiesel bréngt hinnen nei Einnahmen, déi si dréngend brauchen an déi an hirem Stat et erméiglechen, besser kënne ze fonctionnéieren, wann de politesche Wëllen natierlech do ass, fir a Schoulen, Spideeler, Waasserversuergung an esou weider ze investéieren.

Andeems de Klimawandel awer domat ugeheizt gëtt, droe se awer gläichzäitig dozou bäi, hir Liewensgrundlagen an der Zukunft ze zerstéieren. Mir mussen elo schonn domat liewen, dass et weltwäit méi oft zu extreme Wiedersituatiounen kënnt. Et mussen net onbedéngt déi grouss spektakulär Katastrophe wéi een Tsunami sinn, bei deenen op ee Coup e puer Dausend Leit stierwen oder verletzt ginn. Dat kënne och laang Dürreperiode sinn, déi zu enger Liewensmëttelknappheet féieren, wéi mer se elo kennen.

Dat ass natierlech fir d'Medien net esou spektakulär, huet awer menger Meenung no méi dramatesch Konsequenzen. Et féiert zu neie Migratiounsbewegungen an och Konflikter. Et mécht awer och eis Efforten zunichte, géint eng ganz Rei vu Krankheeten ze kämpfen.

Ënnerernt Mënsche si vill manner resistent géint ustiechend Krankheeten.

Aarmut ass ee gudden Nährbuedem fir Epidemien. A Kombinatioun mat där enormer Mobilitéit, déi haut zum Alldag vu Milliounen Mënsche gehéiert, ass dat eng Entwécklung, déi eis an Europa, och aus egoistesche Motiver, net egal däréi sinn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, an der Aarmutsbekämpfung si Réckschléi leider oft méi heefeg, wei déi grouss Succèsen. Et geet duer, wann an engem Beräich d'Preventioun net fonctionnéiert, fir dass et ausgesäit, wéi wann all aner Efforten ëmsoss gewiescht wäeren. Eng grouss Epidemie geet duerfir schonn duer, an e Beispill duerfir ass sécher den Aids.

D'Entwécklungszesummenaarbecht setzt op villen Niveaue gläichzäitig un, fir eng nohalteg Entwécklung ze erreechen. Wéi vulnérabel awer all déi Projeten a Programmer sinn, weist ënner anerem, wéi gesot, den Aids.

Souguer wann et enger Regione gelongen ass, wierklech Fortschrëtter bei der Liewensmëttelsécherheet, dem Dréckwaasser, an der Beschäftegung ze erreechen, kann dat alles erëm duerch den Aids zerstéiert ginn. Wa jonk Erwuessener un Aids stierwen, ass dat net nëmmen tragesch fir si selwer a fir hir Famill; dorënner leit och d'Ekonomie. Investitiounen an d'Berufsausbildung hu wéineg Impakt, wa gutt qualifizéiert Aarbechter zu Dausenden un Aids stierwen. En eegene Gaart an e puer Hausdäiere bréngen wéineg Virdeeler, wann hir Propriétaires ze krank sinn, fir duerno ze kucken.

Wann esou vill Leit am beschten Alter dem Aids zum Affer falen, bedeit dat, dass si och Kanner hannerloossen, déi erëm keng Ausbildung a keng Chance op e bessert Liewe kréien, well si keng Elteren hunn, déi derfir suergen hinnen hir Liewenserfahrung weiderzeverméttelen.

Wann et net geléngt, echt Fortschrëtter an der Aidspreventioun ze maachen, bedeit dat, dass sech dës Epidemie esou staark ausbreit, dass et quasi onméiglech gëtt, fir allen deene Betraffenen eng adequat medezinesch Behandlung zoukommen ze loosse.

Handelsbeziungen, Ernährungssécherheet, Klimaschutz an Aids, all dës Beispiller weisen däitlech, wourop ech am Fong eigentlech eraus wëll. An der Entwécklungszesummenaarbecht féiert en hallefhäerzegt Engagement net zu hallefhäerzegt gudden Resultater, mä iwwert d'Zäit gekuckt zu guer kenge Resultater. Nohalteg Verännerunge kënne nëmmen dann erreecht ginn, wann d'Partner vun der Kooperatioun zesummen en Effort maachen, deen deem entsprécht, wat gebraucht gëtt.

Wann dat, wat d'Baillieure de fonds bereet sinn, u Moyenen anzesetzen, däitlech dorënner bleift, muss ee leider domat rechnen, ëmmer erëm e Réckschlag ze erliewen, deen als Konsequenz huet, dass een erëm bei null muss ufänken.

Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, well ech elo vill iwwer Afrika geschwat hunn, wëll ech awer och nach soen, dass ech frou sinn, dass et am Dezember endlech um internationale Plang zu engem EU-Afrika-Sommet komm ass. Dëse Sommet war den Ufank vun engem

Prozess, fir d'Relatiounen tëschent Afrika an Europa nei ze definéieren. Déi nei Relatiounen tëschent deenen zwee Kontinenten mussen déi zwou Parteien interesséieren an och concernéieren. An ech hoffen, dass et an där Partnerschaft net nëmmen iwwer Entwécklung geet, mä dass et och iwwer eng gemeinsam politesch Agenda geet. An deem Kontext soll a muss iwwer Froe wéi Fridde, Gouvernance, Demokratie an och Immigratioun diskutéiert ginn.

Ech wëll an deem Kontext kuerz erënnere, dass ee vu fënnf Afrikaner an engem Land leeft, dat am Krichszoustand oder an enger Konfliktsituatioun ass.

Partnerschaftlech Zesummenaarbecht, dat bedeit géigesäitg Vertrauen. Et bedeit net, dass ee keng Kontroll muss maachen, ob Suen a Projeten esou géréiert ginn, wéi dat virgesi war. Mä et heescht awer, dass een de Responsabelen an de Partnerlänner net automatesch ënnerstellt, dass se korrupt sinn. Wann eng Situatioun besteet, déi e gewëssent Mooss un Transparenz a Kompetenz garantéiert, bitt et sech un, och iwwert d'Aide budgétaire nozedenken.

Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, vill Entwécklungspolitiker jugéieren haut d'Aide budgétaire positiv a considéieren se als e komplementaart Instrument vun der Entwécklungshëllef. Dat ass och iwwer d'Haltung vun der LSAP. De CAD vun der OCDE definéiert Budgethëllef als eng Aart vu Finanzéierung vun Partnerland sengem Budget duerch den direkten Transfert vu Finanzmëttelen un de Finanzministère vum Partnerland.

An der Praxis ëmfaasst d'Aide budgétaire awer nach nëmmen deem rengen Finanzéierungselement zwee wichteg Elementer, déi fir hir Effektivitéit eng grouss Bedeitung hunn.

Éischtens en intensive politeschen Dialog tëschent dem Bailleure an der Partnerregierung zu Theme wéi zum Beispill „good governance“, besonnesch zu Froe vu Korruptioun, Transparenz a Participatioun vun der Exécution budgétaire. Doraus, aus deenen Diskussiounen kann de Reformprozess an de Partnerlänner gefördert an och accélériert ginn. Dat Ganzt kann dann och u Konditiounen vun der Budgethëllef ugeboune ginn.

Zweetens gi jo bei dësem Dialog och d'Reformen decidéiert, an hei kann duerch d'Aide budgétaire déi technesch Ënnerstëtzung bei der Ëmsetzung vun de Reformen eng wichteg Roll spillen.

Interessant an deem Kontext waren elo am März bei eisen Noperen d'Debatten am Bundestag am Kader vun engem Rapport vum Bundesrechnungshof. An dësem Rapport stellt den däitsche Rechnungshof d'Aide budgétaire net a Fro, hie mécht awer déi eng oder aner Kritik, dass kéint déi Aide fir aner Zwecker gebraucht ginn oder onwirtschaftlech verwennt ginn. De Bundesrechnungshof huet awer och déi positiv Aspekter ugeschnitten, wéi zum Beispill den intensive politeschen Dialog an zweetens, dass dës Hëllef vum Bailleure besser openeen ofgestëmmt sinn, an dat geet jo a Richtung vu Cohérence des politiques.

Déi grouss Retizienz zu der Aide budgétaire aus den 90er Joren hëlt of, well ebe lues a lues méi Erfahrungen a méi Evaluatiounen virleien. Besonnesch d'Schwäiz huet an dësem Kontext eng grouss Pionéierroll gespillt. Och de Commissaire Louis Michel ass e fervente Verfechter, an hien huet op verschiddene Plaze gesot, dass hie wëllt d'Aide budgétaire vun der Kommissioun vun haut 24% bal bis erop op 50% bréngen.

Ech si frou, dass Lëtzebuerg, trotz enger kritescher Approche, awer seng Erfahrungsammelt an dat och ënnerstëtzt am Kader vu Pilotprojeten am Mali an am Vietnam. Et ass menger Meenung no wichtig, dass Lëtzebuerg an dëser Fro Erfahrungsammelt, fir um internationale Plang an deene verschiddene Gremien an Diskussionsfore kënne matzeschwätzen. Eist Engagement, wat d'Mikrofinanz ugeet, wou mer jo vill matschwätzen a vill virzeweisen hunn, beweist jo, dass och dat zur Visibilitéit vu Lëtzebuerg bäidreit.

Eng lescht Remarque nach zu der Aide budgétaire. Si kann a mengen Aen och ganz effizient sinn, wa se sech net nëmmen un déi national Budgete vun de Partnerlänner richt, mä och un déi regional Strukturen oder u kommunal Budgeten.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt lech, Här Minister, well ech schonn elo e puermol de Fait ugeschwat hunn, eng Fro nach iwwert d'Budgetsituatioun vum FED stellen. Am Moment ass dee jo net am europäesche Budget dran. Dëst regretéieren eenzel Memberstaten, an et gëtt och vill vun Europadeputéierte kritiséiert. Ech

wär frou, an deem Kontext d'Lëtzebuenger Positioun, also Är Positioun zu där Fro gewuer ze ginn.

All dës Beispiller a Sujeten, déi ech elo ugeschwat hunn, maachen et daitlech, wéi komplex de Sujet ass an dass d'Ziler vun der Entwécklungshëllef mat Kooperatiungsgelder eleng net kënnen erreicht ginn. Nëmme wann eng ganz Regierung, an um EU-Plang eng ganz Kommissioun, sech eens sinn, dass dës Ziler ganz uewen op der Prioritéitslëscht musse stoen, hu mer eng Chance fir eppes ze erreechen. Dat bedeit, dass sech net nëmmen eise Kooperatiounsminister um EU-Niveau muss fir de Kampf géint d'Aarmut asetzen, mä och eisen Ausen- an Handelsminister, eisen Ëmweltminister, eisen Agrarminister an esou weider.

Eis Regierung muss opmierksam sinn, wa mer EU-Direktive matdroen, déi indirekt en Impakt op d'Situatioun an den Entwécklungslänner hunn. Mä mir mussen och hei an der Chamber - an do si mir als Deputéierte gefuerdert, wa mer EU-Direktiven ëmsetzen - dat do am A behalen.

Et ass och wichteg, dass d'Chamber agebonnen ass, net nëmmen, well d'Kooperatioun e substanzuelle Montant verschafft an d'Chamber duerfir eng gewisse Kontroll muss kënnen ausüben, mä och fir dass d'Zesammenhäng fir all Deputéierte méi kloer sinn. Wa mir an der Chamber iwwer erneierbar Energie, iwwer OGM an esou weider schwätzen an entspreche Gesezter stëmmen, ass et wichteg am Hannerkapp ze hunn, wat fir eng Auswierkungen d'Politik an esou Beräicher op d'Situatioun an den Entwécklungslänner huet.

Ech si frou, Här Minister, dat hutt Der an Är Ried ugedeit, dass Dir och fannt, dass d'Chamber beim Ausschaffe vun de PICe méi soll agebonne ginn. Ech begrëssen dat a freee mech schonn drop.

Kohärenz bedeit awer och eng gewisse Koordinatioun tëschent deene verschiddenen Acteuren: de Stat, d'ONGen, mä an deene leschte Joren och d'Gemengen. Vill Gemengen ënnerstëtzen ONGen, et gëtt och souguer Gemengen, déi selwer ONGe grënnen. Et ass e wichtegen Acteur och um Terrain vun der Kooperatioun, an ech wär frou, wa mer och kéinten e Kader schafen, fir d'Gemengen e kéinten an eis Politik mat anzebannen, an ech wär frou, wa mer kéinten d'Gemengen, all déi Acteure vun de Gemengen, déi aktiv sinn an der Kooperatioun, mat op d'Assisë kéinten organisieren.

Well Dir wësst, eng Gemeng ass am nootste beim Bierger a kann duerfir och e wichtige Bäitrag zur Sensibiliséierung fir Entwécklungshëllef leeschten. Dëst ass enorm wichteg, well d'Verständnis fir Entwécklungszesummenaarbecht muss bei der breeder Majoritéit vun der Bevëlkerung oprechterhale ginn. Mir mussen ëmmer erëm ënnersträichen, dass mir an enger Welt liewen, wou international Solidaritéit op d'Dauer méi fir all Einzelne bréngt, wéi national Egoismen.

Par définition beschränkt sech d'Kooperatioun op d'Bekämpfung vun der Aarmut an den Entwécklungslänner. Dat ännert awer näischt drun, dass et an alle Länner, inklusiv hei zu Lëtzebuerg, Aarmut gëtt, och wann déi Aarmut eng aner ass, wéi déi an den Entwécklungslänner. De Problem ass awer ëmmer ee vu mangelnder Solidaritéit tëschent Räich an Aarm.

Et spiert een och bei verschiddenen EU-Länner, wéi deen nationalen Egoismus zouhëlt. Aus der Solidaritéitsgemeinschaft wëlle si ëmmer méi e renge Bannemaart maachen, wou sech Länner zesummeschlëssen, fir op d'Käschte vun Rescht vun der Welt méiglechst vill Profit ze maachen.

Dat ass schued, well d'EU e beispilllose Modell duerstellt, wéi een tatsächlech Länner kann esou ënnerstëtzen, dass si sech nohalte veränneren an d'Liewensqualität fir hir Bierger opgeet. Beispill: Spuenien, Irland; Länner, déi haut iwwerregens an der Lag sinn, selwer Solidaritéit mat aneren ze weisen.

Wann et eis geléngt, de Modell an Europa oprechtzeerhalen, kréien och Länner wéi Rumänien a Bulgarien eng Chance, an deenen haut nach Dausende Leit a batterer Aarmut liewen. D'Akzeptanz fir esou eng Politik kann awer nëmme garantéiert ginn, wa mir hei zu Lëtzebuerg de Räichtum esou ëmverdeelen, dass och déi manner gutt Gestalten hei am Land dës Solidaritéit ze spiere kréien.

An dësem Sënn hoffen ech, dass d'Politik zu Lëtzebuerg et fäerdeg bréngt, de Leit dobaussen op eng kredibel Manéier ze vermëttelen, dass de Kampf géint d'Aarmut a sozial Ongerechtegkeet an alle Beräicher Prioritéit huet, souwuel hei am Land wéi um internationale Plang.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Angel Merci. Als nächste Riedner ass den Här Félix Braz agedroen. Här Braz, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här President. Et ass bei der Kooperatiounsdebat ni ganz einfach, wann een als véierte Riedner drukënt, well dat heiten ass eng vun de Matière, wou jo an der Regel e relativ breede Konsens existéiert. Ech wëll duerfir och net nach eng Kéier op alles oder op villes vun deem agoen, wat scho gesot ginn ass. Mä ech wëll probéieren, mech op zwou, dräi Saache méi spezifesch ze konzentréieren an och dobäi dem Minister déi eng oder aner Fro stellen.

De Minister huet aganks vu senger Interventioun gesot, dass Lëtzebuerg net alles kéint maachen. Dat ass wouer fir all d'Länner. All Land ka soen, dass et net alles ka maachen, besonnesch net an där heiter Matière. Dat ass och net d'Fro. Déi Erwaardung stellt keen un de Minister. D'Erwaardung ass natierlech, ob een dat mécht, wat ee ka maachen. An dat muss och d'Lat sinn.

De Minister huet och éierlecherweis virausgeschéckt, dass dat Wesentlech vun de Millenniumgoals - d'Halbéierung bis 2015 vun der Aarmut op der Welt - elo schonn aller Viraussicht no net wäert kënnen erreicht ginn. Dat ass kloer. Dat gëtt leider duerch all d'Zuele bestätegt, déi et an deem dote Beräich gëtt.

Fakt ass awer och, dass déi Ziler, déi mer eis 2000 bis 2015 ginn hunn, wa se och net kënnen an deem Joer erreicht ginn, duerfir awer als Ziler net falsch waren. A wa se net erreicht ginn, dann ass et vläicht net nëmmen dowéinst, well se ze vill ambitiéis waren - well ze vill ambitiéis kann een an där heiter Matière eigentlech net sinn -, mä et läit och dorunner, dass mer wéinstens awer Ziler haten. Well nëmmen, wann ee sech keng Ziler setzt, kann een och ouni Problem d'Ziler net erreechen.

Hei ass zumindest eng Ambitioun affichéiert ginn. An zumindest kann een dorunner gemooss ginn, ob ee probéiert, sech op deem dote Wee hinzebewegen. Da kann een och kucken, wie sech deem doten Zil a sengen Efforté méi genähert huet a wien dat manner fäerdeg bruecht huet.

Ee vun de Weeër, fir zu deem doten Zil ze kommen, ass eben och eent, wat een enger Zuel ka festmaachen. Et ass dat, wat d'Länner sech engagéiert haten an d'Kooperatioun ze ginn: déi berühmten 0,7% vum PIB. Och do gesäit een, wann een dat kuckt par rapport zu de Länner, déi sech engagéiert haten am Joer 2000, dass nach laang net all d'Länner Fortschréttler gemaach hunn, a scho guer net an deem Mooss, wat noutwendeg gewiescht wier bis 2015; zumindest beim finanziellen Aspekt, wat awer net deen eenzeg ass, wann et och e ganz wesentlechen ass. Vill Länner hu sech net nëmmen net an deem adequaten Tempo un dat genähert, mä verschiddener si souguer par rapport zu den Ziler op d'Ausgangssituatioun vun 2000 zrëckgaangen.

Do hu mir zumindest als Lëtzebuenger Land op deem dote Punkt een Aspekt, dee mer och weltwäit kënne geltend maachen an dësem Beräich, awer och an anere Beräicher. Mir hu jo och scho méi wéi eng Kéier d'Diskussioun gefouert am Beräich vun eise Militärausgaben, wou mer vun enger ganzer Partie Leit ëmmer nees de béise Fanger gemaach kréien, wou mir awer och zu Recht sollen drop hiweisen, dass mer op anere Froen duerchaus Engagementer an Efforten hunn, déi iwwer eis Grenzen eraus ginn. Déi sinn absolut bemierkenswert. Déi kéinte mer och als e Stéck vun engem Lëtzebuenger Modell dobaussen erklären.

Lëtzebuerg huet an där heiter Diskussioun eng besonnesch Roll, menger Meenung no aus zwee Grënn.

Deen ee Grond ass eben deen, dass mer zu deene ganz rare Länner gehéieren, déi praktesch elo net nëmmen déi 0,7% erreecht hunn, mä déi souguer mëttlerweil bal deen 1% vun den Ausgabe par rapport zum BIP engagéiert hunn. Bei deenen aneren europäesche Länner, déi sollte bis 2010 - mir alleguer zesummen - bei 0,56% sinn an 2015 bei 0,7%, ass et elo schonn ersichtlech, dass dat net wäert de Fall sinn. Mir hunn also do eng Marge d'avance op eng ganz Partie vun eise Länner ronderëm an de Länner an der Europäescher Unioun.

En zweete Punkt, deen eis och positiv schéngt am Beräich vun der Aart a Weis wéi mir Kooperatiounspolitik maachen, ass dee Choix mat der duebeler Konzentratioun. Engersäits déi geographesch Konzentratioun

op eelef Pays cibles, wou mer och da kënnen eng spierbar Hëllef leeschten. Déi kann net nëmme mat engem Scheck beglach ginn, mä déi kann och tatsächlech en Impakt hunn, deen och moossbar ass an deen och visibel ka gemaach ginn.

Dat hale mir och fir e ganz wesentleche Punkt, net nëmme well et visibel ass op der Plaz, mä well dat och visibel kann zu Lëtzebuerg gemaach ginn. Well Dir wësst, dass zu Lëtzebuerg, och wann e breede Konsens besteet, net nëmmen an der Politik, mä och an der Populatioun, dass mer eis engagéieren an der Kooperatiounspolitik, awer net all Mënsch där Meenung ass.

Et héiert een och zu Lëtzebuerg Stëmmen, déi periodesch soen, dass een och een Deel vun deene Suen zu Lëtzebuerg kéint investéieren, well och hei Misär wier. Et ass och net falsch, dass och zu Lëtzebuerg Misär ass. Dat mécht awer duerfir net falsch, dass een an der Kooperatiounspolitik probéiert op engem héijen Niveau ze schaffen.

Duerfir menge mer och, dass dat gutt ass, och wann den zoustännege Minister, wéi all seng Virgänger, periodesch virgeworf kritt, dass hien esou vill reest an dass hie Mediëberichter dovunner mat heem bréngt. Mir halen et fir richtig, dass dat geschitt. Well mir mengen, dass et noutwendeg ass, dass och déi Leit, déi participéieren um Bezuelen, gesinn, wat domadder geschitt, dass dat net nëmmen e Scheck ass, dass dat also net nëmmen Theorie ass, mä dass et eben och praktesch ka virgefouert ginn, wat mer do maachen.

En zweete Punkt, wou Lëtzebuerg och eiser Meenung no eng richtig Optioun geholl huet, ass eben, dass mer eis och sektoriell probéieren ze konzentréieren. De Minister huet a senger Ried déi Aspekter genannt: d'Waasser, den Développement local, d'Education, d'Santé. Och dat ass kohärent, besonnesch mat de Mëttele vun engem dach relativ kleng Land, wat vläicht prozentual e groussen Effort mécht. Mä richtig ass et ze probéieren eis Efforten ze cibléieren op déi eelef Länner an och op déi véier Secteuren.

Dat mécht et och méiglech, dass mer do duerch op deene Plaze mat enger relativ staarker Presenz kënne sinn. Dat ass eng gewisse Kohärenz. Et ass och e Fil rouge an der Kooperatiounspolitik zënter enger Rei vu Joren, déi mer kontinuierlech verbessert hunn; ouni Revolutiounen, mä éischter mat Evolutiounen. Dat ass och an dësem Haus hei ëmmer gedeelt gewiescht.

En zweete Punkt, deen déi Lëtzebuenger Politik och vun aneren ënnerscheet, ass net nëmmen de Fait, dass mer praktesch 1% vum PIB bäisteieren, mä et ass och, dass mer an aller Regel eng desinteresséiert Politik do maachen. Bei eis ass d'Kooperatiounspolitik net de verlängerten Aarm vu Wirtschaftsintéréten, déi hannendru sollten oder kéinte kommen. Dat ass oft bei anere Länner de Fall; wat duerfir déi Efforten am Beräich vun der Kooperatioun vun deene Länner och net automatesch falsch mécht. Mä trotzdem weess een, dass et do och dann awer ëm Débouché vum Marché geet respektiv ëm d'Kreatioun vu Marchéen oder en Zougrëff op bestëmmte Rohstoffe.

Dat ass zu Lëtzebuerg net de Fall. Mir sinn net suspekt op där doter Fro, dass mer géife mat engem „hidden agenda“ optrieden, fir iwwert den Ëmwee vun der Kooperatiounspolitik aner Intéréten ze verfolge.

Ech wëll als ee vun den dräi, véier Punkten, op déi ech haut méi wëll agoen, als Éischt op déi dramatesch Entwécklung vun de steigende Präisser bei de Rohstoffe kommen. De Minister huet d'Zuel genannt: bis zu 83% op der Bourse. Also net elo um Produit fini, mä bei de Matière-premiéren op der Bourse. Dat ass eng gewaltig Entwécklung.

Mir ënnerstëtzen och als gréng Fraktioun déi Lëtzebuenger Regierung bei hirer Décisioun, dass se schonn een Euro pro Awunner an dee Fong abezuellet huet vun Programme alimentaire mondial. Dat ass eng richtig Décisioun gewiescht, besonnesch och well se relativ kuerzfristeg nom Opruff geholl ginn ass, an dat sollt och en Zeeche sinn. Mir mengen, dass do d'Lëtzebuenger Regierung richtig gehandelt huet, a si kritt och duerfir eis Zoustëmmung.

Et gëtt elo a leschter Zäit an deem dote Kontext vill vun deene sougenannten Agrar-treibstoff geschwat, an dat huet sech och scho résuméiert an enger Formule, déi Der kennt, vum vollen Tank a vum eidele Bauch, wat eng Konsequenz dovunner wier.

All déi Kritik si richtig, a mir Gréng hunn eigentlech scho virun deem dote Réckgrëff op Agarsprit gewarnt, ier de Conseil des Ministres am März 2007 d'Décisioun geholl hat, a sengen Diskussiounen iwwert d'Ener-

gieentwécklung an der Europäescher Unioun, déi och am Januar 2008 vun der Kommissioun bestätegt gi sinn, fir bis 2020 20% erneierbar Energien ze hunn, mä besonnesch 10% erneierbar Energië bei Bensin an Diesel. Do hate mir scho virunner gewarnt, dass dat een Holzwee wier an dass dat eiser Meenung no weder ökologesch nach sozial vertretbar wier.

Well, och wann dat haut an enger gängeger Formule „Biosprit“ genannt gëtt, dann ass do éischters kee Bio dran, well déi Produktiounen, ëm déi et hei geet, ginn alles anescht wéi opgrond vun enger nohalteger Agrarwirtschaft erwirtschaft. Et ass eng intensiv Landwirtschaft, déi mat ganz ville Mëttele aus der chemescher Keul probéiert ze zichten.

Et ass also kee Biosprit, et ass Agrarsprit, deen och nach op eng ganz intensiv Aart a Weis récoltéiert gëtt. An do hate mir schonn 2007 eindringlechst virdu gewarnt, well mer der Meenung sinn, dass déi steigend Nofro, déi doduerch déclenchéiert gëtt op deenen Agrospriten, de Klimawandel iwwerhaupt net ännere wäert.

Am Contraire. Déi wäerten éischter, do duerch, dass se gréisstendeels a ganz oneffizienten Anlage raffinéiert ginn, just nach eng Kéier d'Nofro drastesch ukuerbelen an nach eng Kéier déi Problemer verschäerfen. Et ass also eng relativ oneffizient Energiequell, déi weder sozial nach ökologesch nohaltege ass.

Dat muss een och an där Daitlechkeet soen, an DÉI GRÉNG hu beispillsweis net méi spéit wéi gëschter oder virgëschter am Europaparlament och een immédiate Moratoire op deenen doten Agrar-treibstoff gefrot. Mir hunn och mat Satisfaktioun zur Kenntnis geholl, dass d'Lëtzebuenger Regierung sech an hiren Démarché wëllt där doter Logik uschlëssen. Do si mer, wann och net vun Ufank un, op enger Linn gewiescht. Mir si frou, dass Der och elo déi kritesch Haltung do anhuet.

Dat gesot, ass et awer och ze liicht an ze einfach fir elo alles wëllen un den Agrar-treibstoff festzemaachen, wann et ëm déi Augmentatioun vun de Präisser vu Rohstoffe geet. Esou einfach ass et och nees net. Et gëtt verschidde Schätzungen, déi soen, dass dat fir ongeféier 5% nëmme vun der Präisaugmentatioun responsabel ass. Bon, dat sinn d'Zuelen; iwwert déi kann een diskutéieren. Mä et sinn op jiddfer Fall keng Zuelen am héijen zweestellige Beräich, wat op den Agrar-treibstoff zrëckzeféiere wier.

Dat bleift awer e relativ klengen Deel nëmme vun deem, wat d'Präisaugmentatioun an de leschte Méint gemaach huet. Gradesou, wann net souguer nach vill méi verantwortlech sinn aner Aspekter, an de Minister huet dat och virdu gesot a senger Ried, wou e gesot huet: Dat, wat elo amgang ass ze geschéien, ass d'Resultat vun enger ganzer Rei vun Onkohärenzen an enger Rei vu verschiddene Politiken.

An net nëmmen een Aspekt, dee vun den Agrar-treibstoff, ass dorunner schold. Och wann deen elo zu Recht an de Medien ass, well mer do wierlech amgang sinn, eng komplett Feelentwécklung ze huelen, sou soll een duerfir awer elo net d'Ae verschlësse virun enger ganzer Rëtsch vun anere Feelentwécklungen, déi genauou an nach vill méi responsabel si fir déi Präisaugmentatiounen. Dat ass am Beräich vun der Agrarpolitik, déi falsch leeft. Do sinn eng Rei Kollege virdu schonn drop agang. Dat läit och dorunner, dass d'Uelechpräisser mëttlerweil bei 120 Dollar de Barrel sinn. Och dat huet eng Inzidenz op d'Produktioun vu Grondnahrungsmittel op deene verschiddene Kontinenter.

Et ass also och eng Fro vum Ëmgang mat der Energie an eise Länner bei der Produktioun vun lesswueren, d'Fro vun der Energie bei der Mobilitéit, bei der Industrie, déi mat dozou bäidréit, dass déi Präisser vum Barrel Uelech an d'Luucht ginn. Wat dann hannendrun induzéiert, dass doduerch och d'Produktioun vun lesswueren an der Drëtter Welt méi deier gëtt.

Et ass also net nëmmen eng Fro vum Agrar-treibstoff, et ass tatsächlech nach ëmmer eng Fro och do vum héije Pétrolspräis, dee mir generéieren an initiéieren duerch déi Aart a Weis, wéi mir an den entwéckelte Länner liewen.

Wat awer och derbäikënt, dat ass, dass einfach d'Demande fir déi Produiten amgang ass an d'Luucht ze goen, duerch déi Entwécklung, déi an enger Rei vu grouse Länner amgang ass stattzefannen: China, Brasilien, Indien a Russland. Do entsteet ganz einfach eng zousätzlech Demande.

Et muss een och soen, dass d'Spekulation op der Bourse, déi op deenen dote Produité geschitt, e ganz groussen Undeel un där Augmentatioun vum Präis huet - an, fir déi Leit, déi et interesséiert, ech hunn net méi spéit wéi haut de Mëtteg nach op der Internetsäit vum „Spiegel“ en interessanten Artikel fonnt, deen ebe beleet, wéi och déi sougenannte Börsenzocker d'Präisser vun de Liewensmëttel net nëmmen eropgedriwwen hunn, mä och nach elo befeieren, fir dass se nach weider an d'Luucht ginn. Wat do ofleef, ass schonn un Zynismus bal net méi ze iwwerbidde - hätt ech bal gesot, wann ech naiv wier, wat ech awer probéieren net ze sinn.

Et gesäit een nämlech, dass do Investoren elo ausgerechent mat Grondnahrungsmëttel probéiere ganz héich Rendementen op den Terminmäert zu Chicago ze realiséieren. Si huelen och domat a Kaf, dass op anere Plazen op der Welt Versuerungsenkpass entstinn, dass Hongersnoute kënnen d'Folleg dovunner sinn; wat natierlech net op deenen Ziedelcher steet, mat deene se op deene Mäert op der Bourse do akafen.

Finanzmanager artikuléieren dat ganz kal. Déi soen, dat ass einfach eng Ressource wéi eng aner. Déi Ressource fänkt u méi knapp ze ginn, a mir probéieren op knappe Ressourcen, wéi bei aneren och, Profitter ze maachen, duerch eng geschéck Spekulation.

Dat huet als Endproduit, zum Beispill wann een dat beim Räis mécht, dass herno - wéi de Minister gesot huet - zu Haiti de Bulli giess gëtt, fir iwwerhaupt nach eppes an de Bauch ze kréien.

Si profitéieren also domadder - objektiv gesinn - vum Hunger am Honduras, op de Philippinen, am Bangladesch, an net nëmmen dat. Domat gëtt och nach derfir gesuergt, dass deen Trend ugefeiert gëtt an och nach eropgedriwwen gëtt mat ganz einfache Börsengeschäfte, déi all Dag praktizéiert ginn.

Eng vun deene Banken, déi an deesen Deeg do amgang ass ze punkten, ass eng Bank, déi och zu Lëtzebuerg aktiv ass. Et ass den, wéi den „Spiegel“ schreift, Finanzgigant ABN AMRO, déi jo och Relatiounen huet mat anere Banke vun der Lëtzebuerg Plaz, déi hei scho méi laang tätég sinn. Relatiounen, déi och amgang sinn, sech ze verbessern an ze intensivéieren. Déi huet als Ubidder vu Rohstoffproduité fir privat Anleger schonn zënter ufanks Mäerz e Certificat, mat deem een och als Kleinstanleger op der Terminbörse zu Chicago op steigend Räispräisser ka setzen, mat der Hoffnung natierlech, dass de Räis a sengem Präis klëmmt, well dann nach de Rendement, deen een als Kleinstanleger dorber huet, och an d'Luucht geet.

U sech reagéieren déi Leit just nëmme kal a prezis op eng Entwécklung. Wann een dann héiert, wéi déi Leit souguer op hirem Internetoptréit fir e Pabeier werben, da wëll ech dat net anscht kommentéieren, wéi dass ech lech et virlesen. Do steet ganz einfach als Argument: „Wann Indien schonn en Exportverbuert fir säi Räis verhaangen huet, da gi weltwäit d'Präisreserven zrëck op e strikte Minimum“, schreien do d'Bänker. An dann erkläre se och nach, wat dat alles Guddes heescht. Domat gëtt et fir d'éischte Kéier méiglech, dass een an d'Nahrungsmëttel Nummer 1 um asiatesche Maart ka mat Benefiss participéieren.

Dat ass alles d'une Logique implacable, d'une Logique boursière implacable, mä et ass dat, wat zu engem groussen Deel an de leschte Wochen a Méint fir déi Kris do gesuergt huet. Duerfir kann ech dem Kollege Charles Goerens nëmme Recht ginn, wann e seet, dass, wann den FMI an d'Weltbank elo reagéieren, da soll een dat zwar net schlecht fannen, mä et huet een natierlech ee Moment misse stocken, wann een dat soll zur Kenntnis huelen an och nach mat aller Kreditibilitéit akzeptéieren, wann een des Zesummenhäng gesäit.

Dat sinn Zesummenhäng, déi wäit méi op dee Präis do en Afloss hunn, wéi déi berechtigt a kritesch Diskussiounen, déi elo endlech jiddferree féiert iwwert d'Agrar-treibstoff, déi heimadder eiser Meenung no net sollen opgewië ginn. Mä et soll een awer och do de Sënn fir dat Ganzt net verléieren, soss mécht een et sech einfach an et fënt een doduerch herno och net zu enger Léisung.

Här President, ech mengen, den Här Goerens huet eng Fro.

» M. Charles Goerens (DP). - Ech wollt just soen, datt d'Weltbank an den FMI selwer en Deel vum Problem sinn, dee si elo bekloen.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Esou ass et. Si hunn net nëmmen e Problem. Si sinn och e Problem zum Deel. Do si mer eis eens.

Wat awer wouer ass bei den Agrar-treibstoff, an och dat muss ee soen: Wann dat trotzdeem an déi Texter konnt erafléissen, dann ass dat net, well Ekologen oder Grénger hannert deem Schlagwuert vum Biotreibstoff hannendrugelaf wieren oder dorop eragefall wieren - et ass jo just de Contraire -, mä da läit dat ganz einfach dorunner, dass massiven Drock op d'Europäesch Kommissioun gemaach ginn ass an de Joren 2006 an 2007 vun der Automobilindustrie, déi ganz einfach wollt doduerger en Deel vum Drock, deen op hir läit, ofgeholl kréien. Déi wollt domadder iwwert déi nächst puer Joer deen Effizienzsprong an hirer Technologie net mussen an deem Rhythmus maachen, deen erwaart gi war.

Deen Effizienzsprong hätt natierlech bei den Investitiounen d'Automobilindustrie wesentlech méi kascht, an et ass duerfir, dass vu Säite vun der Automobilindustrie dee massiven Drock gemaach ginn ass, fir dass déi Agrar-treibstoff kënnen kontabiliséiert gi bei déi 10% vun erneierbaren Energien, déi bis 2020 an dem Mix solle sinn. Dat muss een och nach eng Kéier rappeléieren, wann een net herno wëllt déi Saach eiser Meenung no falsch gesinn.

Dat gesot, si mir net integral dergéint, dass aus Agrar-treibstoff Energie gewonne gëtt. Och do soll een elo oppassen, dass een net alles matenee vermëscht, dass een net - wéi en Däitsche géif soen - das Kind mit dem Bade ausschütt, well et gëtt duerchaus eng Plaz fir Agrar-treibstoff, à condition, dass déi dann och wierklech aus nohaltegem Landbau kommen, a virun allem awer och, wann dat an enger reng lokaler a regionaler Logik gemaach gëtt.

Wann also zu Lëtzebuerg an och an aneren europäesche Länner am Kader vum Zréckbau vun den Iwwercapacitéite Broochflächen entstinn, da soll een déi duerchaus kënnen notzen, fir am Kader vun enger Verwärtung vun deene Broochflächen eng Rei Saachen unzeplanzen, déi och hei solle kënnen dann dem Treibstoff bäigemëscht ginn. Well mer do souwisou Produiten hätte vun engem Präis, deen net kann exportéiert ginn, ausser e wär extrem subventionéiert, wourausser mer jo wëllen erausklammen.

Do hu mer also nach ëmmer Spillraum, fir kënnen sougenannten Agrar-treibstoff anzesetzen, awer dat ass de Spillraum, dee vernünfteg ass, deen nohalteg, ekologesch a sozial vertriebar ass. Alles, wat doriwwer erausgeet, ass eiser Meenung no a Fro ze stellen, ouni awer d'fir et komplett a Fro ze stellen, well dat wär och nees eng Kéier eiser Meenung no iwwerdriwwen.

Mir brauchen an engem Wuert, an engem Saz wéi an honnert, ganz einfach eng Politik bei de Liewensmëttel weltwäit, déi d'Liewensmëttelsécherheet an de Mëttelpunkt stellt, d'Nohaltegkeet, wéi se produzéiert ginn, an de Mëttelpunkt stellt, an déi och wierklech op der Plaz de regionale Produzenten op alle Kontinenter d'Chance gëtt, hir eege Produité selwer ze verbrauchen an och selwer kënnen ze verkafen op lokalen a regionale Mäert. Dovunner si mer leider nach eng Weilchen ewech, well mer wëssen, 2005 si mer net virukomm, a bei den Engagementer, fir bis Enn 2012 opzehale mat der Subventionéierung vun Agrarproduiten um Weltmaart, si mer bis haut blockéiert.

Mir kënnen dem Minister nëmme Recht ginn, wann hien hofft, a mir hoffe mat him, dass mer do an der nächster Zäit kënnen Fortschreiter erzielen, fir dass mer déi doten Engagementer kënnen anhalen.

Wéi gesot, wann de Minister seet, dat, wat hei elo geschitt wär mat deene steigende Präisser, wier net nëmmen d'Schold vun engem Aspekt, mä et wier d'Konsequenz vun enger ganzer Rei vun inkohärente Politiken iwwer Joren, da si mir där Meenung och, a mir probéieren och, dat Gesamtbild domadder e bëssen hierzestellen.

Mir hunn och en zweete Punkt, deen eis wichteg schéngt. Dat ass dat Stéchwuert vun der Cohérence des politiques, wou-riwwer de Minister och de Mëtteg scho geschwat huet. Dat ass eiser Meenung no a ville Beräicher noutwendeg, och an eisem internationalen Optréit.

Fir nach eng Kéier kuerz op dat anzegoen, wat de Charles Goerens scho gesot huet: Et muss een awer och haut nach eng Kéier kënnen rappeléieren, obwuel dat haut scho bal keen Thema méi ass, mä et war laang d'Haaptthema Nummer 1, wa vu Kooperatiounspolitik geschwat gëtt - elo héiert een et bal net méi -, dat ass déi Saach vun der Verschuldung vun der Drëtter Welt a vum Nolosse vun de Scholden a vun der Zënslascht, déi op deene Scholde läit. Haut ass dat bal aus de Riede verschwonne. Et ass awer nach ëmmer e monumentale Problem. E monumentale Problem!

A wann den FMI an d'Weltbank sech elo Suerge maachen, wou mer frou sinn, dass se sech déi maachen, wéinst de Präisser op de Liewensmëttel, esou ass et awer haut genausou opportun wéi all déi lescht Joren, och wann do méi dovunner geschwat ginn ass, dass d'Weltbank an den FMI eng Entschuldungspolitik musse bedriewen, déi deen Numm och verdéngt, déi méi a méi séier derfir suergt, dass déi Entschuldung kënnen stattfannen, dass se Entschuldungsprogrammer op d'Bees stellen, quitted dass déi punktuell mat Konditiounen verbonne sinn. Mä och dat muss nach eng Kéier gesot ginn. Dat ass e massive Problem.

Déi Länner, déi ruinéiere sech, déi kréien den Hals zougézunn, déi erstécke bal an hirer Scholdelaascht an un der Zënslascht, déi se duerch hir Scholden hunn. An och dat muss an enger Debatt iwwert d'Kooperatioun am Joer 2008 nach eng Kéier rappeléiert ginn.

De Minister huet virdu gesot a senger Ried an huet dat op e puer Plaze widderholl, et misst een an Zukunft d'Kooperatioun an d'Klimapolitik méi enk verbannen, Stéchwuert Klimapolitik am Sënn vun der Kohärenz vun de Politiken.

Dee Wonsch wier un hien erugedroe gi vu Leit, déi vill Vertrauen an hie setzen, a wier net an d'Ouer vun engem Dafe gefall, huet hie sech ausgedréckt, an an Zukunft géif all Projet op säi Klimaimpakt ofgeklappt ginn. Hien huet och d'Engagement nach eng Kéier widderholl, dass déi Kooperatiounen net aus deene Suen, aus deene Fonge géife kommen, mat deene Klimaziler verfollegt ginn.

Do si mer selbstverständlech mat lech komplett d'accord, Här Minister. Dat ass alles schéin a gutt, mä wann Dir sot, Cohérence des politiques fir eng Rei Politiken an der Logik vun der Kooperatioun dobaussen ze vernetzen, da gehéiert awer och nach en zweete Volet Cohérence des politiques derbäi: Dat ass d'Kohärenz mat deem, wat een doheem mécht. Cohérence des politiques, wann een an der Welt opréit, ass noutwendeg, mä da soll awer am ideale Fall och dat, wat een doheem mécht, domadder selwer kohärent sinn.

Wann Dir sot, dass elo all Projet am Kooperatiounsberäich op säi Klimaimpakt ofgeklappt gëtt, da soe mir lech: Majo, da maacht dat och heiheem, léif Regierung! Déi gréng Fraktioun seet lech dat zënter Laangem. Bei all Projet, bei all gréisserem Projet, deen hei zu Lëtzebuerg gemaach gëtt, froe mir scho laang, dass eng Klimafiche gemaach gëtt, net nëmmen eng Fiche financière, net nëmmen eng Fiche technique, mä dass och hei zu Lëtzebuerg bei grouse Projeten eng Fiche gemaach gëtt mam Impakt op de Klima. Zum Beispill, wann des Chamber renovéiert gëtt. Zum Beispill, wa mer eis mat der Fro vun der Belichtung vun deesen Chamber ofginn, da musse mer och do kucken, ob dat alles pertinent war am Sënn vu Klimaschutz a vu Klimapolitik.

A wa mer hei zu Lëtzebuerg et bei grouse Projeten net fäerdeg bréngen, eng Fiche environnementale, eng Fiche climatique ze realiséieren, dann ass et natierlech net extrem kohärent, wa mer dobaussen an der Welt domadder optrieden. Dat mécht et duerfir net falsch, dass Dir dat maacht. Au Contraire. Mä maacht et ganz richtig, maacht et ganz kohärent. Maacht eng richtig Cohérence des politiques, déi net nëmmen eng Einbahn ass, mä a béide Richtungen fonctionnéiert, an dann hu mer och hei zu Lëtzebuerg genuch Arbecht, fir an där doter Logik, Här Minister, virunzuekommen.

Gradesou wär et noutwendeg, Cohérence des politiques ze bedriewen, wa mer kucken, wéi Lëtzebuerg seng Kyoto-Engagementer wëllt respektéieren. Iwwer immens vill CDMen, déi sougenannten „clean development mechanisms“ gi mir hin

a kafen eis Emissiounsrechter dozou, fir eis Reduktiounsziiler ze errechen, an des Rechter gi ganz vill geschafen duerch Projeten an den Entwécklungslänner. An et ass och gutt, dass an deene Länner do esou Projeten entstinn.

Allerdéngs, an dat hu mer och schon oft gesot, verstéisst et géint de Geescht vu Kyoto, wann ee sech engem esou groussen Undeel vu sengen Engagementer duerch Zoukaf vum Emissiounsrechter muss entleeden. Dat ass net nëmme géint de Geescht vu Kyoto. Dat ass och nach ekonomesch net schrecklech sënnavoll an och op der Plaz ganz of weinég hëllefträich, voire bis kontraproduktiv.

Et ass och duerfir net kohärent, well den Hauptproblem, dee mer jo hunn op der Klimafro, deen ass, dass déi westlech Länner - net nëmme mir, mä aner och - duerch hire Modell e Konsum un den Dag leeën, deen als Modell op de Planéit net exportabel ass. Wann all d'Länner op der Welt mam selwechte Recht wéi mir géifen akloen, sech kënnen ze behuele wéi mir, da bräichte mer dräi Planéiten, fir Energie ze hunn, a mir bräichten dräi Planéiten, fir kënnen eisen Hunger ze stëllen.

Duerfir, wa mer also an deene Länner zu Recht all eis Projeten op de Klimaimpakt ofklappen, da musse mer awer och doheem derfir suergen, dass dat, wat de Problem schaaft, och hei zu Lëtzebuerg dann awer a Fro gestallt gëtt, dass och hei zu Lëtzebuerg probéiert gëtt, Modeller auszeschaffen, wéi mer eis kënnen iwwer wéi vill Joer un déi Ziler do erubewegen. Ziler, déi realistesch sinn, déi awer och ambitiéis sinn - an dat vermësse mer.

Déi Zort Cohérence des politiques, Här Minister, déi sidd Dir als Kooperatiounsminister natierlech net eleng amstand ze realiséieren, mä dat ass eng Erausforderung un Är ganz Regierung, fir och Cohérence des politiques hei zu Lëtzebuerg ze bedriewen.

Déi gréng Revolutioun, vun där scho virdu geschwat ginn ass vu Virriedner, déi geet net vun de Länner aus aus der Drëtter Welt, mä déi muss vun de Länner ausgoen, déi och de Problem verursaacht hunn, an dat ass e Liewensmodell fir de Planéit. Déi globaliséiert Welt verlaangt och no engem Liewensmodell, deen nohalteg machbar ass, haut a fir déi nächst Generatiounen. Dat muss vun hei ausgoen, an dat Stéck Cohérence des politiques, dat bleiwe mir schëlleg.

Mir maache viles richtig, mir maache viles gutt. Mä mir hu viles doheem an den Hausaufgaben och nach wesentlech besser ze maachen, wéi mer dat am Moment maachen, notament och an der Aart a Weis, wéi mer eis ernähren. Net nëmmen an der Aart a Weis, wéi mer eis Mobilitéit organiséieren, net nëmmen an der Aart a Weis, wéi mer produzéieren, mä och an der Aart a Weis, wéi mer eis ernähren.

Wann ee weess, dass zum Beispill a Brasilien 90% vun der Sojaproduktioun nëmme geholl gëtt, fir déi Béischten ze fidderen, déi mer herno als Bifdeck wëllen iessen, da weess een, wéi d'Zesummenhäng sinn. An da weess een, dass net nëmmen d'Léisung hei ufänkt, mä dass och de Problem iergendwou hei bei eis selwer muss ufänken am Sënn vun der Cohérence des politiques. Woufir Der eis ganz Ennerstützung hutt; méi vläicht, wéi et lech léif ass.

(Interruption)

Den drëtten a leschte Punkt. E Wuert iwwert d'Strukturen, déi mer an där doter Matière hunn. Mir hunn eis iwwert déi lescht Jore stänneg verbessert. Ënnert deesen Regierung an och ënnert der Regierung virdrun ass d'Aart a Weis vun der Zesummenaarbecht mat all den Acteuren - de staatlechen Acteuren an den ONGen - wierklech och do net an Termé vu Revolutiounen, mä an Termé vun Evolutiounen verbessert ginn. Do si mer haut wierklech - dat soen och d'Acteure vum Terrain - en zolidd Stéck virukomm.

Si soen awer och, dass mer elo déi nächst Stufarakéit missten zünden an dass mer elo op engem Punkt ukomm sinn, wou een och vläicht iwwert d'Struktur misst diskutéieren, wéi hei zu Lëtzebuerg d'Kooperatiounspolitik diskutéiert gëtt a wéi d'Kohärenz vun der Kooperatiounspolitik hei zu Lëtzebuerg soll realiséiert ginn. Si ware rezent bei eis an der Chamber an hunn op dräi, véier Aspekter higewisen, déi hinne wichteg schéngen.

Et geet engersäits ëm dee Comité interministériel, dee mer haut hunn, an deen och eng ganz Partie Erfahrung gesammelt huet, déi sollten afléissen an eng Weiderentwécklung vun deem Gremium an an eng Weiderentwécklung vun de Strukturen, wéi hei zu Lëtzebuerg Kooperatiounspolitik gemaach

Mercredi,
23 avril 2008

gëtt. Déi Erfahrungsollten drop erauslafen, dass ee sech e Gremium gëtt, deen eng richtig Capacité d'analyse huet. Dat verlaangen d'Acteure vum Terrain. E Gremium, deen och an enger Kontinuitéit ka schaffen, deen also weess, dass seng Moyenen iwwer eng länger Zäit kënnen sinn, fir en Travail dans la continuité kënnen ze maachen.

Si hätten och gären, dass bei der Repräsentatioun net nëmme wéi bis elo de Comité interministériel mat den ONGen zesumme kënn, mä si lancéieren och en Appel un d'Politik, notamment un d'Parlament, fir ze soen: Dir musst lech méi implizéieren! An och do net nëmmen an der Logik vun enger Einbahn, mä och do mussen d'Parlamentarier mat de Parlamentarier aus deene Länner, déi mer als Pays cibles hunn, méi intensiv zesummeschaffen. Et kann net sinn, dass et nëmmen um Terrain stattfënnt. Et kann net sinn, dass et nëmmen eng Saach ass vun der Exekutiv. Och d'Parlamentarier si gefuerdert, fir sech méi staark derfir ze interesséieren, an dat net an enger Einbahn.

Si verlaangen och, dass dat Gremium soll esou organiséiert sinn, dass et géint eng Main-mise vun engem vun deenen Acteuren alleguer geschützt wier. Et sollen also all déi Acteuren, déi do un den Dësch invitéiert sinn, zesumme kënnen schaffen, ouni awer dass do een ze vill dominant géif ronderëm den Dësch ginn. Si nennen dat en «Conseil coopération et cohérence».

Mir halen dat als gréng Fraktioun fir richtig. Mir hunn och duerfir eng Motioun preparéiert, déi ech hei wëll déposéieren, wou mer d'Regierung opfuerderen, d'Kreatioun vun engem Conseil coopération et cohérence ze analyséieren opgrond vun deenen dote Strukturen.

Motion 2

La Chambre des Députés,

- soulignant la nécessité d'une cohérence des politiques accrue en matière de politique de coopération;

- considérant que les expériences gagnées au sein de l'actuel comité interministériel doivent guider la recherche d'une solution plus performante;

- considérant qu'une structure réunissant acteurs du terrain, fonctionnaires gouvernementaux, membres du gouvernement et parlementaires pourrait fournir une plateforme adéquate;

- considérant que cette structure devrait disposer d'une réelle capacité d'analyse et qu'elle devrait pouvoir travailler dans la continuité et être à l'abri d'une main-mise de l'un des acteurs;

invite le Gouvernement

- à analyser la création d'un conseil coopération et cohérence.

(s.) Félix Braz, Claude Adam, Camille Gira, Henri Kox, Viviane Loschetter.

Här President, den Här Minister freet d'Wuert.

» M. le Président. - Den Här Minister huet d'Wuert.

» M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire. - Här President, ech wëll dozou direkt eppes soen. Et gëtt e Comité interministériel pour le développement durable. Et gëtt e Conseil supérieur pour le développement durable. Et gëtt e Comité Kyoto. Et ginn Assisen. Et gëtt e Comité interministériel. Ech weess emol net, wéi déi Organer all heeschen. Ech hunn lech der elo fënnep opgezielt. Wann den Här Braz mer seet, wat fir dräi mer ofschafen, da kënnen mer och iwwert dat anert diskutéieren.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Ech proposéieren lech, Här Minister, dass mer dat zesummen diskutéiere mat deenen Acteuren.

» M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire. - Sot mer, wat fir eng!

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Ech soen lech dat, wa mer zesummesetzen.

» M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire. - Neen, sot mer, wat fir eng!

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Neen, neen. Ech hunn lech proposéiert, dass mer eis solle Gedanke maache genau doriwwer, fir déi Cohérence des politiques ze steigere. Sëtz lech mat deene Leit un en Dësch! Gitt hinnen d'Wuert! Déi erklären lech dat. Ech sinn iwwerzeegt, dass mat deene Leit zesummen eng Léisung fonnt gëtt doriwwer, wat fir eng Gremië solle bäibehale ginn oder net.

Ech mengen net, dass et ubruecht ass haut ze soen: Dee Wonsch, dee vun deene Leit kënn, ass absurd. Ech mengen, dass dee Wonsch ganz kohärent ass. Ech sinn och sécher, dass mer mat hinnen zesumme géifen eng Léisung fannen am Konsens iwwert déi dote Strukturen, och iwwert déi, déi eventuell missten herno a Fro gestallt ginn.

Ech mengen net, dass mir dat haut sollte beäntweren. Mä mir sollen déi Initiativ an dee Virschlag opgräifen a soen: Kommt, mir analyséieren dat a fannen zesummen eng Léisung! D'Parlament ass sécher bereet, säi Rôle do matzespillen, notamment déi zoustänneg Kommissioun ënnert dem Här Fayot, déi jo och déi Leit viru kuerzem empfangen huet.

» M. le Président. - Här Braz, erlaabt Der nach, dass den Här Minister lech eng kleng Fro stellt?

» M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire. - Entschëllegt, wann ech nach eng Kéier drop zrëckkommen. Den Här Braz huet, wann ech richtig verstanen hunn, d'Vuë vun den ONGen duergeluecht, déi absolut respektabel sinn. Hien huet gesot, déi Gréng géife se deelen, wann ech richtig verstanen hunn. An ech hu gefrot: Solle mer d'Saachen da vereinfachen? Ech krut awer dorop keng Äntwert.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Ech hunn lech d'Äntwert ginn, Här Minister. Kommt, mir setzen eis mat deenen un en Dësch a mir diskutéiere mat hinnen iwwert hire Virschlag! Ech sinn iwwerzeegt, dass déi Leit beméit sinn, e Konsens mat lech ze fannen iwwert déi Strukturen, déi solle bäibehale ginn, iwwert déi Strukturen, déi sollen ofgeännert ginn, an iwwert déi Strukturen, déi sollen nei geschafte ginn.

Verschléisst lech net dem Gespréich! Dat ass e weidert Element wéi mer déi Kooperationspolitik kënnen verbesseren.

» M. le Président. - Här Minister, ech géif zwar proposéieren, den Här Braz géif seng Ried fäerdeg maachen. Dir hutt jo herno d'Méiglechkeet, dem Här Braz op all Detail ze äntweren. Well soss komme mer wierklech net virun.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - An ech hu souguer nach d'Méiglechkeet, lech ze äntweren. Also, mir kënnen nach laang matenee schwätzen, mä kommt mir ginn deenen anere Leit och d'Wuert.

E lescht Wuert awer och. Aus dem Souci eraus vun der Cohérence des politiques nach ee Stéchwuert, wat eis wichtig schéngt. Mir hu schon oft iwwert d'Immigrationspolitik geschwat. Mir sinn och amgang en neit Immigrationsgesetz ze maachen a mir hunn oft bemängelt, dass et um europäeschen Niveau nach keng kohärent Immigrationpolitik gëtt.

Mir wëssen awer gläichzäiteg, dass den europäesche Kontinent sech amgang ass ze dépeupléieren, dass mer also all Joer e steigenden Undeel vu Leit aus Drëttstaten op den europäesche Kontinent kréien. Dat net nëmmen aus Afrika, wou en Deel vun eise Pays cibles sinn; och aus aneren Deeler vun der Welt. Mä mir hunn deen Trend zu de Leit aus dem Drëttstat an eise Législatiounen - europäesch an och national - nach net esou richtig integréiert.

Trotzdem fënn d'Immigratioun statt mat all de Schwierigkeeten, déi dat mat sech bréngt, well et duerfir eng Demande gëtt um europäesche Marché an och um Lëtzebuerger Marché. Déi Leit fanne Beschäftigung. Si fannen dat just net op eng legal Aart a Weis. Mir hunn ëmmer gemengt, dass eis Pays cibles och kéinten eng Plattform bidden, fir och am Beräich vun der Immigrationspolitik eng méi grouss Kohärenz un den Dag ze leeën.

» M. le Président. - Här Braz, Dir misst zwar lues awer sécher zum Schluss kommen!

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Jo, et si 34 Minuten, Här President. Wann Der mer déi zwou, dräi gitt, déi den Här Minister mer geholl huet, da si mer gutt.

» M. le Président. - Et waren der zwar net grad zwou, dräi. Da kuckt, dass Der lech an enger fäerdeg maacht, Här Braz.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG). - Dat ass kee Problem.

(Interruption)

Ech wëll duerfir, Här Minister, och vun der Regierung wëssen, ob se gedenkt sech an nächster Zäit och am Beräich vun der Immigrationspolitik eng méi kohärent Politik ze

ginn an ob se gedenkt sech am Beräich vun der Immigrationpolitik och Saachen auszedenken, fir mat deene Länner - déi mer kennen, déi eis Pays cibles sinn, mat deene mer e Vertrauensverhältnis hunn, vun deene mer och schonn zum Deel Leit hei hunn - eng privilegiert Partnerschaft opzebauen am Beräich vun der legaler Migratioun vun de Leit aus deene Länner op Lëtzebuerg hin.

Dat och an engem Souci vun Austausch vu Leit, och an engem Souci vu Formatioun vun de Leit; net vu Fuite des cerveaux. Well dat ass dat, wat am Moment geschitt. Et ass och dat, wat mat den neie Gesetzgebunge riskéiert ze geschéien. Mä dat wierklech am Souci vun enger Partnerschaft, wou een och kéint mat deene Leit diskutéieren iwwer zäitweilg Presenzen zu Lëtzebuerg fir Formatioun, a wou een och kéint regulär an definitiv Immigration mat deene Länner am Kader vun eiser Kooperationspolitik organiséieren. Och dat wär e Stéck Cohérence des politiques.

Ech lech Merci fir d'Nolauschteren.

» Plusieurs voix. - Très bien!

» M. le Président. - Ech soen dem Här Braz Merci. Als nächste Riedner ass den Här Henckes agedroen. Här Henckes, Dir hutt d'Wuert.

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR). - Merci, Här President. Ech wëll fir d'éischt soen, dass mer ee vun deene rare Parlamentarier sinn an Europa, wou all Partei mat den Zilrichtungen vun der Entwicklungshëllef d'accord sinn. Duerfir kënnen mer och mat bal allem, wat de Minister ons gesot huet, haut de Mëtteg d'accord sinn. Et muss een och deenen ONGe Merci soen, de Leit, déi sech um Terrain ëm d'Problemer këmmen, och an de Ministère a Lux-Development, well déi eng ganz gutt Aarbecht leeschten. E gudden Deel vun der lëtzebuergescher Entwicklungshëllef ass hire Mérite.

Mir ginn zu Lëtzebuerg, wa meng Chiffere richtig sinn, d'lescht Joer - genau gesot - 275 Milliounen Euro aus fir Entwicklungshëllef. Dat ass e ganz héije Montant, deen och ganz staark an onse Budget schléit. Et ass verständlech, wann een dee Montant do héiert, dass sech ganz vill Leit dobaussen dann d'Fro stellen: Ma firwat sinn am Budget da keng Suen do, fir eng Maison relais ze renovéieren? Firwat si keng Suen do fir Leit, déi hei am Land aarm sinn?

Duerfir ass justement eng vun deenen Debatten, déi mer mussen féieren an déi permanent muss geféiert gi mat de Bierger hei an onsem Land, fir déi Akzeptanz vun der Entwicklungshëllef ganz kloerzemaachen an déi och duerchzesetzen.

Mir müssen hei feststellen, dass mer evidenteweis en Intérêt hunn, fir an d'Entwicklungshëllef ze goen. Éischtens aus Solidaritéit vis-à-vis vun deene Leit, deenen et méi schlecht geet. Mä et kann een och soen, dass et an onsem Intérêt ass, fir op dee Wee ze goen. Well iwwerall do, wou et Aarmut gëtt, do ass de Risiko vun Terrorismus, do ass de Risiko vu Krich, do ass de Risiko och vun illegaler Immigration natierlech méi grouss, wéi wann een op der Plaz hëllef kann an d'Leit op hirer Plaz selwer sech kënnen uerdentlech ernieren a liewen.

An där ganzer Debatt, déi mer hei féieren, hunn ech och mat Freed notéiert, dass d'Regierung mat der Chambre de Commerce versicht huet fir d'lëtzebuergesch Entrepreneuren an der lëtzebuergescher Entwicklungshëllef ze interesséieren. Et hu sech eng 160 Entreprises gemellt. Ech weess, dass, wat d'Marchés publics ugeet, d'lescht Joer eng ronn 80 Milliounen Euro iwwert d'Marchés publics verdeelt gi sinn. Wat ech net weess a wou ech vläicht frou wier, wann den Här Minister mer d'ëst kéint soen, dass ass, wéi vill vun deenen 80 Milliounen u lëtzebuergesch Entreprises gaangen ass.

Evidenterweis geet jo e gudden Deel an déi Zillänner, wou mer investéiert hunn a well do gebaut gëtt, mä et ass awer och e gudden Deel, deen hei zu Lëtzebuerg bleift oder lëtzebuergesch Entrepreneuren zeguttkënn. Do wier ech frou, wann ech kéint e Montant gewuer ginn.

Et ass vun all menge Virriedner mat Recht op d'Kohärenz vun de Politiken higewise ginn. Ech wëll mech an där méi kuerzer Zäit, déi engem zur Verfügung steet, konzentrieren op Problemer, déi elo méi rezent zur Debatt komm sinn, an dat ass de Präisindex, d'Héije vun den Nahrungsmitteln.

Dat ass fir mech ee vun deenen Haaptproblemer, mat deene mer konfrontéiert sinn am Ablack. An net nure mëttelfristeg, mä souguer laangfristeg.

Ech wëll nuren drop hiweisen, dass laut den Donnéeën, déi mer hei zur Verfügung hu

vun der Welternährungsorganisation, der FAO, vum Mäerz 2007 bis Mäerz 2008 d'Präisser vun den Nahrungsmitteln ëm 57% gestiege sinn. Eleng de Räis ass innerhalb vun de leschten zwee Méint ëm 75% gestiegen an de Weess am Laf vum leschte Joer ëm 120%.

Dat, wat am Weltmarkt passéiert, provocéiert dann natierlech Reaktiounen an deenen ärmste Länner vun der Welt, wou bien entendu déi Leit mussen vun deene Wuere liewen, wou d'Main-d'œuvre selwer méi bëlleg ass a wou doduerjer d'Matière première, dat heescht de Weess, de Räis, natierlech vill méi an hirem Aldeeglechen zu Buch steet.

Duerfir gesäit een, dass et an iwwer 33 Länner am Ablack op der Welt zu Onrouen an zu Instabilitéit komm ass. E gudden Deel dovunner si bekannt: Marokko, Mexiko, Haiti, Ägypten. Et kéint een nach anerer opzielen. Do gesäit een, dass dat natierlech ganz staark Reaktiounen provocéiert.

Mä et gesäit een och, dass dat hei zu Lëtzebuerg Répercussiounen huet. Et brauch een nuren d'Evolution vum Pond Brout ze kucken, wéi de Präis geet. Do ass natierlech nuren e Brochdeel dovunner op de Weess zrëckzeféieren. Mä nach huet dat Répercussiounen, an et gesäit een och, dass déi lescht Donnéeë vum Statec weisen, dass innerhalb vun engem Joer d'lesswueren hei zu Lëtzebuerg ëm ronn 6% méi deier gi sinn. Dat ass bien entendu eng Reaktioun op dat, wat natierlech och um Weltmarkt passéiert ass.

Et muss een elo analyséieren, wéi dann d'Prognose fir d'Präisentwécklung sinn. Wann ech op d'Donnéeë vun der Weltbank kucken, da gesäit een, dass si e Réckgang vu 25% an der landwirtschaftlicher Produktivitéit bis 2080 an de meeschten Entwicklungslänner virgesinn, als Folleg vum Klimawandel. Dat ass natierlech eng Donnée, déi ganz explosiv ass.

Wat sinn d'Grënn fir den Ustieg vun de Präisser vun den Nahrungsmitteln? Do gëtt et genau dräi Etüden, déi dat alleguerten uniform analyséiert hunn an och zur selwechter Konklusion komm sinn, dass sinn: d'Weltbank, den International Food Policy and Research Institute an d'FAO. Dat si strukturell Ursachen.

Éischtens d'Nofro a China an an Indien, haaptsächlech no Fleesch, an ee Kilo Fleesch weider am Verkat, dat bedeiht 16 kg Weess, déi müssen derfir opbruecht ginn. Dat ass d'Produktioun vun Agrardreif, also de Biosprit, wéi ee seet. Do gesäit een, dass dat bien entendu och ganz staark zu 26 respektiv zu 72% fir de Mais bäigeluecht huet um Käschtepunkt. Et ass de Klimawandel vun deem ech virdru geschwat hunn. Et sinn déi gestiege Uelechpräisser, wou een och gesäit, dass, wann een Agrarproduit produzéiert, natierlech och dofir Diesel a Kraaftstoff gebraucht mussen ginn, an et gesäit een, dass dat natierlech och seng Répercussiounen huet.

An dann ass och eng Ursach déi mangeld Investitiounen an d'landwirtschaftlech Produktivitéit an den Entwicklungslänner. Eng etlech vun den Entwicklungslänner, haaptsächlech an Afrika, ware während laange Joren Exportlänner. Haut si se Importlänner ginn. An do gesäit een, dass dat natierlech och Répercussiounen huet.

Da gëtt et eng etlech Länner, déi Exportstoppe vun Agrarproduit verhaangen hunn. Och dat féiert dozou, dass natierlech déi Wuere, déi deen Ablack am Weltmarkt sinn, méi enk ginn an dass doduerjer natierlech och d'Wueren, déi dann nach um Weltmarkt sinn, méi deier ginn. Ech wëll nuren drop hiweisen, dass Indien, China, Russland, Ägypten, Vietnam a Sambia - fir nëmmen déi ze nennen - esou Exportstopper verhaangen hunn.

Da gëtt et d'Spekulation a bien entendu de Wuesstum vun der Weltbevölkerung, déi jährléich eng Augmentatioun vun 2% zousätzleche Liewensmittel freet.

Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, et geet heiansdo net ëmmer duer mat Sonndesrieden, a gudde Rieden a gudden Debatten, och hei an der Chamber. Mir erwaarden ons och vun dëser Regierung, vun der Europäescher Unioun, dass mer e puer Ännerungen a méi Kohärenz an der

Politik hunn. Dat bedeit, dat ass virdru schonn ugeklongen, datt mer déi Biospritnormen, déi Ziler, déi mer wëllen hunn, déi anscheinend op 10% vun dem Energiebedarf hinzilen, reduzéieren.

Ech war frou ze liesen an ze héieren, datt souwuel den Ëmweltminister wéi Dir, Här Schiltz, d'Regierung d'une façon générale domat d'accord ass, fir op dee Wee ze goen an datt mer awer och eng aner Décisioun mussen huelen an nächster Zäit. Dat ass fir déi Exportsubsidië fir Agrarproduiten ze suppriméieren.

Do huet d'Europäesch Kommissioun Propositionen an deem Sënn gemaach, an ech wollt d'Regierung froen, ob se och wëlles huet, op deem Gebitt do déi Exportsubsidiëerunge vun Agrarproduiten ze stoppen, an dat mat deenen anere Länner, déi an déiselwecht Richtung wëlle goen, fir domadder der Europäescher Kommissioun an deem Sënn entgéintzekommen.

Woufir ass et wichteg, datt mer do intervenéieren, fir déi Subsidië fir Exportproduiten ze stoppen? D'Haaptargument, wat ech doranner gesinn, ass, datt mer als Konsument zweemol bezuelen. Mir bezuelen eng Kéier ons lesswueren iwwert de Wee vun den Exportsubsidiën, a mir bezuelen nach eng Kéier, well doduerjer, datt vill Agrarproduiten exportéiert ginn, sinn natierlech an Europa an och hei zu Lëtzebuerg manner Produiten um Maart, wat dann nees erëm zu Präissteigerung féiert, esou datt also de Bierger zweemol zur Keess gebiede gëtt duerch eng verkéiert Agrarpolitik. Duerfir ass et wichteg, datt mer hei op en anere Wee ginn.

Ech wollt d'Regierung froen, ob se bei deenen Négociatiounen, déi elo um europäeschen Niveau sinn, ganz kloer op dee Wee wëllt goen, datt mer mat deenen Exportsubsidië sollen ophalen. Dat schéngt mer eng wichteg Donnée ze sinn.

Eng aner Fro, déi ee ka mat unhänken, dat ass déi Proposition vun der Weltbank a vum Fonds monétaire international, fir eng 500 Milliounen Dollar géint den Honger auszeginn. Dee Montant ass elo anscheinend no uewe revidéiert ginn op 750 Milliounen Dollar. Dozou wollt ech froen, ob d'Regierung bereet ass, op dee Wee ze goen - am europäesche Kader bien entendu - a wat ongeféier do d'Kontributioun vu Lëtzebuerg kéint sinn.

Et muss een och eng etlech Kritiken ernimme vum Fonds monétaire international op jidde Fall, déi - meng en och mat Recht - op e Problem higewisen hunn, nämlech datt een awer och muss eng etlech Kritiken net méi esou fir richteg hale vis-à-vis vun där Politik, déi de Fonds monétaire an der Vergaangenheet gemaach huet.

Wat ass nämlech gewiescht? An der Vergaangenheet war d'Besetzung haaptsächlech vum Verwaltungsrot vum Fonds monétaire international ganz staark influenziert vun Amerika. Mä et ass elo e Revirement komm an der Besetzung vun deem Verwaltungsrot. Et ass elo virgesinn, datt deen nächste President vum Fonds monétaire international keen Amerikaner a keen Europäer ass, mä eng Persoun aus engem vun den Entwécklungslänner. Doduerjer ass vläicht elo méi eng grouss Sensibilitéit zu deem Problem do komm, mä et ass op jidde Fall wichteg, datt mer déi Initiativ vun der Weltbank a vum Fonds monétaire international ënnerstëtzen.

Dat Zweet, wat mir als ADR mengen, dat ass, datt mer déi Norme vum Biosprit no ënne revidéiere sollen, fir datt mer eng méi kleng Zilsetzung an Europa doriwwer hunn, wéi vill mer däers gebrauchen.

Deen drëtten Punkt, deen ons wichteg schéngt, dat ass, datt en „new deal“ soll gemaach ginn iwwert déi ganz Welternährungsproblemer. Dozou gëtt et jo och Propositionen vum Här Zoellick vun der Weltbank. Mir sollen ons deenen ënner anerem ralliéieren.

Et geet och dorëm, datt, wa mer effektiv géint d'Aarmut an den afrikanesche Länner an och an den asiatesche Länner wëllen ukommen, een da muss natierlech och derfir suergen an hëllefen, datt sozial Sécherungssystemer an deene Länner ausgebaut ginn.

Et ass verständlech, datt, wa Leit fäerten, datt se am Alter net méi kënne schaffen, wa

se jonk Leit, hir Kanner brauchen, fir hinnen am Alter ze hëllefen, si deen Ablack natierlech ganz vill Kanner op d'Welt bréngen. Fënnf, sechs, siwe Kanner sinn an deene Länner normal. Et ass och verständlech, datt deen Ablack, souguer wann de PIB an deene Länner steigt, de Pro-Kapp-Akommens permanent zrëckgeet, well d'Bevölkerungszuel villesh méi séier steigt wéi de PIB an deenen Entwécklungslänner.

Duerfir mengen ech, datt mer also mat deene Prinzipien, wéi mer se elo alleguerten hei diskutéiert hunn, kënnen d'accord sinn. Mir hätten awer och gäre vun der Regierung, datt se ganz kloer seet, wéi se wëllt elo um europäeschen Niveau an och um nationalen Niveau déi Cohérence des politiques duerchsetzen, wat d'Agrarsubventionen ugeet an och wat déi Demande vun der Weltbank a vum Fonds monétaire ugeet.

Ech soen lech Merci.

» M. Gast Gibéryen (ADR). - Très bien!

» M. le Président. - Ech soen dem Här Henckes Merci. Als nächst Riednerin ass d'Madame Lydie Err agedroen. Madame Err, Dir hutt d'Wuert.

» Mme Lydie Err (LSAP). - Merci, Här President. No all deene ville gudder Wieder, wëll ech dann emol ufänke Saachen ze soen, déi vläicht manner agréabel sinn, an zwar als Éischt déi Tatsaach, dass mir haut de Mëtteg déi Ried, déi de Minister hei fir eis gehalten huet, eréischt an de Grapp kruten, wéi hien op der drëtteschter Säit war, während haut de Moien e Journalist, dee mech interviewt huet zu engem aneren Thema, d'Ried schonn am Grapp hat.

Dat si Manéieren, déi mer méttelméisseg apprécieieren, well et net evident ass, eng Ried nozelauscheren an herno nach ze wëssen, wat ee gehéiert huet, wann een net gläichzäiteg en Text ënnert den Ae leien huet, op deem een dat ka verfollegen.

» M. Jean-Louis Schiltz, *Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire*. - Ech hunn net gefrot, fir datt d'Debatt deen nämlechten Dag géif gehale ginn!

» M. le Président. - Madame Err, den Här Wolter wëllt lech eng Fro stellen.

» M. Michel Wolter (CSV). - Et ass vläicht richteg, wat d'Madame Err elo gesot huet. Ech wëll soen, dass et fréier esou war, dass de Minister d'Deklaratioun gemaach huet an d'Debatt en Dag drop war, fir jiddferengem Zäit ze ginn, a Rou d'Debatt ze maachen. Mä dëst Joer ass op Insistenz vun der demokratescher Fraktioun de System ëmgeännert ginn, well si an der Conférence des Présidents d'Demande gemaach hunn, fir d'Debatt direkt no der Ried vum Minister ze hunn, mat der Argumentatioun, déi ee kann novollzéien, dass dann d'Diplomaten, déi eis Debatte géifen nolauscheren, d'Méiglechkeet hätten, fir net nëmme d'Ried vum Minister, mä och de Suivi vun der Diskussioun kënnen an engem Stéck ze maachen.

Mir hunn eis deem ralliéiert. Wann d'Deputéierten awer der Meenung sinn, dass dat net gutt ass, si mir selbstverständlech bereet...

(*Interruption*)

...op dee System zrëckzekommen, dee mer haten, nämlech dass d'Ried gehalten an dann ausgedeelet gëtt, jiddferen een Dag Zäit huet, fir se ze kucken, an dann dozou Stellung kann huelen.

Och domat hu mir kee Problem.

(*M. Lucien Weiler reprend la Présidence*)

» Mme Lydie Err (LSAP). - Also, dat do ass keng Äntwert op déi Fro, déi ech opgeworf hunn.

» Une voix. - Dach!

» Mme Lydie Err (LSAP). - Neen, iwwerhaapt net. Et ass eng Saach, ob een eng Ried hält an ob ee gläichzäiteg den Text ënnert den Aen huet, well vill Leit sécherlech an d'ärselwechter Hypothees si wéi ech, dass et ganz schwéier ass, sech op eppes ze konzentréieren, wat een net gläichzäiteg ënnert den Aen huet.

Et ass all Kéiers déi nämlecht Diskussioun. Wa mer aussepolitisch Diskussiounen hei hunn, da war de Minister dozou ze bewegen, seng Ried gläichzäiteg auszedeele, an ech fannen, dass de Rescht sech wierklech duerch absolut näscht justifiéiert, besonnesch wann een dann herno gesot krit: „Et geet keen op meng Ried an!“, oder „Et geet keen op de Rapport an.“

Also, béides ass e bësse schwéier. Dobäi wëllt ech et beloossen. Ech fannen et just net agréabel. Et kann een och op déi aner

Manéier, wéi mer virdru gefuer sinn, erëm zrëckkommen, mä ech denken net, dass et do d'selwecht war, well d'leschte Kéier hate mer déiselwecht Diskussioun, och wéi am Fong d'Diskussioun iwwert d'Ried eréischt deen Dag drop war. Mä loosse mer elo hei net eng grouss Debatt maachen.

Ech wëll just soen, dass ech apprécieieren, eng Ried kënnen ze lauscheren a gläichzäiteg ze liesen, ze ënnersträchen, well een dann herno weess, wat ee gelauschtert huet.

Weider zu der Debatt. D'Objektiver vun der Politik huet mä Kolleg, de Marc Angel, hei schonn ugeschwat. Et bleiwen am Fong nach e puer Saachen iwweg, op déi ech an de Jos Scheuer nach wollten goen.

Ech wollt mech haaptsächlech mat zwou Saachen ofginn, well mer och nach ganz weéng Zäit hei rescht hunn.

Éischtens, eist Gesetz vun 1996, fanne mer, misst un d'Realitéit vun haut ugepasst ginn. D'Objektiver vun der Lëtzebuurger Kooperatioun sinn dësem Gesetz no nach ëmmer nëmme d'Eradicatioun vun der Aarmut. Dat ass sécherlech och haut nach richtig. Mä ech mengen, et ass en Text, wou nach näscht iwwert d'Millenniumgoals drasteet, wou näscht iwwer eis Instrumenter um Terrain drasteet. Dat ass einfach net méi zäitgeméiss. Ech fannen, dass ee muss kucken net nëmme, dass dat, wat ee mécht, eng Saach ass, déi akzeptabel ass, mä dass een och soll kucken, wéi déi Leit, déi net wëssen, wat um Terrain passéiert, sech an den Texter erëmfannen, déi et zu engem Thema gëtt.

Mir hunn déiselwecht Diskussioun mat eiser Verfassung, déi mer elo probéieren, un d'Realitéit vun eiser Verfassungssituatioun zu Lëtzebuerg unzepassen. Mir hu festgestallt, dass, wann een um Pabeier liese kann, wéi d'Praxis ass, dat natierlech eng besser Politik ass.

Esou steet an eise Gesetz zum Beispill näscht iwwert d'PICen dran. Ech hunn elo haut mat Freed héieren, dass d'Bereetschaft do ass, och d'PICen an der Chamber oder an der Chamberskommissioun ze diskutéieren, well d'PICen am Fong dat sinn, wou Politik an de Länner an eise Pays cibles gemaach gëtt. Ech fannen et absolut oninteressant, dass mir emol d'Joer allgemeng iwwer Saache schwätzen, besonnesch wa mer wëssen, dass de Rapport d'activité - dat ass eigentlech kee Reproche - net méi aktuell ass dee Moment, wou en hei zur Sprooch kënnt.

Ech denken duerfir, dass déi Politik, déi mer an den Affaires étrangères hei vun eise President virgezeechent kritt hunn, fir amplaz emol d'Joer eng grouss Debatt ze maachen, öfters am Joer zu punktueller Sujeten Debatten ze organiséieren, sécherlech an där Hisiicht méi interessant a méi spannend ass. Dat géif och d'Saache vun der Kooperationspolitik e bësse méi konkret un d'Leit bréngen, wann der dann do sinn, déi sech fir dës Debatten interesséieren.

Da sinn och d'Moyenen, déi mer eis an eise Text ginn, dee Moment net dran. De Marc Angel huet elo just gesot, dass mir et géife begréissen, dass iwwert d'Aides budgétaires géif probéiert gi Pilotprojeten ze maachen. Ech denken och, dass, wann ee reservéiert ass vis-à-vis vun deem Moyen - ech war dat an ech bleiwen dat -, kann een am Fong seng Reserven eréischt dann ausdrécken, wann een eng Erfahrung huet, un där ee konkret kann oflesen, wéi et sech an der Réalitéit erëmispigelt.

Et ass mir zougedroe ginn, dass de Cap-Vert eng Demande gemaach hätt, fir iwwert de Wee vun enger Aide budgétaire gehollef ze kréien. Vu dass dat ee vun eise privilegiéierte Partner ass, mat deene mer scho laang zesummeschaffen, wou mer d'Administratiounen kennen a wou Relatiounen sinn tëschent den Autoritéiten op allen Niveauen, denken ech, dass dat kéint e ganz gudder Choix sinn, fir en an der Praxis ëmzesetzen.

Ech denken och, dass et wichteg wier, iwwert d'Koordinatioun vun der Kooperatioun op europäeschem an op nationalem Niveau hei an der Chamber e bësse méi an den Detail ze goen, fir erauszefannen, wou eventuell Doubleoné sinn a fir ze kucken eben déi kënnen an Zukunft ze évitéieren.

D'Renforcementer vun de Capacitéit vum lokale Gestionnaire op der Plaz misst e But vun eiser Kooperatioun sinn. Ech denken, dass dat och am Sënn ass vun der Laangliedegkeet vun eise Projeten. Well et kann net sinn, dass d'Projeten oder d'Programmer, déi d'Lëtzebuurger Kooperatioun mécht, géifen zesumme fallen, wa mir eis géifen zrëckzéien. Dat ass jo elo a verschiddene Länner lues a lues de Fall. Et ass also an eise ureegene wéi am eegenen Intérêt vun de Länner, mat deene mer koope-

réieren, fir déi Capacitéiten do ze reforcéieren.

Dann hu mer nach e Wonsch. Notamment wier et eise Wonsch - a wann ech „eis“ soen, dann ass et den Aarbechtsgrupp innerhalb der Partei, fir deen ech hei schwätzen -, dass de Minister vun der Kooperatioun sécherlech net kann en exklusiv Mandat hunn. Mä mir géifen et begréissen, wann an Zukunft kéint évitéiert ginn, dass d'Kooperatioun zesumme mat der Défense géif geschloe ginn, well dat heiansdo Kontradiktione ka mat sech bréngen a well dat Crainté mat sech bréngt, wat d'Affectatioun vun de Budgeten, vun de Calculen an esou weider bréngt. Alles dat si Saachen, déi e Land wéi Lëtzebuerg, wat am internationale Verglach esou positiv dosteet, sech sécherlech net muss soe loossen.

Ech mengen, dass mer mat enger Upassung vun eise Gesetz d'Geleeënheet kréien, Saachen ze diskutéieren, wéi zum Beispill d'Kritäre vun eisen Zillänner. De Félix Braz huet elo just ugefaange vu Selektivitéit ze schwätzen, geographesch a sektoriell. Hien huet vun de Moyenné geschwat, déi mer eis sollte ginn, etc. Ech mengen, dass déi Saachen also relativ no beienee sinn an dass ee se misst kënnen ëmsetzen.

Nach en zweete Wonsch, an domadder halen ech dann och schonn op. Mir hätten eigentlech gär net nëmme an der Chamber hei uewen, mä iwwerhaapt an der Chamber méi e breeden Débat iwwert d'Kooperatioun. Déi rezent Entrevue, déi mer an der Kommissioun organiséiert hu mam Cercle vun den ONGen, huet eis sécherlech e bësse Goût ginn, fir méi där doter Zort Entrevuen ze maachen.

Do denke mer drun, dass eng Reorganisatioun vun eisen Aarbechten haut am Fong scho kéint dozou bäidroen, dës Debatt méi oft oder méi konkret ze gestalten. Duerfir eng Propos fir e puer Ännerungen.

Ech weess net, wéivillmol ech ugesat hat, déi Motioun iwwert d'Assisen hei virzebréngen, ier se finalement duerchgaangen ass. Finalement fannen ech awer, dass déi Manéier, wéi déi Assisen oflafen, am Fong keen neien Input an d'Chamber bréngt. Ech bedauern dat.

Duerfir hu mir eis an eise Aarbechtsgrupp iwwerleucht, wéi mer kéinten zesummen iwwert de Wee vun den Assisë vum Rapport annuel d'Debatten an der Chamber intensivéieren a vläicht e bësse verdeiwen. Mir denken, dass et duerfir gutt wier, wann een an der Chamber déi Assisen, déi normalerweis am September sinn - wat jo och eigentlech e gudder Moment ass, fir erëm mat frëscher Energie unzefänken -, kéint am Viraus op deene verschiddenen Niveaue virbereeden: engersäits an der Chamber, anersäits an den ONGen, fir dass och an Aarbechtsgruppe kéint geschafft ginn.

Dat ass am Fong déi nei Propos, déi mer an dëser Hisiicht hunn: Mir proposéieren, dass de Rapport vun der Kooperatioun kéint am Mee, Juni presentéiert ginn an dass doropshi kéinten d'Theme fir d'Assisë festgesat an zesummen diskutéiert ginn. Eiser Meenung no wier et da ganz effikass, wann een, amplaz elo am Fréjoer, am Hierscht, wa souwou den Ordre du jour der der Chamber normalerweis net terribel voll ass, nom Resultat vun den Aarbechten an den Assisë géif hei déi jährelch Debatt ufänken. Dat onafhängeg dovunner, ob een et doriwwer eraus am Joer nach fäerdeg bréngt, op dat eent oder dat anert individuell Thema zrëckzekommen.

Dat war et.

» M. le Président. - Merci, Madame Err. Als leschte Riedner ass den Här Vizepräsident Scheuer agedroen. Här Scheuer, Dir hutt d'Wuert.

» M. Jos Scheuer (LSAP). - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll un dat uschléissen, wat de Marc Angel gesot huet. Fir eis ass eng Fro wichteg, a mir wäre frou, wann de Minister géif Stellung dozou huelen: Wéi gesäit d'Regierung, wéi gesäit de Minister d'Aide budgétaire an der Kooperationspolitik vu Lëtzebuerg fir d'Zukunft - dat heescht, eng Aide directe?

Mir sinn interesséiert dorun, an ech perséinlech och, well déi Diskussioun de Moment ganz intensiv an Däitschland gefouert gëtt, opgrond vun engem Uerteel vum Bundesrechnungshof. An der Schwäiz souwisou. Och de Louis Michel wëllt jo déi Aide budgétaire um Niveau vun Europa an d'Luucht setzen - ech mengen, vu 24% op 50% - an engem bestëmten Délai. Dat ass déi éischt Fro. Dat ass eng eminent politesch Fro, déi d'Kooperatioun betrëfft.

Déi zweet ass eng, déi mech perséinlech interesséiert. Ech hu mer am Laf vu menger Carrière als Politiker, an enger Carrière

plane, eng Serie vu Kierf geholl a munchmol eng bluddeg Nues; an an dësem Domän ganz bestëmmt. Fir d'éischt bei der Madame Err, duerno beim Charles Goerens - wann een dat bedenkt, beim Charles Goerens! - an och beim Här Schiltz.

Et ass awer all Kéiers dës Fro: Wéi hält d'Lëtzebuurger Kooperatioun et mat der Hëllef fir d'Parlamentarier an den Entwécklungslänner? Ech hunn ëmmer als Äntwert kritt: D'Ausrichtung vun der Lëtzebuurger Kooperatiounspolitik ass humanitär ausgeriicht a politesch Hëllef muss dann eben an engem anere Konzept erfalen.

Ech wëll elo net dévéléppéieren, firwat déi Hëllef un d'Parlamentarier fir mech perséinlech eminent wichteg schéngt.

» **M. le Président.** - Här Scheuer, entschëllegt, den Här Goerens wëllt lech eng Fro an deem Kontext stellen. Eng Fro, Här Goerens?

» **M. Jos Scheuer (LSAP).** - Ech mengen net, datt et eng Fro ass.

» **M. le Président.** - Jo, mä eist Règlement gesäit dat vir.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Ech muss direkt soen, datt dat, wat den Här Scheuer do seet, net der Realitéit entsprécht. Well wann eist Parlament wëllt eng Kooperatioun maache mat engem Parlament aus engem Entwécklungsland, ass kee Ménsch, deen eis kann drun hënneren, fir dat ze maachen.

Dat war och d'Äntwert, déi ech ginn hunn, wéi ech d'Responsabilitéit iwwert deen Departement hat. Déi, déi déi Zäit an der Chamber waren, a besonnesch déi, déi am Büro waren, wëssen och ganz genee firwat. Ech brauch do net an den Detail ze goen. Et huet och mam finanziellen Opwand ze dinn. Wann eist Parlament dat mécht, wat een aus fräie Stécker ka maachen a wat ech och géif befürworten, well et gehéiert och zum Ausbau vun der Gouvernance, da soll et dat maachen. Da solle mer eng Kéier am Büro doriwwer schwätzen.

» **M. le Président.** - Gutt. Här Scheuer, wann ech gelift.

» **M. Jos Scheuer (LSAP).** - Merci, Här Goerens. Dat war awer net meng Fro. Meng Fro war net: Wëllt d'Lëtzebuurger Parlament anere Parlamentarier hëllefen? Meng Fro war: Wëllt d'Lëtzebuurger Regierung, wëllt de Lëtzebuurger Kooperationsministère de Parlamentarier an den Entwécklungslänner hëllefen?

Ech kéint elo eng Serie vun Dokumenter uféieren, bis zum Nobelpräisträger, déi soen, datt een, deen den Hunger an der Welt wëllt bekämpfen, muss d'Bonne gouvernance förderen. An d'Bonne gouvernance ass an den Entwécklungslänner net nëmme an den Hänn vun de Gouvernanten, mä ass och an den Hänn vun de Parlamentarier.

Wann een d'Parlamentarier stäerkt an deene Länner, dann ass een um richtege Wee zur Demokratie. Wann ee just seng Politik mécht mat de Regierungen, dann heescht dat jo, datt déi Regierungen Rechnung ofleeë bei de Bailleuren, bei deenen, déi Kooperatioun bedreiwen. Mä déi Regierungen an den Entwécklungslänner, déi leeën an de raarste Fäll, a wierklech seltene Fäll hire Parlamentarier Rechnung of iwwert dat, wat mat deene Gelder geschitt.

Dat ass fir mech e grouse Problem, an do kéint ee mat wéineg Geld ganz vill bewierken. Fir de Moment gétt et eng Publikatioun vu britesche Parlamentarier, déi eng Etüd gemaach hunn, aus där ervirgeet, datt eben d'Parlamentarier an den Entwécklungslänner solle gestäerkt ginn. D'demokratesch Kräfte an den Entwécklungslänner, déi lafe manner iwwert d'Regierungen, mä déi lafe méi iwwert d'Parlamentarier.

Ech gesinn, de Minister ass amgang sech ze hiewen. Ech bauen dat net aus, mä ech mengen, de Fong vum Problem ass bekannt.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Scheuer. D'Wuert huet elo zum Ofschloss vun der Debat den zoustännege Minister, den Här Schiltz.

» **M. Jean-Louis Schiltz, Ministère de la Coopération et de l'Action humanitaire.** - Här Président, Dir Dammen an Dir Hären, ech wollt direkt op dee leschte Punkt agoen a mat deem ufänken, wann Der erlaabt, an ufänke fir dem Här Goerens Merci ze soen, datt hien a mengen Numm dem Här Scheuer d'Fro beäntwert huet.

Ech wollt am Iwwregen dobäi soen, datt ech, wat déi Gouvernanceprojeten, déi mat

Parlamentarier ze dinn hunn, ugeet, nach net vill seriöser ze gesi kritt hunn. Wann een op dee Wee wëllt goen, abstraction faite vun deene Considérationen, vun deenen den Här Goerens geschwat huet, nämlech datt dat vu Parlament zu Parlament vläicht besser organiséiert wär an datt et do och Froe gétt, déi sech stellen an déi ze léise sinn, froen ech mech, wéi et mat der Séparation des pouvoirs ass a mat där Konzeption, déi mir hunn, wann eng Regierung vu Lëtzebuerg d'Parlament aus esou engem Land aus dem Süden ënnerstëtzt. J'ai quelques doutes à ce sujet. Mä ech loosse mech awer gären do enges Bessere beleieren.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Très bien!

» **M. Jean-Louis Schiltz, Ministère de la Coopération et de l'Action humanitaire.** - Wat d'Aide budgétaire ubelaangt, wollt ech soen, datt mer traditionell als Lëtzebuurger Regierung eng retizent Approche haten, déi am Iwwrege mam Parlament ofgeschwat ass an déi ech och zu Bréissel verdeedegt hunn a wou ech och de Consensus européen, dee schon ofgeschloss war, nach eng Kéier opmaache gelooss hunn, fir dat revidéieren ze loosse.

Mir hunn eis awer och als Prinzip ginn, datt mer géifen d'Saache studéieren. Ech sinn awer a menge Studien, ënner anerem am Vietnam, elo nach net zu Konklusivione komm, déi esou treffend wäeren, datt ech géif soen, datt d'Lëtzebuurger Kooperatioun dat soll maachen. Ech féieren awer gären nach eng Kéier eng Diskussioun. Vlächicht war de Vietnam och net dat richtege Land, well et sech do och ëm Montanten handelt, wou mer einfach an enger Liga spillen, wou mir net dra sinn, an dann och ee sech freet, wat dann nach eis Plus-value ass, déi vill méi kloer ass bei där Approche „Programmes“ oder Approche „Projets“, déi mer hunn.

Ech wollt der Madame Err Merci soe fir hir vill konstruktiv Suggestiounen, och wat d'Kompositioun vun der Regierung ubelaangt, an d'Distributioun vun deene verschiddene Portefeullen. Ech wëll lech awer och soen, datt et mer regelméisseg virkënt, datt ech bei den Développementsministère setzen an datt do gesot gétt, mir missten dach emol eng Kéier mat den Défenseministère schwätzen. An da ginn ech dräi Deeg drop bei d'Défenseministère, an da soe si, mir missten nach eng Kéier mat den Développementsministère schwätzen.

Dat kënn all Kéiers vir, wa mer iwwert de Kosovo schwätzen. Dat kënn all Kéiers vir, wa mer iwwert den Afghanistan schwätzen. Da strecken ech de Fanger aus an ech soen ëmmer: Dir Dammen an Dir Hären, ech schwätze mat mir selwer, mam rietsen Deel vu mengem Gehir a mam lénsken Deel vu mengem Gehir. Mäi Virgänger huet dat och scho gemaach an dat fonctionnéiert wonnerbar.

Ech soen lech am Iwwregen, datt et meng Iwwerzeegung ass, datt aner Länner och nach wäerte mat op dee Wee goen, fir déi zwee Portefeullen Engem an deem Nämlechten ze confiéieren. Och dat ass eng Fro vun eminenter Kohärenz.

Mir kënnen viles maachen, mir kënnen net alles maachen. Ech kann och alles op d'Kopp stellen am Ministère an lech de Rapport den 1. Februar ginn, mä dann hale mer op mat schaffe vum 1. Januar bis den 31. Januar.

Gleef mir - an ech hunn et gesot -, datt meng Leit dat mat engem enormen Engagement maachen. An de Fait fir eigentlech ze verlaangen, datt si missten dee Rapport éischer bréngen, wéi se dat fäerdeg bréngen, ass eigentlech - fannen ech, wann ech mer dat däreif erlaben - e bëssen dévalorisant fir déi Aarbecht, déi si maachen.

Ech ka mech och net erënneren, datt hei jee eng Motioun sollt komm si wat d'Assisen ubelaangt. Ech krut eng Motioun vun lech 2004 fir en Audit organisationnel, déi ech dankend ugeholl hunn. Deen Audit organisationnel hu mer och gemaach. Mir hu mat der Chamber eng Restitutioun gemaach vun de Konklusivione vun deem Audit organisationnel. Ech weess net, ob d'Rang an der Kommissioun deen Dag ganz gutt besat waren. Am Iwwrege kann ech mech och net erënneren, eng animéiert Diskussioun mat lech op de leschten Assisè gehat ze hunn.

Ech wëll do vlächicht net méi wäit goen, mä ech freeë mech awer op eng animéiert Diskussioun mat lech dëst Joer, Madame Err, well ech wäert lech nämlech d'Sujeten am Virfeld matdeelen an ech plädéieren och ganz staark derfir, datt ee Segment vun den Assisen ënnert der Direktioun vum exzellente President vun der aussepolitischer Kommissioun stattfënn. Ech ka mech am

Iwwregen nëmme beluewen iwwert déi Zesummenaarbecht, déi de Kooperationsminister mat der Chamberskommissioun huet.

Ech fannen ëmmer en oppent Ouer do. Ech muss lech soen, datt déi APE-Diskussioun keng einfach ware fir mech an ech eigentlech ëmmer dankbar war fir an d'Chamber ze kommen, fir een Échange de vues ze hunn, fir och ze kucken déi Kritik, déi mer alleguere gespiert hunn - ech probéieren duerno ze artikuléieren. Ech mengen dat huet gutt fonctionnéiert, an de President weess et. Ech si bereit, wann d'Chamberskommissioun dat gären hätt, all Méindes moies um néng Auer, um hallwer néng - neen, um hallwer néng net, Här Braz - unzertrieden.

Ech mengen, datt mer do eng Vitesse de croisière fonnt hunn, déi exzellent ass. Ech kommen herno am Iwwregen nach mat där enger oder anerer Suggestioun dorobber zrëck.

Fir op d'Fro kuerz anzegoe vun deene Punkten, déi virbruecht gi sinn - ech hunn net op d'Punkten am Gesetz geäntwert, ech kommen herno dorobber - vum Här Braz, wollt ech soen, wa mer déi Zuele kucken, muss ee wëssen, datt déi Engagementer, vun deene geschwat gétt, 2005 geholl gi sinn, an net am Joer 2000.

Sou datt een eigentlech nach net ka schwätzen dovunner, datt se net géifen aghale ginn. Dat sinn „time tables“ an et sinn Engagementer, an ech verwiere mech och dergéint, datt vu Verspriecheunge geschwat gétt.

Richtig ass awer, dat hunn ech geschriwwen, dat hunn ech haut hei gesot, datt, wann et esou weidergeet, munches wäert am Arge leien. Dir weist och zu Recht drop hin, wann ech op déi nächst Fro kommen, datt beim Agrarsprit viles och mat Spekulation an aneren Elementer ze dinn huet.

Et sinn eng Rei Punkten, déi wëll ech elo net kommentéieren, och well d'Zäit mer amgaangen ass fortzelaufen. Dir hutt eng Rei Ureegung bruecht, déi ech lech géif invitéieren, och an anere Foren anzebréngen. A manner wéi engem Mount ass den État de la nation. Dir hutt bestëmmt Inspiratioun hei och fonnt, fir deen een oder deen anere Punkt anzebréngen. Ech hunn all Sympathie fir eng Rei vun Äre Proposen. Ech weess net, ob et mat zousätzleche Fichen hei gedoen ass, well ech meng mir hätte genuch Fichen, an alle Beräicher.

Da kommen ech zu enger Fro, Här Braz, wat déi vun der Gouvernance ass. Wa mir vu Kohärenz schwätzen a vu Gouvernance, wa mir néng Gremien hunn: Mir hunn ee Conseil supérieur pour le développement durable; mir hunn ee Kyoto-Comité; mir hunn d'Commission interdépartementale pour le développement durable; mir hunn d'Assisen; mir hunn de Groupe de travail vun den ONGen; mir hunn de Comité interministériel, sechs; mir hunn d'Kommissioun vun der Chamber, ech hätt déi missen als éischt nennen, siwen; de Comité interministériel pour l'éducation au développement durable; an de Service éducation au développement durable -, néng Gremien, déi sech mat Kohärenz auserneesetzen; deen zéngten ass den Ufank vum Enn vun der Kohärenz!

Duerfir géif ech lech froen, datt ech géif eppes anticipéieren, wat ech souwisou wëlls hat: Déi Fro - an duerfir sinn ech och net mat lech d'accord, datt Der sot, ech géif mech der Diskussioun verschléissen - wéi mer d'Strukturen organiséieren, wat wou muss sinn. Ech hu virdrun e bësse provokativ gesot, ech si bereet ee Gremium anzeféieren, wa mer der dräi ofschaffen; mir missten der fënnf oder sechs ofschaffen.

Duerfir géif ech lech eventuell suggérieren, datt mer op den Assisè géifen eng Reflexioun lancéieren iwwert d'Opportunitéit, fir d'Kooperatiounsgesetz ze revidéieren. Wou dann déi Froen do jo och mat dra sinn; awer och déi Saachen, déi d'Madame Err ugeschwat huet, mat dra sinn.

Et géif also an deem Zesummenhang heeschen, datt, wann ech op d'Motioun géif kucken, ee géif an engem éischte Considérant d'Nécessitéit vun enger Kohärenz soulignéieren. Den zweete Considérant: datt d'Gesetz vun der Kooperatioun op '96 zrëckgeet an datt d'Regierung invitéiert géif ginn, op den Assisen eng Reflexioun ze lancéieren iwwert d'Opportunitéit, fir d'Gesetz iwwert d'Kooperatioun ze revidéieren.

Mir maachen deen Thema do ganz wäit op, deen ech e bëssen nei gewiicht hunn. Dat wär dann och do mat dran. Ech mengen, dat misst eppes sinn, wou mer eis kéinten erëmfannen a wou d'ganz Chamber am Iwwrege sech kéint erëmfannen. Ech géif dat gutt fannen, vu datt mer alles am Virfeld

zesumme besprieche, fir weider op deem gemeinsame Wee ze goen, wa mer um Gesetz géife genau dat nämlech maachen, ouni A-priorien, ouni Limiten an ouni Scheiklappen.

Wat d'Migratiounen ubelaangt, esou halen ech drop, datt d'Kooperatiounspolitik net der Migratiounspolitik subordinéiert gétt. An emgedreit och net. Ech invitéieren lech, wann Dir wëllt konkret kucken, wat d'Kooperatioun kann als Zousaz bréngen, lech méi am Detail mat deem Projet „Migrer les yeux ouverts“ vum Cap-Vert auserneesetzen, wat e Projet vun der Kooperatioun ass. Meng Leit stinn do zur Verfügung, ech selwer selbstverständlech och, fir Detailler ze liwweren.

Wann Der mer dann erlaabt, nach e Wuert zu den Accords de partenariat économique ze soen. Den Här Angel ass am Detail dorobber agaangen an huet nach eng Kéier déi Retizenzen, déi am Raum stinn, duergeluecht. Den Här Goerens ass och dorop agaangen.

Richtig ass, datt de Commissaire Mandelson ëmmer virgelaf ass, an net nécessairement d'Resultat dat ass, wat ee sech do erwaart. Déi eng schwätze vum Drock vun der Kommissioun, ech géif vlächicht net esou wäit goen, mä richtig ass awer, datt hie virgelaf ass.

Mir hunn déi Froen ad largum diskutéiert. Ech si gäre bereet, se nach eng Kéier ze diskutéieren, zum Beispill op den Assisen. Mä och do mengen ech, soll ee keen zousätzleche Gremium schafe vun engem Monitoringsclub oder je ne sais pas quoi.

Wat mir enorm géif hëllefen an deem Beräich, dat ass, datt d'Lëtzebuurger Parlament géif mat aneren europäesche Parlamentarier Kontakt opuhelen, datt déi och hir Ministeren fir d'Problematik sensibiliséieren, datt d'Lëtzebuurger ONGe mat auslänneschen ONGen an deenen anere Länner vun Europa géife Kontakt opuhelen, datt déi hire Minister och dofir sensibiliséieren.

Vous prêchez un convaincu hei zu Lëtzebuerg, deen op Bréissel geet, sech do an d'Bütt gehäit an dann oft gesäit, datt hien deen Eenzegen ass, deen an der Bütt ass, mat dann och der Konsequenz, datt 26 anerer do déi Meenung oft net deelen. Dat huet elo nach net zu dramateschen Auswüchse geféiert, mä dat kann awer emol sinn. Duerfir meng Invitatioun un d'Parlament, mat den europäesche Parlamentarier Kontakt opzuehelen, fir déi ze iwwerzeegen, a meng Invitatioun un d'ONGen, fir europäesch ONGen ze iwwerzeegen, fir datt ech net méi wéi an der Vergaangenheet oft eleng dostinn.

Mir mussen schon Iwwerzeegungsarbecht leeschten am Kader vum Accord vun 2005, wat d'Zuelen ubelaangt, well nämlech mat der däitscher Entwicklungsministesch Heidemarie Wiczorek-Zeul, mam Commissaire Michel a mat mir selwer nach dräi Dinosaurier vun 2005 iwweg sinn. Déi aner waren an der Genèse vun deem Prozess do net derbäi, sou datt mer dat alles nach eng Kéier müssen opdréinen.

D'Fro, déi d'Debatt hei haut dominéiert huet, ass e bëssen déi vun de Mäert, et ass déi vun der Landwirtschaft. Ech wëll et an aller Däitlechkeet soen: Mir sinn net derfir, datt d'Exportsubventiounen iergendwéi weider hei oprechterhale ginn. Dat sinn ech net, dat ass de Minister Boden net.

Mir hunn eis scho laang derfir agesat, Här Henckes, datt déi Exportsubventiounen géife géint null geféiert ginn. Wéi zu Hongkong decidéiert ginn ass, datt se bis 2013 géifen op null geféiert ginn, hu mer dat als en hallwen Échec considéréiert, vill méi als wéi en hallwe Succès. Dir wësst also, datt mer do eng kloer Linn hunn an déi och weiderhi wäerte verfollegen.

Op d'Fro vum Agrarsprit sinn och eng ganz Rei Riedner agaangen. Et wär vlächicht interessant, wa mer eis och eng Kéier Zäit géifen huelen an e bëssen zrëckkucken, wat mer dann alleguer virun zwee, dräi Joer zu deem Thema gesot hunn a wien deemools gesot huet, datt mer do misste massiv no uewe goen. Dat wär vlächicht net oninteressant. Dat solle mer vlächicht haut net maachen.

Richtig ass, datt mer e Konsens hei hunn, datt mer déi Virgabe vun der Kommissioun

sollen no ënnen drécken, datt déi 10% ze vill sinn, nët et huet kee gesot, datt mer sollen op null fueren. Keen een! An ech och net an och keen anere Member vun der Regierung. D'Wuert Moratoire ass gefall, dat ass sécherlech e gudde Schrëtt à ce stade-ci. Wéi am Edeffekt déi Gewichtung vun 10% no ënnen ausgesäit, dat muss ee kucken.

Et kann net sinn, datt, wa mer dat kucken am Detail an eis do festleeën, duerch subventionéiert Exportelementer an deem spezifesche Beräich do och d'Saachen op d'Kopp gehäit ginn, well an deem Beräich nach méi wéi an aneren déi Subventionen fir den Export alles erëm futti maachen. Am Zweifelsfall muss d'Ernährung Prioritéit hu virun allem, wat mat Agrarsprit ze dinn huet. An, fir en neutraalt Beispill ze ginn: Et kann dach net sinn, datt d'Mexikaner sech keng Tortilla méi kënne leeschten, well an Amerika de Mais an den Tank gehäit gëtt - fir e Beispill ze huelen, wat näischt mat Europa ze dinn huet.

An deem Zesammenhang ass och en Oupriff un d'Bescheidenheet vun der Weltbank a vum FMI lancéiert ginn. Ech sinn net den Affekt vun der Weltbank a vum FMI an och net dofir do, fir déi ze verdeedegen. Et si sécher eng Rei Politiken an deene leschte Joren do gemaach ginn, déi net zu deem gefouert hunn, zu deem se sollte féieren, nämlech datt den Développement verbessert gëtt an datt d'Saache sech zum Gudde wenden. Duerfir si jo och déi faméis klassesch Programmes d'ajustement structurel eppes, wat an där Form net méi imposéiert gëtt.

An d'Weltbank, déi elo mat méi Bescheidenheet oprëtt, den FMI, dee mat méi Bescheidenheet oprëtt, hunn awer net mat deem Mea culpa ugefaangen - dat wëll ech och der Komplettheit halber soen -, wou déi Kris elo ausgemaach ass. D'Weltbank huet nämlech den 19. Oktober 2007 hir Politik, wat d'Ausrichtung vun der Landwirtschaft ubelaangt am Kontext vum Développement, revidéiert, andeem se e Rapport publizéiert huet, deen intituléiert ass: «L'agriculture au service du développement».

Ech géif virschloen, datt mer eis dee Rapport an der Chamberskommission géifen eng Kéier zu Gemitt féieren an datt da jiddfereen kann en connaissance de cause soen, wat hie vun där neier Politik am Agrarberäich vun der Weltbank, déi elo scho sechs Méint al ass, hält, a mer eis dann och par rapport zu deene géife positionéieren.

Här President, et bleift mer ze soen, datt, wa mer positiv Resultater hunn, wann dee Rapport vum CAD 2008 positiv ausfällt, dat och ass, well 2003 e Rapport gemaach ginn ass, dee schon eng ganz Rei positiv Elementer, vill positiv Elementer opgeléicht huet, datt mer dorobber konnten opbauen, datt mer konnten op den Input vun der Chamber opbauen, datt mer konnten op den Audit organisationnel opbauen. Dat Ganzt ass also, vun 2000 an nach vu méi fréi un erop gesinn, eppes, wat een an der Kontinuitéit ze gesinn huet.

Ech si frou, datt dee Konsens, wat d'Stousrichtung belaaugt, weiderhin hei besteet. Ech stinn zu all Moment zu Ärer Verfügung, fir iwwert d'Modalitéiten ze diskutéieren.

D'Strukture sollen iwwerduecht ginn. Meng Proposition ass, datt mer wéi gesot eng Reflexioun iwwert d'Kooperatiounsgesetz lancéieren op den Assisè vun der Kooperatioun. Ech wäert och net deen Dag komme mat engem Projet vu menger Säit aus a soen, ech mengen, hei muss elo geännert ginn an do muss geännert ginn. Ech wëll fir d'éischt nolauschten a mech dann determinéieren.

En aller-, allerlescht Wuert, Här President: Ech hu virdu geschwat, datt zwielf Milliard géifen iwwer Lëtzebuerger Fongen a Mikrofinanzinstitutionen vun den Entwicklungslänner investéiert ginn. Schéi wär et, leider ass et net esou. Ech hat mech am Komma verdinn. Et sinn nëmmen 1,2 Milliarden, mä wat net ass, ka jo nach kommen. An e puer Joer sinn ech iwwerzeegt, datt mer mat där Politik, déi mer maachen an der Mikrofinanz an déi hir Friichten dréit, datt mer mat där Politik, déi mer wëlle maachen am Kontext vun der Philanthropie zousätzlech Gelder fir d'Entwécklung gëneréieren, esou datt déi Zuel vun zwielf Milliarden an e puer Joer ganz sécher richtig ass.

Merci villmools.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci der Regierung.

Mir si konfrontéiert mat zwou Motiounen, déi déposéiert gi sinn.

Motion 1

Déi eng vun der Madame Arendt ass ënnerschriwwen vun alle Gruppen a Sensibilitäten. Kënne mer déi par main levée ofstëmme?

(Assentiment)

Vote

Wie mat där Motioun d'accord ass, ass gebieden d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Ech gesinn, dass dat d'Unanimitéit ass. Domat ass déi Motioun ugeholl.

Motion 2

Dann hu mer nach d'Motioun, déi vum honorablen Här Braz déposéiert ginn ass. Do denken ech, dass d'Unanimitéit vläicht net esou grouss ass.

Den Här Braz huet d'Wuert.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Den Här Minister huet de Virschlag gemaach, fir op d'Assisen ze verweisen, déi solle stattfannen, fir sech da mat där doter Fro ze beschäftegen. Ech ka mat deem Virschlag vum Minister d'accord sinn. Mir proposéieren, den Text dann och an där vun him proposéierter Versioun virzedroen. Dat wär, wann ech hie gutt verstanen hunn, méi e kurze Considérant. Do steet et also just als Éischt: «considérant que la loi sur la coopération date de 1996», esou dass mer déi aner zwee à ce stade emol géife vergiessen.

Bei deenen zwee Considérante géife mer als eenzeg Invite hunn: «invite le Gouvernement à lancer aux Assises de septembre une réflexion sur l'opportunité» - an da musst Der mer hëllefen - «de réinsérer...»

» **Une voix.** - De réviser!

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - ...«...de réviser» - pardon - «la loi sur la coopération». Dat ziit et also méi breet. Et huet, fir éierlech ze sinn, mat deem Punkt, deen eis haut wichtig war, net méi allze vill ze dinn. Ech considéieren, dass dat e Bestanddeel dovunner ass. An deem Sënn si mer bereet, dat als Kompromëss ze akzeptéieren.

» **M. le Président.** - Jo, Här Braz. Dir hutt net nëmmen Hëllef noutwendeg, mä d'Présidence och - an d'Administratioun virun allem -, fir hei d'Texter ze kréien.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Ech ginn lech den Text. Ech hunn elo dem Minister seng Notë geholl, mä ech ginn lech den Text. Dat ass kee Problem.

Motion 2 modifiée

La Chambre des Députés,

- *soulignant la nécessité d'une cohérence des politiques accrue en matière de politique de coopération;*

- *considérant que la loi sur la coopération date de 1996;*

invite le Gouvernement

- *à lancer aux Assises de septembre une réflexion sur l'opportunité de réviser la loi sur la coopération.*

(s.) Félix Braz, Claude Adam, Camille Gira, Henri Kox, Viviane Loschetter.

» **M. le Président.** - Weess dann elo jiddfereen, iwwer wat mer ofstëmme?

(Assentiment)

Dann ass et gutt.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Bal jiddfereen.

» **M. le Président.** - Da stëmme mer par main levée of, wa jiddfereen dat en connaissance de cause mécht.

Vote

Wie mat där Motioun d'accord ass, ass gebieden d'Hand an d'Luucht ze hiewen.

Ech gesinn, mat gewësse Bedenken ass awer eng ganz grouss Majoritéit vun den Deputéierten d'accord.

2. Ordre du jour

Dir Dammen an Dir Hären, et ass elo kuerz no hallwer siwen. Mir hate geplangt, eis Aarbechte géife bis hallwer siwen daueren. Mir hunn awer elo nach zwee Projeten um Ordre du jour. Vu dass am Virfeld net signaléiert gi war, dass déi Sitzung hei iwwer hallwer siwe géif erausgoen, wëll ech d'Chamber froen - well ech weess, dass eng Rei vu Kolleegen heibanne sinn, déi Obligatiounen ugeholl hu fir elo -, ob mer nach déi zwee Projeten elo duerchzéien oder ob mer déi vertagen.

Wat ass d'Meenung vun de Fraktiounen?

» **Une voix.** - Deen een dauert méi laang.

» **M. le Président.** - Also et wäert fir ongeféier eng Stonn sinn.

» **M. Xavier Bettel (DP).** - Wann et wierklech esou ass, da Jo.

» **M. le Président.** - Jo, Här Bettel, ech kann dat net soen. Ech kucken dat, wat ech hei agedroe kréien. Zum Beispill beim liberale Grupp weess ech ni, wéi laang dass et dauert, well do ni eng Zäit ugi gëtt. Bei anere stëmme awer och net ëmmer d'Zäiten, déi ugi ginn. Duerfir frot net d'Présidence, si soll lech soen, ob dat elo op d'Minutt prezis stëmmt. Den Här Goerens huet d'Wuert gefrot.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Mir haten aus Prinzip léiwer keng Angabe ginn, wéi eng falsch. Duerfir hu mer net ëmmer d'Zäit annoncéiert, déi mer brauchen.

» **M. le Président.** - Gutt. Wat ass dann elo d'Meenung vun der Chamber? Solle mer déi zwee Projeten nach haut huelen?

» **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.** - Här President!

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - Et misst ee vläicht d'Froen op muer verleeën.

» **M. le Président.** - Här Minister, wann ech gelift.

» **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.** - Här President, d'Chamber mécht natierlech wéi se wëllt. Ech wëll se just drop opmierksam maachen, dass ech zwou Saachen ofgesot hunn, fir heihinner ze kommen. Beim Projet vum ILNAS geet et ëm e relativ technesche Projet, wou ech héieren hunn, dass awer gréisstendeels Accord an der Kommission wier. Duerfir kéinte mer deen awer huelen. Also, ech hunn net vill bäizefuge bei deem, wat hei am Rapport steet.

» **Une voix.** - An deen anere fir muer.

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - An d'Votum fir muer.

» **M. le Président.** - Jo, mir waren eis eens ginn, dass mer déi Saachen net géifen trennen. Wa mer Präzedenzfäll hei schafen, da komme mer all Kéiers dorobber eraus.

D'Fro ass: Zéie mer déi zwee Projeten duerch, jo oder neen?

» **Une voix.** - Jo!

» **M. le Président.** - Här Wolter, wann ech gelift.

» **M. Michel Wolter (CSV).** - Ech wëll soen, ech gesinn e Problem, well um hallwer aacht ass eng Versammlung, an där wierklech eng ganz Rei vun eisen Deputéierten derbäi sinn. Duerfir wiere mir eis net dergéint, dass mer déi zwee Punkten diskutéieren. Ech wär allerdéngs frou, wann dann de Vote kéint muer stattfannen. Well et soll ee jo och net déi Leit pénaliséieren, déi awer permanent hei sinn. Et war wierklech net gesot, dass no hallwer siwe géif getagt ginn, soss hätt ee seng Dispositiounen kënne aneschtens huelen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Michel Wolter (CSV).** - Wann dat vläicht e Kompromëss ausnahmsweis eng Kéier wier, Här President, da kéint dat eis Satisfaktioun ginn.

» **M. le Président.** - Ech spieren, Här Wolter, dass heibanne vill Sympathie fir Är Kompromëssléisung do ass.

(Hilarité)

» **M. Michel Wolter (CSV).** - Och mir soll dat emol passéieren.

(Hilarité)

» **M. le Président.** - Da maache mer et deementspreechend. Mir diskutéieren déi zwee Projeten. Dat arrangéiert jo och eise fréiere Kolleg a jëtzege Minister Jeannot Krecké. Mir maachen d'Voté muer am Ufank vun der Sitzung um Punkt dräi Auer.

Dann huet elo d'Wuert de Rapporteur vum éischte Projet de loi. Dat ass den honorablen Här Castegnaro.

3. 5516 - Projet de loi

- relatif à la création d'un Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services et à la création d'un cadre général pour la surveillance du marché dans le contexte de la commercialisation des produits,

- modifiant * la loi modifiée du 17 mai 1882 sur les poids et mesures, * la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes et accises, * la loi modifiée du 14 août 2000 relative au commerce électronique, et * la loi du 31 juillet 2006 relative à la sécurité générale des produits, et

- abrogeant la loi du 22 mars 2000 relative à la création d'un Registre national d'accréditation, d'un Conseil national d'accréditation, de certification, de normalisation et de promotion de la qualité et d'un organisme luxembourgeois de normalisation, modifiant la loi du 14 décembre 1967 portant institution d'un poste de Commissaire du Gouvernement, portant création d'un Service de l'énergie de l'État, et concernant l'exploitation des centrales hydro-électriques d'Esch-sur-Sûre et de Rosport

Rapport de la Commission de l'Économie, de l'Énergie, des Postes et des Sports

» **M. John Castegnaro (LSAP), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären,...

» **M. le Président.** - Ech bieden em Opmierksamkeit fir de Rapporteur!

Chamber TV

weist all öffentlech Sëtzung

live an integral

*mat enger Rediffusioun
all Sëtzungsdag
vun 19:00 Auer un*

» **M. John Castegnaro** (LSAP), *rapporteur*. - Merci.

...de Kontrast zwëschen den Ausféierunge vun haut de Mëtteg, besonnesch deem, wat de Kooperatiounsminister iwwert d'Entwécklungshëllef an iwwert de Misär an der Welt gesot huet, an der Diskussioun an dem Vote iwwert dat sougenannt ILNAS-Gesetz kéint net méi grouss sinn. D'Aarmut do, den Iwwerfloss hei. An dach och hei déi berechtigt Suerg, dass an eiser Iwwerfloss- a Konsumgesellschaft d'Produkt eis net solle krank maachen an d'Ëmwelt net sollen zerstéieren.

Zu deem Projet de loi, dee mer haut sollen diskutéieren an ofstëmmen, wéilt ech e puer grundsätzlech Bemierkunge maachen, ier ech op déi wesentlech Einzelheiten an op d'Aarbechte vun der Kommissioun aginn. Ech wéll direkt ënnersträichen: Dee Projet ass komplex a komplizéiert, mä en ass wichteg an noutwendig.

Am Mëttelpunkt vun deem Projet geet et ëm e ganzt Regelwierk iwwert d'Informatioun, de Suivi, d'Kontrollen, d'Strofen an esou weider, mam Zil, villfach Interessen ze verrieden an ze verdeedegen, woubäi et virangeg ëm d'Konsumenten, ëm d'Gesondheet, ëm d'Ëmwelt geet. Et geet drëm, Rechtssécherheet ze schafen, mä et geet awer och drëm, wirtschaftlech Interessen ze verrieden. Et geet drëm, d'Konkurrenzproblematik net ze vergiessen.

Bedeitend ass, dass mat dësem Gesetz éischtens e grouss Schrëtt a Saachen administrativ Vereinfachung gemaach gëtt.

Zweetens, d'ILNAS gewährleescht, dass de Stat oder d'öffentlech Hand weiderhin eng bedeitend Roll wäert spillen, statt eng total Privatiséierung, wéi de Statsrot dat suggeréiert hat.

Drëttens, d'Bedenke vun Einzelnen am Zesummenhang besonnesch mam Officier de police judiciaire - also dem OPJ -, dass mat deem ILNAS-Gesetz e weidere Schrëtt a Richtung vu méi Polizeistat kéint gemaach ginn, si menger Meenung no och entkräftegt ginn. Et ass nun eemol esou, dass ee Kontrollen a Strofe brauch, och wann ee wéllt e preventive Charakter domat erfüllen.

Véiertens, mam ILNAS-Gesetz gëtt et Koordinatioun an Effizienz, ouni mussen oder ouni wëllen ze schikanéieren an Abusen ze maachen. Et geet ëm d'Sécherstellung bei der Vermaartung vu Produkter a Produktsécherheet zu Lëtzebuerg, mä iwwer Lëtzebuerg eraus och am europäesche Bannemaart.

Zum Historique vum Projet de loi 5516 iwwert den ILNAS - iwwert den Institut Luxembourgeois de la Normalisation, de l'Accréditation et de la Sécurité des produits et services - sinn e puer wichteg Daten ze soen. Den Dépôt vum deem Projet de loi war de 16. November 2005. E gemeinsamen Avis - Chambre de Commerce a Chambre des Métiers - gouf et den 9. Mee 2006. Den éischten Avis vom Statsrot ass vum 28. November 2006. Den Avis vun der Chambre des Fonctionnaires et Employés publics ass vum 29. März 2007.

D'Komplexitéit vun der Matière ergëtt sech, wann ech soen, dass opgrond vun dësen Avisen d'Chamberskommissioun den 20. Abrëll 2007 net manner wéi 44 Amendementer ausgeschafft huet a se un de Conseil d'État weidergeleet huet. Den éischten Avis complémentaire vum Conseil d'État ass den 23. Oktober 2007 komm. Doropshin huet eis Chamberskommissioun am Dezember d'lescht Joer nach eng Kéier 20 Amendementer ugeholl, an de Statsrot huet dës Amendementer a sengem zweeten Avis complémentaire vum 19. Februar an dësem Joer positiv aviséiert.

Et gouf nach e Bréifwiesel zwëschen dem Wirtschaftsminister, der Chamber an dem Conseil d'État. Domat konnte mer dann an eiser Chamberskommissioun den 20. März eise Rapport diskutéieren an och unhuelen.

Wéi Der aus dem Oflaf erkenne kënn, ass an deene bal zwee an engem hallwe Joer zënter dem Dépôt vum Projet de loi ganz vill an dësem komplexe Projet geschafft ginn. Et géif d'Rumm vun der Riedezäit sprengen, wann een all déi Diskussiounen, déi an der Kommissioun gefouert gi sinn, hei am Detail wéilt erëmginn. Ech wéilt awer elo schonn hei profitéieren, fir all deenen, déi an der Kommissioun matgeschafft hunn, en décke Merci ze soe fir hir Geduld an hir Ausdauer.

Wéi gesot, den Text, deen initialement 29 Artikel geziel huet, ass net weiniger wéi u 64 Stellen amendéiert ginn. Domat net genuch: Et si ganz Kapitelen a Sektionen derbäikomm, anerer sinn ewechgefall. Eng Rei Artikel sinn och auserneegeholl ginn an op verschidden anere Plazen erëm bäigefügt oder erëm agebaut ginn.

Bref, den Text, wéi en 30 Méint no sengem Dépôt elo erauskënn, huet nach ganz

wéineg mat deem Text ze dinn, deen am November 2005 an der Chamber deponéiert ginn ass. Duerfir géif et och weineg Sënn maachen, elo déi laang a komplizéiert Debatten hei ze widerhuelen an op eenzel Artikelen anzugeen.

Stattdesse schéngt et mer sënnvoll ze sinn, den Texte coordonné als Ausgangsbasis ze huelen, fir d'Ziler vum Gesetz ze erklären, op déi institutionell Aspekter anzugeen an eppes zu de Mëttele ze soen, mat deenen d'Gesetz um Terrain ëmgesat soll ginn.

An dësem Rumm wäert ech dann op e puer Knackpunkte vum Gesetz agoen, déi der Kommissioun besonnesch vill Kappzerbriches bereet hunn an déi et wäert sinn, hei am Plenum nach eng Kéier opgeworf ze ginn.

Zu den Ziler vum ILNAS-Gesetz Folgendes: Mat dem Gesetz sollen déi institutionell Viraussetzunge geschafe ginn, fir d'Sécherheet an d'Qualitéit vu Wueren an Déngschtleeschungen ze garantéieren, an dat am Interessé vum Verbraucherschutz.

Ausserdeem geet et ëm d'Verbesserung vun der Wettbewerbsfäegkeet, andeems de fréie Wuerverkéier an den Technologie-transfert duerch eenheetlech technesch Standarden an eng gemeinsam Terminologie erliichtert ginn.

Den ILNAS wäert an enger eenzeger Verwaltung - dat ass wichteg -, déi dem Wirtschaftsminister ënnerstellt ass, eng Rei vun Aufgaben iwwerhuelen, déi bis elo op vill verschidde Verwaltungen a Ministère verdeelt waren.

Zu deenen Aufgabe gehéiert éischtens d'Normalisatioun, dat heescht d'Ausarbeitung, d'Veröffentlechung an d'Uwendung vun Normen, fir dass den Notzer, de Benotzer vu Wueren an Déngschtleeschungen zum Beispill d'Qualitéit dovun vergläiche kann oder och feststelle kann, ob seng Sécherheet bei der Notzung dovun garantéiert ass.

Dat Gesetz garantéiert och den interesséierte Gruppen, un der Ausarbeitung vun neien nationalen Norme bedeelegt ze ginn. Ausserdem vertritt den ILNAS d'Interesse vu Lëtzebuerg an den europäeschen an internationale Gremien, déi sech mat der Normaliséierung befaassen.

Zur Normalisatioun gehéieren och d'Gestion de veille normative, dat heescht de Suivi vun der Entwécklung vu bestehenden Normen, an deen dann och doriwwer informéiert gëtt, an nieft der Gestiou vun der Veille normative och d'Promotioun an d'Beereetstellung vun Normen. Dorop kommen ech dann nach eng Kéier zrëck.

Zweetens, d'Akkreditatioun. Fir dass d'Zouloossung vu Kontroll- an Zertifizierungsinstanzen, wéi zum Beispill d'Société nationale de certification et d'homologation - SNCH - oder Luxcontrol oder LuxTrust, ka funktionéieren, mussen se akkreditéiert ginn. D'ILNAS mell dat bei der Europäescher Kommissioun a bei aneren EU-Staten, fir matzedeelen, wat fir eng Zertifizierungsinstanze bei eis am Land zougeloooss sinn. Dës Noutwendegkeet ergëtt sech aus der sougenannter Method vun der „nouvelle approche“.

„Nouvelle approche“ bedeit, dass déi Direktiven, déi zënter 1985 am Beräich vun der technescher Harmoniséierung erlooss gi sinn, net méi all technesch Merkmale vun engem Produkt bis an de leschten Detail harmoniséieren, mä sech op déi wesentlech technesch Kritäre beschränken.

Gläichzäiteg hu sech d'Mitgliedstaten op eng géigesäiteg Unerkennung vun de jee-wellegen nationalen Zertifizierungsorganismen verstänneg. Domat ass also d'Zertifiziatioun duerch d'Organismen EU-wäit unerkannt an déi Lëtzeburger Organismen mussen sech ebe beim ILNAS akkreditéiere loossen. Den ILNAS erëm mell dat da bei der Europäescher Kommissioun a bei deenen anere Staten. Esou kënnen déi zu Lëtzebuerg ausgestallte Certificaten an der ganzer EU unerkannt ginn.

Folgerichtig gëtt dann och den ILNAS vum Gesetzgeber mat der Verwaltung vum Registre national d'accreditation a vum Recueil national des auditeurs qualité et techniques beoptraagt.

Drëttens, d'Iwwerwaachung vum Maart. Den ILNAS iwwerwaacht, ob Wueren an Déngschtleeschungen, déi hiergestallt oder um Maart ugebuede ginn, de gesetzlechen Ufuerderunge genügen. Ech erënneren un d'Spillsaachen, déi aus China kommen, an all dee Misär do ronderëm.

Do gehéiert et also schonn zu der Aufgab vun der Iwwerwaachung, ze kontrolléieren, ob d'Wueren de geltende Sécherheetsu-fuerderungen entsprechen oder net, an dat ze identifizéieren a gegebenenfalls vum Maart ze huelen.

Et geet hei och ëm d'Valeur, wann een esou wéilt, vun der Zertifizatioun CE, wat op de Produkter steet a wat muss am Aklang stoe mat der beschter Qualitéit a Sécherheet.

Den Artikel 3, Paragraph 4 vum Gesetz regelt am Einzelnen, a wat fir enge Bäräicher den ILNAS fir d'Iwwerwaachung vum Maart zoustänneg ass.

Fir ze veranschaulichen, wéi vill Produkter op de Maart kommen, déi net den Normen entsprechen, soll hei op déi Zuel higewise ginn, déi d'Vebraucherschutzkommissarin Kunewa leschte Méindeg genannt huet. 2007 si bei der Kommissioun iwwert de RAPEX-System méi wéi 1.600 Geforewarnungen erakomm an erausgang. Oder aneschtens gesot: All Dag gëtt et véier bis fënnf Produkter, déi entdeckt ginn, déi eng Gefor fir d'Sécherheet an d'Gesondheet vum Konsument duerstellen. Dat weist, wéi wichteg d'Iwwerwaachung vum Maart ass.

Véiertens, d'Koordinatioun vun den Autoritéiten, déi fir d'Iwwerprüfung vun den „bonnes pratiques de laboratoire“ vun der OCDE zoustänneg sinn. Do geet et drëm, dass all Laboratoire an der EU déi gläich Standarden hunn, fir Analysen ze maachen, fir dass een dat ka wierklech matenee vergläichen.

Fënneftens, d'Gestiou vun der Konzessioun fir d'Elektriker.

Sechstens, d'Métriologie légale, also alles wat mat Miessinstrumenter, Miessstechniken a Moosseenheeten ze dinn huet.

Siwentens, Initiativen zur Förderung vun der Qualitéit a vum Qualitätsbewusstsein.

Fir all déi Aufgaben ze erfüllen, hu bis elo eng Villzuel vun Acteure matgespillt. Fir dass dat ebe méi effikass ka ginn, soll et elo an enger eenzeger Verwaltung gemaach ginn, an engem eenzegen eenheetleche Rumm, an deem sech eben d'Normalisatioun, d'Akkreditatioun an d'Iwwerwaachung vum Maart an Zukunft bewegen. Dat ass dann dee konkreten, gräifbare Bäitrag zu där ëmmer erëm zitierter Simplification administrative.

D'Verwaltungen an Organismen, déi elo ënner dem Daach vum ILNAS zesummegeleucht ginn, sinn: den OLAS (Office luxembourgeois d'accreditation et de surveillance), deen haut scho beim Ministère de l'Économie ass, dann de Service de l'Énergie de l'État an de Service de Métrologie. Déi dräi Services, dat sinn insgesamt - wann ech mech net iren - 24 Persounen, déi do mat eriwirgerholl ginn.

Dann iwwerhëlt den ILNAS nach eng Rei vun Aufgaben, déi bis elo vun anere Ministère a Verwaltungen gemaach gi sinn, wéi d'Kontroll vun de Spillsaachen, wat d'ITM ëmmer war, oder d'Kontroll vun der Sécurité générale des produits, wat de Ministère de l'Économie war.

Mä an de meeschte Secteure gëtt weiderhi vu Verwaltungen a Ministère kontrolléiert, déi sech spezialiséiert hunn, déi also Sachkompetenz hunn, wéi d'Gewerbeinspektioun bei allem, wat Sécherheet op der Aarbechtsplaz ass. Dann d'ASTA an der Landwirtschaft, d'Santé an de Kantinen zum Beispill.

Eis Kommissioun war net d'accord, esou wéi de Statsrot et gefrot huet, dass den ILNAS och soll d'Liewensmittelkontroll iwwerhuelen. Mir waren der Meenung, dass dat sollt bleiwe wou et war.

Mä ervirzesträichen ass: D'Akkreditéierung vun all deenen Organismen, déi also als Zertifizierungsinstanz tätég ginn, muss iwwert den ILNAS goen, mä wéi gesot net déi eigentlech Iwwerwaachung um Terrain.

D'Gesetz schafft dann och e Conseil national pour la qualité, deen dem Wirtschaftsminister ënnerstellt ass; e Berodungsorgan. Iwwert dee Conseil sollen déi vum Gesetz betraffen Acteuren an d'Aktivitéit vum ILNAS agebonne ginn. Och soll de Conseil national Aktiounspläng zur Förderung vun der Qualitéit ausschaffen.

Beim Service de l'Énergie de l'État wollt ech just, ouni an den Detail hei awer elo anzugeen, drop hiweisen, dass dee jo de 14. Dezember 1967 geschaf ginn ass als national Normalisatiounsinstanz fir d'Regelung bei elektrischen Apparaten an Installatiounen a Konzessiounen fir d'Elektriker.

Mä mam Gesetz hei an deem héijen Haus vum 1. August 2007 iwwert d'Organisatioun, d'Liberaliséierung vun Strommaart hu mer de Service de l'Énergie de l'État kuerzerhand ofgeschaf - eppes ze schnell, wéi mer herno festgestallt hunn -, sou dass mer an e Vide juridique eragerode sinn. Et gouf e Projet de loi, de 5772, fir dee Vide juridique opzefellen.

De Statsrot huet gemengt, dat géif weineg Sënn maachen. Mir hunn dat elo an dee Projet de loi hei agebaut a wäerte rück-

wierkend déi Saach dann un d'Fonctionnéiere kréien.

(M. Jos Scheuer prend la Présidence)

Elo géif ech soen, Gott sei Dank ass keng Elektrikerkonzessioun néideg ginn an där Phas, sou dass dat dann am Endeffekt gutt ausgeet.

Ech wéll awer net vertuschen, dass de Statsrot a sengem éischten Avis bemängelt huet, dass a vill ze vill Froen de Projet deemools vag bliwwer wier an dass net kloer wier, wéi deen Institut seng Aufgab géif wouermaachen. Et huet him un enger Rei vu Kritären a Prozedure gefeelt. Dat war a sech eng zimlech haart Ausso.

Mä mir hunn an der Kommissioun de Projet de loi de fond en comble ëmgeschriwwen. D'Verfahrensweis, d'Kompetenze vun de Behörden, d'Prärogative vun den Untersuchungen, besonnesch mat de Beamten, also den OPJen, alles dat ass nei gemaach ginn. Domat menge mer hätte mer - an de Statsrot huet eis jo och duerno Recht ginn - dee prozedurale Rumm, an deem sech dat Gesetz beweegt, mat där noutwenderger Kloerheet a Rechtssécherheet ronnkritt.

» **M. le Président**. - Här Rapporteur, Dir sidd 15 Minuten iwwert d'Zäit.

» **M. John Castegnaro** (LSAP), *rapporteur*. - Ass et wouer?

» **M. le Président**. - Jo.

» **M. John Castegnaro** (LSAP), *rapporteur*. - Ech hunn nach zwou Minuten, da sinn ech fäerdeg. Da kënn och kee vun der LSAP erop. Dat ass e fairen Handel, et muss jo jiddferree fort.

D'Regierung huet sech och, an dat soll een hei besonnesch ervirsträichen, schonn orientéiert un deenen Décisiounen, déi an enger éischter Liesung den 21. Februar 2008 um Europäesche Parlament getraff gi sinn zu deem Sujet.

Et geet do ëm permanent Upassungen un dës Reglementer. Mir hunn dat elo scho virgesinn. An insgesamt mengen ech, an dat muss een ëmmer erëm ënnersträichen, wa mer esou vill amendéiert hunn, dann eben, fir um leschte Stand der Dinge ze sinn.

Mir hunn eis an eiser Aarbecht natierlech och un d'Gesetz iwwert d'Sécurité générale des produits gehalten - dat vum 31. Juli 2006 -, wat hei gestëmmt ginn ass. Do hu mer eis orientéiert u Prozeduren a Kompetenz bei der Maartiwwerwaachung. Par ricochet mussen mer natierlech elo och Ännerungen un deem Gesetz virhuelen, fir dass dat iwwereneeklungt.

Da gëtt et déi éiweg Ausenanersetzung iwwert d'Veröffentlechung vun den Normen. Do hat de Statsrot sous peine d'opposition formelle verlaangt, dass d'Vermaartung vun Normen de privaten Organismen misst iwwerloooss ginn an d'ILNAS nëmme mat der Veröffentlechung vun Normen ze beoptrage wier, déi aus Sécherheetsgrënn fir obligatoresch erkläert ginn.

Mir hunn dee Virschlag net iwwerholl, well mer der Usicht waren, dass d'Verbreedung vun de Normen net eleng an den Hänn vu privaten Acteure leie sollt. Jiddferree kann awer Asicht doran huelen. Mir veröffentlechen opgrond vun eisem Gesetz d'Normen net integral am Mémorial, mä hir Referenzen, an déi kann da jiddferree nokucke goen. Si dierfe just net gratis kopéiert ginn; dofir muss ee bezuelen.

Da gëtt et dee Problem, deen ëmmer erëmkënn, dee vun dem OPJ, also dem Officier de police judiciaire. Och do wéll ech aus Zäitgrënn nëmme op d'Wichtigkeet vum Officier de police judiciaire hiweisen. Seng Ermëttlung sinn entscheidend, wa prozesséiert muss ginn. Wann déi Roll net kloer ass, da ginn déi Prozesser an d'Box. Dann huet ee guer näischt geschafft. Do dierfen also keng prozedural Feeler geschéien.

De Statsrot werft dee Problem regelméisseg op. D'Ekonomieskommissioun huet duerfir, wéi aner Kommissiounen och, d'Regierung opgefuerdert, éischtens eng Lëscht mat all de Posten a Verwaltungen opzestellen, wou et den OPJ gëtt; zweetens sech kloer allgemeng gültig Richtlinnen ze ginn, wann a welch Aufgabe vun deene Beamten iwwer-

holl ginn, déi de Statut vum OPJ hunn, an dréttens verlaange mer och, dass déi Beamte permanent déi néideg Aus- a Weiderbildung erhalen, fir hir Missioun korrekt ze erfëllen.

De Wirtschaftsminister huet dat am Kontext vum ILNAS bestätegt an och offréiert, dass déi Beamten, déi dorënner falen, regelméisseg a Formatioune ginn.

Da gëtt et Personalfroen, déi hei mat diskutéiert ginn. Et bleiwen déi administrativ a pénal Sanktiounen, déi bei Gesetzer esou virgesi sinn. Zu den administrative Moossnamen zielt d'Erlaabnis, viru geféierleche Produkter ze warnen, se virun der Ausliwwerung ze stoppen, oder se vum Maart zréckzeruffen, wa se schonn drop sinn.

Déi pénal Sanktioune beinhalte Strofe bis zu 125.000 Euro respektiv aacht Deeg Prisong oder béides zesumme fir dee Produzent, deen e Produkt, wat schlecht ass, bewosst op de Maart bréngt oder sech dergéint wiert oder munches ënnerhëlt, fir dass et net vum Maart ka geholl ginn.

Dir gesitt also schonn d'Komplexitéit vum deem Ganzen. Ech ginn dovun aus, dass jiddferen heibanne souwuel de Projet de loi wéi de Rapport vum der Kommissioun intensiv gelies huet, an dass dat, wat ech hei versicht hunn, an deene puer Wieder ze erklären,...

(Interruptions)

...vläicht e bësse méi Transparenz a Verständlechkeet an dat Ganzt do erbréngt.

Ech wëll nach eng Kéier all deenen, déi direkt oder indirekt un deenen Aarbechte bedeelegt waren - an et war laang, an et war haart, an et war schwéier -, wéi gesot een décke Merci soen. Déi puer Minutten, déi ech iwwerschritt hunn, ginn dann duer, fir an engem Saz ze soen: D'LSAP wäert fir dat Gesetz stëmmen.

Merci, Här President.

» Plusieure voix.- Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur. De Konsens an der Chamber ass grouss. Elo kritt d'Wuert den Här Sauber.

Discussion générale

» **M. Marcel Sauber (CSV).** - Merci, Här President. Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Komplexitéit ass dat Wuert, wat e puermol hei gefall ass, a mat Recht. Dat do ass e Projet, dee verdammt komplizéiert ass.

(Interruption)

Gelifft?

» Une voix.- Da ginn ech.

» **M. Marcel Sauber (CSV).** - An duerfir géif ech dann och dem Rapporteur hei wëlle félicitéiere fir säin exzellente schrëftlechen an och mëndlechen Exposé, deen hien hei gemaach huet.

Ech muss soen, déi Matière ze beherrschen, ass guer net esou einfach. Net nëmmen eleng vum der Villfalt hier, mä och vum der Technik.

Doriwwer eraus ass et eng Matière, déi politesch wéineg explosiv ass, vläicht och wéineg spannend, vläicht och net deen allergréissten Interêt dobause fénn, mä et ass eng Matière, déi technesch interessant ass; et ass eng Matière, déi technesch noutwendeg ass; et ass eng Matière, déi wirtschaftlech en immens groussen Impakt huet.

Wann ech soe wirtschaftlech, da gesinn ech dat net eleng vum der Produktioun oder der Distributioun hier, mä och aus der Optik vum de Konsumenten. D'Wirtschaft also als Ganzt gekuckt.

De Projet, dee mer haut diskutéieren, stellt de generelle Kader duer, fir d'Kommerzialisatioun vum de Produkter an och fir d'Surveillance vum Marché. E begräift - am Stenotext - d'Normalisatioun, dat heescht d'Regelen, wéi Normen opgestallt ginn. E begräift d'Akkreditatioun, dat heescht, e gëtt eng Äntwert drop, ënner wéi enge Bedéngunge ka bescheinegt ginn, vum engem gewëssen Institut, deen dann Zertifizatiounsinstitut heescht, dat dee Produit,

deen ech um Marché hunn, konform ass zu enger Norm. Dat ass eng komplizéiert Matière relativ einfach ausgedréckt.

Et geet em d'Sécurité. Et geet em d'Organisatioun vum Marché respektiv och d'Kontroll vum deem Ganzen. Et ass elo net, wéi wa bis haut näischt esou do gewiescht wär, et ass näischt Neies, an deem Sënn, dass mer schonn eng Gesetzgebung hunn, verschidde Reglementer hunn, well eben europäesch Direktive bestinn, déi a Lëtzebuerger Recht ëmgesat sinn. Hei kréie mer een neie Kader, fir dat Ganzt ze ëmrummen.

Et ass eng komplett Matière mat engem immense wirtschaftlechen awer och finanziellen Impakt, dee sech awer gradesou staark och an der Sécherheet erëmfennt vum de Produkter, an der Kontroll vum der Sécherheet.

Virun ass d'Madame Kunewa zitéiert ginn, déi mer op Besuch hate virun zwee Deeg, déi eis och op déi Problemer opmierksam gemaach huet, déi bei der Kontroll kënnen opdauchen: Spillsachen aus China, wat jo ee vun deene groussen Diskussiounstemen déi lescht Zäit war, an dann och fir mat China eens ze ginn, fir dass si anescht solle produzéieren. Mä si hunn eis bestätegt, dass op d'Interventioune vum der Kommissioun a China iwwert deen dote Wee 29.000 Betriber, déi dat dote produzéiert hunn, zougemaach hunn.

Do gesäit een och déi wirtschaftlech Répercussiounen op déi ganz Saachen. Ech hunn elo China als Beispill geholl, mä dat doten hu mer och bei anere Produkter, déi kënnen kontrolléiert ginn.

Haut weess jiddferen, wat eng Norm ass. Vläicht och net. Firwat hu mer Normen? Wéi gi se opgestallt? Si se obligatoresch? Wéi verhält dee ganzen Normesystem sech an engem Land, tëscht einzelne Länner, an der Communauté européenne an international global gekuckt?

Wann een et wëllt simplistesche ausdrécken, da soen ech: D'Norm entstee am Fong op fräiwëlleger Basis, op Konsensus vu verschidde Betriber, déi sech eben ofstëmmen: Wéi soll ee Produkt ausgesinn? Wat soll seng Qualitéit sinn, seng Dimensiounen, Toleranzen, Sécherheet an esou virun? Mä et ass net nëmmen eleng bei de Produkter; Norme gëtt et och haut bei de Services.

Handfest Interesse vum de Betriber spille selbstverständlech do mat. Esou dass déijéineg Betriber, déi bei der Norméierung mat derbäi sinn, zweifellos ëmmer am Virdeel sinn, fir ze kucken, dass hiert Produkt oder hir Norme kënnen festgehalte ginn.

Konsensus heescht, op nationaler Basis muss en Accord fonnt ginn, tëscht de Betriber fir d'éischt, dann am Rumm vum engem Land, wat normalerweis iwwer en Normungsinstitut geschitt. Dat schafft déi Normen dann zesumme mat de Betriber aus. Bis elo hu mer dat net gehat.

Dohier brauche mer et wahrscheinlech, wa mer wëlle selwer Norme maachen. Dohier brauche mer och Zertifizierungsinstutiter. Dat sinn déi, déi bestätegen, dass déi Normen agehale si fir dat Produkt. Dohier brauche mer dann awer och eng Akkreditierungsplaz, déi bestätegt, dass déi Zertifizierungsinstutiter konform schaffen, dass se genügend équipéiert sinn an dass déi och kënnen d'Bedéngungen erfëllen.

Dat ass elo ganz einfach, simplistesche duergestallt. Mä et ass awer esou wéi dat funktionéiert, mat sämtleche Problemer, déi do dertëscht leien: d'Notificatiounen u Bréssel an esou virun. Well wat um éischte Stadium national geschitt ass, dat geschitt haut an engem anere Kontext och international.

Mä national war et virun enger ganzer Rei vu Jore jo esou, dass am Fong Normen an einzelne Länner guer net openeen ofgestëmmt waren. Mir hate franséischer. Mir haten däitscher. Do dertëscht ass dann operéiert ginn. D'Norme waren am Fong souguer e protektionistesche Marché an der Zäit. Mä d'Erkenntnis kum dunn eben, dass de globale Marché, den internationale Marché d'Zukunft ass, dass ee sech da muss zesummesetzen a kucken, dass een d'Norméierung iwwert d'Land oder iwwert d'Communauté eraus mécht. Esou dass mir haut och international Normen hunn.

Déi Evolutioun bréngt dann awer och mat sech, dass eng ganz Partie Direktiven a Regelungen hu misse kommen, déi dann och an nationaal Recht iwwersat ginn. Dat mat Prozeduren an esou virun, déi dat doten alles net méi einfach maachen, mä wou mir hei elo net weider drop aginn.

EU-méisseg gesinn, géif ech soen, dass d'Normen haaptsächlech an d'Richtung ginn, fir dem Ofbau vum den Handelshemmnisse entgéintzewirken; also fir den Ofbau

ze förderen. Et geet also an d'Richtung vum der Libre circulation des biens et services. Et geet och drëm, fir d'Normen international openeen ofzestëmme, wou ech och ënner Normen dann technesch Virschreften wëll gläichsetzen.

EU-wäit ass eng Prozedur virgeschriwwen, wéi dat do soll vir sech goen. Déi ass dann anzehalen. Déi berout och op géigesäeteger Unerkennung vum net nëmmen eleng de Prozeduren, mä och vum den technesch Virschreften oder vum den Normen, déi dann national akzeptéiert gi sinn. D'Resultat ass, dass mer haut international Normen an enger ganzer Partie vu Beräicher hunn; international Virschreften an och wéi dat Ganzt gehandhaabt gëtt, wat eng Ribambelle vum Direktive mat sech bréngt.

Dobäi dierfe mer dann net vergiessen: D'Norme sinn op fräiwëlleger Basis gemaach; och haut nach ëmmer. Si sinn also als solch net bindend. Si ginn am Fong eréischt bindend doduerch, dass een e Kontrakt mécht tëscht Betriber, Verwaltung a Betriber, Soumissiounen, wou een d'Conditions de marché bréngt. Si kënnen och bindend ginn, wann e Gesetz oder e Reglement kennt, wou déi Virschreften iwwerholl ginn.

Den Avantage fir d'Betriber ass zweifellos d'Globaliséierung. De Marché gëtt méi grouss an de Marché gëtt international. Fir de Konsument ass den Avantage: Hie weess, wat hie keeft. Hie weess, dass säi Produkt, wat hie keeft, konform ass, wann CE zu där Norm dropsteet. Hien huet also eng garantiéiert Mindestqualität, déi hie ka kafen. Et ass awer eng Sécherheet do iwwert deen CE-Label, deen do agefouert gëtt.

Den normale Wee also, fir eng Norm ze maachen, ass eigentlech deen: Et geet vum Betriber aus; um nationale Plang Concertatioun; Eeneigung ënner Betriber; fräiwëlleg Ofkomme mat normalerweis engem Normeninstitut. Iwwert d'EU kënn déi ganz Problematikmatdeeling: Wéini wëll ech esou eng Initiativ huelen? Dat heescht, dass d'Notificatioun u Bréssel an un déi aner Länner geet. Da kënnen sech eventuell och, wann et derwäert schéngt am Kader vu Bréssel, den CEN - dat ass den Normeninstitut vum der Communautéit - oder de Cenelec - dat ass deen, deen am elektresche Beräich tätég ass - der Saach unhuelen. Da ginn d'Normen ausgeschafft.

Dann d'Zertifizatioun. Dat ass jo dann, wann d'Produktioun gemaach gëtt, wou vum engem Betriber zertifizéiert gëtt, dass déi Normen agehale ginn. Mir hunn där Betriber hei zu Lëtzebuerg. Den Här Castegnaro huet der e puer opgezielt. Dat ass och eng Geschicht de gros sous, wann een et esou wëllt huelen.

Et ass eng Geschicht, wou mer Lëtzebuerg och kënnen dobause verkaufen, well een Artikel, deen hei konform zertifizéiert ass, deen ass weltwäit och unerkannt comme tel. Dat bréngt beispillsweis mat sech, dass d'Japaner sech Deeler vum hiren Autoen hei zu Lëtzebuerg zertifizéiere loossen. Firwat hei zu Lëtzebuerg? Vläicht si mer méi bëlleg, mä op jidde Fall si mer vill méi séier. Dat ass e groussen Avantage an deene Saachen do. Als Beispill emol zitéiert.

Déi Zertifizatiounsgesellschaft ginn natierlech dann accreditéiert. Dat ass deen Institut d'accréditation, deen dann och elo an den ILNAS erageluecht gëtt. Mä nach ëmmer: D'Norme si fräiwëlleg, soulaang wéi se net en obligatoresche contractuellé Charakter hunn oder am Gesetz stinn.

D'Kontrollen. Selbstverständlech, Produktioun ass dat eent, d'Kontrollen ass dat anert. Déi Kontrolle kënnen zu jidder Zäit geschéien. Do gëtt net nëmmen eleng gekuckt: Steet CE drop?, mä et gëtt och emol gekuckt, wann CE dropsteet: Entsprécht dat der Norm?

Da besteet d'Méiglechkeet, och national mat international Effekt déi Produkter vum Marché auszuschléissen. Dat heescht, wann hei zu Lëtzebuerg festgestallt gëtt, dass e Produkt net konform ass, da leeft eng ganz Prozedur un, mam Resultat, dass aus der Communautéit dat Produkt kann oder muss ausgeschloss ginn.

Grosso modo: Déi nei Verwaltung, déi mer hei oprichten - den ILNAS als Lëtzebuerger Institut -, huet déi wesentlech Aufgab, fir d'Erstellung - also d'Schafung, wann Der et esou wëllt hunn -, d'Uwendung, d'Sécherheet an d'Kontroll vum den Zertifizierungs-gesellschaften och ze akzeptéieren. Dat ass hir Haaptmissioun. Do derbäi kënn dann, wéi virdu vum Här Castegnaro gesot, och d'Métrologie an dann d'Gestioun vum de Konzessiounen. Déi ganz Organisatioun läit doran, mat allen Detailer a Problemer, déi dat mat sech bréngt.

Et ass net onbedéngt Neiland, mä et ass awer eng Matière, déi duerch dëst Gesetz

zentral koordinéiert soll ginn. Aarbechten, déi bis elo a verschidde Verwaltungungen a Ministären an hire spezifesch Kompetenzberäicher gemaach gi sinn. Esou dass de Projet, esou wéi e virgestallt gëtt, och avancéiert. Et géif alles ënner een Hutt kommen am Kompetenzberäich vum der ILNAS.

Wa mer elo soen, alles - am Bericht vum Rapporteur ass et schonn duergedrongen -; et ass bal alles, well et ass net alles. Do sinn nämlech eng ganz Partie spezifesch Kompetenzen, déi nach bei deenen anere kompetente Ministere bleiwen. Esou dass do ee vun de Problemer opgeworf gëtt: Wou ass elo d'Kompetenzofdeeling? Wat mécht deen een? Wat mécht deen aneren?

Also, der Direktiv zur Folleg sollt d'Norméierung dozou bäidroen, d'Promotioun vum der Qualitéit ze hiewen, d'Sécuritéit vum de Produkter, d'Förderung vum Handel a vum der Industrie, méi Produktioun a méi Sécherheet fir de Konsument, an dat Ganzt an der Kontroll duerch d'öffentlech Hand. Dat sinn déi nei Missiounen, déi mat erakommen un den ILNAS. Missiounen, déi also zousätzlech fir d'öffentlech Hand kommen.

Et kann een et och anescht ausdrécken: e bësse méi Stat. Well hei gräift de Stat och a Secteuren an, an Dealer an, déi wäit privat-rechtlecher Natur sinn.

Mä ech mengen, och an deem Rôle fir d'Promotioun an d'Qualitéit méi aktiv ze maachen, kéint de Stat sech dach erëm-fannen, wann et och net onbedéngt seng éischt Missioun ass.

D'Avisé vum der Handwierkskummer a vum der Chambre de Commerce, déi si relativ kritesch, wou se vermessen, dass eng global Visioun iwwert déi Gesamtproblematik ze kuerz kennt am Projet. De Projet geet och verschiddentlech fir si net wäit genuch, beispillsweis de Volet Sécurité alimentaire, an ass och net kloer genuch ëmraus wat verschidde Saachen ubelaangt, wéi d'Promotioun vum der Wirtschaft, d'Informatioun, d'Förderung vum de Betriber, wéi dat soll vir sech goen.

Dir Dammen an Dir Hären, wat sech hei vläicht relativ einfach an onkomplizéiert unhéiert, do kënn awer bei der Analys vum Projet eraus, dass dat guer net esou einfach ass, dass den Text relativ komplizéiert ass.

Vill Kommissiounssitzunge sinn drop higaangen, kontrovers, ganz kontrovers bei verschidde Punkten, an et ass animéiert diskutéiert ginn. D'Textamendementen sinn opgezielt ginn; 44 plus 22 sinn der 66. Dräi Avisé vum Conseil d'État beweisen d'Komplexitéit vum Text, wou dann och nach d'Ausféierungsreglementer - eng aner Kritik - feele souwéi d'Fiche financière. Et iwwersäit een net, wat esou en Institut ka kaschten.

De Conseil d'État huet sengersäits och - an ech mengen do ass deen éischten Avis dee wesentlechsten - drop higewisen, dass d'global Visioun fir d'Bewältegung vum deene Problemer, vum den Zilsetzungen am Fong am Projet net esou richtig zum Droe kënn oder dass se feelt.

De Conseil d'État schwätzt och nach eng Partie aner Problemer un, wéi dee vum der Veröffentlichung vum den Normen, de Verkauf vum den Normen, deen dann och elo soll duerch de Stat geschéien - an am Fong, wann een et wëllt pejorativ kucken, eng Epicurie gëtt -, d'Ofgrenzungsproblematik vum de Kompetenzberäicher, d'Féele vu verschidde Kompetenzen, d'Sécurité alimentaire zum Beispill, an dann d'Fro, ob dat Ganzt soll geschéien iwwer en Organisme de droit privé oder - well et jo em fräiwëlleg Norme geet, wat och ganz logesch kéint geschéien - iwwer eng staatlech Verwaltung, d'Féele vum den Ausféierungsreglementer, an dann d'generell Fro, wou e sech freet: Ass eis Verwaltung souwuel materiell wéi och intellektuell amstand, de Lëtzebuerger Stat bei deenen Aarbechte vum den europäeschen Normungsorganismen richtig ze vertrieben?

Dat sinn eng Partie Froen, déi am Raum stinn, déi deelweis eng Léisung kritt hunn, deelweis och net, mä déi op jiddfer Fall zum Nodenke féieren. An de Conseil d'État huet et dozou bruecht fir ze soen, en ordre principal, de Projet misst a senger Globalitéit nach eng Kéier iwwerduecht ginn an e géif nëmmen a titre subsidiaire praktesch den Avis ginn iwwert déi eenzel Artikelen.

D'Ekonomieskommissioun huet sech et och net einfach gemaach. Si huet dee Projet do am Detail analyséiert. Allerdéngs ka se och net d'global Orientéierung vum engem Projet fundamenal änneren. Mä 66 Amendementen hunn awer dozou bäigedroen, dass den Text wesentlech besser ginn ass, wéi e virdu war.

Punkten, déi mir perséinlech méi ze bedenke ginn, dat ass - et ass ugeschnidde

ginn - déi nei Aféierung vun dem Service de l'Énergie de l'État, dee mer viru sechs Méint, also am August, ofgeschaf haten, e bëssen ze séier. Do gi verschidden Dispositionen erëm ageféiert, well mer se brauchen. Mä dat heescht dann awer och, datt vum August u bis elo dee Service net konnt fonctionnéieren, datt keng nei Konzessionen ausgestellt gi sinn an och keng aner verlängert gi sinn.

Mä déi Fro, déi sech hannendru stellt, dat ass: Wat hunn eigentlech déi Beamte während där Zäit gemaach, well déi hu jo legal net méi bestanen? Oder: Wéi sinn déi Beamte bezuelt ginn, well de Service war legal ofgeschaf? Vlächicht kréie mer eng Äntwert vum Minister dorop - Dir hutt bestëmmt eng.

Elo ginn duerch dëst Gesetz op jiddfer Fall déi Fonctionen erëm ageféiert, esou datt d'Elektriker an d'Cegeled kënnen berouegt sinn. Mä den Dossier schéngt eis nach weider ze verfollegen, well mir sinn nach mat engem anere Gesetz befaasst, wou mer dee Service do erëm, ech géif net gär soen ofschafen, awer nei strukturéieren an en anere Service eran, esou datt mer nach eng Kéier wäerten doriwuer schwätzen.

E weidere Punkt, dee mer e bëssen um Mo läit, ass dee vun der Surveillance. Ech sinn derfir, selbstverständlech, datt hei kontrolléiert gëtt, datt schaarf kontrolléiert gëtt. Dat muss sinn. An enger internationaler Welt, wéi dat elo ass, soll dat sinn. Mä wou ech mäi Problem hunn, dat ass mat den Officiers de police judiciaire, net déi offiziell, déi vun der Police kommen, mä déi jéineg, déi vun der Verwaltung kommen.

Do deelen ech zweifellos dem Conseil d'État seng Meenung, deen net midd gëtt bei sämtleche Geleëenheeten, wou mer dat do aféieren a verschiddene Verwaltungen, fir do dergéint ze wiederan an ze soen: Dat do ass net dee richtege Wee.

An et ass och net onbedéngt de richtege Wee, well dat do ass jo awer e Beruff. Officier de police judiciaire ass e Beruff, dee geléiert gëtt, wou ee permanent muss dra sinn, wou ee muss Fangerspëtzegefill hunn, wou ee muss wëssen, wéi ee virgeet. Do ass et d'Erfahrung, déi spillt. An déi ass net onbedéngt ëmmer ginn am Rumm vun enger Verwaltung. Esou datt ee ka gedeelter Meenung sinn, well bis elo - ech mengen dat ass elo de Problem, wou mer dermat befaasst sinn - déi Verwaltung do schonn d'Recht hat, fir Officier de police judiciaire ze sinn.

An da si mer natierlech beim Lëtzeburger Modell: Mir maachen eng grouss Reform, et gëtt alles anescht, mä et dierf näischt änneren. Esou datt mer dann och do derbäi bleiwen.

D'Fro, déi nach net beäntwert ass, dat ass déi: Wéi vill Leit hunn d'Fonction vum Officier de police judiciaire, déi net bei der Police beschäftegt sinn? Wou si se beschäftegt? Well dat Ganz muss jo awer eng Kéier zu enger Generaldiskussion kommen.

Maache mer et esou, datt mer iwwerall kompartmentéiert e Polizeistat aféieren, oder solle mer deen net awer global loosser?

Déi Fro steet am Raum an déi muss mer eng Kéier diskutéieren, well soss komme mer bei all Gesetz, wou esou Saache wéi dat hei dra sinn, nach eng Kéier drop.

D'Publikation, den Här Castegnar huet drop higewisen: Mir hunn esou e sibyllineschen - ech géif net soe Lösung - Text fonnt, deen am Gesetz steet. Am Projet steet elo dran, datt déi Normen, déi Lëtzebuerg akzeptéiert, par référence am Memorial publizéiert sinn.

Dat heescht guer näischt. Dat heescht just, et ass eng Lëscht vun Normen, déi mer akzeptéiert hunn. Awer soss näischt. Déi Normen do sinn net obligatoresch, déi sinn alleguer fräiwëlleg.

Wa mer eng Norm obligatoresch maachen, muss se publizéiert ginn. An do hu mer e reelle Problem. Alleguer déi Normen, déi op eis zoukommen hei zu Lëtzebuerg, wa mer alleguer déi, déi mer obligatoresch maachen, publizéiere wëllen, mä da ginn eis Memorialen nach vill méi déck. An do muss een da kucken, wéi een eng Lösung féint.

Souwisou stellt sech bei der Publikation nach eng aner Fro; dat ass déi vum Droit d'auteur. Well déi Instituts de normalisation, déi froe jo Suen derfir. Dat kascht jo och. Dat leeft jo alles op privatrechtlecher Basis. Dat kascht, dat muss bezuelt ginn. Wéi kréie mer déi Suen erbäi?

Also déi do Fro schwief ewell 15, 20 Joer, zënter datt mer Normen ëmsetzen iwwer Form vu Reglementer.

Wéi geschitt d'Publikation? Mir hunn et meeschtens gemaach einfach par référé-

rence, an da war et fäerdeg. Mä deen éischte richtege Prozess, dee mer kréien op deem Gebitt do, dann hu mer awer e reelle Problem! Well ebe virgeschriwwen ass an eiser Gesetzgebung: Net d'Norme muss publizéiert sinn, d'Gesetz muss publizéiert sinn.

En anere Sujet, wou ee kéint méi laang driwwer schwätzen, ass den Normeninstitut op privatrechtlecher Basis. Mir sinn am Kader vu fräiwëllegen Normen, wou Betriber sech am Fong selwer operleeën: „Elo maachen ech dat, elo geet dat wéi ech dat gären hätt.“ Ech sinn éischer fir méi privat Initiativ, well ech mengen, mir hu schonn an enger ganzer Partie Domäne vill ze vill Stat. Mir hunn awer an dësem Fall keng richtig Alternativ vu privater Säit offréiert kritt. Vlächicht hätt ee se och kënnen provozéieren. Ech ginn e Beispill, de Registre de Commerce, dee leeft haut op enger privatrechtlecher Basis.

» **Une voix.** - Leeft et da besser?

» **M. Marcel Sauber (CSV).** - Selbstverständlech! Haut ass en à jour, en huet net méi e Retard vu Joren, wéi dat virdu war. E leeft vill besser.

Hei beim Normeninstitut maachen ech elo keen hellege Krich draus, well ech net esou richtig gesinn, wien hei zu Lëtzebuerg soll grouss Initiativen huele fir Normen ze maachen. Esou vill Betriber an esou grouss Betriber hu mer net, fir datt esou en Normeninstitut iwwerlaf géif gi mat Aarbecht, sou datt ech an dësem Fall an der Kommission och Jo dozou gesot hunn. Mä ech muss awer soen, mat schwéierem Häerzen, an der Hoffnung, datt de Stat à titre supplétif hei mat awierkt a well eben de Moment Lëtzebuerg keng aner Méiglechkeet huet.

Wat méi zur Transparenz bägedroen hätt beim Projet, dat wär, wann d'Ausféierungsreglementer mat derbäi gewiescht wäeren. Mä déi waren net derbäi.

Dir Dammen an Dir Hären, déi positiv Säite vum Projet wëll ech awer och net verkennen.

(**Interruptions**)

Dat do war elo emol eng gesond Kritik derzou. Mä de Projet huet selbstverständlech eng ganz Partie positiv Säiten. De Rapporteur huet se opgezielt, a wann ech dat elo emol optimistesches wéilt kucken - well ech si vun Natur aus nawell Optimist -, da géif ech soen, en Text, deen net esou kloer ass an all senge Facetten, en Text, deen och d'Objektiver net esou prezis ëmrisst, dat kann nach ëmmer en akzeptabele bis e gudden Text sinn, ënner der Bedéngung, datt ech eppes doraus maachen. Also wann ech deen doten Text richtig upaken, kann ech ganz vill doraus maachen.

Den Text schaaft e Kader fir d'Iwwerwachung vun der Produktioun a vun der Consumption. E schaaft eng nei Verwaltung, den ILNAS...

» **Mme Colette Flesch (DP).** - Ass dat eng positiv Säit?

» **M. Marcel Sauber (CSV).** - Loosst mech mäi Saz emol fäerdeg maachen, et ass e laange Saz. Also - elo hutt Der mech aus dem Konzept bruecht.

(**Hilarité**)

Den ILNAS als nei Verwaltung an de Wirtschaftsminister als kompetente Minister, déi hunn et elo an der Hand, dat aus dem Gesetz ze maachen an dat an den Text ze leeën, wat mer als Konsument, als Wirtschaft an als Land an engem moderne Stat brauchen. De Projet verhënnert dat net. Also loosse mer dat draus maachen, wat mer muer brauchen. Dynamik an Initiativ sinn da gefuerdert.

An deem Sënn bréngen ech och den Accord vun der CSV.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Sauber. Dann huet d'Madame Flesch d'Wuert.

» **Mme Colette Flesch (DP).** - Här President, léif Kolleegen, ech wäert a mengen Iwwerleeungen zimlech op der Linn vum Här Sauber leien, mä ech faasse mech méi kuerz. Deen eenzegen onageschränkte positiven Aspekt, deen ech dësem ILNAS-Projet unerkenne kann, ass d'Qualitéit vun der Aarbecht vum Rapporteur, dem honorebelen Här Castegnar. Wéi hien et gesot huet, ass d'Matière wichteg, mä ganz komplizéiert. Wéi hien et net gesot huet, mä wéi ech et mengen, war d'Approche vun der Regierung éischer fragmentaresch, fir net ze soe chaotesch. D'Aarbecht an der Kommission hat d'Charakteristik vun „work in progress“ a mir sinn iwwerhieft gi mat enger onwahrscheinlecher Zuel vun Amende-

menter, wéi de Rapporteur et och scho gesot huet.

An deem Kontext, deen a stänneger Bewegung war, huet de Rapporteur seng Aarbecht mat Kompetenz, Ausdauer an Akribie duerchgezogen an ech wëll him duerfir félicitéieren an him Merci soe fir déi Aarbecht, well esou si mer e bëssen aus dem Tunnel erauskomm. Hien huet a sengem mëndleche Rapport elo eng grëndlech Analys gemaach vum coordonnéierten Text, dee virun ons läit an dee wesentlech anescht ass, wéi deen Text, deen am Ufank vun den Diskussionsvirun ons war.

D'Zil vum Projet soll sinn, d'Missionen vun Normalisation, Akkreditatioun, Sécherheet a Qualitéit vu Produkter an Déngschtleeschungen, déi de Moment bei verschiddenen öffentleche Strukturen ugesidelt sinn, ze regruppéieren, fir engersäits méi effikass ze sinn an anerersäits am Sënn vun der Simplification administrative ze wirken. De Conseil d'État, d'Chambre de Commerce, d'Chambre des Métiers sinn net iwwerzeegt, dass déi Ziler erreecht gi sinn. An hirem Avis féint een ëmmer erëm Wieder wéi „vag, fragmentaresch, hétéroclite, Ambigüitéiten, Inkohärenzen“.

Mir sinn als DP och net iwwerzeegt, dass d'Zil erreecht ginn ass, esou wéi et hätt missen erreecht ginn, a mir bedauern et. De Conseil d'État schreift zum Beispill a sengem Avis vum 28. November 2006: «Il est à craindre que, à force de vouloir regrouper un nombre trop élevé de missions entre les mains d'une seule et même entité, sans avoir mis en place un cadre de règles claires destinées à régir la matière et sans s'assurer parallèlement d'une démarcation nette entre les attributions nouvellement créées et les compétences éparpillées parmi une pluralité d'autres autorités administratives, les auteurs ne finissent par accroître l'opacité légale et administrative en la matière plutôt que de contribuer à la simplification administrative et à la réalisation d'économies d'échelle.»

Wéi de Rapporteur et gesot huet, ass op deene Punkten an engem gewësse Sënn Remedur geschafe ginn, mä et bleift awer nach munches ze maachen. Dat ass a mengen Aen, dat ass an onsen Aen den Hauptproblem vun deem Gesetz.

Ech wëll elo net an all Detail agoen. Ech wëll nëmmen zwee Punkten erausgräifen, déi mir perséinlech och nach besonesch Suerge maachen. Den neien Institut soll ënner anerem derfir suergen, dass déi international an europäesch Norme publizéiert ginn an doduerjer zu nationalen Norme ginn. Dat ass e Problem, op deen den Här Sauber jo am Detail agaangen ass.

Nun ass et esou, dass déi international an europäesch Organismen, déi fir d'Normalisation zoustänneg sinn, sech fir hir Aarbecht bezuele loosser. Den Institut muss also déi Aarbecht kafen. Duerfir ass am Projet och virgesinn, dass den Institut dat da verkeeft. An d'Fro vum Conseil d'État ass richtig gestallt, ob dat d'Aufgab ass vun enger Administration publique an ob et net besser gewiescht wär, enger privatrechtlecher Struktur aus den entspreche professionellen Ëmfelder déi Problematik unzevertrauen, eng Struktur, déi dann och besser outilléiert gewiescht wär, fir d'Commercialisation vun deenen Norme virzehuelen.

Dann eng zweet Observatioun, an déi huet den Här Sauber och scho gemaach, dat ass am Beräich vun der Surveillance des marchés. Do kritiséiert de Conseil d'État alt erëm eng Kéier, wéi schonn an esou vill Avisen, dass d'Fonctionnaire vun deem neien Institut sollen Attributionen vun Officiers de police judiciaire kréien. Déi Kritik un der Multiplikation vun den OPJen ass vum Conseil d'État scho ganz, ganz oft virgedroe ginn a si gëtt och, zum Beispill, wäitgehendst vun de Membere vun der Commission juridique vun dësem Haus gedeelt.

D'Commission de l'Économie huet sech och mat där Problematik beschäftegt an huet déi Suerge gedeelt. Et ass e Problem vu Formation. Et ass och e Problem vu wéi déi Aarbecht duerno gehandhaabt gëtt an esou weider. Quoi qu'il en soit, d'Kommission huet sech driwwer ënnerhalen, mä si huet d'Dispositionen bäibehalen esou wéi se am Text waren, a si huet sech drop beschränkt, d'Regierung ze bieden, déi Problematik ze diskutéieren an der Chamber d'komplett Lëscht vun alle Fonctionnaires ze ginn, déi d'Qualitéit vun OPJ an alle Verwaltungen hunn.

Ech wéilt hei expressément un dee Wunsch vun der Kommission erënneren an de Minister bieden, sech ze engagéieren am Numm vun der Regierung, dass mer déi Lëscht kréien. An déi zweet Etapp wär dann déi global Diskussioun, vun där den Här Sauber virdu geschwat huet, déi och

schon an der Commission juridique évoquéiert ginn ass, mä déi bis elo nach ni geféiert ginn ass.

Här President, ech hunn elo wierklech am Telegrammstil zwou Onzoulänglechkeete vun dësem Projet de loi opgelëscht an déi Haaptonzoulänglechkeet ass, dass et am Fong fir keng Simplification administrative an och net fir méi Transparenz suert, mä dass d'Opacitéit wahrscheinlech doduerjer nëmmen nach méi grouss gëtt.

Mä alles dat gesot, muss ech awer och soen, dass d'Sécherheet an d'Qualitéit vun de Produkter an den Déngschtleeschungen, d'Normalisation an d'Akkreditatioun wichteg Froe sinn. Sécher ass, dass duerch d'Aarbechten an der Kommission d'Gesetz verbessert ginn ass. Sécher sinn öffentlech Qualitätskontrollen noutwendeg, fir Transparenz ze schafen an dem Konsument, dem Bierger deen néidegen Iwwerbléck an dat néidegt Vertrauen ze ginn. Sécher hu mer och an deem Beräich ganz prezis Obligationen am Kader vun der Europäescher Unioun.

Duerfir wäert d'Fraktion vun der Demokratescher Partei dëse Projet de loi stëmme, mä, fir eng Formule ze gebrauchen, géif ech dem Minister répétéieren, wat ech scho bei engem anere Projet gesot hunn: ouni Iwwerzeegung an ouni Enthusiasmus.

Ofschléissend géif ech awer wëlle virun allem festhalen - wéi d'Chambres professionnelles, wéi de Conseil d'État -, dass mer an dësem wichtege Beräich, trotz der gudder Aarbecht vun der Kommission an trotz dem Vote vum Projet de loi, dee muer wäert stattfannen, nach ëmmer an engem Zeenario vun „work in progress“ sinn, an dass mer mussen, an dass de Ministère muss nach ganz vill Aarbecht maachen.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Flesch. D'Wuert huet den Här Kox.

» **M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll dann och emol fir d'éischt dem Här Rapporteur Merci soe fir säi mëndlechen a schrëftleche Rapport. E Rapport, dee jo de ganzen Iwwerbléck doriwuer ginn huet, besonesch am mëndleche Beräich, wéi komplex effektiv déi Aarbechten an der Kommission waren. Sämtlech Riedner a Virriedner hu jo dat schonn eng Kéier ernimmt. 44 plus 22 Ännerungsantrag hu mer misse maachen, fir zum Schluss awer zu engem Gesetz ze kommen, dat och déi Gréng en fin de compte wëlle matdroen.

Ech wëll mech och duerfir e bësse méi kuerz halen a mech just plus ou moins op zwee Punkte beschränken, déi eis awer ganz wichtig sinn. Ier ech op déi zwee Punkte wëll ze schwätze kommen, kommen ech net derlaanscht awer e puer Wuert iwwer déi Geschicht do vun de Services de l'Énergie ze verléieren. Déi Servicer gi jo elo bekanntlech erëm agefoert duerch dëst Gesetz vum ILNAS, wat a sech d'Koordinatioun an och déi Ausféierungen um Terrain da wéilt iwwerhuelen. Dat, wat do ofgedeckt gëtt, si jo alles Servicer am Beräich vum Elektreschen.

Et ass och scho vu menge Virriedner gesot ginn - ech mengen, den Här Castegnar hat dat och scho virdu gesot -, dass mer säit dem Vote vum Liberalisierungsgesetz vum leschte Summer an engem Vide juridique waren, well mer do de Service de l'Énergie einfach esou ofgeschaf hunn, ouni ze kucken, ob en anert Gesetz déi Aufgabe géif iwwerhuelen.

Déi Gréng hunn deemools och scho bei deem Gesetz d'Aart a Weis ganz staark kritiséiert an och d'Hauruckaart a -weis ugeprangert, wéi dat Liberalisierungsgesetz déi Kéier duerch d'Chamber gedréckt ginn ass. Et konnt a sech nëmmen dann och schifgoen. Et war aus eiser Siicht och onverantwortlech, esou virzegoen.

En éischte Punkt, op deen ech wollt kuerz agoen, deen den ILNAS elo soll iwwerhuelen, dat ass déi Koordinatioun vun deene Bonnes pratiques vun eise Laboratoiren hei am Land. Ech mengen, et ass ganz richtig, dass mer esou Laboratoiren hei am Land hunn. Déi Verwaltung elo, den

ILNAS, soll dat jo a verschidden Administratioune regruppéieren oder zumindest koordinéieren, sief dat an der Santé, der Inspection du Travail et des Mines oder och nach dem Service technique aus der Agriculture.

Fir eis ass et ganz wichteg, dass mer performant Laboratoire hunn, déi och déi néideg Kontrolle kënnen dobaussen duerchféieren. Et ass duerfir wichteg, dass den ILNAS déi Koordinatioun mécht an awer och dat néidegt Material an dat néidegt Personal kritt, fir kënnen dat an der Praxis esou ausféieren.

Duerfir ass eng Hoffnung, dass den ILNAS effektiv bei de Laboratoire méi e performant Virgoen oder e Perfectionnement erreeche kann, well ech mengen, hei zu Lëtzebuerg hu mer a verschidde Beräicher do nach Nohuelbedarf.

En zweete Punkt, an dat ass e ganz wichtige Beräich aus grénger Siicht, ass de Beräich vun der Iwwerprüfung vun der Kommerzialisatioun vun de Produkter. Sief dat déi Produkter, déi hei am Land hiergestallt ginn, respektiv Produkter, déi iwwer eis Grenzen an eist Land erakommen, an do besonnesch natierlech iwwert de Findel. Op d'Wichtigkeit vun esou enger Iwwerprüfung brauch ech net anzegoen; et ass och scho vun e puer Virriedner dovunner geschwat ginn.

Et ass jo net fir d'éischt, dass Produkter vum Marché hu missen zréckgezu ginn, aus ville Grénn. De Konsument huet e Recht op sécher a gesondheetlech onbedenklech Produkter. Duerfir sinn déi Kontrollen an och Stéchprouwe ganz wichteg.

Wa mer elo awer den Ausbau vu Lëtzebuerg als Logistikdréischeif kucken - dat, wat de Wirtschaftsminister jo och ustrief -, da mécht dat d'Iwwerwaachung an och d'Konformitéit an d'Sécherheet vun de Produkter émsou méi wichteg, sou dass déi Kontroll och effikass muss duerchgezu ginn. Besonnesch dann och, wann de Findel nach esou weider sollt Produkter hei an d'Land mat erabrénge.

Duerfir hat ech och eng Question parlementaire gestallt, déi Dir énnert der Nummer Q 2083 nosiche kënn. Ech hat déi den 31. Oktober 2007 un de Wirtschaftsminister gestallt an hunn hie grad op déi Iwwerprüfung um Findel ugeschwat.

Ouni elo wëllen op déi sëllege Froen anzegeen an och op déi Äntwerten, ass mer awer ee Punkt besonnesch opgefoll, an dat ass och den Uleies, op deem ech wëll erauskommen, dat ass den A und O vun enger sécherer a vertrauenswiederger Politik am Beräich vun der Sécurité des produits, nämlech d'Qualitéit an d'Kompetenz vun de Leit bei dëser Iwwerprüfung.

Et ass virdu vun deene sëllege OPJe geschwat ginn. Ech deelen deels déi Bedenken, déi do ausgeschwat gi sinn. Et ass och net glécklech, wa mer eng Multitude vun deenen a verschidde Ministère aféieren. Ech mengen awer, dass de Problem éischer an Beräich vun der Qualitéit an der Kompetenz läit an dass mer do kënnen entgéintwierken.

Duerfir, mir kënnen esou gutt wéi méiglech esou Gesetzer schreiwen: Wann um Terrain awer net déi richteg an adequat Surveillance gemaach gëtt, bleiwen och erëm esou Gesetzer Lettre morte.

Ech wëll aus där Question parlementaire vum Här Wirtschaftsminister ee Punkt eraushuelen, an ech zitieren: «Les Douanes et Accises, ainsi que le personnel national (réparti) dédié à la surveillance du marché, constituent les organes principaux de contrôles à la quantité de marchandises transitant par l'aéroport de Luxembourg, ce sont ces 'outils' en termes de ressources humaines qui pourraient alors être renforcés afin d'adapter la fréquence et la qualité.» A weider: «Des formations spécifiques à la surveillance du marché pourraient aussi être envisagées. Plus globalement, l'ensemble des ressources nationales affectées au domaine de la surveillance du marché pourrait être renforcé. De plus, un investissement futur serait souhaitable en vue de mettre à disposition des autorités de surveillance des équipements adéquats, notamment pour le contrôle des substances toxiques sur le terrain.»

Dëst Gesetz steet a fällt also mat de Moyenen, déi mir zur Verfügung stellen. Et ass besonnesch do, wou mir déi gréisste Bedenke betreffend der Ëmsetzung herno um Terrain gesinn. D'Gesetz steet a fällt och mat de Ressource-humainen, déi d'Politik bereet ass opzestellen. Mir hu grouss Zweifel, ob déi jëtzege Regierung déi néideg Moyenen och wëllt schlussendlech um Terrain bereitstellen.

Ech brauch just nëmmen un d'Stellungnahm vum Budgetsminister Frieden gëschter während der Debatt iwwert den Ombudsmann ze erënneren. A ville Beräicher vum Stat kéint méi effikass an och rationell geschafft ginn, mä a ville Beräicher feelt et punktuell u Personal, fir dat och richteg an néideg ëmzesetzen. Dës Demanden u méi Personal ginn awer systematesch vum Budgetsminister gestrach.

Här President, Dir Dammen an Hären, well et schon esou spéit ass an ech mech op déi zwee Punkte wollt beschränken, kommen ech zum Schluss. D'Zesummeleung vu Kompetenzen, fir e bessert a méi effikass Virgoen ze erreechen, kënnen mir nëmmen ënnerstëtzen. Ënnerstëtze kënnen mer et awer net, wann net déi néideg Ressourcé bereitgestallt ginn. Wa Lëtzebuerg eng Dréischeif vum internationale Wuerentransport soll ginn, mussen awer och op där anerer Säit déi néideg Moyenen zur Verfügung gestallt ginn, fir esou eng Dréischeif ze begleeden.

Dëst Gesetz klängt um Pabeier gutt an huet och seng Berechtigung, och wann eng ganz Rei vu Kritiken nach bestoe bleiwen; wéi et virdu vum Här Sauber a vun der Madame Flesch hei erwähnt ginn ass. Mir wäerten dëst Gesetz, wéi aganks scho gesot, och matdroen. Mir wäerten awer d'Surveillance vum Marché genauestens suivéieren an hoffen, dass dat nei geschafent Institut och déi néideg Moyenen, sief dat materiell wéi personell, kritt, fir seng Aufgab besonnesch am Sënn vun Konsumenteschutz richteg kënnen duerchzuféieren.

Ech soen lech Merci.

» M. le Président.- Merci, Här Kox. Den nächste Riedner ass den Här Henckes.

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, och meng Remerciementer fir d'éischt un de Rapporteur, den Här Castegnaro, deem hei effektiv ganz vill Aarbecht huet missen als Rapporteur leeschten, fir aus deem ganze Gewurtschtels, wat mer vun der Regierung virgeluecht kritt hunn, herno e passablen Text kënnen virzeleeën. Et war wierklech ganz vill Aarbecht, wat hei huet misse gemaach ginn, fir dat mer finalement deem Text virleien hunn, iwwert dee mer elo sollen ofstëmmen.

Et ass evident, dass de Projet de loi als solch komplex ze redigéieren ass. Woufir? Ma well een eng siwe Ministère an Administratiounen oder Deeler vun deene muss zesumme regruppéieren, wat an der Theorie an um Pabeier séier licht ze maachen ass. Mä deem Ablack, wou een dat textuell muss an e Projet de loi ëmsetzen, ass dat natierlech vill méi komplex.

Duerfir mengen ech, dass et gutt wier, wann d'Regierung esou komplex Projet-de-loien huet, dass se deem Ablack op e Service logistique entweder am private Secteur zréckgräift oder selwer ee schafft, fir dat ee kann esou Projet-de-loien ausschaffen an deem Ablack och d'Aarbecht souwuel vum Conseil d'État wéi och vun der Chamber méi einfach maachen. Ech si mer zimlech sécher, dass dee Projet de loi, dee mer haut wäerte stëmmen, héchstwahrscheinlech no engem Joer oder no enger gewësser Zäit, wa bis de Rodage duerch ass, muss revidéiert oder adaptéiert ginn, fir de Realitéit Rechnung ze droen.

Et sinn e puer Froen, déi ech an dësem Kontext wollt stellen.

Déi éischt ass: Et ass gesot ginn, d'Règlements grand-ducaux wieren nach net prett, mä si géifen an enger gewësser Zäit kommen. Ech wollt just d'Regierung froen: Wat heescht „eng gewëssen Zäit“? Dat heescht, et muss jo awer och hei kënnen herno mat deem Gesetz weidergeschafft ginn. Déi bestehend Reglementer ginn där neier Mission net onbedéngt ganz gerecht. Duerfir wier ech frou ze wëssen, wéi déi Aarbecht do virgesinn ass an a wat fir engem Délai dat kéint gemaach ginn.

Da muss een dee Problem uschwätzen, deem och vu menge Virriedner ugeschwat ginn ass. Dat ass dee vun den OPJen; vun den Officiers de police judiciaire. De Prinzip ass deem, dass d'Police an déi Leit, déi d'Qualitéit vun den Officiers de police judiciaire hunn, kënnen déi Perquisitiounen do maachen, wou se néideg sinn a wou se vun

engem Riichter oder soss engem ordonniéiert ginn.

Mir wëssen, dass et awer an der Praxis a verschidde Fäll schwiereg ass, an notament deem Ablack, wou eng héich Qualifikatioun gefuerdert ass, fir déi Kontrolle kënnen duerchzuféieren. Hei ginn a verschidde Fäll Universitäre mat spezielle Formatioun gebraucht, fir déi Qualitätsprodukter duerchzekucken. Et ass awer evident, dass ee schwéier kann an onser Police eng Persoun ausbilde fir eng Missioun, wou se eventuell all Mount oder all zwee Méint eng Kontroll ze maache kritt. Dat wier manifestement disproportionéiert.

Duerfir ass et richteg, dass mer eng Reflexioun maachen iwwert déi Missioun vum OPJ, dass mer och kucken, ob mer vläicht d'Missioun vum OPJ net esou limitéieren, dass, wann technesch Moyenen néideg sinn, dann den Officier de police judiciaire déi Saach mécht, mä dass hie sech obligatoresch muss vun engem Expert begleede loossen. Dat ass zwar méi ëmständlech. Duerfir ass déi Debatt, déi mer sollen an der Chamber an och mat der Regierung féieren, absolut noutwendeg.

Dat anert ass: Mir hunn an zeg Gesetzgebung Leit d'Qualitéit vun Officier de police judiciaire zougestane. Dat fänkt un total oniwiersichtlech ze ginn. Duerfir si mir och als ADR der Meenung, dass d'Regierung ganz rapid ons misst soen, wien dann elo déi Qualitéiten huet. Well dat ass fir de Commun des mortels an notament fir de Législateur net méi iwwersichtlech.

Da wëll ech och drop hiweisen, wa mer esou e Gesetz stëmmen, wat am Prinzip gutt ass, dass mer déi eenzel Institut, déi sech ëm d'Kontroll vun den Normen an den Akkreditéierung këmmen, regruppéieren. De Prinzip ass also richteg. Nach muss ee soen, dass t'schent der Theorie an der Praxis bei der Effikasitéit vun de Kontrollen awer nach munches net esou richteg klappt.

Ech wëll nuren drop hiweisen, dass mer elo Amendé bis zu 25.000 Euro virgesinn a bis ee Joer Prision fir «toute personne qui aura utilisé à titre quelconque un instrument de mesure non conforme aux prescriptions de la présente loi». Dat gesäit u sech gutt aus.

Ech wëll just nuren ee Beispill ginn. D'Instrumenter, mat deenen e Polizist d'Vitesse vun den Autoe kontrolléiert, ginn normalerweis deem Ablack kontrolléiert, wou se kauft ginn a wou se fir d'éischt hir Utilisatioun hunn. An da muss se all Joer nees nei an de Comptage kommen. Dat geschitt awer net, oder ganz seelen oder ausnahmsweis.

Hei kann een also elo op Basis vun engem Article pénal géint dee Polizist, deem dat gebraucht huet, net nëmme soen, dass déi Vitesse excessive, déi hei kontrolléiert huet, null und nichtig ass, mä et kann een och nach eng Plainte maache géint de Polizist, well deem en Instrument gebraucht huet, wat net den Normen an de Kontrollen entsprach huet.

Duerfir ass hei wierklech an der Praxis mat allen Interesséierten eng Revisioun ze kucken, wéi een dat heite Gesetz an der Praxis duerchgefueert, dass een net a Schwieregkeete kënn, aus deenen een effektiv net méi kann erauskommen.

Et ass also e komplex Gesetz. Ech wënschen der Regierung eng gutt Hand an der Duerchféierung. Ech hoffen, dass mer an der Kommissioun driwwer schwätzen, oder déi nächst Chamber wäert héchstwahrscheinlech eng Kéier missen dat ganz Gesetz nach eng Kéier nei diskutéieren, fir déi eng oder déi aner Adaptatioun am Gesetz ze maachen.

Dann zum Problem vun der Publikatioun vun den Normen, op deem ech och mat menge Virriedner d'accord sinn. Dat ass, dass mer déi Experienzen aus dem Ausland sollen huelen. Mir schéngt et, dass et richteg wier bei esou technesch Normen, dass een do soll einfach iwwert d'Gesetz e Renvoi op en Institut, eng privat Firma maachen, déi chargéiert ass fir déi Normen ze publizéieren, an een dat soll iwwert d'Gesetz regelen. Ech mengen, da wier där komplexer Situatioun an där legaler Situatioun entgéintkomm.

Dat gesot, wëll ech also soen, dass mer d'Zil vum Gesetz als solle guttheeschen, fir alles ze regruppéieren, mä mir mengen, dass mer au vu vun der Praxis dat Gesetz mussen op e puer Punkten an nächster Zäit revidéieren. Duerfir soe mer zwar Jo zum Gesetz, mä et ass en „oui, mais...“.

» Une voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Henckes. Elo kritt d'Regierung d'Wuert. Den Här Wirtschaftsminister Krecké, wann ech gelift.

» M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.- Merci, Här President. Kolleegen a Kolleeginnen, ech wëll och lech alleguerte Merci soen. Ech mengen hei hunn d'Institutionen alleguerten eng exzellent Aarbecht gemaach.

Ech muss lech soen, ech kéint och zréckkucken op déi Aarbecht, déi um Niveau vun der Regierung gemaach ginn ass, well et war ee vun den éischte Projete wou ech ugefaangen hunn, a wann en eréischt am November 2005 déposiert ginn ass, dann hate mer schon e Joer dru gedoktert. Elo sot Der mer: Majo, dann hätt Der nach solle weiderfueren!

Ech sinn der Meenung gewiescht, dass et zeideg war, well mer op enger Rei Punkten net eens gi sinn. Op Punkten, déi och hei évoquéiert gi sinn, ware mer eis op eemol net méi eens. An du war ech der Meenung, da soll een dee klunge Schrëtt maachen, dee mer hei maachen, deem a mengem Ministère e groussen ass; da soll een dee maachen, anstatt dass ee sech d'Lat erëm dohinner setzt, wou ee souwisou nëmmen drënnen erduerch kënn.

Dat war meng Approche. Ech muss allerdings soen, dass déi Aarbecht - ass mer bericht gi vu menge Leit - exzellent verlaf ass. Ech soen der ganzer Kommissioun a selbstverständlech ganz besonnesch dem John Castegnaro Merci.

Ech muss awer och soen, dass de Conseil d'État hei säi Rôle wierklech exzellent und gespillt huet. En huet eng ganz Rei Verbesserungsverschléi gemaach. Et ass seelen, dass Institutionen esou gutt zesummeschaffen. Heianso sinn ech och frou, wann Dir den Arbitrage bei eenzelne Saache macht - wat Der gemaach hutt. An duerfir, muss ech soen, dass dat hei éischer e gutt Beispill.

Et sinn e puer despektierlech Remarqué gemaach ginn iwwert déi Leit vu mir, déi dorobber geschafft hunn. Ech fannen dat e bësse béleg. Ech muss lech soen, Dir hutt jo selwer gemierkt, wéi komplizéiert dass et war. An nach laang net jiddfereen, dee mengt, e géif richteg leien, ass och wierklech richteg.

D'Regierung mat hire Beamten huet et net gemengt, si géif alles wëssen. Duerfir, e bësse méi Bescheidenheet an där doter Saach mengen ech wier och gutt vis-à-vis vun de Beamten, déi - muss ech awer wierklech soen - net ganz vill Ënnerstëtzung soss hu fir esou e komplizéiert Gesetz. An anere Länner ginn et honnerte Leit, déi an esou enger Administratioun schaffen, fir dat do ze maachen, an déi hunn en anere Réckgrat - juristes och - hannendrun.

Hei mussen Ingenieure sech erëmklappe mam Strofgesetz an esou weider. Ech mengen, dass ass net hir primär Aufgab, an doduerch ass dee Stat eben deem, deem en ass. Mir hunn eng ganz Rei Schwächen op deem Punkt, mä dass ass eben esou. E Land, wat déi Méiglechkeeten huet, déi mir eben net hunn, huet et méi licht. An der Energie beispillsweis: D'Engländer hunn 1.200 Leit do schaffen, ech hunn der zéng do schaffen. D'Aarbecht ass awer bal déiselwech, géif ech mengen.

Dat ass eben esou an duerfir bleift och Eenzelnes vläicht emol heianso net grad esou konkret, wéi et misst sinn. Duerfir ass och dee Problem vum Service de l'Énergie de l'État (SEE) een, wou een och net een deem anere soll e Virwurf maachen. Dat hu mir net gesinn, dass huet d'Chamber net gesinn, dass huet de Conseil d'État net gesinn, dass huet keng Chambre professionnelle gesinn. Loosse mer also fei maten anere sinn a soen: Dat hu mer alleguerten iwwersinn.

Mir hunn et iwwersinn aus engem ganz einfache Grond: Dat Gesetz hei ass déposiert ginn den eeleften 2005. An enger normaler Prozedur wier dat am nächste Joer hei ofgestëmmt ginn. Dat Gesetz, wat de Service de l'Énergie de l'État ofschaaft, ass deposiert ginn am Juli 2006, gestëmmt ginn am Juli 2007. Et konnt een also dovun ausgehen, dass bis dohinner den ILNAS gestëmmt wär. Ech wosst och net, dass mer op esou vill Schwieregkeete géife stoussen.

Dat eent explizéiert dat anert, mä kommt, mir sinn eis eens, dass huet kee Misär gemaach, well déi Leit sinn alleguerte Fonctionnaire gewiescht, souwisou. Déi hunn also hir Aarbecht weidergemaach. Deem eenzege Problem, deem hätt kënnen kommen, wär gewiescht, wann een eenzel Dispositionen, déi ugewannt gi wieren, viru Geriicht a Fro gestallt hätt. Dat war dat Eenzegt, wat hätt kënnen geschéien, mä beim Rescht war kee Problem.

Dat Gesetz hei geet iwwer Qualitéit a Sécherheet. D'Madame Flesch seet: Jo, et bleift nach munches ze dinn. Ech kommen nach eng Kéier dorop zréck.

Wa mer eis hei, wéi oft gesot gëtt, e Gesamtkonzept virgestallt hätten, dann hätte mer nach eng Kéier eng Legislatur diskutéiert; gleefft mer et. Hei ass e Schrëtt awer gemaach ginn. Ech weess net, wéi oft an deene leschten 20 Joer Administratiounen zesummegeleucht gi sinn. Wéi oft ass dat da geschitt? Kann ee mer dat soen? Eenzelner vun lech ware jo an der Regierung: Wéi vill Administratiounen hu se dann zesummegeleucht, einfach esou?

Ech ka mech net drun erënneren, dass dat oft de Fall war. En plus bleiwen hei eng Rei Administratiounen, déi behalen hir Kompetenzen. Ech hunn an der Chamber kee massiven Drock gespiert, fir dass d'Agriculture dat ewechgeholl kritt, fir dass d'Santé dat ewechgeholl kritt oder d'ITM dat ewechgeholl kritt, wat se hunn. Also kommt, mir ginn eis eens. Entweder wëllt Der, dass dat do ewechkënn an op eng aner Plaz, an da maache mer dat, oder kommt, mir sinn hei éierlech a soen, mir sinn awer de Moment der Meenung, dass déi nach op där Plaz solle bleiwen.

Et huet kee Wäert fir allgemeng ze lamentéieren. Da soll eng Motioun heihinner kommen, déi dräi sollen zesummen an den ILNAS kommen. Da sinn ech dee Leschten, dee sech dergéint wiert. Ech sinn awer gespaant, ob eenzel Leit, déi dat hei ervirbruecht hunn, dat dann och heihinner als Motioun bréngen.

Duerfir loosse mer awer verstänneg sinn. Ech verstinn. Ech hätt och léiwer gehat, et wier alles zesummegeleucht ginn. Mä ech sinn awer scho frou, dass mer dräi Stéck zesummeleeën an dass mer der eng Rei besser koordinéieren. Kommt, mir gesinn dat als en Avantage un.

D'Madame Flesch huet gesot, eng nei Administratioun schafen, dat ass net gutt. Dach, wann een der dräi kann ofschaffen. Dann, fannen ech, ass dat eng exzellent Saach.

(Interruption)

Dach, Dir hutt geäntwert. Mir schafen eng nei Administratioun - do hutt Dir gesot: Fannt Dir dat gutt?

» **Mme Colette Flesch (DP).** - Jo. Dat war eng Fro.

» **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.** - Bon. Da soen ech lech, ech fannen dat gutt, wann een der dräi ofschaaft.

Voilà, da kann ee roueg eng aner amplaz schafen.

Ech hätt och léiwer gehat, mir hätten en aner Outil geholl. Meng éischt Propositioun war en Établissement public. Ech sinn domadder net virukomm. Dir wësst och firwat.

D'Regierung ass mat der CGFP am Moment a Gespréicher - wann een et esou wëllt hunn, et brauch een net méi ze soen - wat d'Établissements publics ubelaangt. Et ass also keen Établissement public méi säitdeem hei an der Chamber gestëmmt ginn. Keen. An duerfir krut ech och gesot, loosse d'Fanger dovun ewech. Et war de Choix: Administration gouvernementale classique oder total privatiséiert.

Ech si kee Fetischist vun deem engen nach vun deem aneren. Duerfir gëtt dat heiten eng Administratioun, déi och net opgebaut gëtt an déi scho vun Ufank u vu mir gesot kritt hunn, si misste kucken all déi Elementer, déi privatwirtschaftlech kënne gelescht ginn, a Kollaboratioun mat deenen Organismen ze maachen, déi do sinn.

Ech kéint beweisen unhand vun e puer Beispiller, dass ech dat och op anere Plaze gemaach hunn, a probéieren do, wou et méiglech ass, besonnesch do, wou och Revenué sinn, wéi dat op enger aner Plaz kënnen ze maachen. A wësst Der, fir déi, déi alt emol an der Regierung waren, déi wëssen, dass et den Numerus clausus gëtt.

An eleng fir net domadder geplot ze sinn, soen ech lech, sinn ech bal forcéiert dee Wee ze goen. Well stellt lech vir, ech géif elo wierklech - dat wat gefrot ass - aacht Ingenieuren hei froen. Ech kréien, en tout et pour tout, fir de ganze Ministère alt, dräi, wann et gutt geet emol eng Kéier véier Beamte bäi.

Dass ech aacht Ingenieuren op ee Coup dohinner kréien, a wahrscheinlech nach e puer Juristen, esou wéi dat gefrot ass, dat ass jo einfach net denkbar. Duerfir probéiere mer a Kollaboratioun mat der Privatwirtschaft eng Rei Saachen ze regelen, déi par ailleurs och verstännegerweis do kënne geregelt ginn.

Luxcontrol, d'Homologationgesellschaft vu Sandweiler si Partner, haut schonn. Si sinn haut schonn op Missiounen derbäi, wann ech an d'Ausland ginn, well se och doraus ufänken e Geschäft ze maachen.

Ech maache mer och Suergen, mir hunn nach e Laboratoire op der Cap, fir deen eventuell zesummenzeleeën, bei CRPen a bei d'Uni; fir dat net eleng do leien ze loosse. Do schafft een eenzege Personnage an engem rise Laboratoire. E mécht seng Aarbecht exzellent. Ech froe mech zwar, wat geschitt, wann en eng Kéier krank ass. Ech wollt deen duerfir zesummeleeën bei anerer, déi am Moment um Site Belval entstinn.

Duerfir, mä Wonsch ass wierklech fir zesummenzeschaffen, fir Saachen zesummenzebréngen, an duerfir ass et och „work in progress“, Madame Flesch. Ech hunn och kee Problem. Dat wäert an nächster Zäit och nach esou weidergoen.

Ech hunn och näischt dergéint, wann d'Chamber muer am Budget d'Propositioun, déi d'Regierung mécht, unhëlt. Wann Dir mir elo aacht Leit méi gitt an och méi Sue gitt, fir dat do ze maachen, da streiden ech net mat lech. Duerfir, ech hunn domadder kee Problem, mä do setzt Der lech dann ausenaner mam Budgetsminister.

Ech ginn op e puer Froen nach an, déi gestallt gi sinn. Dat war déi, firwat dass een dat net méi privat gemaach huet. Ech hu gekuckt, déi 516 Normen, em déi et gaang ass 2008, déi hunn 59.000 Euro abruecht.

Mengt Dir, de Privatsecteur hätt sech gestriden, fir ze esou vill Leit dat do ze maache fir déi do Zomm? Duerfir kann een net déi Leit beschäftegen, déi noutwendeg sinn, fir heirobber ze schaffen. An duerfir, och wa mir gefrot hätten, hätt am Privatsecteur kee fir déi do Zomm dat do gemaach, oder de Präis wier drastesch an d'Luucht gaangen. Deen, dee wëllt, dass de Präis drastesch an d'Luucht geet, dee soll mer dat soen. Ech sinn op alle Fall net där doter Meenung. Ech sinn der Meenung, et muss een deen anere Wee weidergoen.

Dir hutt mech och gefrot, wou d'Reglementer dru sinn. Dat vun der Métrologie gëtt et, dat vun der Akkreditatioun, vun der Normalisatioun ass fäerdeg. Dat vun der Surveillance des marchés ass och amgaang erallt ze ginn, ass awer nach net fäerdeg. Dat vun der Elektrizitéit muss zesumme mat der Cegedel am Moment iwwerkuckt ginn, an dat vun de Konzessiounen leeft souwisou bis Enn des Joers. Duerfir dierft do kee Problem sinn an dierft och keng Schwieregkeet entstoën.

Leschte Punkt: Police - OPJ. Also, ech muss soen, an der Theorie kléngt alles gutt, wat een hei héiert. Et ass jo och richtig. Awer nëmme an der Theorie. Ech hu Beamten, déi OPJ sinn an och geléiert OPJ sinn. Ech hunn där nach zwee, mengen ech. Déi sinn am Moment agesat bei allem, wat d'Konsumenten, d'Indication des prix an esou ubelaangt.

Mä ech muss lech soen, ech géif gär gesinn, wann een amgaange wier, eng Wo ze kontrolléieren, an da géif hien eppes gesinn, wat do net gutt ass. Il faudrait dresser procès-verbal. An da géif hien urufen, fir dass e Polizist géif kommen, fir dee Procès-verbal ze kréien. Ech géif dat gär gesinn, ob dee géif kommen.

Loosse mer dach verstänneg sinn! Et huet dach kee Sënn, fir ze mengen, mir géife muer eng zentral Police schafen, déi all déi Saachen do mécht. Wann do een urufft, am Cactus läit e Produkt, wat net der Sécuritéit entsprécht, mengt Dir da wierklech, da géif direkt een dohinnergoe vun der Polizei, fir do e Procès-verbal ze maachen? Da geet ee vum Service de l'Énergie de l'État haut dohinner, confisquéiert et, kontrolléiert et. Dee mécht dat. Ma loosse mer dach verstänneg sinn a kommt, loosse mer et net méi komplizéiert maachen, wéi et ass!

Déi Leit kréien eng Formation, do ass keen Zweifel. Mä dat sinn alleguer Leit am Prinzip mat BAC+, Eenzelner sinn Universitär. Et sinn der am Moment schonn dräi do an der Métrologie an et kommen der zwee bis dräi nach bäi. Dovun ass ee Mann, deen, deen dat Ganzt opgebaut huet, deen huet elo all déi Joren nëmme dat gemaach. Solle mer deem elo soen, deen hätt keng Kompetenz méi, a mir brächten elo en accréditiéierte Polizist?! Ech hunn der zwee Stéck, ech kéint se matschécken. Mä déi hätte wuel ze dinn, wann déi do mat all deene Leit géife ronderëmgoen, duerch déi an der Praxis d'Surveillance vun de Marché muss geschéien.

Duerfir, wann ech gelift, och wann et an der Theorie richtig ass, wär ech nawell frou, wann Dir eng Kéier géift driwwer schwätzen, wéi dat do an der Praxis ofzelafen hätt.

Fir de Rescht soen ech awer Merci, wéi gesot nach eng Kéier, fir déi exzellent Aarbecht, déi gemaach ginn ass. Ech ginn zou, dass den Text wesentlech besser ginn ass wéi dat, wat e war. Et ass eng komplex Matière. Dir hutt villes dozou bäigedroen.

Ech sinn och frou, dass awer eng Meenung hei virherrsch, nämlech dass mer hei ee Schrëtt weiderkommen an dass déi eenzel Fraktiounen dat hei stëmmen.

Ech gesinn, d'Madame Flesch huet de Besoin urgent et profond, eppes ze soen.

» **M. le Président.** - Dir hutt d'Wuert, Madame Flesch.

» **Mme Colette Flesch (DP).** - Här President, ech hat dem Minister eng prezis Fro gestallt an hat hie gebieden, ons ze soen, ob hie bereet ass, am Numm vun der Regierung den Engagement ze huelen, fir der Chamber d'komplett Lëscht vun den OPJen an alle Verwaltung virzeleeën. Dorobber huet hien net geäntwert.

» **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur.** - Ech hu kee Problem, fir dat bei mir ze maachen.

Ech weess net, Fernand, méchs du dat och bei dir?

Ech ka mech net engagéieren - ech si jo net Premierminister - fir d'ganz Regierung. Ech ka mech engagéiere fir meng Kompetenzen. Ech wäert dat also, wat meng Kompetenzen ubelaangt, maachen a wäert de Wonsch weiderreechen un d'Regierung an un de Premierminister.

Als Éischt wäert ech déi Lëscht aus dem Sportsministère eraginn. Ech kann lech elo scho soen: Et sinn der null.

(Hilarité)

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Mir kommen dann zur Diskussioun vum Projet de loi 5585. Dat ass de Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement, an d'Iwwersetzung heescht da Projet de loi iwwert d'Gestioun vun den Donnéeën am Beräich vum Tourismus. D'Riedezäit ass nom Modell 1 festgeluecht. D'Wuert huet d'Madame Rapportrice, déi honorabel Madame Françoise Hetto-Gaasch.

4. 5585 - Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement

Rapport de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement

» **Mme Françoise Hetto-Gaasch (CSV), rapportrice.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Projet de loi iwwert de Contrôle vun de Reesenden an den Établissements d'hébergement ass den 12. Juni 2006 vum Mëttelstands-, Tourismus- a Wunnungsbauminister an der Chamber déposéiert ginn.

Déi zoustänneg Chamberskommissioun huet sech fir d'éischte Kéier den 18. Oktober d'lescht Joer mat deemem Projet befaasst, nodeems de Statsrot säin Avis den 20. Mäerz ofginn hat. Opgrond vun deemem Avis huet d'Kommissioun eng Serie vun Amendementer ugeholl a se dem Statsrot den 29. Oktober 2007 ënnerbreet. De 17. Januar vun deemem Joer huet déi zoustänneg Chamberskommissioun den Avis complémentaire vum Statsrot ënnersicht an no engem weideren Amendement hu mer den 20. Mäerz...

(Interruption)

Soll ech nach eng Kéier vu vir ufänken?

(Hilarité)

» **M. le Président.** - Ech mengen, Dir misst lech e bësse méi no bei de Mikro bëcken.

» **Mme Françoise Hetto-Gaasch (CSV), rapportrice.** - Muss ech mech méi heidrobber leeën? Esou?

(Brouhaha général)

» **M. le Président.** - Neen, e bësse méi nobäi.

» **Mme Françoise Hetto-Gaasch (CSV), rapportrice.** - Sou, elo hunn ech awer tatsächlech de Fuedem verluer.

(Interruptions et hilarité)

De 17. Januar dëst Joer huet déi zoustänneg Chamberskommissioun den Avis complémentaire vum Statsrot ënnersicht an no engem weideren Amendement hu mer den 20. Mäerz den zweeten Avis complémentaire vum Statsrot analyséiert.

Här Boden, geet dat elo esou besser?

» **Une voix.** - Jo.

» **Mme Françoise Hetto-Gaasch (CSV), rapportrice.** - De schrëftleche Rapport gouf den 9. Abrëll 2008 vun der Kommissioun ugeholl.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wourëms geet et dann elo an deemem Projet? D'Zil vum Gesetzestext ass et engersäits, eise Land en effikasse System zur Verfügung ze stellen, fir d'Fluxen an d'Sécherheet vun de Reesenden ze kontrolléieren, an anerersäits soll en dozou bäidroen, valabel Statistike kënnen opstellen iwwert d'Zuel vun den Iwwernuechtungen an all méiglechen touristeschen Etablissements wéi zum Beispill Hotelen, Campingen, Jugendherbergen an esou weider.

En plus ersetzen déi nei Dispositiounen d'Gesetz vum 16. August 1975, dat bis haut de Contrôle vun de Reesende geregelt huet. Dëse Projet schreift sech och an déi europäesch Direktiv 95/57/CE an, déi d'Sammele vu statisteschen Donnéeën am Tourismusberäich ubelaangt an déi zënter 1996 zu Lëtzebuerg applicabel ass.

Déi Hauptconcernéiert hu sech dann och mam Inhalt vun deemem Gesetz ausernee-gesat. Am Virfeld hunn d'Hôtellerie, de Campingsecteur, den Tourismusministère, de Justizministère, d'Police an de Statec mateneen diskutéiert a kooperéiert, fir en Text auszeschaffen, deen deene verschiddeenen Interesse Rechnung dréit.

An der Optik, fir engersäits manner administrativ Oploe fir d'Bedreiwer vun den Établissements d'hébergement ze schafen an anerersäits d'Sécherheet ze verstärken, innovéiert dëse Projet de loi op engem spezifische Punkt: D'Propriétaire vun Hotelen, Campingen an aneren Etablissements, wou ee kann iwwernuechten, ginn nämlech obligéiert, Donnéeën iwwer hir Clienten ze erfassen a se un d'Police an de Statec weiderzerechen.

Nei ass och, dass d'Membere vun engem Grupp zesummen op enger Fiche, op enger eenzeger a gemeinsamer Fiche erfass ginn. Dës Fiche kann elektronischer Aart sinn oder wéi bis elo ënner Pabeierform existéieren a gëtt iwwer Règlement grand-ducal définiert.

D'Fiches d'hébergement mussen elektronischer Natur sinn, wann den Établissement méi wéi zéng Zëmmer huet oder bei engem Camping mussen op d'mannst 25 Stellplazen do sinn. Fir all Etablissements, déi manner Zëmmeren oder manner Stellplazen hunn, ass déi elektronesch Erfaassung fakultativ.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Chambre de Commerce félicitéiert d'Autreure vum Projet de loi, well heiduerch eng regelrecht Simplification administrative ugestriift gëtt. A si begréisst et, dass sämtlech concernéiert Acteuren am Virfeld consultéiert goufen.

Bedenken huet se just, wat d'Organisatioun vun der Erhiewung vun den eenzelnen Donnéeën ubelaangt. Besonnesch wat d'Geburtsstad vu Gruppereesenden an d'Placknummer vum Auto ubelaangt. De Logeur huet nämlech net ëmmer onbedéngt Zougang zu dësen Donnéeën.

A sengem éischten Avis ënnerstëtzt de Statsrot den éischten Objektiv vum Projet de loi, deen doranner besteet, de statistesche Recensement duerch d'Informatisatioun méi performant ze gestalten. Allerdéngs ass hien der Meenung, dass den Opwand, fir d'Informatiounen ze sammelen, disproportionéiert ass par rapport zum Benefiss, deen e sech um Niveau vun der Preventioun vun der Delinquenz erwaart.

Dernieft stellt déi héich Kierperschaft sech d'Fro, wéi wäit de Stat sech an d'Privatsphär vun deem Einzelne kann amëschen, an ob de Stat sech dierft dat Recht eraushuelen, fir den Déplacement vun de Voyageuren ze iwwerwaachen.

De Conseil d'État huet och duerfir insistéiert, dass déi systematesch Kommunikatioun vun de Fiches d'hébergement un d'Police grand-ducale just dofir geduecht ka sinn, fir der Police et ze erlaben, hir divers Missiounen, wéi zum Beispill d'Preventioun, auszeüben.

Dernieft ass déi héich Kierperschaft och der Meenung, dass d'Police just déi Fiché soll zougestallt kréien, déi Persoune con-

cernéieren, déi normalerweis net zu Lëtzebuerg wunnen. An engem leschte Punkt weist de Statsrot nach drop hin, dass de Statec just déi Informatiounen soll zougestallt kréien, déi hie brauch fir seng Missiounen ze erfëllen, wéi se am Gesetz vum 9. Juli 1962 festgeluecht sinn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, nach e puer Wieder zu den eenzelnen Artikelen vum Projet de loi. Den Artikel 1 seet, vu wem, wou an ënner wéi enge Modalitéiten eng Fiche d'hébergement ausgefüllt muss ginn. Den Detail hunn ech lech virdu scho beschriwwen. Dësen Artikel huet an der Kommissioun fir Diskussiounen gesuergt. Hei wollt de Conseil d'État nämlech, dass just déi Logeuren, déi géint Bezuelung Leit bei sech ophuelen, dës Fichen ausfëlle missten.

Domadder war d'Kommissioun awer net averstanen, well se gemengt huet, doderduerch hätten Illegaler d'Méiglechkeet, an Etablissementer ënnerdaach ze kommen, ouni de Sécherheetsbestëmmungen ze ënnerleien. Dernieft huet d'Kommissioun festgestallt, dass de Règlement grand-ducal zu de Fiches d'hébergement supplementar Konditiounen festleeë géif, déi am Text selwer net ernimmt wieren. Der Kloerheet halber hu mer dunn decidéiert, verschidden Dispositiounen mat an den Text ze iwwerhuelen, woumadder de Statsrot och averstane war.

Den Artikel 2 obligéiert de Logeur, sämtlech Donnéeën iwwer d'Identitéit vun de Persounen, déi bei him iwwernuechten, ze iwwerpräiwen. Den Artikel 3 seet, dass de Logeur d'Fichë muss u Police a Statec weiderginn, an dat aus Ursaache vu Preventioun a Recherche bei der Police a fir beim Statec Statistiken am Beräich Tourismus opzestellen. An deem Kontext wëll ech soen, dass opgrond vun de verschiddenen Avisë vum Statsrot mir eis laang mat der Fro beschäftegt hunn, wéi eng Donnéeën un d'Police geschéckt ginn, ënner wéi enger Form a wéi laang se och stockéiert an traitéiert dierfe ginn.

Et ass schlussendlech decidéiert ginn, dass all dës Froen iwwer d'Modalitéiten an d'Délaï vum der Kommunikatioun, genee wéi de Stockage an den Traitement vun dësen Donnéeën bei der Police grand-ducale iwwer e Règlement grand-ducal preziséiert solle ginn. De Statsrot huet mat op de Wee ginn, dass ee sech bei der AUSAAR-bechtung vun deem Règlement un de Règlement vom 21. Dezember 2006 ulehne sollt, den d'Fluggesellschaften obligéiert, der Police Donnéeën iwwer d'Fluggäscht aus Net-EU-Memberstate matzedeelen.

Den Artikel 4 leet fest, dass d'Fiches d'hébergement zwielf Méint laang mussen konservéiert ginn, an den Artikel 5 obligéiert de Logeur, op Demande vun der Police him d'Originaler virzeleeën, vu dass d'Police d'Donnéeën nëmmen an engem Fichier temporaire versuergen dierf. Den Artikel 6 definéiert d'Strofen, déi ufalen, wann d'Gesetz net bëuecht gëtt, an den Artikel 7 seet, dass mat dem Akraaftriede vun deem Gesetz d'Gesetz vum 16. August '75 ofgeschaf gëtt.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dat wier et gewiescht fir mäin Deel. Den Detail zum Projet de loi kënnt Dir a mengem schrëftleche Rapport noliessen. Ech soe Merci fir d'Nolauschteren a bréngen och den Accord vu menger Fraktioun.

Ech géif just nach gären a mengem perséinlechen Numm wëllen eppes bäiflécken, wann Der erlaabt, Här President, an zwar wëll ech soen, dass den Tourismussektor sech wäert freeën, wa mer dat heite Gesetz stëmmen, well si waarden anscheinend schonn zënter Joren drop. Nëmme mat fiabelen Donnéeën kënnen och effikass Strategië fir de Marketing vun der Destinatioun Lëtzebuerg ausgeschafft ginn.

Merci!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Hetto. Den éischten ageschriwwene Riedner ass den Här Etgen. Här Etgen, Dir hutt d'Wuert.

Discussion générale

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, viwech en oprichtege Merci a meng Unerkennung

un d'Rapportrice fir hire prezis kloer formuléierte schrëftlechen a mëndleche Rapport.

De Projet de loi 5585 ass kee grouse Gesetzestext. Et ass net nëmme kee groussen Text vum Ëmfang hier - en huet grad emol knapp 600 Wieder -, mat et ass virun allem kee groust, fir net ze soen e schlecht Gesetz, wat de Contenu ubelaangt.

Et heescht, dëst Gesetz vun der Sammlung vun den Donnéeën vum de Leit, déi an engem Hotel oder soss an engem touristeschen Etablissement iwwernuechten, wier néideg ginn, well mer haut aner, méi innovativ a méi schnell technesch Méiglechkeeten hunn, dës Donnéeën opzuehelen, ze stockéieren a weiderzeginn. Grad hei leien awer an eisen Aen de Knackpunkt an d'Gefore vun deem Projet de loi.

Mat deem éischten Objektiv vun deem virleienden Text, nämlech fir déi statistesch Auswärtung vun den Zuele vun den Iwwernuechtungen ze performéieren, kënnen mir als liberal Partei duerchaus d'accord sinn.

Déi aktuell benotzte Fichë sinn einfach net méi zäitgeméiss a sollen op Demande vun der Horesca schonn zënter méi wéi 15 Joer ersat ginn. Et ass bedauerlech, dat et esou laang gedauert huet, bis eisen Hôtellerie-sektor endlech d'Moyenë kritt, fir kënnen d'Donnéeën vu senger Clienten esou ze sammelen, datt domat och beispillsweis e cibléierte Marketing a Richtung Kongress-tourismus, a Richtung Kulturtourismus, a Richtung Fräizäitourismus an, firwat och net, a Richtung Bannentourismus gemaach gi kann.

An Zäite vun enger verschäerfter Konkurrenz ass dëst ee wichtegt Element fir eis Tourismusbranche. Mat dësen Statistiken ass et besser méiglech, de Profil vu méigleche Clientë festzeleeën.

Mat deem zweeten Deel, wat am Exposé des motifs vum Text opgefouert gëtt, nämlech dass mat Hëllef vum Stockage vun dësen Donnéeën eng Verbesserung vun der Sécherheetslag soll kënnen erreicht ginn, domat kënnen mir eis op kee Fall averstanen erklären. Fir d'Demokratesch Partei ginn an deem Fall ganz kloer d'Prinzipien vun der Proportionalitéit vun den agesate Moyenë bei Wäitem iwwerschratt.

Eiser Meenung no gëtt et keen iwwerzeegend Argument, wat déi systematesch Späicherung vun dësen Donnéeën bei der Police justifiéiert. Aner Länner gesinn dat iwwerregens genauos an hunn déi systematesch Iwwermëttlung vun dësen Donnéeën scho viru Joren ofgeschaf. Zu dëser Konklusioun kënnt iwwerregens och de Statsrot a sengem Avis, wann hie schreift: «Il y a lieu de noter que d'autres pays européens ont abandonné la collecte de ces informations puisque l'effort administratif requis est apparu comme disproportionné par rapport au bénéfice à entourer sur le plan de la prévention de la délinquance.»

Ech géif an deem doten Zesammenhang dann och wëllen den Här Minister Fernand Boden froen, ob him a senger ganz laanger Carrière als Tourismusminister jee ee Fall bekannt ginn ass, wou ee Verbriecher sech ënner sengem richtegen Numm agedroen huet, wann hien am Virfeld schonn e kriminellen Akt geplangt hat.

Här President, dëst ass awer net deen eenzege Punkt, deen eis um virleienden Text stéiert. Vill méi wichteg...

» **M. le Président.** - Här Etgen, erlaabt Der, datt den Här Minister lech eng Fro stellt?

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Selbstverständlich.

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - ...konnten déi Kriminell, déi déi Dote begaangen haten, gefaasst ginn, well se an deem Hotel waren a well duerch déi Fichen hire Lieu de résidence dee Moment festgestallt konnt ginn. Dat heescht, et si scho Leit, déi opgrond vun deenen Donnéeën do gefaasst konnte ginn.

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Also, Här Minister, ech si réischt zënter dem 20. Dezember d'lescht Joer an der Chamber an de Projet, dee muss dann awer virun deem doten Datum an der Chamberskommissioun virgestallt gi sinn, wou déi dote Fäll opgeklaert gi sinn, esou datt et mir am Fong geholl net méiglech war, déi doten Informatiounen ze kréien.

(Interruptions diverses)

Här President vun der Kommissioun, ech hunn op jidde Fall awer déi doten Informatiounen a kengem Rapport vun der Kommissioun noliessen kënnen. Jiddefalls hat ech d'Rapporten, déi iwwer dëst Gesetz ofgefaasst gi sinn, alleguer nogelies.

Här President, dat ass awer net deen eenzege Punkt, deen eis um virleienden Text stéiert. Vill méi wichteg ass an eisen Aen d'Fro, wéi wäit de staatlechen Agrëff an d'Privatsphär vu jiddfer eenzelnem Bierger dierf goen. Eiser Iwwerzeegung no mussen hei ganz enk Grenze gezu ginn an nëmmen an Ausnahmefäll dierfen dës Grenzen iwwerschratt ginn.

» **Une voix.** - Ganz richtig!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - De Conseil d'État gesäit dëst och esou: «À cet égard, il se pose la question de la proportionnalité entre la mission des pouvoirs publics d'assurer la sécurité collective et leur prérogative de s'immiscer dans l'intimité de la sphère privée de l'individu.»

E puer Abschnitter weider heescht et: «(...) mais au-delà de ces considérations pragmatiques le contrôle soulève la question bien plus fondamentale du droit que s'arrogé l'État de surveiller les déplacements des personnes.» Derbäi kënnt, dass am Artikel 3 vum Projet de loi Folgendes steet: «Un règlement grand-ducal précisera les modalités et les délais de la communication des fiches d'hébergement et des données, de même que le modèle de ces fiches, les indications à y apporter, le mode de conservation de celles-ci, ainsi que le traitement des données par la Police grand-ducale.»

An eisen Ae bleift trotz den Dispositiounen vum Règlement grand-ducal eng Saach awer onkloer: Wie kritt schlussendlech alles Accès op dës Donnéeën? Wéi gesäit dat zum Beispill fir d'Fiskalverwaltungen aus? Kann ee Fiskalbeamten op dës Donnéeën zrëckgräifen, fir de Chiffre d'affaires vun engem Betrib ze iwwerpräiwen? Wa jo, wéi wäit kann hien op dës Donnéeën zrëckgräifen? Gesäit hien och d'Nummer vun der Autosplack an och de Gebuertsdatum vum Client? Eng zefridde stellend Äntwert op dës an eisen Aen elementar Froe fanne mir weder an deem virleienden Projet de loi nach am Règlement grand-ducal.

Här President, reng kommerziell gekuckt läit d'Sammelen an d'Verknëppele vun Date voll am Trend. Déi fortschreidend Digitaliséierung ass verbonne mam Zouhuele vun ëmmer méi Datestréim, déi zu enger Multitude vu persounbezunnenen Donnéeën féiert. Datt d'Selbstbestëmmungsrecht vun deem Einzelnen dobäi a Gefor geréit, ass leider oft deene wannste Leit bewosst.

Déi Donnéeën, déi hei opgeholl ginn, kënnen problemlos mat aneren Datesammlungen esou verknëppt ginn, ouni datt dee Betrafene hir Richtgekeet beaflossen oder kontrolléiere kann.

Den Hotelsgaascht, awer net nëmmen hien, gëtt op dës Manéier zum glieserne Client. Déi modern Technologie léisst et haut zou, ganz Bewegungsprofiler ze späicheren. „Big Brother“ ass leider keng Utopie méi aus düsteren Zukunftsromanen, mä villméi aldeeglech Realitéit.

Grad am Beräich vun der Hôtellerie gëtt Dateschutz oft stiefmütterlich behandelt. Iessen op d'Zëmmer? Moies Müsli beim Kaffi? Owees wann Iessen zwee Glieser Wäin? Wien elo mengt, e wier an engem Hotel, wou d'Personal engem seng Wënsch géif vun den Aen ofliesen, dee kéint sech emol gewaltig iren. D'Personal kennt all Är Detailler, Eegenheeten a Sonnerwënsch, net aus Intuitioun oder opgrond vu senger gesonder Mënschekennntnis, mä well et e Bléck an de Computer gehäit huet an do all déi néideg Informatiounen fonnt huet.

Mir hannerloossen oft liichtsënneg an onabsichtlech e Koup vun digitale Spuren an der Vakanz. Dës Spure sinn oft méi däitlech wéi Foussspuren a kënnen vill méi laang a vill méi prezis stockéiert a benotzt ginn. Dateschutz kennt am Prinzip jiddferen. Datt doraus awer oft „Datenschutz“ gëtt, wësse mir oft genuch net. Oder wéi de Friedrich Schiller scho sot: „Hier wendet sich der Gast mit Grausen.“ So kann ich hier nicht ferner hausen.“

Här President, dat quasi vollstänneg Duerchliichte vum Hotelsgaascht ass eisen Iwwerzeegungen no net mat der mënschlecher Würd vereinbar. Duerfir huet an eisen Aen d'Regierung mat deem Projet och den „Big Brother Award“ méi wéi verdéngt.

De Geescht vun deem Gesetz entsprécht iwwerhaapt net deenen heitege Gewunnechte respektiv dem Profil vun dem Lëtzeburger Hotelsclient. Ech erkläre mech: De Lëtzeburger Client geet an de Restaurant iessen, drénkt een oder méi Glieser gudde Lëtzeburger Wäin, denkt dann un dem Här Lux seng 0,5 Promillegrenz a beschléisst kuerzfristeg a verstännegerweis, am Hotel ze iwwernuechten.

» **Une voix.** - Très bien.

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Dëse Client ass awer op kee Fall gewëllt, digital Spuren hannerloossen ze mussen. Dëse Client wëllt net säi Gebuertsdatum oder seng Autosnummer hannerloossen.

(Interruptions)

» **M. le Président.** - Loosst lech net stéieren, Här Etgen.

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Neen, ech loosse mech och net stéieren.

Well dëse Client wëllt och net d'Police wëssen dinn, a wéi enger Gesellschaft hien deen Owend verbruecht huet.

Datselwecht géllt och fir de Lëtzeburger Campingtourist, deen zum Beispill am Süde vun eisem Land wunnt a bei guddem Wieder op d'Sauer op de Camping wëllt schlofe goen, deen een Dag net, deen aneren Dag dann awer nees, eng Kéier eleng, da mat engem Kolleeg, déi aner Kéier mat engem anere Kolleeg. Dëse Client huet näischt mat enger Fiche d'hébergement um Hutt a scho guer näischt mat all deenen Informatiounen, déi mat Hëllef vun dëser Fiche dem Här Frieden sollen hëllef, den Terrorismus ze bekämpfen.

Ech mengen, léif Kolleegen, Dir erkennt selwer, op wat fir een dënn Äis d'Regierung hei gaangen ass. Wann et keen esou eeschten a wichtige Sujet wär, misst ech spëitstens hei eng Kéier gutt laachen. Leider bleift eis als liberal Partei bei esou Gesetzestexter d'Laachen am Hals stiechen.

Dëst gesäit iwwerregens och de Conseil d'État esou a schreift a sengem Avis: «Autre restriction proposée: seraient seules continuées à la police les fiches d'hébergement concernant des personnes ne résidant normalement pas sur le territoire luxembourgeois.»

Dës systematesch Iwwerwaachung vun de Lëtzeburger op hirem eegenen Territoire hale mir fir iwwerflësseg a mir sinn dovunner iwwerzeegt, datt dëst a kengster Weis eppes dozou wäert bäidroen a puncto Verbesserung vun der allgemenger Sécherheetslag respektiv bei der Preventioun vu kriminellen Akten.

Als Konklusioun wëll ech soen, datt mir mat dem Punkt vun der Informatiséierung a Systematiséierung vun den Donnéeën aus dem Tourismusberäich averstane sinn, well dës Donnéeën den Hotelieren a Campingbedreiwer zeguttkommen. Net zulescht waren et Leit aus deem Sektore selwer, déi eng besser, méi modern, méi effizient Method an deem Beräich gefuerdert hunn.

Et ass och eng wesentlech Verbesserung fir de Logeur vu senger administrativer Aarbecht, där e souwisou scho genuch huet. Mat deem Projet de loi gi mir hinnen en Instrument, wat hinne wäert hëllef, d'Besoinë vun hire Clientë besser ze identifizeieren a besser ze fidéliséieren.

Mat all deenen aneren Dispositiounen kënnen mir awer aus all deene Grënn, déi ech virduropgezielt hunn, net d'accord sinn. An duerfir wäert d'Fraktioun vun der Demokratescher Partei, trotz deem enge wichtige positiven Aspekt, dëse Projet de loi net stëmmen.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Etgen. D'Wuert huet elo déi honorabel Deputéiert Claudia Dall'Agnol.

» **Mme Claudia Dall'Agnol (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Här Minister, léif Kolleeginnen a Kolleegen, déi esou fei sinn ëm dës spëit Stonn nach nozelauschteren: Ech géif domat ufänken der Rapportrice emol fir d'éischt villmools Merci ze soe fir hire gudden an och detailléierte schrëftlechen a mëndleche Rapport. Ech brauch duerfir och net méi op all eenzelnen Detail anzegoen. Dat huet si respektiv och mäi Virriedner scho gemaach. An ech géif mer just erlaben, e puer prinzipiell Remarquen zum Projet de loi ze maachen.

Mir Sozialisten deelen natierlech de But vum Projet de loi, esou wéi en am Exposé des motifs beschriwwen ass, nämlech en effikass Sécherheitssystem fir eist Land doderduerch, dass mer eng Kontroll hunn iwwer déi Leit, déi am Ausland wunnen, mä awer hei bei eis am Land iwwernuechten - esou wéi dat och am Accord de Schengen virgesinn ass. An natierlech si mer och domat d'accord, dass de Statec dat Material kritt, dat e brauch fir déi Statistiken ze maachen, déi schlussendlech dozou féieren, eisen Tourismus besser ze entwéckelen. Dat kënnt jo natierlech eiser Economie an domat och der Allgemengheet zegutt.

Chambre des Députés

Compte rendu officiel

Supplément commun aux quotidiens:

d'Wort, Tageblatt, Lëtzebuenger Journal,
Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Contenu rédactionnel:

Service du compte rendu de la Chambre des Députés
Service des relations publiques de la Chambre des Députés
Tél. 466 966-1

Conception, saisie de texte et mise en page:

Polygraphic Communication SA, Differdange

Concept et coordination générale:

BRAIN & MORE, agence en communication, Luxembourg

Déi Zilsetzung besteet jo zum Deel iwwerregens schonn zënter 1968. Deemools ass de Projet de loi iwwert de Contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement unanime vun alle Parteien ugeholl ginn. An en hat viru ronn 40 Joer haaptsächlech als Zweck, déi gesetzlech Virschrëften ze koordinéieren, fir Lëtzebuenger mat deenen auslännesche Gäscht gläichzestellen an d'Formaliteiten ze vereinfachen, déi deemools schonn dem Statec fir Statistikzwecker sollten zougedroe ginn.

Wéi och schonns den Exposé des motifs vum Projet seet, deen eis virläit: Déi Suerg ass net nei. Wat awer nei ass, dat ass d'Suerg ëm den Dateschutz an eben déi méiglech Konsequenzen, déi d'Collecte vun esou Donnéeën kann hunn.

Ech hunn d'Aarbechte vun der Chamber bis '68 nogelies, an do war ausser enger klenger Stëmmchen net een Eenzegen, dee sech ëm den Dateschutz oder d'Iwwerwaachung duerch de Stat Gedanke gemaach huet. An där Zäit huet just de René Urbany vun de Kommunisten, déi dee Projet 1968 awer matgestëmmt hunn, eng Reserv ugemellt, well en der Meenung war, et wär iwwerflësseg, dass och Lëtzebuenger sech missten a Fichen androen, an en huet sech gefrot - ech zitieren: „Wat geet dat d'Gendarmerie un, wann ech aacht Deeg am Éislek wëll Vakanz maachen?“

Fir awer komplett ze sinn, weisen ech drop hin, dass och bei der Modifikatioun vum Gesetz am Joer '75 just d'Durée vun der Conservatioun vun den Donnéeën fir d'CSV, deemools op der Oppositionsbänk, ee Sujet war. Vun der Collecte selwer a vum Dateschutz ass keng Rieds gaangen an dat huet deemools och keen a Fro gestallt.

Or, d'Zäiten hu sech geännert an net méi spéit wéi den 29. November d'lescht Joer sot de Gérard Lommel, senges Zeechens President vun der nationaler Dateschutzkommissioun, op Nofro vun der Zeitung „L'essentiel“ deen heite Saz iwwert d'Collecte vun Donnéeën respektiv Renseignermenter iwwert deen eenzelne Bierger - ech zitieren: «Certains vont en accumuler et se faire une image de vous. Et vous ne comprendrez pas qu'on vous refuse un crédit, un job ou une maison que vous comptiez louer...»

A weiderhin seet den Här Lommel: «Plus on a d'éléments sur quelqu'un, sur ses communications, sur le nombre de steaks qu'il achète, plus il y a de risques d'abus, d'une utilisation commerciale ou d'avoir des données mal interprétées.»

Ech wëll domadder drop hiweisen, dass an deem Projet, deen eigentlech de Secteur vum Tourismus betrëfft an do fir den Terrain - wéi schonn 1968 an och 1975 - wesentlech Erliichterunge bréngt, awer Elementer dra sinn, bei deenen ee muss virsiichteg sinn. Och de Statsrot ass kritesch a sengem Avis complémentaire vum November 2007. D'Rapportrice sot et, an ech wollt eigentlech elo och aus deem Avis zitieren, mä mäi Virriedner huet mer déi schwéier Tâche schonn ofgeholl an ech ka mer dat also elo spueren.

Här President, Här Minister, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll hei awer nach eemol drop opmierksam maachen, wat et fir deen Eenzelen heescht, wann hien hei zu Lëtzebuerg net doheem, mä an engem Hotel iwweruecht, a wat hien do alles gefrot gëtt: Numm, Adress, Gebuertsdatum, Nummer vun der Carte d'identité oder Pass, wéi vill

Kanner, mat wem hien ënnerwee ass, de Gebuertsdatum vun der Begleetpersoun, Uert wou e gebuer ass, Autosplack an -mark.

Mech wonnert et eigentlech, dass net och nach d'Sozialversécherungsnummer gefrot gëtt. Mä och esou kann ee scho genee nollzéien, wou ee sech mat wem an och fir wéi laang aquartéiert huet. An hei stellen ech mer awer d'Fro, ob d'Proportionalitéit, vun där de Conseil d'État jo och a sengem Avis schwätzt, nach garantéiert ass, ëmsou méi well mer e klengt Land sinn an eigentlech souwisou jiddfree jiddfree kennt. Bei der ganzer Problematik denken ech och un déi Diskussiounen, déi ronderëm d'Kameraiwwerwaachungen d'lescht Joer an der Press, hei am Haus an och an der Zivilgesellschaft stattfonnt hunn.

Och déi Fiche d'hébergement fir d'Lëtzebuenger muss an dee vill méi grouse Kontext vun der Sécherheet vun de Biergerinnen a Bierger, der Iwwerwaachung an der Proportionalitéit vun de Moosname gesat ginn. A bei alle Mérites, déi dee Projet hei, grad wéi d'Gesetzter vun '68 a '75, fir d'Hotelieren an de Statec huet, muss een d'Fro awer stellen, awéiwäit een heimadder de Schrëtt a Richtung Iwwerwaachungsstat bekräftegt, an dat, obwuel mer haut a Saachen Dateschutz eng ganz aner Situatioun hunn, wéi bei deenen éischten zwee Gesetzestexter. Natierlech huet d'Situatioun sech och geännert, wat déi kollektiv Sécherheet ugeet, an eng ganz Rei zousätzlech Moosname sinn duerch déi méi héich Kriminalitéit an all méiglech Forme vun Terrorismus och gerechtfertegt.

D'LSAP war an ass sécherlech d'accord mat punktuellen Iwwerwaachungen am Sënn vu méi Sécherheet a méi Schutz fir all Biergerinnen a Bierger, mä ech sinn awer net iwwerzeegt, dass déi generell, breet gefächert Kollekt vun Donnéeën hei oder an anere Fäll an d'Tatsaach, dass d'Police déi kritt, gradesou wéi den Émstand, dass Leit, déi souwisou hei am Land wunnen, kéinte vun der Police kontrolléiert ginn, egal wou se hir Nuecht verbréngen, net iwwert d'Zil erausschéissen.

Ech ginn trotzdem den Accord vu menger Fraktioun zu deem virleiede Projet. Wéi ech virdu scho gesot hunn, bréngt en eng ganz Rei Verbesserunge fir den Tourismus-secteur an natierlech eng Hëlléf fir de Statec.

Als Ofschluss géif ech just nach eng Kéier mat op de Wee ginn, dass, wa mer déi nächste Kéier drun denken, eng Modifikatioun an deem Gesetz ze maachen, mer eis awer vläicht sollten d'Zäit huelen, nieft deene praxisbezunnenen Upassunge fir den Terrain och e Bléck op de Volet vum Schutz vum Bierger sengen Daten ze geheien. Ech mengen, déi verännert Bedéngungen, déi mer haut par rapport zu den Urspréng vun de 60er Jore vun deem Gesetz hunn, géifen esou eng Diskussioun ganz sécher net iwwerflësseg maachen.

Domat schléissen ech an ech soen lech, Dir Dammen an Dir Hären, Här President, Här Minister, Merci fir d'Nolauschteren.

» M. le Président.- Merci, Madame Dall'Agnol. D'Wuert huet elo den Här Kox.

» M. Henri Kox (DÉI GRÉNG).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech da fir d'éischt natierlech och der Rapportrice, der Madame Hetto-Gaasch, fir de

mëndlechen a schrëftleche Rapport Merci soen. D'Virriedner hu scho villes iwwert d'Gesetz gesot, Detailer an e bësse méi Kritesches. Ech wäert mech duerfir an där kuerzer Interventioun och just op een Aspekt vun deem Gesetz reduzéieren.

Den Titel seet a sech schonn, wat Sënn an Zweck vun deem Gesetz ass. Esou ass do ze liesen: «Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement». Den Titel reduzéiert also d'Gesetz praktesch just op de Contrôle vun de Reesenden. Et ass och besonnesch de Contrôle, deen eis um Mo läit.

E Gesetz wat, de Gréngen hirer Meenung no, méissbraucht gëtt fir onnéideg Daten iwwert d'Biergerinnen an d'Bierger ze sammeln. Mat deem Gesetz ginn elo sämtlech Bewegungen, sief dat vu Biergerinnen a Bierger aus dem Inland oder Ausland, systematesch un d'Police weidergeleet. Dës Date ginn awer och un de Statec weidergeleet, fir statistesch Analyse kënnen ze maachen. D'ës awer dann op anonymer Basis.

Eng systematesch Analys aus statisteschen Iwwerleeungen, fir zum Beispill och kënnen méi geziilt Werbung am Aus- wéi am Inland ze maachen, fënnt eis Ënnerstëtzung. Ouni e valabele Monitoring léisst sech eng cibléiert Campagne net opbauen an och net duerchféieren. D'Verhale vum lëtzebuergeschen Tourist ass dobäi gradesou wichteg, wéi dat vun engem auslänneschen Tourist, fir eben déi geziilt Werbung duerchzuführen.

D'Gesetz bréngt awer och nach aner administrativ Vereinfachungen, déi meng Virriednerinnen a Virriedner hei schonn erkläert hunn an op déi och elo net onbedéngt wéilt agoen. Woumat mir awer op Kee Fall kënnen averstane sinn, ass déi systematesch Kommunikatioun vun de perséinlechen Daten, déi, souwuel vum inlännesche wéi och vum auslänneschen Tourist, un d'Police weidergeleet ginn. Besonnesch d'Weiderleedung vun Date vun engem Tourist, deen aus Lëtzebuerg staamt, werft déck Problemer op.

Mä net nëmme mir hunn domat Problemer, och de Statsrot huet a senger respektiven Avisé mat Nodrock op déi Problematik higewisen. Den Här Etgen huet virdrun e kleng Passage vum Avis vum Statsrot virgelies. Ech wéilt nach e weidere Passage derbäifügen an zitieren kuerz: «À ce propos, il y a lieu de noter que d'autres pays européens ont abandonné la collecte de ces informations puisque l'effort administratif requis est apparé comme disproportionné par rapport aux bénéfices à en tirer sur le plan de la prévention de la délinquance.»

De Statsrot werft awer och nach eng ganz aner Fro op, an do hat den Här Etgen och virdu schonn e Passage gelies. Ech wéilt nach ee Passage dorauer zitieren: «Il est un fait que cette ingérence touche aux conditions dans lesquelles s'exerce la liberté individuelle, la liberté d'aller et de venir, et le respect de la vie privée, garantis par les articles 11(3) et 12 de la Constitution et l'article 8 de la Convention de sauvegarde des droits de l'Homme et des libertés fondamentales.»

De Statsrot huet nach eng Kéier avec force, och a sengem zweeten Avis, drop higewisen, dass déi systematesch Kommunikatioun un d'Police vun Iwweruechtunge vu Résidantë géint déi virgenannten Artikel verféiert a verlaangt duerfir nach eng Kéier d'Sträiche vun deem Artikel am Gesetz. Mir Gréng hunn deem näischt méi bäizéien a kënnen der Kritik an de Bedenke vum Statsrot u sech nëmmen zoustëmmen. D'Majoritéit an der Kommissioun huet awer gemengt sech deem ze widdersetzen an trotzdem un der systematescher Kommunikatioun vu perséinlechen Donnéeën un d'Police festzehen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, aus de virgenannten Iwwerleeunge vum Statsrot, déi mir voll a ganz an der Kommissioun ënnerstëtzt hunn, kënnen mir net fir dese Projet stëmmen. Et schéngt mir éischter, dass et e Gesetz vum Policeminister Frieden ass, wéi vum Tourismusminister Boden. D'Fräiheet vun Goen a Kommen am Respekt vun der Privatsphäre steet fir eis iwwert der Surveillance vun den Déplacementer vu Persounen. Besonnesch dann, an dat huet jo och de Statsrot nach eng Kéier gesot, wann déi Surveillance sech och nach net als effikass am Ausland erweisen huet an deelweis schonn erëm ofgeschaaft gouf.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Kox. D'Wuert huet dann den Här Henckes.

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, och meng Félicitatiounen a Remerciementen un d'Madame Rapportrice, d'Madame Hetto-Gaasch. Si huet an hirer mëndlecher Interventioun drop higewisen, dass déi Daten, déi hei solle gespäichert ginn, déiselwecht sinn, wéi déi Donnéeën vun de Passagéier vun de Fluggesellschaften. Ech wëll awer drop hiweisen, dass d'Europaparlament virun e puer Deeg mat grousser Majoritéit bei der Proposition de directive, fir déi Date vun de Passagéier vun de Fluggesellschaften ze stockéieren, e Veto ageleucht huet, dass dat also net realiséiert gëtt.

Ech mengen, dat beweist, dass déi Debatt, déi mer haut féieren, villedoch méi wäit geet wéi just nëmme dorëm, fir e puer Informatiounen ze kréien, fir herno kënnen eng besser Campagne de publicité ze maache fir Lëtzebuerg a fir ons Hotelieren a Restaurateuren.

Prinzipiell ass et richtig, dass d'Horesca, déi hei muss eng etlech Informatiounen liwweren, wou mussen eng etlech Fichen ausgefëllt ginn, seet: Voilà, wa mer dat dote kënnen iwwert den informatesche Wee ofwéckelen, ass dat fir ons méi liicht, wéi wa mer higinn an déi eenzel Fiché collectéieren an dann aschécke musse respektiv waarde mussen, bis ee se ofhuele kënn.

Mä et geet awer elo dorëm, wat fir eng Donnéeën stockéiert solle ginn. Evidenterweis kann een Donnéeën stockéieren, ob et e Mann oder eng Fra ass, déi am Hotel ass, wat den Alter ass oder aus wéi engem Land déi Persoun kënn. Déi Donnéeën do sinn effektiv nützlich, fir ze kucken, wat fir en Tourismus hei zu Lëtzebuerg ass, wou déi Saachen higinn, wou d'Leit hierkommen, fir dat een eventuell och méi geziilt dorop reagiere kann a verschiddene Publicitéitscampagnen, fir d'Leit, déi eventuell kéinten Touristen zu Lëtzebuerg sinn, kënnen ze kontaktéieren a fir do e bësse méi geziilt kënnen ze schaffen.

Mä fir d'Police sinn déi Donnéeën do, e gudden Deel vun deenen Donnéeën do total onwichtig. Wann ech richtig informéiert sinn, an d'Regierung misst dat jo bal wëssen, ass am Joer 2007 a kengem eenzege Fall vun der Police op déi Donnéeën do zréckgegraff ginn an enger Affaire criminelle. An duerfir, wann elo nach déi Donnéeën sollen ausgeweit ginn, da stellt sech effektiv d'Fro, firwat een op dee Wee do soll goen.

Ech erënnere mech, dass mer an der Affär „Bommeleer“ eng Kéier de Fall haten, do stoung souguer d'Police virum Hotel, fir ze kucken, ob den Här Geiben géif eran- oder erausgoen. Do gesäit een, dass, wann d'Police eppes wëllt iwwerwaachen, se dat op eng Aart a Weis mécht, fir dat se effektiv déi Donnéeën zesummekritt.

Mä et ass awer net, mengen ech, elo iwwert déi enorm Zuel vun Donnéeën, déi detailléiert Donnéeën - wéi kucken, mat wat fir engem Auto een eventuell dohinnerkomm ass -, déi misste stockéiert ginn, dass dat absolut déi Donnéeën ergëtt, déi fir d'Police an der Bekämpfung vun der Kriminalitéit oder an der Preventioun vun de kriminellen Akten noutwendeg sinn. D'Praxis weist, dass dat absolut net de Fall ass.

A wann d'Europaparlament higeet an déi Donnéeën vu Flugpassagéier, déi villedoch méi indikativ sinn, wou eventuell eppes kéint geschéien, schonn net wëllt stockéiert hunn op eng ganz detailléiert Aart a Weis, da kann ee sech och virstellen, dass dat sech hei fir dës Donnéeën, déi elo virgesi sinn am Gesetz, absolut net justifiéiert.

Et sief dann, et géif ëm eppes aneschters goen, an do verstinn ech vläicht, dass de Finanzminister déi Donnéeën do nawell ganz gären huet. Woufir? Well et ass jo kloer, wann déi Donnéeën schéin am Detail virleien, da kann den Hotelier net vergiessen, iergendwéi eng Nuitee do net unzeginn. Seng Recetten um Niveau vun den Nuiteeën, déi an engem Hotel verbruecht ginn, si ganz kloer, well hie riskéiert jo soss, wann hien do eppes géif vergiessen, fir deen Ablack herno eng Affaire pénale ze kréien.

(Interruption)

Jo. D'accord, mä et ass awer relativ no, fir dann awer ze kucken, wéi dann déi Don-

néeën do sinn. Duerfir wëll ech Verständnis hunn heiansdo fir esou Saachen.

Mä nach eng Kéier, déi Donnéeën do esou detailléiert unzeginn, justifiéiert sech net, op jidde Fall net vun der Police.

Duerfir wëll ech och soen, dass mir mat deem Gesetz net d'accord sinn an och géint d'Gesetz wäerte stëmmen.

» **M. le Président.** - Merci, Här Henckes. Dann huet d'Regierung d'Wuert. Här Minister Boden, wann ech gelift.

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll fir d'éischt menger Satisfaktioun Ausdrock ginn, dass de Projet de loi iwwert déi sougenannte Fiches d'hébergement haut, wann och zu spéider Stonn, hei an der Chamber debatiéiert ginn ass an - ech hoffen - muer gestëmmt gëtt.

Ech wëll fir d'éischt emol der Madame Rapporteur oder Rapporteuse - ech weess net, wéi een dat soll nennen?

» **M. le Président.** - D'Académie française huet „Rapporteuse“ gesot.

(Interruptions)

» **M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement.** - Voilà, der Madame Rapporteuse Françoise Hetto Merci soe fir déi gutt an effikass Aarbecht, déi se gemaach huet. Merci och de Memberen an der Kommissioun, déi versicht hunn, aus villen Avisen en Text ze maachen, dee menger Meinung no e gudden Text ass.

Ech wëll och soen, dass de Secteur hannert deemem Projet de loi steet. Déi Ännerungen, déi par rapport zu dem urspréngleche Projet gemaach gi sinn, sinn zum Deel op ausdréckleche Wonsch vum Secteur komm.

Ech mengen, dass déi Leit vum Secteur, déi och haut hei dësen Debatten nolauschten, sécher wäerte frou sinn, ze mierken, dass dese Projet awer muer mat enger Majoritéit, wa se och net ganz grouss ass, wäert gestëmmt sinn.

(Interruption)

De Generalsekretär vun der Horesca huet schon zënter Jore bei all Randonnée touristique dorop higewisen, dass et wichteg wär, eng Reform iwwert d'Problematik vun de Fiches d'hébergement erbäizeféieren. Mir hunn zesumme mat grousser Hartnäckegkeet versicht, fir vill Hürden ze iwwerwannen, fir op deen Text ze kommen, dee wéi gesot elo zur Ofstëmmung hei virläit.

Ech wëll net nach eng Kéier op all d'Objektiver agoen: déi administrativ Vereinfachungen, déi besser, méi fiabel, statistesch Donnéeën, déi heider erméiglecht gi sinn. Ech mengen, d'Françoise Hetto huet dat am Detail souwuel a sengem schrëftleche wéi och elo a sengem mündleche Rapport gemaach.

Ech wëll op e puer Problemen agoen, déi hei ugeschwat gi sinn. Besonnesch ass dat d'Problematik vum Dateschutz. Ech wëll och soen, dass déi op der Fiche d'hébergement gefrotene Informatiounen natierlech ganz perséinlecher Natur sinn. An et war aus deem Grond och wichteg, ze garantéieren, dass bei der Erfaassung an och bei der Transmissioun vun den Donnéeën de Schutz vun der Privatsphäre vum Einzelnen net a Fro gestallt ass.

Fir dat ze garantéieren, hu mer vun Ufank un d'Commission nationale pour la protection des données mat ageschalt. Schon an engem ganz fréie Stadium hu mer deenen hiren Avis gefrot, an déi Remarquen, déi si gemaach hunn, sinn och schon an den éischte Projet mat eragefloss.

Ech wëll d'ailleurs der Kommissioun Merci soe fir déi Efforten, déi se gemaach huet, fir matzehllefend, dass dee Problem, dee jo e kriteschen ass, eiser Meinung no zefridde stellend geléist konnt ginn.

D'Problematik vum Dateschutz, déi jo och vum Conseil d'État opgeworf ginn ass, stellt sech virun allem bei der Kopie vun der Fiche, déi un d'Police geet. Déi Kopie nämlech, déi un de Stateg geet, déi enthält

nëmme anonymiséiert Donnéeën, déi fir d'Touristikstatistik relevant sinn.

Mä fir ze garantéieren, dass d'perséinlech Rechter, d'Fräiheete vum Einzelnen net ugetaacht ginn, ass virgesinn, dass an engem Règlement grand-ducal eng Rei vu Saache festgehal solle ginn. An deem Règlement grand-ducal sollen éischters emol d'Modalitéiten an d'Délai vum der Transmissioun festgehal ginn, de Modell an den Inhalt vun der Fiche definéiert ginn, mä awer och den Traitement an de Stockage vu Säite vun der Police soll do prezisiéiert ginn, fir dat néidegt Gläichgewicht - op dat jo vill Leit hei gepocht hunn - tëschent dem Contrôle policier an dem Dateschutz ze garantéieren, a fir derfir ze suergen, dass des Donnéeën net a friem Hänn falen oder fir aner Zwecker gebraucht ginn.

Et ass jo och duerfir festgehal ginn, dass den Traitement vun deenen Donnéeën an engem temporäre Fichier vun der Police gemaach gëtt. Am Règlement soll jo festgehal ginn, dass e maximalen Délai vun 72 Stonnen no der Transmissioun vun den Donnéeën un d'Police zréckbehale gëtt, wou de Stockage vun deenen Donnéeën soll gemaach ginn.

Wat elo den Inhalt vun der Fiche betrëfft, esou wëll ech soen, dass déi Informatiounen, déi de Visiteur zu senger Persoun muss uginn, déi nämlech si praktesch, wéi déi, déi am heitege Reglement stinn.

Dem Här Etgen wëll ech soen, wann en esou grouss hei schwätzt vun dem Dateschutz an dass dat esou e ganz schlecht Gesetz wär, dass déi Donnéeën genee déi sinn, déi schon am Reglement an am Gesetz vu '75 festgehal gi sinn. 1975 war de fir den Tourismus zoustännege Minister keen CSV-Member, well d'CSV war an der Oppositioun; dat war en DP-Mann. Deen huet also déi Donnéeën do esou festgehal. An de Justizminister, deen och involvéiert ass - den Här Frieden ass jo genannt ginn -, dat war deemools en LSAP-Mann.

Dat heescht also net, dass elo hei viles verbösert a verschlëmmt ginn ass. Am Contraire: D'Dateschutzkommissioun huet munches méi kloergestallt, dass eben net déi Donnéeën sollen a falsch Hänn kommen. Duerfir mengen ech schon, dass dat, wat hei ausgedréckt ginn ass, an engem zimlech haarden Toun, vum Här Etgen am Numm vun der DP, e bësse besonnesch ass.

Virun allem wann ee weess, dass d'DP sech ëmmer esou sécherheetsbewusst gëtt. Et gëtt ni genuch kontrolléiert. Et sinn ni genuch Polizisten do, wann ee se heiansdo héiert. Mä wann et drëm geet, der Polizei emol eng Kéier Mëttelen ze ginn, fir géint d'Kriminalitéit virzegoen, da si se absent an dann ass dat schwierig.

Ech hunn den Här Etgen d'éischt drop higewisen, wéi e gesot huet: Ass dann iwwerhaapt jeemools ee gefaasst ginn opgrond vun deenen Donnéeën?

Jo! An der Kommissioun ass e Fall genannt ginn ënner anerem, wou ee Prisonnier vun Tréier fortgelaft war. Deen ass op Stroossen an en Hotel gaangen an dee konnt do festgehal ginn, well ebe festgestallt ginn ass, dass deen an deem Hotel do war. D'Polizei huet scho Méiglechkeeten, fir dergéint kënnen virzegoen.

Ech wëll just soen, an den Ae vum Tourismusminister ass dat e secondair Volet. Mä wa mir deen net heimadder behandelt hätten, hätt de Justizminister en anere Projet ginn, dee wahrscheinlech net manner streng gewiescht wär; am Contraire, hätt ech gemengt.

A fir dann ze mengen, d'Lëtzebuurger missten ausgeschloss ginn, wëll ech just soen, éischters emol wär dat eng Diskriminatioun vis-à-vis vun den Ausländer. Mä et ass och net onwichtig, fir éischters emol de Bannentourismus kënnen besser ze kontrolléieren, an zweetens, fir dass eben, wann och Lëtzebuurger kriminell Akte maachen, déi eventuell kënnen opgrond vun esou Donnéeën festgehal ginn.

Wéi gesot, déi Donnéeën gi relativ schnell zerstéiert vun der Police. Déi huet also net vill Moyenen. Et geet drëm, wann e Fall do ass, fir kënnen schnell ze agéieren, wann esou e Mann, deen eng kriminell Dot gemaach huet, nach hei am Land ass an iergendwéi versicht huet an engem Hotel ënnerdaach ze kommen.

Duerfir mengen ech schon, dass déi Reprochen, déi hei gemaach gi sinn um Dateschutz, net an deem Mooss berechtigt sinn, wéi se hei virbruecht gi sinn. Besonnesch vun der DP-Säit aus.

Fir ofzeschlësse wëll ech soen, dass deen neien Text hei éischters emol eng Verbesserung an eng Vereinfachung bréngt

vun der administrativer Prozedur. An dat fir all déi Bedeelegt, souwuel fir de Logeur wéi och fir de Visiteur, deen net méi, besonnesch wann en a Gruppe kënnt, esou laang brauch ze waarde bis dass e kann a säin Zëmmer goen. Och dat ass wichteg, well den Hotel oft den éischte Kontakt ass vun dem auslänneschen Tourist mat Lëtzebuerg. A wann do eng schnell an effikass Offäerdegung ass, wann e schnell kann op säin Zëmmer goen, wann e schnell aus der Réceptioun ka fortgoen, dat ass och e wichtigen Tromp fir d'Qualitéit um Client ze verbesseren.

Da soll de Projet och d'Aarbecht vun der Police, wéi gesot, am Kader vun hirer Missioun erliichteren, se méi effikass maachen, ouni den Dateschutz a Fro ze stellen.

Finalemment erméiglecht dese Projet och eng Erstellung vu fiablen, vun detailléierten, vu méiglechst aktuellen touristesche Statistiken. Et ass jo vun alle Säiten ënnerstrach ginn, dass dat net onwichtig ass, fir éischters emol eng effikass Tourismuspoli-

tik ze maachen, an zweetens och, fir den touristesche Marketing an eng touristesch Promotioun kënnen ze realisieren.

Wéi gesot, ech soen duerfir all deene Merci, déi dese Projet ënnerstëtzen. Et waren der vill, déi mat dorunner bedeelegt waren, fir en esou wäit ze kréien, wéi den Text haut virläit. Ech soen alleguer Merci an ech hoffen, wéi gesot, dass muer dee Projet hei gestëmmt gëtt. Et ass sécher keen onwichtige Schrëtt, fir den Tourismus e bësse méi einfach a méi effikass ze maachen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Kolleeginnen a Kolleegen, mir sinn um Enn vun den Diskussiounen ukomm. Ech erënnere drun, dass muer de Mëtteg d'Voté sinn. Déi nächst Sitzung ass muer de Mëtteg um dräi Auer.

D'Sitzung ass opgehewen.

(Fin de la séance publique à 21.00 heures)

Sommaire des séances publiques N^{os} 33 et 34

Communications	pages 407-408
Retraits du rôle des affaires	page 408
5857 - Proposition de loi sur la prostitution (Déclaration de recevabilité)	page 408
5595 - Proposition de révision de l'article 10 de la Constitution	
et	
5672 - Proposition de révision de l'article 9, alinéa 1 ^{er} de la Constitution, Article 63 du Règlement (Prise en considération)	page 408
Composition des commissions parlementaires	page 408
Ordre du jour	page 408
Dépôt d'un projet de loi	page 408
Dépôt d'une proposition de loi	page 408
Heure de questions au Gouvernement	
- Question N°264 du 22 avril 2008 de M. Gilles Roth relative au cadre réglementaire applicable à l'implantation d'éoliennes, adressée à M. le Ministre de l'Environnement	page 409
- Question N°265 du 22 avril 2008 de M. Eugène Berger relative à l'état d'avancement des plans sectoriels, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire	page 409
- Question N°266 du 21 avril 2008 de M. Roland Schreiner relative à l'introduction d'une pension complémentaire dans la fonction publique, adressée à M. le Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative	page 409
- Question N°267 du 22 avril 2008 de M. Camille Gira relative à l'organisation des services de secours et notamment des règlements grand-ducaux à prendre en exécution de la loi du 12 juin 2004, adressée à M. le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire	page 410
- Question N°268 du 22 avril 2008 de M. Ali Kaes relative au remboursement du vaccin contre les infections à HPV (Human Papilloma Virus), adressée à M. le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale	page 410
- Question N°269 du 21 avril 2008 de M. Jacques-Yves Henckes relative aux récents jets de pierre de ponts autoroutiers, adressée à M. le Ministre de la Justice	page 410
- Question N°270 du 21 avril 2008 de M. Roger Negri relative à une proposition de directive de la Commission européenne augmentant le taux du biofuel à 10% en tant qu'additif dans l'essence et le diesel jusqu'à l'an 2020, adressée à M. le Ministre de l'Environnement	pages 410-411
Heure d'actualité demandée par le groupe CSV au sujet du don d'organes	pages 411-413
5804 - Débat d'orientation sur le rapport d'activité du Médiateur (2006-2007)	pages 413-422
Déclaration sur la politique de coopération et d'action humanitaire présentée par M. Jean-Louis Schiltz, Ministre de la Coopération et de l'Action humanitaire, suivie d'un débat	pages 422-436
Ordre du jour	page 436
5516 - Projet de loi	
- relatif à la création d'un Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services et à la création d'un cadre général pour la surveillance du marché dans le contexte de la commercialisation des produits,	
- modifiant * la loi modifiée du 17 mai 1882 sur les poids et mesures, * la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes et accises, * la loi modifiée du 14 août 2000 relative au commerce électronique, et * la loi du 31 juillet 2006 relative à la sécurité générale des produits, et	
- abrogeant la loi du 22 mars 2000 relative à la création d'un Registre national d'accréditation, d'un Conseil national d'accréditation, de certification, de normalisation et de promotion de la qualité et d'un organisme luxembourgeois de normalisation, modifiant la loi du 14 décembre 1967 portant institution d'un poste de Commissaire du Gouvernement, portant création d'un Service de l'énergie de l'État, et concernant l'exploitation des centrales hydro-électriques d'Esch-sur-Sûre et de Rosport	pages 436-441
5585 - Projet de loi ayant pour objet le contrôle des voyageurs dans les établissements d'hébergement	pages 441-444

Sommaire des questions parlementaires

Question N°	Auteur	Objet			
			2293	Mme Claudia Dall'Agnol	Calcul de l'aide au logement et des loyers suite à l'introduction du boni pour enfant
			2294	M. Félix Braz	Site Internet luxembourgeois et «Cheval de Troie»
2178	M. Ali Kaes	Étude sur l'adaptation de la législation concernant la retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière	2296	M. Marco Schank	Dernier communiqué de Cyberworld Awareness and Security Enhancement Structure (CASES) - Site Internet luxembourgeois et «Cheval de Troie»
2182	M. Robert Mehlen	Achats par l'État de biens immobiliers de la Cepal (Société de gestion du patrimoine de la Centrale paysanne luxembourgeoise)	2298	M. Robert Mehlen	Impression du Mémorial
2188	M. Marcel Oberweis	Accord entre la Belgique et le Luxembourg en matière de transport d'urgence transfrontalier	2299	M. Roland Schreiner	Services d'assistance en escale
2205	Mme Colette Flesch	Utilisation des numéros d'identité des personnes physiques et morales	2300	M. Marcel Oberweis	Importation et commercialisation de tous les produits dérivés de phoques
2240	M. Alex Bodry	Octroi de subventions pour la construction ou l'acquisition d'un logement à des fins d'habitation personnelle	2303	M. Jean-Pierre Klein	Fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises ayant la qualité d'officier de police judiciaire
2249	M. Jacques-Yves Henckes	Logements sociaux	2304	M. Robert Mehlen	Retenues
2250	M. Jacques-Yves Henckes	Procédures Plan d'Aménagement Général (PAG) et Plan d'Aménagement Particulier (PAP)	2305	M. John Castegnaro	Mobbing
2251	M. Félix Braz	Conseil National pour Étrangers (CNE)	2306	M. Marc Spautz	Tracé de la ligne ferroviaire Luxembourg-Esch/Alzette
2254	M. Félix Braz	Transposition de la directive 2004/38/CE concernant le droit des citoyens de l'Union et des membres de leur famille de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres	2307	M. Laurent Mosar	Procédure de changement de fournisseur d'électricité
2256	M. Romain Schneider	Rénovation de l'Hôtel Midi à Diekirch	2308	M. Aly Jaerling	Tatouage
2259	M. Xavier Bettel	Liaison ferroviaire à grande vitesse Bruxelles-Strasbourg via Paris destinée aux députés du Parlement européen et aux fonctionnaires communautaires	2309	M. Marc Spautz	Tracé définitif du tram
2260	M. Claude Meisch	Exercice militaire dit «Oesling 84»	2310	M. Marcel Oberweis	«Péage commun»
2264	M. Marcel Oberweis	Création de la société «Exchange» entre B Cargo (SNCB) et Railion (DB)	2312	M. Fernand Etgen	Prise en charge par l'État des charges d'investissements de Servior
2267	M. Marcel Oberweis	Diplômes de «bachelor» et «master»	2313	M. Ben Fayot	Application de la loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation et modifiant certaines dispositions du Code civil au niveau des communes
2268	M. Henri Kox	Structure de l'Agence de l'Énergie après une éventuelle fusion Cegedel/Soteg/Saar Ferngas	2314	M. Romain Schneider	Ambulances privées
2269	M. Camille Gira et M. Henri Kox	Récente action de publicité de l'Agence de l'Énergie et du Syvicol en relation avec des services dans le domaine de l'énergie	2315	Mme Claudia Dall'Agnol	Affiliation des non résidents travaillant simultanément au Luxembourg et dans leur pays de résidence
2270	M. Claude Meisch	Éventuelle fusion de la Chambre des Métiers et de la Chambre de Commerce	2317	M. Marc Spautz	Construction sur le site d'Esch-Belval des infrastructures destinées à accueillir l'Université
2271	M. Claude Meisch	Affaire «Bommeleeër» - Avis du Federal Bureau of Investigation (FBI)	2319	M. Roland Schreiner	Restitution des trop perçus sur les tarifs de maisons de soins et de Centres Intégrés pour Personnes Agées (CIPA)
2272	Mme Claudia Dall'Agnol	Assistance parentale	2320	M. Camille Gira et M. Henri Kox	Autorisations commodo-incommodo pour des modifications d'installations de biogaz
2273	M. Eugène Berger	Implantation d'une clinique de l'environnement	2321	Mme Anne Brasseur	Protestations des élèves du Lycée Technique pour Professions Éducatives et Sociales (LTPES)
2274	M. Paul-Henri Meyers	Mesures contre les inondations à la Maulusmühle	2326	M. Camille Gira	Qualité de l'air au Luxembourg
2275	M. Marco Schank	Études de musique aux Pays-Bas	2327	M. Marc Spautz	Système d'alerte de l'Administration des Services de Secours
2277	M. Marc Spautz	Délais d'attente pour réaliser un examen scanner et un examen IRM	2328	M. Roger Negri	Utilisation de trains pendulaires sur la ligne Bruxelles-Luxembourg
2278	M. Alex Bodry	Évolution des recettes de l'État pour 2008 sur base des nouvelles estimations concernant les recettes fiscales de l'année passée	2331	M. Claude Meisch	Examen-concours d'admission au stage pédagogique pour l'enseignement secondaire
2279	M. Alex Bodry	Subventions de l'État pour des projets énergétiques durables	2341	M. Xavier Bettel	Récriminations à l'égard d'un membre dirigeant d'un centre de formation de la Police grand-ducale
2281	Mme Nancy Arendt	Vaccins contre l'hépatite B	2342	M. Claude Adam	Création d'un lycée franco-luxembourgeois
2282	Mme Nancy Arendt	Pratiques douteuses d'adoption d'enfants	2347	Mme Christine Doerner	Capacité limitée du TGV Est-européen
2283	M. Ali Kaes	Taxe sur les véhicules automoteurs - tracteurs agricoles	2355	M. Marcel Oberweis	Production de biodiesel
2284	Mme Colette Flesch	10 ^e Sommet de la Grande Région et mise en place d'un réseau culture	2356	M. Marcel Oberweis	Nouvelle stratégie de lutte contre le changement climatique de la Commission européenne
2285 cf. 2287	Mme Colette Flesch	Mise en demeure par la Commission européenne du Luxembourg dans le domaine des télécommunications	2357	M. Laurent Mosar	Surveillance de l'indépendance du Kosovo
2286	Mme Colette Flesch	Concentration de pouvoir dans les mains d'un ministre chargé de la justice et de la police	2359	M. Laurent Mosar	Projet d'Union méditerranéenne
2287 cf. 2285	M. Félix Braz	Mise en demeure par la Commission européenne du Luxembourg dans le domaine des télécommunications	2360	M. Jean Huss	Administration préventive d'antibiotiques dans les élevages de bétail
2288	Mme Colette Flesch	Financement du «Luxembourg American Cultural Center» à Belgium (États-Unis)	2362	M. Laurent Mosar	Panneaux publicitaires et publicité en faveur de produits du tabac
2289	M. Laurent Mosar	Situation politique en Serbie	2365	Mme Marie-Josée Frank	Unité de sécurité pour mineurs à Dreibern
2290	M. Laurent Mosar	Entreprises dans la matière de la gestion des noms de domaines	2366	Mme Marie-Josée Frank	Introduction des innovations liées au projet de loi N°5584 relatif aux soins palliatifs et à l'accompagnement en fin de vie
2291	M. Laurent Mosar et Mme Martine Stein-Mergen	Étude d'un bureau de planification allemand sur le projet de tram léger pour la capitale	2368	M. Alexandre Krieps	Dysfonctionnements au sein d'une initiative sociale en faveur de l'emploi
2292	M. Fernand Etgen	Composition du comité-directeur du Fonds pour le Développement du Logement et de l'Habitat	2370	M. Laurent Mosar et M. Gilles Roth	Application de la nouvelle réglementation sur la performance énergétique des bâtiments d'habitation
			2375	M. Roger Negri	Fonds souverains
			2423 urgente	M. Félix Braz	Cas du retour forcé échoué d'une personne déboutée du droit d'asile
			2481 urgente	M. Eugène Berger	Éventuelle fusion de la Cegedel S.A. avec la Soteg S.A. et la Saar Ferngas AG



**Chambre
des Députés**
L U X E M B O U R G

d'Chamber live
Chamber TV
och an der Rediffusioun
all Sëtzungsdag
vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op
www.chd.lu
mat de Rubriken

- Composition & Organisation
- Séances publiques & Commissions
- Hôtel de la Chambre
- Portail documentaire
- Web TV live

Question 2178 (14.12.2007) de **M. Ali Kaes (CSV)** concernant l'étude sur l'adaptation de la législation concernant la retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière:

Lors du vote de la loi du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière, une motion a été adoptée par la Chambre des Députés invitant le Gouvernement:

<- à procéder à un examen approfondi de la situation des revenus de capitaux des contribuables résidents, actuellement soumis à l'impôt sur le revenu par voie d'assiette, en vue d'étendre la retenue à la source libératoire à ces revenus;

- à évaluer les effets de la loi à la fin de l'exercice fiscal 2006;

- à analyser si le montant de l'abattement de 250 euros fixé par la loi suffit à libérer effectivement les petits épargnants de la retenue à la source;

- à présenter, le cas échéant, des amendements au vu des conclusions de cet examen.»

En mai 2007, Monsieur le Ministre des Finances avait annoncé qu'il était prévu d'étudier la question d'une éventuelle adaptation de la législation en question dans le cadre de l'examen de la fiscalité des personnes physiques tel qu'annoncé dans la Déclaration du Gouvernement sur la situation économique, sociale et financière du 9 mai 2007.

- Dans ce contexte j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre des Finances quelles ont été les conclusions de cet examen concernant la loi du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière.

Réponse (2.4.2008) de **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre des Finances:**

D'après l'analyse du Gouvernement, le système mis en place en 2006 fonctionne bien et a conduit à

une imposition juste, raisonnable et efficace des intérêts de l'épargne.

En 2006, le produit de la retenue nationale sur les revenus de l'épargne se chiffrait à 19.656.692 euros (période de référence = six mois).

En 2007, le produit de la retenue nationale sur les revenus de l'épargne se chiffrait à 51.777.512 euros (période de référence = douze mois).

Les intérêts sur les dépôts d'épargne et qui ne dépassent pas le montant de 250 euros par personne et par agent payeur sont dispensés de la retenue à la source libératoire.

Par conséquent, avec les taux actuellement pratiqués, l'épargnant qui dispose de moins de 8.000 euros ne paie pas l'impôt retenu à la source.

Tout en estimant que ce seuil est favorable au petit épargnant, le Gouvernement examinera dans le cadre des travaux budgétaires et fiscaux de fin d'année s'il y a lieu ou non d'adapter ce seuil.

Question 2182 (18.12.2007) de **M. Robert Mehlen (ADR)** concernant les achats par l'État de biens immobiliers de la Cepal (Société de gestion du patrimoine de la centrale paysanne):

D'Antwort vun der Regierung op meng parlamentaresch Fro N°1904 vum 7. August (cf. *compte rendu N°1/2007-2008*), betreffend de Kaf vu verschidde Immobilien vum der Baurentzentrals-Gesellschaft Cepal S.A. duerch de Stat, huet déi zwou lescht Froen onbeantwortet gelooss. Duerfir bieden ech lech dès Froen un den Här Budgets- an Tresorsminister weiderzeleeden:

1. Wéi héich ass aktuell de ganze Betrag, deen de Lëtzebuurger Stat an d'Gesellschaft Cepal bezuelt huet?
2. Ass beim Bezuelen drop opgepasst ginn, fir déi héich Réckstänn vun der Cepal respektiv hire Gesellschafte bei der «Sécurité sociale» prioritär ze begläichen? A wann net: Wéi sou?

Réponse (18.3.2008) de **M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget:**

Wéi an der Äntwert vum 7. August 2007 schonns gesot, huet de Lëtzebuurger Stat verschidde Terrainen zu Miersch vun der Cepal ofkaaft. Sou ass den 7.12.2005 eng Hal mat Terraine kaaft gi fir d'Beisoin vum Service central des Imprimés de l'État fir 1.100.000 Euro.

Fir de Bau vu Schoulen am Zentrum vum Land huet de Stat den 15.5.2006 7 ha bei der Gare kaaft fir 4.950.000 Euro. Den 30.3.2007 goufen an deemselwechte Kontext zwee Gebaier an Terraine kaaft fir 1.000.000 Euro.

Do dernieft huet d'Cepal dem Stat Terraine verkaaft den 28.12.2005 zu Dikrech, Bissen, Colmar-Bierg an de Kuelbicherhaff fir am ganze 4.000.000 Euro.

Nom Bezele vu deene Créancierien, déi eng Hypothék age droen haten, huet de Stat der Cepal am Zesummenhang mat deene verschidde Kafakten am ganzen 3.678.518 Euro iwwerwisen.

Question 2188 (20.12.2007) de **M. Marcel Oberweis (CSV)** concernant l'accord entre la Belgique et le Luxembourg en matière de transport d'urgence transfrontalier:

D'après le bulletin du Parlement Benelux, les interventions transfrontalières des ambulanciers luxembourgeois sur le territoire belge sont rares, mais elles existent.

Le 4 décembre 2004, le Parlement Benelux avait adopté une recommandation invitant les gouvernements des trois pays à signer un projet de convention relative au transport transfrontalier en ambulance.

Entre-temps la France et la Belgique ont signé un accord en la matière.

Au vu de ce qui précède j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire et à Monsieur le Ministre de la Santé:

- Où en est la convention relative au transport transfrontalier en ambulance?

Réponse commune (26.3.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Amé-**

nagement du Territoire et de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

Comme souligné par l'honorable Député Marcel Oberweis, le transport urgent transfrontalier en ambulance entre la Belgique et le Luxembourg est rarissime et ces transports ont dans le passé toujours été organisés de façon pragmatique et ils n'ont jamais donné lieu à quelque difficulté administrative. Ceci n'est pas le cas pour les transports urgents transfrontaliers entre la Belgique, la France et les Pays-Bas.

Pour cette raison, le Luxembourg n'est pas partie demanderesse pour l'élaboration d'une convention entre les deux pays, qui constitue un outil lourd, complexe et contraignant pour fixer un cadre administratif afin de gérer des questions pratiques entre nos deux pays qui en réalité ne posent pas de problèmes. Cependant, pour être en ligne avec la politique poursuivie dans ce domaine par la Belgique, il a été convenu de trouver une forme d'accord de coopération moins lourde. À cet effet, un projet de texte a été élaboré par les autorités compétentes belge et luxembourgeoise concernées qui vient d'être soumis aux services juridiques respectifs pour avis.

Question 2205 (8.1.2008) de **Mme Colette Flesch (DP)** concernant l'utilisation des numéros d'identité des personnes physiques et morales:

Le 28 décembre 2007 a été publié au Mémorial le règlement grand-ducal du 18 décembre 2007 complétant le règlement grand-ducal modifié du 7 juin 1979 déterminant les actes, documents et fichiers autorisés à utiliser le numéro d'identité des personnes physiques et morales.

- Le Ministre peut-il fournir une liste complète des actes, documents et fichiers autorisés à utiliser les numéros d'identité des personnes physiques et morales?

- Le Ministre peut-il indiquer pour chacun de ces documents quelles sont les institutions et personnes autorisées à les consulter? Exist-il des interconnexions entre ces fichiers? Si oui, lesquelles?

- Le Ministre peut-il donner toutes assurances que dans ce contexte toutes les mesures législatives et réglementaires en matière de protection des données personnelles sont respectées?

Réponse (18.3.2008) de **M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative:**

Dans son courrier du 8 janvier 2008, Madame la Députée Colette Flesch désire connaître, d'une part, les actes, documents et fichiers autorisés à utiliser le numéro d'identité des personnes et, d'autre part, les institutions et personnes qui sont autorisées à consulter ces documents. L'honorable Députée voudrait également savoir s'il existe des interconnexions entre ces fichiers et si toutes les mesures législatives et réglementaires en matière de protection des données sont respectées.

En réponse, je voudrais tout d'abord renvoyer à ma réponse aux questions parlementaires N°1127 et N°1128 (cf. *compte rendu N°1/2006-2007*) posées par l'honorable Députée en date du 20 juin 2006.

À la liste des fichiers autorisés à utiliser le numéro d'identité, telle qu'indiquée dans ma réponse précitée, viennent encore s'ajouter sur base d'un règlement grand-ducal du 18 décembre 2007, d'une part, les fichiers du Service de la Formation professionnelle du Ministère

de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle concernant la formation professionnelle continue organisée par les entreprises et ceux concernant les particuliers demandant un congé individuel de formation et, d'autre part, les fichiers du Service national de la Jeunesse concernant les particuliers demandant un congé-jeunesse.

En ce qui concerne la question de l'honorable Députée au sujet des institutions et personnes autorisées à consulter les documents pouvant utiliser le numéro d'identité, je voudrais relever que ces documents ne relèvent pas directement de la responsabilité du Centre informatique de l'État. Dans ce contexte ce dernier n'est que le sous-traitant au sens de la loi modifiée du 2 août 2002 relative à la protection des personnes à l'égard du traitement des données à caractère personnel, c'est-à-dire qu'il traite des données pour le compte des responsables du traitement. Le Centre informatique de l'État n'a la qualité de responsable du traitement qu'en ce qui concerne le répertoire général des personnes auquel les administrations et services peuvent recourir afin de disposer de certaines données des personnes physiques et morales.

Je ne peux qu'indiquer la liste des administrations et services publics disposant pour certains de leurs agents d'un accès au répertoire des personnes. À côté des départements ministériels, il s'agit des administrations, services et personnes suivants:

- Administration de l'Emploi
- Administration de l'Enregistrement et des Domaines
- Administration de l'Environnement
- Administration de la Gestion de l'Eau
- Administration des Contributions directes
- Administration des Douanes et Accises
- Administration des Ponts et Chaussées
- Administration des Services techniques de l'Agriculture
- Administration du Cadastre et de la Topographie
- Administration du Personnel de l'État
- Administration judiciaire
- Administration pénitentiaire
- Administrations communales
- Armée
- Banque et Caisse d'Épargne de l'État
- Caisse nationale des Prestations familiales
- Centre commun de la Sécurité sociale
- Centre de Documentation et d'Information sur l'Enseignement supérieur
- Centre hospitalier neuropsychiatrique
- Centre informatique de l'État
- Chambre de Commerce
- Commissariat du Gouvernement aux Étrangers
- Commissariats de district
- Conseil arbitral des Assurances sociales
- Cour des Comptes
- Direction de la Santé
- Direction du Contrôle financier
- École supérieure du Travail
- Éducation différenciée
- Entreprise des Postes et Télécommunications
- Fonds du Logement
- Fonds national de Solidarité
- Huissiers de Justice
- Inspection du Travail et des Mines

- Inspection générale des Finances
- Institut national d'Administration publique
- Institut viti-vinicole
- Juridictions de l'ordre administratif
- Laboratoire national de Santé
- Maisons d'Enfants de l'État
- Notaires
- Office national du Remembrement
- Police grand-ducale
- Registre de Commerce
- SIGI
- Secrétariat du Médiateur
- Service central de Législation
- Service central des Imprimés et Fournitures de Bureau de l'État
- Service d'Économie rurale
- Service de la Formation professionnelle
- Service de Renseignement
- Service des Sites et Monuments
- Service médico-sportif
- Service national d'Action sociale
- Service national de la Jeunesse
- Service national de la Sécurité dans la Fonction publique
- Société nationale de contrôle technique
- Statec
- Trésorerie de l'État

Ensuite, en ce qui concerne le respect des dispositions relatives à la protection des données, il y a lieu de relever que les accès au répertoire sont accordés à titre individuel et qu'une trace est gardée pour chaque utilisation.

Finalement, je voudrais encore ajouter que l'introduction de l'utilisation de certificats électroniques entraînera une adaptation de la procédure de gestion des autorisations d'accès et donc une plus grande transparence et une protection des données encore plus rigoureuse. En outre, la mise en œuvre de la réforme à venir sur l'identification numérique des personnes physiques et morales permettra notamment d'affiner davantage l'étendue des autorisations d'accès au répertoire.

Question 2240 (17.1.2008) de **M. Alex Bodry** (LSAP) concernant l'octroi de subventions pour la construction ou l'acquisition d'un logement à des fins d'habitation personnelle:

Par l'arrêt C-152/05 de la Cour de Justice des Communautés européennes du 17 janvier 2008, la République fédérale d'Allemagne a été condamnée pour avoir manqué à ses obligations en relation avec l'octroi des subventions pour la construction ou l'acquisition d'un logement à des fins d'habitation personnelle.

En effet, la législation allemande a réservé ces subventions aux demandeurs assujettis à l'impôt sur le revenu en Allemagne et dont le logement se situe sur le territoire de l'Allemagne. La Cour a condamné ces dispositions avec les arguments suivants: «(...) l'ensemble des dispositions du traité relatives à la libre circulation des personnes visent à faciliter, pour les ressortissants communautaires, l'exercice d'activités professionnelles de toute nature sur l'ensemble du territoire de la Communauté européenne et s'opposent aux mesures qui pourraient défavoriser ces ressortissants lorsqu'ils souhaitent exercer une activité économique sur le territoire d'un autre État membre (...)» ou encore: «Il s'ensuit que, en réservant le bénéfice de la subvention à la pro-

priété immobilière aux personnes intégralement assujetties à l'impôt sur le revenu en Allemagne à la condition que le logement construit ou acquis à des fins d'habitation personnelle soit situé sur le territoire allemand, l'article 2, paragraphe 1, première phrase, de l'EigZulG (Eigenheimzulage) est susceptible d'entraver la libre circulation des travailleurs et la liberté d'établissement (...)».

- Considérant que la législation luxembourgeoise des subventions et aides étatiques au logement prévoit des dispositions semblables à celles de l'Allemagne, j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre quelles seront les conséquences de cette jurisprudence sur le Luxembourg?

- Est-ce que Monsieur le Ministre dispose de chiffres renseignant sur le nombre de bénéficiaires susceptibles de tomber sous le champ d'application de cette jurisprudence?

- Est-ce qu'une adaptation de la législation s'impose dans l'immédiat et, dans l'affirmative, en quoi consistera-t-elle?

- Quelles seront alors les répercussions financières pour le budget de l'État?

Réponse (26.3.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

Le Ministre du Logement estime que l'arrêt C-152/05 de la Cour de Justice des Communautés européennes du 17 janvier 2008 n'a pas d'incidence directe sur la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement alors que l'arrêt de la Cour se réfère à une situation très spécifique, à savoir celle de la loi fiscale allemande en cause dont une disposition était destinée à encourager uniquement la construction de logements sur le territoire de l'Allemagne par des personnes intégralement assujetties à l'impôt sur le revenu en Allemagne.

Le système d'aides prévu par la loi précitée encourage l'accession à la propriété d'un logement et a, par conséquent, une finalité différente de sorte que l'arrêt en question n'est pas de nature à nécessiter une modification législative au Grand-Duché.

Question 2249 (22.1.2008) de **M. Jacques-Yves Henckes** (ADR) concernant les **logements sociaux**:

Dans le cadre de l'application de la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement il me semble que notamment le Fonds du Logement est d'une rare efficacité dans la construction de logements sociaux et leur mise en vente ou en location. Par ailleurs le Gouvernement empêche les promoteurs privés d'agir au niveau de la construction de logement sociaux en ne publiant pas le règlement d'exécution prévu par la loi.

1. À combien d'ares s'élève la réserve de terrains par commune tant du Fonds du Logement que de la S.N.H.B.M., viabilisés et non viabilisés, à l'intérieur et à l'extérieur des périmètres?

2. Alors que l'on estime nécessaire la construction de 300 logements sociaux par an, je voudrais savoir quel est le nombre de logements sociaux destinés à la vente dont la construction a été achevée durant l'année 2007 et qui ont été vendus durant la même année? Quel est le nombre de logements sociaux destinés à la location dont la construction a été achevée durant l'année 2007 et qui ont été mis en location par le Fonds du Logement?

3. L'État est autorisé en vertu de la même loi à favoriser par des participations financières l'initiative de

promoteurs publics ou privés en vue de l'acquisition et de l'aménagement de terrains à bâtir ainsi que de la construction de logements à coût modéré destinés à la vente ou à la location.

Les critères de définition des promoteurs privés au sens de la loi auraient dus être précisés par voie de règlement grand-ducal.

Le règlement grand-ducal spécifique fait défaut. Aussi je voudrais connaître les conditions précises selon lesquelles un promoteur privé peut recevoir une participation de l'État:

- pour la construction de logements sociaux destinés à la vente;

- pour la construction de logements sociaux destinés à la location.

Je vous demande de bien vouloir énumérer toutes les dispositions afférentes.

Réponse (27.3.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

En effet, l'État est autorisé à favoriser par des participations financières les initiatives de promoteurs publics ou privés en vue de l'acquisition et de l'aménagement de terrains à bâtir ainsi que de la construction de logements à coût

modéré.

Sont considérés comme promoteurs publics au sens de la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement: les communes ou syndicats de communes, les sociétés fondées sur base de la loi du 29 mai 1906 sur les habitations à bon marché (S.N.H.B.M.) et le Fonds pour le développement du logement et de l'habitat.

Le règlement grand-ducal modifié du 30 octobre 1987 arrétant un complément au programme de construction d'ensembles de logements sociaux ainsi que les participations financières de l'État arrêtés par règlement grand-ducal du 8 août 1985 définit, dans son article 4, les conditions selon lesquelles un promoteur privé projetant de réaliser des logements sociaux peut recevoir des aides étatiques en disposant ce qui suit: «Construction par la société de construction immobilière Socimmo S.A. de 54 logements destinés à la vente à Lorentzweiler, sous la condition que les subsides octroyés dans le cadre de la loi modifiée du 25 février 1979 soient intégralement décomptés au bénéfice des acquéreurs. Le promoteur devra en justifier à Notre ministre du logement et de l'urbanisme».

L'article 17 de la loi précitée dis-

pose que les participations de l'État ne sont accordées que si les conditions suivantes sont réunies:

«1) les projets de construction doivent pouvoir être réalisés dans le cadre d'un projet d'aménagement au sens de la législation concernant l'aménagement des villes et autres agglomérations importantes ou d'un plan d'aménagement au sens de la législation concernant l'aménagement du territoire;

2) les projets doivent comprendre au moins dix pour cent de logements locatifs, sauf dispense prévue au programme annuel ou pluriannuel visé à l'article 19;

3) la proportion des acquéreurs répondant aux conditions d'octroi des primes de construction ou d'acquisition doit être supérieure ou égale à soixante pour cent du total des acquéreurs;

4) des normes minimales d'isolation thermique doivent être respectées.»

En vertu de l'article 18 de la loi précitée, le Ministre du Logement peut fixer des prix plafonds pour l'aménagement des terrains et la construction de logements susceptibles de bénéficier des participations de l'État.

Ci-après les données fournies par les deux promoteurs publics:

a) les réserves foncières de la Société nationale des Habitations à Bon Marché:

Commune	Viabilisé	Non-viabilisé	Dans périmètre	Hors périmètre	Total
Luxembourg		1.560	1.560		1.560
Betzdorf		250		250	250
Sanem		190	190		190
Schuttrange		1.740		1.740	1.740
Contern		490	150	340	490
Bascharage		390		390	390
Kehlen		1.900		1.900	1.900
Lac de la Haute-Sûre		180	180		180
Total ares		6.700	2.080	4.620	6.700

b) les réserves foncières du Fonds du Logement:

Commune	Viabilisé	Non-viabilisé	Dans périmètre	Hors périmètre	Total
Luxembourg		815	815		815
Esch/Alzette		325	325		325
Dudelange		3400	3400		3400
Differdange		197	197		197
Steinfort		450	Dossier en cours pour 450		450
Echternach		1231	1231		1231
Feulen		25% de 350	25% de 350		87,5
Kayl		157	Dossier en cours pour 157		157
Total ares		6.662,5	6.662,5		6.662,5

Pour ce qui est de la construction de logements par les promoteurs publics en 2007, il y a lieu de constater que la S.N.H.B.M. a achevé 154 logements destinés à la vente, et que le Fonds du Logement a achevé 82 logements destinés à la location et 39 unités destinées à la vente. S'ajoutent à cette production les projets émanant des communes, des a.s.b.l., etc, de sorte que le seuil de 300 unités, mentionné par l'honorable Député Jacques-Yves Henckes, est dépassé.

Question 2250 (22.1.2008) de **M. Jacques-Yves Henckes** (ADR) concernant les **procédures Plan d'Aménagement Général (PAG) et Plan d'Aménagement Particulier (PAP)**:

Une des raisons majeures pour le coût élevé des terrains à bâtir et partant des logements résulte des lenteurs administratives inhérentes au respect des procédures mul-

tiples en matière d'agrément de PAP (Plans d'Aménagement Particuliers), surtout ceux d'une certaine importance.

Dans ce contexte je voudrais vous poser les questions suivantes:

1. Quel est le délai moyen d'approbation d'un Plan d'Aménagement Particulier respectivement

d'un Plan d'Aménagement Général? Combien de PAP et combien de PAG ont été approuvés depuis l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur l'aménagement communal?

2. De combien de demande de PAP le Ministre est-il saisi pour l'instant et quel est le nombre de logements y prévus?

3. Combien de fois par semaine la commission d'aménagement se réunit-elle?

4. De combien de fonctionnaires le Ministre de l'Intérieur dispose-t-il pour l'assister à émettre son avis suivant l'article 2 de la loi du 19 juillet 2004? Est-il envisagé de nouveaux engagements de personnel pour accélérer les procédures?

5. La loi prévoit qu'un avis doit être demandé à l'Administration de l'Environnement ce qui est une bonne chose en soi. Or la loi ne prévoit pas de délai dans lequel l'Administration doit répondre de sorte que celle-ci de plus en plus souvent ne réagit qu'une fois le PAP définitivement approuvé et remet ainsi en cause toute une procédure déjà très longue et allonge les délais d'approbation du PAP et partant les coûts du terrain à bâtir (exemples: PAP à Luxembourg-Belair et Luxembourg-Dommeldange). N'estimez-vous pas que l'Administration de l'Environnement devrait émettre son avis obligatoirement durant un délai à fixer impérativement dans la loi et si oui entendez-vous proposer une modification législative afférente?

Réponse (27.2.2008) de M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

1. Les procédures d'approbation du Plan d'Aménagement Général (PAG) et du Plan d'Aménagement Particulier (PAP) sont régies par les dispositions des articles 10 à 18 respectivement 30 de la loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain. Cette loi a introduit des délais précis pour chaque étape de la procédure afin de garantir le traitement des dossiers dans un délai raisonnable.

La durée maximale d'une procédure PAG est par conséquent fixée à 30 mois, celle d'un PAP à 24 mois. S'il n'y a pas de réclamations introduites auprès de la commune après le vote provisoire du conseil communal, il est renoncé au second vote et à la deuxième publication. Ainsi la durée de la procédure d'adoption pourra être raccourcie à quelque six mois. Il n'en reste pas moins que les procédures d'adoption des différents instruments de planification continuent à être assez lourdes. Conscient de ce problème, le Ministre de l'Intérieur est actuellement en train d'élaborer un avant-projet de loi visant notamment la simplification administrative des procédures prévues par la loi de 2004. Ce projet sera soumis sous peu au Gouvernement en Conseil.

Depuis l'entrée en vigueur de la loi du 19 juillet 2004 et jusqu'au 31 décembre 2007 le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire a approuvé 28 PAG, dont un seul ayant fait l'objet d'une refonte complète d'après les dispositions de la nouvelle loi, 199 modifications ponctuelles de PAG ainsi que 662 PAP.

2. Actuellement, le Ministre de l'Intérieur est saisi de 169 dossiers qui lui sont soumis pour avis en application de l'article 30 de la loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain. Il n'y a toutefois que 54 dossiers qui sont complets et peuvent être avisés. Ces 54 dossiers prévoient quelque 700 logements.

3. La commission d'aménagement se réunit en principe deux fois par semaine pour analyser les PAG et les modifications des PAG lui soumis par les communes.

4. Actuellement la Direction de l'Aménagement communal et du Développement urbain dispose d'une équipe de trois agents, dont un architecte urbaniste, un ingénieur industriel et un rédacteur pour assister le Ministre dans la rédaction des avis au sujet des PAP lui soumis. Pour l'année budgétaire en cours, trois agents supplémentaires de la carrière supérieure, dont un urbaniste ont été attribués à la même Direction.

5. Il y a d'abord lieu de préciser que l'article 5 de la loi du 19 janvier 2004 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles dispose que toute modification de la délimitation de la zone verte découlant d'une délibération du conseil communal est soumise à l'approbation du Ministre de l'Environnement qui doit statuer dans les trois mois suivant la réception du dossier. La loi prévoit dès lors d'ores et déjà un délai clair et précis endéans lequel le Ministre de l'Environnement doit rendre sa décision. Il ne s'agit toutefois que de modifications de la délimitation de la zone verte découlant d'un Plan d'Aménagement Général (PAG). Comme le PAG doit être conforme aux dispositions du PAG, il n'est plus nécessaire de le soumettre au Ministre de l'Environnement pour approbation. Le délai d'approbation de trois mois dont dispose le Ministre de l'Environnement est à respecter strictement. Cette obligation a d'ailleurs été rappelée par le Tribunal administratif, dans son jugement du 21 janvier 2008, N°22318 du rôle. Les juges ont en effet annulé une décision du Ministre de l'Environnement pour violation de la loi, au motif que cette décision a été prise en dehors du délai légal. Il est dès lors évident, tant de part les dispositions légales en vigueur que d'après la dernière jurisprudence en date que le Ministre de l'Environnement doit respecter les délais lui impartis par la loi.

Question 2251 (22.1.2008) de M. Félix Braz (DÉI GRÉNG) concernant le **Conseil National pour Étrangers (CNE):**

Le nouveau mandat du Conseil National pour Étrangers a connu un départ quelque peu difficile. Les délégués étrangers ont été élus le 3 juillet 2007.

J'aimerais savoir de la part de Madame la Ministre:

- Comment expliquer que la nouvelle plénière n'ait pu se réunir qu'en octobre?

- Quand est-ce que les instances luxembourgeoises appelées à siéger au CNE ont été saisies par votre ministère?

- À quelles dates ont-elles respectivement fait part de leurs nominations?

- Le Conseil s'est apparemment réuni en octobre pour se constituer. Il appert que les nominations n'ont été effectuées par arrêté ministériel que le 28 novembre 2007. Il se pose, dès lors, la question de la légalité de la réunion constituante? Ces tergiversations ne sont-elles pas en opposition flagrante avec la volonté de renouvellement du même organe à travers le projet de loi 5825 concernant l'accueil et l'intégration des étrangers au Grand-Duché de Luxembourg?

Réponse (18.3.2008) de Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration:

La réunion constituante du Conseil National pour Étrangers (CNE) s'est effectivement tenue le 27 octobre dernier.

Cela n'a rien d'extraordinaire alors que la réunion constituante pour les mandats précédents a eu lieu respectivement le 24 novembre 2004 et celle du mandat après les élections de 2001, le 13 novembre 2001.

Les instances luxembourgeoises appelées à siéger au sein du CNE à savoir le Syvicol, les associations syndicales et patronales ont été invitées à désigner leurs membres par courrier daté au 27 août 2007.

Les lettres de nomination sont parvenues au secrétariat à partir du 5 septembre jusqu'au 25 octobre 2007.

Pour ce qui est des membres du Comité interministériel, ceux-ci, après avoir été désignés en interne lors de la réunion du Comité interministériel du 12 juillet 2007, ont été invités à saisir leurs ministères respectifs aux fins de confirmation écrite de leur désignation orale. La dernière réponse date du 26 novembre 2007.

N'ayant pas voulu retarder davantage les débuts des travaux du Conseil et ayant eu les noms des représentants respectifs par téléphone, la convocation pour la constituante a été lancée. L'arrêté ministériel n'était qu'un entérinement des décisions prises pour lequel cependant le Ministère a préféré attendre toutes les confirmations écrites, la dernière en date étant celle du 26 novembre 2007.

Toutes les désignations respectives annoncées oralement ont été bien évidemment confirmées par écrit par les ministères et organismes respectifs.

Question 2254 (22.1.2008) de M. Félix Braz (DÉI GRÉNG) concernant la **transposition de la directive 2004/38/CE concernant le droit des citoyens de l'Union et des membres de leur famille de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres:**

L'Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés a déposé une plainte auprès de la Commission européenne contre le Gouvernement luxembourgeois pour transposition incorrecte et lacunaire par le biais du règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 de la directive 2004/38/CE concernant le droit des citoyens de l'Union et des membres de leur famille de circuler et de séjourner librement sur le territoire des États membres, directive pour laquelle le Luxembourg avait déjà été condamné par la Cour de Justice des Communautés européennes pour non-transposition.

- Comment faut-il interpréter l'article 3 (2) du règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 qui stipule que «Les demandes des enfants en dessous de l'âge de dix ans sont introduites par leur représentant légal», quid pour les mineurs âgés de 10 à 18 ans?

- La Cour de Justice des Communautés européennes s'est-elle déjà prononcée dans le cadre du recours de la Commission européenne pour non-transposition dans les délais prescrits? Cette même Cour ne risque-t-elle pas d'être saisie une deuxième fois pour transposition non conforme de la directive?

- Sachant que pour le Luxembourg les condamnations pour non-transposition de directives européennes en matière de droits des citoyens, d'immigration ou de lutte contre les discriminations sont légion et que d'autres condamnations en la matière sont en route, ne serait-il pas grand temps que le Gouvernement accorde enfin à ces thèmes l'importance qui leur est due?

Réponse (10.3.2008) de M. Nicolas Schmit, Ministre dé-

légué aux Affaires étrangères et à l'Immigration:

1. La plainte à laquelle l'honorable Député se réfère résulte pour le moins d'un malentendu si ce n'est d'une mauvaise interprétation du règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 qui n'a pas eu pour objet de transposer la directive 2004/38/CE. Ce règlement a principalement aboli les cartes de séjour pour les citoyens européens conformément à l'engagement politique que j'avais pris en cette matière. La transposition intégrale de la directive en question se fera par le projet de loi sur la libre circulation et l'immigration qui a été déposé à la Chambre des Députés en octobre dernier.

2. La dernière phrase du paragraphe (2) de l'article 3 du «Règlement grand-ducal modifié du 28 mars 1972 relatif aux conditions d'entrée et de séjour de certaines catégories d'étrangers faisant l'objet de conventions internationales» veut dire tout simplement que la présence physique des enfants en dessous de l'âge de dix ans n'est pas requise lors de la déclaration d'enregistrement. Il est tout aussi clair que la déclaration d'enregistrement doit être signée par le représentant légal jusqu'à l'âge de la majorité de l'enfant.

3. Il est vrai que le Luxembourg a été condamné pour manquement, vu la non-transposition des directives 2003/109/CE, 2003/86/CE et 2004/38/CE. Ces trois directives vont être intégralement et correctement transposées pour le projet de loi précité. Une nouvelle saisine de la Cour par la Commission est donc très improbable.

4. Il n'est pas exact de prétendre, comme le fait l'honorable Député, que «les condamnations pour non-transposition de directives européennes en matière de droits des citoyens, d'immigration ou de lutte contre les discriminations sont légions». La seule procédure en cours devant la Cour de Justice concernant une directive non transposée dans ce domaine porte sur la directive 2002/73/CE modifiant la directive 76/207/CEE relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre hommes et femmes en ce qui concerne l'accès à l'emploi, à la formation et à la promotion professionnelles, et les conditions de travail. Or, le projet de loi visant transposition de cette directive a été déposé le 1^{er} mars 2007 à la Chambre des Députés par le Ministre concerné.

Question 2256 (22.1.2008) de M. Romain Schneider (LSAP) concernant la **rénovation de l'Hôtel Midi à Diekirch:**

Au cours de l'année 2004, la ville de Diekirch avait entrepris des démarches auprès de plusieurs ministères afin que le bâtiment de l'ancien Hôtel Midi sis à Diekirch, propriété de l'État, soit transformé en bureaux pour les administrations de l'État. Un accord fut trouvé selon lequel l'Administration de la Gestion de l'Eau et le Commissariat de District de Diekirch seraient installés dans le bâtiment en question.

Or, à l'heure actuelle, les rénovations n'ont toujours pas débuté et le bâtiment qui se trouve dans un état de plus en plus délabré ne donne pas une bonne image à l'entrée de la ville de Diekirch.

D'après mes informations, l'Administration des Bâtiments Publics de Diekirch a été chargée de réaliser les plans concernant les travaux de transformation à effectuer.

Dans ce contexte j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre:

- Quel est l'état d'avancement de ces planifications?

- Étant donné qu'il y a une pénurie de bureaux dans la capitale du

district Nord pour les services de l'État cités ci-dessus, quand est-ce que le début des travaux du bâtiment susmentionné est-il prévu?

- À partir de quelle date lesdits services peuvent-ils fonctionner dans le bâtiment rénové?

- Dans le cadre du concept «Nordstad», une décentralisation des services de l'État est prévue. Monsieur le Ministre n'est-il pas d'avis que la politique volontariste du Gouvernement dans ce domaine serait soulignée par la rénovation de l'Hôtel Midi à Diekirch dans les délais les plus proches?

Réponse (11.4.2008) de M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics:

Les immeubles 83 et 85 avenue de la Gare à Diekirch, anciennement l'Hôtel du Midi, ont été acquis en début 2000 par l'État et, ce pour les besoins de l'internat du Lycée technique hôtelier Alexis Heck. Étant donné qu'une mise en conformité aux normes de la sécurité dans la Fonction publique était nécessaire, un projet de remise en état complète a été entamé début 2002.

En parallèle à ces études, le Ministère de l'Éducation nationale a entamé la recherche d'autres localités pour les besoins en internat du Lycée technique hôtelier Alexis Heck, ce qui a mené à l'acquisition de l'Hôtel Star à Diekirch et l'abandon du projet de remise en état de l'Hôtel du Midi pour les besoins du MEN.

Vu le manque de surfaces administratives dans la Ville de Diekirch et le fait que l'Hôtel du Midi n'avait plus d'affectation, il a été décidé en 2006 de transformer les immeubles pour les besoins de l'Administration de la gestion de l'eau et le Commissariat de District.

Les études de faisabilité de cette transformation ont pourtant rapidement révélé deux problèmes majeurs.

L'étude statique de l'immeuble a fait ressortir que la structure portante en béton du bâtiment est dans un mauvais état, de sorte que les poutres, colonnes et dalles doivent être remplacées lors de la transformation pour pouvoir garantir les charges prises en compte pour un bâtiment administratif. Les travaux y relatifs sont d'une grande envergure et leur coût est comparable au coût de la partie gros œuvre d'une nouvelle construction, y compris la démolition de l'existant.

D'autre part, le sous-sol du bâtiment existant ne peut pas être pris en considération dans le programme, étant donné qu'il est susceptible d'être inondé et que la mise en œuvre d'une étanchéité serait très problématique, voire même irréalisable. Ce fait spécifique conditionnerait la mise en place des fonctions secondaires, comme les locaux techniques et les grandes surfaces d'archivages demandées, dans les pièces situées à la lumière de jour et pouvant normalement servir de bureaux.

Il en résulte qu'une annexe devrait être construite afin de garantir l'espace nécessaire pour y loger les deux administrations évoquées dans la question parlementaire.

L'on doit en conclure que, si la transformation de l'immeuble est certes toujours possible, la relation entre le prix de construction et la qualité qu'il sera possible d'atteindre soulève cependant un grand nombre d'interrogations.

Au vu de cette situation, les services compétents de l'État sont actuellement à la recherche d'une solution définitive. Une réunion de travail y relative est prévue encore pour le courant du mois d'avril.

Question 2259 (24.1.2008) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant la **liaison ferroviaire à grande vitesse Bruxelles-Strasbourg via Paris destinée aux députés du Parlement européen et aux fonctionnaires communautaires:**

Dans l'édition du 17 janvier 2008, le journal belge «Le Soir» fait part de négociations belgo-françaises en cours au sujet de la mise en place d'une liaison ferroviaire à grande vitesse destinée notamment aux députés du Parlement européen et aux fonctionnaires communautaires. En effet, cette liaison raccorderait Bruxelles et Strasbourg via Paris en trois heures et demie.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre est-il au courant de ces négociations?

- Monsieur le Ministre ne pense-t-il pas que pareil projet va à l'encontre des intérêts luxembourgeois en matière de politique de siège d'institutions européennes à Luxembourg?

- L'existence d'une liaison ferroviaire confortable ne risque-t-elle pas d'hypothéquer les chances de réalisation du projet Eurocap-Rail prévoyant l'établissement d'une relation ferroviaire à grande vitesse entre Bruxelles, Luxembourg et Strasbourg?

- Les accords signés en la matière avec les autorités belges et françaises autorisent-ils nos partenaires à mettre en place une liaison ferroviaire contournant notre pays?

- Quelles sont, dans l'hypothèse où le Gouvernement luxembourgeois peut confirmer les dires de la presse belge, les initiatives prises en la matière par Monsieur le Ministre des Transports, par Monsieur le Ministre des Affaires étrangères ainsi que par Monsieur le Premier Ministre?

Réponse (27.2.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports:*

D'après les articles parus dans la presse indigène et étrangère, Paris serait en effet en train de négocier la mise en place d'une liaison ferroviaire à grande vitesse pour permettre aux eurodéputés de faire en 3 heures 30 minutes la navette entre Bruxelles et Strasbourg. Le principe aurait été acté et la France souhaiterait lancer cette liaison à partir de juillet où elle prend la présidence tournante de l'Union européenne. La rame serait affrétée par le Parlement européen et serait a priori réservée aux fonctionnaires européens et aux eurodéputés. Ce train spécial fonctionnerait les premiers et derniers jours (lundi et jeudi) des semaines de session plénière du Parlement, au nombre de douze par an et ne correspondrait donc pas à une offre journalière et régulière.

Le projet Eurocap-Rail est un projet indépendant et complémentaire reliant les trois capitales Bruxelles, Luxembourg et Strasbourg. Bien que, en attendant la fin des travaux entre Bruxelles et Luxembourg prévue pour 2013, le temps de parcours soit encore perfectible, nous disposons quand même d'une cadence horaire en trafic international (trafic IC) entre Bruxelles et Luxembourg qui n'est pas négligeable. De même nous disposons de quatre allers-retours journaliers entre Luxembourg et Strasbourg sans rupture de charge.

Dès la mise en service de la seconde phase du TGV Est-européen, la desserte entre Luxembourg et Strasbourg sera assurée par des rames TGV. Le temps de parcours sera alors de 1 heure et 25 minutes.

Le protocole d'accord relatif au raccordement du Grand-Duché de

Luxembourg au TGV Est-européen signé à Rémyilly le 28 janvier 2002 et arrêté par la loi du 22 août 2003 traite, comme son nom l'indique, le raccordement du Grand-Duché de Luxembourg à Paris et Strasbourg. Il n'y est pas sujet du raccordement ferroviaire entre Bruxelles et Paris, voire entre Bruxelles et Strasbourg via Paris. Ce sujet relève plutôt de la compétence du consortium franco-belgo-allemand «Thalys».

Question 2260 (24.1.2008) de **M. Claude Meisch** (DP) concernant l'**exercice militaire dit «Oesling 84»:**

En réponse à ma question parlementaire du 7 janvier 2008 portant sur une éventuelle participation de la BMG (Brigade Mobile de la Gendarmerie) à une manœuvre de l'OTAN intitulée «Oesling 84» Messieurs les Ministres de la Justice et de la Défense ont répondu comme suit: «Nos services n'ont pas trouvé de traces d'une participation de la BMG (Brigade Mobile de la Gendarmerie) à cet exercice.» (cf. *compte rendu N°8/2007-2008*)

Vu le manque de clarté de cette réponse, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer si les anciens membres de la BMG ainsi que leur commandant en chef ont été interrogés à ce sujet?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer sur les déclarations faites par les concernés?

- Dans la négative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer sur les motifs qui l'ont amené à négliger cette mesure?

Réponse (28.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice:*

L'exercice militaire «Oesling 84» a eu lieu du 24 avril 1984 au 15 mai 1984.

Tant le commandant de la BMG de l'époque que les anciens membres de cette unité ont déclaré ne pas avoir participé à cet exercice.

Question 2264 (29.1.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **création de la Société «Exchange» entre B Cargo (SNCB) et Railion (DB):**

Selon mes informations, B Cargo (SNCB) et Railion (DB) travaillent sur la création d'une société de production commune dénommée «Exchange». L'objectif poursuivi est l'amélioration de la fiabilité et de la productivité de l'itinéraire fret reliant la Ruhr avec le port d'Anvers. Il semblerait que cette nouvelle société desservira aussi la Suisse et l'Italie. Cette nouvelle société devrait voir le jour au début 2008.

Dans ce contexte j'aurais aimé avoir les précisions suivantes de Monsieur le Ministre des Transports:

- Est-ce que le Ministère est au courant de la création de cette nouvelle société de fret européen?

- Dans l'affirmative, ne doit-on pas craindre que cette opération affectera les activités de CFL Cargo?

Réponse (4.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports:*

CFL Cargo a été informée par B Cargo il y a déjà quelques mois sur ce projet.

Exchange est une société de production commune entre B Cargo et Railion sur le corridor Anvers-Ruhr, qui assurera la traction entre les ports belges et la Ruhr.

La création de cette société repose sur les mêmes hypothèses que celles appliquées pour Sibelit, société de traction commune de la SNCB, SNCF, CFF et CFL sur le corridor Anvers-Bâle, à savoir de partager et d'optimiser les ressources de production (locomotives, sillons et conducteurs) entre les différents partenaires, ceci dans le but d'augmenter la compétitivité de l'offre ferroviaire par rapport au camion sur l'axe en question. Exchange prévoit d'exploiter un des corridors principaux de la Belgique vers l'Allemagne, à haute densité de trafic, corridor qui était exploité depuis toujours par Railion et B Cargo. Il s'avère important pour ces deux sociétés d'optimiser leurs moyens afin de savoir maîtriser les augmentations substantielles de trafics. L'impact sur CFL Cargo est quasi nul, le corridor en question n'étant pas utilisé par CFL Cargo à l'heure actuelle.

En ce qui concerne l'exploitation du corridor allemand Ruhr-Italie par B Cargo, il faut savoir que ces trafics ne font pas partie du projet Exchange. On ne devrait donc pas s'attendre à des répercussions majeures. B Cargo utilise depuis toujours les deux rives du Rhin pour ses trafics vers l'Italie. Avant la création de Sibelit, la majeure partie des trafics de la B Cargo, environ 2/3 des trafics belges vers l'Italie et la Suisse, utilisaient la rive allemande. Ceci était surtout dû à la meilleure qualité et fiabilité des prestations de la Railion, bien que ce trajet soit environ 160 km plus long que celui par la rive française. Depuis la création de Sibelit, qui a contribué à une amélioration importante de la qualité de traction, les trafics se répartissent moitié-moitié entre la rive gauche et la rive droite du Rhin. Les trafics de CFL Cargo vers l'Italie ne sont pas concernés, étant donné qu'à partir du Luxembourg et de la Lorraine l'acheminement via la rive française offre la meilleure relation qualité/coût.

Question 2267 (30.1.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant les **diplômes de «bachelor» et de «master»:**

Le Processus de Bologne vise à créer un espace européen de l'enseignement supérieur d'ici 2010. Ce processus de réformes est inhabituel en ce sens qu'il est peu structuré et qu'il est dirigé par les 46 pays qui y participent en coopération avec un nombre d'organisations internationales, dont le Conseil de l'Europe.

Il vise à mettre en place une structure d'enseignement à travers trois objectifs principaux: l'introduction d'un diplôme de premier cycle appelé «bachelor» et d'un diplôme de second cycle appelé «master» dans tous les pays - avec un premier cycle d'une durée minimale de trois ans, l'introduction d'un système de transfert des crédits (ECTS) et enfin l'élimination des derniers obstacles à la mobilité des étudiants et des professeurs.

Depuis sa création en 2003, l'Université du Luxembourg s'est prononcée pour l'introduction du processus de Bologne et une liste de «bachelor» et de «master» du type académique et du type professionnel est proposée dans les trois facultés.

Cependant on peut noter que d'autres «bachelor» et «master» sont proposés. Ainsi, la Chambre des Employés privés du Luxembourg et l'Open University d'Angleterre viennent de signer une convention de coopération en vue d'offrir un «bachelor» et un «master» dans les domaines du management et des nouvelles technologies.

Dans ce contexte j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de la Culture, de l'Ensei-

gnement supérieur et de la Recherche:

- Existe-t-il encore d'autres institutions qui offrent un enseignement supérieur de type «bachelor» et «master» au Luxembourg et comment ces diplômes sont-ils homologués dans le cadre du processus de Bologne?

Réponse commune (10.3.2008) de **M. François Biltgen**, *Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche* et de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche:*

Les formations visées par la question parlementaire sont de deux types: soit il s'agit d'un diplôme d'un établissement d'enseignement supérieur délivré dans le cadre d'une coopération avec un organisme privé, soit il s'agit d'une implantation d'un établissement étranger sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg. Ces deux types de formations font partie de l'enseignement transfrontalier tel que défini dans les «lignes directrices OCDE UNESCO pour des prestations de qualité dans l'enseignement supérieur transfrontalier».

À l'heure actuelle, les services du Ministère sont en train de préparer un projet de loi visant l'accréditation de diplômes délivrés par des institutions étrangères, et ce en conformité avec les lignes directrices mentionnées ci-dessus.

Dans la mesure où il s'agit de diplômes étrangers, l'homologation se fait selon le dispositif législatif en vigueur dans le pays émetteur du diplôme.

Question 2268 (30.1.2008) de **M. Henri Kox** (DÉI GRÉNG) concernant la **structure de l'Agence de l'Énergie après une éventuelle fusion Cegedel/Soteg/Saar Ferngas:**

Les trois firmes susmentionnées du secteur de l'énergie ont récemment annoncé une éventuelle fusion. Vu que cette démarche a été accueillie avec enthousiasme par différents acteurs au Luxembourg, il semble que rien ne s'oppose à une telle fusion. Or, la Cegedel S.A. est actionnaire à 40% dans l'Agence de l'Énergie, pour laquelle est revendiquée depuis des années une plus grande indépendance vis-à-vis des acteurs commerciales pour assurer la fonction de structure nationale d'information et de coordination dans le domaine de l'énergie.

Dans ce contexte j'aimerais poser, conformément à notre règlement interne, la question suivante à Monsieur Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie:

- Est-ce que votre Ministère n'estime pas qu'il serait utile de saisir cette opportunité afin de procéder à la «réorientation et restructuration de l'Agence de l'Énergie dans le sens d'une plus grande indépendance du secteur électrique» comme mentionnée dans le programme gouvernemental actuel?

Réponse (19.3.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:*

Le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur et le Ministère de l'Environnement sont actuellement en train de concevoir une réorientation et une restructuration de l'Agence de l'Énergie.

Dans ce contexte la question de la composition de l'actionariat de l'Agence de l'Énergie ainsi que d'éventuels changements futurs au niveau des entreprises actionnaires, sera également analysée.

Question 2269 (30.1.2008) de **MM. Camille Gira et Henri Kox** (DÉI GRÉNG) concernant la **récente action de publicité de l'Agence de l'Énergie et du Syvicol en relation avec des services dans le domaine de l'énergie:**

Les communes luxembourgeoises ont récemment été contactées par le Syvicol et l'Agence de l'Énergie à propos de différents services que cette agence aimerait offrir aux administrations communales. Or, cette agence est organisée suivant les modalités d'une société anonyme privée.

Vu qu'il y a plusieurs acteurs privés sur le marché qui offrent également des services de conseil en énergie et étant donné que la lettre publicitaire susmentionnée aux communes donne l'impression de pouvoir adjuer par marché de gré à gré, nous aimerions poser, conformément à notre règlement interne, les questions suivantes à Monsieur Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

- Est-ce que l'Agence de l'Énergie est exempt des procédures relatives aux marchés publics?

- Si oui, pourquoi? Si non, suivant quelles procédures les communes devront adjuer les services de conseil en énergie?

- Est-ce que la façon de procéder du Syvicol en tant que syndicat intercommunal - le traitement préférentiel d'un acteur privé - ne devrait pas susciter une réaction de votre Ministère afin de parer à une distorsion du marché?

Réponse (10.3.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:*

La question parlementaire concerne une récente circulaire d'information adressée aux communes par le Syvicol en collaboration avec l'Agence de l'Énergie dans le domaine de services de conseil en énergie.

L'Agence de l'Énergie est une société anonyme qui a été créée en 1991 à l'initiative du Gouvernement pour promouvoir les économies d'énergie et l'utilisation rationnelle des énergies renouvelables. Les partenaires sont depuis la création de l'agence notamment le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur ainsi que le Ministère de l'Environnement. La participation de l'État au capital de la société s'élève à 50%. Il est à noter que l'Agence de l'Énergie propose aux communes qui souhaitent recourir aux énergies renouvelables une série de prestations de services, notamment des informations sur les possibilités techniques, des informations sur les subventions possibles ainsi que le soutien de campagnes communales visant à promouvoir l'utilisation efficace de l'énergie et le recours aux énergies renouvelables.

Les trois questions posées par les honorables Députés soulèvent de ma part les considérations et observations suivantes:

1. La formulation de la première question au sujet concernant l'exemption de l'Agence de l'Énergie des procédures relatives aux marchés publics me semble ambiguë puisqu'elle permet deux interprétations différentes.

a) S'agit-il de savoir si l'Agence de l'Énergie entre dans le champ d'application de la directive «secteur exclu» pour autant qu'elle exerce une des activités dans le secteur de l'énergie? Dans ce cas il y a lieu de noter que les droits

spéciaux ou exclusifs résultent d'une autorisation octroyée par une autorité compétente au moyen de toute disposition législative ou réglementaire, prérogative qui ne rentre toutefois pas dans le cadre des attributions du Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire.

b) Ou bien, s'agit-il du cas de figure d'une commune qui se propose de faire appel à la collaboration de l'Agence de l'Énergie dans le domaine de l'utilisation rationnelle de l'énergie et des services d'énergies renouvelables? Dans cette hypothèse, le contrat à conclure constitue un marché de services qui est soumis à l'application de la législation relative aux marchés publics.

2. En partant de l'hypothèse visée sous 1. b), la procédure à suivre par les communes pour la mise en adjudication des services de conseil en énergie est en principe celle de la soumission publique, de sorte qu'une mise en concurrence effective aura lieu tel que prévu par l'article 6 de la loi du 30 juin 2003 sur les marchés publics. Par dérogation à ce principe, les communes pourraient, le cas échéant, et pour des raisons dûment motivées, avoir recours en l'espèce, soit à une soumission restreinte sans publication d'avis, soit à un marché négocié ceci sur base d'un des cas d'exception prévus à l'article 8 de la loi précitée du 30 juin 2003 sur les marchés publics. De même, dans le cas d'un marché d'une certaine envergure, la possibilité de passer un marché par la procédure négociée sans publication d'avis sur base de l'article 47 de la loi précitée du 30 juin 2003 est ouverte, lorsque le marché à conclure atteint le seuil de la publicité européenne.

3. D'après les renseignements pris auprès du Syvicol, le syndicat a été contacté en l'occurrence par l'Agence d'Énergie à propos de différents services que cette agence aimerait offrir aux administrations communales, ceci dans le cadre d'une action de collaboration avec le Syvicol. Les autorités syndicales ont agi avec circonspection. Elles ont acquiescé à la demande de collaboration parce qu'elles ont estimé que l'Agence de l'Énergie n'est pas à mettre à pied d'égalité avec une société anonyme ordinaire, mais qu'elle jouit d'une situation spéciale, créée par la volonté du Gouvernement dans l'intérêt général.

Finalement, il appartient en tout état de cause aux communes intéressées à des services de conseil en énergie de procéder d'après les procédures prévues par la législation sur les marchés publics et de solliciter encore d'autres offres avant de faire leur choix.

Question 2270 (30.1.2008) de **M. Claude Meisch** (DP) concernant l'éventuelle fusion de la Chambre des Métiers et de la Chambre de Commerce:

À l'issue de la dernière réunion de la Commission des Finances et du Budget, Monsieur le Ministre avait propagé l'idée d'une éventuelle fusion de la Chambre des Métiers et de la Chambre de Commerce.

Partant, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Les propos de Monsieur le Ministre reflètent-ils la position du Gouvernement en la matière?

- Monsieur le Ministre peut-il m'informer sur les motivations d'une telle fusion?

- Monsieur le Ministre peut-il me dire si des consultations avec les milieux concernés sur ce sujet ont déjà eu lieu? Dans l'affirmative, quelles sont les conclusions de ces discussions?

- Monsieur le Ministre envisage-t-il d'effectuer, le cas échéant, parallèlement des changements au niveau des ressorts ministériels, notamment en ce qui concerne une éventuelle intégration du département des Classes moyennes au sein du Ministère de l'Économie? Un tel changement a-t-il déjà été discuté au sein du Gouvernement?

Réponse (11.3.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

Il ressort clairement du procès-verbal de la réunion du 25 janvier 2008 de la Commission des Finances et du Budget que mes propos ont été provoqués par une suggestion sous forme de question de la part du président de la commission. Ma réponse ne reflète pas la position du Gouvernement. Une telle fusion n'est ni prévue dans l'accord de coalition, ni sujette à discussion au sein du Conseil de Gouvernement.

Il s'agit en l'occurrence de mon opinion personnelle vu que je suis convaincu qu'une chambre professionnelle unique ainsi qu'un seul ministère regroupant aussi bien le ressort de l'économie que celui des classes moyennes pourrait générer des synergies importantes et améliorer le fonctionnement général de ces institutions. En outre, une telle fusion des compétences pourrait être vue comme un pas décisif vers la simplification administrative.

Question 2271 (31.1.2008) de **M. Claude Meisch** (DP) concernant l'affaire «Bommeleeër» - Avis du Federal Bureau of Investigation (FBI):

Lors de l'échange de vues avec la Commission juridique de la Chambre des Députés le 5 décembre 2007, Monsieur le Procureur d'État, Robert Biever, a fait savoir qu'une pièce importante, en l'occurrence l'avis du FBI (Federal Bureau of Investigation), aurait pris plus de dix ans à être versée au dossier judiciaire à partir du moment où elle a été remise aux enquêteurs. Monsieur le Procureur précise que le rapport établi par le FBI américain n'ait été versé qu'en 2002 dans le dossier judiciaire. Sous toutes réserves, Monsieur le Procureur estime que l'initiative de ce rapport a été prise par le directeur de la Gendarmerie, quelques années après la fin de la série des attentats à la bombe. Ledit rapport conclut qu'il doit s'agir de personnes proches du milieu policier, voire du corps policier même, qui sont à l'origine des attentats à la bombe.

Au vue de ce qui précède, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Deux mois se sont écoulés depuis les explications de Monsieur le Procureur à la commission parlementaire. Est-ce que Monsieur le Ministre pourrait m'informer si dès lors des enquêtes ont eu lieu afin de clarifier, si le travail de la justice a été entravé dans ce cas précis?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer sur les résultats de l'enquête?

- Dans la négative, Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer pourquoi ces mesures n'ont pas encore été prises?

Réponse (27.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

D'après les éléments que nous avons pu retracer, le rapport cité

fut élaboré en 1986 à la demande du service de renseignement luxembourgeois par une équipe du service américain en collaboration avec la gendarmerie. À cette fin, des spécialistes américains ont séjourné au Luxembourg du 14 au 18 avril 1986.

D'après nos recherches, ce rapport qui dresse un portrait psychologique assez général du poseur de bombes fut adressé au responsable de la sûreté, au service de renseignement, ainsi qu'aux Ministres d'État, de la Force publique et de la Justice de l'époque. Son contenu était connu des enquêteurs. Il n'a pas pu être établi au cours de nos vérifications plus de 20 ans après la rédaction de ce rapport pour quelle raison il ne fut pas formellement versé au dossier judiciaire en 1986.

Dans un souci de transparence et afin de permettre au Parlement de se faire une opinion sur le contenu dudit rapport, une copie de ce rapport sera communiquée à la commission parlementaire de contrôle du service de renseignement.

Question 2272 (31.1.2008) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (LSAP) concernant l'assistance parentale:

Me référant à des récents articles parus dans la presse écrite luxembourgeoise, il me paraît que la mise en œuvre de la loi du 30 novembre 2007 portant réglementation de l'activité d'assistance parentale a entraîné un fort mécontentement auprès des services d'encadrement associatifs tels que le «Service Dageselteren» ou «Fir ons Kanner» et surtout auprès des parents en difficultés financières.

Apparemment, le Ministère de la Famille et de l'Intégration a annulé les subsides de ces associations conventionnées - non prévu dans la loi en question -, ce qui a comme conséquence qu'elles sont désormais difficilement en mesure d'assurer l'intermédiation entre les assistants parentaux et les parents et la formation des assistants parentaux.

- Est-ce que Madame la Ministre peut confirmer cet état des choses et, dans l'affirmative, me renseigner sur les raisons qui sont à l'origine de cette démarche?

Par ailleurs, la nouvelle tarification pour les prestations des assistants parentaux n'est plus calculée en fonction de la composition du ménage et de la situation financière des parents, mais se base sur un accord entre les assistants parentaux et les parents. Les prix qui en résultent risquent d'exclure les familles à faible revenu de ce mode de garde.

- Est-ce que Madame la Ministre a connaissance de telles situations et quels sont les remèdes possibles pour ces parents?

- Madame la Ministre n'est-elle pas d'avis que les parents à faible revenu devraient bénéficier d'un appui financier afin que la garde de leurs enfants puisse également être assurée par des assistants parentaux?

Réponse (26.3.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration*:

La loi du 30 novembre 2007 portant réglementation de l'activité d'assistance parentale définit, dans son article 1^{er}, les missions d'assistance parentale et précise que la prestation est exercée «à titre indépendant ou à titre salarié dans le cadre d'un contrat de louage de service passé avec une personne physique ou une personne morale de droit public ou privé».

La question du statut tel qu'il est arrêté par la loi a été débattue au niveau de toutes les instances impliquées: Conseil de Gouver-

nement, Chambre des Députés, Commission de la Famille, de l'Égalité des chances et de la Jeunesse (notamment lors de sa réunion du 16 juillet 2007) et du Conseil d'État.

D'après les dispositions de la loi, le Ministère de la Famille et de l'Intégration ne serait autorisé à promouvoir des formes de conventionnement qui confèreraient aux assistants parentaux bénéficiaires du système un statut professionnel ambivalent des points de vue de leur rémunération, de leur affiliation sociale et de leur responsabilité professionnelle. Par conséquent, le Ministère de la Famille et de l'Intégration a demandé aux services de placement familial conventionnés d'arrêter, dans le cadre de leur mission d'encadrement au bénéfice des familles d'accueil, d'admettre des assistants parentaux.

Par contre, il a donné son accord à ce que les assistants parentaux bénéficiant des prestations offertes dans le cadre du placement familial au moment de l'entrée en vigueur de la loi du 30 novembre 2007 continuent à le faire pour les enfants qu'ils accueilleraient à ce moment.

Consciente de ce que la loi impose aux assistant(e)s parentaux(ales) des responsabilités pédagogiques, sociales et administratives considérables, la Ministre de la Famille et de l'Intégration a pris l'initiative d'instituer une «Agence Dageselteren» qui sera gérée par l'a.s.b.l. «Fir Ons Kanner», avec le concours de la Croix-Rouge luxembourgeoise et de l'a.s.b.l. «Action Familiale et Populaire».

L'agence a les missions suivantes:

- constituer un intermédiaire entre les familles souhaitant faire accueillir leur enfant dans un foyer et les assistants parentaux agréés ayant des disponibilités d'accueil;

- participer aux initiatives de formation, de formation continue et de supervision prévues par loi du 30 novembre 2007 portant réglementation de l'activité d'assistance parentale;

- proposer un encadrement pédagogique et une consultation psychosociale aux assistants parentaux;

- offrir une assistance administrative aux assistants parentaux pour les aider à se conformer aux exigences requises en vue de l'obtention de l'agrément;

- continuer les initiatives d'encadrement prises avant l'entrée en vigueur de la loi du 30 novembre 2007.

Les services du Ministère de la Famille et de l'Intégration développent de nombreuses initiatives pour que les enfants dont les parents disposent de revenus plus modestes et, surtout, les enfants originaires de familles menacées d'exclusion sociale aient un accès privilégié à des prestations d'accueil, d'animation, d'assistance et d'appui. Un des principes directeurs des mesures prises par le Gouvernement et par le Ministère en particulier consiste à moduler la participation financière des parents à des services socio-éducatifs en fonction du revenu, de la composition de la famille et des charges auxquelles elle doit faire face.

Cette préoccupation a motivé le Ministère de la Famille et de l'Intégration à proposer deux initiatives aux administrations communales au financement desquelles ses services vont contribuer dans une large mesure: des aides financières à accorder par les offices sociaux des communes aux parents à faible revenu qui sont obligés de recourir aux prestations d'assistants parentaux, l'engagement par les maisons relais pour enfants d'assistants parentaux qui assurent des tâches hebdomadaires partielles au sein des maisons relais en dehors des heures d'ouverture.

Question 2273 (31.1.2008) de **M. Eugène Berger** (DP) concernant l'implantation d'une clinique de l'environnement:

«Dans le rapport d'activité 2003 du Ministère de la Santé on peut lire que «le service de la Médecine de l'Environnement participe à la mise en route d'une clinique environnementale dans la commune d'Esch/Alzette. Dans ce cadre (ce) service a procédé en 2003 à l'analyse comparative de plusieurs sites potentiels au niveau de contaminations chimiques, mycologiques ou électromagnétiques dans le but d'étudier le terrain le plus favorable à l'implantation de la future clinique de l'environnement.»

Sur le site Internet du Centre Hospitalier Emile Mayrisch, la clinique de l'environnement au Galgebiërg est mentionnée comme projet externe.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Messieurs les Ministres:

- Où en sont les projets quant à l'implantation d'une clinique de l'environnement?

- Le site du Galgebiërg a-t-il été définitivement retenu pour l'implantation de cette clinique?

- Dans la négative, quels autres sites sont envisagés?

- Quel est le calendrier prévisionnel du début des travaux de construction?

- Quelles sont les raisons pouvant expliquer la temporisation quant au commencement des travaux de construction de cet établissement dont on discute depuis plus de cinq ans maintenant?

Réponse (6.3.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Aux termes du plan hospitalier actuellement en vigueur «un service national de médecine de l'environnement peut être créé».

C'est déjà en mai 2005 que le Conseil de Gouvernement s'est déclaré d'accord, sur proposition du soussigné, avec la mise en place d'un tel service, à intégrer dans les structures du Centre Hospitalier Emile Mayrisch (CHEM).

À l'époque le Conseil de Gouvernement avait chargé le maître d'ouvrage, c'est-à-dire le CHEM, de poursuivre les études en relation avec ce projet. D'après mes informations les dirigeants du CHEM entendent revenir à ce projet après s'être documenté sur place sur des cliniques de l'environnement fonctionnant à l'étranger.

Le site du Galgebiërg est toujours en discussion pour accueillir une structure d'hébergement légère.

Question 2274 (31.1.2008) de **M. Paul-Henri Meyers** (CSV) concernant les mesures contre les inondations à la Maulusmühle:

À la suite d'inondations successives ayant causé des dégâts importants aux logements situés à la Maulusmühle à proximité de la rivière «Woltz», il a été envisagé de prendre des mesures pour améliorer l'écoulement rapide des eaux de la rivière. L'une de ces mesures devait être la construction d'un nouveau pont sur la route allant vers Clervaux.

- Je voudrais demander à Monsieur le Ministre des Travaux publics, si les études et travaux préparatoires pour cette nouvelle construction peuvent être terminés prochainement. Est-ce que les services compétents de l'État envisagent toujours de réaliser cette nouvelle construction?

Réponse (10.3.2008) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député Monsieur Paul-Henri Meyers, il y a lieu de préciser que suite à une réunion de concertation sur place entre les diverses parties concernées, il a été convenu d'un commun accord de maintenir la structure du pont existant et de le doubler par un nouvel ouvrage d'une ouverture de l'ordre de 12,0 m pour augmenter le tirant d'eau.

À cet effet, le dossier de soumission qui a été élaboré en étroite collaboration avec les services de l'Administration de la Gestion de l'Eau a été modifié en conséquence et les travaux pourront être mis en adjudication par voie de soumission publique début mars de l'année en cours.

Question 2275 (31.1.2008) de **M. Marco Schank** (CSV) concernant les **études de musique aux Pays-Bas**:

Les Pays-Bas sont depuis longtemps reconnus pour la grande qualité de leur enseignement et figurent, notamment, comme pionniers dans le domaine de la musique ancienne. Placés sous la tutelle du ministère de la Culture, les onze conservatoires supérieurs sont rattachés à des universités d'enseignement professionnel. Ils accueillent 6.000 étudiants environ, dont plusieurs Luxembourgeois.

Or, selon mes informations, les étudiants luxembourgeois peuvent rencontrer des problèmes lors de leur immatriculation aux conservatoires néerlandais, notamment en ce qui concerne leur domicile. Il semble qu'en tant que Luxembourgeois il faut avoir un domicile soit aux Pays-Bas, soit en Allemagne ou en Belgique afin de pouvoir faire ses études auprès d'un des conservatoires susmentionnés.

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche:

- Le Gouvernement peut-il confirmer cet état des choses?

- Dans l'affirmative, quelles sont les raisons pour lesquelles les étudiants luxembourgeois ne sont pas traités de la même manière que par exemple les Belges ou les Allemands?

- Le Gouvernement n'estime-t-il pas que cette condition d'inscription est contraire à la législation européenne?

- Le Gouvernement entend-il intervenir afin de remédier à cette situation?

Réponse commune (21.3.2008) de **M. François Biltgen**, *Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche* et de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche*:

Nous avons l'honneur d'apporter la réponse suivante à la question parlementaire de Monsieur le Député Marco Schank et relative à l'inscription des étudiants luxembourgeois dans les conservatoires de musique aux Pays-Bas:

En date du 31 octobre 2006, le Parlement néerlandais a approuvé une loi modifiant la loi sur l'enseignement supérieur et la recherche scientifique, loi qui est entrée en vigueur avec effet rétroactif au 18 août 2006. Cette loi a notamment modifié le système de financement de l'enseignement supérieur; ainsi, le calcul de la contribution de l'État néerlandais au financement des établissements d'enseignement supérieur se fait sur base du

nombre d'étudiants inscrits, à condition que ces étudiants résident, soit aux Pays-Bas, soit en Belgique, soit dans un des Länder limitrophes allemands suivants: Rhénanie-du-Nord-Westphalie, Basse-Saxe et Brême.

Les conservatoires de musique tombent sous le champ d'application de la loi précitée, de sorte que, pour des raisons budgétaires, ils peuvent refuser d'inscrire des étudiants qui n'ont pas de domicile dans l'une des régions énumérées, ces étudiants n'étant pas pris en compte lors du calcul de la subvention financière versée par l'État à l'établissement d'enseignement. Il y a lieu de préciser que l'acceptation et le refus d'inscription des étudiants non résidents dans ces régions dépendent uniquement des décisions prises individuellement par chaque conservatoire. Selon nos informations, des membres de la Musique militaire qui se déplacent régulièrement au Conservatoire de Maastricht pour y suivre des cours et qui ne résident pas sur place seraient touchés par un refus d'inscription.

Pour ce qui est des étudiants luxembourgeois inscrits dans des établissements d'enseignement supérieur autres que les conservatoires de musique, aucun cas de refus d'inscription sur base de la loi précitée ne nous a été signalé à ce jour.

Nous allons évoquer cette question avec notre homologue néerlandais dans le cadre de notre coopération Benelux en vue de l'organisation de la conférence ministérielle du Processus de Bologne en 2009 à Leuven.

Question 2277 (1.2.2008) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant les **délais d'attente pour réaliser un examen scanner et un examen IRM**:

Sauf erreur il faut attendre en moyenne six à huit semaines pour un scanner et plus de deux mois pour un IRM. En fonction de la partie du corps à examiner, ces délais - surtout pour les IRM - peuvent être beaucoup plus importants allant jusqu'à quatre mois.

Ces délais sont longs trop longs voire inacceptables en présence de personnes qui souffrent et pour lesquelles un scanner ou un IRM permettrait de déterminer la maladie ou la lésion à la base de leurs souffrances et partant permettrait de déterminer le meilleur traitement.

Au-delà du fait que ces délais peuvent mettre en jeu la vie des personnes concernées, ils favorisent la chronicité. En effet, pour certaines pathologies, il est très important d'intervenir dès le début en proposant un traitement adéquat pour éviter que la douleur ne s'installe de manière chronique. Or, comme tout le monde le sait, il est difficile de venir à bout des douleurs et troubles chroniques. En conséquence, une réduction des délais d'attente pour réaliser un scanner ou un IRM contribuerait non seulement à améliorer la prise en charge des personnes malades ou souffrantes, mais constituerait également un formidable outil pour réduire les dépenses de la sécurité sociale en prévenant la chronicité de certaines pathologies.

Dans ce contexte j'aurais aimé savoir de Monsieur le Ministre de la Santé:

- Le Gouvernement entend-il au courant des délais moyens actuels pour réaliser un scanner ou un IRM dans les cliniques et hôpitaux luxembourgeois?

- Ne trouve-t-il pas ces délais trop longs voire inacceptables?

- Quelles mesures entend-il prendre pour favoriser une réduction des délais d'attente dans des proportions plus convenables?

Réponse (18.3.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Les délais d'attente actuels pour les examens au scanner sont de deux à trois semaines.

Pour les examens IRM ces délais sont de six à huit semaines pour les patients ambulatoires. Pour les patients hospitalisés ainsi que pour les patients ambulatoires présentant une ordonnance faisant état d'une urgence motivée l'IRM est réalisée normalement dans un délai de deux à trois jours. Par ailleurs tous les hôpitaux ont prévu des créneaux horaires spécifiques pour réaliser à bref délai l'IRM lorsqu'il y a une «indication de premier choix» pour ce moyen diagnostique, par exemple pour les examens du genou ou du rachis cervical ou lombaire.

Au courant de l'année 2008 le CHEM se verra doté d'une deuxième installation d'IRM, qui sera opérationnelle sur son site à Differdange.

Par ailleurs je suis saisi d'une demande pour une installation d'IRM supplémentaire dans la région hospitalière du Centre.

Le nombre total d'IRM au Luxembourg s'élèvera dès lors à brève échéance à sept voire à huit, ce qui se soldera logiquement par une réduction des délais d'attente.

Question 2278 (1.2.2008) de **M. Alex Bodry** (LSAP) concernant **l'évolution des recettes de l'État pour 2008 sur base des nouvelles estimations concernant les recettes fiscales de l'année passée**:

Lors des discussions budgétaires de décembre 2007 à la Chambre des Députés vous avez fait état des résultats intermédiaires des recettes fiscales de l'État pour l'exercice 2007.

Ces résultats sur onze mois laissent prévoir des plus-values de recettes dans plusieurs catégories d'impôts.

- J'aimerais savoir du Gouvernement si cette tendance vers la hausse s'est confirmée pour le mois de décembre 2007.

- Quelles sont les projections de recettes pour l'impôt sur le revenu des personnes physiques, l'impôt sur le revenu des collectivités, l'impôt commercial communal, la taxe d'abonnement et la TVA de l'année 2007?

- Peut-on en déduire de premières conclusions pour l'évolution des recettes de l'État pour 2008 sur la base de ces nouvelles estimations concernant les recettes fiscales de l'année passée?

Réponse (27.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre du Trésor et du Budget*:

Le tableau ci-dessous présente la situation des recettes au 31 décembre 2007 pour les principales catégories d'impôts:

	Recettes au 31.12.2007	Budget voté 2007	Budget voté 2008
Impôt sur le revenu des personnes physiques - assiette	396,1 mio €	430,0 mio €	405,0 mio €
Impôt sur le revenu des personnes physiques - retenue sur salaires et traitements	1.862,1 mio €	1.775,0 mio €	1.780,0 mio €
Impôt sur le revenu des collectivités	1.381,7 mio €	1.300,0 mio €	1.430,0 mio €
Impôt commercial communal	538,9 mio €	465,0 mio €	520 mio €
Taxe d'abonnement	720,8 mio €	550,0 mio €	700,0 mio €
Taxe sur la valeur ajoutée	1.666,1 mio €	1.350,7 mio €	1.585,0 mio €

Les résultats provisoires des recettes fiscales de l'État pour l'exercice 2007 confirment donc la ten-

dance observée aux échéances intermédiaires, à savoir que des plus-values de recettes ont été réalisées dans plusieurs catégories d'impôts.

Pour plusieurs catégories d'impôts, les recettes perçues au cours de l'exercice 2007 sont également plus élevées que le budget voté pour l'exercice 2008.

Or, ceci n'implique pas nécessairement qu'il convient de réviser à la hausse les prévisions de recettes fiscales pour l'exercice 2008.

En effet, en raison d'éléments tant structurels (adaptation à l'inflation du barème de l'impôt sur le revenu des personnes physiques, introduction d'un bonus pour enfants) que conjoncturels (ralentissement de la croissance économique suite notamment à la crise des «subprime mortgages» aux États-Unis), les inférences pour l'exercice 2008 basées sur les résultats de l'exercice 2007 n'ont qu'une validité limitée.

Par ailleurs, les évolutions conjoncturelles récentes confirment que la prudence dans l'estimation des recettes publiques dont a fait preuve le Gouvernement lors de l'élaboration du budget pour l'exercice 2008 fut entièrement de mise.

Question 2279 (1.2.2008) de **M. Alex Bodry** (LSAP) concernant les **subventions de l'État pour des projets énergétiques durables**:

Un règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 institue un nouveau régime d'aides pour les personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables.

Les investissements réalisés par des personnes morales de droit privé sont exclus du champ d'application du régime d'aide.

- J'aimerais savoir de la part du Gouvernement de quelle façon les projets d'économie d'énergie ou de mise en valeur des sources d'énergie renouvelables émanant d'associations sans but lucratif sont soutenus financièrement par l'État.

- Le Ministre ne partage-t-il pas le point de vue du soussigné que le principe de l'égalité des citoyens devant la loi conduit à subventionner des projets énergétiques durables quel que soit le porteur de l'investissement?

- N'y a-t-il pas lieu d'éviter toute discrimination entre un groupement de personnes physiques (qui peut être bénéficiaire d'une aide fixée par le règlement) et une association dotée de la personnalité juridique qui semble exclue de ce régime d'aides?

L'honorable Député se réfère au règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 instituant un régime d'aides pour des personnes physiques en ce qui concerne la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables.

Les investissements réalisés par des personnes morales de droit privé ou public sont effectivement exclus du champ d'application du règlement grand-ducal. Or il faut savoir que ce champ d'application est exactement le même que celui du régime d'aides expiré le 31 décembre 2007 et institué par un règlement grand-ducal du 3 août 2005.

À noter aussi que le nouveau régime d'aides vise essentiellement des investissements en relation avec des maisons d'habitation.

Par ailleurs, le règlement grand-ducal du 21 décembre 2007 précité n'est pas le seul instrument d'aide pour l'utilisation rationnelle de l'énergie et la mise en valeur des énergies renouvelables.

Parmi ceux concernant les personnes morales de droit privé ou public, je citerais comme exemples: la loi du 22 février 2004 instaurant un régime d'aide à la protection de l'environnement, à l'utilisation rationnelle de l'énergie et à la production d'énergie de sources renouvelables; la loi du 30 juin 2004 portant création d'un cadre général des régimes d'aides en faveur du secteur des classes moyennes; le règlement grand-ducal du 8 février 2008 relatif à la production d'électricité basée sur les sources d'énergie renouvelables.

Les associations sans but lucratif peuvent également bénéficier de certaines aides, et tout particulièrement de tarifs d'injection pour l'électricité produite à partir d'énergies renouvelables. En outre, selon leur domaine d'activités, les investissements réalisés par des a.s.b.l. peuvent bénéficier de subventions accordées par d'autres départements ministériels que le Ministère de l'Environnement. Il s'agit par exemple des a.s.b.l. œuvrant dans le domaine du tourisme, du sport, de la jeunesse...

Question 2281 (1.2.2008) de **Mme Nancy Arendt** (CSV) concernant les **vaccins contre l'hépatite B**:

Au milieu des années 1990, suite à une vaste campagne de vaccination, plus de 20 millions de Français ont été vaccinés contre l'hépatite B. Par la suite plus d'un millier de personnes auraient souffert d'effets secondaires neurologiques, notamment d'une sclérose en plaques, dont une patiente est décédée en 1998.

Réponse (10.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Des expertises médicales évoquent en effet un lien vraisemblable entre l'administration du traitement anti-hépatite B et le décès de la jeune femme ainsi que les autres cas de maladies neurologiques.

Récemment les dirigeants de deux laboratoires pharmaceutiques qui commercialisaient les vaccins en question ont été mis en examen et sont poursuivis pour «tromperie sur les contrôles, les risques et les qualités substantielles d'un produit ayant eu pour conséquence de le rendre dangereux pour la santé de l'homme».

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Les vaccins en question ont-ils aussi été administrés au Luxembourg?

- Le Gouvernement a-t-il des informations sur des cas de maladies neurologiques au Luxembourg, notamment la sclérose en plaques suite à des vaccinations contre l'hépatite B?

- Existe-t-il des études établissant une relation entre la prévalence de la sclérose en plaques en Europe et l'administration de certains vaccins?

Réponse (20.2.2008) de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

Depuis 1996, la vaccination contre l'hépatite B figure dans le calendrier vaccinal de tous les nourrissons.

Un programme conjoint de mon Ministère et de l'UCM a été mis au point pour offrir le vaccin aux adolescents nés avant l'introduction de la vaccination systématique sur les nourrissons.

Ce programme viendra à échéance fin 2008, date à laquelle tous les adolescents non encore vaccinés en tant que nourrissons auront été atteints par le programme.

Mes services ont suivi de près, il y a dix ans, la polémique en France au sujet de la vaccination contre l'hépatite B et un lien éventuel avec la survenance de cas de scléroses en plaques ou d'autres maladies neurologiques.

La récente mise en examen des deux producteurs de vaccin contre l'hépatite B pour «tromperie sur les contrôles, les risques et les qualités substantielles d'un produit ayant eu pour conséquence de le rendre dangereux pour l'homme» fait d'ailleurs toujours partie de cette discussion entamée il y a dix ans.

Aucune étude n'a permis de mettre en évidence à ce jour un lien de cause à effet entre la vaccination contre l'hépatite B, la vaccination des nourrissons et des adolescents, groupes ciblés par les programmes de vaccination systématique recommandés par le Conseil supérieur d'hygiène, section des maladies transmissibles au Luxembourg, et la survenance de cas de scléroses en plaques et d'autres maladies neurologiques.

L'Organisation Mondiale de la Santé ainsi que tous les comités scientifiques internationaux ont d'ailleurs conseillé de ne pas surseoir à cette vaccination, eu égard aux bénéfices importants qu'elle apporte sur le plan de la prévention de l'hépatite B et de ses complications, la cirrhose et le cancer du foie.

Aucun pays n'a d'ailleurs arrêté la vaccination à ce jour et des centaines de millions de personnes sont actuellement vaccinées dans le monde.

Le Gouvernement ne dispose pas d'informations sur des cas de ma-

ladies neurologiques au Luxembourg, notamment de scléroses en plaques, suite à une vaccination contre l'hépatite B.

Plus généralement mes services n'ont connaissance d'aucune étude scientifique ayant pu établir une relation entre la prévalence de la sclérose en plaques en Europe et l'administration de certains vaccins.

Question 2282 (1.2.2008) de Mme Nancy Arendt (CSV) concernant les pratiques douteuses d'adoption d'enfants:

L'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe vient d'adopter une recommandation (N°1828) dans laquelle elle donne libre cours à ses inquiétudes concernant la disparition de nouveaux-nés dans certains pays de l'Est aux fins d'adoption. Elle constate que dans certains pays, l'enfant fait de plus en plus l'objet d'un véritable marché régi par l'argent.

Dans sa recommandation, l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe a vivement condamné la pratique de plus en plus courante de l'utilisation de circuits parallèles et de trafic ainsi que tout le commerce et les pressions psychologiques ou économiques qu'ils entraînent. Ces pratiques auraient été favorisées par l'ouverture des frontières à l'Est qui a vu de nombreuses femmes enceintes originaires de ces pays se rendre dans les pays européens pour y accoucher et donner leur enfant en adoption. Par ailleurs, l'Assemblée cite dans sa recommandation précitée des événements qui se seraient déroulés dans plusieurs pays où des nouveaux-nés ont disparus après leur naissance et où les autorités faisaient croire à leur parents que l'enfant était né mort, alors qu'il était vendu et emmené à l'étranger. Dans ce contexte l'Assemblée a rappelé la nécessité de mettre en place un cadre législatif commun à tous les pays afin d'éviter l'instauration de disparités qui seraient contraires à l'intérêt des enfants.

Dans ce contexte j'aurais aimé savoir de Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration et de Monsieur le Ministre de la Justice:

- Le Gouvernement a-t-il connaissance de ces pratiques condamnables?

- Dans l'affirmative, le Luxembourg est-il concerné par celles-ci? Y a-t-il au Luxembourg des adoptions d'enfants originaires des pays de l'Est? Quelles sont les garanties dont disposent les parents que ces adoptions aient été faites en respectant les droits de l'enfant et en toute légalité?

- En tout état de cause, quelles sont les mesures que le Gouvernement a d'ores et déjà prises respectivement entend prendre afin de lutter contre les adoptions illégales?

Réponse (10.3.2008) de Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration:

Le seul pays de l'Est avec lequel le Luxembourg entretient des relations dans le domaine de l'adoption est l'Ukraine. En 2006 et en 2007, à chaque fois un enfant originaire de l'Ukraine a été adopté par des résidents au Luxembourg. Actuellement six dossiers d'adoption pour l'Ukraine sont en instance d'instruction.

Toutes les adoptions concernant des mineurs originaires de l'Ukraine sont encadrées au Luxembourg par le service d'adoption de la Croix-Rouge luxembourgeoise qui dispose de l'agrément du Ministère de la Famille et de l'Intégration, autorité centrale en matière d'adoption, pour servir d'intermédiaire pour l'adoption d'un mineur, et en Ukraine par le

Centre d'adoption et de protection des droits de l'enfant auprès du Ministère de la Famille, de la Jeunesse et des Sports.

Après l'évaluation positive des candidats à l'adoption, le service d'adoption de la Croix-Rouge luxembourgeoise transmet le dossier des candidats à l'adoption au Centre d'adoption et de protection des droits de l'enfant en Ukraine qui procède à l'attribution d'un enfant et invite les candidats à l'adoption via le service d'adoption de la Croix-Rouge luxembourgeoise à se rendre en Ukraine en vue de prendre connaissance du dossier de l'enfant attribué.

En cas d'accord des futurs parents adoptifs, un jugement d'adoption plénière est prononcé en Ukraine.

Le Ministère de la Famille et de l'Intégration n'a pas connaissance de femmes enceintes originaires de pays de l'Est venant au Luxembourg pour accoucher et donner leur enfant en adoption.

Dans le cas d'un accouchement anonyme, la Croix-Rouge luxembourgeoise est nommée administrateur public et entame, le cas échéant, la procédure en vue de donner l'enfant en adoption.

Question 2283 (30.1.2008) de M. Ali Kaes (CSV) concernant la taxe sur les véhicules automoteurs - tracteurs agricoles:

La loi budgétaire pour 2008 prévoit en son article 8, concernant la taxe sur les véhicules routiers, points (1) à (5):

«La loi du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement est modifiée comme suit:

(1) À l'article 40 (1) il est ajouté un point d) avec la teneur suivante:

d) 125 euros pour les tracteurs agricoles immatriculés au nom de personnes autres que celles prévues à l'article 41.

(2) À l'article 40 (4) il y a lieu de lire chaque fois 'à trois essieux ou plus' au lieu de 'à trois essieux'.

(3) À l'article 40 (5) il y a lieu de lire chaque fois 'à trois essieux ou plus' au lieu de 'à trois essieux'.

(4) À l'article 40 (6) il y a lieu de lire chaque fois 'à deux essieux ou moins' au lieu de 'à deux essieux' et 'à trois essieux ou plus' au lieu de 'à trois essieux'.

(5) L'article 41 est remplacé par le texte suivant:

Art. 41. Par dérogation à l'article 40 (1) et 40 (2) les tracteurs utilisés exclusivement pour les travaux agricoles, horticoles, viticoles, dans la pisciculture et la sylviculture sont exonérés de la taxe, lorsqu'ils circulent sur la voie publique et sont utilisés:

- à la traction de machines, d'instruments aratoires, de remorques ou de chariots chargés ou non, utilisés dans leur exploitation par les personnes qui exercent la profession d'agriculteur, d'horticulteur, de sylviculteur ou de pisciculteur ou par des personnes travaillant à leur service, pour autant que l'utilisation sur la voie publique ait un lien direct avec la gestion de cette exploitation;

- par d'autres entrepreneurs que les personnes susvisées ou par leur personnel pour l'exécution de travaux en rapport avec l'exploitation agricole horticole forestière ou piscicole de tiers, pour autant qu'aucun transport sur la voie publique de marchandises, de denrées ou d'animaux ne soit effectué autrement qu'entre les lieux d'une même exploitation ou entre la ferme et les terres qui en dépendent et inversement.»

Le nouvel article 41 de la loi du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement, tel que le formule la loi budgétaire pour 2008, limite dès lors l'exonération, de la taxe de 125 euros a des catégories professionnelles précises utilisant des tracteurs. Avant l'année fiscale 2008, cet article exonérait de la taxe «les tracteurs utilisés exclusivement pour les travaux agricoles, horticoles, viticoles, dans la pisciculture et la sylviculture». Autrement dit: l'ancienne règle voulait que soient exonérés des tracteurs utilisés à certaines fins peu importe par qui alors que depuis 2008, l'exonération est attachée à la qualité professionnelle de la personne qui utilise un tracteur. Dès lors, les personnes qui ne sont pas agriculteurs, viticulteurs, horticulteurs, sylviculteurs ou pisciculteurs par profession, respectivement ne sont pas liées à de tels professionnels par un contrat de travail ou de prestation de services, ne peuvent plus bénéficier de l'exonération de la taxe.

Les personnes privées qui possèdent un tracteur qu'elles utilisent occasionnellement sont ainsi exclues de l'exonération.

Une personne qui utilise son tracteur afin d'acheminer du bois utilisé à des fins de chauffage, par exemple, et qui circule entre son lot de forêt et son domicile, effectue un trajet dont l'objectif ressort à l'utilisation d'une source d'énergie renouvelable. Cela est pleinement conforme à une politique de l'environnement au service du développement durable.

- J'aimerais, dès lors savoir de Messieurs les Ministres qu'est-ce qui peut bien justifier l'exclusion de personnes privées du bénéfice d'une exonération, prévue dans l'intérêt exprès de la politique de l'environnement, qui est expressément mentionnée dans l'intitulé de loi du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement. En outre j'aimerais savoir si le Gouvernement entend persévérer dans cette pénalisation de personnes dont le comportement est inspiré par le respect de l'environnement et le souci de l'écologie, ou si, au contraire, la disposition contenue à l'article 8 de la loi budgétaire pour 2008 sera de nouveau modifiée pour que l'article 41 de la loi du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement puisse reprendre son ancienne teneur, de manière à exonérer de la taxe l'utilisation de tracteurs à certaines fins, quelle que soit la qualité professionnelle des utilisateurs.

Réponse commune (27.2.2008) de M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre des Finances et de M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget:

Il y a tout d'abord lieu de constater que la loi du 22 décembre 2006 introduisant réforme de la taxe sur les véhicules routiers ne visait pas à exonérer quiconque ayant mis en circulation un tracteur dit «agricole».

L'idée était de continuer à exonérer les tracteurs dits «agricoles» et les machines agricoles utilisées dans le cadre d'une exploitation agricole, horticole, viticole, dans la sylviculture ou la pisciculture, donc par des «professionnels».

Même si sous l'égide de l'ancienne législation qui datait de 1935, les «landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge und Traktoren» étaient exonérés de la taxe, il ne faut pas oublier que ces tracteurs et machines étaient, dans le temps, exclusivement utilisés par des exploitants d'une des entreprises

visées de sorte que l'exonération était justifiée.

Toujours est-il que si l'ensemble des tracteurs agricoles étaient aujourd'hui exonérés, il faudrait dans la même logique exonérer également les voitures par exemple les 4x4 utilisées par une personne exploitant une entreprise agricole ou d'une personne privée qui prétendrait utiliser ce 4x4 uniquement pour des travaux sylvicoles à savoir pour acheminer à son domicile du bois utilisé à des fins de chauffage.

Je reviens à la ratio legis de la législation précitée qui est d'exonérer les tracteurs utilisés par des «professionnels» à l'image de ce qui se fait en matière accisienne, matière qui exonère également, sous les mêmes prémisses, uniquement les professionnels des droits d'accises sur le carburant utilisé dans les tracteurs agricoles. Les professionnels sont donc exonérés de la taxe sur les véhicules et des droits d'accises sur le gasoil, tandis que les non professionnels sont soumis à une taxe de 125 euros depuis 2008 et doivent utiliser du diesel routier normal.

Le texte repris à l'article 8 de la loi budgétaire 2008, modifiant l'article 41 de la loi du 22 décembre 2006 (taxe véhicules) ne fait que préciser les catégories de bénéficiaires de l'exonération.

Si l'article 41 de la version 2007 précisait encore que la taxe était calculée sur le poids du tracteur et pouvait atteindre ainsi 425 euros par an, les nouvelles dispositions, en vigueur à partir de 2008, réduisent cette taxe au montant forfaitaire de 125 euros par an (-70%), indépendamment du poids, si le tracteur est immatriculé au nom d'un non professionnel.

Question 2284 (5.2.2008) de Mme Colette Flesch (DP) concernant le 10^e Sommet de la Grande Région et mise en place d'un réseau culture:

Selon des informations de presse le 10^e Sommet de la Grande Région a décidé la mise en place d'un réseau culture.

- Le(s) Ministre(s) peut (peuvent)-il(s) préciser quels sont les objectifs et les moyens d'action de ce réseau?

- Quels en sont les moyens financiers?

- Une Conférence des Ministres de la Culture de la Grande Région a-t-elle été instituée? Si tel devait être le cas, quel sera le rythme de ses rencontres?

- Une structure administrative sera-t-elle mise en place pour mettre en œuvre les décisions de la Conférence? Où sera-t-elle implantée?

Réponse (19.3.2008) de Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche:

Le 29 septembre 2007, j'avais réuni au Luxembourg les Ministres et responsables de la Culture de la Grande Région en vue d'une décision, après analyse du bilan intermédiaire de «Luxembourg et Grande Région, Capitale européenne de la Culture, 2007», concernant une pérennisation de la coopération culturelle transfrontalière.

Cette réunion a permis de proposer au 10^e Sommet de la Grande Région un certain nombre de mesures dans ce contexte, recommandations que le Sommet a suivies intégralement. C'est ainsi que le document résumant les décisions du 10^e Sommet énonce dans sa «Déclaration commune», sous le chapitre «Internationalisation»:

À l'initiative des autorités du Grand-Duché de Luxembourg, et avec les partenaires de la Grande Région, l'action «Capitale euro-

peenne de la Culture» a été menée pour la première fois à l'échelle d'une grande région européenne.

Le succès de la mise en œuvre de la Capitale européenne de la culture 2007 permet à la coopération au sein de la Grande Région d'entrer dans une nouvelle phase, c'est-à-dire une professionnalisation de la coopération culturelle à l'intérieur de la Grande Région et sa promotion à l'intérieur comme à l'extérieur.

Dans ce cadre, la coordination du travail culturel dans la Grande Région, en particulier par rapport à sa jeunesse, favorisera la transmission de compétences linguistiques et interculturelles, et la mobilité et les échanges entre ses citoyens.

Grâce à cette action, la Grande Région est appréhendée comme un espace de vie, de culture et de formation au sein duquel est développée une stratégie transfrontalière commune, complémentaire aux politiques régionales existantes et qui permettra de mettre en évidence les points forts, de compenser les points faibles et de créer des synergies.

Les 5^e et 7^e Sommets avaient proposé la mise en place d'une agence culturelle commune dotée d'un fonds commun affecté aux projets culturels. Le travail de préparation et de mise en œuvre de l'année culturelle 2007 a depuis permis de faire un certain nombre de propositions alternatives.

En conséquence, le Sommet des Exécutifs de la Grande Région se réjouit de voir se rencontrer à intervalles réguliers, au moins tous les 18 mois, tous les responsables politiques de la culture de la Grande Région. Il se félicite de la proposition de faire évoluer l'association transfrontalière 2007 vers une nouvelle structure transfrontalière à représentation paritaire, support d'un secrétariat commun. La mise en place de cette structure représente une contribution importante à la structuration du secteur culturel, au soutien de projets et à la pérennisation à tous les niveaux de la coopération culturelle.

La mise en place de ce projet politique de coordination culturelle transfrontalière requiert une structure en réseau légère et efficace. Ce projet ne prévoit pas d'investissements dans des structures lourdes impliquant des coûts de fonctionnement et de personnel élevés, mais mise plutôt sur une forte mise en réseau des ressources culturelles régionales.

Ce projet est basé sur les principes suivants:

- les coordinations régionales s'appuyant sur les habitudes de travail et l'expérience déjà acquises pour l'évènement «Luxembourg et Grande Région, capitale européenne de la culture 2007» seront pérennisées dans leurs missions actuelles, acceptées par l'ensemble des entités partenaires,

- le secrétariat commun assure le relais et la communication entre les coordinations régionales,

- l'outil plurio.net offre un espace d'information commun dans le domaine de la culture sur Internet, soutient la coopération des administrations culturelles de la Grande Région et constitue une vitrine de la diversité et de la richesse des projets culturels.

Forts de ces décisions du 10^e Sommet, les responsables de l'a.s.b.l. transfrontalière «Luxembourg et Grande Région, Capitale européenne de la Culture, 2007» qui avait été créée pour l'année culturelle ont décidé d'adapter les statuts de l'a.s.b.l. actuelle pour en faire une structure juridique pouvant répondre aux objectifs tels que décrits ci-dessus. Une des conséquences de l'adaptation des statuts sera un changement de nom: l'actuelle a.s.b.l. portera, dès que l'assemblée générale en aura décidé ainsi, le nom de «Espace culturel Grande Région» et aura

son siège au Luxembourg. Chaque région mettra à disposition, selon ses disponibilités budgétaires, une personne ressource ainsi qu'un budget de fonctionnement. Le Luxembourg a inscrit dans son budget de 2008 la somme de 100.000 euros. Une demande de cofinancement sera introduite auprès du programme Interreg IV.

Question 2285 (5.2.2008) de **Mme Colette Flesch (DP)** concernant la **mise en demeure par la Commission européenne du Luxembourg dans le domaine des télécommunications:**

Suivant de récentes informations de presse, la Commission européenne aurait envoyé une lettre de mise en demeure au Luxembourg dans le domaine des télécommunications, en raison du «manque d'indépendance du régulateur de ce pays». Deux personnes agissant au niveau de la réglementation siègeraient dans le conseil d'administration d'opérateurs.

- Le Ministre peut-il confirmer qu'une telle lettre de mise en demeure a été adressée au Luxembourg par la Commission?

- Peut-il identifier les raisons qui ont amené la Commission à adresser ladite lettre au Luxembourg?

- Envisage-t-il de prendre des mesures pour éviter que la Commission ne traduise le Luxembourg devant la Cour de Justice? Lesquelles?

Question 2287 (5.2.2008) de **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)** concernant la **mise en demeure par la Commission européenne du Luxembourg dans le domaine des télécommunications:**

La Commission européenne vient de lancer un nouveau cycle de procédures pour infraction à la réglementation en matière de télécommunications.

Dans un communiqué de presse, Madame Viviane Reding, membre de la Commission européenne chargée des télécommunications, annonçant entre autres une mise en demeure du Luxembourg pour manque d'indépendance du régulateur du marché des télécommunications, est citée de la façon suivante: «Le régulateur luxembourgeois devra lui aussi veiller à un partage clair des responsabilités entre les fonctions de régulateur et de propriétaire, sans quoi il nous faudra aussi traduire ce pays devant la Cour de Justice dans un avenir très proche.»

La Commission pointe du doigt les responsables qui «assument actuellement des fonctions de régulation tout en occupant un poste d'encadrement chez un opérateur». Néanmoins, selon des informations publiées dans la presse nationale, la Commission ne mettrait pas en cause des responsables de l'Institut Luxembourgeois de Régulation (ILR), mais plutôt l'indépendance de deux hauts fonctionnaires ministériels en charge de la réglementation et siégeant parallèlement en tant que représentant de l'État au conseil d'administration d'opérateurs.

- Le Ministre peut-il confirmer que la Commission européenne vise non pas l'ILR, mais une incompatibilité entre la fonction de fonctionnaire chargé du cadre réglementaire et la fonction de représentant de l'État au sein de sociétés visées par ce même cadre réglementaire?

- Comment le Ministre entend-t-il répondre aux exigences de la Commission?

Réponse (4.3.2008) de **M. Jean-Louis Schiltz, Ministre des Communications:**

La Représentation permanente du Luxembourg à Bruxelles a reçu une mise en demeure de la Commission dans le courant de l'après-midi du 1^{er} février 2008. La même Commission a publié son communiqué de presse afférent la veille, soit le 31 janvier 2008 de sorte qu'il a déjà été commenté dans la presse avant même qu'il n'ait atteint son destinataire la presse rapportant le 1^{er} février 2008 que c'est l'ILR qui serait visé. Après examen de la mise en demeure, il s'avère qu'il n'en est rien, alors que sont visés deux fonctionnaires du Service des Médias et des Télécommunications, l'un Monsieur Jean-Paul Zens en sa qualité de membre du conseil d'administration de l'Entreprise des Postes et Télécommunications et l'autre Monsieur Paul Schuh en sa qualité de président de Luxconnect.

La Commission reproche dans ce contexte au Gouvernement de ne pas avoir veillé à la séparation structurelle effective entre la fonction de réglementation et des activités inhérentes à la propriété ou à la direction d'entreprises assurant la fourniture de réseaux et/ou de services de communications électroniques.

Monsieur Schuh prévoyant de se retirer de Luxconnect lors de la prochaine assemblée prévue au mois de mai 2008, la Commission sera informée de ce retrait en sorte qu'il devrait pouvoir être considéré que la demande de la Commission deviendra à son propos sans objet au plus tard à ce moment-là.

Pour le surplus, le Gouvernement dispose d'un délai de deux mois pour répondre aux griefs de la Commission. Les éléments essentiels de la réponse feront l'objet d'une communication publique en temps voulu.

Question 2286 (5.2.2008) de **Mme Colette Flesch (DP)** concernant la **concentration de pouvoir dans les mains d'un ministre chargé de la justice et de la police:**

Compte tenu des récents événements juridico-policiers, le rédacteur en chef d'un quotidien proche d'un des partis de la majorité se demande dans un éditorial des 2 et 3 février 2008 s'ils ne résultent pas d'une concentration de pouvoir malsaine entre les mains d'un ministre chargé de la justice et de la police.

- Le Premier Ministre partage-t-il cette préoccupation?

- Envisage-t-il, comme le lui demande le journaliste, de procéder à bref délai à une séparation de ces pouvoirs?

Réponse (19.3.2008) de **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État:**

La compétence du Ministre de la Justice tant pour l'organisation judiciaire que pour la police amène plus facilement des décisions cohérentes, comme en témoignent les récentes décisions de personnel prises par le Ministre de la Justice. On peut bien s'imaginer que si deux ministres avaient été compétents, l'un aurait pris la défense des arguments du procureur et l'autre de ceux du directeur général de la police, sans qu'il n'ait été possible de concilier les deux points de vue.

J'observe par ailleurs que le modèle actuellement en vigueur, confiant à une seule personne les compétences pour la justice et la police trouve des précédents tant au Luxembourg qu'à l'étranger.

Ainsi, au Luxembourg, Monsieur Eugène Schaus (DP) fut Ministre de la Justice, de l'Intérieur et de la Force publique de 1969 à 1974.

En Europe, pas moins de dix pays ont confié la responsabilité de la police au Ministre de la Justice. Il

s'agit notamment des pays suivants: Danemark, Suède, Norvège, Malte, Chypre, Irlande, Hongrie, Islande et Suisse.

Finalement, il y lieu de noter que les questions de justice et de police sont traitées au sein d'une même formation du Conseil de l'Union européenne et relèvent de la compétence d'un même membre de la Commission européenne.

Au vu de ce qui précède, j'estime qu'il n'y a pas lieu de modifier les compétences ministérielles définies en 2004.

Question 2288 (6.2.2008) de **Mme Colette Flesch (DP)** concernant le **financement du «Luxembourg American Cultural Center» à Belgium (États-Unis):**

Selon un article de presse consacré le 5 février 2008 au «Luxembourg American Cultural Center» à Belgium, Wisconsin, le maître de l'ouvrage («Luxembourg American Cultural Society») serait soutenu par la «Roots and Leaves Society of Luxembourg» et le Ministère de la Culture du Luxembourg.

- Le soutien accordé par la société prend-il la forme de subside en espèce? Quel en est le montant?

- Prend-il la forme d'une aide en nature? Quelle en est la valeur estimée?

- Quelle est l'origine des fonds de la société?

- Le soutien accordé par le Ministère prend-il la forme d'un subside? Quel en est le montant?

- Prend-il la forme d'un soutien en nature? Quelle en est la valeur estimée?

Réponse (4.3.2008) de **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche:**

Il échet d'abord de constater que l'article de presse auquel se réfère la question parlementaire est rédigé en langue anglaise. La référence à «The Roots and Leaves Society» résulte de la traduction en anglais de «The Roots and Leaves Association», l'association sans but lucratif de droit luxembourgeois créée le 4 octobre 2006. Il ne s'agit donc pas de la «Luxembourg American Cultural Society» (ci-après «LACS»), qui est une association de droit américain.

L'association luxembourgeoise a son siège à Luxembourg et a pour missions:

- en général, le développement des échanges culturels entre les États-Unis et le Luxembourg dans l'esprit de la convention de l'UNESCO pour la promotion et la protection de la diversité des expressions culturelles,

- et en particulier, la participation active à l'élaboration du contenu et aux orientations pédagogiques du futur centre culturel américano-luxembourgeois actuellement en construction au site de New Luxembourg (Belgium, Wisconsin, USA), notamment par

- l'organisation de projets de recherche sur l'immigration luxembourgeoise aux États-Unis,

- l'organisation de projets pédagogiques (expositions, conférences, séminaires, échanges d'étudiants, de professeurs, d'artistes et d'experts) au Luxembourg et aux États-Unis,

- l'organisation de toutes initiatives permettant une meilleure visibilité du Luxembourg moderne ainsi que de l'Union européenne aux États-Unis,

- la reconstruction, la sauvegarde et la restauration d'objets ou d'immeubles du patrimoine culturel luxembourgeois aux États-Unis

d'Amérique et notamment la constitution de collections,

- l'exercice, en règle générale, de toute activité susceptible de favoriser la réalisation de son objet social et de participer à une telle activité de quelque façon que ce soit, de participer aux activités d'autres associations pouvant contribuer à son développement ou à le favoriser notamment par:

- la collecte de fonds, la recherche de subventions des pouvoirs publics ainsi que de contributions de personnes physiques ou morales,

- la représentation des intérêts de ses membres vis-à-vis des pouvoirs publics et des institutions privées.

Le Roots and Leaves Museum sera hébergé dans une grange construite en 1872 par Joseph Mamer, émigrant luxembourgeois originaire de Septfontaines, connue aujourd'hui sous le nom de «Hansen Barn» et dont la préservation était menacée à son emplacement original. La reconstruction de cette grange sur le site de New Luxembourg, Belgium (Wisconsin) sera intégralement financée par des fonds privés américains et exécutés sous la supervision de la LACS, qui a sa base dans la localité avoisinante de Port Washington, et dont les fonds proviennent également de sources privées. Les terrains sur lesquels le Musée est construit ont été reçus en donation par la LACS de la part de Monsieur Mike Ansay, dont les ancêtres sont d'origine luxembourgeoise, et qui est patron d'une compagnie d'assurances. Chérissant son héritage luxembourgeois, il s'est rallié à la cause de la préservation du patrimoine historique et de la mémoire des Luxembourgeois émigrés aux États-Unis et a largement contribué à la réalisation et à la concrétisation de l'idée de ce Musée.

Ni l'association luxembourgeoise «The Roots and Leaves», ni le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche ne donnent de subside en espèces à la LACS. Concernant un éventuel soutien en nature, il y a lieu de mentionner que les membres de l'association luxembourgeoise se tiennent à disposition de la LACS afin de donner tous conseils utiles relatifs à une construction respectueuse de l'histoire architecturale des bâtisses de émigrants luxembourgeois.

Le projet du Musée et de sa scénographie restera la propriété commune intellectuelle commune des deux associations, ce qui explique que la partie américaine mentionne constamment la participation de The Roots and Leaves Association du Luxembourg.

Historique des engagements du Ministère vis-à-vis de la LACS et de l'a.s.b.l. «The Roots and Leaves Association».

En date du 26 octobre 2004, Monsieur le Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche, François Biltgen, a conclu un accord avec l'association américaine, la LACS.

Aux termes de cet accord, les deux parties se sont fixé comme objectif de construire et d'entretenir aux États-Unis des infrastructures culturelles comprenant un musée, un centre de recherche et un centre de conférences en vue de préserver l'héritage luxembourgeois aux États-Unis, de montrer une image vivante du Luxembourg contemporain et de stimuler continuellement la relation entre le Grand-Duché de Luxembourg et les Américains d'origine luxembourgeoise.

Ainsi qu'il ressort du point (1) de cet accord, le Grand-Duché de Luxembourg s'était engagé à prévoir au budget de l'État une

participation d'un montant de 400.000 euros au maximum en vue de prendre en charge les frais suivants pour travaux et dépenses en relation avec la mise en place des infrastructures susvisées, ces travaux et dépenses afférentes étant par ailleurs à effectuer au Luxembourg:

- a) les frais de conception et de réalisation d'objets d'exposition, d'installations et de mobilier pour le musée ainsi que les frais de transport de ces objets aux États-Unis;
- b) les frais d'acquisition et de transport de matériel électrique et autre destiné à la construction du musée;
- c) les frais des architectes et des ingénieurs luxembourgeois impliqués dans le projet.

En date du 1^{er} décembre 2006, en collaboration avec l'Inspection générale des Finances, une convention a été conclue entre The Roots and Leaves Association et le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche en exécution de l'accord précité. Cette convention confie à l'association luxembourgeoise la mission suivante correspondant à ses statuts:

- élaborer, réaliser et faire exécuter la scénographie du Centre culturel «The Roots and Leaves Museum» situé à New Luxembourg, Belgium, Ozaukee County, Wisconsin, États-Unis d'Amérique;
- procéder dans ce cadre à la reconstruction, restauration et production d'œuvres matérielles et immatérielles du patrimoine culturel luxembourgeois relatives à l'objet de l'association «The Roots and Leaves»;
- assurer le transport des objets reconstruits ou restaurés du Luxembourg aux États-Unis d'Amérique;
- réaliser l'agencement, la diffusion et l'exposition de ces objets au musée, et
- réaliser la publicité et les publications relatives au musée et ses activités destinées à être diffusées au Luxembourg et aux États-Unis d'Amérique.

Pour l'exécution de cette mission, la convention prévoit l'octroi à l'association d'une somme de 400.000 euros aux fins de réalisation de l'objet susmentionné sous réserve du décompte des sommes déjà liquidées conformément à l'accord: en effet, en date du 28 novembre 2006, la somme de 26.319,37 euros correspondant à une partie des frais d'études avait déjà été ordonnancée, liquidée et imputée à charge du Fonds pour les monuments historiques, dans le respect des procédures légales et réglementaires.

Les 373.680,63 euros restants ont été versés à l'association et les travaux de réalisation de la scénographie ont débuté, l'ouverture du musée étant prévue en 2009.

En 2007, l'association luxembourgeoise a payé les factures suivantes:

- frais de consultation (bureau d'ingénieurs):	9.376,00 €
- ferronnerie d'art	30.198,70 €
- frais de menuiserie	15.085,38 €
- frais de traduction	400,99 €
- production d'une animation sur l'histoire de l'immigration	9.157,60 €
Total:	64.218,67 €

La convention précitée est donc conclue dans le but de la réalisation d'une mission clairement définie conforme aux statuts de l'association luxembourgeoise. Il y a encore lieu de préciser que la scénographie et les publications seront intégralement réalisées au

Luxembourg, en collaboration avec des entreprises luxembourgeoises. La somme versée par le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche à l'association sera donc employée au profit du paiement des travaux d'artisans et d'artistes luxembourgeois. Comme toute association conventionnée avec le Ministère, l'a.s.b.l. «The Roots and Leaves Association» devra fournir jusqu'au 31 mars 2008 le bilan financier, le compte de pertes et profits, son rapport d'activités, son budget prévisionnel 2009 et répondre au questionnaire sur les statistiques culturelles (article 5 de la convention). Ce rapport sera ensuite soumis au contrôle du service de comptabilité du Ministère et de l'Inspection générale des Finances.

D'autre part, afin de couvrir ses frais de fonctionnement, l'association recourt aux contributions annuelles de ses membres et à des financements privés. À ce sujet, il y a lieu de remarquer que les frais de fonctionnement sont limités au strict minimum, la plupart de ses membres travaillant de manière bénévole et en dehors de leur temps de travail. Concernant la question des aides en nature, il y a lieu de mentionner que le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche met à disposition de l'association ses locaux pour des réunions.

D'autres aides en nature ayant un lien en partie indirect avec l'objet de la question, concernant deux décharges à mi-temps accordées pour l'année 2007, l'une, par le Ministère à un collaborateur des Archives nationales, et l'autre, par la Ville de Luxembourg à un de ses fonctionnaires, afin de permettre à ces personnes de contribuer activement à la réalisation des trois projets suivants confiés à l'association. Il s'agit de deux projets réalisés dans le cadre de «Luxembourg et Grande Région, Capitale européenne de la culture 2007»:

- Migrations (exposition itinérante), et
 - «Luxembourg-USA. A story of Migration» (exposition qui a été montrée avec beaucoup de succès du 30 juin au 30 septembre 2007 au Musée de l'Immigration à Ellis Island, à New York).
- Ces expositions, qui retracent l'émigration d'une partie très importante de la population luxembourgeoise aux États-Unis au XIX^e siècle, s'inscrivent entièrement dans le thème principal des «migrations» de l'année culturelle 2007 et en constituent une composante indissociable.

La 3^e mission est la scénographie du Roots and Leaves Museum à New Luxembourg, Belgium, Wisconsin, USA.

Outre la scénographie pour le Musée, l'association luxembourgeoise contribuera encore à l'activité du Musée par la participation et l'organisation de conférences, de workshops, activités qui ont commencé et continueront, bien entendu, lorsque le Musée aura ouvert ses portes au printemps 2009. Il est d'ailleurs possible de suivre le développement du projet de construction ainsi que les activités de la LACS au jour le jour en cliquant sur le site web de la société:

<http://www.luxamculturalsociety.org/>

Enfin, j'aimerais rappeler que par le passé, les Luxembourgeois ainsi que les Américains d'origine luxembourgeois ont réalisé un certain nombre d'opérations de sauvetage de patrimoine aux États-Unis. La fameuse «Marnach House» construite en 1857 vient de fêter ses 150 ans d'existence. Un certain nombre d'activités culturelles et pédagogiques ont eu lieu pendant l'année 2007 (voir p.ex.: http://www.winonacountyoldsettlers.org/news/winona_diversity.php).

D'autres lieux de mémoire sur les origines des communautés luxembourgeoises aux États-Unis (et dont le fonctionnement est entièrement assuré et financé par la Partie américaine) sont:

- le Musée de Rollingstone:
<http://www.luxamculturalsociety.org/RollingstoneLuxHeritageMuseum.htm>
- et le Sinnen House:
http://www.luxamculturalsociety.org/SinnenHouse_000.htm

Le récent film commandité par l'a.s.b.l. «Luxembourg et Grande Région Capitale européenne de la Culture, 2007» «Luxembourg-USA» sur l'histoire de l'immigration luxembourgeoise aux États et réalisé par Willy Perelstejn et Christophe Wagner raconte, en s'appuyant sur des témoignages très personnels, la situation actuelle des Américains d'origine luxembourgeoise dans le Mid-West des États-Unis.

L'initiative de créer dans cette partie des États-Unis un centre culturel et un centre de recherches constitue une étape essentielle pour les Américains de descendance luxembourgeoise qui y voient un projet apte à leur permettre non seulement de se souvenir de leurs racines, mais également de garder vivante la mémoire du Luxembourg tout en dressant une image réaliste de ce pays pour ceux d'entre eux qui ne le connaissent que des récits transmis par leurs ancêtres. Ce centre est également un atout important pour positionner le Luxembourg comme État européen moderne dans une partie du monde qui a besoin de garder le contact avec l'Europe d'aujourd'hui. Le titre emblématique du Centre «The Roots and Leaves Museum» intégrant les «roots» (le passé) et les «leaves» (le présent et l'avenir) est en lui-même mission et programme.

Certes, le succès du nouveau centre culturel américano-luxembourgeois sera mesuré à l'engagement que les jeunes Américains et les jeunes Luxembourgeois sont en train de prendre pour arriver à une meilleure compréhension mutuelle. Le programme projeté devra ainsi comprendre des sujets et projets adaptés à ces fins.

On ne saurait donc sous-estimer l'impact bénéfique que les activités pédagogiques, mais aussi les activités de recherche, les activités de prospection économique et touristique ainsi que les manifestations culturelles que se propose de développer le Musée «Roots and Leaves» auront sur le développement de nos relations avec cette partie de l'Amérique.

Je voudrais rappeler ici que ce projet s'inscrit dans le cadre de notre politique culturelle à l'étranger: à plusieurs reprises déjà, le Luxembourg a pu marquer sa présence et son existence en participant, avec des moyens financiers mais surtout avec son savoir-faire à des opérations de restauration d'un patrimoine en danger. C'est ainsi que le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a pu mener à bien

- la restauration de la maison «Schaser», devenue par la suite la «Casa Luxemburg» à Sibiu en Roumanie,

- l'installaton d'une verrière sur la maison du Commandant dans le complexe du Musée Pierre et Paul à Saint-Pétersbourg,

- la reconstruction d'un petit pont à Mostar, en Bosnie-Herzégovine.

J'aimerais souligner que la part affectée par l'État luxembourgeois au projet du futur centre culturel américano-luxembourgeois à New Luxembourg, Belgium aux États-Unis n'en constitue qu'une partie, certes non négligeable, mais minime par rapport à l'ensemble des frais qui sont financés par la Partie

américaine. Les Américains d'origine luxembourgeoise ont fait et continuent de faire d'énormes efforts de fund-raising. Le détail de cette activité peut, lui aussi, être lu sur la page web de la Luxembourg American Cultural Society: <http://www.luxamculturalsociety.org/>

Pour conclure, il convient de constater que le musée ajoutera une nouvelle dimension qualitative aux activités des communautés luxembourgeoises et contribuera à ce que leurs ressortissants puissent avoir à une meilleure connaissance du Luxembourg moderne. L'existence aux États-Unis d'un musée qui dessinera une image contemporaine du Grand-Duché de Luxembourg, de ses institutions, de son histoire, de ses citoyens, tout comme de l'Union européenne, sera donc un élément majeur dans la perception américaine du patrimoine luxembourgeois. Il constituera une pierre angulaire à la fois pour garder vivante la mémoire du Luxembourg à un moment où les traces du luxembourgeois en tant que langue maternelle des descendants des émigrants de nos régions se perdent. Enfin, et surtout, il aidera à conserver et à soutenir les liens qui se sont développés entre le Luxembourg et les communautés luxembourgeoises en Amérique depuis les années 60, tissés au début par des particuliers, auxquels se sont ajoutés plus tard seulement des visites de représentants du Gouvernement, à commencer dans les années 1980 par celle du Ministre d'État et des Affaires culturelles de l'époque, Monsieur Pierre Werner.

La disparition des liens des descendants d'émigrants luxembourgeois avec le Luxembourg ne constituerait assurément pas un avantage dans les efforts d'un positionnement international du Luxembourg que tout Gouvernement luxembourgeois a toujours eu à cœur. Le soutien tel que décrit ci-dessus accordé par le Luxembourg au projet du musée sera le témoin que le Grand-Duché tient à assurer et à conserver des relations avec les communautés luxembourgeoises aux États-Unis, tout en les plaçant dans un cadre plus scientifique et moderne qui est par ailleurs promu et pris en charge par les communautés elles-mêmes.

Question 2289 (6.2.2008) de M. Laurent Mosar (CSV) concernant la situation politique en Serbie:

Suite aux récentes élections présidentielles en Serbie, le pays du Balkan se retrouve en face d'un président pro-européen qui a comme but de rapprocher la République serbe de l'Union européenne en vue d'une future adhésion et d'un Premier Ministre aux tendances plutôt nationalistes et anti-européennes.

Les Ministres des Affaires étrangères européens avaient évoqué la possibilité d'un accord facilitant l'obtention de visas ou le libre-échange avec la Serbie, accord qui aurait pu être signé en date du 7 février 2008. Cependant le Premier Ministre serbe vient d'annoncer qu'il s'y oppose et que par conséquent aucun accord ne pourra être signé.

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser la question suivante à Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:

- Quelle est la position du Gouvernement face aux récents développements en Serbie?

Réponse (10.3.2008) de M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:

Le Gouvernement luxembourgeois se félicite du fait que le Président Boris Tadić a, suite à sa réélection

le 3 février 2008, clairement ré-affirmé son adhésion aux valeurs européennes ainsi que sa détermination à vouloir poursuivre les efforts tendant à rapprocher la Serbie de l'Union européenne. Le Gouvernement confirme son soutien à l'agenda défini au Sommet de Thessalonique en juin 2003 et à la perspective européenne offerte aux pays des Balkans occidentaux.

Le Gouvernement luxembourgeois espère qu'un accord de stabilisation et d'association avec la Serbie pourra être signé dans les meilleurs délais. À défaut de pouvoir signer à ce stade un tel accord, les Ministres des Affaires étrangères de l'Union européenne ont, le 28 janvier dernier, proposé à la Serbie la signature d'un accord politique intérimaire dont l'objet est de promouvoir le dialogue politique, les échanges commerciaux, le dialogue sur une libéralisation des visas et la coopération en matière d'éducation. En même temps, la mise sur pied d'un groupe de travail spécial chargé d'examiner les moyens de réaliser des progrès rapides dans ces domaines et de formuler des recommandations à la Serbie et au Conseil de l'Union européenne, a été décidée.

À ce jour, les responsables serbes n'ont pas accepté la proposition de l'Union européenne de signer cet accord politique intérimaire. La proposition de l'Union européenne reste néanmoins sur la table, et le Gouvernement luxembourgeois espère que la Serbie saura accepter la main tendue par l'Union européenne pour l'aider sur le chemin de l'intégration européenne. La Serbie est un partenaire d'importance dans la région des Balkans et le Gouvernement luxembourgeois espère qu'elle pourra assumer son rôle de promoteur d'une stabilité et d'une prospérité durables pour toute la région.

Question 2290 (7.2.2008) de M. Laurent Mosar (CSV) concernant les entreprises dans la matière de la gestion des noms de domaines:

La loi du 21 décembre 2007 vient d'introduire une série de mesures fiscales dans le domaine des droits intellectuels s'appliquant entre autres aux noms de domaines. Ces nouvelles mesures prévoient des exonérations à hauteur de 80% du montant net positif.

À travers ces mesures, l'État a créé un cadre afin d'augmenter l'attractivité du site Luxembourg pour des entreprises oeuvrant dans la matière de la gestion des noms de domaines informatiques.

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement:

- Le Gouvernement envisage-t-il une campagne d'information afin de promouvoir l'attractivité du site pour les entreprises susmentionnées?

- Ces entreprises actives dans la matière de la gestion des noms de domaines ont-elles besoin d'une autorisation de faire le commerce afin de pouvoir s'installer au Grand-Duché?

Réponse (2.4.2008) de M. Fernand Boden, Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement:

Il me revient que le Ministère des Finances et les administrations concernées ont d'ores et déjà effectué une certaine promotion des mesures incitatives mises en place par la loi du 21 décembre 2007 dans le domaine des droits intellectuels.

En ce qui concerne le droit d'établissement, la loi du 28 décembre 1988 a vocation à s'appliquer à toutes les activités commerciales.

En conséquence, les entreprises actives dans le domaine de la gestion des noms de domaines qui associent un volet commercial à leur activité intellectuelle doivent solliciter une autorisation d'établissement subséquente, qui leur sera délivrée endéans une dizaine de jours après présentation d'une demande complète.

Question 2291 (8.2.2008) de **M. Laurent Mosar** et de **Mme Martine Stein-Mergen** (CSV) concernant l'étude d'un bureau de planification allemand sur le projet de tram léger pour la capitale:

Selon les informations de l'hebdomadaire «d'Letzebuurger Land» du 8 février 2008, une étude réalisée par un bureau allemand de planification des transports arriverait à la conclusion que le projet d'un tram léger pour la capitale ne serait pas rentable et qu'une solution train classique et train-tram serait préférable.

Au vu des développements antérieurs, nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre, peut-il nous fournir de plus amples informations sur les résultats de l'étude susmentionnée?

- Quand est-ce que cette dernière sera publiée?

- Quelles sont les conséquences que le Gouvernement entend tirer de l'étude en question?

Réponse (14.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

1) Étant donné que le Gouvernement ne se trouve saisi d'aucune «étude réalisée par un bureau allemand de planification des transports» qui arriverait à la conclusion que le projet d'un tram léger pour la capitale ne serait pas rentable, le Gouvernement se trouve dans l'impossibilité d'en tirer de quelconques conséquences, voire de la publier.

2) Toujours est-il que le Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire se trouve en possession d'un document interne intitulé «support de discussion» consistant en des présentations intermédiaires et fragmentaires d'un avant-projet de concept de mobilité pour le sud-ouest de la ville de Luxembourg. Ce document, élaboré par le bureau d'études PTV pour le compte du Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire, contient quelques pistes de réflexion pour un concept de mobilité à l'horizon 2030 sur base de différents scénarios d'évolution du trafic qui restent à valider.

3) Les pistes de réflexion, disons courageuses, dudit bureau d'études ne se prononcent pas contre l'introduction d'un tram léger pour la capitale, mais souhaitent bien au contraire compléter le tram léger et notre réseau ferré classique par tout un réseau S-Bahn et par nombre d'extensions de type train-tram, entre autres vers Sandweiler, vers Bertrange ainsi que vers Audun-le-Tiche, Dudelange et Ottange via Hesperange. Ces pistes de réflexion méritent donc encore une analyse approfondie et des discussions réfléchies entre acteurs concernés avant de mener éventuellement à un projet de concept de mobilité qui pourrait s'avérer viable à long terme et le cas échéant trouver l'aval du Gouvernement pour être ensuite présenté à la Chambre des Députés, voire au public.

Question 2292 (11.2.2008) de **M. Fernand Etgen** (DP) concernant la **composition du comité-directeur du Fonds pour le Développement du Logement et de l'Habitat**:

Le Fonds du Logement a été institué par la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement en tant qu'établissement public. Cette loi stipule que le fonds est «administré par un comité-directeur composé de douze membres, nommés et révoqués par le Grand-Duc, dont trois sur proposition des organisations syndicales les plus représentatives, deux sur proposition respectivement de la Chambre de Commerce et de la Chambre des Métiers. Cinq membres du comité-directeur sont proposés par les membres du Gouvernement ayant dans leurs attributions les Finances, les Classes moyennes, les Travaux publics, l'Intérieur et la Famille. Deux membres sont proposés par le membre du Gouvernement ayant le Logement dans ses attributions. Un de ces deux membres préside le comité-directeur et a une voix prépondérante en cas de partage des voix».

Tenant compte de ce qui précède ainsi que de la composition du comité-directeur à la date du 30 avril 2007, telle qu'elle a été publiée dans le rapport d'activité 2006 du Fonds, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Monsieur le Ministre pourrait-il m'informer, si la composition actuelle du comité-directeur du Fonds correspond aux dispositions fixées par la loi du 25 février 1979?

- Monsieur le Ministre estime-t-il qu'il n'y ait pas de conflits d'intérêts entre les différents mandats des membres du comité-directeur?

- Monsieur le Ministre est-il d'avis que le principe de la séparation des pouvoirs est respecté?

Réponse (26.3.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

Le Ministre du Logement estime que la composition du comité-directeur est conforme aux dispositions fixées par la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement, alors que tous les membres ont été désignés par les instances prévues par le législateur.

Pour ce qui est d'éventuels conflits d'intérêts entre les différents mandats des membres du comité-directeur, soulevés par l'honorable Député Fernand Etgen, il y a lieu de souligner que l'alinéa 3 de l'article 61 de la loi précitée est respecté.

En effet, cet article prévoit que: «ne peuvent devenir ni membre effectif ni membre suppléant du comité-directeur le ou les fonctionnaires du Ministère ayant le Logement dans ses attributions ou toute autre administration ou service public qui, en vertu de leurs fonctions, sont appelés à surveiller ou à contrôler l'établissement ou qui, en vertu des pouvoirs leurs délégués par le Ministre ayant le Logement dans ses attributions, approuvent des actes administratifs de l'établissement ou signent des ordonnances de paiement ou toute autre pièce administrative entraînant une dépense de l'État en faveur de l'établissement».

Pour ce qui est de la troisième question relative au respect de la séparation des pouvoirs, il y a lieu de se référer à la réponse du 21 mars 2000 du Ministre de la Santé de l'époque, à savoir Monsieur Carlo Wagner, à la question parlementaire posée par l'honorable Député Norbert Hauptert et concernant la nomination de l'honorable Députée Maggy Nagel comme membre du conseil d'adminis-

tration de l'établissement public «Centre thermal et de santé de Mondorf-les-Bains» (cf. *compte rendu N°9/1999-2000 - question parlementaire N°0378*).

Question 2293 (11.2.2008) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (LSAP) concernant le **calcul de l'aide au logement suite à l'introduction du boni pour enfant**:

Selon les termes de l'article 18 du règlement grand-ducal du 16 novembre 1998 fixant les mesures d'exécution relatives aux logements locatifs, aux aides à la pierre ainsi qu'aux immeubles cédés sur la base d'un droit d'emphytéose et d'un droit de superficie, prévus par la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement, le calcul du loyer des logements tombant sous ce régime se base sur deux éléments, dont le premier dépend du revenu net disponible annuel du ménage concerné. À côté des revenus nets visés à l'article 10 de la loi sur l'impôt sur le revenu, il est également tenu compte des allocations familiales ainsi que d'autres allocations et revenus lors de l'établissement du revenu net disponible.

L'année 2008 a vu l'introduction d'une nouvelle allocation familiale par le biais d'une loi du 21 décembre 2007, à savoir le boni pour enfant. Cette allocation d'un montant de 922,50 euros par enfant mineur remplace la modération d'impôt pour enfant, jusqu'à présent intégrée dans les barèmes de l'impôt sur le revenu des personnes physiques.

Voilà pourquoi je souhaite poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Est-ce que le boni pour enfant sera pris en considération pour l'établissement du revenu net disponible du ménage en vue du calcul du loyer, tel que prévu à l'article 18 du règlement grand-ducal susmentionné?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre pourrait-il me fournir quelques exemples de calcul de l'évolution du loyer pour les catégories de ménages les plus «typiques», par exemple sur base du fichier des locataires du Fonds du Logement?

- Toujours dans cette même hypothèse, est-ce que les ménages concernés ont été informés du recalcul de leur loyer à partir du mois de janvier 2008?

- Le cas échéant, est-ce que les communes ont été informées de la façon dont le boni pour enfant est à considérer lors de l'établissement du revenu net disponible et partant du calcul du loyer des ménages occupant des logements dits «sociaux» communaux?

Réponse (18.3.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

D'emblée, il y a lieu de réaffirmer que les logements faisant partie du parc public (État, communes, Fonds du Logement) sont loués non en fonction du capital investi (aux termes de la législation sur le bail à loyer), mais principalement en fonction du Revenu Net Disponible (RND) par unité de consommation du ménage occupant.

Le grand principe sur lequel est calquée la législation en la matière dès les débuts du logement social «contemporain» au Luxembourg est celui d'inciter ceux qui disposent un jour de moyens suffisants pour se procurer un logement sur le marché libre, de déguerpir de leur logement locatif financé moyennant des deniers publics. En effet, à partir d'un certain revenu, il s'avère beaucoup plus intéressant de sortir de son propre gré du parc de logements publics, alors que le

loyer à payer au promoteur public dépasse celui opéré sur le marché privé en vertu des dispositions de la loi sur le bail à loyer.

L'introduction de ce principe par une loi spéciale du 25 février 1979 constitue d'ailleurs une des raisons pour lesquelles le Grand-Duché de Luxembourg peut se féliciter d'être un des rares pays qui n'est pas confronté à des problèmes d'occupation de logements sociaux par des ménages qui ne remplissent plus les conditions, alors que la rotation des ménages est opérée à défaut de mesures spéciales de déguerpissement.

Dans ces conditions, le RND est défini par le règlement grand-ducal du 16 novembre 1998 fixant les mesures d'exécution relatives aux logements locatifs, aux aides à la pierre ainsi qu'aux immeubles cédés sur la base d'un droit d'emphytéose et d'un droit de superficie, prévues par la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement comme suit:

«Par le RND du ménage, on entend la somme:

- des revenus nets visés à l'article 10 de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu, déduction faite des cotisations sociales et des impôts effectivement retenus;

- des allocations familiales, sans l'allocation de rentrée scolaire;

- de l'allocation d'éducation;

- de l'allocation de maternité;

- de l'indemnité pour congé parental;

- des rentes alimentaires perçues.

Les rentes alimentaires versées sont déduites de la somme ci-dessus déterminée».

Fait défaut sur cette liste la «rente accident» qui constitue un revenu de substitution au même titre que l'indemnité pour congé parental. C'est pourquoi cette lacune sera comblée dans le cadre de la modification du règlement grand-ducal en question, réalisé sur base des expériences intrinsèques du Fonds du Logement, des recommandations du Médiateur ainsi que des conclusions de la Commission des Pétitions et de la Commission des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement de la Chambre des Députés. En plus, la nouvelle réglementation tiendra compte des revenus bruts alloués pour les heures supplémentaires bénéficiant depuis le 1^{er} janvier de cette année d'une exemption d'impôt.

Concernant le boni pour enfants à charge, mentionné dans la question parlementaire de l'honorable Députée Claudia Dall'Agnol, le Conseil du Gouvernement est venu à la conclusion que ce boni est à considérer comme une allocation familiale et constitue un revenu au même titre que ceux énoncés dans la liste précitée.

En ce qui concerne les retombées sur les loyers à payer par les ménages-occupants, il y a lieu de noter que le règlement actuellement en vigueur prévoit qu'à la fin de chaque année est réalisé un décompte du loyer sur base de tous les revenus effectivement perçus durant la période du 1^{er} janvier au 31 décembre de l'année révolue. Sur base de ces données et en tenant compte de la composition effective du ménage-occupant, un «décompte loyer» est opéré.

Le texte modifié abolit le principe du «décompte loyer». Cependant, les revenus perçus durant une année constitueront toujours la base pour fixer le loyer à payer à partir du 1^{er} mai de l'année suivante.

Au niveau du boni pour enfants à charge, cette allocation ne sera pas considérée lors de la détermination du loyer pour l'année 2008 (du 1^{er} mai 2008 au 30 avril 2009) tel qu'avancé par l'honorable Députée. Le loyer de 2008 est

déterminé sur base des revenus perçus en 2007. En partant du principe que ce boni pour enfant à charge constitue un revenu, il sera considéré, toujours dans la logique du revenu effectivement disponible, lors du calcul du loyer pour l'année 2009 (du 1^{er} mai 2009 au 30 avril 2010), basé sur les revenus perçus en 2008. Les ménages concernés disposeront alors mensuellement du montant supplémentaire en allocation familiale pour s'acquitter du montant marginalement majoré de leur loyer mensuellement dû.

À noter également dans ce contexte que si le boni pour enfants n'était pas considéré lors de la détermination du RND, tous les ménages habitant un logement faisant partie du parc public et qui paient des impôts verraient leur loyer diminuer, en raison du fait que leur revenu net diminue à cause de l'abolition de la modération d'impôt pour enfants.

Il va sans dire qu'il appartiendra à tous les promoteurs publics d'informer leurs locataires des nouvelles dispositions de la réglementation.

Question 2294 (11.2.2008) de **M. Fernand Etgen** (DP) concernant le **site Internet luxembourgeois et le «Cheval de Troie»**:

La semaine dernière, un communiqué du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur aversait qu'un site Internet luxembourgeois très fréquenté du domaine non bancaire avait été infecté avec un «Cheval de Troie», technique permettant d'escroquer surtout financièrement les internautes en leur soustrayant certaines données personnelles.

Ce communiqué, bien qu'informatif en expliquant la technique du Cheval de Troie et la façon de s'en prémunir, avait la particularité de ne pas révéler l'information principale et essentielle à tout internaute, à savoir le nom ou l'adresse du site Internet en question.

Dans ce contexte j'aimerais savoir:

- Quelles sont les raisons qui ont amené le Ministère à ne pas communiquer le nom du site Internet suspecté d'être infecté?

- Monsieur le Ministre ne trouve-t-il pas que cette façon de procéder peut avoir un résultat inverse à l'effet escompté en plongeant dans la suspicion un ensemble de sites Internet luxembourgeois?

- La dissimulation de cette information capitale ne rend-t-elle pas le communiqué tout simplement superflu?

Réponse (13.3.2008) de **M. Jeanot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député Félix Braz, je puis vous communiquer les informations reprises ci-après concernant le communiqué de presse du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur mettant en garde les internautes contre les risques liés au déploiement de chevaux de Troie.

Le site web en question a été manipulé par un cybercriminel pour rediriger les internautes de façon clandestine vers un site hébergé en Russie distribuant des malware¹. Cette manipulation a été rendue possible par un serveur sur lequel le site a été hébergé et qui présentait certaines vulnérabilités techniques. L'exploitation de ces vulnérabilités rendait la manipulation du site possible.

¹ Technique appelée iFrame: <http://www.cases.public.lu/fr/publications/dossiers/iframe/index.html>

La prise en otage de sites Internet pour la distribution indirecte de malware (vers, virus ou chevaux de Troie) est une technique de plus en plus employée par les cybercriminels. Ainsi Googleⁱⁱ a répertorié en 2007 plus de 70.000 sites qui distribuent directement ou indirectement du malware, la plupart du temps malgré eux. C'est donc un phénomène très répandu, mais mal connu puisque assez nouveau.

Considérant le grand nombre de sites web infectés, la publication du nom d'un seul site touché n'aurait présenté aucune valeur ajoutée, ceci d'autant moins que le site en question avait résolu le problème au niveau de la publication du communiqué de presse. Le but de mon Ministère est de mettre les internautes en garde devant un danger général, non limité à un seul site. Les internautes doivent apprendre de façon générale qu'ils doivent se protéger contre les risques très répandus d'attaques par chevaux de Troie. Telle est la mission de sensibilisation du projet CASES.

En d'autres mots, en date du communiqué de presse, le site en question ne présentait plus de vulnérabilités et l'iFrame qui redirigeait les internautes n'était plus présent. Cependant le risque provenant du Cheval de Troie qui a éventuellement été installé persiste. De plus, le risque de s'infecter en surfant sur d'autres sites n'est pour autant pas éliminé parce que l'attaque en tant que telle existe et le nombre d'attaques est toujours croissantⁱⁱⁱ.

Au cours des discussions autour de cette attaque par cheval de Troie, la presse a nommé deux sites qui ont été défigurés au cours des dernières semaines. Ils s'ajoutent à la longue liste des sites qui ont subi des attaques de type «defacement^{iv}». Or si un cybercriminel peut accéder à un site pour le défigurer, il peut aussi introduire une iFrame afin de rediriger les internautes vers des sites qui distribuent du malware.

Beaucoup de sites web dans le monde sont hébergés sur des serveurs mal configurés ou mal gérés. Ceci est aussi vrai pour le Luxembourg et montre la nécessité que tous les acteurs confondus, industrie, PME, administrations et citoyens adoptent des mesures de sécurité appropriées afin de pouvoir tirer profit des avantages manifestes d'Internet. Ce cas montre aussi que l'industrie de la sécurité trouve, surtout auprès des PME, un marché potentiel qui demande des solutions innovatrices. Le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur promeut déjà depuis plusieurs années le développement de solutions innovantes et adaptées tant aux besoins sécuritaires spécifiques qu'aux possibilités financières des PME. Parallèlement le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur fournit, par le biais de sa structure CASES, une plate-forme d'échange pour informations touchant à la sécurité informatique aux acteurs de l'industrie et de la place financière.

Tous les acteurs sont invités à tirer profit de cette plate-forme et de venir s'informer sur les risques actuels et les contre-mesures applicables. Ainsi, le Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur offre proactivement des solutions à un problème global.

Le phénomène des attaques par iFrame n'est pas limité au Luxembourg, les chiffres de Google le démontrent bien. Le communiqué de

presse, tel qu'il a été lancé avait l'intention de mettre en garde les internautes devant un risque répandu et d'expliquer que le phénomène ne faisait pas halte aux frontières luxembourgeoises. Les articles publiés dans la presse démontrent bien qu'une discussion générale a été lancée et cette évolution nous semble importante et bienvenue.

Les internautes luxembourgeois ne se limitent bien entendu pas à surfer sur des sites luxembourgeois, mais tirent globalement profit d'Internet. Il est donc primordial que les internautes connaissent les dangers et sachent se protéger.

Question 2296 (11.2.2008) de **M. Marco Schank** (CSV) concernant le **dernier communiqué de Cyberworld Awareness and Security Enhancement Structure (CASES) - le Site Internet luxembourgeois et le «Cheval de Troie»:**

La semaine dernière, la structure CASES (Cyberworld Awareness and Security Enhancement Structure) du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur avait informé la presse qu'un site Internet luxembourgeois très fréquenté par le public a été victime de cybercriminels qui y avaient déposé un Cheval de Troie pour infecter les ordinateurs des visiteurs du site et voler leurs données personnelles pour les escroquer.

Si cette initiative de CASES est certainement louable, il se pose cependant un certain nombre de questions quant à la date de publication et le contenu de cet avertissement. En fait, ce dernier n'a été publié que quelques jours après l'infection du site concerné. En plus, ni le nom du site infecté, ni celui du Cheval de Troie n'ont été publiés jusqu'à ce jour.

Selon mes informations, le site qui a été visé par les cybercriminels est surtout fréquenté par des jeunes internautes qui ne sont pas toujours conscients des dangers liés à l'utilisation de l'Internet.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Pour quelles raisons la structure CASES a-t-elle retardé la publication du communiqué de presse au lieu de le diffuser le jour même ou le lendemain de l'infection?

- Pour quelles raisons le nom du site Internet infecté n'est-il pas mentionné dans le communiqué de presse? Pourquoi a-t-on laissé les internautes dans l'incertitude?

- Monsieur le Ministre entend-il préciser à l'avenir les informations contenues dans un tel communiqué?

- Outre des conseils de sécurité, Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas nécessaire d'indiquer sur le site de CASES un certain nombre de liens de téléchargement vers des programmes antivirus ou antitrojan qui aideraient les internautes à protéger ou désinfecter leurs ordinateurs?

Réponse (13.3.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:*

En réponse à la question parlementaire de l'honorable Député Marco Schank, je puis vous com-

muniquez les informations reprises ci-après concernant le communiqué de presse du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur mettant en garde les internautes contre les risques liés au déploiement de chevaux de Troie.

Le site web en question a été manipulé par un cybercriminel pour rediriger les internautes de façon clandestine vers un site hébergé en Russie distribuant des malwareⁱ. Cette manipulation a été rendue possible par un serveur sur lequel le site a été hébergé et qui présentait certaines vulnérabilités techniques dont l'exploitation rendait la manipulation du site possible.

La prise en otage de sites Internet pour la distribution indirecte de malware (vers, virus ou chevaux de Troie) est une technique de plus en plus employée par les cybercriminels. Ainsi Googleⁱⁱ a répertorié en 2007 plus de 70.000 sites qui distribuent directement ou indirectement du malware, la plupart du temps malgré eux. C'est donc un phénomène très répandu, mais mal connu puisque assez nouveau.

La structure CASES du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur a reçu le 25 janvier 2008 l'information qu'un site luxembourgeois à forte fréquentation avait distribué, de façon indirecte et involontaire, des chevaux de Troie. Le même jour, la structure CASES a informé ses partenaires, notamment le Centre Informatique de l'État ainsi que le secteur financier via l'ABBL, et a émis une alerte sur son site (www.cases.lu) pour mettre en garde les internautes. À ce moment une investigation policière était déjà en cours et le site concerné, qui avait été informé de l'attaque, avait réagi immédiatement et ne distribuait plus de malware.

Le 6 février, en concertation avec l'ABBL et la Police grand-ducale, un communiqué de presse a été distribué pour mettre en garde les internautes de façon générale, contre cette forme d'attaques désormais très répandue.

Considérant le grand nombre de sites web infectés de par le monde, la publication du nom d'un seul site touché n'aurait présenté aucune valeur ajoutée, ceci d'autant moins que le site en question avait résolu le problème avant la publication du communiqué de presse. Le but de mon Ministère est de mettre les internautes en garde devant un danger général, non limité à un seul site. Si CASES avait publié le nom du site concerné, tous les internautes qui ne connaissent pas ce site ou qui ne l'ont jamais visité, ne se seraient pas sentis concernés et auraient simplement ignorés le communiqué. Or il est important que les internautes apprennent qu'ils doivent se protéger toujours contre les risques très répandus d'attaques par chevaux de Troie et que cette forme d'attaque ne fait pas halte à un seul site ni aux frontières luxembourgeoises. Telle est la mission de sensibilisation qu'a le projet CASES.

Aujourd'hui le risque provenant des Chevaux de Troie persiste. Le risque de s'infecter en surfant sur Internet n'est pas éliminéⁱⁱⁱ.

Le but de la structure CASES est de sensibiliser respectivement de mettre en garde les internautes contre les dangers liés à la société de l'information, de leur fournir le savoir-faire adéquat pour se protéger. C'est aussi dans cette op-

tique que l'alerte ainsi que le communiqué de presse ont été rédigés, le but n'étant pas de montrer du doigt un site-victime, mais de mettre en garde les internautes devant un danger général qui frappe aussi le Luxembourg et qui n'est pas limité à des sites de mauvaise réputation.

CASES s'efforce depuis toujours d'émettre des alertes et des communiqués de presse précis, corrects et rapides tout en respectant d'éventuelles enquêtes policières et en ne divulguant que les informations nécessaires pour que les internautes puissent comprendre le danger et implémenter les contre-mesures nécessaires, respectivement vérifier si les contre-mesures sont en place.

Dans le même but, CASES émet des conseils génériques pour aider les internautes à se protéger contre les multiples risques liés à l'utilisation d'Internet, comme notamment les attaques par cheval de Troie. Conseiller les internautes à utiliser des logiciels spécifiques mettrait en cause la neutralité de CASES et pourrait avoir des implications du point de vue de sa responsabilité, étant donné que CASES ne peut pas garantir l'infaillibilité des produits sur le marché, ni émettre, en tant que structure étatique des préférences d'un produit par rapport à un autre. CASES a pour mission de sensibiliser les internautes à utiliser correctement des logiciels de sécurité tels que les anti-virus, les pare-feux et de veiller à ce que les systèmes d'exploitation et les applications soient mis à jour de façon régulière. CASES promeut l'adoption de réflexes de sécurité, mais ne peut pas faire de publicité pour des produits spécifiques surtout si le Cheval de Troie en question est détecté par tous les grands logiciels anti-virus.

Question 2298 (12.2.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant **l'impression du Mémorial:**

Dans son édition du 25 janvier 2008, le journal «De Feierkrop» écrit:

«Während Victor Bruck mit EU-Subventionen in der Slowakei eine neue Druckerei eröffnete, werden in Luxemburg Arbeitsplätze abgebaut. So druckt Buck zum Beispiel das luxemburgische Amtsblatt 'Memorial' in der Slowakei dank der dort üblichen Hungerlöhne.»

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Messieurs les Ministres:

1. Monsieur le Ministre peut-il confirmer cette information?

2. Quelle est la consommation annuelle en papier nécessaire pour l'impression des Mémoires A, B et C?

3. Avec quelle périodicité paraissent ces trois éditions du Mémorial?

4. Est-ce que l'impression du Mémorial a fait objet d'une soumission, si oui de quel type et quels étaient les critères à remplir?

5. Monsieur le Ministre de l'Environnement peut-il nous renseigner sur le bilan de CO₂ du transport de la Slovaquie au Grand-Duché des Mémoires ainsi imprimés, eu égard aux informations sub 1?

Réponse conjointe (13.3.2008) de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État aux relations avec*

le Parlement et de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement:*

1. L'honorable Député se réfère à un article paru dans un hebdomadaire pour demander si les allusions qui y sont faites par rapport à une impression complète du Mémorial, Journal Officiel du Grand-Duché de Luxembourg, en Slovaquie sont correctes.

Ignorant les recherches à la base des affirmations reproduites, il échet en premier lieu de constater que les destinataires de certaines des questions ici posées sont des entreprises privées et non pas le Gouvernement. Néanmoins, nous avons recueilli les informations suivantes et tenons en premier lieu de préciser que le Mémorial comporte trois éditions distinctes A, B et C, dont l'impression est confiée depuis 2005 à une association momentanée comprenant deux imprimeurs luxembourgeois: Qatena (ex-Victor Buck) et Imprimerie Centrale, et ceci à la suite d'un marché public avec soumission restreinte.

Le Mémorial A et B n'est pas et n'a jamais été imprimé à l'étranger. En effet, le Mémorial A, contenant les actes législatifs et réglementaires (arrêté royal grand-ducal du 22 octobre 1842 réglant le mode de publication des lois; règlement grand-ducal modifié du 9 janvier 1961 relatif aux trois recueils du Mémorial) et le Mémorial B, contenant des actes administratifs individuels (insérés par extraits), des avis, des communiqués etc. requièrent une production au Grand-Duché, alors qu'il doit être garanti que le «Journal Officiel» puisse être imprimé, en cas d'urgence, le jour même de l'entrée en vigueur d'un texte en vue de parvenir aux destinataires le lendemain.

Il est vrai que l'entreprise informe que le Mémorial C, dont Qatena avait la responsabilité courant 2007, a été effectivement imprimé en Slovaquie pendant la période de mai 2007 à fin novembre 2007, dû à une restructuration qu'elle a dû effectuer.

En effet, elle a déménagé la presse 2-couleurs qui imprime, entre autres, le Mémorial C en Slovaquie. Cette machine a principalement d'autres productions que le Mémorial C, productions pour lesquelles un déménagement en Slovaquie était justifié, la machine étant sous-utilisée avec la seule demande nationale qui a tendance à se porter vers des productions de plus haute qualité, au contraire des clients servis par Qatena en Slovaquie. Une seule personne travaille sur une 2-couleurs. Pour le Mémorial C, il ne pouvait donc pas s'agir d'une question de prix, les frais de transport dépassant le gain fait en imprimant en Slovaquie. Depuis décembre 2007, le Mémorial C est de nouveau imprimé au Luxembourg (chez Qatena sur une presse 4-couleurs, à défaut) et depuis le 1^{er} janvier 2008 chez l'Imprimerie Centrale.

2. Cette consommation varie en fonction de l'activité législative et administrative (pour le Mémorial A et B), ainsi que de l'activité économique du pays et de la réglementation des publications officielles y relatives (pour le Mémorial C). En 2007, 158.114 pages (tables comprises) ont été publiées au total pour les trois éditions du Mémorial.

La majeure partie de ces pages, à savoir 146.528 pages (tables comprises) concerne le Mémorial C. Il est intéressant de noter que 51,2% des abonnés au Mémorial C sont des abonnés publics (Ministères, administrations, services publics, communes etc.). En février 2008, le nombre des abonnés publics s'élève à 87 et celui des abonnés privés à 83. Le nombre des abonnés au Mémorial C diminue constamment, alors que le stockage de +/- 3.000 numéros annuels (en 2007: 3.025 fascicules à 48 pages, un à huit par jour) est non négligeable. Ces données changeront bien sûr substantiellement

ⁱⁱ <http://googleonlinesecurity.blogspot.com/2007/06/web-server-software-and-malware.html>

ⁱⁱⁱ Consulter le dossier malweb: <http://www.cases.public.lu/fr/risques/2007/malweb/index.html>

^{iv} Consulter la fiche correspondante: <http://www.cases.lu/fr/publications/fiches/defacement/index.html>

ⁱ Technique appelée iFrame: <http://www.cases.public.lu/fr/publications/dossiers/iframe/index.html>

ⁱⁱ <http://googleonlinesecurity.blogspot.com/2007/06/web-server-software-and-malware.html>

ⁱⁱⁱ Consulter le dossier malweb: <http://www.cases.public.lu/fr/risques/2007/malweb/index.html>

parce que le Mémorial C ne sera plus publié que sous forme électronique au site Internet «legilux.lu» à partir de l'année 2009 (à l'exception d'une dizaine d'exemplaires destinés au dépôt légal et à l'archivage). Annoncé en 2007, voilà qui reviendra à une économie substantielle en papier et à une organisation plus rationnelle.

3. Les Mémoires A et B paraissent régulièrement, sans délais prédéterminés, en fonction de l'activité législative et administrative. Le Mémorial C paraît tous les jours ouvrables, du lundi au samedi inclus et le nombre d'éditions par jour dépend de l'activité économique du pays et de la réglementation des publications officielles y relatives (loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif).

4. En 2004, le marché public du Mémorial a fait l'objet d'une soumission restreinte, sur base d'un cahier des charges dont l'examen détaillé dépasserait le cadre de la présente question parlementaire. Cette soumission était en tous points conformes aux lois et règlements en vigueur sur les marchés publics, et a porté sur une durée de quatre ans. Le marché du Mémorial sera relancé à partir de l'année 2009.

5. D'après les informations fournies, les Mémoires C imprimés en Slovaquie ont été transportés vers le Luxembourg par un transport routier (un transport toutes les deux à trois semaines), conjointement avec d'autres produits et marchandises, ceci dans le souci de limiter les frais de transport ainsi que les émissions de CO₂.

Sachant qu'un numéro de Mémorial C pèse environ 105 g, que le tirage total par numéro pendant la période en question était de 240 exemplaires par numéro et que, toujours pendant la même période, 2.000 numéros environ ont été publiés, l'on peut dresser l'estimation suivante:

2.000 x 240 x 105 g = 50.400.000 g = 50.400 kg ou encore environ 50 tonnes de papier, réparties sur une douzaine de transports par camion sur la période. La distance à parcourir s'élève à 1.200 km par trajet.

En se basant sur les calculs établis par le «Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (IFEU)», à savoir que les émissions moyennes de gaz à effet de serre du transport routier de marchandises (par camion) s'élèvent à un équivalent de 45 g de CO₂ par tonne transportée et par kilomètre parcouru, on peut estimer que les émissions engendrées par le transport du Mémorial C de la Slovaquie au Grand-Duché pendant la période considérée s'élèvent à quelque 2,7 tonnes de CO₂. À titre de comparaison, cette quantité correspond à peu près au rejet annuel moyen d'une voiture particulière parcourant 15.000 km par an.

Rappelons que cette situation de transport a cessé et que, de toute façon, à partir de 2009, l'impression ordinaire sur papier du Mémorial C n'aura plus cours.

Question 2299 (13.2.2008) de **M. Roland Schreiner** (LSAP) concernant les **services d'assistance en escale:**

L'inauguration de la nouvelle aérogare à l'Aéroport de Luxembourg est prévue pour le 25 avril prochain. Parallèlement à la mise en service de cette nouvelle infrastructure, la société d'exploitation lux-Airport S.A. prévoit l'implantation d'un deuxième prestataire de services d'assistance aux vols passagers en escale, activité réservée jusqu'à présent à la seule société

nationale de navigation aérienne, Luxair.

L'ouverture à la concurrence des services d'assistance en escale engendrera un certain nombre de changements d'ordre organisationnel à l'aéroport, de même que la société Luxair verra disparaître son monopole dans ce domaine.

Dans ce contexte je souhaite poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Quels changements structurels et/ou organisationnels deviendront nécessaires suite à l'implantation d'un deuxième prestataire de services d'assistance en escale à l'aéroport de Luxembourg?

- Dans quelle mesure la société Luxair sera-t-elle concernée par ces changements?

- Quelles en seront les conséquences prévisibles pour le personnel de Luxair?

- En cas de perte d'une partie des activités de «ground handling» par Luxair, quel sera le sort réservé au personnel, alors peut-être en surnombre?

Réponse (18.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports:*

L'inauguration de la nouvelle aérogare aura lieu le 25 avril 2008 avec deux journées portes-ouvertes prévues les 26 et 27 avril 2008 afin de permettre au grand public de découvrir les lieux.

Avec la mise en service de la nouvelle aérogare et conformément aux missions qui ont été attribuées par la loi du 19 mai 1999 ayant pour objet a) de réglementer l'accès au marché de l'assistance en escale à l'Aéroport de Luxembourg, b) de créer un cadre réglementaire dans le domaine de la sûreté de l'aviation civile, et c) d'instituer une Direction de l'Aviation civile à l'entité gestionnaire de l'aéroport, lux-Airport assurera également l'exploitation de la nouvelle aérogare.

Parallèlement, il a été décidé de préparer l'ouverture du marché des services d'assistance en escale à l'Aéroport de Luxembourg à la concurrence en prévoyant l'implantation d'un deuxième prestataire de services à l'Aéroport de Luxembourg. Le Luxembourg avec un trafic en 2007 de quelques 1,7 millions de passagers, au vu des prévisions de croissance du trafic aérien en général et de la capacité de la nouvelle aérogare de trois millions de passagers, anticipe ainsi le seuil de trafic de deux millions de passagers prévu dans la loi précitée de 1999, seuil à partir duquel cette mise en concurrence devient obligatoire et répond ainsi à une demande pressante de la part des autres compagnies aériennes opérant au Luxembourg.

Il convient de noter que l'assistance en escale comporte une plénitude d'activités, tels l'assistance «passagers», l'assistance «bagages», l'assistance «catering», l'assistance «transport au sol», l'assistance «carburant et huile».

En conformité avec les dispositions de la loi précitée, la société lux-Airport S.A. sera en charge d'assurer la gestion des infrastructures centralisées servant à la fourniture des services d'assistance en escale et dont l'usage et par les prestataires de services et par les usagers pratiquant l'auto-assistance est obligatoire. Il convient de citer comme exemple d'une infrastructure centralisée le système de tri de bagages qui sera utilisé en commun par les deux prestataires de services.

La nouvelle aérogare a été conçue afin de disposer des locaux permettant d'accueillir deux prestataires de services ce qui n'était pas le cas pour l'ancienne aérogare. En tant qu'exploitant de la nouvelle aérogare, lux-Airport devra assurer une gestion transparente, objective et non discriminatoire des diffé-

rentes infrastructures centralisées d'assistance en escale par rapport aux assistants en escale et aux usagers et ceci sous la supervision des autorités compétentes.

En ce qui concerne les prestataires de services qui fournissent des services d'assistance en escale, ils doivent tout d'abord opérer une stricte séparation comptable selon les pratiques commerciales en vigueur entre les activités liées à la fourniture des services d'assistance en escale et leurs autres activités. La réalité de cette séparation comptable doit être contrôlée par un vérificateur indépendant désigné par les autorités. Ensuite, les prestataires visés doivent obtenir un agrément pour ces activités d'assistance en escale dont ils doivent respecter les conditions.

Alors que la procédure de sélection de ce deuxième prestataire de services a été entamée par la société lux-Airport dûment mandatée par le Ministre des Transports, il appert que cette procédure ne sera vraisemblablement clôturée que fin juillet 2008 de sorte qu'il peut être escompté qu'un nouvel prestataire de services entame ses activités au courant du deuxième semestre 2008.

La société Luxair, comme l'indique à juste titre l'honorable Député, perdra ainsi son monopole dans le marché de l'assistance en escale à l'aéroport de Luxembourg. Étant donné qu'il s'agit d'une branche d'activités parmi d'autres du Groupe Luxair, celui-ci se verra contraint à revoir sa politique commerciale en ce qui concerne la prestation de ces activités envers les sociétés aériennes tierces qui auront le choix entre deux prestataires de services d'assistance en escale. En même temps, il ne faut pas non plus oublier qu'étant donné que l'opérateur Luxair a transporté en 2007 plus d'un million de passagers sur un total de 1,7 millions de passagers passant par l'Aéroport de Luxembourg, la part de marché potentiellement affectée est limitée, sans même parler des possibilités de croissance de ces activités au vu des nouvelles capacités offertes par la nouvelle aérogare.

Au vu de ce qui précède, il est encore trop tôt de déduire à de quelconques conséquences pour le personnel de Luxair. De manière générale, il peut cependant être noté qu'à ce jour toutes les questions affectant le personnel ont pu être résolues selon le modèle luxembourgeois en étroite concertation avec le personnel concerné.

Question 2300 (13.2.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant **l'importation et la commercialisation de tous les produits dérivés de phoques:**

La directive européenne du 28 mars 1983 (83/129/CEE, JO CE L 91), modifiée en dernier lieu par la directive du Conseil du 8 juin 1989 (89/370/CEE, JO CE L 163), concernant l'importation dans les États membres de peaux de certains bébés-phoques et de produits dérivés, a interdit sur le territoire de la Communauté européenne l'importation à des fins commerciales de certains produits dérivés de bébés-phoques harpés et de bébés-phoques à capuchon.

Or, si une telle démarche est louable, elle est insuffisante, car elle ne concerne d'une part, que certains produits dérivés et d'autre part, les bébés-phoques. Par ailleurs, force est de constater que seule l'importation est réglée au niveau européen, mais non le commerce.

De nombreuses infractions aux différentes réglementations adoptées en vue de protéger les phoques et plus particulièrement les

bébés-phoques contre la chasse non traditionnelle sont constatées tous les ans. Si on ajoute au nombre de phoques et de bébés-phoques tués le plus souvent dans des conditions «barbares» au mépris des règles internationales de protection de cette espèce, celui des phoques et bébés-phoques victimes de l'échauffement de la planète, on comprend aisément que cette espèce animale est en voie d'extinction. Il est important d'agir dès maintenant pour préserver cette espèce et à travers elle la faune et la flore terrestre et maritime de notre planète en étendant l'interdiction à l'importation et à la commercialisation de tous les produits dérivés de phoques, de phoques à selle et de phoques à capuchon, quelle que soit leur catégorie d'âge.

Dans ce contexte j'aurais aimé savoir de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration et de Monsieur le Ministre de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural,

- si le Luxembourg partage l'avis du soussigné qu'il est urgent d'étendre l'interdiction à l'importation et à la commercialisation de tous les produits dérivés de phoques, de phoques à selle et de phoques à capuchon, quelle que soit leur catégorie d'âge.

- Dans l'affirmative, quelles sont les mesures que le Luxembourg entend prendre au niveau national, mais aussi au niveau communautaire voire international? Au niveau communautaire, entend-il par exemple mettre la question sur l'agenda européen? Au niveau national, vise-t-il à instaurer un embargo sur tous les produits dérivés de phoques en attendant la mise en place de mesures législatives appropriées?

Réponse commune (13.3.2008) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration* et de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural:*

L'honorable Député se réfère à la réglementation communautaire prescrivant depuis 1983 l'interdiction de l'importation dans l'UE des peaux bébés-phoques et des produits dérivés pour proposer l'extension de cette prohibition à la mise sur le marché et aux échanges intracommunautaires.

À l'époque, l'objectif de cette réglementation restrictive visait avant tout le boycottage de produits issus de l'abattage des bébés-phoques harpés et des bébés-phoques à capuchon.

Cette réglementation eut pour effet que les autorités compétentes du Canada, du Groenland et de la Norvège n'ont, à partir de 1987, plus autorisé que la chasse de phoques d'un âge plus élevé. Par la suite, des quotas limitatifs de capture des phoques ont été instaurés avec pour conséquence une forte croissance du nombre de phoques au Groenland et à l'Atlantique avec quelque huit millions d'animaux en 2004. Ces chiffres positifs sont corroborés par des foras internationales comme la CITES (Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction) et IUCN (Union Internationale pour la Conservation de la Nature) qui ont pour mission de surveiller les écosystèmes et la biodiversité de la planète.

Ces chiffres rassurants sur le développement de la population des phoques ne disent cependant rien sur la composante éthique de la chasse qui, bien que surveillée par des autorités, se situe à la limite de la maltraitance animale.

Une démarche fondée sur le seul respect du bien-être animal mènerait probablement à une interdiction de la mise sur le marché et de l'échange intracommunautaire des peaux de phoques et de leurs

dérivés telle que voulue par l'auteur de la question parlementaire. Cependant une démarche législative au seul niveau national n'aura bien évidemment qu'une valeur symbolique en raison de l'envergure restreinte du commerce des peaux de phoques et de leurs dérivés sur notre territoire.

Nous savons que certains de nos pays voisins ont légiféré dans le sens que l'honorable Député préconise ou sont en train de le faire. Comme d'autres pays européens, le Gouvernement luxembourgeois estime qu'il conviendrait de se concentrer au niveau européen. Ainsi, en termes d'action au niveau communautaire, le Gouvernement ne s'opposera pas à une démarche dans le sens voulu par l'honorable Député. Il s'agira pourtant de s'entendre sur des bases juridiques devant permettre une telle avancée. Il conviendra aussi de s'assurer de la compatibilité d'une législation éventuelle avec les règles de l'OMC afin qu'une telle législation ressorte tous ses effets escomptés.

Question 2303 (14.2.2008) de **M. Jean-Pierre Klein** (LSAP) concernant les **fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises ayant la qualité d'officier de police judiciaire:**

L'article 15 de la loi du 27 juillet 1993 portant organisation de l'Administration des Douanes et Accises stipule que certains fonctionnaires, ayant au moins le grade de contrôleur adjoint et nominativement désignés par un arrêté des Ministres de la Justice et des Finances, ont qualité d'officier de police judiciaire.

Par conséquent, pour chaque nouvelle législation qui prévoit des missions tombant sous le champ de compétence de l'Administration des Douanes et Accises, les agents désignés selon l'article ci-dessus devront être assermentés devant le Tribunal d'arrondissement.

Selon mes informations, ces démarches protocolaires entraînent à chaque fois une perte de temps de travail considérable d'autant plus que la plupart des agents de l'Administration des Douanes et Accises ne sont en règle générale que rarement concernés par les nouvelles dispositions.

- J'aimerais savoir de Monsieur le Ministre des Finances s'il peut confirmer cet état des choses?

- Par ailleurs, combien d'agents de l'Administration des Douanes et Accises ont la qualité d'officier de police judiciaire, donc combien de personnes doivent à chaque fois se soumettre à une nouvelle assermentation?

- Sachant que la législation sur la Police grand-ducale prévoit que l'ensemble du personnel policier est chargé de missions de police judiciaire, quel est l'avis de Messieurs les Ministres sur une telle disposition pour le personnel de l'Administration des Douanes et Accises?

- Est-ce que Messieurs les Ministres ne sont pas d'avis que l'attribution légale de la qualité d'officier de police judiciaire à l'ensemble du personnel douanier - à partir d'un grade à déterminer ou après l'examen de fin de stage -, contribuerait à augmenter le nombre d'agents disponibles auprès de l'Administration des Douanes et Accises et à éviter une perte de temps inutile?

- Sinon, quelles sont les raisons éventuelles qui s'opposent à une telle démarche?

Réponse commune (21.3.2008) de **M. Jean-Claude Juncker**, Premier Ministre, Ministre des Finances et de **M. Luc Frieden**, Ministre de la Justice:

En effet, récemment de nombreux fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises ont été assermentés devant leur Tribunal d'arrondissement compétent, en raison de nouvelles compétences leur accordées par différentes législations.

Actuellement 332 fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises ont la qualité d'officiers de police judiciaire dans les différents domaines, comme «attributions de sécurité», «stupéfiants», «dual use», «précurseurs» et «recherches».

L'article 15 de la loi du 27 juillet 1993, citée dans la question parlementaire, concerne uniquement les infractions aux lois en matière des douanes et accises et aux autres lois fiscales. Or, pour toute loi qui ne rentre pas dans cette catégorie, c'est la loi elle-même qui désigne les compétences et les qualités des agents de l'Administration des Douanes et Accises.

Contrairement aux fonctionnaires de la police grand-ducale, la qualité d'OPJ des fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises ne trouve pas sa base juridique dans l'article 10 du Code d'instruction criminelle. Il s'agit d'une compétence ad hoc pour certains douaniers dans des domaines clairement définis par la loi.

À l'heure actuelle un inventaire de toutes les lois accordant la qualité d'OPJ aux fonctionnaires de l'Administration des Douanes et Accises est établi. L'objectif de cet exercice est d'harmoniser les différentes formules existantes et d'analyser la possibilité de remplacer les formules figurant dans les différentes lois par une formule unique, afin d'en obtenir une cohérence accrue sans passer par une procédure d'assermentation supplémentaire.

Question 2304 (15.2.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant les **retenues**:

D'Schoulgesetzgebung gesäit vir, datt Schüler, déi géint d'Schouluerdnung verstoussen, mat verschiddenen disziplinaresche Moosnamen bestrooft kënnen ginn. Dës Strofe reeche vu Retenuen iwwer zäitweiligen Ausschluss vun de Cours bis zum Schoulverwäis.

Unni d'Retenuen als sollech a Fro ze stellen, stelle sech an der Applikatioun dach awer eng ettlech Froen. Ass et zum Beispill pedagogesch sennvoll, wann e Schüler, dee während dem Unterricht just «geknätscht» huet, an enger Retenue dozou «verdonnert» gétt, all Knätsch, deen ënnert de Schoul-dëscher pecht, ewech ze maachen? Oder därefer Schüler ganz allgemeng eng «Botzretenue» operluecht kréien, och wann hir Verfehlung mat der Propretéit am Schoulgebai näischt ze dinn huet?

Duerfir géif ech lech gären dës Froe stellen:

- Gëtt et Direktive vum Ministère, wéi bei Retenuen ze verfueren ass, oder ass dat der jeeweileger Schoulleedung iwwerlooss?

- Däerfen iwwerhaapt «Botzretenuen» ordonnéiert ginn, a wa jo, missten déi net iergendwéi am Zesammenhang mat der betrefender Verfehlung stoen?

Réponse (21.3.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

Am Gesetz vum 25. Juni 2004 iwwert d'Organisation vun de Lycéë ginn d'Retenuen am Artikel 42 bei den disziplinaresche Moosnamen opgezielt.

Eng Retenue ass no den normale Schoulstonnen. E Surveillant ass do, an de Schüler muss eng Aufgab oder eng Aarbecht maachen. Dës Aufgab oder Aarbecht kritt hien an der Regel vun deem Professor, deen him d'Retenue ginn huet. Déi Aufgab oder Aarbecht soll eng Relatioun hu mat der Ursach vun der Retenue. Eng «Botzretenue» ass also ubruecht, wann de Schüler eppes verknascht huet.

Genee Direktiven iwwert den Typ vun esou enger Aufgab oder Aarbecht ginn et net. Dat ass der Appréciatioun vun den Enseignanten an der Direktioun iwwerlooss.

Sollten d'Elteren oder de groussjährege Schüler selwer mat enger Retenue net d'accord sinn, da kënnen si beim Direkter reklaméieren, an zwar den Dag selwer, wou si informéiert ginn, oder den Dag dono.

Question 2305 (15.2.2008) de **M. John Castegnaro** (LSAP) concernant le **mobbing**:

Actuellement, le Luxembourg ne dispose pas d'une législation sur le harcèlement moral sous toutes ses formes (mobbing, stress, etc.), étant donné que jusqu'ici le Gouvernement a opté d'abord pour la mise en œuvre d'un plan d'action en quatre étapes pour combattre toute forme de harcèlement sur le lieu de travail. Ces étapes sont la sensibilisation, la prévention, la médiation et finalement la lutte répressive.

À la question parlementaire N°1846 du 11 juillet 2007 concernant une éventuelle législation sur le harcèlement moral, Monsieur le Ministre a répondu qu'il entend prochainement revenir à charge dans ce dossier suite à des consultations qu'il envisage de mener avec toutes les parties intéressées (cf. *compte rendu N°1/2007-2008*).

Par ailleurs, Monsieur le Ministre avait l'intention d'organiser avant la fin de l'année 2007 une conférence sur le sujet afin d'entendre toutes les parties intéressées avant de décider en connaissance de cause, des suites à réserver à ce dossier.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre du Travail et de l'Emploi:

- Qu'en est-il de l'état actuel des différentes phases du plan d'action susmentionné?

- Est-ce qu'une conférence respectivement des consultations avec toutes les parties intéressées ont eu lieu?

- Dans l'affirmative, est-ce que Monsieur le Ministre peut m'informer sur des conclusions éventuelles?

- Quelles suites seront réservées par le Gouvernement au dossier?

Réponse (14.3.2008) de **M. François Biltgen**, Ministre du Travail et de l'Emploi:

Je voudrais d'abord apporter quelques précisions par rapport à l'exposé des motifs précédant les questions concrètes de Monsieur le Député.

En effet, j'ai l'impression que les réflexions de base tablent sur un amalgame de différents sujets qui appellent en fait des actions politiques différentes.

Ainsi, Monsieur le Député mentionne la nécessité d'une législation sur le harcèlement moral, mais continue en mentionnant un plan d'action en matière de stress.

Les deux sujets dont certes liés mais différents et se basent en plus sur des actes et documents distincts.

Il y a effectivement d'un côté la nécessité de la transposition en droit luxembourgeois de l'accord des partenaires sociaux européens sur la lutte contre le harcèlement moral et la violence au travail. Les partenaires sociaux ont pris l'engagement, dans le cadre du dialogue social interprofessionnel, de transposer cet accord par accord partenarial interprofessionnel, comme le leur demande d'ailleurs l'accord européen de base.

Il est vrai que j'ai annoncé une conférence à ce sujet. Mes services sont en train de la préparer avec l'appui de la Fondation européenne de Dublin pour l'amélioration des conditions de vie et de travail. La conférence, qui portera évidemment sur un sujet complexe, devrait avoir lieu en fin d'année au plus tard. Cela ne conditionnera évidemment pas la poursuite des travaux sur la transposition de l'accord. En effet, il serait plus utile pour une telle conférence que les partenaires sociaux puissent déjà y proposer le cas échéant un plan d'action concret, sinon une position commune.

En parallèle, j'ai demandé aux partenaires sociaux de réfléchir à la mise en place d'un cadre d'action en matière de stress au travail, sujet fondamentalement différent, même si lié sur certains points. Le plan d'action par étapes mentionné par Monsieur le Député s'applique à ce sujet plutôt qu'à la transposition de l'accord européen sur le harcèlement et la violence.

Je pense qu'il faut éviter l'amalgame entre ces sujets, tant au niveau des actions à envisager qu'au niveau des bases de départ aux actions à envisager.

Question 2306 (18.2.2008) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant le **tracé de la ligne ferroviaire Luxembourg-Esch/Alzette**:

En 2004, l'ancien Ministre des Transports avait présenté aux responsables politiques des communes concernées en détail le tracé de la ligne ferroviaire Luxembourg-Esch/Alzette. Cette dernière joue un rôle primordial dans l'exploitation future du site Esch-Belval qui va entre autres accueillir l'Université du Luxembourg.

Le 12 février 2008, le collège des bourgmestre et échevins de la commune de Schifflange avait convié la population à une réunion d'information lors de laquelle les Ministres des Transports et des Travaux publics ont présenté le projet de suppression de plusieurs passages à niveau qui sont à l'origine de perturbations permanentes de la circulation routière. Dans cette même réunion, Monsieur le Ministre des Transports avait également informé, sans rentrer trop dans le détail, que la construction de la ligne ferroviaire Luxembourg-Esch/Alzette allait être retardée.

Dans ce contexte j'aurais aimé avoir les précisions suivantes de Monsieur le Ministre des Transports:

- Pour quelles raisons, la nouvelle ligne ferroviaire Luxembourg-Esch/Alzette, qui s'impose depuis longtemps, ne semble-t-elle plus faire partie des priorités du Ministre des Transports?

- Est-ce qu'il existe d'éventuels problèmes qui retardent la réalisation du tracé susmentionné? Et, le cas échéant, lesquels?

- Quel est le calendrier prévu pour cette nouvelle construction?

- Quels sont les projets ferroviaires dans la région Sud du pays qui jouissent d'une priorité absolue de la part du Ministre des Transports?

- Monsieur le Ministre peut-il me fournir une liste de ces projets dans leur ordre de priorité?

Réponse (20.3.2008) de **M. Lucien Lux**, Ministre des Transports:

En réponse à la question parlementaire N°2306 de l'honorable Député Marc Spautz, je tiens à souligner que la nouvelle ligne ferroviaire entre Luxembourg et Esch, comme d'ailleurs aussi la nouvelle ligne ferroviaire entre Luxembourg et Bettembourg, sont actuellement soumises aux différentes procédures prévues par la loi du 13 mars 2007 portant transposition en droit national de la directive 97/11/CE.

Ainsi, dans le cadre de la nouvelle ligne ferroviaire Luxembourg-Esch, mon prédécesseur, Monsieur Henri Grethen, a remis en novembre 2003 le dossier APS y relatif au Ministre de l'Intérieur afin que celui-ci puisse procéder à l'étude d'impact comparative conformément à la directive précitée. Dès lors, le Ministère de l'Intérieur a effectué ladite étude d'impact comparative dont le «rapport final» a été transmis au Ministère des Transports en date du 18 mai 2007.

Il s'agit d'une «étude d'impact combinée des nouvelles voies ferroviaires Luxembourg-Esch/Alzette et Luxembourg-Bettembourg» qui compare également ces deux lignes et qui exprime une légère préférence pour la réalisation de la nouvelle ligne ferroviaire «Luxembourg-Bettembourg». La procédure prévue par la loi du 13 mars 2007 précitée étant en cours, il est prévu de soumettre le projet de la nouvelle ligne ferroviaire Luxembourg-Esch à une consultation du public dans les communes concernées au cours de l'année 2008.

Suivra ensuite la décision du Conseil de Gouvernement sur le choix du tracé qui sert de base à l'élaboration de l'APD du projet. Sur base de cet APD, il est prévu de déposer en 2010 pour chacune des deux lignes un projet de loi à la Chambre des Députés.

En ce qui concerne les autres projets ferroviaires prioritaires de la région Sud, il y a lieu de citer la finalisation de la mise à double voie de la ligne Luxembourg-Pétange ainsi que la réalisation de l'antenne ferroviaire Belval-Usines - Belvaux-Mairie avec les trois arrêts Belval-Usines, Belval-Lycée et Belvaux-Mairie ainsi que le P&R à la hauteur de l'arrêt Belval-Usines.

Question 2307 (18.2.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant le **procédure de changement de fournisseur d'électricité**:

Depuis le 1^{er} juillet 2007, chaque ménage privé est libre de choisir son propre fournisseur d'électricité. Le changement de fournisseur implique peu de démarches pour le client parce que les fournisseurs d'électricité se chargent de la procédure du changement pour autant qu'il dispose d'un mandat pour se faire.

Or, selon mes informations, pour certains fournisseurs d'électricité cette procédure n'est pas suffisante. En effet, ils exigent que leurs clients doivent également notifier le changement par écrit et moyennant un certain délai de préavis.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce:

- Est-ce que le client doit toujours personnellement résilier son contrat de fourniture d'électricité existant auprès de son fournisseur actuel en cas de changement de fournisseur?

- Est-ce qu'il n'est pas suffisant que le nouveau fournisseur effectue toutes les démarches nécessaires permettant le raccordement au réseau?

- Quelles sont les dispositions légales en la matière?

Réponse (19.3.2008) de **M. Jeannot Krecké**, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

En ce qui concerne la première et la deuxième question de l'honorable Député, il y a lieu de constater que la loi du 1^{er} août 2007 concernant l'organisation du marché de l'électricité ne s'exprime pas sur la question s'il appartient personnellement au client final de résilier son ancien contrat de fourniture.

En ce qui concerne la troisième question, il faut préciser que la loi du 1^{er} août 2007 concernant l'organisation du marché de l'électricité ne fixe pas expressément les modalités pour le cas d'un changement de fournisseur.

Le point b) du paragraphe 4 de l'article 54 prévoit cependant que «le régulateur est habilité à fixer les modalités pratiques et procédurales nécessaires à assurer la non-discrimination, une concurrence effective et un fonctionnement efficace du marché en ce qui concerne (...). Le changement de fournisseur (...). Il appartiendra donc au régulateur d'analyser le fonctionnement du marché et de décider sur l'opportunité de fixer des modalités spécifiques en cas de besoin.

Question 2308 (18.2.2008) de **M. Aly Jaerling** (Indépendant) concernant le **tatouage**:

Den 31. am Karschnatz 2004 hat ech eng parlamentaresch Fro un den Här Gesondheitsminister gestallt am Kontext mat de Piercing-an Tatoostudien hei am Land.

A senger Äntwert vum 29. am Hierschtmount 2004 hat den Här Gesondheitsminister eng Rei Recommendationen vum Gesondheitsministère un d'Exploitation vun den Tatoos a Piercingalonen bäigeluecht souwéi hie matgedeelt hat, datt seng Servicer géifen d'Entwécklung an eisen Nopeschlänner am A behalen.

Den Tatouage ass hei am Land un enger gängiger Praktik ginn, besonnesch bei Jonken. An Amerika zum Beispill si 50% vun de Jonken tëschent 18 an 22 Joer tatouéiert. D'Chifferen hei am Land sinn net bekannt, mä wahrscheinlech net wäit dervun ewech, well mir ëmmer méi enger Tendenz zur Amerikaniséierung hei am Land ausgesat sinn.

Wat de Piercing betrëfft, ass d'Situatioun net esou schlëmm, mä awer bedenklech. D'Ursache vun Tatoos a Piercing si verschidden a variéieren tëschent Zougheiregkeet zu engem Frupp, engem Mythos oder ganz einfach, fir sech e perséinlechen Touch ze ginn.

D'Fräiheet vum Einzelnen net a Fro gestallt, muss een awer virun der fortschrëttlecher Entwécklung vun Tatoos a Piercing warnen, an et duerf een déi gesondheitsgefährdend Konsequenzen net aus dem A verléieren.

A Frankräich huet d'Académie de Médecine d'Entwécklung vum Piercing an dem Tatouage analyséiert an hir Bedenken an engem Rapport den 11. am Chrëschtmount 2007 publizéiert. An deem Rapport fuerdert d'Académie de Médecine eng kloer gesetzlech Reglementéierung fir d'Exploitation vun Piercing-an Tatoosalonen. Dëst besonnesch, wat de Schutz vun Mannerjähregen ubelaangt, awer och speziell, wat d'Hygiène an d'Sécherheet betrëfft. Esou Studiosien dierften nëmme méi ënner medicochirurgicalen Normen erlaabt ginn. Och misst am Virfeld eng kloer Obligation un enger adequater Formation sinn, wat d'Hygiène an d'Sécherheet an deem Beräich betrëfft.

Des Weideren dierft u Mannerjähregen ouni schréfflech Autorisatioun vun den Eltere keen Tatoos a kee Piercing virgeholl ginn. De Piercing geet oft esou wäit, datt och genital Mutilatiounen virgeholl ginn, wat onbedéngt misst verbuede ginn. An England zum Beispill, ass esou eppes gesetzlech verbueden.

D'Académie de Médecine a Frankräich huet a sengem Rapport all méiglech Krankheitsbiller an Ustiechungskrankheete publizéiert, déi duerch de Piercing an den Tatoos kënnen iwwerdroe ginn.

An de Recommendatiounen vun 2004 vun de Services de Santé hei am Land steet zum Beispill net vermierkt, datt e Minderjährege muss eng Autorisatioun vun sengen Elteren hunn.

Och huet de Ministère a senger Äntwert matgedeelt, datt et keng Méiglechkeet vu Kontroll gëtt, well keng Autorisatioun néideg ass, fir Piercing oder Tatoos ze praktizéieren.

Kann den Här Gesondheitsminister mer duerfir dës Fro beäntweren:

1) Ass der Regierung de Rapport vun 11 Dezember 2007 vun der Franséischer Académie de Médecine iwwert de Piercing an den Tatoos bekannt?

2) Huet de Ministère an der Téschenzäit Donnéeën iwwert d'Tatoos- a Piercingpraktiken hei am Land respektiv iwwert d'Zuel vun esou Salonnen?

3) Kann de Ministère matdeele wivill Krankheeten, datt duerch d'Praktiken vu Piercing oder Tatoos pro Joer festgestallt goufen?

4) Ass d'Regierung net och d'accord, datt endlech misst eng gesetzlech Reglementéierung an deem Beräich geschaaft ginn, fir d'Bierger ze schützen, besonnesch Mannerjähreger?

5) Wat gedenkt d'Regierung ze ënnerhuelen, nodeem déi franséisch Académie de Médecine ganz kloer d'Gefore vun dësen Praktiken duergeluecht huet an d'franséisch Regierung opgefuerdert huet endlech an deem Beräich ze léigiféieren?

6) Misst net zumindest eng vun dem Ministère de la Santé ausgestallten a kontrolléierbar Autorisatioun mat kloeren Obligatiounen erfuerdert sinn, fir en Tatoos- oder Piercingstudio ze bedreiwen?

Réponse (19.3.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

De rezente Rapport vun der franséischer Académie de Médecine ass menges Servicer bekannt.

Meng Servicer hu keng Informatiounen iwwer Tatoos- oder Piercingaktivitéiten. Mat Ausnahm vu verschiddenen ustiechende Krankheeten, sinn d'Krankheeten och net umeldeflichteg. Ech ka mer och kee System virstellen, wou eng staatlech Stell breetgefächert Date géif sammelen iwwert d'Ursaache vun deene verschiddene Krankheeten, mat deene jiddfer eenzelne Bierger geplott gëtt.

Sou wéi d'franséisch Académie de Médecine, sinn d'Servicer vun der Santé sech bewosst, dass d'Praktiken vu Piercing an Tatoos net ouni Gefore fir d'Gesondheet vun Bierger a besonnesch vun Mannerjährege sinn. Dofir sinn och Recommendatiounen am Zesammenhang mat der Hygiène an de Piercing- an Tatoostudioen ausgeschafft ginn.

D'Regierung verfollegt och weiderhin d'Entwécklung an den Nopeschlänner, wat d'gesetzlech Moosnamen ugeet, besonnesch a Frankräich, wou et jo och nach keng gëtt. Mä och dës Problematik werft erëm déi prinzipiell Fro op, wéi vill Fräiraum een de Bierger léisst a wéi vill staatlech Kontroll ee wëllt aféieren. Am Géigesaz zu beispillsweis dem Alkohol- an

Tubakmëssbrauch kënn jo bei dësen Praktiken eigentlech keng Dréitpersoun zu Schued.

Question 2309 (19.2.2008) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant le **tracé définitif du tram**:

Lors du débat de consultation sur l'extension du réseau ferré léger dans la ville de Luxembourg et du réseau ferré en général du 6 avril 2006, la Chambre des Députés a voté une motion invitant le Gouvernement à «préciser et approfondir, avec la Ville de Luxembourg, le projet de la mise en place d'un tram léger, en spécifiant notamment la manière dont il devrait cohabiter avec le réseau d'autobus AVL/RGTR existant, en tenant compte des besoins spécifiques des quartiers résidentiels et du transport scolaire, ainsi que le tracé du tram sur l'axe central à travers la capitale et les besoins de réorganisation des flux de la circulation routière» et «à tenir la Commission des Transports régulièrement informée sur l'état d'avancement du dossier».

Monsieur le Ministre des Transports vient d'annoncer que les discussions y relatives seraient sur le point d'être finalisées et qu'il allait présenter le tracé définitif du tram lors de la prochaine foire de printemps qui débutera le 24 mai 2008.

Dans ce contexte j'aurais aimé avoir les précisions suivantes de Monsieur le Ministre des Transports:

- Quand Monsieur le Ministre envisage-t-il d'informer la Commission des Transports des dernières évolutions dans ce dossier?

- Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas nécessaire que le projet et le tracé définitif soient tout d'abord présentés aux membres de la Chambre des Députés avant d'être présentés au grand public?

- Dans l'affirmative, quel est le calendrier de présentation du projet à la Chambre des Députés?

Réponse (18.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

En réponse à la question 2309 de l'honorable Député Marc Spautz, je tiens à souligner que je me tiens en date du 20 mai 2008 à la disposition de la Commission des Transports de la Chambre des Députés pour tenir ses membres informés sur l'état d'avancement du dossier de la mise en place d'un tram léger. Le tracé définitif du tram léger sera ensuite présenté au grand public.

Question 2310 (19.2.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant le **«péage commun»**:

Les Gouvernements des Pays-Bas et de la Belgique ont à nouveau discuté de l'introduction éventuelle d'un système de péage commun.

Selon mes informations le Luxembourg serait intéressé d'y participer au cas où la finalité serait de revoir le système de l'«Eurovignette» pour les poids lourds dépassant les douze tonnes.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre peut-il confirmer ces allégations?

- Le Gouvernement envisage-t-il de soutenir le projet d'un «péage commun»?

- Est-ce que le Luxembourg participe à ces discussions?

- Dans l'affirmative, quel est l'état actuel du dossier en question?

Réponse (13.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Tout en prenant référence à ma réponse à la question parlementaire N°1478 du 22 décembre 2006 de l'honorable Député (cf. *compte rendu N°6/2006-2007*), je tiens à nouveau à lui confirmer que le Luxembourg est demandeur d'une solution commune de péage routier Benelux pour poids lourds, au cas où l'abandon du système actuel de droit d'usage au profit de l'introduction d'un système de tarification routière serait décidé aux Pays-Bas et en Belgique.

En effet, au stade actuel, il apparaît difficile de continuer seul ou en concertation avec le Danemark et la Suède un système de droit d'usage conformément à la directive communautaire 2006/38/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 mai 2006 modifiant la directive 1999/62/CE relative à la taxation des poids lourds pour l'utilisation de certaines infrastructures au cas où les pays entourant le Luxembourg disposeraient de systèmes de tarification kilométrique.

Dans cette optique, le Luxembourg se tient informé particulièrement des projets et des évolutions politiques dans nos pays voisins et participe aussi aux discussions à différents niveaux administratifs et politiques.

Pour rester avec le Benelux, il y a lieu de constater que les Pays-Bas envisagent l'introduction d'un péage routier généralisé s'appliquant tant aux poids lourds qu'aux véhicules particuliers et ceci pour l'ensemble du réseau routier. Sans se fixer sur des mesures de compensation pour les entreprises de transport, les Pays-Bas soulignent toujours que l'introduction d'un péage routier devrait en aucun cas comporter une charge fiscale supplémentaire renchérissant ainsi le coût moyen annuel pour un poids lourd.

Bien que je suis avec intérêt ces déclarations, elles me semblent a priori difficilement transposables au Luxembourg au vu de la spécificité géographique, d'une part, et de la valeur ajoutée économique, d'autre part.

En ce qui concerne la Belgique, je ne peux pas fournir pour l'instant à l'honorable Député d'autres informations que celle que les régions belges, compétentes en la matière, continuent à discuter de façon controversée, à savoir l'opportunité d'introduire un péage routier, l'étendue infrastructurelle de celui-ci, la répartition des recettes escomptées d'un tel péage et l'affectation de celles-ci.

Si actuellement des divergences de vues caractérisent les discussions au Benelux en ce qui concerne la possibilité d'envisager un péage routier commun, je me dois de constater que le pragmatisme reste de mise en la matière.

En effet, les Gouvernements de la Belgique, des Pays-Bas et du Luxembourg en collaboration avec les Gouvernements de la Suède et du Danemark viennent de décider la persistance du système de droit d'usage commun «Eurovignette» en se proposant, d'une part, de retenir dans le cadre des travaux de transposition du droit communautaire certaines dispositions de la directive 2006/38/CE dans leur accord du 9 février 1994 et, d'autre part, de remplacer l'eurovignette sous forme de papier par une eurovignette électronique, l'«e-vignette», dont l'introduction est prévue pour la fin de l'année courante.

Question 2312 (19.2.2008) de **M. Fernand Etgen** (DP) concernant la **prise en charge par l'État des charges d'investissements de Servior**:

La loi du 23 décembre 1998 ayant créé les deux établissements publics, fusionnés dans l'actuelle

structure Servior, prévoyait que l'État assure les charges d'investissements des deux établissements publics pendant les dix premières années de leur existence.

La loi budgétaire du 21 décembre 2007 vient de prolonger pour une période de dix ans supplémentaires cet engagement étatique. Ainsi, les frais des transformations, extensions et autres modifications aux Centres Intégrés pour Personnes Âgées gérés par Servior sont assumés pour dix ans de plus par l'État.

Partant, j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration:

- Quelles ont été les raisons qui ont motivé cette décision?

- La prolongation de l'engagement financier de l'État est-elle due à l'omission de constituer des réserves financières suffisamment importantes pour permettre à Servior de subvenir lui-même aux frais en question?

- Quels sont en fait les avoirs thésaurisés par l'établissement public en question?

- Dans la mesure où les réserves seraient insuffisantes, à quel montant est estimé le manque de couverture des frais générés par les travaux en perspective prévus par l'article 18 de la loi précitée de 1998?

- Est-il prévu d'affecter les éventuelles réserves de Servior à la couverture des frais futurs ou l'État assumerait-il à lui seul cette couverture comme l'y autorise l'article 39 de la loi budgétaire du 21 décembre 2007?

- Dans la mesure où un fonds de réserve a été constitué par Servior et que ce fonds ne sera pas utilisé aux fins pour lesquelles il a été constitué, quelle sera l'affectation effective de cet argent?

- Est-il plus particulièrement prévu de faire bénéficier des pensionnaires des CIPA gérés par Servior d'une ristourne à faire valoir sur leur participation, puisque c'est notamment à charge de leurs contributions que le fonds de réserve a pu être constitué?

Réponse (10.3.2008) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration*:

Il y a lieu de souligner en premier lieu que l'article 17 de la loi modifiée du 23 décembre 1998 portant création de deux établissements publics, vise les structures affectées par l'État à l'établissement de Centres, Foyers et Services pour personnes âgées, en faisant abstraction de celles construites ou acquises par l'établissement.

L'insertion de cet article dans la loi trouve son origine dans le fait qu'à la date de mise en vigueur de la loi, il existait un important retard entre la remise en état, la modernisation et la transformation des infrastructures appartenant à l'État et celles appartenant à des gestionnaires de structures privées ou communales pour personnes âgées, financées par des participations de l'État et des communes concernées.

Dans le but de respecter l'intention du législateur de mettre tous les prestataires d'aides et de soins à des personnes âgées sur un même niveau concurrentiel - prestataires, qui au moyen du prix de pension et des prestations de l'assurance dépendance doivent assurer eux-mêmes leur financement -, il est évident que les aides financières à l'investissement que l'État a accordées aux gestionnaires privés ou communaux reviennent au même titre au gestionnaire auquel furent affectées les anciennes infrastructures dont question.

Comme il s'est avéré qu'à l'échéance des dix ans, seuls quatre projets de remise en état ou de nouvelle construction en remplacement d'une ancienne

structure - Esch/Alzette (déjà avant l'entrée en vigueur de la loi), Dudelange, Wiltz et le centre du Rham ont été réalisés ou sont en train de réalisation - et que la modernisation d'autres anciennes structures, telles Differdange, Niedercorn, Rumelange, Mertzig, Vianden, Echternach ou Bofferdange est, soit seulement en planification, soit n'a même pas encore pu être entamée, il est incontournable de prolonger l'application de l'article en cause si l'on ne veut pas mettre sérieusement en question le fonctionnement de ces centres.

En effet, les provisions que l'établissement a du constituer au cours des dernières années sont exclusivement destinées à faire faire les grosses réparations indispensables à partir du moment où les dispositions de l'article 17 ne trouvent plus application, mais seront en tout état de cause insuffisantes pour subvenir à une modernisation complète ou à une construction nouvelle d'un CIPA ou d'une maison de soins. À noter par ailleurs que si l'établissement devait prendre à sa propre charge ces frais, il serait effectivement le seul et unique gestionnaire à devoir les supporter à lui seul.

Conformément à la loi du 23 décembre 1998, l'établissement est géré dans les formes et selon les modalités du droit privé et est obligé de tenir ses comptes selon les principes et les modalités de la comptabilité commerciale.

L'établissement est donc obligé - et le réviseur d'entreprise, prévu par la loi, y veille soigneusement -, de constituer des provisions pour être à même de parer une telle situation dès qu'elle se présente.

Question 2313 (19.2.2008) de **M. Ben Fayot** (LSAP) concernant l'**application de la loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation et modifiant certaines dispositions du Code civil au niveau des communes**:

La loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation et modifiant certaines dispositions du Code civil prévoit aux articles 26, 27 et 28 les dispositions suivantes qui concernent les communes et sur lesquelles j'aimerais avoir un certain nombre de précisions:

«Art. 26. Les administrations communales ont la mission d'assurer dans la mesure du possible le logement de toutes les personnes qui ont leur domicile sur le territoire de la commune.

- Est-ce que Messieurs les Ministres ont connaissance des mesures que les communes ont éventuellement mises en œuvre depuis septembre 2006 pour répondre à cette mission? Dans l'affirmative, lesquelles et par quelle(s) commune(s)?

Art. 27. (1) Une habitation ou un local habituellement loué pour servir de logement ne pourra être soustrait à cette destination pour être transformé en bureau ou local à usage commercial ou artisanal, sauf autorisation expresse de la part du collège des bourgmestre et échevins de la commune dans laquelle se situe l'habitation ou le local en question. (...)

- Est-ce que depuis l'entrée en vigueur de la législation susmentionnée des autorisations expresse ont été établies? Pour quelles raisons?

(2) Le collège des bourgmestre et échevins peut obliger les propriétaires des immeubles et parties d'immeubles non occupés destinés à servir de logement sis sur le

territoire de la commune à les déclarer à l'administration communale dans le délai fixé par ledit collège. La déclaration devra préciser le volume non occupé, le nombre de pièces et le montant du loyer.

- Étant donnée que le collège des bourgmestre et échevins «peut» obliger les propriétaires, combien de communes ont introduit une telle déclaration? Est-ce que les propriétaires ont réagi? Dans l'affirmative, quel est le bilan intermédiaire des données collectées par les différentes communes?

(3) Les infractions aux dispositions du paragraphe (1) sont punies d'une amende de 251 à 50.000 euros et d'un rétablissement des lieux transformés dans leur pristin état ou d'une de ces peines seulement.

Les infractions aux dispositions du paragraphe (2) sont punies d'une amende de 251 à 25.000 euros.

- Est-ce qu'il existe des propriétaires qui ont fait l'objet de sanctions? Est-ce que Monsieur le Ministre de l'Intérieur peut m'informer sur le nombre de propriétaires sanctionnés et le montant des sanctions infligées?

Art. 28. Chaque commune est autorisée à demander annuellement auprès des bailleurs, donnant en location un ou plusieurs logements sis sur le territoire de la commune, respectivement auprès des locataires d'un logement sis sur le territoire de la commune, des renseignements relatifs au montant du loyer et des charges locatives à payer au bailleur ainsi qu'au type et à la surface en m² du logement loué.

- Est-ce qu'il existe des communes ayant profité de cette autorisation et avec quel résultat?

(...) La demande de renseignements est faite moyennant un formulaire mis à la disposition des bailleurs, respectivement des locataires, par les autorités communales. Elle doit être retournée, dûment remplie et signée par chaque bailleur ou locataire destinataire aux autorités communales dans le délai indiqué sur le formulaire, faute de quoi le destinataire défaillant pourra être puni à une amende dont le montant est fixé par règlement communal conformément aux dispositions de la loi communale.

- Est-ce que chaque commune a élaboré un tel questionnaire? Quel est le montant des amendes dans les différentes communes?

En cas de demande du Ministre ayant le Logement dans ses attributions, les résultats des renseignements récoltés dans une commune donnée sont communiqués au Ministre par les autorités communales.»

- Est-ce que Monsieur le Ministre du Logement a entre-temps demandé les renseignements visés auprès des communes? Si tel est le cas, serait-il possible de me faire parvenir un bilan y relatif?

- Finalement, si Messieurs les Ministres ne disposent pas des chiffres ou de la totalité des chiffres demandés, quand est-ce que l'on peut s'attendre à une évaluation détaillée des mesures concernant les communes afin d'assurer que les articles de la loi du 21 septembre 2006 ne restent pas lettre morte?

Réponse commune (27.3.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement* et de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*:

* La disposition de l'article 26 de la loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation, qui fi-

gurait déjà dans l'ancienne législation de 1955 sur le bail à loyer, consacre la mission légale des communes d'assurer dans la mesure du possible le logement à toute personne domiciliée sur leur territoire.

Il convient de mettre ce texte en relation avec les dispositions du chapitre 3 de la loi modifiée du 25 février 1979 concernant l'aide au logement, c'est-à-dire avec les aides à la construction d'ensembles de logements. En effet, pour soutenir les communes à construire et à aménager des logements sociaux (pour les mettre en location ou en vente) pour leurs habitants, l'État est prêt à accorder aux communes des aides financières substantielles (par exemple 75% du prix de construction des logements destinés à la location). Tous les projets des communes désirant bénéficier d'aides au logement doivent être inscrits dans un programme pluriannuel. La nouvelle version du 8^e programme de construction d'ensembles de logements subventionnés sera publiée au Mémorial avant fin mars.

De plus, il ne convient pas d'oublier qu'un des objectifs prioritaires du projet de loi N°5696 promouvant l'habitat, créant un «pacte logement» avec les communes, instituant une politique active de maîtrise du foncier et modifiant certaines dispositions du Code civil, et devant entrer en vigueur au cours de l'année en cours, est la création de logements à coût modéré destinés à la location.

* En ce qui concerne l'article 27 de la loi de 2006, le Ministre du Logement n'a à ce jour pas été informé d'éventuelles autorisations expresses (ni des raisons y relatives) de la part d'un collège des bourgmestre et échevins d'une des communes du pays. L'autonomie communale joue ici, et aucune commune n'est obligée d'en informer le Ministre du Logement.

Pour ce qui est de l'introduction d'une déclaration obligatoire des logements d'une commune dans le cadre de l'article 27 (ainsi que de l'article 28) de la loi, seule la Ville de Luxembourg est actuellement en train de finaliser un formulaire y relatif, en collaboration avec le Ceps/Instead, la Commission nationale pour la protection des données et le Ministère du Logement. Cette déclaration obligatoire sera dans un avenir proche envoyée aux habitants de la commune. Ce projet ambitieux pourrait servir de modèle pour les autres communes du pays. Des négociations y relatives sont en cours. Par conséquent, aucun bilan intermédiaire des données n'est pour l'instant encore disponible.

À la connaissance du Ministère de l'Intérieur, aucun propriétaire n'a encore été sanctionné sur base de l'article 27, paragraphe (3), de la nouvelle loi. Tout dépendra ici de la détermination des communes concernées à poursuivre les infractions constatées de nos jours et à l'avenir.

* L'article 28 de la nouvelle loi de 2006 donne à chaque commune la possibilité de demander auprès de leurs habitants des renseignements relatifs au loyer, aux charges locatives ainsi qu'au type et à la surface en m² du logement loué, notamment en vue de l'établissement éventuel d'un cadastre des loyers dans la commune respective. Chaque commune est donc libre de décider si oui ou non elle fait utilisation de cette disposition pour demander de tels renseignements auprès de ses habitants.

Vu l'entrée en vigueur récente de ladite loi, il est évident que toutes les communes n'ont pas encore entrepris une telle démarche. À la connaissance du Ministère du Logement, seule la Ville de Luxembourg, via la déclaration susmentionnée, entend prochainement demander de tels renseignements auprès de ses citoyens (à part le recensement fiscal annuel pratiqué

- pour des fins uniquement fiscales - dans toutes les communes du pays).

Par conséquent, le Ministre du Logement n'a pas encore demandé des renseignements auprès des communes du pays, faute de récolte de telles données par celles-ci.

Il est difficile de dire quand une évaluation détaillée des mesures concernant les communes, et surtout celles prévues par l'article 27, paragraphes (2) et (3), et par l'article 28 de la nouvelle loi sera disponible. En tout cas, le Ministre du Logement et le Ministre de l'Intérieur encouragent les communes à faire usage des nouvelles possibilités offertes par la loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation.

Question 2314 (19.2.2008) de **M. Romain Schneider** (*LSAP*) concernant les **ambulances privées**:

À côté du service ambulancier de la protection civile, de nombreuses sociétés privées de transport de malades ont vu le jour au Luxembourg ces dernières années. Tout en assumant un nombre important de transports de malades, il me paraît que ces sociétés ne sont pas toujours soumises à des dispositions légales précises.

Ainsi, selon mes informations, aucune formation spécifique d'ambulancier n'est requise pour véhiculer une ambulance privée.

- Est-ce que Monsieur le Ministre peut confirmer cet état des choses?

- Monsieur le Ministre peut-il me renseigner sur l'existence d'un standard d'équipement médical dont doivent se munir les ambulances privées?

- Par ailleurs, j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre s'il existe des standards hygiéniques à respecter dans de tels véhicules de transport.

- Finalement, Monsieur le Ministre envisage-t-il de donner un cadre légal à ces sociétés privées de transport de malades?

Réponse (20.3.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*:

L'honorable Député soulève la question des dispositions légales ayant trait au secteur des ambulances privées au Grand-Duché de Luxembourg.

En effet, la loi du 27 février 1986 concernant l'aide médicale urgente ne prend en compte que le transport des urgences, c'est-à-dire des personnes dont l'état de santé requiert des soins médicaux ou chirurgicaux immédiats et ce dans le cadre du service ambulancier public. Cette loi ne vise pas les transports de malades considérés comme non urgents.

Vu l'augmentation importante du nombre de transports non urgents, vu les possibilités limitées du service ambulancier public de subvenir à cette demande croissante en sus de ses missions dans le cadre de l'aide médicale urgente et considérant que ces dernières années de nombreuses entreprises et sociétés proposent leurs services pour effectuer ces transports et se sont équipées de divers véhicules, il est apparu nécessaire de fixer un cadre réglementaire cohérent et contraignant concernant la prise en charge et le transport de ces malades dans des conditions de confort, de sécurité et d'hygiène.

De ce fait, à l'instar de ce qui a cours dans nos pays voisins, il est prévu de fixer des conditions minimales auxquelles les ambulances destinées au transport des malades en dehors du service

ambulancier public doivent satisfaire en ce qui concerne l'équipement ainsi que la formation du personnel effectuant ce transport.

Considérant que les personnes qui font l'objet du transport en ambulance en dehors du service ambulancier public sont par définition des personnes à l'état de santé fragilisé, il sera important de prendre des mesures spéciales en vue de préserver leur état de santé d'où notamment, la fixation de critères techniques et la formation obligatoire qui prennent en compte les divers aspects liés à l'hygiène.

Un projet de règlement grand-ducal en ce sens sera proposé par le Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire dès 2008 afin de combler ce vide juridique.

Question 2315 (19.2.2008) de **Mme Claudia Dall'Agnol** (*LSAP*) concernant l'**affiliation des non résidents travaillant simultanément au Luxembourg et dans leur pays de résidence**:

Le Grand-Duché de Luxembourg, de par son économie florissante, attire un nombre toujours agrandissant de main-d'œuvre étrangère. Parmi ces salariés, issus souvent des régions frontalières, on peut retrouver toutefois une minorité qui sont des non résidents travaillant simultanément au Luxembourg et dans leur pays de résidence. Leur affiliation à différents systèmes de sécurité sociale peut par conséquent engendrer des difficultés.

Ainsi, d'après le droit communautaire, un tel salarié doit être soumis aux cotisations sociales de son pays de résidence.

Or, ces cotisations, et notamment la cotisation patronale, à verser auprès des caisses compétentes dans le pays de résidence entraînent souvent une charge financière plus élevée pour les patrons luxembourgeois. Cette charge est d'autant plus importante dans les cas où des salariés travaillent principalement au Luxembourg et seulement quelques heures par semaine dans leur pays de résidence.

Par ailleurs, l'indemnité de maternité constitue une autre problématique: une femme enceinte, issue de la catégorie de salariés prémentionnée, n'est plus indemnisée pendant au moins deux semaines, du fait que le congé de maternité prénatal obligatoire de huit semaines avant l'accouchement présumé au Luxembourg n'est couvert par la sécurité sociale des différents pays voisins que pour une durée de six semaines au maximum (p.ex. la loi française prévoit un congé prénatal obligatoire de six semaines et la loi belge prévoit un congé prénatal obligatoire d'une semaine et de cinq semaines facultatives).

Selon mes informations, il existe un projet visant à rétablir ces situations de sorte à ce que les cotisations et les indemnités seront payées dans le pays du lieu de travail principal du salarié.

- Est-ce que Monsieur le Ministre peut me confirmer qu'un tel projet est en train d'être élaboré?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre peut-il me renseigner sur l'envergure dudit projet?

Réponse (14.4.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Dans sa question parlementaire l'honorable Députée a soulevé la problématique de l'affiliation à la sécurité sociale d'une personne qui exerce simultanément deux activités salariées sur le territoire de deux États membres de l'Union européenne.

L'instrument juridique applicable à ces situations transfrontalières est le règlement (CE) 1408/71 sur la sécurité sociale des travailleurs migrants, et qui prévoit notamment le principe du droit communautaire de l'unicité de législation applicable. La personne est alors soumise au régime de sécurité sociale du pays de sa résidence.

Il est vrai que dans le cas de figure soulevé par l'honorable Députée où l'activité n'est qu'insignifiante dans le pays de résidence, un certain nombre de difficultés apparaissent. Si la législation luxembourgeoise n'est pas applicable, des doléances sont souvent invoquées par les employeurs (charge financière plus élevée, obligation de communiquer avec des administrations à l'étranger...), mais aussi par les assurés (législation étrangère moins favorable, notamment en matière d'indemnisation du congé de maternité...).

Le Ministère de la Sécurité sociale partage l'appréciation de l'honorable Députée que la solution qui est actuellement prévue au niveau communautaire, n'est pas satisfaisante. Voilà pourquoi, lors des négociations au niveau du Conseil à Bruxelles, les représentants du Ministère de la Sécurité sociale ont soutenu les initiatives pour modifier la législation communautaire sur ce point.

Dans le cadre du nouveau règlement (CE) 883/2004, qui remplacera le règlement (CE) 1408/71, une solution différente et plus équitable est prévue: en cas d'exercice simultané de plusieurs activités, l'État compétent sera celui de l'activité principale.

La procédure de codécision avec le Parlement est actuellement en cours, la mise en application du nouveau règlement est envisagée pour le 1^{er} janvier 2010.

Question 2317 (20.2.2008) de **M. Marc Spautz** (*CSV*) concernant la **construction sur le site d'Esch-Belval des infrastructures destinées à accueillir l'Université**:

Le 23 décembre 2005, le Conseil de Gouvernement a retenu le site d'Esch-Belval pour l'installation de la future Cité des Sciences. Trois critères essentiels sous-tendent cette décision à savoir le facteur «temps», le facteur «coût» et le facteur «IVL-aménagement du territoire».

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Travaux publics:

- Quel est l'état d'avancement du projet d'installation de l'Université à Esch-Belval?

- Quand Monsieur le Ministre entend-il déposer le projet de loi en la matière?

Réponse (15.4.2008) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

Le projet de l'Université a fait déjà l'objet d'une première saisine de la Chambre des Députés. Conformément à la nouvelle procédure concernant l'optimisation du suivi financier des grands projets d'infrastructure réalisés par l'État, la Commission des Travaux publics a rédigé en date du 6 novembre 2006 un rapport au sujet d'une liste de projets lui transmise par le Gouvernement, liste sur laquelle figure entre autres le projet de l'Université.

Le rapport en question a été adopté lors de la séance plénière de la Chambre des Députés du 19 décembre 2006.

En ce qui concerne la poursuite de la procédure législative, il convient tout d'abord de préciser que le projet d'ensemble de l'Université a été décomposé en onze projets particuliers qui, mis à part une

seule exception (à savoir la maison des arts et des étudiants, intégrée au projet de la maison du nombre), feront vraisemblablement chacun l'objet d'une loi de financement individuelle. Cette manière de procéder a par ailleurs également été retenue lors des discussions menées avec la Commission des Travaux publics en vue de la rédaction du rapport précité.

La liste complète des ces projets particuliers, établie compte tenu de leur état d'avancement, se présente comme suit:

1. L'incubateur d'entreprise
Les travaux de gros œuvre sont en cours. Les travaux seront achevés fin 2009.

2. La maison du savoir
L'avant-projet détaillé est achevé. Le projet de loi sera prochainement transmis au Gouvernement en Conseil. La durée des travaux est estimée à 36 mois calendrier.

3. La maison des sciences humaines
Le concours d'architectes est en cours. Le jury se prononcera le 24 mai 2008.

4. La maison du nombre
Le concours d'architectes est en cours. Le jury se prononcera le 12 juillet 2008.

5. La maison des arts et des étudiants
Le projet de la maison des arts et des étudiants fait partie du complexe immobilier de la maison du nombre et sera par conséquent traité dans le cadre du concours d'architectes y relatif.

6. La maison de l'ingénieur
Le programme de construction est disponible. Le concours sera lancé au mois de juillet 2008.

7. La maison des sciences naturelles
La programmation est en cours. Le programme sera disponible pour le mois de juillet 2008.

8. La maison des matériaux
La programmation est en cours. Le programme sera disponible pour le mois d'août 2008.

9. Les ateliers
La programmation est en cours. Le programme sera disponible le mois d'octobre 2008.

10. La maison de l'innovation
Le programme de construction est disponible dans ses principes. Les études de l'avant-projet sommaire ont été engagées.

11. La bibliothèque universitaire
Le programme de construction est disponible. Les études d'avant-projet sommaires ont été engagées.

Question 2319 (20.2.2008) de **M. Roland Schreiner** (LSAP) concernant la **restitution des trop perçus sur les tarifs de maisons de soins et de Centres Intégrés pour Personnes Âgées (CIPA):**

Dans la question parlementaire N°1781 le soussigné avait soulevé la problématique de l'augmentation des prix d'hébergement dans certains Centres Intégrés pour Personnes Âgées (CIPA) et dans les maisons de soins (cf. *compte rendu N°15/2006-2007*). En attendant les résultats d'une étude annoncée par le Gouvernement sur la structure des coûts des établissements en question, le Gouvernement a opté par le biais de la loi du 21 décembre 2007 concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2008 à prendre en charge rétroactivement par l'assurance dépendance les tâches domestiques pour les années 2007 et 2008.

Par conséquent, les établissements ayant procédé à une augmentation des prix de pension en raison de la suppression de la

prise en charge des tâches domestiques par l'assurance dépendance, sont tenus, selon une note de l'Union des Caisses de Maladie, «à appliquer une réduction correspondante du prix de pension avec effet au 1^{er} janvier 2007 et à restituer aux bénéficiaires ou à leurs ayants droit le trop perçu lié à cette augmentation. Les établissements concernés sont tenus de justifier à l'égard de l'Union des Caisses de Maladie la restitution effective des montants afférents».

- Dans ce contexte j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre quels établissements ont procédé à une augmentation des prix.

- Est-ce que tous ces établissements ont déjà procédé à un recalcul et une restitution correspondante des trop perçus?

- Sinon, quelles seront les démarches de l'UCM pour assurer une telle restitution, respectivement quels sont les moyens d'action des pensionnaires concernés?

Réponse (14.4.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:*

L'Union des Caisses de Maladie (UCM) a fourni des informations au sujet de la prise en charge du forfait normal pour tâches domestiques (TD101):

- aux prestataires concernés, par lettre circulaire du 11 février 2008 (copie en annexe),

- aux bénéficiaires du forfait TD101, par note d'information en mi-février (copie en annexe).

L'honorable Député se réfère dans sa question parlementaire à la note d'information relative à la prise en charge des tâches domestiques adressée par l'UCM à tous les bénéficiaires du forfait TD101 séjournant dans un établissement d'aides et de soins.

En application des dispositions de l'article 46 de la loi du 21 décembre 2007 concernant le budget des recettes et dépenses de l'État pour l'exercice 2008, l'UCM a adressé en date du 11 février 2008 une lettre circulaire aux établissements d'aides et de soins à séjour continu (ESC) et aux établissements d'aides et de soins à séjour intermittent (ESI) au sujet des modalités de prise en charge du forfait pour tâches domestiques (TD101) pour les exercices budgétaires 2007 et 2008. Les gestionnaires y ont été invités à remplir un formulaire de recensement des augmentations imputables à l'abandon de la prise en charge du forfait TD101 pour les années 2005 à 2008 et à souscrire à l'engagement formel de participer à l'étude financière mise en place par le Gouvernement.

Suite à une entrevue avec la Copas le 6 mars 2008, le délai pour renvoyer le formulaire de recensement initialement fixé au 14 mars 2008 a été prorogé au 30 mars 2008. À l'heure actuelle, l'UCM n'a pas encore reçu tous les courriers réponse et n'est pas en mesure de fournir des renseignements sur le nombre et le nom des établissements ayant procédé à une augmentation de leur prix de pension dans le contexte de l'abandon de la prise en charge du forfait TD101.

Quant au volet 2) de la question parlementaire, il y a lieu de remarquer que les établissements ne procèdent pas eux-mêmes au recalcul des montants à restituer. L'UCM se charge de calculer les trop perçus sur base des renseignements contenus dans les tableaux de recensement précités. Pour ce faire, l'UCM procède au préalable à un contrôle de plausibilité des données indiquées par les établissements. Le cas échéant ceux-ci devront apporter des explications supplémentaires concernant l'évolution de leurs prix de pension.

Sur base de cette analyse, l'UCM sera en mesure de dresser la liste des établissements qui devront procéder à des restitutions. Pour

chacun des établissements concernés, l'UCM établira une liste reprenant pour chaque bénéficiaire le montant à restituer. Ces listes seront retournées aux établissements qui devront ensuite apporter la preuve de la restitution. L'UCM a en outre proposé d'assister les gestionnaires en cas de difficulté dans la détermination des ayants droits en cas de décès d'un bénéficiaire.

Finalement, j'informe l'honorable Député que l'UCM n'a pas de moyen d'action pour obliger les établissements concernés à procéder à des révisions de leurs prix de pension, respectivement aux restitutions dont il est question ci-dessus. Pour les établissements qui refuseront de remplir ces conditions de remboursement, l'UCM ne prendra pas en charge le forfait normal pour tâches domestiques.

Les opérations de recalcul/restitution devront être clôturées au 31 décembre 2008 au plus tard. À la fin de l'opération de recalcul, l'UCM adressera une lettre d'information à tous les bénéficiaires du forfait pour tâches domestiques séjournant dans un établissement d'aides et de soins afin de les renseigner individuellement sur les mesures de régularisation prises à leur égard.

(annexes à consulter au Greffe de la Chambre des Députés)

Question 2320 (20.2.2008) de **MM. Camille Gira** et **Henri Kox** (DÉI GRÉNG) concernant les **autorisations commodo-incommodo pour des modifications d'installations de biogaz:**

Suivant nos informations les exploitants de plusieurs installations de biogaz attendent depuis des mois leur autorisation d'exploitation dite «commodo-incommodo» en relation avec la transformation de leurs installations en vue de traiter des déchets organiques suivant la directive EU 1774/2002. Il s'agit d'une dizaine d'installations réparties à travers tout le pays.

Les dossiers de demandes des exploitants étant complets, ces retards provoquent non seulement une insécurité de planification mais surtout des pertes économiques pour les exploitants. Comme par exemple pour l'installation de Redange, où l'exploitant a signé un contrat de fourniture de chaleur avec le «Réidener Lycée» sur base de la transformation de l'installation en question. Malgré différentes réunions avec les responsables des Ministères et Administrations concernés et les démarches décidées en commun accord, cette autorisation traîne depuis avril 2006. Sans la nouvelle autorisation d'exploitation le contrat de fourniture de chaleur risque d'être annulé.

En se référant au règlement interne de la Chambre des Députés, les soussignés aimeraient poser les questions suivantes à Monsieur Lucien Lux, Ministre de l'Environnement:

- Quelles sont les raisons pour le retard dans l'établissement des autorisations d'exploitation pour les installations en question?

- Pourquoi la directive EU 1774/2002 n'a-t-elle toujours pas été transposée en droit national?

- Quel Ministère est en charge avec les travaux de transposition de ladite directive?

Réponse (31.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement:*

Il n'y a pas de «directive EU 1774/2002», mais il existe un règlement (CE) N°1774/2002 du Parlement européen et du Conseil du 3 octobre 2002 établissant des règles sanitaires applicables aux sous-produits animaux non des-

tinés à la consommation humaine. Contrairement à une directive qui doit être transposée en droit national, un règlement européen est directement applicable dans les États membres de l'UE.

Ce règlement concerne les règles sanitaires et de police sanitaire applicables notamment d'une part à la collecte, au transport, à l'entreposage, à la manipulation, à la transformation et à l'utilisation ou l'élimination de certains cadavres entiers ou parties d'animaux ou produits d'origine animale non destinés à la consommation humaine et d'autre part à la mise sur le marché de tels sous-produits animaux afin d'éviter tout risque que ces produits pourraient entraîner pour la santé animale ou la santé publique.

Certains établissements intermédiaires et d'entreposage doivent être agréés. Ces agréments ne sont pas à confondre avec les autorisations d'exploitation requises en vertu de la législation sur les établissements classés.

L'application de ce règlement relève de la compétence de plusieurs ministères et administrations. Un règlement grand-ducal déterminant entre autres les différentes autorités compétentes est actuellement élaboré par les soins du Ministère de l'Agriculture, de la Viticulture et du Développement rural (Administration des Services vétérinaires; Administration des Services techniques de l'Agriculture), du Ministère de l'Environnement (Administration de l'Environnement) et du Ministère de la Santé.

Question 2321 (20.2.2008) de **Mme Anne Brasseur** (DP) concernant les **protestations des élèves du Lycée Technique pour Professions Éducatives et Sociales (LTPES):**

Dans l'édition du 20 février 2008, le journal «tageblatt» fait part de manifestations de protestation des élèves du Lycée Technique Pour Professions Éducatives et Sociales (LTPES) à Mersch. En effet, par leur action les élèves voulaient rendre la direction attentive à des problèmes (organisation des horaires, transport vers les infrastructures sportives, préparation des examens), qui selon leur avis, entravent depuis un certain temps le fonctionnement du lycée.

Partant, j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

- Madame la Ministre est-elle au courant des faits relatés ci-dessus?

- Quelles initiatives ont été entreprises ou sont envisagées de la part du Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle en vue d'améliorer la situation au sein du LTPES?

Réponse (21.3.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:*

J'ai été informée de la manifestation des élèves au Lycée Technique pour Professions Éducatives et Sociales à Mersch le jour même aussi bien par les élèves que par la direction du lycée.

J'ai demandé au directeur de se concerter avec les élèves afin de trouver avec eux une solution aux problèmes relevés. Au cours de plusieurs entrevues entre la direction et les délégués de classe bon nombre des points soulevés ont pu être discutés et clarifiés.

La direction a mis en place une heure de consultation régulière pour donner aux élèves la possibilité d'un entretien avec les responsables du lycée.

De même, la direction a invité le corps enseignant à une confé-

rence du lycée pour identifier des perspectives de développement de la collaboration et des pistes de développement de la communication au sein du lycée.

Question 2326 (22.2.2008) de **M. Camille Gira** (DÉI GRÉNG) concernant la **qualité de l'air au Luxembourg:**

Suivant des informations divulguées par la presse, la qualité de l'air de la capitale est en constante détérioration. Régulièrement les paramètres mesurés atteignent ou dépassent les valeurs limites. Il en est par exemple ainsi pour le dioxyde d'azote. Or, ce phénomène ne se limite certainement pas exclusivement à la capitale. Avant-hier, la vitesse maximale des automobiles a été limitée à 90 km/h sur les grands axes à cause d'une alarme «smog» dans une région frontalière en Belgique.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser, conformément à notre règlement interne, les questions suivantes à Monsieur Lucien Lux, Ministre de l'Environnement:

- Est-ce que les contrôles de la qualité de l'air des autres stations de mesure du pays confirment ce phénomène?

- Dans l'affirmative, est-ce que le Ministère a élaboré un plan d'action (avec effets sur des villes ou communes) en cas de dépassement des valeurs limites des polluants mis en cause?

Réponse (31.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement:*

Le site de mesure de la qualité de l'air à Luxembourg-Centre (Boulevard Royal/Place Hamilius) montre un dépassement de 40% de la valeur limite du dioxyde d'azote (NO₂), à savoir la moyenne annuelle prescrite dans l'Union européenne. Pour tous les autres polluants analysés, notamment les poussières fines, il n'y a pas de constat d'un dépassement.

Les contrôles de la qualité de l'air aux autres stations de mesure (Luxembourg-Bonnevoie, Esch/Alzette) ainsi que les stations rurales (Beckerich, Beidweiler, Vianden) ne confirment pas le dépassement d'une valeur limite telle que constatée à Luxembourg-Centre.

Une limitation de la vitesse maximale à 90 km/h dans des pays limitrophes est conditionnée par des situations de smog. Ces périodes ont une durée relativement courte allant d'un jour à environ 15 jours. Pour lutter contre les situations de smog, l'Union européenne a introduit une deuxième valeur limite pour le dioxyde d'azote (NO₂) en analysant les mesures horaires enregistrées par les réseaux de mesure de la qualité de l'air. Un maximum de 18 dépassements de la valeur horaire de 200 µg/m³ de NO₂ sont tolérés par an selon la directive européenne et reprise dans la réglementation nationale.

Jusqu'à présent cette valeur limite horaire n'a pas encore été dépassée au Luxembourg (aucune valeur horaire supérieure à 200 µg/m³ en 2006, sept dépassements horaires sur 18 tolérés en 2007, dix valeurs horaires sur 18 tolérées pour les dix premières semaines de 2008).

L'éventualité d'un dépassement de cette valeur limite horaire reste néanmoins à intégrer dans le plan d'action en cours d'élaboration pour la ville de Luxembourg, avec la valeur limite annuelle qui n'est pas respectée.

Question 2327 (22.2.2008) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant le **système d'alerte de l'Administration des Services de secours**:

Comme les services de secours au Grand-Duché de Luxembourg sont en majeure partie assurés par des bénévoles, les ambulanciers, sauveteurs et pompiers ne sont donc généralement pas en astreinte dans le centre d'intervention, mais s'y rendent au plus vite après avoir reçu un signal d'alerte sur leur sémaphore. Les volontaires ont une haute conscience du devoir et essayent s'ils sont de permanence de répondre au plus vite à chaque appel du CSU 112.

Malheureusement le logiciel d'exploitation du CSU ainsi que le réseau d'alerte de l'Administration des Services de Secours ne répondent plus aux exigences d'un service de secours performant et efficace. Par conséquent des pertes de temps de cinq à six minutes peuvent avoir lieu entre le déclenchement de l'alerte et l'arrivée du signal sur le sémaphore du volontaire. Ce fait entraîne une intervention retardée des services de secours, ce qui peut avoir des conséquences néfastes pour tout impliqué ayant besoin d'aide et en plus démotive les volontaires qui font de leur mieux pour intervenir au plus vite.

Afin de limiter les délais l'Administration des Services de Secours envoie un SMS sur le GSM privé du volontaire lors d'une alerte. Mais ce système de «dépannage» ne fonctionne pas en cas d'alerte générale pour incident majeur, ou encore de surcharge du réseau mobile.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes au Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

1. Est-il envisagé de remplacer le système d'alerte en place par un système plus performant pour que ces délais soient limités à l'avenir?

2. Est-ce que l'acquisition d'un logiciel d'alerte semblable aux systèmes fonctionnant depuis des années à l'étranger est prévue?

Réponse (31.3.2008) de **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*:

Le dispositif d'alerte du Central des Secours d'Urgence (CSU) 112 est basé sur quatre piliers:

- le logiciel de gestion et d'alerte;
- le réseau d'alerte basé sur la technologie du «paging»;
- les réseaux de télécommunication fixes et mobiles des opérateurs luxembourgeois;
- le réseau radio intégré de l'État.

Ce système est également utilisé par la police pour l'alerte de certaines de leurs unités et du juge d'instruction ainsi que par les pompiers professionnels de la Ville de Luxembourg.

Le système d'alerte actuellement utilisé est basé sur un système d'exploitation Unix et le logiciel fonctionne sur une base de données du type Oracle. Ce système a été constamment amélioré et a considérablement évolué au cours des dernières années. Les développements récents les plus importants sont:

- l'introduction de l'alerte via le «paging» digital;
- la modernisation du réseau national des sirènes d'alerte et son intégration dans le logiciel d'alerte;

- la transmission des listes de permanence des centres de secours et corps de sapeurs pompiers par voie électronique avec dépôt automatisé dans le gestionnaire des alertes;

- l'affichage du nom et des coordonnées de l'appelant sur l'écran de l'opérateur du 112;

- l'intégration du système d'alarmes «Alarmis»;

- l'intégration de l'alerte par messages alphanumériques;

- l'intégration de l'application pour appelants sourds-muets basée sur la technologie SMS;

- l'intégration de l'alerte par SMS.

Le réseau d'alerte est basé sur la technologie «paging» qui est une technologie très robuste et qui présente l'avantage d'une disponibilité élevée. Ce système «paging» est relativement âgé et son inconvenient est sa lenteur relative à des technologies modernes comme le SMS.

À titre d'exemple, pour gérer un accident de circulation avec blessés il faut en principe alerter le SAMU, une ambulance pourvue de trois personnes, le sauvetage pourvu de trois à six personnes ainsi qu'une équipe de permanence des sapeurs-pompiers locaux de trois à six personnes.

Une alerte de ce type prend normalement environ 13 secondes pour le SAMU (un code pager), environ 43 secondes pour l'ambulance (trois codes pager), environ 45 secondes pour le sauvetage (six codes pager non alphanumérique plus transmission du message sur un code commun) et encore une fois environ 45 secondes pour l'équipe des six sapeurs-pompiers ce qui fait au total presque deux minutes et demie. En cas de deux alertes parallèles en cas d'événements simultanés, il se peut qu'une alerte dépasse cinq minutes.

Cependant, l'un ou l'autre centre de secours n'ont pas seulement trois à six personnes sur la liste de permanence mais jusqu'à 24 personnes. L'alerte d'un tel groupe implique des délais de deux minutes et demie comme chaque personne est appelée individuellement. Ce problème serait à résoudre, mais entraînerait l'application de règles très strictes à observer par les bénévoles, ne permettant pas d'exception, risquant ainsi de perdre alors toute flexibilité pour les différentes unités.

L'alerte par SMS a non seulement permis de contourner ce problème, mais a en outre permis d'introduire une redondance et d'éviter des délais d'alerte qui semblent parfois trop longs.

L'alerte par SMS n'est pas un système de «dépannage», mais un complément d'alerte très utile, qui est largement utilisé par les services de secours étrangers. D'ailleurs le Centre de Communication du Gouvernement a également mis en service un dispositif d'alerte par le biais d'envoi par SMS.

Comme l'alerte par SMS accuse une acceptation très élevée auprès des volontaires, l'ASS va en outre étendre cette alerte sur les alertes générales et les alertes par groupe.

Compte tenu de ce qui précède, l'ASS n'envisage pas de remplacer le système actuellement en place. Cependant, à moyen terme, il est prévu d'acquérir un nouveau logiciel de gestion et d'alerte, pour y intégrer d'autres applications existantes et de nouvelles facilités. Il y a cependant lieu à souligner que, dû aux spécificités des services de secours luxembourgeois, il n'est pas possible d'acquérir un tel logiciel de gestion et d'alerte à l'étranger prêt à l'emploi, mais des développements informatiques importants seraient à réaliser pour l'adapter à la situation de notre pays.

Question 2328 (25.2.2008) de **M. Roger Negri** (LSAP) concernant l'**utilisation de trains pendulaires sur la ligne Bruxelles-Luxembourg**:

D'après un article de presse publié récemment, les responsables de la Société Nationale des Chemins de fer Belges (SNCF) réfléchiraient sur l'utilisation de trains du type «Pendolino» sur la ligne ferroviaire Bruxelles-Luxembourg. Selon ces informations, la durée du parcours pourrait être ramenée à environ 1h50 contre 2h20 ou 2h30 actuellement avec les trains pendulaires. Les aménagements nécessaires au niveau de l'infrastructure ferroviaire seraient peu importants face aux 680 millions d'euros actuellement prévus pour la modernisation de cette liaison. Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Monsieur le Ministre a-t-il connaissance des faits relatés ci-dessus? Est-ce que l'utilisation de trains pendulaires sur la ligne Bruxelles-Luxembourg présenterait effectivement les avantages décrits?

- Dans l'affirmative, quel pourrait être l'impact d'une telle décision de la part de l'SNCF sur le projet EuroCap-Rail?

Réponse (19.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Par sa question parlementaire N°2328 du 25 février 2008, l'honorable Député Roger Negri se pose des questions quant à l'avenir du projet EuroCap-Rail suite au projet de la SNCF d'une mise en service éventuelle de trains pendulaires entre Bruxelles et Luxembourg.

Dans leur lettre d'intention relative au renforcement de la coopération ferroviaire entre le Royaume de Belgique et le Grand-Duché de Luxembourg signé à Virton le 9 mars 2008, les ministres belges et luxembourgeois confirment la nécessité de réaliser le projet EuroCap-Rail conformément au plan d'investissement et au planning.

Ils demandent d'examiner la possibilité de mettre en service aussi rapidement que possible des trains à temps de parcours réduit de la catégorie «IC» entre Bruxelles et Luxembourg et d'approfondir les conditions dans lesquelles il serait envisageable de mettre en œuvre des trains pendulaires sur la liaison Bruxelles-Luxembourg-Strasbourg et au-delà vers la Suisse, tant en ce qui concerne l'exploitation des services de trains qu'en ce qui concerne les adaptations éventuelles à apporter à l'infrastructure, y compris son équipement de sécurité et de signalisation.

Les responsables ferroviaires des deux pays doivent communiquer les résultats de leurs investigations pour le 30 juin 2008 au plus tard.

Question 2331 (25.2.2008) de **M. Claude Meisch** (DP) concernant l'**examen-concours d'admission au stage pédagogique pour l'enseignement secondaire**:

Ces dernières années l'on peut constater une évolution préoccupante concernant les échecs lors des examens-concours d'admission au stage pédagogique pour l'enseignement secondaire. Les candidats ayant passé avec succès cette épreuve doivent ensuite suivre un stage pédagogique de deux ans.

Partant, j'aimerais poser les questions suivantes à Madame la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

- Les personnes qui échouent lors de l'épreuve finale à la fin du stage

pédagogique peuvent-elles se représenter lors d'un nouveau examen-concours? Ces personnes peuvent-elles, le cas échéant, être recrutées en tant que chargés de cours?

Réponse (31.3.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

Les personnes qui échouent lors de l'épreuve finale du stage pédagogique peuvent se représenter lors d'un nouvel examen-concours.

Toutefois, comme il appert qu'un candidat ayant subi un double échec à l'examen de fin de stage a de graves déficiences pédagogiques, le Ministère de l'Éducation nationale préfère ne plus recruter ces personnes en tant que chargés d'éducation.

Question 2341 (27.2.2008) de **M. Xavier Bettel** (DP) concernant les **récriminations à l'égard d'un membre dirigeant d'un centre de formation de la Police grand-ducale**:

Selon mes informations, plusieurs récriminations ont été formulées ces derniers temps à l'égard d'un membre dirigeant d'un centre de formation de la Police grand-ducale.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Justice:

- Monsieur le Ministre peut-il me confirmer ces informations?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre a-t-il déjà été saisi par des réclamations concernant un membre dirigeant d'un centre de formation de la Police grand-ducale?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre peut-il m'indiquer si le Parquet a été informé de ces réclamations?

- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre a-t-il déjà pris des mesures disciplinaires à l'égard du policier concerné? Si oui, lesquelles?

Réponse (28.2.2008) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

1. Vers la mi-février des rumeurs faisant état d'un comportement inapproprié de la part de l'ancien directeur de l'École de Police à l'égard de certaines étudiantes de cette école m'ont été rapportées.

2. Même si aucune réclamation ou plainte d'une étudiante de l'École de Police n'a été déposée à ce jour dans ce contexte j'ai demandé à l'Inspection générale de la Police de vérifier ces allégations.

3. Le Procureur d'État, consulté à cet effet, estime qu'à première vue les comportements allégués ne constituent pas des infractions pénales.

4. Par mesure de précaution, la personne en question a été nommée vendredi dernier à d'autres fonctions et n'exerce plus dès lors les fonctions de directeur de l'École de Police.

Question 2342 (27.2.2008) de **M. Claude Adam** (DÉI GRENG) concernant la **création d'un lycée franco-luxembourgeois**:

À l'occasion d'une réunion du Conseil parlementaire interrégional au lycée germano-luxembourgeois Schengen à Perl, la tenue de pourparlers entre les gouvernements français et luxembourgeois concernant la création d'un lycée franco-luxembourgeois a été évoquée.

Dans ce contexte j'aimerais savoir:

- Une école commune franco-luxembourgeoise est-elle prévue?

- Quels sont les perspectives et les problèmes qu'un tel projet pourrait susciter?

- Est-ce que l'idée d'une école belgo-luxembourgeoise a déjà été discutée?

Réponse (9.4.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

L'idée d'un lycée binational franco-luxembourgeois ayant été abordée lors de la visite officielle du 25 janvier 2008 du Premier Ministre de la République française, François Fillon, au Luxembourg, les gouvernements français et luxembourgeois, chacun de son côté, sont en train d'analyser la faisabilité d'une école binationale franco-luxembourgeoise. Étant donné que les résultats de cette analyse n'ont pas encore fait l'objet de discussions bilatérales, il est prématuré d'affirmer qu'une telle école binationale est prévue et d'en évoquer les perspectives et les problèmes.

La création d'une école belgo-luxembourgeoise n'est pas discutée en ce moment.

Question 2347 (28.2.2008) de **Mme Christine Doerner** (CSV) concernant la **capacité limitée du TGV Est-européen**:

Depuis sa mise en service le 10 juin 2007, le TGV Est-européen reliant Luxembourg à Paris a déjà transporté plus de 7 millions de voyageurs. Or, le succès du TGV est tel qu'il amène à des dysfonctionnements indisposant les clients. En fait, les rames sont dès le départ surchargées en début et en fin de journée de même que pendant les week-ends et ceci toute classe confondue. Ceci empêche les usagers habitués et habitués de voyager sereinement. En plus, il faut désormais réserver trois ou quatre mois à l'avance pour espérer trouver une place. D'ailleurs, il n'est plus possible d'acheter un ticket au guichet de la gare le jour même du départ.

Afin d'augmenter le confort des voyageurs sur la ligne Luxembourg-Paris-Luxembourg, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Est-il prévu de réserver un contingent de places aux voyageurs dont la gare de départ est Paris et la destination finale Luxembourg et vice-versa?

- Dans la négative, comment peut-on assurer des places libres aux voyageurs concernés?

- Comment Monsieur le Ministre explique-t-il le fait que le jour même de départ d'un TGV, des tickets ne sont pas disponibles dans les guichets de gare alors que le site Internet affiche encore une certaine disponibilité pour le même TGV?

- Est-ce qu'on ne peut pas augmenter le nombre de train ou de trajets et ceci surtout pendant le week-end afin de satisfaire la demande de la clientèle?

- Dans la négative, quelles sont les raisons qui empêchent l'accroissement des capacités?

Réponse (14.4.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Par sa question parlementaire N°2347 du 28 février 2008, l'honorable Députée Christine Doerner s'enquiert sur la capacité limitée du TGV Est-européen reliant Luxembourg à Paris.

Pour ce qui est du contingentement à bord des trains TGV, il s'agit d'un contingentement unique au départ de Paris quelle que soit la destination finale de la clientèle: Metz, Thionville ou Luxembourg.

S'il s'agit toutefois d'un train à unité double, dont l'une est décrochée à Metz, il est tenu compte de cette particularité par le système de réservation, c'est-à-dire que des places pour des voyages à destination de Metz sont prioritairement réservées dans l'unité décrochée et que l'autre unité n'est affectée que si la première est complètement remplie.

Il peut arriver que des déplacements spontanés de ou vers Paris sont péjorés voire impossibles en raison de la saturation des trains TGV, surtout pour des périodes de pointe matinale et vespérale ainsi que de week-end. Ce fait a d'emblée été signalé par écrit à la SNCF, responsable de l'exploitation du TGV Est-européen, dès sa mise en service, et rappelé à maintes reprises, soit verbalement, soit par écrit. De ce fait, les points de vente CFL conseillent systématiquement à leur clientèle d'anticiper au plus l'achat de titres de transport pour la relation Luxembourg-Paris, primo pour pouvoir bénéficier des tarifs les plus attractifs et secundo pour être certain de se voir attribuer une place.

Il se fait que, depuis octobre 2007, la SNCF a pourvu au renforcement ou à la création de certains trains entre Paris et Metz et vice-versa, fait qui a entraîné un léger assouplissement de la situation sans toutefois la réparer entièrement. Selon des informations récentes reçues, la SNCF est actuellement dans l'impossibilité matérielle d'ajouter une desserte supplémentaire en raison de la pénurie du matériel TGV nécessaire. Des négociations internes sont toutefois en cours entre les CFL et la SNCF en vue d'un renforcement de la desserte en automne dès la livraison de rames TGV supplémentaires.

Finalement, il y a lieu de relever qu'en principe les tarifs disponibles à bord des trains TGV Est-européen sont gérés dans une base de données unique, accessible et par les systèmes de vente des guichets de gare et par les divers sites Internet. Toutefois, il peut se faire, et ce pour des raisons commerciales, que certains tarifs promotionnels ne sont proposés à la clientèle que par le biais d'un site Internet. En pratique, il s'avère que ces offres promotionnelles sont les premières vendues.

Question 2355 (4.3.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **production de biodiesel**:

En août 2007, Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur a signé une convention avec une société canadienne portant sur le financement et la mise à disposition d'un terrain industriel en vue de l'implantation d'une usine de production de biocarburants.

La capacité de production annuelle sera de 20 millions de litres par an et l'approvisionnement en matières premières (colza, tournesol, soja, huiles végétales recyclées, graisses animales etc.) se fera au niveau local et international.

Dans ce contexte j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Quel est l'état actuel du dossier en question?

- Quand l'usine de production de biodiesel sera-t-elle opérationnelle?

- Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas que le fait de devoir importer des matières premières aille à l'encontre des conclusions du Conseil supérieur pour le Développement durable?

Réponse (7.4.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de*

l'Économie et du Commerce extérieur:

Il y a lieu de relever que les formalités pour la mise à disposition du terrain pour l'implantation du projet de l'entreprise Biocardel Luxembourg ont pu être achevées en mars 2008. L'entreprise a par ailleurs déposé son dossier commodo-incommodo et espère pouvoir fonctionner en fin d'année 2008.

En ce qui concerne l'approvisionnement en matières premières, vous faites référence à l'avis récent du Conseil supérieur pour le Développement durable concernant la biomasse qui soulève notamment les problématiques autour du caractère durable de l'utilisation de la biomasse.

Vu que le potentiel luxembourgeois de la biomasse qui peut être utilisé à des fins énergétiques est limité, il est nécessaire qu'une installation de production de biocarburants ait recours, dans la mesure du nécessaire, à l'importation des matières premières pour garantir sa production.

Biocardel a fait part de son intention de fonctionner le plus possible en circuit court, c'est-à-dire par des approvisionnements nationaux ou en provenance de nos voisins directs. Dans l'hypothèse où l'entreprise identifierait des filières oléagineuses en dehors de l'UE, le recours à des importations pourrait être envisagé tout en recourant dans la mesure du possible à des labels de qualité environnementale.

Reste à noter que la proposition de directive relative à la promotion de l'énergie produite à partir des énergies renouvelables présentée par la Commission européenne en janvier 2008 prévoit, pour les biocarburants et autres bioliquides, des critères de viabilité environnementale qui devront être respectés en vue de pouvoir être comptabilisés pour la réalisation des objectifs en matière d'énergies renouvelables.

Question 2356 (4.3.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **nouvelle stratégie de lutte contre le changement climatique de la Commission européenne**:

La Commission européenne a présenté, mercredi 23 janvier 2008, une série de mesures visant à réduire les émissions de CO₂ dans l'Union européenne. En matière d'énergies renouvelables, elle entend donner l'exemple en souhaitant intégrer 20% de ces énergies dans la consommation totale d'ici à 2020. Afin de réaliser ce plan ambitieux, chaque État membre se voit assigner un objectif spécifique de réduction. Pour fixer les objectifs nationaux, la Commission européenne a pris principalement en compte le PIB par habitant, l'effort le plus important devant être fourni par les pays les plus prospères.

Dans ce contexte j'aurais aimé poser une série de questions à Monsieur le Ministre de l'Environnement:

- Quel a été le montant du PIB par habitant retenu par la Commission européenne pour le Luxembourg, lors de la, récente mise en œuvre de la stratégie de lutte contre le changement climatique?

- Est-ce qu'on a tenu compte des 140.000 frontaliers dans le calcul du PIB/habitant?

Réponse (14.3.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement*:

Le PIB par habitant retenu par la Commission européenne pour le Luxembourg est de 65.100 euros (PIB 2005). Comme il s'agit bien du PIB/habitant, le nombre des frontaliers n'a pas été pris en compte.

Le Luxembourg doit ainsi atteindre un objectif de réduction de 20% par rapport au niveau des émissions en 2005 des secteurs non couverts par le système européen d'échange de quotas d'émissions. Les autres États membres, pour lesquels un objectif identique a été proposé, sont l'Irlande, dont le PIB/habitant s'élève à 39.300 euros et le Danemark, dont le PIB/habitant s'élève à 38.400 euros.

Question 2357 (4.3.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant la **surveillance de l'indépendance du Kosovo**:

Suivant mes informations, l'ONU n'a toujours pas transféré son mandat à la mission européenne pour la surveillance de l'indépendance du Kosovo. Cette situation d'attente du feu vert de l'ONU n'est pas sans risque pour la mission en question alors que les autorités serbes refusent d'en reconnaître la légitimité.

Dans ce contexte se pose également la question de l'intégration de la minorité serbe dans un Kosovo indépendant.

Dans cet ordre d'idées je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:

- Pour quelles raisons l'ONU n'a toujours pas transféré ses compétences à l'Union européenne?

- Est-ce que cette situation ne risque pas de retarder le début des opérations de la mission européenne?

- Comment, devant le refus des autorités serbes de reconnaître la légitimité de la mission européenne, cette dernière pourra réussir à intégrer la minorité serbe dans un Kosovo indépendant?

Réponse (7.4.2008) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

D'emblée il importe de noter qu'un transfert immédiat des compétences n'a jamais été envisagé, le principe d'une phase de transition de 120 jours pour la passation de pouvoirs de la Mission des Nations Unies en charge de l'administration intérimaire du Kosovo (MINUK) vers les autorités kosovares et les nouveaux acteurs internationaux étant inscrit dans la proposition de Martti Ahtisaari, Envoyé spécial du Secrétaire général des Nations Unies pour le processus de détermination du futur statut du Kosovo. L'Union européenne s'est basée sur cette proposition lors du processus de planification de sa mission PESD civile au Kosovo. Ainsi, tous les textes adoptés au niveau de l'Union européenne concernant le déploiement de cette mission prévoient le principe d'une phase de transition entre la MINUK et la mission PESD.

Le 14 février 2008, l'Union européenne a adopté une action commune et un plan des opérations relatifs à la mise en place d'une mission PESD civile au Kosovo. À partir de cette date, l'Union européenne dispose ainsi d'un cadre légal pour entamer le déploiement sur le terrain des 2.200 membres de la mission qui porte le nom d'EULEX KOSOVO. Le déploiement du personnel européen a déjà débuté et se déroule dans le contexte d'une phase de transition entre la MINUK et la mission EULEX, dont la durée est de quatre mois à partir de l'adoption du plan des opérations. Au cours de cette phase de transition, la Mission des Nations Unies reste seule responsable de la mise en œuvre de l'entiereté de son mandat. Les compétences opérationnelles de la mission EULEX ne seront prises en charge par cette dernière qu'à l'issue de la phase de transition de 120 jours.

La base légale et le mandat de la mission EULEX KOSOVO res-

sortent, d'une part, de l'action commune du 14 février 2008 et, d'autre part, du contexte général de la Résolution 1244 du Conseil de sécurité des Nations Unies (RCSNU). Or, si la RCSNU 1244 constitue la base légale internationale pour le déploiement de la mission européenne au Kosovo, le mandat de la mission EULEX KOSOVO est différent de celui de la MINUK.

EULEX KOSOVO est une mission dite «État de droit», dont le mandat prévoit qu'elle détiendra des compétences d'encadrement, de surveillance et de conseil dans les domaines de la police générale, de la police judiciaire et des unités spéciales, y compris le contrôle antiémeute, la protection rapprochée et la protection des témoins, des douanes et du contrôle des frontières, de l'administration pénitentiaire et de l'administration de la justice, y compris les tribunaux et le parquet.

EULEX KOSOVO est chargée d'aider les institutions du Kosovo, les autorités judiciaires et les organismes chargés de l'application des lois «à progresser sur la voie de la viabilité et de la responsabilisation et à poursuivre la mise sur pied et le renforcement d'un système judiciaire multiethnique indépendant, ainsi que de services de police et des douanes multiethniques, de manière à ce que ces institutions soient libres de toute interférence politique et s'alignent sur les normes reconnues au niveau international et sur les bonnes pratiques européennes».

Ainsi, contrairement à la MINUK, dont la mise en place remonte à 1999 et qui visait à assurer l'administration du Kosovo par la création d'institutions intérimaires dont elle était responsable, le mandat de la mission EULEX vise à tenir compte du nouveau statut du Kosovo. Ainsi, le mandat de la mission prévoit que celle-ci exerce ses compétences conformément au principe de «local ownership».

En effet, avec l'entrée en vigueur d'une nouvelle Constitution et d'un corps législatif kosovars, adoptés par le Parlement de Priština, les institutions du Kosovo récupéreront les compétences exécutives, législatives et judiciaires actuellement exercées par la MINUK. Il en découle que la mission EULEX sera amenée à traiter avec des institutions kosovares disposant des instruments de la souveraineté étatique. Il est donc important de noter que, contrairement à la MINUK, la mission EULEX n'est pas elle-même en charge de l'administration du Kosovo et, par conséquent, n'est pas responsable de la mise en œuvre de la déclaration d'indépendance. Son mandat se limite à accompagner la mise en place des nouvelles institutions de façon à garantir que celle-ci se fasse conformément aux normes et aux règles européennes définissant l'État de droit, en particulier en ce qui concerne la protection des minorités.

Les responsables de la mission EULEX KOSOVO entretiennent des liens étroits avec les responsables de la MINUK. Des réunions régulières ont lieu à Priština, à Bruxelles et à New York entre, d'un côté, le Représentant Spécial de l'Union européenne/Représentant Civil International Pieter Feith et le chef de la mission EULEX Yves de Kermabon, et, de l'autre côté, le chef de la MINUK, le Représentant spécial Joachim Rucker et son équipe, afin de se coordonner de manière optimale pendant la présente phase de transition et en vue de la prise en charge par EULEX KOSOVO de ses compétences opérationnelles.

En ce qui concerne l'intégration de la minorité serbe dans un Kosovo indépendant, il convient de noter que le Gouvernement luxembourgeois a toujours soutenu les propositions de l'Envoyé spécial du Secrétaire général de l'ONU, Martti

Ahtisaari, tendant à faire du Kosovo un État multiethnique dans lequel une protection particulière serait réservée au respect des droits des minorités. Le Gouvernement luxembourgeois se félicite du fait que la déclaration d'indépendance ainsi que le projet de Constitution kosovars élèvent ces principes au rang constitutionnel et engagent les autorités kosovares à les promouvoir. Le processus d'intégration de l'ensemble de la minorité serbe dans un Kosovo indépendant sera un processus à long terme. Notons qu'un nombre croissant de Serbes du Kosovo ayant boycotté les institutions kosovares après la déclaration d'indépendance du 17 février retrouvent aujourd'hui leurs postes dans l'administration centrale et municipale. Ainsi, deux Ministres serbes du Kosovo ont assisté le 20 mars dernier à une réunion du Gouvernement kosovar, ceci pour la première fois depuis la déclaration d'indépendance. Le leader du parti libéral serbe (PLS), Slobodan Petrović, a déclaré que les députés issus du PLS ainsi que les fonctionnaires affiliés à son parti termineraient leur boycott des institutions kosovares qui avait commencé tout de suite après la déclaration d'indépendance. La mission EULEX contribuera à travers le renforcement de l'État de droit à l'installation d'institutions stables qui favoriseront à leur tour le développement d'un climat de confiance entre les différentes ethnies vivant au Kosovo.

Question 2359 (4.3.2008) de **M. Laurent Mosar** (CSV) concernant le **projet d'Union méditerranéenne**:

Le projet d'Union méditerranéenne, lancé par le président français Nicolas Sarkozy, se heurte actuellement à de fortes réticences de la part de la Commission Européenne et d'un certain nombre d'États membres comme l'Allemagne.

La question principale qui se pose est celle de savoir si la relation du processus euro-méditerranéen ne peut se faire dans le cadre du processus de Barcelone.

Dans ce contexte je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:

- Quelle est la position du Gouvernement par rapport à la proposition française?

- Est-ce que l'idée d'un Conseil de la méditerranée sous-entendant l'égalité de ses membres, préconisée par un certain nombre d'acteurs ne pourrait constituer une alternative valable?

- Quelles sont les initiatives prévues par la Commission Européenne pour relancer le processus de Barcelone?

Réponse (14.4.2008) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

Le Gouvernement luxembourgeois est satisfait de l'accord de principe intervenu lors du Conseil européen des 13 et 14 mars derniers concernant une Union pour la Méditerranée qui doit englober tous les États membres de l'UE et les États riverains de la Méditerranée qui ne sont pas membres de l'UE.

Le nom retenu «Le processus de Barcelone: une Union pour la Méditerranée» témoigne de l'approche à adopter: conférer un nouvel élan au partenariat méditerranéen en se basant sur les acquis et le fonctionnement du processus de Barcelone.

Le Conseil européen a invité la Commission Européenne à présenter aux instances compétentes du Conseil les propositions nécessaires pour définir les modalités de l'initiative en vue du Sommet qui se tiendra le 13 juillet 2008 à Paris. Ces propositions doivent être présentées dans les prochains jours aux États membres de l'UE et aux États riverains de la Méditerranée. Le Luxembourg compte participer activement à cet exercice et œuvrer en faveur d'une politique cohérente et continue de l'UE en Méditerranée.

Au vu des développements intervenus lors du Conseil européen, l'idée d'un Conseil de la Méditerranée n'est plus d'actualité.

Question 2360 (4.3.2008) de M. Jean Huss (DÉI GRÉNG) concernant l'administration préventive d'antibiotiques dans les élevages de bétail:

L'Union européenne a prohibé en 2006 l'administration préventive d'antibiotiques dans les élevages de bétail. Cependant, des données étrangères, notamment néerlandaises, montrent que l'utilisation d'antibiotiques dans les élevages est en hausse constante.

Cette pratique aurait pour conséquence une résistance aux antibiotiques des bactéries de type staphylococcus aureus, bactérie détectée dans les étables porcines européennes en 2002 et qui semble se répandre à une très grande vitesse.

Les personnes travaillant dans les élevages sont donc exposées à un risque d'infection important, risque qu'ils semblent pouvoir transmettre à l'extérieur des élevages, notamment dans les hôpitaux. Cette situation pourrait se transformer à moyen terme en un risque pour la santé publique.

Dans ce contexte je voudrais poser les questions suivantes à Messieurs les Ministres:

- Messieurs les Ministres ont-ils connaissance de ce phénomène répandu dans les élevages européens d'une certaine taille?

- Quelle est la pratique au Luxembourg en ce qui concerne l'administration d'antibiotiques au bétail dans les élevages au Luxembourg?

- Est-ce que les élevages luxembourgeois sont contrôlés par rapport à ce risque sanitaire et quels sont les résultats?

- Est-ce que les hôpitaux luxembourgeois sont contrôlés par rapport à ce risque sanitaire?

- D'une manière générale, quel est le bilan intermédiaire de la lutte contre les différentes sources d'infections nosocomiales dans les hôpitaux luxembourgeois?

Réponse commune (11.4.2008) de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale et de Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à l'Agriculture, à la Viticulture et au Développement rural:

Si la découverte des antibiotiques a indubitablement apporté des bienfaits à l'humanité dans la lutte contre les maladies, il est indéniable que l'utilisation abusive et incontrôlée de ces médicaments a eu comme conséquence l'apparition de germes pathogènes résistants à certaines substances d'antibiotiques.

Ainsi, durant les 30 dernières années, nous avons assisté au développement progressif de la résistance de pas mal de bactéries à l'égard de certains antibiotiques et, à cet égard, le germe «staphy-

lococcus aureus», résistant pour la méthicilline (SARM), constitue un cas particulier du fait que cette bactérie presque ubiquitaire a intensifié en même temps son pouvoir pathogène, phénomène qui est suivi de près depuis 2002 par les scientifiques.

Les statistiques représentatives en matière d'utilisation d'antibiotiques dans les cheptels de production montrent, à l'encontre des affirmations de l'auteur de la question parlementaire, une tendance décroissante, soulignée par exemple par les chiffres récents publiés en France où l'on constate une diminution de 9% par rapport à l'année 2000. Durant la même période, l'utilisation des antibiotiques a cependant augmenté de 4% pour les animaux de compagnie.

Cette tendance à la baisse de l'utilisation des antibiotiques dans les cheptels de production est également constatée dans d'autres États membres de l'UE et a pour origine un management amélioré des animaux ainsi qu'une réglementation de plus en plus stricte concernant la surveillance des résidus.

À ce dernier égard, le règlement grand-ducal du 11 septembre 1997 relatif aux mesures de contrôle à mettre en œuvre à l'égard de certaines substances et de leurs résidus dans les animaux vivants et leurs produits prescrit un programme annuel d'échantillons à prélever par les Services vétérinaires sur les animaux vivants, les produits animaux et les eaux de consommation. Les résultats de ces analyses qui, jusqu'à ce jour étaient dans la très grande majorité en conformité avec la réglementation afférente, sont transmis annuellement à la Commission Européenne et peuvent être consultés sur le site correspondant. De la même façon les services de l'Administration des Services techniques de l'agriculture procèdent à l'échantillonnage et à l'analyse des aliments pour animaux.

Cette même réglementation prescrit que tout détenteur d'animaux de production doit détenir un registre de médicaments dans lequel sont à inscrire la nature des traitements médicamenteux, les délais d'attente correspondants et l'identification des animaux traités. Toutes ces dispositions ont pour objectif de réduire l'utilisation des médicaments sur les animaux aux fins de garantir aux consommateurs une alimentation sûre et de qualité.

En ce qui concerne maintenant la prévalence de MRSA (staphylocoques dorés résistant à la méthicilline), il y a lieu de relever qu'une première enquête nationale a été organisée par la direction de la santé en 2003. Tous les hôpitaux luxembourgeois ont participé sur base volontaire à cette étude pour laquelle tous les patients hospitalisés ont été dépistés (2569 patients).

Le taux de participation était excellent: seulement 1,32% des patients refusaient de participer à l'étude.

La prévalence MRSA nationale était de 2,40%, taux assez favorable en comparaison européenne. Des recommandations pour la prise en charge de ces patients et les mesures à mettre en route afin d'éviter la dissémination de ce germe ont été édictées par le GNPIN (Groupe National de Guidance pour la Prévention de l'Infection Nosocomiale) et communiquées à tous les établissements hospitaliers.

La direction de la santé, sur proposition du GNPIN, a décidé d'organiser une 2^e enquête nationale de prévalence MRSA en octobre 2008 pour suivre l'évolution de la situation. Tous les hôpitaux ont déjà été contactés et les préparatifs ont commencé.

De même, le MRSA n'étant pas un germe qu'on trouve uniquement dans les hôpitaux, mais de plus en plus dans la communauté, des

réflexions concernant la faisabilité d'une telle étude de prévalence dans le secteur du long séjour sont en cours.

En matière de surveillance des infections nosocomiales en général, dans le contexte du programme incitant qualité UCM/EHL, des efforts de coordination entre hôpitaux ont commencé fin des années 90 et ont abouti, avec l'aide de la direction de la santé qui a financé une phase pilote, à un programme unique et national de surveillance des infections nosocomiales les plus importantes (septicémies, pneumonies et infections urinaires) dans les services de soins intensifs: le programme NOSIX. La participation à ce programme se fait sur base volontaire. Depuis 2005, tous les hôpitaux y participent, ce qui démontre une prise de conscience de l'importance du problème de la part de tous les acteurs et une volonté accrue de garantir une sécurité optimale pour les patients.

Le GNPIN est en train de discuter sur une éventuelle extension de ce programme NOSIX ainsi que sur la faisabilité d'une étude de prévalence nosocomiales dans tous les hôpitaux.

Question 2362 (5.3.2008) de M. Laurent Mosar (CSV) concernant les panneaux publicitaires et publicité en faveur de produits du tabac:

La loi du 11 août 2006 relative à la lutte antitabac ordonne dans son article 3 l'interdiction de la publicité en faveur du tabac.

L'article 15 prévoit une exception pour les contrats relatifs à des activités de publicité ou de parrainage interdites en vertu de ladite loi, mais autorisées avant son entrée en vigueur, qui peuvent encore être exécutés jusqu'à leur terme, sans que celui-ci puisse se situer plus de deux ans après cette entrée en vigueur.

Or on peut constater que sur les panneaux publicitaires installés récemment sur le territoire de la Ville de Luxembourg se trouvent des annonces publicitaires en faveur des produits du tabac. Les panneaux publicitaires susmentionnés font partie d'un contrat signé avec une entreprise française dans le cadre de la soumission publique au sujet de vélos de location.

Au vu de ce qui précède, je voudrais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Le Gouvernement a-t-il connaissance de la situation décrite ci-dessus?

- Sachant que le contrat sur les panneaux publicitaires en question n'a été conclu que très récemment et que par conséquent l'article 15 de la loi entrée en vigueur en septembre 2006 n'est pas applicable; quelles sont les mesures que le Gouvernement entend prendre?

Réponse (14.3.2008) de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

J'ai constaté personnellement et avec irritation l'apparition des panneaux publicitaires vantant un produit du tabac, dont parle l'honorable Parlementaire.

J'ai contacté de suite les divers intervenants et j'ai pu obtenir l'enlèvement presque immédiat des panneaux incriminés.

La loi du 11 août 2006 relative à la lutte antitabac prévoit effectivement en faveur des contrats de publicité en cours lors de son entrée en vigueur des dispositions transitoires, qui expireront début septembre de l'année en cours.

Dans l'affaire qui nous occupe il n'a pas été fait état de contrats an-

ciens, et tout porte à croire qu'il n'y en ait pas en l'occurrence, alors que, comme l'honorable Parlementaire l'indique lui-même, les panneaux en discussion ont été mis en place en vertu de relations contractuelles très récentes.

Question 2365 (6.3.2008) de Mme Marie-Josée Frank (CSV) concernant l'unité de sécurité pour mineurs à Dreibern:

Il y a un an environ, un accord fut trouvé avec la commune de Wormeldange, dont dépend la localité de Dreibern, concernant l'emplacement de la future unité de sécurité pour mineurs. À l'époque, il était prévu que les travaux de construction pourraient débuter début 2008 voire - du moins en ce qui concerne les travaux de démolition de l'ancien hangar - à l'automne 2007.

Dans ce contexte j'aurais aimé poser les questions suivantes à Madame la Ministre de la Famille et de l'Intégration, à Monsieur le Ministre de la Justice et à Monsieur le Ministre des Travaux publics:

- Les travaux de construction ont-ils démarré?

- Dans la négative, quelles sont les raisons pour ce nouveau retard dans l'agenda?

- Quand le Gouvernement pense-t-il que la construction pourra être définitivement achevée?

- Au cas où la construction de l'unité de sécurité pour mineurs à Dreibern ne pourrait pas être terminée dans des délais raisonnables, le Gouvernement ne dispose-t-il pas d'une alternative en attendant l'achèvement des travaux, le placement des mineurs au Centre pénitentiaire de Schrassig n'étant pas une solution adéquate?

Réponse commune (15.4.2008) de Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration et de M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics:

L'honorable Députée Marie-Josée Frank aimerait avoir quelques informations relatives à l'avancement du projet de construction de l'unité de sécurité pour mineurs à Dreibern et en particulier souhaiterait connaître les délais y afférents.

En ce qui concerne le déroulement des travaux sur le site du centre socio-éducatif de Dreibern, il échet de préciser tout d'abord que la construction de l'unité de sécurité ne pourra être entamée que consécutivement à la réalisation de certains travaux de démolition. En effet, l'endroit précis sur lequel il est prévu d'implanter le bâtiment en question est actuellement occupé par le «Josephshaus» abritant les ateliers de peinture et de maçonnerie.

L'occupation des jeunes dans les ateliers est un élément très important pour le fonctionnement quotidien du Centre socio-éducatif et la période de leur non disponibilité doit être réduite à un strict minimum. Par conséquent, il sera débuté par la construction des nouveaux ateliers avant de démarrer avec la démolition du «Josephshaus» respectivement la construction de l'unité de sécurité.

Ainsi, fin septembre 2007, l'Administration des Bâtiments publics a sollicité l'autorisation de construire auprès de la commune de Wormeldange pour les ateliers précités. L'autorisation en question a été établie le 10 décembre 2007. Parallèlement, l'architecte en charge de ce projet a élaboré les dossiers de soumission pour les ateliers, qui seront publiés prochainement dans la presse pour les travaux de gros œuvres. La mise en service des ateliers est attendue pour avril 2009.

Quant au début des travaux de l'unité de sécurité dont l'autorisation de construire a été émise le 30 janvier 2008 par la commune de Wormeldange, l'on a pris en considération la période maximale durant laquelle le Centre socio-éducatif Dreibern puisse renoncer à ces ateliers de sorte que les premières soumissions vont être lancées dans les mois qui suivent. Par conséquent, le début des travaux est planifié pour novembre 2008 de sorte que la mise en service de l'unité de sécurité pourra se faire au cours de l'année 2010.

Question 2366 (6.3.2008) de Mme Marie-Josée Frank (CSV) concernant l'introduction des innovations liées au projet de loi N°5584 relatif aux soins palliatifs et à l'accompagnement en fin de vie:

En date du 19 février 2008 la Chambre des Députés a adopté à l'unanimité le projet de loi sur les soins palliatifs.

Dans ce contexte j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Quel est l'état d'avancement des préparatifs en vue de l'introduction des innovations importantes de la nouvelle loi, notamment le carnet des soins des actes prestés par les médecins dans le domaine hospitalier et extrahospitalier, ainsi que les modalités d'attribution du droit aux soins palliatifs?

Réponse (31.3.2008) de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

En réponse à la question parlementaire de Madame la Députée Marie-Josée Frank en rapport avec l'état d'avancement des préparatifs pour les règlements grand-ducaux prévus par la loi sur les soins palliatifs, j'ai l'honneur d'informer l'honorable Députée qu'un avant-projet de règlement grand-ducal relatif aux modalités d'attribution des soins palliatifs m'a été présenté par mes services et pourra être engagé dans la procédure de consultation d'usage.

Concernant le règlement grand-ducal portant sur l'introduction du carnet de soins, un groupe d'experts comprenant des praticiens du terrain est en voie de se constituer pour préparer la forme et le contenu dudit carnet sur base des expériences acquises sur le terrain, notamment par les réseaux d'aides et de soins et les autres acteurs ayant œuvré jusqu'ici dans le domaine des soins palliatifs.

Question 2368 (7.3.2008) de M. Alexandre Krieps (DP) concernant les dysfonctionnements au sein d'une initiative sociale en faveur de l'emploi:

En date du 7 mars 2008, la presse quotidienne ainsi qu'un journal satirique renommé publient des extraits d'une pétition signée par une partie du personnel d'une initiative sociale en faveur de l'emploi. Cette pétition fait notamment état de dysfonctionnements majeurs et utilise des termes comme «abus de biens sociaux» et «détournement de fonds». Par ailleurs, ces écrits parlent de «désorganisation» au sein de l'initiative concernée.

Au vu de ce qui précède, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre du Travail et de l'Emploi:

- Monsieur le Ministre ne croit-il pas le moment venu de charger la Cour des Comptes d'un audit financier approfondi de toutes les initiatives en faveur de l'emploi?

- Monsieur le Ministre n'est-il pas d'avis que l'organisation de ces initiatives, qui bénéficient pourtant d'un appui financier annuel de quelques 37 millions d'euro, devrait être revue de fond en comble afin d'éviter tout gaspillage de moyens financiers publics?

Réponse (3.4.2008) de **M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi**:

1) Au courant des années passées, des audits financiers ont été réalisés auprès des initiatives Objectif Plein Emploi (1997/2001), Proactif et Forum pour l'Emploi (2000/2003). Ces audits ont été continués à la Commission du Contrôle de l'exécution budgétaire de la Chambre des Députés.

2) Il n'appartient pas au Gouvernement ou à un de ces ministres de saisir la Cour des Comptes d'un audit financier tel que demandé par l'honorable Député.

Il est à noter que le Ministre du Travail et de l'Emploi n'a pas été saisi de la pétition dont question dans la question de l'honorable Député Alexandre Krieps.

Question 2370 (7.3.2008) de **MM. Laurent Mosar et Gilles Roth (CSV)** concernant l'**application de la réglementation sur la performance énergétique des bâtiments d'habitation**:

Les articles 8 et 9 du règlement grand-ducal du 30 novembre 2007 concernant la performance énergétique d'habitation rendent obligatoire l'établissement du certificat de performance énergétique à partir du 1^{er} septembre 2008 lors d'un changement de propriétaire ou de locataire dans un bâtiment d'habitation existant, si le bâtiment en question ne dispose pas déjà d'un tel certificat valide. En ce qui concerne les copropriétés, nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce:

1. Qui doit supporter les frais de l'établissement du certificat?

2. Est-ce que l'assemblée générale des copropriétaires peut refuser d'établir un tel certificat?

Le règlement grand-ducal précise au paragraphe 7 de l'article 3 que «(...) les documents visés (calcul de la performance énergétique et d'un certificat de performance énergétique) sont à établir par des architectes respectivement par des ingénieurs-conseils dont la profession est définie par la loi du 13 décembre 1989 portant organisation des professions d'architecte et d'ingénieur-conseil respectivement par des personnes agréées en vertu du règlement grand-ducal du 10 février 1999 relatif à l'agrément de personnes physiques ou morales privées ou publiques, autres que l'État, pour l'accomplissement de tâches techniques d'étude et de contrôle dans le domaine de l'énergie».

À partir du 1^{er} janvier 2008, le règlement grand-ducal du 10 février 1999, modifié par le règlement grand-ducal du 30 novembre 2007, prévoit dans son article 1^{er} que des personnes (physiques ou morales) peuvent se faire agréer pour «(...) calculer la performance énergétique d'un bâtiment et établir le certificat de performance énergétique d'un bâtiment d'habitation» et énumère un certain nombre de conditions et formalités que le demandeur doit satisfaire pour obtenir cet agrément.

Dans ce contexte nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

3. Combien de personnes physiques ou morales remplissent les conditions et formalités prescrites afin d'établir les certificats?

4. Est-ce que Monsieur le Ministre juge le nombre suffisant pour répondre aux demandes d'établissement en tenant compte du fait qu'actuellement presque aucun bâtiment n'est en possession d'un certificat?

Réponse (14.4.2008) de **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur**:

Conformément à l'article 8 (2) du règlement grand-ducal du 30 novembre 2007 concernant la performance énergétique des bâtiments d'habitation, tout changement de propriétaire et de locataire opéré à partir du 1^{er} septembre 2008 rend obligatoire l'établissement d'un certificat de performance énergétique pour un bâtiment d'habitation existant, qui a une validité de dix ans.

Les frais engendrés par l'établissement du certificat de performance énergétique sont à supporter par la personne qui est responsable pour initier l'établissement de celui-ci. Dans le cas d'espèce il s'agit de l'ancien propriétaire respectivement du syndicat des copropriétaires du bâtiment d'habitation.

Dans les bâtiments d'habitation revêtant la forme d'une copropriété cette obligation incombe alors au syndicat des copropriétaires qui est tenu d'établir le certificat de performance énergétique. Partant, le syndicat des copropriétaires ne peut pas refuser l'établissement du certificat faute d'enfreindre la réglementation existante. Reste à préciser que le certificat de performance énergétique est établi pour toute la copropriété et qu'un original de ce certificat est remis à chaque propriétaire. Pour les copropriétaires, cette démarche est la moins onéreuse des options offertes par les dispositions de la directive 2002/91/CE sur la performance énergétique des bâtiments.

En ce qui concerne les personnes habilitées à établir les calculs et les certificats de performance énergétique, il s'agit d'un côté des architectes et ingénieurs-conseils dont la profession est définie par la loi du 14 décembre 1989 et d'un autre côté des personnes à agréer sous le règlement grand-ducal modifié du 10 février 1999.

Quant au nombre de personnes habilitées respectivement autorisées à établir les calculs et les certificats de performance énergétique, je puis vous communiquer les détails suivants:

- environ 400 architectes inscrits à l'ordre des architectes et ingénieurs-conseils;

- environ 142 ingénieurs-conseils inscrits à l'ordre des architectes et ingénieurs-conseils;

- sept experts sont agréés sous le règlement grand-ducal modifié du 10 février 1999.

Il me semble que le nombre total de quelque 550 experts potentiels est suffisamment élevé pour faire face aux demandes d'établissement de certificats de performance énergétique. Les services responsables de mon Ministère suivront de près l'évolution du marché et veilleront si les experts témoignent de suffisamment d'intérêt et de dynamisme pour effectuer les tâches prévues par la nouvelle réglementation en matière de performance énergétique des bâtiments d'habitation.

Question 2375 (10.3.2008) de **M. Roger Negri (LSAP)** concernant le **fonds souverain**:

Dans sa communication COM(2008) 115 du 27 février 2008, la Commission européenne met en relief l'importance croissante des fonds souverains dans le système financier international. La Commission définit ces fonds comme étant des «instruments d'investis-

sement publics, qui gèrent un portefeuille diversifié d'actifs financiers nationaux et internationaux (...) dont des titres à revenu fixe mais aussi des actions, des biens immobiliers et des investissements alternatifs».

Selon la Commission, plus de 30 pays disposent actuellement d'un tel fonds souverain. Au Luxembourg, l'introduction d'un fonds souverain pourrait éventuellement permettre une utilisation plus efficace de certains actifs de l'État en vue de les augmenter et de contribuer ainsi à la sécurisation des droits des prochaines générations.

- Le Gouvernement a-t-il déjà examiné la question de la création d'un tel fonds souverain au Luxembourg?

- Quel est l'avis du Gouvernement sur l'utilité d'un tel fonds au Luxembourg?

- Monsieur le Ministre n'est-il pas d'avis que l'institution d'un tel fonds pourrait contribuer à une meilleure défense des droits des générations futures?

Réponse (20.3.2008) de **M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget**:

La question de la création d'un fonds souverain ne se pose a priori que pour un État qui dispose de réserves excédentaires. Voilà pourquoi des fonds souverains ont été mis en place notamment par des États qui bénéficient de revenus élevés en provenance de ressources non renouvelables telles que le pétrole et qui souhaitent investir ces revenus pour s'assurer des rentrées continues même après que leurs ressources actuelles seront épuisées.

Sans utiliser la forme juridique très visible d'un fonds souverain, les gouvernements luxembourgeois successifs ont ainsi systématiquement poursuivi certains objectifs qui ailleurs sont à l'origine de ce type de fonds. La priorité a été accordée à l'investissement dans l'économie nationale, aussi bien par l'alimentation constante des fonds spéciaux de l'État que par la prise de participations stratégiques dans l'économie nationale.

Le Gouvernement n'a par contre jamais eu comme objectif, tout comme c'est normalement le cas pour les fonds souverains, de chercher à maximiser les revenus en prenant des positions spéculatives, mettant en risque le capital investi ou de chercher à investir dans des entreprises stratégiques à l'étranger.

En effet, si la politique budgétaire menée conduit parfois à des excédents de recettes, ceux-ci sont nécessairement utilisés pour financer les nombreux projets d'infrastructures prévus au programme pluriannuel des dépenses d'investissement. À moins de réduire substantiellement les projets d'investissements prévus, le niveau des recettes ne permet pas au Luxembourg de constituer un fonds souverain à l'instar de pays pétroliers par exemple.

Question urgente 2423 (26.3.2008) de **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)** concernant le **cas du retour forcé échoué d'une personne déboutée du droit d'asile**:

À travers une conférence de presse, l'Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI) est revenue sur le cas du retour forcé d'une personne déboutée du droit d'asile vers la Guinée. Celle-ci devrait finalement être ramenée en Guinée demain, jeudi 27 mars, avec un avion spécialement affrété pour ce retour forcé alors que la première tentative avait été caractérisée par des incidents lors de son transfert via Paris il y a près de deux semaines. Il a été question de violences physiques sur le déte-

nu de la part des policiers qui l'escortaient.

Compte tenu de ces faits, il est toutefois plus qu'inapproprié de prévoir le retour de cette personne alors qu'une réponse à ma question parlementaire N°2391 n'a pas encore été formulée (cf. ci-dessus). Ce retour volontairement expéditif n'est pas acceptable alors que toute la lumière n'a pas encore été faite sur les conditions entourant la première tentative de retour forcé.

- Est-ce que le Gouvernement va surseoir au retour forcé de cette personne aussi longtemps que toute la lumière n'aura pas été faite sur les circonstances entourant la première tentative de retour forcé et aussi longtemps que les parlementaires qui en ont exprimé le besoin ne sont pas en possession de tous les éléments leur permettant de se faire une opinion?

Réponse (3.4.2008) de **M. Nicolas Schmit, Ministre délégué aux Affaires étrangères et à l'Immigration**:

En réponse à la question de l'honorable Député, je dois encore une fois rappeler qu'en l'occurrence il ne s'agissait pas d'une personne déboutée du droit d'asile, mais d'une personne ayant séjourné irrégulièrement sur le territoire, et qui a été condamnée à une peine de deux ans pour trafic de drogues.

Une enquête sur les circonstances d'un premier retour forcé manqué a été engagée par l'Inspection générale de la Police.

Entre-temps, la personne a été rapatriée, étant donné que rien ne s'est opposé à l'exécution de la décision de retour.

Question urgente 2481 (18.4.2008) de **M. Eugène Berger (DP)** concernant l'**éventuelle fusion de la Cegedel S.A. avec la Soteg S.A. et la Saar Ferngas AG**:

Au cours des derniers mois ont été menées, sous l'égide du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur, des négociations en vue d'une éventuelle fusion de la Cegedel S.A. avec la Soteg S.A. et la Saar Ferngas AG. Devant cette toile de fond, une opération singulière en relation avec les titres de la Cegedel S.A. a pu être observée en date du 11 avril 2008 à la Bourse de Bruxelles. En effet, cette opération a fait augmenter la valorisation de la Cegedel S.A. de manière assez spectaculaire.

Compte tenu de ce qui précède, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Finances ainsi qu'à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

Messieurs les Ministres ont-ils connaissance des faits susmentionnés? Dans l'affirmative, Messieurs les Ministres peuvent-ils me fournir plus de détails sur l'opération en question? Quelles suites Messieurs les Ministres ont-ils réservé à ces faits? Messieurs les Ministres ont-ils notamment informé les autorités de surveillance compétentes au sujet de cette opération?

Par quels moyens Messieurs les Ministres peuvent-ils garantir que l'opération en question ne constitue pas un délit d'initiés? Au vu de la singularité de l'opération en question, Messieurs les Ministres ne sont-ils pas d'avis que les actions de la Cegedel S.A. devraient être retirées du marché boursier pour la durée des négociations de fusion?

Réponse commune (22.4.2008) de **M. Jean-Claude Juncker, Ministre des Finances** et de **M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur**:

Chamber TV

an der Stad

um Kanal S 29 (Coditel) oder um Kanal S 40 (Eltrona/Siemens)

zu Esch

um Kanal S40 (455.25 MHz)

zu Déifferdeng

um Kanal S 29

zu Diddeleng

um Kanal S 32

an der Gemeng

Nidderaanwen

um Kanal S 29

Comme suite à la question parlementaire de l'honorable Député Eugène Berger concernant une opération en relation avec les titres de Cegedel S.A. en date du 11 avril 2008 à la Bourse de Bruxelles, veuillez trouver ci-après les éléments de réponse actuellement en notre possession à cet égard:

Nous avons connaissance du fait que le cours de bourse des titres de Cegedel S.A. a augmenté d'environ 10% suite à une opération en date du 11 avril 2008 à la Bourse de Bruxelles, mais il nous paraît important de relever que cette opération a porté sur un seul titre. Nous tenons à vous rendre attentif au fait que le nombre total de titres de Cegedel S.A. s'élève à 6.725.000. En l'espèce, nous n'avons pas réservé de suites à ce fait.

De toute façon, les autorités de surveillance boursières sont investies de tous les pouvoirs de surveillance et d'enquête nécessaires à l'exercice de leurs fonctions, y inclus l'analyse d'anomalies éventuelles notamment pour vérifier si une transaction a été passée de manière régulière ou constituait une opération d'initiés ou une manipulation de marché.

En effet, les titres de Cegedel S.A., qui sont cotés à la Bourse de Bruxelles («Euronext»), le sont avant tout à la Bourse de Luxembourg, et font partie de l'Indice LuxX. Les opérations sur ces titres sont dès lors notamment soumises aux règles de fonctionnement de la Bourse de Luxembourg et à la loi relative aux abus de marché du 9 mai 2006 (portant transposition de la «Directive Abus de Marché») et la Commission de Surveillance du Secteur Financier (la «CSSF») est l'autorité administrative luxembourgeoise compétente pour veiller à l'application de la réglementation sur les abus de marché, sans préjudice des compétences des autorités judiciaires. La CSSF collabore avec les autorités compétentes étrangères lorsque cela est nécessaire à l'accomplissement de leurs missions respectives. En Belgique, l'autorité compétente en matière d'abus de marché est la Commission Bancaire, Financière et des Assurances («CBFA»).

Finalement, il n'appartient pas aux Ministres de se prononcer sur l'opportunité de suspendre ou de retirer les titres de Cegedel S.A. de la cote officielle. En effet, en cas d'abus de marché, les pouvoirs de la CSSF incluent le droit d'exiger la suspension ou le retrait d'un instrument financier de la cote officielle.